Plenarprotokoll 15/88

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

88. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. Januar 2004

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 24:

Zusatztagesordnungspunkt 2:

Tagesordnungspunkt 25:

Zusatztagesordnungspunkt 3:

(A) (C)

88. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 29. Januar 2004

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte Sie, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Mit tiefer Betroffenheit haben wir erfahren, dass die Vorsitzende des Petitionsausschusses, unsere Kollegin **Marita Sehn,** am 18. Januar dieses Jahres, nur wenige Monate vor ihrem 49. Geburtstag, auf tragische Weise ums Leben gekommen ist. Auf einem heimatlichen Spaziergang mit ihrer Familie starb sie bei einem Verkehrsunfall, bei dem ihr Bruder ebenfalls sein Leben verlor und ihr Mann schwer verletzt wurde.

(B)

Marita Sehn wurde am 2. Mai 1955 in Rödern geboren. Die ausgebildete Industriekauffrau trat 1985 in die FDP ein, in der sie ab 1992 zehn Jahre lang Kreisvorsitzende im Rhein-Hunsrück-Kreis und seit 1998 Vorsitzende des Bezirks Eifel-Mosel-Hunsrück sowie Mitglied des Landesvorstands Rheinland-Pfalz war. Schon hier begann sich abzuzeichnen, was für die Kollegin so charakteristisch war: ihre Verwurzelung in der Heimat und ihr Einsatz für die Belange der Menschen ihrer Region.

Auch dass sie in ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete weiterhin Mitglied im Stadtrat Kirchberg und im Verbandsgemeinderat Kirchberg sowie Kreisbeigeordnete blieb, weist auf ihre Bürgernähe und ihr Engagement für ihre Heimat hin.

Von 1990 bis 1994 und dann wieder seit 1998 war Marita Sehn Mitglied des Bundestages. Sie übernahm 2002 den Vorsitz des Petitionsausschusses – ein Amt, das ihrem Einsatz für die Belange der Menschen entsprach und das sie mit großer Tatkraft und Einfühlungsvermögen für die Anliegen der Petenten ausfüllte. Mit ihrem Wirken erwarb sie sich die Anerkennung und den Respekt ihrer Kollegen über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Angesichts des Todes unserer Kollegin Sehn sind wir tief bestürzt und sprechen ihren Angehörigen, insbesondere ihrem Mann, unser tief empfundenes Beileid aus. – Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** um die in einer Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu erweitern:

ZP 1 a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Thomas Rachel, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Siebten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (7. HRGÄndG)**

– Drucksache 15/2385 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

(D)

b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), Cornelia Pieper, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Siebten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (7. HRGÄndG)**

– Drucksache 15/2402 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

ZP 2 **Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren** (Ergänzung zu TOP 24)

a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Harmonisierung des Haftungsrechts im Luftverkehr**

– Drucksache 15/2359 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuss für Tourismus

b) Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP: **Wirt-**

Präsident Wolfgang Thierse

(A)

schaftliche und organisatorische Strukturen der Deutschen Flugsicherung dauerhaft verbessern

– Drucksache 15/2393 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Verteidigungsausschuss
Haushaltsausschuss

ZP 3 **Weitere abschließende Beratungen ohne Aussprache** (Ergänzung zu TOP 25)

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines... **Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen**

– Drucksache 15/2132 –

(Erste Beratung 86. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksache 15/2414 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Horst Schild
Heinz Seiffert

ZP 4 **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der SPD: **Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister**

ZP 5 Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: **Einrichtung eines Zukunftsausschusses**

– Drucksache 15/2387 –

ZP 6 **Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der CDU/CSU: **Auswirkungen des von der Bundesregierung geplanten Emissionshandels auf die deutsche Wirtschaft**

(B)

Von der Frist für den Beginn der Beratung soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Außerdem ist vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 21 – Förderung von Gedenkstätten – abzusetzen. Sind Sie mit diesen Vereinbarungen einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Aktionsprogramm Informationsgesellschaft Deutschland 2006

– Drucksache 15/2315 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Kultur und Medien

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister Wolfgang Clement das Wort.

(C)

Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Beginn dieses Jahres können wir sagen, dass das Jahr 2004, was die Ökonomie angeht, mit größter Wahrscheinlichkeit besser sein wird als die vergangenen drei Jahre. Wir stehen – die Anzeichen dafür sind unübersehbar – am Beginn eines sehr kräftigen **weltwirtschaftlichen Aufschwungs.** Nach allem, was wir erkennen können, wird die Weltwirtschaft um 3 bis 4 Prozent wachsen. Der Welthandel wird um 7 bis 8 Prozent zulegen.

In der Bundesrepublik Deutschland, einem Land, das exportstärker ist als die meisten anderen Länder auf der Welt, werden wir von diesem Prozess profitieren. Wir werden von dem ökonomischen Schwung, der insbesondere von den USA, von China und übrigens auch von den EU-Beitrittsländern ausgeht, profitieren und von ihm gewissermaßen mitgerissen. Wir können erwarten, dass aufgrund unserer Exportstärke der Aufschwung auch bei uns in Deutschland Fuß fassen wird und dass durch die Reformmaßnahmen, die wir in den Bereichen Steuern und soziale Sicherungssysteme unternommen haben, die Höhe der Investitionen steigen wird und so schließlich die Binnennachfrage in unserem Land gestärkt wird.

Alle Indikatoren sprechen für eine solche Entwicklung. Der aktuelle **Ifo-Geschäftsklimaindex** ist im Vergleich zu denen der letzten drei Jahren am besten ausgefallen. Alle Umfragen weisen darauf hin – das geht über unsere Erwartungen hinaus –, dass die Investitionsneigung der Unternehmen des Mittelstandes steigt. Vielleicht können wir außerdem darauf hoffen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland wieder etwas kauflustiger in die Geschäfte gehen, als das in der zurückliegenden Zeit der Fall gewesen ist.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Signale, die wir empfangen können – eine solche Nachricht ist wohltuend; vor allem außerhalb Deutschlands hat man oft mehr Zuversicht und Optimismus –, weisen darauf hin, dass in der Europäischen Union insgesamt wie auch in Deutschland der Aufschwung einsetzt. Das zeigt, dass wir mit unseren Reformmaßnahmen – diese sind mit denen in den meisten europäischen Ländern übrigens fast identisch – auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das Tal der Tränen durchschritten, haben die Talsohle hinter uns gelassen. Allerdings müssen wir auf unserem Weg Kurs halten und müssen auch weiterhin strukturelle Reformen und die Förderung von Innovationen im Blick haben.

Welche strukturellen Reformen haben wir uns vorgenommen? – Wie Sie wissen, werden wir die Reformen im Bereich der Rentenversicherung fortsetzen und eine langfristig angelegte Rentenreform auf den Weg bringen. Wir werden die vorgesehenen Reformen am Arbeits-

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) markt mit aller Konsequenz realisieren, auch nach dem, was sich bei der Bundesagentur für Arbeit zugetragen hat. Die Veränderungen, die vorgesehen sind – diese sind richtig –, werden selbstverständlich mit aller Konsequenz durchgesetzt. Wir müssen und wir werden die Kräfte des Wettbewerbs in Deutschland stärken. Regulierung werden wir an den Stellen, an denen sie nicht mehr notwendig ist, reduzieren. In den Bereichen, in denen der Wettbewerb aber noch nicht funktioniert und noch nicht die erforderlichen Erfolge zeigt – das ist etwa auf den Strom- und Gasmärkten der Fall –, werden wir Regulierungen einführen, um dadurch den Wettbewerb zu forcieren. An den Stellen, an denen bestimmte Kräfte den Aufschwung hemmen könnten, insbesondere an den Stellen, an denen zu viel Bürokratie besteht, werden wir den Prozess des Bürokratieabbaus und des -umbaus fortsetzen.

Darüber hinaus müssen wir aber auch die **Innovationen** fördern. Dazu müssen wir die Kräfte der Modernisierung und der Erneuerung in Deutschland stärken. Auf allen Feldern, insbesondere auf denen, die für die weltwirtschaftliche Entwicklung, die für die Weltmärkte von heute und morgen entscheidend sind, müssen wir präsent sein und Spitzenleistungen vollbringen können. Die Voraussetzungen dazu haben wir zu schaffen: in Bund und Ländern, in der Wirtschaft und in allen Bereichen der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir haben hier einen Prozess in Gang gesetzt; der Bundeskanzler hat zu einem Gespräch über das Thema Innovationen eingeladen. Meine Kollegin Edelgard Bulmahn wird sich dazu näher äußern.

(B) Es bedarf, um auf diesen wichtigen Feldern erfolgreich sein zu können, einer sehr viel stärkeren und engeren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, vor allen Dingen im Bereich des Mittelstandes. Deshalb haben wir unsere Innovationsoffensive mit einem umfassenden Maßnahmenpaket für den Mittelstand verbunden. Ein Schwerpunkt unserer Bemühungen ist, die Finanzierungsmöglichkeiten für junge Technologieunternehmen und High-Tech-Gründungen zu verbessern. Gemeinsam mit der **Europäischen Investitionsbank** haben wir einen neuen Dachfonds für Beteiligungskapital geschaffen, in den ERP-Mittel und Mittel der Europäischen Investitionsbank von je 250 Millionen Euro fließen. Wir erwarten, dass wir zusammen mit privaten Gebern in den nächsten fünf Jahren fast 2 Milliarden Euro mobilisieren können, um kleine Unternehmen und neu gegründete Unternehmen, die sich in den neuen Technologien engagieren, unterstützen zu können. Diese brauchen – nehmen Sie nur das Beispiel der Bio- und Gentechnologie – längerfristig angelegte finanzielle Unterstützung. Das wollen wir mit solchen Fonds für Beteiligungskapital schaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, müssen uns am Weltmaßstab messen und vor Augen halten, dass wir auf den wichtigsten Feldern, auf denen der Export eine herausragende Rolle spielt, ganz vorne dabei sein müssen, wenn wir unseren heutigen Standard – unseren Lebensstandard und auch unseren Wohlstand – halten wollen. (C) Ganz vorne sind wir in Deutschland heute im Bereich der Automobilindustrie und des Maschinenbaus. Im Chemiesektor sind wir unternehmerisch nicht mehr so kräftig, wie wir es schon einmal waren, und unsere unternehmerische Power insbesondere im Bereich der pharmazeutischen Industrie ist schon lange nicht mehr ausreichend stark.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion um das Unternehmen **Aventis** und seinen so wichtigen Standort in Deutschland – in Frankfurt am Main – für uns auch von so großer Bedeutung. Deshalb weisen wir auf die Bedeutung dieses Standortes immer wieder hin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Unternehmen Aventis ist übrigens ein Beispiel für eine gelungene unternehmerische partnerschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit. Ich hoffe sehr, dass sich diese partnerschaftliche Zusammenarbeit auch dann als haltbar erweist, wenn möglicherweise neue unternehmerische Wege eingeschlagen werden.

Wenn wir auf den Weltmärkten auch in Zukunft ganz vorne dabei sein wollen – das müssen wir, wenn wir an der Spitze bleiben wollen –, dann müssen wir auch auf anderen Feldern Spitzenklasse sein. Ich nenne die Bio- und Gentechnologie, die Medizintechnik, die IuK-Technologie, die neuen Energietechniken, die neuen Verkehrstechniken, die Nanotechnologie und die optischen Technologien. Auf diesen Gebieten müssen wir vorne sein, wenn wir bestehen wollen. Hierauf müssen wir unsere Anstrengungen konzentrieren. (D)

Wir wissen, dass der **Informations- und Kommunikationstechnologie** eine herausragende Bedeutung zukommt. Sie ist mehr als alle anderen eine Schlüsseltechnologie, weil sie alle anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Deshalb müssen wir der Information und Kommunikation eine so herausragende Bedeutung geben und sie sowohl durch die Politik als auch durch die Wirtschaft entsprechend unterstützen.

Die Aussichten, die Konjunkturzeichen für die IuK-Wirtschaft in Deutschland sind gut. Auch hier haben wir das Tal der Tränen – die Rückgänge in 2002 und die Stagnation in 2003 – hinter uns gelassen. Die Investitionen in die IuK-Technologien ziehen merklich an. Branchenexperten gehen von einem Wachstum der IT-Branche in Europa von etwa 3 Prozent aus. Die zunehmende Nachfrage nach Mobilfunk und Breitband schafft zusätzliche Wachstumsimpulse. Eine OECD-Studie zeigt, dass die flächendeckende Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik in vielen OECD-Ländern schon einen deutlichen Wachstumsbeitrag geleistet hat. Bei uns ist dies noch nicht in genügend großem Umfang der Fall. Wir müssen alles daransetzen, das in den IuK-Technologien steckende Potenzial für mehr Produktivität auszuschöpfen und neue Märkte zu erschließen.

IuK-Technologien sind unverzichtbar für moderne Wirtschaftsstrukturen. Über 80 Prozent der deutschen Exporte hängen mittlerweile vom Einsatz moderner

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) Informations- und Kommunikationstechnologien ab. Sie sind auch für effizientes Verwaltungshandeln und Bürokratieabbau unverzichtbar. Nicht zuletzt gehören Computer und Internet für die Mehrheit der Deutschen inzwischen zum Alltag – ob bei der Arbeit, zu Hause oder in der Schule. Mit dem Masterplan „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“, den wir im Dezember vergangenen Jahres verabschiedet haben, wollen wir uns den neuen Herausforderungen auf diesem Feld stellen und wir wollen deutlich machen, dass dies ein, wenn nicht sogar der wichtigste Teil der von uns eingeleiteten Innovationsoffensive ist.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte die Bundesregierung ein strategisches Programm zur **Gestaltung der Informationsgesellschaft** mit konkreten Zielmarken vorgelegt und durchgeführt. Wir können heute sagen, dass wir die wesentlichen Ziele, die wir uns gesteckt hatten, erreicht haben. Heute sind jede Schule und fast jedes Unternehmen in Deutschland online. Über 50 Prozent der deutschen Bevölkerung nutzt das Internet. Mit „Bund Online“ und „MEDIA@Komm“ sind über 500 E-Government-Lösungen entstanden.

Mit dem Programm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ wollen wir nun den Blick weiter nach vorne richten. Ich möchte Ihnen gerne einige Schwerpunkte zu diesem Programm, das wir in der sehr ansehnlichen Schrift „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ zusammengefasst haben, erläutern.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Werbung machen könnt ihr!)

– Herr Kollege, Sie wissen, Werbung muss sein. Das gilt erst recht, wenn es um die Informations- und Kommunikationstechnologien geht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Welche Beratungsfirma hat das gemacht?)

– Dafür mache ich die Vermarktung; das ist meine Pflicht. Wir setzen hier Schwerpunkte, Herr Kollege Kauder, etwa im Bereich von Breitbandmobilfunk und digitalem Fernsehen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: War es eine Agentur aus NRW?)

In den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der **Breitbandanschlüsse** in Deutschland explodiert. Zurzeit gibt es in Deutschland mehr als 5 Millionen dieser schnellen Internetzugänge, der Breitbandanschlüsse, Herr Kollege Kauder. Bis 2010 soll mehr als die Hälfte der deutschen Haushalte über einen Breitbandinternetanschluss verfügen. Das entspricht etwa 20 Millionen Anschlüssen. Natürlich spielt die Hochgeschwindigkeitsdatenübertragung auch für die Geschäftsprozesse der Unternehmen eine zunehmende Rolle. Mit unserer Breitbandinitiative wollen wir Infrastruktur- und Diensteanbieter näher zusammenbringen. Wir hoffen, damit möglichst viele Dienste verfügbar machen zu können.

Ganz neue Möglichkeiten mit zusätzlichen Chancen für neue Dienste, für Wachstum und Beschäftigung bietet der Mobilfunk. In Deutschland gibt es inzwischen (C) mehr Mobilfunk- als Festnetzanschlüsse. Die so genannte Penetrationsrate liegt in Deutschland inzwischen bei gut 75 Prozent. Diese hervorragende Mobilfunkverbreitung ist eine gute Basis, um noch in diesem Jahr UMTS voranzubringen. Es wird Zeit, dass dies Wirtschaft und Industrie tun, um UMTS zu fördern.

Gleichzeitig nimmt in Deutschland die Zahl der Hotspots und der Wireless LANs an exponierten Stellen wie Flughäfen und Bahnhöfen rapide zu. Ganze Städte werden mittlerweile zu Wireless LANs vernetzt. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, mobile Anwendungspotenziale besser auszuschöpfen und zu mehr Wettbewerb bei den Infrastrukturen und Diensten zu kommen.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die **digitale Rundfunkübertragung.** Die Einführung von DVB-T in Berlin ist gelungen. Ich freue mich sehr, dass weitere Regionen in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Norden der Bundesrepublik Deutschland insgesamt in der Ausstattung mit DVB-T rasch folgen werden. Die Einführung steht dort unmittelbar bevor. Das ist der richtige Weg, um unser Ziel zu erreichen, bis spätestens 2010 alle vorhandenen Übertragungswege zu digitalisieren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Programms „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ betrifft den E-Commerce. Im letzten Jahr sind in diesem Bereich in Deutschland etwa 100 Milliarden Euro umgesetzt worden. Das Internet ist damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschland ist der mit Abstand wichtigste E-Commerce-Markt in Europa. (D)

Es besteht aber auf diesem Feld bei mittelständischen Unternehmen, bei Handwerksbetrieben sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen insgesamt noch immer Nachholbedarf. Zwar sind fast alle Unternehmen inzwischen online; aber erst 10 Prozent steuern ganze Geschäftsprozesse einschließlich Beschaffung und Vertrieb unternehmensübergreifend über das Internet. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf, damit sich auch die kleinen Unternehmen auf den Wettbewerb einstellen, der spätestens mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU noch stärker als zuvor auf uns zukommt.

Wir versuchen, mit einem Netz regionaler Kompetenzzentren zahlreiche Beratungsmöglichkeiten aufzubauen und so zu helfen, standardisierte Geschäftsprozesse einzuführen. Unser Ziel ist es, dass bis 2008 mindestens 40 Prozent aller Unternehmen integrierte E-Business-Lösungen über die gesamte Wertschöpfungskette anwenden. Dies wäre – das kann man leicht errechnen – im Vergleich zu heute eine Vervierfachung.

Auch die **E-Cards mit digitaler Signatur** sind ein wesentliches Element bei der Modernisierung von Geschäfts- und Verwaltungsprozessen. Wirtschaft und Verwaltung haben sich in einem Signaturbündnis zusammengeschlossen, um die Verbreitung und Anwendung von Signaturkarten gemeinsam voranzubringen und zu beschleunigen. Die Kartenprojekte des Bundes werden wir in einer E-Card-Initiative zusammenfassen, um die

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) damit verbundenen Anwendungen zu synchronisieren und zu harmonisieren.

Gleichzeitig werden wir das Signaturgesetz vereinfachen und durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen klare Einführungstermine vorgeben. Damit schaffen wir Investitionssicherheit für E-Cards. Im Bereich der Gesundheit ist dies mit dem Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz schon geschehen. In anderen Bereichen, etwa bei der Jobkarte, bereiten wir zurzeit die Gesetzentwürfe vor. Die nächste Generation des Personalausweises wird ein digitaler Ausweis sein. Auch die Banken haben angekündigt, noch in diesem Jahr Bankkarten mit Signaturfunktion herauszubringen. Damit haben wir endlich flächendeckende Anwendungen für Signaturkarten. Ich denke, das freut Unternehmer und Verbraucher. Das stärkt zugleich die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer innovativen Chipkartenindustrie. Das wird wenig beachtet; aber wenn wir unsere Chancen allein auf diesem Feld gemeinsam mit der Wirtschaft entschlossen wahrnehmen, dann kann Deutschland auf einem neuen, sehr spannenden, sehr interessanten Markt einer der Trendsetter und Vorreiter werden. Wir haben gute Voraussetzungen, dass wir das packen können.

Unser Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ beschreibt den Weg in eine zukunftsorientierte Gesellschaft. Wie gesagt, schon heute nutzen mehr als die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger Computer und Internet. Wir dürfen aber die andere Hälfte nicht übersehen. Eine Informationsgesellschaft kann nur eine offene Gesellschaft sein, wenn sie alle (B) Bürgerinnen und Bürger mitnimmt oder jedenfalls versucht, sie mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen und müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, die uns die neuen Medien bieten. Das ist gut für unser Land. Die Vorbereitungen dazu haben wir getroffen. Ich lade alle ein mitzugehen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Martina Krogmann, CDU/CSU-Fraktion.

(Jörg Tauss [SPD]: Frau Krogmann, jetzt loben Sie uns mal! Das erwarten wir jetzt!)

Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir befinden uns im historischen Jahr 1, in dem Jahr, in dem die Bundesregierung die Bedeutung von Innovationen entdeckt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb freue ich mich besonders, dass wir heute über die **Informationsgesellschaft** sprechen. Sie, Herr Minis-(C)ter, haben in Ihrer Rede erstaunlich oft das Wort „Innovation“ verwendet.

(Wolfgang Clement, Bundesminister: Nicht „erstaunlich“!)

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede zur Agenda 2010, in der er aus seiner Sicht die wichtigsten Aufgaben des Jahrzehnts dargelegt hat, das Wort „Innovation“ kein einziges Mal gebraucht – Fehlanzeige! Jetzt muss es umso häufiger herhalten, hoffentlich nicht nur zur Ablenkung nach dem Motto: „Gerster ade, Innovation juchhe“.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Tatsächlich hat die Bundesregierung das Thema Informationsgesellschaft in den letzten Jahren in die Ecke gestellt. Als es zu Hochzeiten der New Economy noch chic war und automatisch Schlagzeilen brachte, sich neben einem PC fotografieren zu lassen, da waren Sie noch alle ganz eifrig dabei. Doch als der so genannte Hype vorbei war, haben Sie dieses Thema einfach zu den Akten gelegt, beiseite gewischt, weil es sich nicht mehr so medienwirksam verkaufen ließ. Das war fatal, denn die wirklichen politischen Herausforderungen, die Informationsgesellschaft zu gestalten und weiterzuentwickeln, hatten gerade erst angefangen. Die Quittung für dieses Desinteresse haben wir schon längst bekommen. In allen entscheidenden Bereichen

(Jörg Tauss [SPD]: Sind wir besser geworden!)

ist Deutschland in den letzten Jahren zurückgefallen.

(D)

(Jörg Tauss [SPD]: Falsch!)

Im aktuellen Jahresbericht des Weltwirtschaftsforums 2003/2004 liegt Deutschland in der Kategorie Informationstechnologie auf dem 38. Platz, noch hinter Tunesien. Die Bundesregierung unternimmt aber nichts gegen die Ursachen dieser Misere, sondern sie erfreut sich an dem zweifelhaften Glanz sorgfältig aus dem Zusammenhang gerissener Zahlen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist Prosa!)

Jetzt, da Sie das Thema Innovation auf einmal doch noch entdeckt haben, kommen Sie in klassischer SPD-Manier mit Masterplan und Aktionsprogramm. Während andere Länder, zum Beispiel die skandinavischen Staaten, die USA und Großbritannien, bereits vor Jahren richtigerweise eine allumfassende **Gesamtstrategie,** eine Vision der Informationsgesellschaft präsentiert haben, kommen Sie mit Plänen und Programmen.

(Albert Deß [CDU/CSU]: Es fehlt nur noch der Fünfjahresplan!)

Das ist kleinkariert, piefig und geht an den zentralen Herausforderungen der Informationsgesellschaft völlig vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihre Politik ist zu spät, zu langsam und zu halbherzig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Brigitte Schulte [Hameln] [SPD]: Unqualifizierter Beitrag!)

Dr. Martina Krogmann

(A) Informationsgesellschaft bedeutet eine noch nie dagewesene Enthierarchisierung des Wissens. Ein Mausklick – und jedem steht eine ungeheure Menge an Informationen zur Verfügung. Wissen wird zum wichtigsten Produktionsfaktor. Der Innovationszyklus wird immer kürzer. Die Veränderungen betreffen alle Bereiche: unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft, unser Arbeitsleben, unsere Kultur.

Die Politik muss der Wirtschaft einen klaren ordnungspolitischen Rahmen geben. Die Politik muss auch allen Gruppen der Bevölkerung die Chance geben, an dieser Entwicklung teilzuhaben, und sie muss die ungeheuren Potenziale der neuen Technologien zur Modernisierung unseres Landes entschlossen nutzen. Eines ist klar: Wir müssen im internationalen Technologiewettlauf schneller werden, viel schneller.

Wir unterstützen die Initiative „Deutschland-Online“, die gemeinsame **E-Government-Strategie** von Bund, Ländern und Gemeinden vom Juni vergangenen Jahres.

(Jörg Tauss [SPD]: Aha! Das ist doch was!)

Schließlich fordern wir das seit vielen Jahren. Hier haben Sie Zeit verschenkt.

(Brigitte Zypries, Bundesministerin: Das ist doch lächerlich! – Otto Schily, Bundesminister: Was haben Sie denn in 16 Jahren gemacht?)

Mithilfe des Internets können wir aus der deutschen Bürokratie die modernste Verwaltung der Welt machen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie aber haben bis heute nicht verstanden, was E-Government bedeutet. Es geht eben nicht darum, einfach ein Formular ins Internet zu stellen. E-Government heißt, die modernen Technologien zu nutzen, um Prozesse zu modernisieren und die Verwaltung zu entstauben. Der Service für Bürger und Unternehmen muss besser, billiger und schneller werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Dann muss das BKA auch nicht umziehen!)

Stellen Sie sich vor, Sie müssten für einen Behördengang nicht mehr einen halben Tag Urlaub nehmen, auf dem Amt eine Nummer ziehen und warten, bis über der Tür der Amtsstube ein Lämpchen leuchtet und Sie endlich dran sind. Stattdessen könnten Sie dann Ihr Anliegen einfach und bequem von zu Hause aus per Internet erledigen. In Deutschland ist dies fast immer Zukunftsmusik. Der Bund hat es nämlich viel zu lange versäumt, eine wirkliche Vorreiterrolle einzunehmen und die unterschiedlichen Aktivitäten mit Ländern und Kommunen zu koordinieren.

Als Ergebnis dieser Untätigkeit ist in Deutschland in den vergangenen Jahren ein digitaler Flickenteppich mit unterschiedlichen IT-Anwendungen und **Softwarelösungen** von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen entstanden. Zu viele unterschiedliche Stellen entwickeln zeitgleich vergleichbare IT-Anwendungen. Das Problem

(C) ist, dass diese oft nicht einmal miteinander kommunizieren können. Man muss sich einmal vorstellen, dass inzwischen allein mehr als 100 verschiedene Softwarelösungen für die An- und Ummeldungen pro Jahr genutzt werden.

Diese mangelnde Standardisierung hat inzwischen zu einer regelrechten Selbstbehinderung der Verwaltung geführt. Aber das scheint Sie nicht weiter zu interessieren. Sie sind stolz darauf – Sie haben die Zahl bereits genannt –, dass schon 232 so genannte internetfähige Dienstleistungen des Bundes im Netz stehen.

(Otto Schily, Bundesminister: Ja, darauf sind wir stolz! – Jörg Tauss [SPD]: Wie viele waren es bei Ihnen? Null! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Tauss, der schlauste Abgeordnete!)

Wenn man aber genauer hinschaut, wird deutlich, dass mindestens zwei Drittel des Angebots reine Informationen sind – von Interaktivität, Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau keine Spur. Allein fünfmal bietet zum Beispiel der Deutsche Wetterdienst seine Leistungen an. Auch das zählt zu den internetfähigen Dienstleistungen. Ein Link führt zum Servicetelefon Ihrer Familienministerin Renate Schmidt. Da kann man zwar vielleicht nett plaudern; aber mit einer modernen und schlanken Verwaltung hat das nun wirklich gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir unterstützen die **MEDIA@Komm-Projekte,** die übrigens noch von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung ins Leben gerufen wurden. (D) Die wirklich fortschrittlichen Lösungen aus der Region Nürnberg, aus Bremen und Esslingen wie ein virtuelles Bauamt oder ein besonders effizientes elektronisches Meldewesen müssen nun aber auch unverzüglich den anderen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Es kann doch nicht sein, dass Sie diese Projekte über Jahre finanziell fördern, sie dann aber einfach auslaufen lassen und nicht auf andere Regionen übertragen. Da ist bis heute nichts passiert und das ist schlicht und einfach Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Die Standards sind gesetzt!)

Wir unterstützen das Signaturbündnis. Wir waren weltweit die ersten, die ein Signaturgesetz durchgesetzt haben, auch dies übrigens noch unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung. Die digitale Signatur wurde dadurch mit der Unterschrift rechtlich gleichgestellt. Die Bundesregierung hat aber auch diesen Vorsprung nicht genutzt.

Sinnvolle Angebote für die Anwendung einer Signaturkarte sind so selten, dass sich kaum ein Bürger eine Chipkarte beschafft hat. Das Signaturbündnis muss dazu führen, dass hier endlich der Durchbruch gelingt. Das ist zentral für das E-Government und für den Standort Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Martina Krogmann

(A) Wir unterstützen die Einführung der Gesundheitskarte. Aber **E-Health** ist natürlich viel mehr als bloß eine Karte. E-Health ist die Chance auf eine wirkliche Modernisierung unseres Gesundheitswesens. Aber auch hier fehlt es an einer gemeinsamen Sprache, in der die verschiedenen Systeme in den Arztpraxen, in den Apotheken, in den Krankenhäusern und bei den Krankenkassen miteinander kommunizieren können. Schaffen Sie hier nicht schon wieder einen neuen digitalen Flickenteppich, sondern sorgen Sie dafür, dass jetzt im Gesundheitsbereich schnell eine einheitliche Infrastruktur aufgebaut wird! Dies sind zentrale Anwendungsfelder, auf denen Sie in die Puschen kommen müssen,

(Jörg Tauss [SPD]: Ihr!)

und zwar nicht mit kleinkarierten Masterplänen und Aktionsprogrammen, sondern mit Mut und Weitsicht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Zwei Dinge, die bei der SPD nicht vorhanden sind!)

Die Vorreiterrolle des Staates als Nachfrager ist enorm wichtig für einen zentralen Zukunftsmarkt, den Sie, Minister Clement, angesprochen haben: den **Breitbandmarkt.** In der Informationsgesellschaft sind schnelle Datenleistungen genauso wichtig wie die Strom- und die Wasserversorgung. Tatsache ist aber, dass wir unter der rot-grünen Bundesregierung unsere einstige Spitzenposition im Breitbandbereich längst verloren haben. Wir sind im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß. Im vergangenen Jahr hat sich der Abstand zu den führenden Staaten USA, Kanada, Korea, Japan oder – in Europa – zu Dänemark und Schweden (B) sogar weiter vergrößert. Unsere Wirtschaft darf nicht länger den Preis für politische Schlafmützigkeit zahlen; denn dieser Preis ist zu hoch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jede Verzögerung bedeutet, dass die wirtschaftlichen Vorteile nicht bei uns, sondern in anderen Ländern entstehen.

Herr Minister, Sie haben völlig zu Recht auf die große Bedeutung der digitalen Wirtschaft für die Informationsgesellschaft hingewiesen. Sie ist – über die eigene Branche hinaus – zentraler Wachstumsmotor und Treiber von Innovationen für die gesamte Volkswirtschaft. Hier wird der weltweite Innovationswettbewerb entschieden. Nur wenn wir hier Spitze sind, werden wir es schaffen, Wettbewerb und Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in den kommenden Monaten ein gutes **Telekommunikationsgesetz** verabschieden; denn das TKG ist für die gesamte Branche so etwas wie die Magna Charta. Vom TKG muss ein klares Signal für Wettbewerb, Wachstum und Innovation ausgehen.

Wir brauchen eine Balance zwischen Infrastruktur- und Dienstewettbewerb. Ich warne davor, irgendeine Technologie oder Anwendung durch staatliche Einflussnahme künstlich zu pushen.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja, was jetzt?)

Politik darf sich bei Marktentwicklungen nicht zum Schiedsrichter machen. Denn wer hätte vor einigen Jahren den großen Erfolg von SMS vorausgesehen? Kaum (C) einer hätte gedacht, dass man mit Fotoapparaten in das Internet kommt oder dass man mit dem Handy fotografieren kann. Leider gilt auch beim TKG: Die Bundesregierung ist zu spät. Der Gesetzentwurf ist unausgegoren und bar jeder ordnungspolitischen Grundlinie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gute Ansätze im Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums, die durchaus vorhanden waren, wurden leider im Prozess der Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium völlig verwässert. Zukunftspolitik unter dem Diktat von Herrn Eichel, das passt überhaupt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Wir fordern eine klare Linie für mehr Wettbewerb, weniger Bürokratie und schnellere Verfahren. Das heißt für uns vor allem EU-rechtskonforme Umsetzung, flexibler Einsatz aller Regulierungsinstrumente, Antragsrechte für die Wettbewerber, harte Sanktionen bei Missbrauch, Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und Zuständigkeit der Zivilgerichte. Gehen Sie auf unsere Forderungen ein! Dann ist Ihnen unsere Zustimmung im Bundesrat sicher.

Mit dem Internet – auch das haben Sie, Herr Clement, angesprochen – ist ein zusätzlicher sozialer Raum entstanden: Wir haben nicht nur auf technischem, sondern auch auf sozialem und kulturellem Gebiet einen Quantensprung gemacht. Die Politik muss auch der menschlichen Dimension der Informationsgesellschaft Rechnung (D) tragen.

Leider ist die **digitale Spaltung der Gesellschaft** – die Spaltung in diejenigen, die im Umgang mit PC und Internet fit sind, und diejenigen, die nach wie vor keinen Zugang zur digitalen Welt haben – bereits Realität. Diese Zweiklassengesellschaft darf sich auf keinen Fall weiter verfestigen. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, an der Informationsgesellschaft – sie bietet große Chancen – teilzuhaben; denn wer nicht „drin“ ist, der ist von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bald völlig abgekoppelt.

Eines muss uns ganz klar sein: Deutschlands Zukunft hängt entscheidend davon ab, ob wir im Bereich Innovation und Information schnell genug und gut genug sind. Wir müssen jetzt das enge Zeitfenster nutzen. Dafür werden wir uns mit ganzer Kraft einsetzen. Verlassen Sie sich darauf!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:
Ich erteile dem Kollegen Fritz Kuhn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig logisch und richtig: Wer neue Arbeitsplätze schaffen will, muss alles tun, damit die

Fritz Kuhn

(A) Wirtschaft mehr Innovationen hervorbringt; denn mit neuen Produkten, Dienstleistungen und Produktionsverfahren entstehen in einem Land wie der Bundesrepublik neue Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Da hat Herr Kuhn Recht!)

Ich finde, dass wir konkreter werden müssen als Sie, liebe Kollegin, gerade in Ihrer Rede. Wir wissen längst, was Innovationsprozesse blockiert und was sie fördert.

Erstens. Wer Innovationen voranbringen will, der muss Subventionen für alte Industrien so schnell wie möglich zurückfahren; denn Subventionen lähmen das Neue. Wir haben gesehen, wie schwer sich die Union im Vermittlungsausschuss getan hat, den **Subventionsabbau** voranzubringen.

Zweitens. Wer Innovationen will, der muss den Wettbewerb fördern und ihn dort, wo er nicht existiert, herstellen. Deswegen ist das neue **Telekommunikationsgesetz** so entscheidend. Der Telekom darf nicht aus dem technischen Vorteil, den sie infolge des früheren Monopols hat, immer wieder ein neues Monopol erwachsen. Deshalb muss der Marktbeherrscher die Technik auch für Wettbewerber bereitstellen. Das ist ein wichtiger Punkt, für den wir in der Debatte um das neue Gesetz eintreten.

Drittens. Ein Land, das sich immer wieder einer Jammerkultur nach dem Motto „Bei uns läuft alles mies und elend!“ hingibt – Sie haben einen Beitrag dazu geleistet –,
(B) kann nicht den Spirit, den Geist, entfalten, den wir für Innovationen brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Schlechtreden ist nicht gut für Innovationen.

(Jörg Tauss [SPD]: Die da drüben brauchen die Jammerkultur!)

Viertens. Wir müssen die Schulen, die Hochschulen und die Forschung in unserem Land in Ordnung bringen, wir müssen sie verbessern; denn der wesentliche Boden für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist natürlich ihr **Bildungswesen:** Wie wird Weiterbildung organisiert und was passiert an den Hochschulen und Forschungsstätten?

Fünftens. Wir müssen für die Firmen, die bei der Finanzierung von Innovationen hohe Risiken eingehen, optimale **Finanzierungsbedingungen** – steuerlicherseits und durch Förderungen – schaffen. Der neue Dachfonds, der vor kurzem mit ERP-Mitteln eingerichtet worden ist, ist wichtig dafür, dass Innovationsfinanzierungen in Deutschland endlich schneller und besser auf den Weg gebracht werden können.

Die I-und-K-Technologie ist eine Querschnittstechnologie. Wer im Bereich der I-und-K-Technologie nicht vorne ist, der liegt bei allen Innovationen – auch auf allen anderen Technologiefeldern – hinten. Deswegen ist die Förderung dieses Technologiesegments bzw. Tech-

(C) nologienetzes entscheidend für die Innovationsstrategie insgesamt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die I-und-K-Technologie ist die Basis aller Innovationen. Die breite Diffusion dieser Technik in alle Bereiche ist die Basis für das notwendige Produktivitätswachstum – es muss stärker sein als in der Vergangenheit – in Deutschland.

Herr Minister, wenn ich das Problemfeld, das ich für am bedeutendsten halte, identifizieren soll, dann nenne ich die Schwäche bei der **Diffusion von I-und-Koalition-Technik** vor allem in die Breite des Mittelstandes, zum Beispiel ins Handwerk. Wenn man die Zahlen aus den USA im Bereich dieser Technologie als Diffusionsmaßstab nimmt, dann erkennt man, dass wir hinten liegen. Die Hauptaufgabe, die sich stellt, lautet: Der Mittelstand und die Kleinbetriebe müssen in der Breite die I-und-K-Technik anwenden können. Dafür muss die Politik in den nächsten Monaten die Weichen stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir von den Grünen sind wir der Überzeugung, dass ein Innovationsprozess auch eine Richtung braucht, und sehen deshalb im Zusammenhang mit Ökologie sowie mit kulturellen, sozialen und natürlich wirtschaftlichen Fragen ein extremes und gutes Potenzial für die I-und-K-Technik. Wenn wir es erreichen, mehr **Breitbandverkabelung** im DSL-System zu schaffen, werden in Zukunft
(D) anstelle vieler Konferenzen, derentwegen heute die halbe Republik hin- und herbewegt wird, Videokonferenzen stattfinden können – vielleicht nicht immer, weil Menschen sich auch sehen müssen und die soziale Dimension berücksichtigt werden muss. Aber wir werden vieles von dem, was heute Zeit und eben auch Geld kostet, einsparen können.

Das **E-Commerce** hat ein ungeheures Potenzial, übrigens gerade für die älter werdende Gesellschaft. Ich fordere Sie auf, endlich herzugehen und das Potenzial dieser Technologien für die alten Menschen auszuschöpfen. Die Benutzeroberflächen sind heute noch nicht so, dass alte Menschen damit umgehen können. Wer hier zuerst Lösungen anbietet, kann im Dienstleistungsbereich entlang dieser Techniken viele neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben ein großes Potenzial, beim so genannten Thema **E-Health,** also im Gesundheitswesen, die elektronischen Medien einzusetzen. Wenn 55 Prozent der Ärzte in Deutschland offline sind, also nicht mit dem Netz arbeiten können, dann zeigt dies das ungeheure Defizit auf diesem Gebiet. Wir könnten Milliarden einsparen, wenn das anders wäre. Da sage ich wieder: Wo Sie keinen Wettbewerb haben, wie im deutschen Gesundheitssystem, gibt es eben keine gute Durchdringung mit fortschrittlicher Technologie. Das ist ein ganz klares Beispiel dafür, dass wir Wettbewerb im Gesundheitswesen brauchen. Dann werden auch hier Kostensenkung und Effektivität möglich.

Fritz Kuhn

(A)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das machen Sie doch gerade kaputt mit Ihrer Politik!)

Selbstverständlich ist **E-Government** ein entscheidendes Thema; das hat der Minister ausgeführt. Wir können schließlich nicht von der Gesellschaft und von der Wirtschaft verlangen, innovativer zu werden, während andererseits wir in der Regierung in dem, was der Staat an staatlichem Handeln anbietet, eben nicht in der notwendigen Weise innovativ sind.

Ich will zum Abschluss noch auf zwei Punkte eingehen, die mir wichtig sind. Wir müssen in Deutschland auch selbstkritisch über das reden, was nicht läuft. Der Regierungsbericht ist zum Beispiel in Bezug auf das Thema **Toll Collect** – das ist ja gar nicht richtig erwähnt – natürlich unterkritisch.

(Lachen des Abg. Georg Girisch [CDU/CSU] – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da seid ihr sehr innovativ!

Man kann nicht über I-und-K-Technik reden und dann außer Acht lassen, dass zwei große deutsche Firmen bei diesem Thema völlig versagt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Politik aber auch!)

Ein mittelständischer Betrieb in Deutschland könnte sich so etwas nicht leisten. Würde der so etwas hinlegen, ginge er baden, er ginge kaputt. Darum kümmert sich niemand.

(B)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da ist aber der Minister verantwortlich!)

Ich will zu Ihnen, Herr Kauder, einen Satz sagen und komme damit zum Schluss: Ich habe den Eindruck, dass die Union die Innovationsdebatte als breite große politische Debatte verschlafen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie diskutieren darüber, die Leute durch eine Senkung der Steuertarife um 10 Milliarden Euro zu entlasten. Sie sagen, die Bürgerversicherung koste 20 Milliarden Euro; das habaen Sie nicht gegenfinanziert. Damit haben Sie eine Deckungslücke von 30 Milliarden Euro.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Pfeifen im Walde!)

Gleichzeitig beteiligen Sie sich fröhlich an der Diskussion über eine Erhöhung der Ausgaben im Bildungs- und Forschungssystem. Wir werden es schwer haben, die 3 Prozent zu erreichen, aber Sie sind 30 Milliarden Euro von den Zielen entfernt, die hier anstehen. Meines Erachtens haben Sie in der Innovationsdebatte eigentlich nicht viel zu melden, weil Sie gar nicht kapieren, dass Sie sich auch mit der Finanzierung der Mittel für Innovation und für Forschungspolitik auseinander setzen müssen. Sie versprechen den Leuten Entlastungen in Höhe von 30 Milliarden Euro und haben keine blasse Ahnung, wie Sie das finanzieren wollen. Was Sie an der Stelle betreiben, ist Politikverweigerung.

(C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dafür brauchen wir Sie!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Rainer Brüderle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeswirtschaftsminister, Sie haben eingeleitet mit einem Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Lage. Die Konjunktur hellt sich auf, Gott sei Dank. Aber wir profitieren nur davon, dass andere es besser gemacht haben als wir. In Amerika brummt es, in Asien brummt es, aber nicht bei uns. Wir profitieren von der erfolgreichen Politik anderer.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die erste Reaktion auf die halbherzigen Beschlüsse im Vermittlungsausschuss war ja, dass das DIW, ein Ihnen nicht gerade feindlich gesonnenes Institut hier in Berlin, die Wachstumsprognose nach unten revidiert hat. Der Kalendereffekt – fünf Feiertage fallen auf ein Wochenende – sorgt für ein Wachstum von 0,6 Prozent. Das gibt übrigens einen dezenten Hinweis zu der Vorstellung, mit weniger Arbeit mehr erreichen zu können. Hinsichtlich 0,7 Prozent Wachstum profitieren wir von der amerikanischen und asiatischen Wirtschaft. Nach der Prognose kommen gerade 0,1 Prozent aus eigener Kraft, aus dem Binnenmarkt. Das zeigt, dass die Hausaufgaben eben nicht erledigt sind und wir bei weitem keinen Anlass zur Entwarnung oder zur Selbstbeweihräucherung haben.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Den **Reformprozess** fortsetzen. – Herr Clement, vieles von dem, was Sie sagen, ist richtig sympathisch, es wird nur nicht gemacht. Heute lesen wir in der Zeitung: Der Bundeskanzler stoppt den Reformprozess, indem er sagt: Bei der Pflegeversicherung ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht. – Der Reformprozess wird also nicht fortgeführt. Wo sind denn die Reformen, die konsequent gemacht werden? Sie stoppen sie gerade wieder. So werden Sie die Lohnnebenkosten nicht herunterbekommen. So entsteht nicht mehr Arbeit in Deutschland. Sie verhindern Arbeitsplätze in Deutschland. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP)

So trägt der Bundeswirtschaftsminister täglich einen neuen bunten Luftballon durch die Gegend. Der bunte Luftballon des Tages heißt: Aktionsprogramm Informationsgesellschaft. Wenn Sie redlich wären, müssten Sie eigentlich als Titel wählen: Aktionismusprogramm. So

Rainer Brüderle

(A) etwas ist es nämlich wieder. Da wird alles zusammengeschrieben, es gibt Fleißkärtchen – ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das modern klingt, möglichst mit vielen Anglizismen verkleidet, damit man nicht merkt, dass dahinter fast nichts ist. Dieses Sammelsurium bringt uns nicht weiter. Wenn das der Beitrag der angekündigten großen Innovationsoffensive ist, dann kann ich nur sagen: Lassen Sie es lieber!

Der Ansatz ist wieder von dirigistischem, korporatistischem Geist geprägt. Es wird von der Telematik im **Gesundheitswesen** fabuliert. Wir haben gerade die famose Einführung der Praxisgebühr erlebt. Toll! Wenn das der Ansatz ist, mit dem die Gesundheitspolitik in Deutschland gestaltet werden soll, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Gesundheitspolitik!

(Beifall bei der FDP – Hubertus Heil [SPD]: Sie sind ja ahnungslos!)

– Sie und der Herr Tauss, der Zwischenrufer, sind die großen geistigen Vordenker.

(Hubertus Heil [SPD]: Sie haben keine Ahnung! Von E-Health haben Sie noch nichts gehört!)

– Herr Heil, gucken Sie sich einmal Ihren eigenen Weg an!

Es werden Planzahlen für die Zahl der Internetbenutzer, Größenordnungen für die Zahl der Breitbandanschlüsse genannt, alle möglichen runden Tische und Initiativen abgefeiert. Die Bundesregierung tut mal wieder so, als würde sie persönlich die Bevölkerung mit den (B) Wirtschaftsgütern der IT-Branche versorgen. So ist es aber nicht; das macht der Markt. Wettbewerb und Marktwirtschaft sorgen für eine effiziente und schnelle Umsetzung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

(Hubertus Heil [SPD]: Binsenweisheit!)

Wettbewerb und Marktwirtschaft sorgen für technischen Fortschritt. Wettbewerb bleibt das wirksamste Entdeckungsverfahren in der Wirtschaft. Dem muss man Vorrang geben. Vorrang dürfen nicht Ihre eigenen Strategien haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Motto der Bundesregierung lautet: Idee gesucht, Kommission gefunden. Nur, so kommen wir nicht weiter. Die Innovationskommission aus dem Jahr 2001 ist noch nicht aufgelöst. Jetzt hat sich der Bundeskanzler einen **Innovationsrat** zugelegt. Mit prachtvoller Medieninszenierung wird der staunenden Öffentlichkeit vorgeführt: Jetzt geht es richtig los.

Das Thema „LKW-Maut in Deutschland“ ist zu Recht angesprochen worden. Selbst Herr Kuhn als Weltökonom konnte es sich nicht verkneifen, über diesen Schandfleck grün-roter Politik zu sprechen. Was herauskommt, wenn die Herren, die die Verantwortung für die **LKW-Maut** haben, jetzt den Kanzler auch in der Innovationsoffensive beraten, kann ich mir vorstellen, nämlich nichts Vernünftiges.

(C) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie machen die Böcke zu Gärtnern. Es stellt sich auch die Frage: Wie wollen Sie uns garantieren, dass auf solchem Wege nicht massive Lobbyinteressen der Beteiligten durchgesetzt werden?

(Jörg Tauss [SPD]: Beim Thema Lobby kennen Sie sich gut aus!)

– Herr Tauss, Sie sind Zwischenrufweltmeister.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Aber in letzter Zeit sind Sie schwach geworden. Haben Sie neue Weisungen von Ihrem Chef Peters von der IG Metall, weniger Zwischenrufe zu machen?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie inszenieren ein Treffen von Vorstandsvorsitzenden einiger Großkonzerne als **Zukunftsgipfel.** Das ist aber ein Gipfel von Pfauenfederträgern. Das ist kein Weg, Deutschland technologisch nach vorn zu bringen.

(Hubertus Heil [SPD]: Sollen wir den Rexrodt fragen?)

Sie suggerieren ein Wissen, das dort gar nicht vorhanden ist. Wir haben es doch in der Vergangenheit erlebt. Mit den round tables, den runden Tischen, den eckigen Tischen, den ovalen Tischen – es gibt ganz neue Tischsorten, die man dazu anführen kann –,

(D) (Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die wurden in Rheinland-Pfalz veranstaltet!)

wurden Millionen, ja Milliarden von Steuergeldern versenkt. Echte Anreize für Innovationen sind nicht erzeugt worden. Denken Sie mal an die Vergangenheit, an die Großrechnerförderung und anderes! Das ist der Geist der Planifikation. Da zeigt sich Ihr Misstrauen gegenüber dem Markt.

Jüngstes Beispiel: **Online-Jobbörse** bei der Bundesanstalt für Arbeit. Das Aktionsprogramm wird großartig verkauft. Über 100 Millionen Euro werden reingebuttert. Jetzt erfährt man – man höre und staune –: Über ein Viertel der 100 Millionen Euro werden für Werbung ausgegeben. Wo ist denn da die Innovation? Das ist doch Selbstbeweihräucherung. Was dabei herauskommt, haben wir erlebt. Das ist der falsche Ansatz. Auch hier haben Sie nicht den Mut zu mehr Marktwirtschaft. Stattdessen pflegen Sie weiter alte syndikalistische Ansätze: ein Drittel Gewerkschaften, ein Drittel Arbeitgeber, ein Drittel Staat. Alle liegen sich schön in den Armen. Vom Tanzen her wissen Sie, dass man, wenn man sich in den Armen liegt, die Hände zum Arbeiten nicht frei hat. Das ist es, was Sie falsch machen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Franz Müntefering [SPD]: Das ist doch die Rede, die Sie letztes Mal gehalten haben, Herr Brüderle!)

Was haben Sie in diesem Bereich gemacht? Durch den massiven Einsatz von öffentlichen Geldern werden

Rainer Brüderle

(A) innovative private Jobbörsen aus dem Markt gedrängt. Aber ohne diese privaten Jobbörsen wären Sie überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass man online etwas Vernünftiges auf den Weg bringen kann, wenn man es richtig organisiert. Das Neue kommt eben nicht aus den Amtsstuben in die Welt. Innovation kann man nicht an runden Tischen beschließen, Innovationen kann man nicht per Dekret verkünden. Neuheiten entstehen überraschend. Zukunft ist nicht planbar. Es muss mehr Freiräume geben und weniger staatliche Bevormundung. Dieser Ansatz muss verfolgt werden. Wer an jeder Ecke durch Bürokratie gegängelt und durch hohe Abgaben und Steuern geschröpft wird, überlegt sich dreimal, ob er in Deutschland noch Innovationen entwickelt und umsetzt. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deutschland ist jetzt ein Musterland für **Braindrain,** für Auswanderung von Kapital und hoch qualifizierten Fachkräften. Jedes Jahr verlassen 130 000 hoch ausgebildete Wissenschaftler und Spezialisten Deutschland; in der Regel kommen sie nicht zurück, weil Sie ein schlechtes Klima für sie geschaffen haben.

Nun kommt der Weltökonom Kuhn und verkündet kühn, dass man mit der Schaffung der Informationsgesellschaft einen großen Schritt in die Zukunft macht. Die Grünen tragen die Verantwortung für das fortschrittsfeindliche Klima in der deutschen Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) Sie haben anfangs in ihrer Programmatik die Computer verteufelt. Ich zitiere aus dem **Grundsatzprogramm der Grünen,** in dem Computer als Teufelswerkzeug dargestellt werden. Dort steht:

> Computern werden wesentliche Arbeitsaufgaben übertragen, während den Menschen nur noch eine sinnentleerte Teilfunktion überlassen bleibt.

Das ist ein Originalzitat. Sie tragen die Verantwortung, dass eine fortschrittsfeindliche Haltung in diesem Land entstanden ist. Sie haben eine Verhinderungs- und Verteufelungskultur in diesem Land initiiert und dementsprechend Stimmung gemacht. Die Konsequenzen müssen wir heute ausbaden. In vielen Bereichen haben Sie Irrwege eingeschlagen und waren unfähig, die Realitäten zu erkennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hubert Ulrich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist schon Fasching?)

Heute verhalten Sie sich wieder so bei der Biotechnologie und der Gentechnik, indem Sie wie früher bei der Kernenergie überall Ängste zu erzeugen versuchen und mit Anschauungen von vorgestern operieren. Wenn wir Ihnen gefolgt wären, würden wir heute mit Federkiel auf Pergament schreiben, aber nicht über Informationstechnologie im Bundestag diskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) – Es ist nur recht, dass Sie schreien. Sie sollten sich dafür entschuldigen, was Sie in Deutschland für Unfug angerichtet haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Büßergewand!)

Der entscheidende Punkt ist, dass Deutschland

(Horst Kubatschka [SPD]: Zugabe!)

– das würde ich gerne machen, dann bekommen Sie noch etwas ab; Sie hätten es verdient, aber dafür müssten Sie mir Ihre Redezeit geben – eingemauert ist. Nichts wird flexibel gehandhabt. Das ist überall zu spüren. In den Bremserhäuschen herrscht in Deutschland Vollbeschäftigung; da sitzen alle drin. Durch falsche Mitbestimmungsformen, Tarifkartelle und falsch verstandenen Föderalismus werden in Deutschland Veränderungen verhindert. Die deutsche Gesellschaft ist festgefahren. Wir sind eingemauert. Wir müssen einen Befreiungsschlag machen: raus aus diesem Mauerwerk, weg vom Denken von vorgestern. Ihr Syndikalismus ist die Ursache dafür, dass wir eine so hohe Arbeitslosigkeit haben.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 18 Prozent!)

– Schämen Sie sich und schreien Sie nicht dazwischen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

(D) Ich erteile das Wort Kollegen Hubertus Heil, SPD-Fraktion.

(Jörg Tauss [SPD]: Zur Seriosität zurück!)

Hubertus Heil (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Brüderle, auf der Tagesordnung steht eigentlich das Thema Informationsgesellschaft

(Jörg Tauss [SPD]: Davon versteht er nichts!)

und nicht die Beschäftigung mit dem Industriezweig Phrasendrescherei. Doch gerade den haben Sie ja soeben bedient. Insofern sollten wir uns nun doch wieder dem Thema zuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der steht noch unter Drogen! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Welche Gewerkschaft ist denn dafür zuständig?)

– Ich weiß es nicht. Das ist ein Bereich, um den sich nur die FDP kümmert. Dafür braucht es dann offensichtlich keine Gewerkschaften.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Blamieren Sie sich nicht weiter und sprechen Sie richtig!)

Ich will ganz klar sagen, dass wir den Begriff Visionen nicht diffamieren sollten. Es gibt zwar den schönen Satz, der Helmut Schmidt zugeschrieben wird: Wer

Hubertus Heil

(A) Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Ich glaube aber, dass Helmut Schmidt eher krude Utopien meinte und nicht klare Leitbilder. Richtigerweise wird nun ein Masterplan für diesen Bereich vorgelegt. In anderen Ländern gab es ihn ja schon früher. Wenn Sie zum Beispiel die Anstrengungen, die diese Bundesregierung unter Federführung von Otto Schily im Bereich „bund-online.de“ unternommen hat und die gerade von der Europäischen Union als ein Zugpferd für eine Entwicklung gewürdigt wurden, die wir nachholen mussten, weil Sie sie verpennt haben, diffamieren, möchte ich Ihnen darauf Folgendes sagen: **E-Government** ist etwas, was wir eher begriffen haben als Sie:

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie haben noch nicht einmal das normale Regieren begriffen!)

Als wir 1998 die Bundesregierung übernahmen, war im Bundeskanzleramt Rohrpost das Kommunikationsinstrument und nicht das Intranet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen klar sagen: Dass wir im Bereich E-Government Nachholbedarf haben, ist unstrittig. Aber die Ursachen dafür liegen nicht bei dieser Bundesregierung, sondern darin, dass Sie in den 90er-Jahren diese Entwicklung verschlafen haben, und auch darin, dass wir diesbezüglich eine Kompetenzzersplitterung in Deutschland haben – zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nach allen Gutachten, die auch Sie kennen, wissen wir: Vor allem im kommunalen Bereich, aber auch bei den (B) Ländern besteht großer Nachholbedarf. Der Bund ist dagegen der Motor dieser Entwicklung; das bestätigen alle seriösen Studien.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Motor des Nachholbedarfs? Was ist das denn?)

Insofern bitte ich Sie, kein Zerrbild dieser Gesellschaft zu malen, auch nicht dieses Landes.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Dosenpfand und Maut!)

– Herr Kauder, vielleicht sollten Sie einmal zu Themen dazwischenrufen, von denen Sie wirklich Ahnung haben. So nützt es nicht sonderlich viel.

Meine Damen und Herren, es geht uns um Zweierlei: Wir wollen den Weg in die Informationsgesellschaft beschreiten, indem wir Potenziale in der Branche nutzen, aber wir wollen die Informations- und Kommunikationstechnologien auch nutzen, indem wir sie in vorhandene Produktions- und Dienstleistungsprozesse integrieren. Es geht eben nicht um einen Gegensatz zwischen Old und New Economy, es geht um die Next Economy, um die Frage, wie wir unsere Volkswirtschaft mittels der Informations- und Kommunikationstechnologien modernisieren. Das heißt, dass wir diese Technologien in allen Produktionsprozessen, auf allen Stufen der Wertschöpfungskette, einordnen; ich komme gleich darauf zurück.

Die **Entwicklung in der Branche** selbst ist ganz beachtlich. Der Umsatz im Bereich der IuK-Technologien liegt bei 130 Milliarden Euro pro Jahr. Mit 750 000 Beschäftigten ist er einer der größten Wirtschaftssektoren (C) in Deutschland. Die Dynamik der Entwicklung sieht man insbesondere in den einzelnen Sektoren ganz deutlich: Im Vergleich zu 1998 hatten wir im vergangenen Jahr im Mobilfunkbereich eine Steigerung von 14 Millionen Kunden auf 63 Millionen Kunden; das ist sage und schreibe ein Zuwachs von 350 Prozent. Bereits mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland nutzen das Internet.

Es ist richtig, Herr Brüderle: Die Politik kann da nichts verordnen; das ist etwas, was mit Wettbewerb zu tun hat. Das wissen wir aber schon länger als Sie. Trotzdem geht es um die Frage, ob man sich politische Ziele setzt und alle vorhandenen Akteure miteinander koordiniert. Die Frage ist, ob wir unser ehrgeiziges Ziel erreichen, bis zum Jahre 2010 die Zahl der **Breitbandanschlüsse** in Deutschland so zu steigern, dass über 50 Prozent der Deutschen die Möglichkeit haben, einen Breitbandanschluss zu nutzen.

„Breitbandigkeit“ klingt abstrakt, so abstrakt, dass keine Sau weiß, welche Möglichkeiten damit verbunden sind.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: „Keine Sau“? – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Sprechen Sie hier von den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland? – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie reden davon, dass „keine Sau“ das weiß? Was ist denn das für eine Formulierung?)

– Ach, hören Sie doch erst mal zu, Herr Kauder! Ich (D) weiß nicht, was Ihr Job hier ist. Ich dachte, Sie sind Geschäftsführer und nicht Geschwätzführer Ihrer Fraktion.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Breitbandigkeit heißt, schneller größere Mengen von Daten zu transportieren. Es geht darum, das im Breitbandbereich für unsere Volkswirtschaft liegende Wachstumspotenzial von 0,3 bis 0,5 Prozent zu nutzen. Das hängt davon ab, dass wir es schaffen, in dem Bereich aufgelaufene Rückstände aufzuarbeiten.

Diese Investitionsanreize wollen wir schaffen, indem wir das **Telekommunikationsgesetz** novellieren – die Novelle ist gerade in der Beratung –, indem wir Investitionen sowohl in den Infrastrukturbereich als auch in den Dienstewettbewerb attraktiv machen; beides gehört zusammen. Infrastrukturinvestitionen sind die Voraussetzung dafür, dass die notwendige Technik bereitsteht; aber Dienste sind es, die die Menschen interessieren.

(Beifall bei der SPD)

Breitbandigkeit allein macht keinen froh, aber die Möglichkeiten, die sich über Breitbandigkeit ergeben, sind für die Bürgerinnen und Bürger interessant; sie entscheiden darüber, welche Innovationen in diesem Land angenommen werden.

Deshalb müssen wir über Anwendungen sprechen. Einige sind vorhin genannt worden, beispielsweise die Frage: Was ist möglich im **Gesundheitswesen?** Beim

Hubertus Heil

(A) Thema E-Health geht es um die Frage, wie wir Effektivitätsreserven nutzen können, aber auch, wie wir die Lebensqualität von Menschen steigern können.

Vieles ist gesetzgeberisch auf den Weg gebracht; das zeigt der Bericht. Wir haben das Elektronischer-Geschäftsverkehr-Gesetz beschlossen, mit dem Ergebnis, dass der E-Commerce in Deutschland 100 Milliarden Euro pro Jahr ausmacht. Unser Defizit liegt in einem Bereich: Große Unternehmen nützen das Internet auf allen möglichen Ebenen, aber im mittelständischen Bereich gibt es da Nachholbedarf. Dabei geht es nicht darum, dass der Malermeister bunte Seiten ins Internet stellt, es geht – wie gesagt – darum, in den Bereichen Beschaffung, Produktion und Vertrieb diese neuen Informations- und Kommunikationstechnologien als **integrierte E-Business-Lösungen** einzusetzen, um Produktivitätsfortschritte zu erreichen. Darum geht es, im Interesse der Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Informations- und Kommunikationstechnologien sind ein Schlüssel für die **Modernisierung** unseres Landes. Es geht aber noch um mehr. Die einen wollen die Modernisierung unserer Gesellschaft. Dieses Thema ist für unsere Freunde von den Grünen und für die FDP wichtig; auch wir sind dafür. Die anderen, die Konservativen, wollen eine rein technische oder ökonomische Modernisierung. Wir Sozialdemokraten sagen: Unsere Gesellschaft braucht beides; es muss beides zusammengehen: die gesellschaftliche und die technische Modernisierung.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb darf es nicht sein, dass wir in diesem Land eine digitale Spaltung bekommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Gesellschaft in User und Loser, in An- und Ausgeschlossene, gespalten wird. Wir wollen, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien allen Menschen zur Verfügung stehen. Wir wollen kein Privileg und kein Monopol für bestimmte Gruppen in diesem Bereich. Wir wollen einen Nutzen für alle Menschen. Die Chancen dieses Landes in diesem Bereich sind größer, als es die Opposition wahrhaben will.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland ist noch nicht ganz so weit. Aber wir sind auf dem Weg.

Meine herzliche Bitte ist: Lassen Sie uns bei den anstehenden Gesetzgebungsverfahren, aber auch bei der Förderung dieser Technologien, bei der Bereitstellung von Beteiligungskapital, bei den Kompetenzzentren für den Mittelstand – da sind wir auf einem guten Weg – und im Bereich E-Government nicht nach den Risiken, die es in der Tat gibt, fragen! Lassen Sie uns vor allen Dingen die Chancen betonen, damit wir die Menschen mitnehmen können, und sie an diesen neuen Möglichkeiten teilhaben können! So können wir selbstbestimmte Menschen im Interesse unseres Landes in die Lage versetzen, sich die Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, (C) und mithilfe neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zu kommunizieren.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Heinz Riesenhuber, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Mikro, Herr Kollege!)

Dr. Heinz Riesenhuber (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hubertus Heil hat so schön dargestellt, dass alles, was geschieht, auf kluge Weise von der **Bundesregierung** koordiniert wird. Wenn man sich allerdings die Sache genauer anschaut, dann muss man sagen, dass nur das, wo die Bundesregierung nicht dazwischenfasst, relativ in Ordnung ist.

(Jörg van Essen [FDP]: Sehr richtig!)

Aber überall da, wo die Bundesregierung anfängt, in ihrer überlegenen Weisheit die Zukunft zu konstruieren, da scheint die Sache schief zu laufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Lieber Herr Heil, mir liegt dieser „vorzügliche“ Bericht der Bundesregierung vor. Ich muss sagen, dass ich den Bericht im Grundsatz für eine gute Sache halte. Es ist vernünftig, diese verschiedenen Einzelprogramme zu einer einzigen integrierten Strategie zusammenzufassen. Ob sie Erfolg hat, ist wieder eine andere Frage. Die Informationsgesellschaft kann nur funktionieren, wenn alle Bereiche stimmen. Auch die Ausbildung muss stimmen. Im Rahmen der PISA-Studie haben wir im Bereich Lesen Platz 21 und im Bereich der Mathematik und der Naturwissenschaften Platz 20 belegt. Da müssen wir besser werden. Es geht weiter: Das E-Government – Martina Krogmann hat dazu etwas gesagt – und die Rahmenbedingungen, die der Staat vorgibt, müssen stimmen.

(D)

Sie haben in Ihrer Weisheit das World Economic Forum herangezogen. Im Bericht der Bundesregierung wird voller Stolz aus dem Global IT Report zitiert. Was kann man dort finden? Prima! Wir sind von Platz 17 auf Platz 10 vorgerückt – eine erfreuliche Sache.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nächst Tunesien! – Peter Hintze [CDU/CSU]: Botswana!)

Lassen Sie uns aber einmal die Zahlen genauer anschauen. Wenn man sich voller Neugier die neuen Zahlen für dieses Jahr anschaut – in der Zwischenzeit hat ja die Regierung ein Jahr weiter regiert, wie wir beglückt feststellen dürfen –,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

dann muss man erkennen, dass wir um einen Platz zurückgefallen sind.

Dr. Heinz Riesenhuber

(A) Wenn man sich die Details anschaut, wird die Sache noch interessanter. Wir haben drei Komplexe, in denen verschiedene Komponenten zusammengesetzt werden. Der erste Bereich wird im Wesentlichen vom Staat gestaltet. Die anderen Komplexe umfassen die vorhandenen Infrastrukturen und ihre Nutzung. In dem Bereich, der im Wesentlichen vom Staat gestaltet wird, sind wir von Platz 9 auf Platz 17 zurückgefallen. Lieber Herr Heil, ich muss sagen – das biete ich Ihnen als Dienstleistung an –, dass wir folgende Situation haben, die auch durch Ihre Zahlen deutlich erkennbar wird: Wo der Staat dazwischenfasst, wird die Sache schwierig.

Es gibt einzelne Bereiche, die besonders stark betroffen sind. Der Braindrain ist sehr viel stärker geworden. Hier sind wir von Platz 16 auf Platz 28 zurückgefallen. Das Marktumfeld ist schlechter geworden. Hier sind wir von Platz 6 auf Platz 15 abgerutscht. Bei der Venture-Capital-Verfügbarkeit sind wir von Platz 17 auf Platz 30 zurückgefallen. Man glaubt es nicht, dass man bei Mathematik und den Naturwissenschaften noch weiter von Platz 48 zurückrutschen kann: Wir haben Platz 53 erreicht. – Das sind nur einige Beispiele. Ich könnte dazu weiter ausführen. Wenn Sie mir mehr Zeit geben, bin ich bereit, zu allen diesen Punkten im Einzelnen zu elaborieren.

Dort, wo der **Staat** an sich Leistung zu erbringen hätte, dort, wo man davon ausgehen sollte, dass er die Voraussetzung dafür schafft, dass die Einzelnen in Wissenschaft, Wirtschaft und im privaten Bereich erfolgreich arbeiten können, liegen wir schlecht. Wo man die

(B) Wirtschaft arbeiten lässt, da läuft die Sache prima. Stört die Leute nicht bei der Arbeit! Dann geht etwas voran.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um einmal auf einen konkreten Bereich einzugehen: Die Bundesregierung ist ja zu der Erkenntnis gelangt, dass **Forschung** wichtig sei,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

dass wir, wie sie im Bericht schreibt, hier eine Schlüsseltechnologie haben und dass die Aufgabe besteht, die Zahl der zukunftssicheren Arbeitsplätze durch Innovationen zu steigern, was sie unterstützt. Schauen wir uns einmal Kap. 3006, Titelgruppe 31, an; Sie wissen, das betrifft IuK usw. Jeder dieser einzelnen Titel ist 2001, 2002, 2003 und 2004 rückläufig. Das heißt, dass wir in der Situation sind, dass wir, obwohl wir eigentlich beschlossen haben, in Europa in der Forschung Spitze zu werden – 3 Prozent des Bruttosozialproduktes sollen dafür in 2010 verwendet werden –, und Europa selber Spitze werden will, immer mehr zurückfallen. Das werfe ich nicht der Frau Forschungsministerin vor.

(Jörg van Essen [FDP]: Die ist ja gar nicht da!)

Das ist eine Sache des Bundeskanzlers. Ein Forschungsminister hat gegenüber dem Finanzminister immer eine relativ schwierige Arbeit.

(C) (Horst Kubatschka [SPD]: Das kennen Sie! – Hubertus Heil [SPD]: Weil Kohl so modern war!)

– Da habe ich, lieber Herr Kubatschka, hinreichende Erfahrungen.

Aber eines muss ich sagen: Wenn der Kanzler versprochen hat, die Investitionen in Bildung und Forschung zu verdoppeln, und er daraufhin gewählt worden ist, dann hat die Forschungsministerin eine prachtvolle Stellung, sich wirklich durchzusetzen.

(Jörg van Essen [FDP]: Wenn sie denn da ist!)

Stattdessen schmilzt die Sache ab; das ist nicht gut.

Ich will jetzt nicht alle Punkte im Einzelnen anführen. Zu der guten Position Deutschlands im IuK-Bereich, von der im Aktionsprogramm geschrieben wird, gibt es einen Kommentar aus dem Technologiebericht der Bundesforschungsministerin vom März letzten Jahres. Die Bundesforschungsministerin schreibt in einer Pressemeldung in der Überschrift: Bei IT ist Deutschland abgeschlagen. – Das fasst die Sache zusammen.

Herr Kuhn, das ist keine Frage eines kultivierten Jammerns. Es geht vielmehr darum, dass man die Probleme beim Namen nennen muss, wenn man sie lösen will. Das soll wohl der Sinn des Aktionsplans sein. Sein Mangel ist, dass kein Zusammenhang zwischen dem, was die Bundesregierung tut, und dem, was sie erreichen will, hergestellt wird.

(D) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie schreiben, dass Sie konkrete Ziele beschreiben und konkrete Daten angeben. Wenn Sie auf die Seiten 6 und 7 schauen – das ist dazu das Einzige –, dann sehen Sie Kraut und Rüben in einer bunten Gemengelage. Da finden Sie die Erwartung im Hinblick auf die Marktpenetration von Handys, die auch der Wirtschaftsminister voller Stolz dargestellt hat. Da finden Sie eine Reihe von weiteren Punkten, mit denen die Bundesregierung gar nichts zu tun hat.

Die Frage, wie man in der Bildung, in der Ausbildung und bei den Infrastrukturen Ziele erreicht und Defizite aufarbeitet, ist interessant. Als Beispiel nehme ich **E-Health;** Kollege Kuhn hat hierzu einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht. Über E-Health wird in dem Bericht in einem von sechs großen Kapiteln geschrieben, was hier im Einzelnen passieren müsse und wie der Stand sei. Da ist diese schöne Tabelle – ich glaube, Herr Kuhn hat sie angesprochen –, in der Sie sagen: Hier in Deutschland sind – mit weitem Abstand hinter anderen – nur 6 Prozent der Allgemeinmediziner in einem medizinerspezifischen Netzwerk. Da fragt man sich: Warum? Sind deutsche Mediziner dümmer? – Eher unwahrscheinlich.

(Hubertus Heil [SPD]: Nein, weil Sie die Kartelle vertreten! Das ist der Punkt!)

– Lieber Herr Heil, ich kann Ihnen eine Antwort geben – auch Herr Kuhn war mit dem Begriff „Wettbewerb“

Dr. Heinz Riesenhuber

(A) schnell bei der Hand –: Man muss spezifisch und nicht nur grundsätzlich denken.

(Hubertus Heil [SPD]: Aber auch spezifisch!)

In dem Bericht findet sich eine prächtige Fußnote. Sie ist ganz klein gedruckt; sie ist die einzige Fußnote in dem ganzen Bericht. Da wird nämlich geschrieben, dass die kassenärztlichen Vereinigungen den Medizinern untersagt haben,

(Jörg Tauss [SPD]: Aha!)

die Daten auszutauschen, weil die entsprechenden Sicherheitsstandards nicht gegeben seien. Wenn es aber so ist, dann frage ich: Wer setzt denn die Sicherheitsstandards? Das tun doch nicht die Mediziner. Seit fünf Jahren regieren Sie. Wo sind die Standards?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wann erbringen Sie die Leistungen, die vom Staat verlangt werden können? Dort, wo Sie ran müssen, sind Sie nicht da, während Sie dort, wo wir erfolgreich sind, Sie aber nichts zu tun haben, grundsätzliche Reden halten, die ganz ausgezeichnet sind.

Dankenswerterweise hat Herr Kuhn eines der Glanzstücke deutscher Public Private Partnership lobend erwähnt: Die Maut ist ein klassisches Beispiel dafür, dass man eine wirklich exzellente Idee so gegen die Wand fahren kann, dass die gesamte Bundesregierung mit abgeschnittenen Hosen dasteht, was wirklich kein schöner Anblick ist.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass Sie etwas, was einmal eine glanzvolle Spitzmarke deutscher Technik sein sollte, so hinstellen, dass sich ganz Europa vor Heiterkeit den Bauch hält, ist keine besonders großartige Sache.

Ich möchte zusammenfassen: Es gibt überall, bei E-Government und E-Health, bei der Erziehung und der Ausbildung, in der Frage des Braindrain, beim Haushalt des Forschungsministers, Probleme. Hier sollte die Bundesregierung eigentlich etwas tun.

(Zuruf des Abg. Hubertus Heil [SPD])

– Ja, Sie haben einen schönen Bericht geschrieben. Das ist eine wirklich wunderbare Sammlung von exzellenten Euphemismen. Da heißt es nicht: Wir befinden uns in einem schlechten Zustand. Stattdessen heißt es: Wir haben ein großes Entwicklungspotenzial. Das ist prima.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber bisher haben Sie noch nicht abgeleitet, was Sie tun sollen.

Zum Glück haben wir ja noch einen Bundeskanzler. Wenn ein Problem ganz kritisch wird, ist der Bundeskanzler zur Stelle

(Hubertus Heil [SPD]: Im Gegensatz zu Helmut Kohl ist das ja schon ein Fortschritt!)

und wir bekommen eine Kommission oder einen Arbeitskreis, eine Geschäftsstelle oder einen Berater oder (C) auch alles zusammen. Gott sei Dank haben wir jetzt das Jahr der Innovation. Das ist eine tolle Sache, das finde ich wirklich prima.

Das „Handelsblatt“ fragt etwas skeptisch, ob diese Politblase mit Inhalt gefüllt werden kann. Das ist sicher das normale Ressentiment der bürgerlichen Presse. Aber der Bundeskanzler hat ein großes Wort gesagt – wenn das keine Wende im Denken der Regierungspartei ist –: Wir sollten erst über die Chancen und dann über die Risiken nachdenken.

(Hubertus Heil [SPD]: Genau!)

– Herr Heil, Sie haben das mit Begeisterung aufgegriffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde das prima, so haben auch wir immer gedacht. Aber ich muss sagen: Größer ist die Freude im Himmel über einen Bundeskanzler, der sich bekehrt, als über 99 gerechte Christdemokraten, die der Bekehrung nicht bedürfen. Das ist etwas, was wir hier in Demut entgegennehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Das ist Hoffart! Hoffart ist eine Todsünde!)

Wir freuen uns über den Bundeskanzler und seine Bekehrung. Denn dann kann uns nicht mehr so etwas passieren, wie damals in Hessen, als die Insulinanlage von jemandem, der heute in der Bundesregierung sitzt, über neun Jahre verzögert wurde. Es wird uns auch nicht (D) mehr passieren, dass wir aus einer exzellenten Kerntechnik so aussteigen, dass wir nicht einmal Reaktoren in anderen Ländern aufmotzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es wird uns auch kein Moratorium für grüne Gentechnik mehr passieren und es wird uns nicht passieren, dass der Transrapid in unserem Land zu Tode diskutiert wird, während er in China fährt und das Know-how wer weiß wo verloren gegangen ist.

Wenn der Kanzler jetzt wirklich voller Entschlossenheit zu den Chancen steht, dann gibt es eine leuchtende Zukunft für unser Land. Denn die oben genannten Probleme sind ganz unterschiedlicher Art, aber sie haben vielleicht einen gemeinsamen Grund, nämlich eine Haltung des Pessimismus. Herr Kuhn sprach vom Jammertal. Woher kommt diese Haltung?

(Jörg Tauss [SPD]: Von Ihnen!)

Sie können nicht eine Technik nach der anderen verteufeln und sich danach wundern, dass ein Jammertal entsteht. Wenn Sie nicht den Erfolg herausstellen und nicht Spitzentechnik und Spitzenleistung mit Begeisterung unterstützen, entsteht im Land auch nicht die Zuversicht und die Fröhlichkeit, neue Herausforderungen aufzugreifen und sie anzugehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Heinz Riesenhuber

(A) Wir haben eine wunderbare Chance. Das, was hier entstehen kann, ist ein Wachstum das sich aus Intelligenz speist. Ressourcen und Energien werden nicht verbraucht. Es handelt sich um ein Wachstum, das im Grunde unbegrenzt ist, weil es keine Ressourcen verbraucht. Das wäre doch etwas, was die Grünen mit Begeisterung aufnehmen sollten. Ich rede ja erst gar nicht von Ihren alten Diskussionen über die Jobkiller, die ich auch noch miterlebt habe.

Darin, dieses in den unterschiedlichen Bereichen beharrlich aufzubauen,

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir doch!)

liegt die Chance für die Zukunft, die Chance für ein Wachstum des guten Gewissens. Ich meine damit keinen technokratischen Hurrapatriotismus. Dafür plädiert niemand. Mit Blick auf diese Chancen, die unser hoch verehrter Herr Bundeskanzler in einer so vorzüglichen Weise beschwört, müssen wir die beharrliche Arbeit und die Entschlossenheit der tüchtigen Leute in Unternehmen und Instituten unterstützen. Diese stützen die Zukunft Deutschlands und hier sollte eine Regierung nicht stören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile der Kollegin Grietje Bettin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

(B)

Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure, dass die Opposition zu diesem für Deutschland so zukunftsweisenden Thema nicht mehr als diesen allgemeinen politischen Rundumschlag zu bieten hatte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Informationsgesellschaft entwickelt sich rasant

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Kleines Karo!)

– da können Sie schlechtreden, was Sie wollen, liebe Opposition –: Im Jahre 2003 war laut einer Onlinestudie von ARD und ZDF erstmals die Hälfte der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren online. Insbesondere der Anteil von Frauen und älteren Menschen ist stark gestiegen. Rot-grüne Initiativen wie „Frauen ans Netz“ oder „Internet für alle“ zeigen eindeutig Wirkung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bedeutung der **Informations- und Kommunikationsbranche** für die rot-grüne Politik wird mit dem vorgelegten Aktionsprogramm bestätigt und ausgebaut. Wir müssen insbesondere sicherstellen, dass dieser Masterplan auch wirklich die gesamte Bevölkerung erreicht. Was nützen uns die tollsten E-Learning-Projekte, solange nicht jeder Schüler oder jeder Student in der Lage ist, das in der Schule oder an der Uni Gelernte zu Hause weiter auszuprobieren?

(C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bildung heißt auch Chancengleichheit – so lautet einer der zentralen Leitsätze des Aktionsprogramms. Hier sind wir – und das ist Aufgabe von Bund und Ländern – sicher noch weit von unserem angestrebten Ziel entfernt.

Ich möchte zwei ehrgeizige Ziele dieses Programms herausheben: Der Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer soll bis zum Jahre 2005 auf 75 Prozent steigen und mittelfristig soll der Anteil von Frauen an den IT-Berufsausbildungen und Informatikstudiengängen auf 40 Prozent gesteigert werden. Momentan liegt der Frauenanteil hier bei 10 bis 15 Prozent. Es wird sicher schwer, diese Zielmarken im angestrebten Zeitraum zu erreichen, aber gerade deshalb unterstütze ich die Bundesregierung an dieser Stelle ausdrücklich.

Es gilt, die gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an der **Informationsgesellschaft** sicherzustellen. Eine höhere Nutzung und Akzeptanz neuer technischer Möglichkeiten ergibt sich bei einer breiteren Nutzerschicht nahezu von selbst und liefert wiederum die Grundlage für die permanente Weiterentwicklung neuer zukunftsweisender Technologien und Wirtschaftszweige.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist auch alles sehr konkret! Es gibt eine Sprache, die heißt „Jubelpersisch“!)

(D)

Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Nutzerschichten möchte ich einige Beispiele nennen: Was nützt mir die digitale Signatur in Verbindung mit einem entsprechenden Gesetz, wenn ich nicht die Technik zur Verfügung habe, um eine rechtsverbindliche Unterschrift von meinem PC aus zu leisten? Wie soll ich der elektronischen Gesundheitskarte vertrauen, wenn ich selber nicht in der Lage bin, die Technik nachzuvollziehen und die hier gespeicherten Daten einzusehen?

Die Bundesregierung möchte mit diesem Aktionsprogramm eine Spitzenstellung in der globalen Medien- und Kommunikationslandschaft einnehmen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Hurra!)

Es ist wenig zielführend, sich über internationale Rankings zu streiten, Herr Kollege Riesenhuber. Fakt ist: Es geht nach oben, aber – das gebe ich offen zu – es ist noch Platz für eine höhere Platzierung!

Um eine weitere Verbesserung zu erreichen, finden wir im Aktionsplan hervorragende Projekte und Maßnahmen wie zum Beispiel die „Deutsche Breitbandinitiative“ oder die „Stiftung Digitale Chancen“.

Neben der wirtschaftspolitischen Dimension des Netzes, das heißt der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, ist für uns Grüne gerade auch der gerechte und offene Zugang zu Wissen eine gleichberechtigte Zielsetzung bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft. Dabei darf uns ein zu restriktives Urheber- oder Patentrecht nicht im Wege stehen. Hier denke ich unter anderem an

Grietje Bettin

(A) den so genannten Zweiten Korb einer Reform des Urheberrechts und an die bevorstehende Softwarepatent-Richtlinie der EU.

Ein weiteres, zukunftsträchtiges Thema der Informationsgesellschaft ist E-Government in Verbindung mit **E-Demokratie.** Auch in diesem Aktionsprogramm spielt der Bereich E-Demokratie eine Rolle, wenn auch leider nicht mehr ganz so exponiert wie in der Vergangenheit. Der Deutsche Bundestag ist geradezu dafür prädestiniert, in Sachen E-Demokratie mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir müssen unsere politischen Strukturen ebenfalls an die Herausforderungen der Informationsgesellschaft anpassen und innovative Ansätze wie, unter vielen anderen, das E-Demokratie-Projekt aus der letzten Legislaturperiode unbedingt weiterentwickeln.

All das hier Aufgezeigte sind spannende, zukunftsweisende Themen, über die es sich zu streiten lohnt. Letztendlich glaube ich – das wurde auch in der Debatte deutlich –, dass wir in der Sache durchaus in dieselbe Richtung streben. Daran sollten wir arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile der Kollegin Petra Pau das Wort.

Petra Pau (fraktionslos):

(B) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Informationsgesellschaft ist seit Jahren in aller Munde. Jahr für Jahr wird deutlicher, welche großen Chancen, aber auch welche erheblichen Risiken damit verbunden sind. Im Alltag sind Handy und Computer Marken- und Modezeichen dafür. Online-Banking und -Shopping nehmen zu. Selbst dort, wo die Bürger mit der Bürokratie ringen, erspart das Internet zunehmend endlose Behördengänge. All das zeigt die Chancen, die modernen Kommunikationstechnologien innewohnen.

(Hubertus Heil [SPD]: Aber?)

Zur hemmungslosen Euphorie gibt es allerdings keinen Grund. Auch das wird immer klarer. Drei Fakten können das verdeutlichen. Erstens. Inzwischen verfügen 14 Prozent der Weltbevölkerung über einen Zugang zu modernen **Kommunikationsmitteln** und -netzen. Davon leben 79 Prozent in den OECD-Staaten. Anders gesagt: Die Mehrheit der Weltbevölkerung hat keinerlei Zugang zu der modernen Welt, über die wir hier heute Morgen reden. Zweitens. Von denen, die Zugang haben, werden vor allem SMS und E-Mail sowie das Internet genutzt. Die Menge sagt aber noch nichts über die Qualität der Kommunikation aus. Drittens. Die Zahl der Firmen, die zum IT-Bereich zählen, hat zugenommen; mit ihnen aber auch die Zahl der Billigjobs. Dort, wo moderne Kommunikationsmittel angewandt werden, werden Arbeitsplätze weiter abgebaut. Selbst unmittelbar in der Telekommunikationsindustrie gibt es heute nur 4 Prozent mehr Arbeitsplätze als vor sechs Jahren.

(C) Auch das gehört zur Bilanz und beschreibt die Kehrseiten sowie drängende Herausforderungen für die Politik; übrigens nicht nur für die Forschungs-, Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik, sondern vor allem auch für die Bildungspolitik. **Medienkompetenz** wird zunehmend zur Überlebenskompetenz und zur Kulturfrage im weitesten Sinne. Wie man einen Computer bedient, sich durch das Internet klickt oder per Handy einen Grand Prix entscheidet, wissen heute schon Vorschulkinder. Wie man aber all diese Möglichkeiten gebraucht, ohne missbraucht zu werden, das ist ein sehr weites Feld. Diesen Fragen gebührt viel mehr Aufmerksamkeit als bislang praktiziert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Hinzu kommt ein weiteres Problem, das die PDS im Bundestag auch immer wieder anspricht: Mit der so genannten Informationsgesellschaft wachsen die technischen Möglichkeiten, Herr fremder Daten zu werden. Im selben Tempo nehmen übrigens die Begehrlichkeiten zu, **persönliche Daten** zu sammeln. Leider nimmt auch die Naivität vieler zu, mit der sie Daten und damit ihre Persönlichkeit preisgeben. Daher wäre es Aufgabe der Politik, vor diese Entwicklung Riegel zu schieben und in diesem Bereich noch mehr Aufklärung zu fördern.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

(D) In der Praxis geschieht das Gegenteil, leider auch durch die Politik von Rot-Grün. Der Datenschutz ist zum Stiefkind des Schicksals geworden. Wer ein Handy benutzt, im Internet surft, sich im Auto navigieren lässt oder durch den Gebrauch einer Kunden-Card auf Rabatte hofft, hinterlässt Spuren, die eifrig gesammelt, gebündelt und auch vermarktet werden. Die nächste Generation von „Schnüffelchips“ wird bereits millionenfach produziert und ist in Erprobung. Diese werden nicht nur von tüchtigen Geschäftsleuten eingesetzt, sondern auch von Staats wegen; davon war heute schon die Rede. Darüber liest man aber nur sehr wenig im vorliegenden Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“. Weshalb eigentlich, Herr Minister?

Ich rede im Übrigen nicht gegen den Chip. Ein Chip an sich ist unschuldig.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! – Hubertus Heil [SPD]: Kartoffelchip!)

Das Internet brauche ich für meine Arbeit genauso wie das Handy. Das macht mich aber nicht blauäugig gegenüber den Gefahren für die Gesellschaft wie für die Demokratie. Gesellschaft und Demokratie ziehen nicht nur Nutzen, sie sind auch gefährdet, solange die Politik nicht ihre Hausaufgaben macht.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos] – Jörg Tauss [SPD]: Das ist aber euphorisch da hinten! Mein lieber Mann!)

(A)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär Christoph Matschie.

Christoph Matschie, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wer sich im Wettbewerb durchsetzen will, der braucht Mut und Selbstbewusstsein. Davon war in Ihren Reden wenig zu spüren. Wer so jammert wie Sie, der sitzt zu Recht auf der Oppositionsbank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Jetzt kommt aber ein Feuerwerk!)

Wir brauchen Mut und Selbstbewusstsein, um dieses Land weiter voranbringen zu können und um zu erreichen, dass wir uns im Wettbewerb durchsetzen. Von mir aus bedarf es auch der Fröhlichkeit, Herr Riesenhuber. Ich gebe Ihnen Recht: Sie kann nie schaden. Wenn Sie dies erreichen wollen, haben Sie in der eigenen Fraktion aber noch viel vor sich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Unfreiwillige Komik hilft da auch nicht weiter!)

Wenn man sich die Situation anschaut, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass Deutschland trotz aller Probleme, die es noch immer gibt, ein starkes Land ist. Schließlich bedarf es der Stärke, um wie wir Exportweltmeister und um wie wir mit Abstand der bedeutendste E-Commerce-Markt in Europa zu sein. Sie haben hier in Ihren Reden nur deutlich gemacht, was wir in diesem Land nicht schaffen. Wie konnte es uns aber gelingen, dass beispielsweise AMD in **Dresden** eine Milliardeninvestition tätigt und dort eine Chipfabrik baut? –

(B)

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Weil wir eine starke Regierung in Sachsen haben!)

Die Antwort lautet: Weil wir gut sind an diesem Standort und weil wir die Voraussetzungen in der Forschung und Entwicklung geschaffen und ein Cluster aufgebaut haben. Es war diese Bundesregierung, die diese Entwicklung wesentlich vorangetrieben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Hintze [CDU/CSU]: Das war eine richtige Frage, Herr Matschie!)

Der Raum Dresden ist heute einer der bedeutendsten Standorte für Mikroelektronik in Europa.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Stimmt!)

– Sehen Sie! – Wir werden auf dem Weg der Förderung der Forschung, den wir eingeschlagen haben, weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Wir wollen, dass Thüringen Dresden folgt und nicht Frankfurt an der Oder!)

(C)

Es lassen sich noch andere Beispiele nennen. General Electric baut in Deutschland gerade ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum. Das sind, wie ich finde, sehr klare Belege dafür, dass dieses Land stark ist und dass es gute Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung bietet, auch in dem Bereich, über den wir heute diskutieren.

Frau Krogmann, wir haben uns nicht erst heute auf den Weg gemacht; das ist Ihnen vielleicht entgangen. Das Thema Informationsgesellschaft haben wir schon im Rahmen des Programms „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft im 21. Jahrhundert“ 1999 aufgegriffen. Das Programm, das wir damals aufgelegt haben, hat deutliche Erfolge erzielt; das sehen Sie an den Beispielen, die ich Ihnen genannt habe. Diesen Weg setzen wir mit dem neuen Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2006“ fort.

Wir haben das Förderprogramm „IT-Forschung 2006“ aufgelegt. In diesem Förderprogramm stellt die Bundesregierung insgesamt 3 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Sie sehen: Wir kleckern in diesem Bereich nicht, sondern klotzen. Wir bringen das Land voran.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel aus diesem Programm will ich Ihnen nennen, nämlich das Programm „Mobiles Internet“. Europa ist heute weltweit der größte Markt für **Mobilkommunikation.** Deutschland spielt dabei eine ganz wichtige Rolle. Wir wollen diese Stärke Deutschlands und Europas in diesem Bereich weiter ausbauen und haben deshalb eine Reihe von Projekten initiiert, beispielsweise um einen Standard für ein Gigabit-Wireless-LAN zu entwickeln oder um Chips für mobile Endgeräte der nächsten Generation weiterzuentwickeln.

(D)

Die Entwicklung von Standards für ein drahtloses Datennetz im Automobilbereich oder der Aufbau eines mobilen Wissenschaftsnetzes werden mit Forschungsprogrammen gefördert. Das Fördervolumen dieser Projekte, die ich Ihnen eben genannt habe, beträgt in der ersten Stufe 60 Millionen Euro. Wir packen die vor uns liegenden Aufgaben an und bringen Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet weiter.

Wir wissen aber auch: Innovation ist mehr als ein technisches Problem und auch mehr als technischer Fortschritt. Es braucht Menschen, die mit dieser Technik umgehen und diesen Fortschritt gestalten können. Deshalb diskutieren wir über Veränderungen in unserem **Bildungssystem.** Wir haben die Debatte über die Weiterentwicklung der Schulen in Deutschland hier im Hause geführt. Sie haben sich anfangs gegen das von uns aufgelegte Programm zur Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten gesperrt. Heute ist für alle klar: Solche Ganztagsangebote sind wichtig, um auch auf solchen neuen Feldern zusätzliche Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu machen und dazu beizutragen, dass es nicht zu einer digitalen Spaltung in der Gesellschaft kommt.

Parl. Staatssekretär Christoph Matschie

(A)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Menschen müssen Zugang zu diesen neuen Medien haben und lernen, damit umzugehen und die Vorteile dieser neuen Technik zu nutzen.

Wir diskutieren heute über die Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft. Auch hier stehen Sie auf der Bremse. Sie suchen immer nur das Haar in der Suppe, anstatt zu sagen: Lasst es uns in diesem Land gemeinsam anpacken, lasst uns die Entwicklung vorantreiben und darüber diskutieren, wie unsere Hochschulen Spitze werden können!

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: In Ihrer Suppe sind mehr Haare als Nudeln!)

– Sie können sich gern darüber lustig machen. Auf diese Art und Weise wird sich unsere Hochschullandschaft aber nicht weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Dies wird nur geschehen, wenn wir Ideen dafür entwickeln, wie wir die Entwicklung hier voranbringen können.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Dann entwickeln Sie mal!)

Zu diesem Bildungsbereich gehören auch ganz spezifische Programme, durch die die Informationstechnologien in der Bildung stärker zur **Anwendung** kommen können. Heute haben alle Schulen einen kostenfreien Internetzugang. Das ist unter dieser Bundesregierung gelungen. Als Sie noch am Ruder waren, haben Sie sich überhaupt nicht dafür interessiert.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Grietje Bettin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bezogen auf die Bildungssoftware sind wir heute international in einer führenden Position. Wir wollen diese Position weiter ausbauen. Deshalb investieren wir mithilfe unseres Programms „Neue Medien in der Bildung“ in die Forschung und Entwicklung.

Wer sich anschaut, was in den letzten Jahren gelungen ist, der sieht, dass Deutschland im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien im Aufbruch ist. Wir haben eine erfolgreiche Kooperation von Wirtschaft, Staat und Forschung etabliert. Beispiele wie die Initiative D21, die Deutsche Breitbandinitiative oder auch die Initiative Digitaler Rundfunk stehen dafür. Gemeinsam mit der Wirtschaft und der Forschung wollen wir diesen Weg weitergehen.

Jammern Sie weiter, wenn Sie wollen. Wir bringen das Land inzwischen voran.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ist die Rede zu Ende? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

(C)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegen Georg Nüßlein, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Matschie, dass man in Ihrer Situation und für Ihr permanentes „Weiter so!“ Selbstbewusstsein und Fröhlichkeit braucht, ist unbestritten.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja, dann verstreuen Sie jetzt mal und loben Sie uns! Aufbruch!)

– Gerne. Der Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik bestimmt heute – das ist unbestritten – das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in einer Art und Weise, wie es sich selbst die Pioniere dieser Technik nicht vorstellen konnten. Der IBM-Gründer, Thomas Watson junior, ging zum Beispiel von einem weltweiten Bedarf von gerade einmal fünf Computern aus. Das zeigt uns, dass Innovation nicht planbar ist. Es zeigt uns aber auch, dass man sich über die technische Zukunft trotz allem durchaus programmatisch und offen Gedanken machen kann. Herr Tauss, damit Sie es hören, ich lobe ich Sie jetzt:

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Insofern ist ein Aktionsprogramm wie das, welches nun vorliegt, prinzipiell zu begrüßen.

(Jörg Tauss [SPD]: Sehr gut!)

(D)

Den Worten müssen dann aber auch Taten folgen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist wahr!)

Taten braucht das Land mehr als Ihre Worte, Ihre Megaperls und Ihr TAED-System für die Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karlheinz Guttmacher [FDP])

Die Informations- und Telekommunikationstechnologie war ein Quantensprung. Das kann man von dem vorliegenden Programm nicht behaupten; zudem kommt es reichlich spät. Um noch etwas Positives anzufügen: Es basiert auf dem, was unter der Regierung Kohl politisch angestoßen wurde, insbesondere der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es drängt sich der Eindruck auf, dass viele der in dem Programm genannten Ziele in der Hoffnung formuliert sind, dass die Wirtschaft sie aus eigener Kraft erreicht: Internetzugang für 75 Prozent der Bevölkerung bis 2005, die Breitbandnutzung in 50 Prozent aller Haushalte bis 2010 oder der UMTS-Dienstestart noch heuer.

Stichwort **UMTS.** Ich weiß, Sie können es vermutlich nicht mehr hören, aber man muss ganz klar sehen, wie Aktionsprogramme und Aktionen dieser Regierung auseinander driften. Herr Minister Clement, es ist zynisch, von der Wirtschaft zu verlangen, es sei höchste Zeit – das haben Sie gesagt –, etwas zu tun. Der Finanzminister war es doch, der der Wirtschaft bei dieser Versteigerung mit

Dr. Georg Nüßlein

51 Milliarden Euro eine riesige Last aufgebürdet hat, die die Umsetzung jetzt deutlich belastet und verzögert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karlheinz Guttmacher [FDP] – Jörg Tauss [SPD]: Er stand nicht mit dem Revolver daneben!)

Das zeigt, dass man Innovationen zwar nicht staatlich verordnen, aber staatlich kaputtmachen kann. Gleiches gilt für Eliteuniversitäten. Innovation entsteht in den Köpfen, genauso wie Elitewissen.

(Hubertus Heil [SPD]: Aber nicht automatisch!)

– Sie entstehen nicht automatisch, wie man an Ihnen deutlich merkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Karlheinz Guttmacher [FDP])

Man braucht Motivation und fördernde Rahmenbedingungen. Dafür ist die Politik zuständig. In der Realität aber kommt die TKG-Novelle, die in der Tat das Herzstück Ihres Aktionsprogramms zur Informationsgesellschaft darstellt und politisch umzusetzen ist, zu spät.

(Klaus Brandner [SPD]: Worüber sprechen Sie jetzt? – Hubertus Heil [SPD]: Sie haben nicht viel Ahnung!)

Die TKG-Novelle kommt sogar so spät, dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren einleitet. Die Unternehmen hatten lange Zeit keine Rechts- und Planungssicherheit und es gibt noch eine ganze Reihe von unbestimmten Termini – das wissen Sie, Kollege Heil –, die es auszugestalten gilt.

Darüber hinaus besteht Diskussionsbedarf, wie wir einen innovationsfördernden Wettbewerb erreichen wollen, um das **Monopol der Deutschen Telekom** unumkehrbar zu brechen.

Ich bitte die rot-grüne Mehrheit, über ein paar Punkte nachzudenken, die ich anführen möchte. Das Antragsrecht für die Wettbewerber ist ein wesentlicher Ansatzpunkt, um die Verfahren zu beschleunigen; meine Vorredner haben das bestätigt. Fakturierung und Inkasso aus einer Hand dienen nicht nur dem Verbraucherschutz, sondern auch der Sicherung der Liquidität der Wettbewerber und der Aufrechterhaltung gut funktionierender Geschäftsmodelle im Dienstleisterbereich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hubertus Heil [SPD]: Wie heißt der Auskunftsdienst in Ihrem Wahlkreis? – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Unheil, seien Sie ruhig!)

Innovation bedingt Investitionen. Investiert wird aber nur, wenn man kalkulieren kann. Man muss wissen, wie sich die Zukunft gestaltet. Genau das ist das Problem: Ihre Politik ist nicht kalkulierbar. Das gilt für eine ganze Reihe Politikfelder. Ich möchte mich auf **Bildung und Forschung** beschränken, weil es zum Thema passt. Einerseits fordern Sie millionenteure Eliteunis, andererseits kürzen Sie den Bildungs- und Forschungsetat.

(Jörg Tauss [SPD]: Falsch, falsch!)

Einerseits kündigen Sie eine Innovationsoffensive an, zum Beispiel in der Mikro- und Nanotechnologie, der Bio- und Gentechnologie sowie in den Materialwissenschaften und der Energietechnologie, andererseits kürzen Sie die Mittel in der Genomforschung um 17 Millionen Euro, in der Nanotechnologie um 6 Millionen Euro und in der Produktionstechnologie um 1,2 Millionen Euro. Das ist rot-grüne Konsequenz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nun wollen Sie auch die Informations- und Telekommunikationsbranche in die so genannte Innovationsoffensive einbeziehen. Den Delinquenten schwant sicher schon Böses. Sie sprechen von der Innovationsoffensive und halten an alten Kamellen fest. Vieles ist schon angeführt worden: keine betrieblichen Bündnisse für Arbeit, keine Flexibilisierung der Arbeitszeit, Ausbildungsplatzabgabe und mit hoher Wahrscheinlichkeit keine große Steuerreform bzw. keine weitreichenden Steuervereinfachungen.

(Hubertus Heil [SPD]: Thema verfehlt! Setzen! Sechs!)

Lassen Sie mich zum Thema **E-Government** kommen. Die Steuererklärung online abzugeben ist zwar eine schöne Sache; Voraussetzung wäre aber, dass der Durchschnittsbürger überhaupt in der Lage ist, seine Erklärung selbst – und sei es in Papierform – auszufüllen. Das wäre innovativ.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Statt echter Innovation kommt ein Innovationsbeirat nach dem anderen. Insgesamt hat dabei die ITK-Branche noch Glück, weil sie als prinzipiell erwünscht in Deutschland eingestuft wird. Sonst sagen Sie von der SPD immer, womit wir in Deutschland in Zukunft unser Geld nicht verdienen wollen. Jedenfalls lassen Sie sich das von den Grünen diktieren.

(Jörg Tauss [SPD]: Was?)

Forschungsreaktoren, Kern- und Verteidigungstechnik, Gentechnik, Chemie usw. – überall kann man Bedenken haben, was die Sicherheit angeht. Wir können aber die Frage, was wir in Zukunft machen wollen, nicht nur negativ beantworten. Man muss die Frage – das ist die Aufgabe einer Regierung – positiv beantworten: Womit wollen wir in Zukunft unser Geld verdienen? Womit wollen wir vorankommen? Mit einem Dosenpfand zum Wegwerfen, mit einer Maut, über die Österreich lacht, und mit einem Transrapid, der nur in China fährt, werden wir nicht weiterkommen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Jörg Tauss, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Michael Glos [CDU/CSU]: Ei der Tauss!)

Jörg Tauss (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube meinem Fraktionsvorsitzenden. Jemand, der den Transrapid im Emsland 16 Jahre lang im Kreis hat fahren lassen, sollte zu dem Thema nicht reden.

(Beifall bei der SPD)

Einige Dinge sollten wir klarstellen. Erster Punkt. Lieber Kollege Nüßlein, Sie haben über das TKG geredet und beklagt, dass dieses noch nicht umgesetzt sei. Das TKG ist – so haben wir es angekündigt – in einem sehr offenen und transparenten Prozess mit den Betroffenen diskutiert worden, was bei der Wirtschaft auf große Zustimmung stieß. So stelle ich mir die Entstehung eines Gesetzes vor. Die Diskussionsphase dauert noch an. Sie werden zur Beschlussfassung ein TKG auf den Tisch bekommen, das mit Sicherheit Ihr Gesetz um einiges verbessert. Davon können Sie ausgehen.

(Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Sie hätten nur ein Jahr vorher anfangen müssen!)

Zweiter Punkt. Ich finde es ausgesprochen putzig, dass ausgerechnet jemand aus Bayern sich hier hinstellt und über die Kürzungen bei Bildung und Forschung jammert. Ich sage Ihnen: Wir haben den **Etat für Bildung und Forschung** kontinuierlich erhöht. Zu Ihrer Zeit gab es überhaupt kein Genomforschungsnetz, Genomforschung fand zu Ihrer Regierungszeit nicht statt. Heute sind wir weltweit an der Spitze in diesem Bereich, und zwar dank der Erlöse in Milliardenhöhe im Zusammenhang mit der Vergabe der UMTS-Lizenzen, die wir – das sage ich, um einer Legendenbildung entgegenzuwirken – auch in diesen Bereich investiert haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Apropos UMTS: Ich kann mich nicht erinnern, dass Karl Diller, den ich hier sitzen sehe, die Anbieter mit dem Revolver bedroht hat, als es um die Vergabe der **UMTS-Lizenzen** ging. Natürlich hat der Finanzminister das Geld gerne genommen. Aber wenn hoch bezahlte Vorstände sich an dieser Versteigerung ohne einen Businessplan in der Tasche beteiligen, dann dürfen Sie das nicht dem Finanzminister vorwerfen. Mit dem Geld, das die Firmen bezahlt haben, haben wir zumindest vernünftige Politik in den Bereichen Bildung und Forschung und Verkehrsinfrastruktur gemacht. Das andere ist nicht unser, sondern deren Bier.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Punkt. Liebe Kollegin Krogmann, Sie irren, wenn Sie sagen, dass MEDIA@Komm keine Standards hervorgebracht hätte. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. MEDIA@Komm gibt es in Bremen, Nürnberg und Esslingen. Bremen hat nicht nur den Vorteil einer guten Regierung, die sozialdemokratisch geführt ist, sondern auch den Vorteil, dass die Grenzen von Kommune und Land übereinstimmen. Dort wurden Standards gesetzt, die bundesweit übernommen werden können. Über 300 E-Government-Lösungen sind zwischenzeitlich aus dem Land Bremen und aus Nürnberg und Esslingen angeboten worden und werden von den Kommunen genutzt. Es ist eine Legende, dass keine Standards gesetzt wurden. Das stimmt nicht.

(C)

Zur Gruppe der PDS, deren Vertreterinnen leider nicht mehr da sind: Die **IT-Sicherheit** ist einer der ganz wesentlichen Punkte. Lesen Sie das im Bericht nach! Die IT-Sicherheit ist ein Aspekt des Datenschutzes. Die Kollegin Ute Vogt, die auf der Regierungsbank Platz genommen hat, hat aus diesem Grund schon 1998 begonnen, das Thema moderner Datenschutz systematisch für den Innenbereich zu bearbeiten.

Zur FDP sage ich nichts, nicht nur, weil Herr Brüderle gerade in ein Gespräch vertieft ist. Lieber Herr Brüderle, wir – ich als Badener und Sie als Pfälzer – können uns hervorragend über Weine unterhalten; davon verstehen Sie sicherlich etwas. Von dem modernen Datenschutz verstehen Sie aber weiß Gott nichts.

Die FDP hat sogar versucht, ein **digitales Urheberrecht** zu verhindern. Sie wollten noch im vergangenen Jahr in den Schulen das, was auf dem Papier möglich ist, nämlich dass man eine Kopie fertigt, am Computer verbieten. Sie haben sich am Zustandekommen des Gesetzes noch nicht einmal beteiligt. An dieser Stelle muss ich ausnahmsweise meinen Freunden von der CDU/CSU zur Seite springen.

(D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Keine Drohungen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr habt euch konstruktiv beteiligt. Gemeinsam haben wir ein digitales Urheberrecht geschaffen, lieber Kollege Krings. Sie von der FDP aber sind noch nicht einmal zu den Beratungen gekommen.

Ihr Kollege Hartmann hat völlig Recht, Herr Brüderle: Die FDP muss endlich aufwachen. Der Kollege Kubicki hat festgestellt, dass Sie ein nicht ernst zu nehmendes politisches Leichtgewicht geworden sind. Das ist die einzige Beschreibung, die auf Ihren Verein zutrifft. Lassen wir das bei dieser Gelegenheit auf sich beruhen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt erst komme ich zum eigentlichen Thema meiner Rede, aber der Präsident hat mir noch einige Minuten Redezeit gewährt.

(Lachen bei der CDU/CSU – Dr. Karlheinz Guttmacher [FDP]: Schade um die Zeit!)

– Mir bleiben drei Minuten und 14 Sekunden, die ich auch nutzen werde.

Wir diskutieren heute nicht zum ersten Mal über die **globale Informationsgesellschaft.** Vielmehr hat die Bundesregierung dieses Thema kontinuierlich vorangebracht und mit dem Aktionsprogramm „Informationsge-

Jörg Tauss

(A) sellschaft Deutschland 2006“ sind viele Ihrer Versäumnisse zwischenzeitlich korrigiert worden. Sie haben durchaus Recht, Herr Riesenhuber: Auch mir reicht der von uns erreichte Platz 10 nicht aus. Gestartet sind wir aber von Platz 17, den wir von Ihnen übernommen haben. Von dieser Position aus haben wir uns bis heute auf den zehnten Platz vorgearbeitet. Ich bin aber erst dann zufrieden, wenn wir den ersten Platz erreicht haben. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Punkt finden wir vielleicht zueinander.

Wir wollen uns nicht auf dem bisher Erreichten ausruhen. Wenn Sie feststellen, dass die Entwicklung wieder ein bisschen rückläufig ist, dann will ich Ihnen auch die Gründe dafür nennen. Gelegentlich gewinnen Sie die eine oder andere Landtagswahl; das ärgert uns sehr. Mit jedem Land, das Sie regieren, gehen wir wieder ein paar Schritte zurück. Das ist unser Problem. Würde nur der Bund in der Statistik berücksichtigt, lägen wir längst an der Spitze. Beim E-Government sind wir europäische Spitze

(Beifall bei der SPD)

und auch den globalen Vergleich brauchen wir, so glaube ich, nicht zu scheuen. Das sollte der Gerechtigkeit und der Korrektheit halber auch erwähnt werden.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Thema **Bildung und Forschung** machen. Seit dem Jahr 2001 ist (B) jede Schule in Deutschland online. Ich denke, das reicht aber nicht aus. In vielen Schulen ist leider immer noch nur der Rektor online, während die Schülerinnen und Schüler keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben. In vielen Bereichen in Ihrer Verantwortung, insbesondere in den Ländern, besteht auch noch hinsichtlich der Inhalte Handlungsbedarf. Ich sehe, dass die Bundesratsbank einigermaßen gut besetzt ist. Schreiben Sie sich alles auf! Es geht um Inhalte, Frau Schipanski. Reden alleine reicht nicht; jetzt müsst ihr in den Ländern ein bisschen was tun.

(Widerspruch der Ministerin Dr. Dagmar Schipanski [Thüringen])

Für die technische Infrastruktur haben wir einiges getan. Ich freue mich, dass Sie hier sind. Wenn es um das Thema Bildung geht, ist die Bundesratsbank sonst nicht so gut besetzt.

Wir wollen den Bereich neuer Medien zum Bildungsalltag machen. Bildung heißt in diesem Zusammenhang Chancengleichheit, barrierefreier Zugang zum Internet und Medienkompetenz für die Kinder, um sich in der neuen Welt der Informationsgesellschaft zurechtfinden zu können.

Ich komme zum **E-Government.** Liebe Kollegin Krogmann, ich habe Ihnen dazu schon einiges gesagt. Frau Ministerin Zypries, die leider nicht mehr im Saal ist – jetzt sitzt Staatssekretär Hartenbach auf der Regierungsbank –, muss an dieser Stelle ausdrücklich gelobt werden. Sie hat seinerzeit als Staatssekretärin im Innenministerium im Bereich E-Government Unglaubliches (C) geleistet. Dafür ist ihr zu danken. Sie hat Deutschland in diesem Bereich vorangebracht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wären Sie in den Ländern nur einigermaßen vergleichbar nachgezogen, dann sähe unsere Position um einiges besser aus.

Wir müssen allerdings noch einiges mehr tun. Dazu gehört beispielsweise – das wurde auch kürzlich auf unserer Klausurtagung angesprochen – der Bereich **Datenschutz.** An dieser Stelle könnten wir zueinander finden, Herr Riesenhuber. Das wäre eine Innovation, die keine Mehrkosten verursacht. Mit einem modernen Datenschutz, in dessen Mittelpunkt die Technik steht – Datenschutz und IT-Sicherheit durch Technik! –, ließe sich viel erreichen. Wir könnten – da sollte uns das Ministerium behilflich sein – Milliardenmärkte für Deutschland erschließen; denn dieser Bereich käme dem Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das uns im Vergleich zur Risikofreude der Amerikaner oft vorgeworfen wird, entgegen. Dieses Grundbedürfnis der Deutschen, das uns so oft blockiert, könnte in der Kombination mit moderner Technik hier einmal neue Milliardenmärkte öffnen. Darüber müssen wir reden und an diese Bereiche müssen wir herangehen.

Die rote Lampe leuchtet auf. Deshalb erlauben Sie nur noch einige Stichworte zum Schluss.

(D) (Dr. Karlheinz Guttmacher [FDP]: Das reicht, Herr Tauss!)

Zur Informationsgesellschaft gehört, dass nicht desinformiert wird. Es ist über Fröhlichkeit gesprochen worden. Was haben Sie nicht alles über dieses Land erzählt: Sie haben festgestellt, dass wir die höchste Arbeitslosenquote haben. Die Arbeitslosenquote ist zwar in der Tat hoch, aber der Höchststand lag in Ihrer Regierungszeit. Sie haben festgestellt, die Staatsschulden hätten einen Höchststand erreicht. Nein, die höchsten Staatsschulden haben Sie gemacht. Sie haben befürchtet, der Euro werde weich. Heute müssen wir uns Sorgen darüber machen, dass der Euro zu stark wird. Wer wie Sie in einen Wettbewerb mit anderen eintreten will, in dem es darum geht, Deutschland mies zu machen, der sollte mit dem Finger nicht auf andere, sondern auf sich selbst zeigen. Das kann man auch von jemandem erwarten, dessen Inhalte auf einen Bierfilz passen. Das ist der Punkt, über den parallel diskutiert werden muss.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/2315 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse sowie an den Innenausschuss vorge-

Präsident Wolfgang Thierse

(A) schlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b sowie Zusatzpunkte 1 a und 1 b auf:

4 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Perspektiven schaffen für das Jahr der Technik 2004

– Drucksache 15/2161 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Haushaltsausschuss

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Katherina Reiche, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Die Innovationskraft Deutschlands stärken – Zukunftschancen durch moderne Forschungsförderung eröffnen

(B)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Aktionsplan für freie, effiziente und innovative Forschung

– Drucksachen 15/1696, 15/1932, 15/2383 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Jörg Tauss
Michael Kretschmer,
Hans-Josef Fell
Ulrike Flach

ZP 1a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Thomas Rachel, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Siebten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (7. HRGÄndG)**

– Drucksache 15/2385 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), Cornelia Pieper, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Siebten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (7. HRGÄndG)** (C)

– Drucksache 15/2402 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Katherina Reiche, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Katherina Reiche (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland ist im Stimmungstief und bei der SPD haben Verheißungsparolen Konjunktur. Die letzte war die Eliteuni. Meine Damen und Herren von der Regierung, ich würde mich freuen, wenn Sie sich wieder einmal auf den alten Goethe besinnen würden: „Die Macht soll handeln, nicht (D) reden.“ Ich möchte so gerne glauben, dass Sie die Geröllhalden des ideologischen Widerstands gegen Fortschritt, Leistung und Wettbewerb beseitigen wollen. Bei Herrn Matschie gibt es durchaus lichte Momente, zum Beispiel dann, wenn er wie gestern die Abschaffung der ZVS fordert oder sich für die Einführung von Studiengebühren stark macht. Nur, dann wird er ins Ministerbüro bestellt, muss Abbitte leisten und alles verharrt im Stillstand.

Die technologische Dienstleistungsbilanz ist negativ. Tausende junger Wissenschaftler verlassen das Land. Innovative Branchen brechen weg oder entstehen erst gar nicht. Der Gegenwartskonsum steigt und die Zukunftsinvestitionen sinken. Gerade erst sind 80 Millionen Euro aus dem BMBF-Haushalt in die Rentenkasse transferiert worden.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Kassandra!)

Das Schiff Deutschland ist in einer Schräglage. Der Kapitän wirft derzeit allen Ballast über Bord, was damit endet, dass alles weg ist, was noch gut gebraucht werden könnte, und ergibt sich dann dem Schicksal. Überall werden Mittel über Bord geworfen, zum Beispiel bei den Zukunftstechnologien und bei den Hochschulen. Sie starten Kampagnen ohne Substanz und produzieren fixe Ideen – Innovation als Placebo!

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie hoffentlich nicht selber geschrieben, was Sie da vortragen!)

Katherina Reiche

(A) Kampagne Nummer eins, die Eliteuni: Erst ging es nur um eine **Eliteuniversität.** Dann waren es zehn und nun sind es vier bis sechs Eliteuniversitäten. Erst sollten sie verordnet und jetzt über eine Art Preisausschreiben gesucht werden. Der Preis beträgt 5 mal 50 Millionen Euro für die deutschen Harvards. Woher das Geld kommen soll, weiß niemand, auf keinen Fall von Herrn Eichel, wie er gestern über die Presse mitteilen ließ.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bislang passte Elite zur SPD wie Atomkraft zu den Grünen. Hervorragende Hochschulen können nicht verordnet werden. Sie müssen sich im freien Wettbewerb entwickeln können. Dafür brauchen die deutschen Universitäten vor allem eines: Freiheit –

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Freiheit, über ihr eigenes Geld zu verfügen, Freiheit, die Balance zwischen Forschung und Lehre zu finden, Freiheit, ihr Profil im Wettbewerb zu finden, Freiheit, sich die Studenten auszusuchen, sowie Freiheit für Auftragsforschung und Kooperation mit der Industrie. Sie verweigern jedoch den Hochschulen zum Beispiel, sich die qualifiziertesten Bewerber auszusuchen. Sie streichen im Haushalt 2004 135 Millionen Euro für den Hochschulbau. Sie sperren sich gegen die Einführung von Studienbeiträgen und gängeln die Hochschulen mit der Regeleinführung der Juniorprofessur und der De-facto-Abschaffung der Habilitation. Seit fünf Jahren kündigen Sie zudem an, das starre BAT-Gefüge zu lockern. Aber nichts passiert. Größer kann die Kluft zwischen Ankündigung und Realität nicht sein.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Harvard ist nicht als Eliteuni gebaut worden. Sie hat sich vielmehr durch Exzellenz, Konkurrenz und Freiheit für Experimente zu einer solchen entwickelt.

Kampagne Nummer zwei, mehr **Geld für Forschung:** Tatsache ist, dass der Haushalt 2004 um satte 0,25 Milliarden Euro sinkt. Der UMTS-Mittelfluss ist versiegt. Wir haben Sie vor dem kurzsichtigen Einsatz dieser Mittel gewarnt; denn Forschung braucht langfristige Planungssicherheit. Aber es ist ja nicht so, dass der Regierung keine Finanzierungsquellen einfielen. Herr Clement will die Autobahnen privatisieren. Andere wollen die Goldreserven verkaufen. Die SPD-Linke will die Erbschaftsteuer zugunsten der Forschung erhöhen.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Chaos!)

Tanken für die Rente, Rauchen für die Sicherheit und jetzt – das ist etwas Neues – Sterben für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kampagne Nummer drei: **Innovationsrat.** An Räten und Beiräten hat es nun wirklich nicht gemangelt. Im Bundesforschungsministerium existierte ein solcher Zirkel; wir haben nie etwas von Ergebnissen gehört. Richtig schädlich sind solche Treffen nicht; schädlich ist die Vorstellung, sie könnten irgendwie nützlich sein. Man wird das Gefühl nicht los, dass bei der SPD das Wort „Räte“ von „raten“ kommt: Was können wir morgen tun?

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU: Ratlos!)

Kampagne Nummer vier: **Neuordnung der Forschungslandschaft.** Die Idee ist, die Forschung beim Bund zu konzentrieren und die Grundlast für den Hochschulbau den Ländern zuzuweisen. Frau Bulmahn, Sie stehen mit Ihren Ideen ziemlich allein da.

(Jörg Tauss [SPD]: Das fordern Sie in der Föderalismuskommission! Ist die Forderung erledigt?)

Die SPD-Wissenschaftsminister und die Forschungsorganisationen haben sich prompt gewehrt.

Was brauchen wir wirklich?

Erstens: Hochschulen in Freiheit, im Wettbewerb und in eigener Verantwortung. Wir legen Ihnen heute eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes vor. Das ist ein Lackmustest für Sie; Sie können hier beweisen, wie ernst sie es mit einer Eliteuniversität tatsächlich meinen.

Der ehemalige Präsident der HRK Professor Roellecke hat einmal gesagt:

> Jede Organisation entscheidet über die Aufnahme ihrer Mitglieder. Davon gibt es zwei Ausnahmen: die Gefängnisse und die Universitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ohne **Selbstauswahl** wird es keinen echten Wettbewerb zwischen den Hochschulen geben. Studenten sollen dorthin gehen, wo sie die beste Forschung, die beste Lehre und die beste Betreuung finden. Unser heutiges Angebot an Sie ist auch ein Kompromiss, weil wir die Selbstauswahl stufenweise ermöglichen wollen.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Zweitens. Das Verbot von **Studiengebühren** muss fallen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es führt über kurz oder lang kein Weg daran vorbei. Ein Studium ist immer eine persönliche Investition in die Zukunft. Selbst Fritz Kuhn sagte:

> Kindergartenplätze … kosten hohe Gebühren, … Gleichzeitig sind akademische Studien gebührenfrei, … Diesen Widerspruch kann mir niemand erklären.

Auch wir können ihn nicht erklären. Studiengebühren werden gebraucht, nicht um die Hochschulen maßgeblich zu finanzieren, sondern um einen Beitrag zu Effizienz und Wettbewerb zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Keine Tabaksteuer, aber eine Studentensteuer! Das passt nicht zusammen! – Dr. Angela Merkel [CDU/CSU]: Guter Mann, der Kuhn!)

Drittens. **Habilitation und Juniorprofessur** müssen nebeneinander bestehen bleiben. Hierbei ist die Wahlfreiheit auf der Ebene der Fakultäten notwendig. Die amerikanischen Universitäten sind deshalb so gut, weil sie „Lehre aus Forschung“ betreiben. Wir brauchen des-

(A) halb wieder mehr Forschung an den Hochschulen. Das muss über gemeinsame Berufungen und Projekte zwischen Universität und außeruniversitärer Forschung hinausgehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das Konzept kommt von Frau Bulmahn!)

Das schaffen wir nicht, wenn der Bund für die Forschung und die Länder für die Hochschulen verantwortlich sind.

Vor allem aber brauchen wir **innovationsfreundliche Rahmenbedingungen.** Ständig kommen neue Wachstumsbremsen hinzu: Die Biopatentrichtlinie wurde nicht umgesetzt. Wenn es mit der EU-Chemikalienpolitik so weitergeht und Sie auf europäischer Ebene nichts tun, wird die chemische Industrie in Deutschland kaputtgehen. Wenn die Zulassung eines neuen Fotolacks für die Chipherstellung künftig sechs Monate dauert, dann hinkt die deutsche Industrie Produktionszyklen schlichtweg hinterher. Die ideologischen Scheuklappen werden auch nicht weniger: Herr Trittin möchte am liebsten die Atomtechnik in China verbieten; Frau Künast nutzt die Grüne Woche für einen Feldzug gegen die Gentechnik.

Wir müssen uns deshalb – viertens – um die **Stimmung in der Bevölkerung** kümmern. Hubert Markl hat es einmal so ausgedrückt:

> Die deutsche Gesellschaft liebt die Wissenschaft geradezu, so lange nichts dabei herauskommt, was gewohnte Verhältnisse radikal verändern könnte.

(B) Aber genau das müssen wir den Menschen sagen: Es muss Veränderungen geben. Wie lange haben wir über Informationstechnik und Multimedia geredet? Heute ist klar – diese Debatte wurde gerade geführt –: Die Nationen, die früh darauf gesetzt hatten, hatten im vergangenen Jahrzehnt die höchsten Wachstumsraten. Während die Deutschen über die Schädlichkeit von gentechnischem Insulin diskutierten, produzierten es andere Staaten. Der Transrapid fährt in China; das ist eine Schande. Ich prophezeie Ihnen: Andere Länder werden die grüne Gentechnik zur Herstellung von Pharmaka und allergenfreien Lebensmitteln nutzen und wir werden, wenn Sie noch lange regieren, die Lizenzgebühren zahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist die Aufgabe politischer Führung, den Menschen Mut zu machen, Optimismus und Offenheit zu zeigen und Innovation als Chance zu begreifen. Tun Sie das endlich, aus Verantwortung diesem Land gegenüber!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Müller, SPD-Fraktion.

Michael Müller (Düsseldorf) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Anfang dieses Jahres haben wir begonnen, das Thema Innovationen ins Zentrum zu rücken. Ich glaube, dass dieser Aufschlag eine Chance für die Festigung der Reformpolitik und für unser Land ist. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe, dass der Aufschlag, der dagegen jetzt von Ihnen gemacht wird, wieder nur Skandalisierung und Doppelbödigkeit ist. Daher befürchte ich, dass wir diese Chance nicht so nutzen, wie wir sie nutzen könnten und müssten. Das ist ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass ein Land zu Innovationen fähig ist, wenn wir nicht ein Mindestmaß an Berechenbarkeit und Sicherheit schaffen. Wenn aber alles skandalisiert und jede Kleinigkeit zur Staatskatastrophe gemacht wird, wie sollen dann die Menschen Vertrauen in die Zukunft gewinnen? Das ist doch nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind deshalb die größte Innovationsbremse. Ich bitte Sie wirklich zu begreifen: Alle erfolgreichen Epochen in der Bundesrepublik waren auch mit einem Mindestmaß an Sicherheit, Klarheit und Orientierung verbunden und nicht mit dem Niederreden und dem Kaputtmachen jeder neuen Idee. Wir wollen Innovationen durchsetzen, und Sie können sicher sein, dass wir uns davon auch nicht abbringen lassen werden.

(D) Innovationen bedeuten nicht, dass wir jetzt die **Agenda 2010** beenden. Ganz im Gegenteil: Sie gehört entscheidend dazu. Die Anstrengungen, die wir jetzt unternehmen, beinhalten eine Doppelaufgabe. Auf der einen Seite holen wir Reformen nach, die viele andere Länder in den 90er-Jahren, als Sie an der Regierung waren, durchgeführt haben. Dänemark, Niederlande, die anderen skandinavischen Länder und Großbritannien haben diese Reformen begonnen, als hier in der Bundesrepublik die Regierung nicht einmal darüber redete.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: So war das! Genau!)

Diese Länder haben damals die Reformen unter günstigen wirtschaftlichen Bedingungen durchgeführt; wir müssen das heute unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen tun. Aber wir sind dazu bereit, und zwar nicht weil wir den Menschen Lasten aufbürden wollen, sondern weil Reformen eine Voraussetzung für wieder mehr politische, ökonomische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen deshalb einen engen Zusammenhang mit der jetzt beginnenden zweiten Epoche, mit der Gestaltung einer neuen Phase unserer Entwicklung, der Gestaltung der Globalisierung.

Meine Damen und Herren, wenn man die derzeitigen Erkenntnisse der Wissenschaft und die Managementtheorien nachvollzieht, stellt man fest: Dort wird die

Michael Müller (Düsseldorf)

(A) entscheidende Position vertreten, dass heute nicht mehr die einseitige Ausrichtung auf ein „kapitalorientiertes Management“ das wirtschaftliche Leben und auch die sozialen Systeme bestimmt, wie es in den letzten zehn bis 15 Jahren der Fall war. Das ist vorbei. Wir treten in eine neue Phase ein, in der, wie es beispielsweise die renommierte Londoner Business School sagt, wieder die „Ressource Mensch“ im Zentrum steht.

In den letzten zehn bis 15 Jahren stand eher ein Modell der Kurzfristigkeit und der schnellen Kapitalvermehrung im Zentrum. Diese Phase ist vorbei. Wir haben große Chancen, das **europäische Gesellschaftsmodell** wieder nach vorne zu bringen, weil es in der neuen Phase wieder auf Teamfähigkeit, Kreativität, soziale Kompetenz und intelligente Vernetzung ankommt. All das sind Fähigkeiten, die wir in der Bundesrepublik haben und die wir jetzt nutzen werden und nutzen wollen. Bitte zerreden Sie das nicht. Das wird unsere Stärke in der Zukunft werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine geschichtliche Bewertung dessen, warum wir in der Vergangenheit Stabilität in der Bundesrepublik hatten, zeigt: Stabilität hatten wir immer, wenn wir Innovationen und technologische Entwicklungen mit sozialer Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt zusammengebracht haben, nur in diesem Zusammenhang. Plattitüden helfen da nicht weiter, sondern es muss eine Integration zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und technisch-ökonomischer Entwicklung geben.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nach dem Krieg hatten wir zuerst die Phase der Sozialen Marktwirtschaft. „Wohlstand für alle“ war nicht der Glaube, man könne nur mit ökonomischer Verengung etwas erreichen. Es gab vielmehr einen sozialen Grundkonsens, der die Bundesrepublik zu vielen Innovationen, zu großen Leistungen und zu hervorragenden Ergebnissen gebracht hat. Das war die erste Phase.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ende der 60er-Jahre gab es eine zweite Phase, die Phase „Mehr Demokratie wagen“ mit inneren Reformen. Auch in dieser Phase war die wirtschaftlich-technische Leistungsfähigkeit mit gesellschaftlichem Fortschritt verbunden. Leider ist diese Grundphilosophie in den 80er-Jahren nicht mehr fortentwickelt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Kern unserer heutigen Probleme. In den 80er- und speziell in den 90er-Jahren hat es nicht den Zusammenhang zwischen wirtschaftlich-technischer Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt gegeben. Sie haben auf die neuen Herausforderungen keine Antworten gegeben. Mit der Globalisierung wurde es noch schärfer, weil Sie sich im Kern nur einem ökonomischen Modell angepasst haben, das – das ist das entscheidende Problem – mit den deutschen und europäischen Sozialbedingungen nicht in Einklang zu bringen ist. Das geht einfach nicht.

(C)

(Beifall bei der SPD – Klaus Uwe Benneter [SPD]: Aber in Einklang gebracht werden soll!)

Das amerikanische Modell beispielsweise ist für sich genommen völlig logisch. Aber die Kurzfristigkeit in diesem System, die Finanzierungsausrichtung dieses Systems, die Ranking-Methoden können nicht mit dem in Einklang gebracht werden, was die europäische Stärke ist: der Interessenausgleich, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, die langfristigen Innovationsketten.

Jetzt haben wir am Beginn einer neuen Epoche wieder unsere Stärken zu zeigen. Deshalb bitte ich Sie, diese Phase der **Innovationspolitik** als Chance zu begreifen, wieder gesellschaftlichen Konsens, mehr Integration, mehr Beschäftigung, mehr soziale Stabilität und vor allem mehr Chancen für alle Menschen zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur so wird es funktionieren. Es ist eine Illusion, zu glauben, wir bekommen Reformen durch, wenn die Menschen verunsichert sind. Die Menschen brauchen eine klare Zukunftsperspektive. Diese können wir mit dem Thema Innovation geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Riesenhuber – ich weiß gar nicht, ob er noch im Saal ist –, in der Frage der **Effizienzrevolution** beispielsweise bin ich völlig auf Ihrer Seite.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich ist es ein richtiger Weg, in der Zukunft die Produktivität und den technischen Fortschritt vor allem auf eine Entwicklung zu lenken, die weniger Ressourcen und weniger Energie verbraucht. Wenn wir das tun, machen wir aber leider die Erfahrung, dass wir Widerstand gerade von Ihnen bekommen. Das ist doch die Realität in dieser Frage.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Gleiche gilt, wenn Sie sich hier hinstellen und fordern: mehr Mittel für Forschung und Bildung. – Natürlich wollen auch wir das und tun es. – Bitte sagen Sie das aber auch den von Ihnen regierten Ländern! Überwiegend ist das eine Bund-Länder-Aufgabe, bei der die Mehrheit von den Ländern getragen wird. Bitte sagen Sie es ihnen! Es ist ja richtig und wir wollen es auch.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was die Bildungspolitik angeht, so warnen wir davor, nur **Spitzenuniversitäten** zu schaffen, so wichtig sie auch sind; ich bin sehr dafür. Wir müssen vielmehr Spitze mit Breite verbinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Müller (Düsseldorf)

Die große Stärke Europas ist, in der Breite viel stärker als beispielsweise Amerika zu sein. Wenn wir dies mit mehr Spitze verbänden, würde uns das einen unglaublichen Vorteil bringen. Tun wir es! Tun wir es, weil es richtig ist, meine Damen und Herren!

Zum Abschluss will ich ein Beispiel schildern. Ich war vor einiger Zeit bei **Bosch.** Da sagte der Forschungschef: Vor fünf Jahren habe ich auf die Umweltpolitiker geschimpft. Heute bin ich dankbar dafür, dass es sie gibt. Nur dadurch haben wir mehr Gelder investiert, beispielsweise in moderne Antriebstechniken. Nur dadurch haben wir beispielsweise beim TDI, bei den Common-Rail-Systemen und Ähnlichem Fortschritte gemacht. – Die Gesellschaft muss Druck für Forschung und Innovation machen. Sie muss sagen, dass sie das will. Wir brauchen diese Innovationskultur. Sie fällt nicht vom Himmel. Sie wird auch nicht dadurch ausgelöst, dass man immer wieder sagt: Der Markt regelt alles. – Nein, der Markt ist immer kurzfristiger geworden. Deshalb brauchen wir politische Rahmensetzungen und gesellschaftlichen Konsens.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem Thema Innovation geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft, um die Frage, wie wir Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und mehr Beschäftigung erreichen. Deshalb sollten wir in der Diskussion nicht mit gegenseitigen Unterstellungen, gegenseitigen Diffamierungen und bloßer Destruktion arbeiten, sondern wir sollten einen Wettbewerb der Ideen und der Kreativität entfalten. Das muss unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun die Kollegin Ulrike Flach, FDP-Fraktion.

Ulrike Flach (FDP):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Immer mehr wird erkennbar, dass das Jahr 2004 zu einem Jahr der Entscheidung in der deutschen Forschungspolitik wird. Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Müller, dass wir das alles gemeinsam tun müssen und dass wir auf diesem Weg über Diffamierungen natürlich nicht weiterkommen. Da haben wir also überhaupt keinen Dissens. Aber ich bin nicht der Meinung, Herr Müller, dass wir das über eine mediale Großkampagne mit dem Namen „Innovation“ schaffen werden.

Was erleben wir im Augenblick bei Ihnen? Sie sind mit großen Auftritten gestartet und kündigen uns sozusagen von Tag zu Tag neue bahnbrechende Offensiven an.

(Jörg Tauss [SPD]: Na, na, na!)

„Deutschland. Das von morgen“ – allein schon der Titel verdient einen linguistischen Innovationspreis.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dr. Maria Böhmer [CDU/CSU] – Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Wir haben Sie nur überrascht!)

„Brain up!“ – das war so innovativ, dass nur noch ein Bruchteil der Bevölkerung verstand, was das überhaupt heißen soll. Sie geben jeden Tag in Ihren Reden neue Millionenbeträge aus, ohne auch nur einen Bruchteil davon in den Haushalt eingestellt zu haben. Innovation, liebe Kollegen von SPD und Grünen, ist bei Ihnen medialer Verkauf von Luftschlössern. Innovation bei der FDP ist Reform veralteter Strukturen, Wettbewerb mit dem klaren Ziel, dieses Land nach vorne zu bringen, und Freiheit für Wissenschaft und Forschung.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Die FDP muss aufwachen!)

Ich möchte Ihnen an drei Beispielen vorführen, wie sich Ihre Vorstellung von Innovation von unserer unterscheidet, lieber Herr Tauss:

Beispiel **Elitehochschulen**. Zu Beginn dieses Jahres – Frau Reiche hat schon darauf hingewiesen – kamen der Kanzler, Herr Scholz und Frau Bulmahn mit ihrer Forderung, zehn Elitehochschulen – zehn Harvards, Yales oder Oxfords in Deutschland – zu gründen. Ich finde allein schon die Reihenfolge der Personen interessant.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Wer ist denn Scholz?)

Dann ist Ihnen aufgefallen, dass diese Hochschulen Etats von rund 2 Milliarden Euro haben. Selbst wenn man annimmt, dass sich die Wirtschaft engagieren und zwei Drittel der Etats tragen würde – Studiengebühren schließen Sie ja nach wie vor aus –, müssten Sie ungefähr 800 Millionen Euro pro Hochschule rechnen, also 8 Milliarden. Das ist aber Ihr derzeitiger Gesamtetat, Frau Bulmahn. Das ist also nicht realistisch. Hierbei handelt es sich um ein Wolkenkuckucksheim in Hochpotenz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben es aber wenigstens geschafft, Frau Bulmahn, den Elitebegriff zu besetzen. Das gebe ich ohne weiteres zu. Ich begrüße das als Liberale; denn schließlich haben wir uns jahrelang von Ihnen beschimpfen lassen müssen, wenn wir diesen Begriff verwendeten. Die Kollegen von der Union neigen dazu, auf Sie hereinzufallen. Uns ist es egal, ob Sie von Eliten, von Spitzen- oder Höchstleistungen reden. Wir wollen nur, dass Deutschland bei Forschung und Bildung endlich wieder Platz eins in der Welt einnimmt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun ist aus Ihrem Elitehochschulprogramm ein Wettbewerb geworden, demzufolge nicht mehr zehn, sondern drei bis sechs Universitäten ab dem Wahljahr 2006 – man beachte den Zeitpunkt! – Fördermittel in Höhe von 50 Millionen Euro fünf Jahre lang erhalten können. Die FDP ist bekanntlich immer für Wettbewerb, aber es ist erstaunlich, wie aus zehn Eliteuniversitäten à la Harvard innerhalb von zwei Wochen ein Preisausschreiben wird, bei dem es 50 Millionen Euro zu gewinnen gibt.

Ulrike Flach

(A) Sie werden als Miniaturisierungsministerin in die Geschichte eingehen, liebe Frau Bulmahn.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Um wieder in die Spitzenliga vorzustoßen, reicht das aber nicht. Dazu sind vielmehr andere Strukturen und mehr Wettbewerb nötig, vor allem natürlich die Wahrung der Autonomie von Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Jörg Tauss [SPD]: Länder!)

Deswegen nehmen wir die Kritik des Wissenschaftsrates in unseren Anträgen auf. Wir wollen ein Forum für Forschungsförderung, Lücken besser erkennen, um Prioritäten und Nachrangigkeiten festzulegen, wir wollen einen modernen Wissenschaftstarifvertrag und – das ist im Hinblick auf die Haushalte das Wichtigste – die unselige Ressortforschung des Bundes neu ordnen, nachdem sie gründlich evaluiert wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Flach, der Kollege Tauss möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ulrike Flach (FDP):

Herrn Tauss habe ich heute schon zweimal gehört. Ich (B) weiß nicht, ob ich Sie noch ertragen kann, Herr Tauss, aber ich will es einmal versuchen.

Jörg Tauss (SPD):

Frau Flach, Sie können; ich will Ihnen Mut machen bezüglich meiner Frage. Wir sind uns ja bezüglich der Notwendigkeit eines Wissenschaftstarifvertrages einig. Das haben wir ja auch festgestellt. Meine Frage lautet: Welche Initiativen liegen zwischenzeitlich aus den Ländern, in denen die FDP mitregiert, für diesen Wissenschaftstarifvertrag im Rahmen der Tarifgemeinschaft der Länder vor?

(Cornelia Pieper [FDP]: Abschaffung der ZVS!)

Ulrike Flach (FDP):

Lieber Herr Tauss, welche Initiativen liegen denn von Ländern vor, in denen die SPD regiert? Sie wissen doch, dass wir jetzt darüber im Bundestag diskutieren. Bei unserem ersten gemeinsamen Auftritt heute Morgen haben Sie noch darauf hingewiesen, dass man immer über das reden soll, wofür man auch zuständig ist. In diesem Punkt bin ich ganz Ihrer Meinung: Ich rede jetzt über das, was in meine Zuständigkeit fällt. Wir haben Ihnen einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Ich hoffe, dass in diesem Fall SPD und Grüne ausnahmsweise einmal mit uns an einem Strang ziehen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das wird nichts!)

(C) Jagen wir doch jetzt einmal Ihren Innenminister. Gehen wir einmal gemeinsam an die TdL. Dann könnte daraus doch etwas werden. Ich habe nichts dagegen. Ich fordere von dieser Stelle aus immer gemeinsames Handeln der Bildungs- und Forschungspolitiker ein. Falls Sie, lieber Herr Tauss, ausnahmsweise in dieser Frage meiner Meinung sind, kann ich Ihnen zusagen, dass die FDP Sie unterstützt.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Flach, ist meine Vermutung richtig, dass Sie nun auch eine Zwischenfrage der Kollegin Pieper akzeptieren würden?

Ulrike Flach (FDP):

Sie höre ich natürlich immer gerne. Bitte.

Cornelia Pieper (FDP):

Liebe Kollegin Flach, Frau Vorsitzende des zuständigen Ausschusses, können Sie mir Initiativen der SPD-regierten Länder zur Abschaffung der zentralen Vergabestelle für Studienplätze nennen und können Sie mir Initiativen der FDP – die in den Ländern mitregiert – zur Abschaffung der ZVS nennen?

(Ulrich Kasparick [SPD]: Das ist keine Bundessache!)

Ulrike Flach (FDP):

(D) Das ist ein interessantes Gebiet. Diesbezügliche Initiativen der SPD kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, ich kenne auch keine außer dieser wirklich wohl begründeten Initiative von Herrn Matschie, die leider über Nacht von Frau Bulmahn eingestampft wurde.

(Jörg Tauss [SPD]: Falsch! – Werner Kuhn [Zingst] [CDU/CSU]: Frau Bulmahn hat aus Matschie Matschie gemacht!)

Von den von uns mitregierten Ländern sind es Baden-Württemberg und Hamburg; beide wollen auf diesem Gebiet tätig werden und sie werden es tun. Insofern bin ich beruhigt.

(Beifall bei der FDP)

Damit kommen wir zum zweiten Themenpunkt, dem **Jahr der Technik.** Frau Bulmahn, Sie haben gestern das Jahr der Technik eröffnet. Ich will Ihnen ganz klar sagen: Ich finde es gut, dass es diese Leitthemen bei dieser Veranstaltung gibt. Aber ein Jahr der Technik muss auch ein Ja zur Technik heißen. Da bin ich mit Frau Reiche völlig einer Meinung: Sie regieren doch mit einer Partei, die bei wichtigen Technologien wie der Kernfusion oder der Roten und der Grünen Gentechnik Nein statt Ja sagt. Natürlich ist es richtig, wie Herr Fell bei jeder Gelegenheit erklärt, dass dies nur ein kleiner Bereich der Biowissenschaften ist.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

Ulrike Flach

(A) Aber Sie haben am Montag ganz klar gesagt: Wir fördern das, was Produkte bringt, was schnell in die Anwendung geht.

(Cornelia Pieper [FDP]: Richtig!)

Was ist denn nun mit der Grünen Gentechnik? Natürlich stehen wir dort vor der Anwendung: Es gibt Länder wie Sachsen-Anhalt, die liebend gerne die Grüne Gentechnik einsetzen würden.

(Ulrich Kasparick [SPD]: Das sehen die Bauern aber anders! Die Bauern wollen das nicht!)

Aber wer blockiert denn? – Die andere Seite Ihrer Regierungsbank! Ihre Politik ist in diesem Falle klar durch die grüne Partei gekennzeichnet.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben eben keine konsistente, über alle Ressorts greifende Strategie zur Förderung innovativer Technologie. Während die internationale Konkurrenz Riesenprogramme für neue Technologien bündelt, müssen Sie, Frau Bulmahn, Mittel kürzen und mit dem Koalitionspartner kämpfen. Was mich besonders erschüttert: Diese Regierung ist sich noch nicht einmal einig, wenn sie über den Begriff „Innovation“ streitet. Da lese ich von Herrn Fischer völlig andere Sachen als das, was ich von Herrn Tauss oder Frau Bulmahn höre. Wie wollen Sie da zu einer gemeinsamen Strategie kommen?

(Jörg Tauss [SPD]: Die haben wir!)

(B) Unabhängig vom fehlenden Geld und ideologischen Grabenkämpfen müssen Sie sich auch einem anderen Vorwurf stellen: Frau Bulmahn, Sie haben nicht die Kraft, die Weichen für eine innovative, autonome und international konkurrenzfähige **Hochschul- und Forschungslandschaft** zu stellen.

(Ulrich Kasparick [SPD]: Das sehen wir anders!)

Verbale Innovationsoffensiven sind nett, aber sie gehen unseren Problemen nicht an die Wurzel. Wer an die Spitze will, muss mit der Axt endlich an das unselige Hochschulrahmengesetz:

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt geht es aber los!)

Wir müssen den Hochschulen Luft geben. Nur freie und selbstständig agierende Hochschulen haben eine Chance, im Wettbewerb zu bestehen.

(Jörg Tauss [SPD]: Setzt doch mal um!)

Deswegen legen wir Ihnen heute als einzige Fraktion eine umfassende Novelle vor – statt des Versuches, schrittweise, wie es die Kollegen von der CDU/CSU machen, bloß einige kleine Punkte zu ändern. Wir haben getan, was Sie, Frau Bulmahn, immer fordern. In Ihrem Ministerium gibt es dagegen nicht einmal eine entsprechende Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befasst. Unser Vorschlag gibt den Hochschulen die Freiheit zurück: Sie werden zuständig für das Personal, welches natürlich nicht mehr verbeamtet sein muss. Sie entscheiden selbst über die Aufnahme ihrer Studenten – und (C) zwar aller Studenten, liebe Kollegen von CDU und CSU! –, durch Eingangstests oder von ihnen selbst festzulegende Verfahren. Das heißt das Aus für die ZVS; dieses Relikt einer steinzeitlichen Zwangsbewirtschaftung muss abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir geben den Hochschulen die Freiheit, Studiengebühren zu erheben. Jede Hochschule soll das Recht haben, Gebühren zu nehmen, wenn sie es will. Genauso soll jede Hochschule das Recht haben, Gebühren nicht zu nehmen, wenn sie es nicht will. Das ist Autonomie, meine Damen und Herren, statt Gängelung von oben.

(Beifall bei der FDP)

Gleiches gilt für die verfassten Studierendenschaften: Es ist doch absurd, dass einer Kunsthochschule im bisherigen Gesetz vorgeschrieben wird, dass eine Studierendenschaft den Studierendensport zu fördern hat. Überlegen Sie einmal das Absurde der jetzigen Situation!

Während die Union lediglich die beiden letzten HRG-Novellen zurückdrehen will, legen wir Ihnen heute einen umfassenden Autonomie- und Wettbewerbsentwurf vor. Wir brauchen ein HRG – kurz, knapp, schlank und liberal. Es wird – das ist besonders charmant – keine Kosten verursachen.

(Jörg Tauss [SPD]: Wenn Sie das „liberal“ weglassen, ist das nicht schlecht!)

Liebe Kollegen, unsere Vorschläge liegen auf dem (D) Tisch. Sie werden wahrscheinlich in einigen Jahren auch dahin kommen, wo wir heute sind; daran sind wir Liberale gewöhnt.

(Cornelia Pieper [FDP]: Und unser Leid! Wir sind immer unserer Zeit voraus!)

Das ist der Unterschied: Wir machen’s konkret, Sie machen’s zu spät!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Reinhard Loske, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich meine eigenen Argumente vortrage, will ich auf einige Argumente meiner Vorrednerinnen eingehen.

Ich will zunächst auf das eingehen, was Frau Reiche gesagt hat. Frau Reiche hat verschiedene Dinge behauptet. Unter anderem hat sie behauptet, es würden Tausende von akademischen Wissenschaftlern auf die andere Seite des Teiches nach Amerika gehen. Sie sagt, es gebe sozusagen einen großen **Exodus** aus Deutschland. Das Gegenteil ist wahr.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Professor Hans Schöler, einer der führenden Stammzellenforscher der Welt, der der Union nicht unbekannt ist und der bis vor

Dr. Reinhard Loske

kurzem an der University of Pennsylvania geforscht hat, kehrt jetzt zurück nach Deutschland, und zwar an das Max-Planck-Institut in Münster. Das ist genau der richtige Weg; das ist genau der Weg, den wir wollen und fördern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Professor Schöler kommt gerne nach Deutschland zurück. Er hat vor wenigen Tagen über die Presse verlauten lassen, dass eine Novellierung des Stammzellgesetzes nicht notwendig sei. Frau Reiche hat immer wieder betont, das Stammzellgesetz sei eine Hauptbarriere für den Forschungsfortschritt im Bereich der Biowissenschaften. Das ist die Wahrheit. Die gleichen Kollegen von der CDU/CSU, die uns hier immer und immer wieder erzählen, dass das Stammzellgesetz eine große Errungenschaft sei, klatschen gleichzeitig Beifall, wenn Frau Reiche das genaue Gegenteil erzählt. Das ist unehrlich. Dieses Reden mit gespaltener Zunge lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Loske, möchten Sie gleich zu Beginn Ihrer Rede eine Zwischenfrage von Frau Flach beantworten?

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, ich möchte erst meine Argumente vortragen.

Auch mein zweiter Punkt betrifft die Ausführungen von Frau Reiche. Ich zitiere einen jungen deutschen Genwissenschaftler, der zurzeit an der Universität Stanford arbeitet. Er hat vor wenigen Tagen einen langen **Leserbrief** veröffentlicht. Unter anderem spricht er über die Kultur an amerikanischen Universitäten. Ich zitiere wörtlich aus diesem Brief:

> Vergleicht man ... den Einwanderungskinderanteil an US-Spitzenunis mit dem an deutschen Unis – so genannte Ausländerkinder –, dann wird eigentlich schnell klar, was ich meine. Am MIT

– das ist das Massachusetts Institute of Technology –

> hatte fast jeder zweite Student asiatische Features. Wie viele Deutsche türkischer Herkunft hatte ich in Berlin in meinem Studium? Einen in ungefähr 150. Ziemlich ärmlich, oder?

Jetzt komme ich zu Ihnen, Frau Reiche. Sie können nicht über die Internationalisierung unserer Hochschulen reden und gleichzeitig den Zuwanderern über das Arbeitsrecht und über das Zuwanderungsrecht einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine werfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das lassen wir uns nicht gefallen; das ist absolut widersprüchlich und unehrlich.

Sie sind doch selber einmal Wissenschaftlerin gewesen. Aber offenbar beherrschen Sie die Mathematik nicht. Zwischen 1994 und 1998 sind die **Ausgaben** für Bildung und Forschung um 5 Prozent gesunken. Aber zwischen 1998 und heute sind sie, wenn man das BAföG hinzunimmt, um 30 Prozent gestiegen. Jetzt frage ich Sie: Was ist mehr: minus 5 Prozent oder plus 30 Prozent? Diese Frage müssten Sie doch beantworten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die Anzahl der **Studierenden.** Als wir 1998 an die Regierung kamen, lag der Anteil derjenigen eines Jahrgangs, die ein Studium aufgenommen haben, bei 27 Prozent. Heute liegt der Anteil bei über einem Drittel. Ich will nicht sagen, dass Quantität alles ist; davon bin ich weit entfernt. Aber die Verlogenheit, die Sie an den Tag legen, ist inakzeptabel. Zu Ihrer Regierungszeit ist der Anteil der Studierenden immer weiter gesunken. Auch die Anzahl derer, die BAföG bezogen haben, ist immer weiter zurückgegangen. Was Sie hier erzählen, ist wirklich vollkommen unglaubwürdig. Das muss ich ganz klar sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Flach, man kann viel über die **Grüne Gentechnik** reden. Aber nur weil Sie der Meinung sind, man brauche eine Durchbrecherstrategie, kann man noch lange nicht sämtliche wissenschaftlichen Einwände, aber auch Befürchtungen der Bürger einfach über den Haufen werfen.

(Ulrike Flach [FDP]: Welche denn?)

Wir wissen, dass 70 Prozent der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik skeptisch eingestellt sind. Das haben wir als diejenigen, die wir die Bürger im Parlament vertreten, zu respektieren.

Wir wollen mit dem Gentechnikgesetz Transparenz und Koexistenz sichern. Wir stellen auch sicher, dass die ökologische Schädlichkeit, soweit wir heute darüber Bescheid wissen, ausgeschlossen werden kann. Das ist genau der richtige Weg. Deswegen ist das Gentechnikgesetz ein gutes Gesetz. Das möchte ich hier betonen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Aus Ihrer Sicht!)

Ich habe meine Redezeit jetzt weitgehend verbraucht. Aber es war einmal notwendig, auf die Äußerungen der Kolleginnen einzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die **Forschungsdebatte** ist für uns eine Debatte über Finanzen *und* Strukturen. Das sind zwei Seiten einer Medaille, die zusammengehören. Für uns geht es bei den Strukturreformen – ich muss jetzt leider im Telegrammstil sprechen – um Folgendes:

Erstens. Wir müssen zunächst einmal die Hochschulen und Forschungseinrichtungen – da stimme ich Ihnen

(A) zu, Frau Flach – vom Korsett des öffentlichen Dienstrechts befreien.

(Ulrike Flach [FDP]: Dann machen Sie es doch!)

Wir brauchen einen Wissenschaftstarifvertrag. Das können wir gerne zusammen machen.

Zweitens. Die Finanzierung der Hochschulen muss stärker über die Nachfrage gesteuert werden. Unser Konzept heißt deshalb Bildungsgutscheine; dafür setzen wir uns ein. In NRW werden diese Gutscheine bereits eingeführt.

Wir müssen den Hochschulen – da haben Sie Recht – mehr Autonomie geben. Sie brauchen mehr Personalautonomie, mehr Haushaltsautonomie und bessere Möglichkeiten, ihre Studierenden selbst auszuwählen.

(Dr. Maria Böhmer [CDU/CSU]: So ist es!)

Das ist zutreffend. Was aber die Finanzierung der Hochschulen betrifft, warne ich vor einer Verengung der Debatte auf Studiengebühren; ich komme gleich darauf zurück.

Wir müssen auch sehen, wie man zusätzliches Geld mobilisieren kann: durch Stiftungskapital, durch Patentverwertungsstrukturen und auch durch Weiterbildung. Es ist doch ein Witz, dass unsere Universitäten fünf Monate im Jahr leer stehen. In dieser Zeit kann Weiterbildung stattfinden; dazu kann auch die Wirtschaft einen Beitrag leisten. Ich glaube, diese Einnahmequellen müssen wir ausbauen.

(B) In diesen Kontext gehören übrigens auch Wettbewerbe. Ich halte Wettbewerbe für eine gute Idee, will aber zwei Dinge hinzufügen:

Erstens. Der Titel „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“ hat mir nicht gefallen. Das klingt für mich eher nach Quiz als nach Alexander von Humboldt; das muss ich ohne weiteres zugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Wir sollten nicht denken, dass unsere Universitäten große Maschinen sind, in die man oben Geld hineinschüttet und bei denen unten Produkte herauskommen. Unsere Universitäten brauchen mehr Zweckfreiheit. Dann kommen am Ende mehr Innovationen heraus. Also keine Konditionierung auf marktfähige Produkte, sondern auf Spitzenforschung – das ist das Entscheidende.

Jetzt wird mir hier signalisiert, dass ich zum Ende kommen muss, deshalb kann ich zu den Studiengebühren nur noch sehr wenig sagen. Unser Gegenmodell – das habe ich bereits gesagt – ist das Modell der Bildungsgutscheine. Es gibt in unserer Fraktion einige – dazu gehöre auch ich –, die Studiengebühren nicht prinzipiell abgeneigt sind; das gebe ich ohne weiteres zu.

(Ulrike Flach [FDP]: Also stimmen Sie uns doch einmal zu!)

Aber wir müssen über die Randbedingungen reden. Wir können heute doch nicht über Studiengebühren sprechen, wenn unsere Universitäten gleichzeitig verlottern. (C) Das wäre ungefähr so, als wenn ein Kaufmann, dessen Produkte immer schlechter werden, sagt: Ich muss jetzt die Preise erhöhen, damit ich überhaupt noch Gewinne erziele. – So geht das nicht! Wir müssen über die Randbedingungen reden. Wir müssen sicherstellen, dass es ein Stipendiensystem gibt, dass soziale Selektion ausgeschlossen wird und dass sich der Staat – das ist am allerwichtigsten – nicht aus der Bildungsfinanzierung zurückzieht.

Wenn wir das gemeinsam geschafft haben – im Moment ist das nicht so; Sie wissen genau, dass sich die Länder mehr und mehr zurückziehen –

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege!

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– ich bin fertig –, dann können wir über Studiengebühren reden, aber nicht aus heiterem Himmel und ohne Kontext. Da machen wir auf keinen Fall mit.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Loske, darf ich daran erinnern, dass dann, wenn die Uhr blinkt, nicht die Nachspielzeit beginnt, die Gelegenheit gibt, den eigentlichen Höhepunkt (D) der Rede einzuleiten, sondern dass dann die Redezeit beendet ist?

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke, Herr Präsident! Ich werde mir das zu Herzen nehmen!)

Nun erteile ich das Wort der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Freistaates Thüringen, Frau Professor Schipanski.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Dagmar Schipanski, Ministerin (Thüringen):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Das Thema **Innovation** beherrscht im Moment zu einem guten Teil die öffentliche Diskussion. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde das hervorragend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Durch uns!)

Denn schon lange weist die CDU auf die grundlegende Bedeutung von Forschung, Wissenschaft und Bildung für die Zukunft unseres Landes hin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bundesregierung hat das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen und zum Jahr der Technik ausgerufen. Ich

(A) begrüße das. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, ein technik- und forschungsfreundliches Klima in Deutschland zu fördern. Ich werte es als ein Kompliment für Thüringen – das sei mir an dieser Stelle gestattet –, dass die SPD die Bedeutung von Innovation und Eliten gerade in Weimar erkannt hat. Offensichtlich ist sie vom Geist des Aufbruchs und der Innovation, der in unserem CDU-regierten Land herrscht, angesteckt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Der alte Geist war ein sozialdemokratischer!)

Jetzt will die Bundesregierung der Ankündigung Taten folgen lassen. Hierzu hat sie einen **Wettbewerb** ausgerufen: „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“. Ich verzichte an dieser Stelle auf die Untersuchung der Frage, ob die sprachliche Nähe zu einer zweifelhaften Castingshow bewusst gewählt wurde oder ein Zufall ist.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Peinlich ist das!)

Tatsache ist jedoch: Die Länder lehnen diese Pläne einhellig ab. Wir sehen darin einen weiteren Versuch, den Föderalismus auszuhöhlen und stattdessen mithilfe einzelner Prestigeprojekte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Selbst der grüne Koalitionspartner hält dies für ein „fragwürdiges Konzept“.

(B) Der Ansatz ist aber auch ordnungs- und wissenschaftspolitisch inkonsequent und falsch:

Erstens. Laut Zielsetzung der Weimarer Leitlinien sollen sich in Deutschland Spitzenuniversitäten etablieren, die mit Harvard oder Stanford konkurrieren können. Ein ehrenwertes Ziel! Nur verkennen Sie dabei völlig, dass sich die genannten amerikanischen Universitäten in einem völlig anderen Umfeld entwickelt haben: in einem Umfeld von Wettbewerb und hochschulpolitischer Freiheit, von Studiengebühren und Stiftungskapital bis hin zu wirtschaftlicher Betätigung.

Anstatt jetzt eine umfassende **Deregulierung** einzuleiten, damit sich ein solcher Wettbewerb auch bei uns entfalten kann, soll eine kleine Zahl von Universitäten – warum eigentlich fünf? – quasi per Dekret den Ritterschlag zur Spitzenuniversität erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die „FAZ“ hat diese Politik gestern mit Planwirtschaft verglichen. Als guter Kenner der Planwirtschaft fühle ich mich fatal an Fünfjahrespläne erinnert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Kommt die Zahl fünf vielleicht von Fünfjahresplänen? Derjenige, der Fünfjahrespläne erlebt hat, weiß, dass diese Pläne nie eingehalten worden sind.

(Ulrich Kasparick [SPD]: Das ist unglaublich! Wettbewerb ist das Gegenteil!)

(C) Wenn Sie also den Universitäten in Deutschland die Möglichkeit bieten wollen, in die Liga der Eliteuniversitäten aufzusteigen, dann müssen Sie entsprechende Rahmenbedingungen für Freiheit und Wettbewerb schaffen und dürfen das Hochschulrahmengesetz nicht mit immer neuen Regulierungen überfrachten. Ich begrüße den Vorschlag von Frau Flach, wir werden uns darüber unterhalten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es kommt darauf an, **Rahmenbedingungen** für den Wettbewerb zu schaffen, den Hochschulen und Wissenschaft aus sich selbst heraus betreiben können. Die Realität ist hier nämlich weiter, als die Bundesregierung annimmt. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Fakultäten, deren Ruf auch international absolut exzellent ist.

Das Gleiche gilt für bestimmte außeruniversitäre Institute. Diesen positiven Ansatz müssen wir nutzen, ihm müssen wir die Chance geben, sich weiterzuentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss?

Dr. Dagmar Schipanski, Ministerin (Thüringen):
Ja.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Bitte schön, Herr Tauss.

(D)

Jörg Tauss (SPD):
Ich bin dankbar, dass Sie sich in dieser Frage unseren Überlegungen angenähert haben. Frau Flach hat vorhin zum Thema Zuständigkeit gefragt. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie hier über das **Hochschulrahmengesetz** reden, Frau Ministerin. Ich frage aber an dieser Stelle: Warum hat das Land Thüringen die Möglichkeiten, die wir durch die Öffnung des Hochschulrahmengesetzes, beispielsweise im Besoldungsrecht, gegeben haben, bisher nicht genutzt? Warum haben erst drei Bundesländer die neuen Regelungen umgesetzt? Warum sind erst drei Bundesländer an diese Frage herangegangen?

Auf die Frage, warum noch keine Initiativen zum Wissenschaftstarifvertrag ergriffen worden sind, will ich der Fairness halber nicht eingehen. Auch da haben Sie sich nicht durchgesetzt. Ich freue mich aber, dass wir hier einer Meinung sind.

Meine Frage: Warum setzen Sie das, was heute möglich ist, nicht um?

Dr. Dagmar Schipanski, Ministerin (Thüringen):
Das kann ich Ihnen ganz genau beantworten. Wir werden das insgesamt umsetzen, wenn über die Klage entschieden ist, wie mit der Habilitation umzugehen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Ach so! Diese alte Geschichte!)

Ministerin Dr. Dagmar Schipanski (Thüringen)

(A) Das heißt, wir müssen genau das durchsetzen, was uns richtig erscheint, und nichts anderes.

Lassen Sie mich zu den Universitäten zurückkommen. Wir brauchen Wettbewerb und Freiheit an den Universitäten. Es ist richtig, hier sind auch wir Länder gefordert. Die Bundesregierung sollte aber aus gesamtstaatlicher Verantwortung dafür sorgen, dass sich die Voraussetzungen zur Teilnahme am Wettbewerb insgesamt verbessern. Wir Länder sind selbstverständlich gefordert. In diesem Zusammenhang möchte ich nur erwähnen – Herr Loske hat vorhin ausgeführt, dass sich die Hochschulen an der **Weiterbildung** beteiligen sollen –: Im Thüringer Hochschulgesetz ist das längst verankert. Unsere Hochschulen können sich an der Weiterbildung beteiligen und dafür Gebühren erheben. Die Länder nutzen die Freiheiten, die ihnen im Rahmen des engen Regulierungsgesetzes gegeben sind, aber wir brauchen noch mehr Freiheiten, um unsere Hochschulen für den Wettbewerb fit zu machen.

Dazu gehört auch ein Wissenschaftstarifvertrag, über den wir diskutieren, aber ich wünsche mir auch von den SPD-regierten Ländern einen Vorschlag

(Lachen bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Immer wir!)

– über den wir diskutieren können. Wir können nicht einfach die Zeit für die Lehre festlegen, wir können auch nicht den Zeitraum festlegen, wie lange man an einer Hochschule bleiben darf, bevor man automatisch gehen muss. Diese starren **Zeitregelungen,** die detaillierten Stundenfestlegungen verhindern angemessene Reaktio-

(B) nen der Hochschulen auf verändertes Studierverhalten oder auf sich rasch entwickelnde Forschungsgebiete.

Was tut die Bundesregierung? Anstatt die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern, kürzt sie die Mittel für den Hochschulbau um 135 Millionen Euro. Vergleicht man diese Politik mit den neuerlich angekündigten Millionen, dann heißt das im Klartext: Die Bundesregierung will sich mit einzelnen Leuchttürmen auf Kosten der Fläche profilieren. Diese Politik trifft die neuen Länder in ganz besonderer Weise;

(Nicolette Kressl [SPD]: Falsch!)

denn unsere Hochschulen hatten nicht die Chance, in 15 Jahren 40 Jahre Vorsprung der alten Länder aufzuholen.

(Beifall der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Die Chefsache „Aufbau Ost“, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, erweist sich ein weiteres Mal als leere Drohung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das war schon einmal so, nämlich als die **UMTS-Erlöse** verteilt wurden. Die Messlatte für die Hochschulen zur Teilnahme an dem Programm der DFG-Forschungszentren war so hoch angelegt, dass keine einzige Universität der neuen Länder überhaupt eine Chance hatte. Noch sind die Voraussetzungen nicht gleich. Das muss berücksichtigt werden. Hier erwarten wir ein Engagement für den Aufbau Ost.

(C) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf der anderen Seite jedoch möchte ich betonen, dass gerade die **DFG** dafür prädestiniert ist, dem wissenschaftlichen Wettbewerb in Deutschland neue Impulse zu verleihen.

(Beifall des Abg. Dr. Christoph Bergner [CDU/CSU])

Schließlich folgt die DFG bei der Mittelvergabe ausschließlich Wissenschafts- und Exzellenzkriterien. Vor diesem Hintergrund möchte ich einen Vorschlag unterbreiten, der die Forschung in unserem Land nach Wettbewerbskriterien voranbringt und den Willen der Bundesregierung aufgreift, sich zu engagieren: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft erhält das angekündigte Geld,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

aber ohne an anderer Stelle Mittel zu kürzen, etwa für den Hochschulbau oder die Projektforschung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit erhält die DFG die Möglichkeit, nach ihren eigenen Regularien, nämlich nach der Exzellenz von Forschungsanträgen, die besten Vorhaben aus allen Hochschulen zu fördern und auch auszustatten. Dabei sollten die Nachwuchswissenschaftler, die über diese Förderung eingestellt werden, zugleich zur Lehre an den Universitäten verpflichtet werden. Denn die Einheit von Forschung und Lehre ist nach wie vor das entscheidende Merkmal der deutschen Universitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Damit würde der dringend notwendige wechselseitige Zusammenhang von Forschung und Lehre in einer ganz neuen Qualität in den Universitäten verankert. Bei der Vergabe der Mittel könnten durchaus auch mit außeruniversitären Instituten vernetzte Forschungsvorhaben, verbunden mit Promotionsstudiengängen oder Graduiertenkollegs, Kriterien für Auswahl und Exzellenz sein.

Ich glaube, hieran lässt sich eine gute Diskussion anknüpfen, wie im freien Wettbewerb Elite heranwächst, ausgebildet und gefördert und nicht per Dekret verordnet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zugleich hätten wir ein Grundproblem der deutschen Universitäten, nämlich das der unzureichenden Zahl wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Lehre, mit gelöst. Das könnte zu mehr und besserer Forschung und Lehre, aber auch zu veränderten und besser vernetzten neuen **Strukturen in der Forschungslandschaft** führen. Selbstverständlich müsste ein entsprechendes Engagement von Wirtschaft und privaten Förderern für die Universitäten belohnt werden.

Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, die häufig diskutiert wurden. Aber leider erfolgt in unserem Land die Umsetzung häufig nur sehr zögernd. Auch die letzte Auseinandersetzung zwischen Frau Bulmahn und Herrn Matschie über die Abschaffung der **ZVS** zeigt das: vor, zurück, zur Seite, ran. Wir haben aber noch kein Ergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Die ZVS ist doch euer Bier!

(A)

Der redet schon als Ministerpräsident! Haben Sie das noch nicht gemerkt?)

Im Übrigen sei mir gestattet, zum Abschluss darauf hinzuweisen, dass die größte Schwäche von Deutschland nicht das Finden von Forschungsergebnissen ist. Darin sind wir nach wie vor exzellent und international sehr anerkannt. Unsere Schwäche ist die **Umsetzung von Forschungsergebnissen** in wirtschaftliche Nutzung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Problem aber lösen wir nicht durch die Festlegung von Eliteuniversitäten. Das Problem lösen wir nur durch kontinuierliche Verzahnung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und deren gemeinsame Verzahnung mit der Wirtschaft. Das muss flächendeckend passieren. Die fünf Leuchttürme, die wir errichten wollen, werden das Ganze nur überstrahlen, werden aber keine Tiefenwirkung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber die **Clusterbildung,** die wir mit dem Bio-Regio-Wettbewerb unter Jürgen Rüttgers initiiert haben, die wir in den CDU-geführten Ländern aufgenommen haben, die wir pflegen und die wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen immer weiter voranzutreiben versuchen,

(Jörg Tauss [SPD]: Die wir finanzieren!)

kann uns dort voranbringen. Dafür sind die neuen Länder ein gutes Beispiel; denn unsere neue Wirtschaft ist nur aufgrund der direkten Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte auf den Stand gekommen, auf dem sie heute ist.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der SPD: Bedanken Sie sich bei uns!)

Dieses Miteinander würden wir kaputtmachen, wenn wir dem Vorschlag folgen würden, die gut gewachsene Forschungslandschaft jetzt zu zerschlagen, also bestimmte Forschungseinrichtungen dem Bund und andere den Ländern zuzuordnen.

(Jörg Tauss [SPD]: Sie sind ja strukturkonservativ!)

Diese Strukturreformen würden die deutsche Forschungslandschaft nicht voranbringen.

(Jörg Tauss [SPD]: Also keine Reformen!)

Deshalb sage ich: Wir sollten die derzeitige Diskussion offensiv führen und der Wissenschaftspolitik in unserem Land neue Impulse geben. Dazu brauchen wir keine zentralen Vorgaben. Der föderale Wettbewerb der Länder bietet genügend Chancen. Wir müssen sie nur nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erteile ich der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Innovationen sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt wirklich entscheidend von Bildung, Forschung und Wissenschaft ab. Aber, liebe Frau Kollegin, es reicht nicht aus, das nur zu beschwören. Man muss auch entsprechend handeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung macht genau das. Sie handelt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wo denn?)

Der Startschuss dafür ist am 15. Januar dieses Jahres gefallen. Gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften hat die Bundesregierung die **Initiative „Partnerschaft für Innovation“** gestartet. Dabei müssen wir alle bereit sein, ausgetretene Pfade zu verlassen und neue Wege zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Wasch mich, aber mach mich nicht nass“: Wenn man nach dieser Devise vorgeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird sich in unserem Lande überhaupt nichts bewegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Deshalb, liebe Frau Schipanski, kann man auch nicht unter Hinweis auf den Föderalismus und Zuständigkeiten notwendige Modernisierungen und Veränderungen in unserem Land in Frage stellen und boykottieren. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich ausdrücklich sagen: Jeder ist gefordert, einen Beitrag zum gemeinsamen Aufbruch zu leisten.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Bulmahn, darf die Kollegin Pieper Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das darf sie.

Cornelia Pieper (FDP):

Vielen Dank, Frau Ministerin. – In Ihrer Humboldt-Rede haben Sie sich jüngst für mehr Autonomie der Hochschulen in diesem Land ausgesprochen. Das habe ich mit großem Wohlwollen gehört. Sie haben sogar gesagt, Sie wollten eine **Novelle zum Hochschulrahmengesetz** vorlegen und es auf zwei bis drei Seiten kürzen. Wann legen Sie, Frau Ministerin, eine Novelle zum Hochschulrahmengesetz vor? Wann können wir Ihren Gesetzentwurf erwarten?

(A)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Das, liebe Frau Pieper, wird Inhalt des Gespräches sein, das ich mit einigen Landesministern am 4. Februar dieses Jahres führen werde.

(Cornelia Pieper [FDP]: Ich denke, Sie brauchen drei Jahre, Frau Bulmahn! Das haben Sie gesagt!)

Deshalb sage ich ausdrücklich: Es reicht nicht, das zu beschwören.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine präzise Antwort!)

Man muss es auch tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hochschullandschaft Deutschlands kann sich sehen lassen. Wäre dem nicht so, wären deutsche Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler bei amerikanischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen nicht so gefragt, wie sie es sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Breite sind wir stark. Aber wir brauchen auch Spitzenuniversitäten, die internationale Strahlkraft haben, in die Menschen aus aller Welt gehen und dort forschen wollen. Denn eines ist klar: Wir müssen international attraktiver werden. Wir müssen die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Breite stärken. Aber wir brauchen auch die Spitze.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung die Hochschulen in der Breite gestärkt. Auch hier sage ich ausdrücklich: Entscheidend ist das Handeln. Unter dieser Bundesregierung ist die Zahl der Studierenden um ein Drittel gestiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter dieser Bundesregierung sind die Studienförderung erheblich verbessert, das BAföG reformiert und Bildungskredite geschaffen worden. Unter dieser Bundesregierung wurden die Mittel für die Hochschulen um 23 Prozent erhöht, unter der vorherigen wurden sie reduziert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Vergleich nenne ich Ihnen folgendes Beispiel: Das Land Bayern, das sich ja immer selbst damit preist, sehr viel für die Hochschulen zu tun, hat die Ausgaben für Hochschulen um 2 Prozent erhöht. Wir haben sie im gleichen Zeitraum um 23 Prozent erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Unterschied zwischen Taten und Worten.

(C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Wir reden und handeln!)

Spitzenförderung und **Breitenförderung** – lassen Sie mich das ausdrücklich sagen – sind zwei Seiten einer Medaille und lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Genau so ist es!)

Es muss uns in Deutschland gelingen, aus unseren vorhandenen Stärken heraus Spitzenzentren zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb habe ich immer so nachdrücklich gesagt: Spitzenuniversitäten können nicht per Dekret erlassen werden. Spitzenuniversitäten müssen sich im Wettbewerb entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Frau Schipanski, ich muss Ihnen ausdrücklich sagen: Das ist das genaue Gegenteil von Planwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wundere mich, dass Sie sich hier gegen diesen Wettbewerb aussprechen. Denn an anderer Stelle preisen Sie den Wettbewerb zu Recht,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie wissen doch gar nicht, was Marktwirtschaft ist!)

zum Beispiel in den Bereichen Bio-Regio und Inno-Regio. Genau das brauchen wir auch in der Wissenschaft. Denn Wettbewerb ist ein Charakteristikum von Wissenschaft.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen stelle ich fest: Inzwischen will sich eine große Zahl von Universitäten diesem Wettbewerb stellen. Deshalb wird auch für mehr Wettbewerb gesorgt. Mir geht es um die Hochschulen, um die Universitäten sowie um die Studierenden und um die Lehrenden an diesen Einrichtungen. Ihnen möchte ich die notwendige Unterstützung geben. Sie sollen eine Chance bekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bergner?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ja.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU):

Frau Ministerin, Sie könnten sehr zum Dialog und zur problembezogenen Diskussion beitragen, wenn Sie zu dem Vorschlag der Thüringer Wissenschaftsministerin Stellung nehmen könnten, die gesagt hat, Sie sollten die

(A) Mittel, die Sie für Ihren „**Preisausschreibenwettbewerb**“ eingeplant haben, besser der Deutschen Forschungsgemeinschaft – zusätzlich zu allen übrigen Verpflichtungen des Bundes – zur Verfügung stellen. Ich finde, das ist ein sehr wettbewerbsbezogenes Konzept.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was ist daran Wettbewerb?)

Was sagen Sie zu dem Vorschlag der Thüringer Wissenschaftsministerin?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Ich treffe mich am 16. Februar mit den Präsidenten der Forschungsorganisationen und der Hochschulrektorenkonferenz, um gemeinsam mit ihnen meinen Vorschlag zu erörtern. Natürlich werde ich gute Änderungsvorschläge von ihnen aufgreifen. Ich habe mit den Präsidenten bereits gesprochen, bevor ich den Vorschlag der Öffentlichkeit vorgelegt habe, habe ihre Meinungen angehört und ihre Ratschläge eingeholt und diese in mein Konzept eingearbeitet. So werde ich auch weiterhin verfahren.

Ich habe mit ihnen in dem damaligen Gespräch übereingestimmt, dass es richtig ist, dass ein Wettbewerb ausgeschrieben wird, dass die Universitäten selber ein Konzept entwickeln, mit dem sie in die Spitze vordringen wollen, und dass sie selber entscheiden, ob sie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen oder die Wirtschaft integrieren. Unser gemeinsamer Wunsch war, dass das jeweilige Bundesland, die Region und die Stadt (B) das Vorhaben ihrer Universität mit allen Kräften unterstützen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man wird dann feststellen können, ob die Worte mit den Taten übereinstimmen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun möchte der Kollege Lensing eine Zwischenfrage stellen.

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Gerne.

(Jörg Tauss [SPD]: Lensing kann auch noch etwas lernen! Das kann nicht schaden! Herr Kauder müsste viele Fragen stellen! Das schaffen wir aber leider nicht mehr! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das hätte keinen Sinn! Denn Sie verstehen meine Antworten nie! Dazu muss man ein Minimum an Verstand haben!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Die spontane Debatte, die sich in den ersten Reihen unter einzelnen Kollegen abspielt, hat sicherlich einen gewissen Reiz, entspricht aber nicht ganz den Formvorschriften unserer Plenardebatten.

Zu einer Zwischenfrage hat jetzt der Kollege Lensing das Wort.

Werner Lensing (CDU/CSU): (C)

Zu dem, was der Kollege Kauder gesagt hat, erlaube ich mir noch den Hinweis, dass das immer auch eine Frage des jeweiligen individuellen intellektuellen Zuschnitts ist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] (SPD): Sie sprechen aus Erfahrung, Herr Kollege!)

Frau Ministerin Bulmahn, der Vorstoß der SPD zur Förderung von Eliten, von vielen als Paradigmenwechsel verstanden, wird, wenn man die Presse liest, vorrangig als populistisches Wendemanöver begriffen. Ich frage Sie: Wie soll man diesen Aussagen einer Partei glauben,

(Jörg Tauss [SPD]: Uns können Sie immer glauben!)

die früher aus primär ideologischen Gründen das Wort Elite nicht einmal in den Mund nehmen wollte?

(Horst Kubatschka [SPD]: Witzbold!)

Darüber hinaus frage ich Sie: Liegt der Grund für die allgemeine Nivellierung an Schulen und Hochschulen, vor allem in Nordrhein-Westfalen, nicht zuletzt darin, weil Sie keinen Unterschied zwischen **Chancengleichheit** und **Chancengerechtigkeit** machen? Das Verfolgen des Ziels der Chancengleichheit führte bekanntlich zur allgemeinen Gleichmacherei, während die Chancengerechtigkeit die individuelle Kraft des Einzelnen fordert.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: (D)

Herr Kollege, Ihre Frage bitte.

Werner Lensing (CDU/CSU):

Können Sie mir in dieser Frage nicht uneingeschränkt Recht geben – darauf steuern meine Aussagen hin, Herr Präsident –, schließlich ist Leistung zu fordern human und Leistung zu verweigern inhuman?

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Bulmahn, bevor Sie die Frage freundlicherweise beantworten, darf ich einmal einen gut gemeinten Hinweis geben: Wie im Augenblick sicher der Kollege Lensing, so empfinde auch ich es als schwer erträgliche Härte, dass die Geschäftsführer der jeweiligen Fraktionen immer nur einen kleinen Teil der Kollegen förmlich als Redner anmelden.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Ich kann aber nichts daran ändern und muss deswegen darauf hinweisen, dass Zwischenfragen so gestellt werden müssen, wie es der Begriff zum Ausdruck bringt, nämlich als Zwischenfragen. Es dürfen keine förmlich nicht angemeldete Reden sein. – Bitte schön, Frau Kollegin.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Die Reaktion ist aber immer nur bei der CDU/CSU zu spüren!)

(A)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Lieber Herr Kollege Lensing, ich sage ausdrücklich: Unser Land braucht **Leistungseliten.** Was wir weniger brauchen, sind **Erbeneliten.**

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht gibt es hier einen Unterschied zwischen unseren Auffassungen. Wir brauchen in unserem Land Leistungseliten und Leistungsträger.

Menschen sind sehr unterschiedlich. Deshalb ist es eine ganz wichtige Aufgabe der Bildungspolitik, Sorge dafür zu tragen, dass nicht ein einziges Talent in unserem Land verschüttet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Herr Tauss, sie meint nicht Sie! – Jörg Tauss [SPD]: Ich bin doch der intelligenteste Abgeordnete!)

Ich denke, dabei nützt Ihr diffiziles Auseinanderdefinieren von Begriffen nur sehr wenig. Ich glaube, dass kein Mensch in diesem Lande wirklich Spaß daran hat oder es interessant findet, zu differenzieren und über den Unterschied zwischen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit zu diskutieren.

Im Kern geht es doch darum, dass die Kinder in den Schulen nicht entmutigt werden dürfen, sondern dass sie ermutigt werden müssen, ihre Talente zu nutzen und ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Dafür ist es notwendig und wichtig, dass man die Kinder nicht frühzeitig sortiert, einordnet und entmutigt und – deshalb dränge und bestehe ich so darauf – dass das Prinzip der **individuellen Förderung** in unseren Schulen zum Kern des Unterrichtsgeschehens und auch zum Mittelpunkt des Geschehens in unserer Gesellschaft wird.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen in unserem Land endlich wieder auch ein Stück Bildungsoptimismus entwickeln; denn die Menschen können einfach viel mehr, als wir ihnen häufig zutrauen.

Das ist aus meiner Sicht der eigentlich notwendige Klima- und Kulturwechsel, den wir in unserem Land brauchen. Wir müssen begreifen, dass wir jedem Kind eine Chance geben müssen. Wie dies geschieht, wird immer sehr unterschiedlich aussehen. Die individuelle Förderung, Ermutigung und Unterstützung müssen dabei das A und O sein. Nur dann werden wir die Leistungseliten haben, die wir brauchen, um unser Land auch weiterhin nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu den Spitzenuniversitäten zurückkommen. Ich habe vorhin gesagt, jede Universität entscheidet selbst, mit welchem **Konzept** sie in die Spitze vordringt. Die Besten sollen nicht von Politikern, Beamten oder Ministerien, sondern von einer international zusammengesetzten Jury, einer Expertenkommission, ausgewählt werden. Diese wählt die besten zehn Vorschläge in der ersten Runde aus. Danach erhalten die Universitäten die notwendige Unterstützung, um die Entwurfsskizzen zu einem umfassenden Konzept auszuarbeiten. Aus diesen ersten zehn ausgewählten Hochschulen und ihren Konzepten – nicht mehr Entwürfen – werden dann die besten vier, fünf oder sechs Hochschulen ausgewählt.

(C)

Weil ich davon überzeugt bin, dass sich die Spitze, die Elite immer wieder dem Wettbewerb stellen muss, werden wir nach vier Jahren eine weitere Runde durchführen. Es ist also kein starres, sondern ein offenes System, sodass zum Beispiel auch die Hochschulen, die beim ersten Mal noch nicht mitmachen können, eine Chance erhalten.

(Ulrike Flach [FDP]: Dazwischen erlauben Sie aber noch Wahlen, Frau Ministerin!)

– Frau Flach, der Bund wird den ausgewählten Universitäten 50 Millionen Euro pro Jahr geben. Fünf mal 50 sind 250. 250 Millionen Euro zusätzlich ist eine ganze Menge Geld für unsere Hochschulen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das entspricht dem gesamten Jahreshaushalt einer sehr großen Universität. Von daher können wir damit wirklich einen **Schub in der Entwicklung** von Universitäten erreichen.

Spitzenuniversitäten sollen sich durch ein klares **Profil** in Wissenschaft und Forschung auszeichnen. Herausragende wissenschaftliche Leistungen, eine erstklassige, an internationalen Standards orientierte Lehre und enge Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sind dabei wichtige Kriterien. Auch eine gute Betreuung der Studierenden und ein modernes Management machen Spitzenuniversitäten aus.

(D)

Darüber hinaus – darin stimme ich mit allen Rednern überein – brauchen unsere Hochschulen die größtmögliche **Autonomie.** Sie müssen ihr Profil eigenständig bilden können. Dazu zählt für mich, dass die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, ihre Studierenden weitgehend selbst auszusuchen.

(Ulrike Flach [FDP]: Alle, Frau Bulmahn! – Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Was heißt „weitgehend“?)

Wie Sie wissen, verhandeln wir derzeit mit den Ländern über eine konsensfähige Lösung.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber ohne Ergebnis!)

Wie Sie auch wissen, treten die einen Länder für eine 25-prozentige Quote und die anderen Länder für eine 50-prozentige Quote ein. Ich habe gesagt: Ich möchte, dass der Anteil möglichst hoch ist. Aber wir müssen zu einer vernünftigen Vereinbarung kommen, die praktikabel und gerecht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

Darüber müssen wir reden. Ich bitte alle Kollegen, die sich hier geäußert haben, in ihren Parteien dafür Sorge zu tragen, dass wir zu einem Ergebnis kommen; denn ohne die Länder können wir nichts machen. Sie sind in erster Linie gefragt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe bereits mehrfach deutlich gemacht, dass ich bereit bin, das **Hochschulrahmengesetz** wirklich gründlich zu entrümpeln. Aus meiner Sicht reichen zwei bis drei Seiten Gesetzestext.

(Ulrike Flach [FDP]: Dann machen Sie es doch mit uns gemeinsam!)

Dieser Text sollte nur noch das enthalten, was länderübergreifend geregelt werden kann. Das sind die Bereiche Zulassung, Abschlüsse, Dienstrecht und Qualitätssicherung. Mehr muss im Text nicht stehen.

(Ulrike Flach [FDP]: Also ran!)

Frau Flach, ich bin allerdings nicht so blauäugig, zu glauben, wir müssten nur Regelungen streichen und dann hätten die Hochschulen die Freiheit, die sie brauchen und die ich ihnen geben will. Vielmehr müssen wir hier zu klaren Absprachen kommen, damit die Länder ihre Hochschulen tatsächlich in die Freiheit entlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Genau das ist der Punkt!)

Es hilft den Hochschulen überhaupt nichts, wenn der Bund Vorschriften streicht – das haben wir im Übrigen auch schon gemacht – und dann die Länder jeden Freiraum, den sie haben, wieder im Detail ausfüllen. Deshalb müssen wir zu klaren Vereinbarungen kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg Tauss [SPD]: Besoldungsrecht? Bayern!)

Zur Zukunft der **ZVS.** Ich bin für jede Veränderung der ZVS offen. Es bringt nichts, wenn von Journalisten und auch hier behauptet wird, es gebe hier einen Dissens. Darüber gibt es keinen Dissens zwischen uns: Ich bin für jede Veränderung der ZVS offen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen: Die ZVS arbeitet auf der Basis eines Staatsvertrages zwischen den Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Bund ist nicht Mitträger dieser Einrichtung. Deshalb müssen die Bundesländer untereinander zu einem Konsens kommen. Punkt.

(Ulrich Kasparick [SPD]: Basta! Beifall des Abg. Ulrich Kasparick [SPD])

Wirtschaft und öffentliche Hand haben die **Investitionen in Forschung und Entwicklung** seit 1998 von 2,3 auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht. Hier müssen wir aber noch weiter zulegen, wenn wir das Ziel, das die Regierungschefs der EU untereinander vereinbart haben, nämlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bereitzustellen, erreichen wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu wünsche ich mir in diesem Parlament den Willen aller Fraktionen, an der Erreichung dieses Ziel mitzuarbeiten. Das wird nicht einfach sein; das wissen wir. Wir müssen es aber schaffen. Ich sage ausdrücklich: Es nützt nichts, wenn es die Bundesregierung alleine macht. Die Wirtschaft muss kräftig zulegen. Zwei Drittel der Mittel müssen von der Wirtschaft aufgebracht werden.

(Ulrike Flach [FDP]: Tut sie ja schon!)

– Sie muss auch weiterhin kräftig zulegen, Frau Flach. Auch die Länder müssen deutlich aufstocken.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist richtig!)

Wenn wir nämlich die Mittel erhöhen, aber die Länder kürzen, wie das zum Beispiel das Land Niedersachsen zurzeit massiv macht,

(Ulrike Flach [FDP]: Alle!)

dann bringt das den Hochschulen überhaupt nichts. Dann wird das für sie ein Nullsummenspiel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Innovationen brauchen eine exzellente Forschungsbasis. Die Bundesregierung hat seit 1998 die institutionelle Förderung deshalb erheblich gesteigert. Wissenschaft benötigt darüber hinaus mittelfristige **Planungssicherheit.** Daher will ich den Forschungsorganisationen anbieten, ihnen genau diese mittelfristige Planungssicherheit zu geben.

Im Gegenzug erwarte ich die Bereitschaft zu **Zielvereinbarungen** wie mehr Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, mehr Vernetzung der außeruniversitären Forschung mit der Universität – die Forschung muss wieder auf den Campus zurückkehren –, keine Auflösung und Veränderung der Forschungsorganisation, aber mehr Brücken, Vernetzung und Internationalität sowie mehr Wettbewerb innerhalb der Forschungsorganisationen. Darüber will ich mit den Präsidenten der Forschungs- und Wissenschaftsorganisationen am 16. Februar diskutieren.

(Ulrike Flach [FDP]: Wie stehen Sie denn zur Grundlagenforschung, Frau Bulmahn?)

– Ist das eine Frage oder nicht?

(Heiterkeit)

Kurz gesagt: ja zur Grundlagenforschung. Wir dürfen uns nicht auf Innovationen als mehr oder minder zufällige Nebenprodukte der Forschung verlassen. Deshalb werde ich die **Projektförderung** meines Ministeriums auf Technologien, die neue Wachstumsfelder erschließen, und auf Basistechnologien, die als Wachstumstreiber in vielen Branchen wirken, ausrichten. Das sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, die Nanotechnologien, die Biotechnologien, die optischen Technologien und die Umwelttechnologien, die auch

(A) eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend ist immer, dass das Wissen gezielt genutzt wird. Was die Forscher entdecken, muss schnell in marktfähige Produkte umgesetzt werden. Das setzt auch neue Formen der Partnerschaft zwischen Wissenschaft und Wirtschaft voraus, die neben die klassischen Verbundvorhaben getreten sind.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Möchten Sie, um die inzwischen abgelaufene Redezeit zu verlängern, eine Zwischenfrage zulassen?

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Ja, ich gestatte alle Fragen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Bitte schön, Herr Kollege Kretschmer.

Michael Kretschmer (CDU/CSU):
Frau Ministerin, ich möchte Sie gerne nach Deutschland – in das von heute – zurückholen. Sie sprechen gerade über Projektförderung und mittelfristige Planungssicherheit. Wir sehen, dass an allen möglichen Stellen gekürzt wird. Ich nenne das Programm FUTOUR, das wegfällt. Es ist das einzige Programm, das technologieorientierte Unternehmensgründungen aus Hochschulen heraus, von denen Sie gerade gesprochen haben, ermöglicht.

(B) (Ulrich Kasparick [SPD]: Was ist denn Ihre Frage?)

„Pro Inno I“ ist im vergangenen Jahr ausgelaufen. Das neue Programm ist noch nicht angelaufen. Viele Fachprogramme Ihres Hauses laufen nicht mehr weiter. Anträge werden nicht angenommen. Bei uns stapeln sich die Briefe der Unternehmer, die forschen möchten. Wie passt es zu dem, was Sie gesagt haben, wenn diese Fachprogramme wegen der globalen Minderausgabe oder aus welchen Gründen auch immer reduziert werden und keine neuen Anträge angenommen werden?

(Jörg Tauss [SPD]: Gute Steilvorlage!)

Edelgard Bulmahn, Bundesministerin für Bildung und Forschung:
Lieber Herr Kollege, die programmbezogene, projektorientierte **Forschungsförderung,** die ein Weg der Forschungsförderung neben der Förderung der Forschungsorganisation und der Deutschen Forschungsgemeinschaft darstellt, ist unter dieser Bundesregierung ebenfalls verstärkt worden. Wir haben auch die Forschungsförderung zum Beispiel der DFG und der MPG deutlich gesteigert.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Das war gar nicht seine Frage!)

Die programmbezogene Projektförderung, auf die Sie sich beziehen, ist gegenüber derjenigen unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung um 1,1 Milliarden Euro gestiegen.

(C) (Zurufe von der SPD: Hört! Hört! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Zuhören, Herr Kollege!)

Man muss sich schon mit den Fakten auseinander setzen. Das gehört auch zur Bildung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit haben wir es geschafft, dass deutlich mehr kleinere und mittlere Unternehmen an unseren Programmen partizipieren. Ich sage ausdrücklich, dass ich in diesem Jahr in einigen Bereichen der Programmförderung auch kürzen musste. Deshalb habe ich hier nachdrücklich gesagt, dass wir in den kommenden Haushaltsjahren wieder mehr Mittel in Bildung und Forschung investieren müssen. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen das schaffen, damit unsere Wissenschaftler, aber auch die Forschungseinrichtungen und vor allem die Unternehmen die Chance haben,

(Zuruf von der CDU/CSU: An uns soll es nicht liegen!)

mit neuen Produkten, neuen Verfahren und neuen Dienstleistungen wieder Märkte zurückzuerobern.

Das ist uns in zwei Bereichen gelungen, lieber Herr Kollege Kretschmer. Es ist uns zum Beispiel bei der **Chipmaskentechnologie** gelungen. Amerikanische Unternehmen haben ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen wieder nach Deutschland verlagert. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor fünf Jahren hätte niemand hier im Hause geglaubt, dass das geschehen könnte.

(Jörg Tauss [SPD]: Laser! So ist es!)

Wir haben das geschafft. Sie waren dabei und wissen es. Wir haben es in der **Lasertechnik** geschafft. In wichtigen Bereichen – ich nenne Industrielaser und Systemlaser – sind wir wieder Weltspitze. Hier haben wir einen Weltmarktanteil von 40 Prozent. In diesem Sektor arbeiten mittlerweile 50 000 Beschäftigte.

Was die Gründungen von Unternehmen der Biotechnologie und die Zahl der Unternehmen betrifft, sind wir in Europa an der Spitze. Damit das so bleibt und wir diese Wachstumsentwicklung aufrechterhalten können, brauchen wir auch in den kommenden Jahren wieder mehr Geld für Forschung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde deshalb die Forschungsförderung noch stärker auf eine Missionsorientierung ausrichten. Das könnte zum Beispiel „Alzheimer 2010 besiegen“ sein. Das ist eine solche Missionsorientierung.

(Jörg Tauss [SPD]: Schönes Ziel!)

Bundesministerin Edelgard Bulmahn

Entscheidend ist immer, dass die Wissenschaft um den besten Weg zur Erreichung des Ziels konkurriert und dies an klar definierten Meilensteinen überprüft wird.

Meine Redezeit ist abgelaufen. Ich könnte noch vieles ausführen, aber ich muss jetzt zum Ende kommen.

Ich wünsche mir, dass das Parlament häufiger über Forschung und Entwicklung diskutiert

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und dass bei allen auch der Wille vorhanden ist, zu handeln. Denn wir haben eine Menge zu bieten und wir können vieles leisten. Richtig ist aber auch, dass andere Länder ebenfalls viel leisten. Deshalb kommt es darauf an, gemeinsam die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu verbessern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das war doch ganz anders als dieser kritische Kram der CDU/CSU!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich der Kollegin Marion Seib das Wort erteile, bitte ich alle Kollegen, die sich noch zu Zwischenfragen gemeldet hatten, um Nachsicht, dass ich das nach Ablauf der Redezeit nicht mehr berücksichtigen kann, selbst wenn der jeweilige Redner oder die jeweilige Rednerin durchaus Interesse an der Zulassung weiterer Zwischenfragen haben könnte.

Nun hat die Kollegin Marion Seib, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Marion Seib (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! „Die Handlungen der Menschen leben fort in den Wirkungen."

(Ulrich Kasparick [SPD]: Donnerwetter!)

– Donnerwetter! Dieser Satz von Gottfried Wilhelm Leibniz setzt die Überschrift über das derzeit notwendige Handeln in der Hochschul- und Forschungspolitik.

Wenn es darum geht, die Ressourcen von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, klein- und mittelständischen Unternehmen und auch der Großindustrie zu bündeln und gegenseitig nutzbar zu machen, dann spielen vor allem Kompetenzzentren oder Hightech-Cluster eine wichtige Rolle.

Die Verknüpfung des Know-hows unterschiedlicher Akteure und deren interdisziplinäre Zusammenarbeit hat sich als Innovationsschmiede bestens bewährt. Wir tun das.

(Jörg Tauss [SPD]: Wo? – Ulrich Kasparick [SPD]: Wer?)

Wir in Bayern können dabei auf bereits bestehende und erfolgreiche Kräfteverbünde verweisen, wie im fränkischen Erlangen-Nürnberg im Bereich Material-, Laser- oder Medizintechnologie oder im oberbayerischen Martinsried, wo sich in der Umgebung des Genzentrums der Universität München zahlreiche Unternehmen der so genannten Roten Biotechnologie angesiedelt haben. Wir wollen keine Elite-Inseln, sondern ein **flächendeckendes Qualitätsnetz in Länderzuständigkeit.** Jede Hochschule muss in den Bereichen ihres unverwechselbaren Profils eine Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb einnehmen können.

(Jörg Tauss [SPD]: Zulasten der Breite! Genau der falsche Weg!)

Das Elitenetzwerk Bayern verknüpft die besten Module der bayerischen Hochschulen nach einem strengen Auswahlverfahren zu Elitestudiengängen und internationalen Doktorandenkollegs. Statt weniger Qualitätszellen wollen wir ein weites Qualitätsnetz.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aufgrund der Experimentierklausel im bayerischen Landeshochschulgesetz hat sich die Technische Universität München mit ihrem besonders technikorientierten Profil als außerordentlich reformfreudig erwiesen. Sie erprobt neue Organisationsmodelle und lässt diese auch regelmäßig evaluieren.

In Weihenstephan zum Beispiel ist ein international hochrangiges Kompetenzzentrum in den Bereichen Ernährung, Landnutzung und Umwelt entstanden. In Garching, Herr Matschie – er ist nicht mehr im Saal –, ist auf der grünen Wiese ein Campus für moderne Hightechforschung entstanden. Es wurde ein Technologiezentrum von Weltrang geschaffen, das auch zur Ansiedlung des Forschungszentrums von General Electric führte. Beim Ausbau der Fakultäten für Maschinenwesen, für Informatik und Mathematik wurden neue Finanzierungsmodelle gefunden.

Mit den 50 Millionen Euro aus der bayerischen Hightechoffensive, dem Wissenstransfer in die Wirtschaft sowie mit einer laufenden Evaluation wurde die Gestaltung und Vernetzung auf Länderebene ermöglicht.

(Jörg Tauss [SPD]: Und der Rest an der Börse verspekuliert! 1 Milliarde!)

Das brauchen wir auch auf Bundesebene;

(Beifall bei der CDU/CSU)

denn in einem Elitenetzwerk kommen viele zum Zug.

Es wurden Anträge aus der Geisteswissenschaft, Neurowissenschaft, Mathematik, Physik, Ökonomie, Recht, Geowissenschaften und Biomedizin vorgelegt. Derzeit liegen 29 Anträge vor. Drei wichtige Punkte werden dabei besonders gewertet: neue Formen der Studenten- und Doktorandenbetreuung, der hohe Grad an internationaler Vernetzung und der deutliche Wille zur Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen.

Die Beispiele zeigen, dass sich die Hochschulen hervorragend in der Freiheit bewegen und bewähren können.

(Jörg Tauss [SPD]: Dafür müssen wir sie in die Freiheit entlassen? Was denn nun?)

(A) Deshalb gilt es, den Hochschulen und den Ländern die Freiheiten zu bieten, die für die Weiterentwicklung, Konkurrenzfähigkeit und eine exzellente Forschung und Lehre wichtig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Frau Ministerin, offensichtlich haben Sie erkannt, dass mit staatlicher Gängelung kein Staat zu machen ist. Aber Ihre **Struktureingriffe** sind komplett falsch.

(Jörg Tauss [SPD]: Das bayerische Wissenschaftsministerium!)

Sie versuchen nun, den an den Hochschulen entstandenen Brand mit Benzin zu löschen. Sie wollen die Mittel, die Sie dem Hochschulbau entziehen, für wenige einsetzen.

(Jörg Tauss [SPD]: Unverschämtheit!)

Die in der Fläche vorhandene, aber von Ihnen ignorierte Exzellenz wird weiter darben. Offensichtlich wollen Sie sich aus dem Hochschulbau zurückziehen, indem Sie die Mittel kontinuierlich zurückfahren.

(Nicolette Kressl [SPD]: Es sind doch die Länder, die das wollen!)

Auch wenn Sie bei den Politikern der Union Uneinigkeit zu konstruieren versuchen, unsere Linie ist klar:

(Jörg Tauss [SPD]: Oh!)

(B) Entweder halten Sie an der **Gemeinschaftsaufgabe** im Hochschulbau fest und stellen kontinuierlich und zuverlässig die entsprechend dynamisierten Mittel zur Verfügung oder Sie verabschieden sich aus der Gemeinschaftsaufgabe und stellen die anteiligen Bundesmittel für den Hochschulbau den Ländern zur Verfügung, und zwar in vollem Umfang und dynamisiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Hinblick auf die derzeit bis zu einem Jahr dauernden Genehmigungsverfahren wäre das schlichtweg die bessere Alternative.

(Jörg Tauss [SPD]: Ist das auch Stoibers Position?)

Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie sich für alles zuständig erklären, dass Sie aber die notwendige Finanzausstattung ständig zurückführen oder zeitlich begrenzen.

(Ulrich Kasparick [SPD]: Plus 23 Prozent!)

Wir lassen es Ihnen ebenfalls nicht durchgehen, wenn Sie sich nach bekanntem Muster in Länderkompetenzen einzukaufen versuchen. Verabschieden Sie sich nicht nur von der ZVS in ihrer heutigen Form, sondern auch vom Studiengebührenverbot und von einem viel zu fett gewordenen Hochschulrahmengesetz.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Soll Herr Stoiber den Staatsvertrag doch kündigen! – Jörg Tauss [SPD]: Nicht zu fassen!)

(C) Die Länder und die Hochschulen werden unter den Leitzielen Eigenverantwortung, Wettbewerb und Qualitätssicherung sowie unter Beachtung des Grundsatzes der Berufsfreiheit,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das sind doch alles Sprüche! Sagen Sie das mal Herrn Stoiber!)

wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert hat, das schaffen, was Sie sich so sehnlichst wünschen: exzellente Forschung und Lehre auch für die von Ihnen nicht per Preisausschreiben gefundenen 300 Hochschulen der Republik.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bedanke mich auch für die vorbildliche Unterbietung der Redezeit, was außerordentlich selten vorkommt.

Nun hat das Wort der Kollege Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Jahr soll das Jahr der Innovationen werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Jahrzehnt!)

(D) Nein, dieses Jahr muss das Jahr der Innovation werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn sonst verlieren wir den Anschluss. Schweden und Finnland haben es vorgemacht. Sie haben eine erfolgreiche Bildungspolitik und investieren vor allem viel mehr Geld in Forschung und Entwicklung, als wir das tun. Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel für Venture Capital sind dort besser als bei uns.

Wir haben in diesem Jahr die Chance, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Dafür müssen wir aber auch die Weichen stellen. Innovation muss zwar das wichtigste Thema sein – das haben wir bereits erreicht –, aber wir müssen auch handeln. Wir werden dabei darauf angewiesen sein, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, an diesem Strang mitziehen und keine wichtigen Reformen blockieren.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie ziehen doch nirgendwo!)

Wir werden sowohl im Bund als auch in den Ländern sehr viel Geld umschichten müssen. Weg von den Subventionen für Schädliches und Verkrustetes hin zu Forschung und Entwicklung sowie zu einem besseren Steuerrecht vor allem für junge, innovative Unternehmen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Union hat im Bundestag **Anträge** vorgelegt, die darauf abzielen, die steuerlichen Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen zu verbessern. **CDU und**

Hans-Josef Fell

(A) **CSU** präsentieren aber derzeit alle paar Tage ein neues Steuerkonzept. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle raten: Arbeiten Sie das, was Sie in Ihren Anträgen fordern, erst einmal in Ihre Steuervorschläge ein. Das haben Sie bisher versäumt. In Ihren Steuervorschlägen lässt sich nichts dazu finden.

Wer an Steinkohlesubventionen, an der Förderung des Agrardiesels, an der Entfernungspauschale oder an der Eigenheimzulage festhält und gleichzeitig die Aufstockung der Mittel für Bildung, Forschung und Entwicklung verwehrt, sägt an der Zukunft dieses Landes. Leider haben Sie sich von der Union im Vermittlungsausschuss – teilweise sogar mit Erfolg – um die Konservierung der alten Strukturen bemüht, statt eine Offensive für Bildung und Forschung einzufordern. Ihre heutigen Forschungsvorschläge greifen zudem viel zu kurz und gehen sogar in die falsche Richtung. Wir können ihnen nicht zustimmen.

(Jörg Tauss [SPD]: Was heißt hier „die heutigen“? Alle! Ständig! Furchtbar!)

Ein Wettbewerb der Hochschulen – von Frau Bulmahn vorgeschlagen – kann, richtig gestaltet, eine positive Dynamik auslösen. Aber was helfen denn die vom Bund eingestellten Millionen, wenn in den Ländern im gleichen Zeitraum das entsprechende Geld eingespart wird? Frau Seib, Sie haben das bayerische Modell mit guten Maßnahmen für Bildung und Forschung vorgeschlagen.

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt aber!)

(B) Waren Sie letzte Woche in Würzburg, als Studenten beim Besuch von Herrn Minister Goppel auf die Straße gegangen sind, um gegen die massiven Kürzungen im bayerischen Landeshaushalt zu protestieren? Dieses Modell wollen wir nicht haben. Sie haben hier ein schlechtes Beispiel geliefert. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zur **Reform des Hochschulrahmengesetzes** möchte ich hier nur so viel sagen: Sie ist zwingend notwendig; aber Bund und Länder müssen gemeinsam erklären, wie es weitergehen soll. Diesen Prozess hat Ministerin Bulmahn begonnen. Aber es kann nicht sein, dass sich der Bund zurückzieht, um den Hochschulen die von uns Grünen schon lange geforderte Autonomie zu geben; denn dann kommen die Länder und regeln alles selbst wieder genauso wettbewerbsfern wie bisher.

Wenn wir das Thema Innovationen ernst nehmen – wir müssen es tun –, dann müssen wir in den nächsten Jahren im Bund und in den Ländern einige Milliarden Euro hin zu Bildung und Forschung umschichten. Wir müssen das Geld so umschichten, dass für die Wirtschaft deutliche Anreize geschaffen werden, dabei mitzumachen. Vor allem muss deutlich mehr Kapital für Innovationen in der Wirtschaft bereitgestellt werden. Aber es gilt auch: Geld allein wird nicht reichen. Das heißt, wir brauchen ein Klima, in dem mehr Mut entsteht, neue Ideen zu entwickeln, zuzulassen und umzusetzen. Wir

(C) brauchen nicht, wie Bush vorschlägt, neue Astronauten auf dem Mond oder auf dem Mars. Wir brauchen Ideen, wie die Probleme auf diesem Planeten gelöst werden können.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Frau Bulmahn sucht doch Wasser auf dem Mars!)

Wir brauchen Unternehmer und Wissenschaftler, die daran arbeiten, und wir brauchen eine Politik, die den Weg dazu frei macht. Wir brauchen **Leitvisionen,** die die Gesellschaft mitreißen und Innovationen hervorrufen.

Eine solche Leitvision kann die Problemlösung für die alternde Gesellschaft sein. Wir Deutschen werden immer älter und müssen gleichzeitig innovativer werden. Es muss uns gelingen, die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, indem wir neue Dienstleistungen, neue Technologien und neue Medikamente entwickeln. Deutschland als alternde Gesellschaft muss die Demenz sehr ernst nehmen. Wir wollen Alzheimer besiegen oder wenigstens stark zurückdrängen.

Eine zweite Leitvision ist das solare Zeitalter. Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Erdölressourcen knapp werden und dass wir eine vollkommen neue Energieversorgung benötigen. Der Klimaschutz verbietet ein Ausweichen auf die Kohle. Folglich brauchen wir eine Vision des solaren Wirtschaftens für die Energie- und Stoffwirtschaft. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, setzen stattdessen auf alte, von der Mehrheit der Gesellschaft längst abgelehnte Technologien wie Kernenergie oder gentechnisch veränderte Lebensmittel. Beides wird von 80 Prozent der Bürger abgelehnt. Sie (D) lehnen Reformen wie REACH ab, die der chemischen Industrie neue, große Chancen für umweltfreundliche Innovationen gibt. Sie beharren stattdessen auf der jetzigen Altstoffverordnung, die in den letzten 20 Jahren kaum neue Stoffe entwickeln ließ. Daran erkennt man Ihre Innovationsfeindlichkeit.

Wir setzen dagegen auf eine Innovationsoffensive, die Techniken befördert, die eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz haben, wie die Biotechnologie für neue Treibstoffe, für Solartechniken, für neue Dienstleistungen in der Gesellschaft.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir wollen die Menschen mitreißen und ihnen Mut zur Arbeit an der Lösung der ökologischen und sozialen Probleme geben. So schaffen wir gleichzeitig Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Was ist mit den ökonomischen Problemen?)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun die Kollegin Gesine Lötzsch.

Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos):
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, ich bin Abgeordnete der PDS.

Dr. Gesine Lötzsch

(A) Bereits im Jahr 1990 stellte Professor Simon, der damalige Präsident des Wissenschaftsrates, dem Hochschulsystem der Bundesrepublik ein schlechtes Zeugnis aus. Er sagte: „Das Hochschulsystem der Bundesrepublik ist im Kern verrottet.“ Jetzt, 14 Jahre später, reagiert die SPD mit dem Vorschlag, Eliteuniversitäten zu fördern. Angeblich war es eine Idee von Herrn Müntefering: Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten!

(Jörg Tauss [SPD]: Der Müntefering ist gut!)

Wenn wir hier über Wissenschaftssysteme reden, sollten wir klar unterscheiden, was wir als Tribut an die Eventkultur betrachten und was langfristig wissenschaftspolitisch erreicht werden soll. Ich finde, Sie sollten sich weniger von Herrn Henkel oder von den Programmdirektoren von RTL oder SAT 1 beeinflussen lassen, sondern einfach einmal in eine seriöse Statistik schauen.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Jörg Tauss [SPD]: Ausgerechnet Herr Henkel!)

Die OECD hat für ausgewählte Länder eine schöne Übersicht über die **Studienanfängerquote** vorgelegt. Neuseeland liegt mit 75,8 Prozent auf Platz 1, Deutschland auf Platz – Sie dürfen raten – 23. Unser Nachbarland Polen zum Beispiel liegt auf Platz 4 und Ungarn auf Platz 8. Schon allein aufgrund dieser Zahlen ist Ihre Idee von Eliteuniversitäten der Lächerlichkeit preisgegeben.

(B) Wir werden in Deutschland nur dann Spitzenkräfte hervorbringen können, wenn wir einen breiten Zugang zur Bildung ermöglichen. Doch davon sind wir weit entfernt. Die kürzlich veröffentlichte IGLU-Studie hat das wieder einmal untermauert. In unserem Land studieren nicht zu viele Menschen, sondern zu wenige und ihr Lebensweg wird sehr früh, bereits in der Grundschule, festgelegt. Hinzu kommt, dass sich in der Bundesrepublik die wenigen Studenten noch weniger Studienplätze teilen müssen. Doch dieses Problem wollen Sie offenbar gar nicht lösen. Sie wollen einen Bruchteil dieser Studenten besser stellen als den Rest und hoffen, so eine Elite bilden zu können.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie das jetzt nicht ablesen müssen!)

Ich denke, das wird nicht funktionieren. Das ist leider der falsche Weg.

Mich erinnert das ein bisschen an den Transrapid. Sie finanzieren mit sehr viel Steuergeldern einen Schnellzug, der nicht mit dem Schienensystem in unserem Land kompatibel ist. Sie sind offensichtlich zufrieden, wenn ein Hochleistungszug im Emsland im Kreis herum fährt, die Bürger aber weiter auf verspätete Züge der Deutschen Bahn warten müssen. Mit solchen kurzatmigen Brain-up-Initiativen werden Sie das Wissenschaftssystem auf Dauer nicht stärken; Sie werden es weiter schwächen, weil Sie nämlich eine Illusion verkaufen.

Wir sollten lieber über die vorhandene **Spitzenforschung** in der Bundesrepublik reden. Aufgrund der im

(C) letzten Jahr stagnierenden **Finanzierung** kam es bei der Max-Planck-Gesellschaft – Herr Tauss ist ja Experte für die Max-Planck-Gesellschaft –

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU]: Meint er!)

– meint er, das war von mir auch nicht ganz ernst gemeint; Sie kennen ja die Auseinandersetzung zwischen uns – zur Streichung von einem Drittel der selbstständigen Nachwuchsgruppen. Ich frage mich: Was machen Sie denn mit den Elitestudenten nach der Uni, wenn die Zahl der Stellen für die Spitzenforschung in den Forschungsorganisationen stagniert oder sogar rückläufig ist? Frau Bulmahn, Sie sollten die vorhandene Spitzenforschung fördern und den Wissenschaftsorganisationen eine längere Planungssicherheit geben. Das wäre eine wirklich gute und nachhaltige Wissenschaftspolitik.

Nun noch ein Wort zum Kanzler Gerhard Schröder. Die „FAZ“ schreibt am 27. Januar, 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts flössen jährlich in die ostdeutschen Länder. Herr Schröder wird zitiert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

> Ich wage mir gar nicht auszudenken, was wäre, hätten wir auch nur zehn Prozent davon für die nationale Forschung …

Abgesehen davon, dass hier wieder einmal der Eindruck vermittelt wird, das Geld sei für den Osten eigentlich zu schade, ist es doch gerade Sache des Bundeskanzlers, etwas dafür zu tun, damit mehr Geld aus dem Solidarpakt II für **Wissenschaft und Forschung im Osten** ausgegeben wird. (D) Denn gerade im Osten brauchen wir überproportional viel Wissenschaft und Forschung und wir brauchen dringend Spitzenforschung.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Ich kann das auch begründen.

Erstens. Von der Abwicklung von Wissenschaft und Forschung nach der Wende haben sich die Industrieforschung, die Universitäten und die außeruniversitäre Forschung noch nicht erholt. Auf 1 000 Einwohner kommt nur noch ein Wissenschaftler. Das ist eine dramatisch niedrige Zahl.

Zweitens. Ich denke, alle müssten inzwischen erkannt haben, dass mit Lausitzring und Vergnügungspark der Osten nicht zu retten ist, sondern nur durch langfristig wirkende Ansiedlung von Spitzenforschung, zum Beispiel von Max-Planck-Instituten.

Drittens. Wenn wir die Jugend im Osten halten wollen, dann müssen wir Wissenschaft und Forschung im Osten ansiedeln, um kreativem wissenschaftlichen Nachwuchs auch hier eine Chance zu geben.

Mein Vorschlag lautet also: Frau Bulmahn, legen Sie ein Wissenschaftsprogramm für die neuen Länder auf, treffen Sie eine Vereinbarung mit den Ländern, die sicherstellt, dass mehr Geld aus dem Solidarpakt II in Bildung, Wissenschaft und Forschung fließt. Für ein solches Programm und für eine solche Unternehmung hätten Sie auch die volle Unterstützung der PDS im Bundestag.

Dr. Gesine Lötzsch

(A)

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Jörg Tauss [SPD]: Frau Expertin, das war wieder mal was!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Walter Hoffmann, SPD-Fraktion.

Walter Hoffmann (Darmstadt) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich will mich auf einige Anmerkungen zum Zusammenhang von Innovation, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaftspolitik konzentrieren, die in der bisherigen Diskussion vielleicht noch nicht in angemessenem Umfang einbezogen worden sind.

Erlauben Sie mir einen persönlichen Einstieg. Ich habe in meinem Bekanntenkreis eine Reihe von Personen, die auf dem chinesischen Markt beruflich tätig sind. Sie investieren dort, verkaufen Produkte und Dienstleistungen und nutzen alle Chancen, die sich in der Volkswirtschaft des größten Landes der Erde ergeben. Wenn wir zusammenkommen, berichten sie von den Erfahrungen, die sie dort machen. Diese Erfahrungen sind aus meiner Sicht für unsere Diskussion zur Modernisierung unseres Landes von großer Bedeutung.

Sie berichten zum Beispiel, dass in China eine Arbeitsstunde 2,50 Euro kostet und dass die Menschen dort häufig bereit sind, für diesen Preis rund um die Uhr zu arbeiten. Wir alle wissen, dass unsere Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen, aber auch die Arbeitnehmer mit chinesischen Unternehmen, Produkten und Dienstleistungen sowie Arbeitnehmern konkurrieren. Uns allen ist auch klar, dass wir mit Lohnkosten in Höhe von 2,50 Euro in der Stunde nicht konkurrieren können und nicht konkurrieren wollen.

(B)

Dennoch sind diese Personen auf dem chinesischen Markt erfolgreich. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Ein ganz entscheidender Faktor ist, dass sie über eine gute Ausbildung, auch im Vergleich zu chinesischen Arbeitnehmern oder Unternehmern, verfügen. Ein weiterer Faktor ist, dass sie hoch qualifizierte Mitarbeiter haben, die ebenfalls gut ausgebildet sind. Ein anderer Faktor ist, dass sie auf dem chinesischen Markt qualitativ hochwertige innovative Produkte vertreiben, die mit moderner Spitzentechnologie erzeugt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Stärke heißt – um es einmal ein bisschen plakativ zu sagen –: Innovation. Innovation faktisch als Motor für die Entwicklung dieser Produkte, die dann auf dem chinesischen Markt abgesetzt werden.

Wir alle wissen, dass Deutschland im 20. Jahrhundert eines der innovativsten Länder der Welt in den Bereichen Technik, Naturwissenschaft und Forschung war. Wir sind in vielen Bereichen – das ist von vielen Vorrednern schon gesagt worden – nach wie vor vorn. Das belegen nicht nur unsere eigenen Zahlen, sondern auch objektive Studien, zum Beispiel von der Prognos AG; eine Studie wurde erst vor wenigen Tagen veröffentlicht.

(C)

Die Stärken Deutschlands liegen auch – nicht nur – in der Automobilindustrie, in der Chemieindustrie, im Werkzeugmaschinenbau und in der Biotechnologie. Das sind einige wichtige Innovationsbranchen in unserem Land.

Die **Automobilindustrie** ist weltweit wohl die innovativste Branche überhaupt. Sie hat ihre Forschungsausgaben in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht. In vielen Bereichen, in der Motorentechnik, in der Elektronik, bei den Sicherheitsstandards, sind wir führend. Darauf sollten wir und darauf können wir auch stolz sein.

Die chemische Industrie ist der Innovationsmotor in Deutschland. Ein Großteil der Neuentwicklungen der chemischen Industrie hat entscheidende Bedeutung für Prozesse in anderen Branchen, übrigens auch in der Automobilindustrie.

Vorhin ist die Lasertechnik genannt worden. Sie ist ein Beispiel aus dem **Werkzeugmaschinenbau.** Jede fünfte Werkzeugmaschine der Welt kommt aus Deutschland. Die zehn größten Werkzeugmaschinenhersteller, die größten Unternehmen dieser Branche, sind deutsche Unternehmen. Ihre Innovationen haben entscheidenden Anteil an den Innovationen fast aller anderen Branchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte am Rande eines Neujahrsempfangs Gelegenheit, mit einem Wissenschaftler der Gesellschaft für Schwerionenforschung zu sprechen. Er kam nach seiner Rede auf mich zu und sagte: Herr Hoffmann, wir haben fast so viele oder sogar mehr Patente als die Vereinigten Staaten. Darauf können wir stolz sein. Wir sollten das offensiv und selbstbewusst nach außen vertreten.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe das deshalb gesagt, weil vorhin Frau Reiche dieses Horrorszenario gebracht hat. Uns allen ist doch klar, denke ich, dass Innovationen nicht allein durch mehr Geld kommen;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

sie hängen mit einem innovationsfreundlichen Klima zusammen. Daran haben auch die Meinungsträger des Deutschen Bundestages einen ganz entscheidenden Anteil.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die positive Entwicklung in der Biotechnologie ist bereits geschildert worden. Darauf einzugehen kann ich mir hier sparen.

Die Prognos AG befasst sich auch mit der Frage: Wie könnte es möglicherweise im Jahr 2020 aussehen? Auch da sieht es gut aus. Sie sagt: Wir werden eine wichtige Rolle als Hochtechnologieland spielen – aber nur dann, wenn bestimmte Weichenstellungen vorgenommen werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

(A) Nur dann bleiben wir an der Spitze, nur dann werden wir den Wohlstand in unserem Land erhalten. Das bedeutet im Grunde genommen: Wir müssen die Bedingungen für Innovationen und Investitionen verbessern, das Problem der Alterung unserer Gesellschaft in den Griff bekommen, Staat und Gesellschaft modernisieren und Forschung und Bildung stärker fördern, als wir es heute tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es gibt keinen Grund zur Selbstzufriedenheit; damit ich nicht missverstanden werde. Das ist gar nicht das Thema. Die anderen haben nicht geschlafen, sie sind besser geworden. Wir müssen somit hart daran arbeiten, dass wir den Vorsprung in den Bereichen, wo wir spitze sind, aber auch in anderen Bereichen halten. Das geschieht auch. Wir brauchen neue innovative Produkte und Verfahren mit hoher Qualität, kluge Lösungen bei wettbewerbsfähigen Lohnkosten und eine Verbesserung der Standortbedingungen.

Im Jahre 2003 haben wir wichtige Voraussetzungen geschaffen. Viele Diskussionen, die hier liefen, konzentrierten sich auf die **Agenda 2010.** Viele Schwerpunkte betreffen in der Tat den Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Aber darum ging es ja nicht alleine. Viele konkrete Schritte, die wir mit der Agenda 2010 beschlossen haben, betrafen den wirtschaftspolitischen Rahmen und verbesserten die Möglichkeiten für Innovationen: Senkung der Steuern, Förderung der Gründung von Unternehmen, Abbau hemmender Regelungen. Trotz des (B) Sparkurses haben wir die Investitionen des Bundes in Forschung und Entwicklung gestärkt. Wir sind dabei dem Ziel, die Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent zu drücken, ein Stück näher gekommen. Im steuerlichen Bereich haben wir einen großen Schritt gemacht. Wir wollten noch weiter gehen; Sie haben es blockiert. Nun gut, wir werden weiter daran arbeiten.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einmal deutlich sagen: Ohne **soziale Sicherheit** und ohne sozialen Ausgleich, ohne **Solidarität** der Starken mit den Schwachen werden nur wenige die Chance haben, Wissen zu erwerben und zu Innovationen beizutragen. Anders ausgedrückt: Die Erhaltung unseres Sozialstaates ist wichtiger Bestandteil einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik und Voraussetzung für Innovationen. Hier besteht aus meiner Sicht ein ganz entscheidender Zusammenhang, der häufig nicht ausreichend berücksichtigt wird. Umgekehrt gesagt: Ohne Innovationen gibt es kein Wachstum und keine soziale Sicherheit. Wir brauchen daher mehr Investitionen – das wurde bereits gesagt – in Wirtschaft und Staat. Wir brauchen eine bessere Innovationsförderung. Diese muss sich vor allen Dingen auf kleine und mittlere Betriebe konzentrieren. Wir müssen auch die berufliche Ausbildung verbessern – das ist ein entscheidender Standortvorteil –, benachteiligten Gruppen besseren Zugang zu Bildung ermöglichen und für mehr Kinderfreundlichkeit durch bessere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Da wird eine ganze Menge getan. Wir haben Milliarden investiert; diese bleiben aber häufig bei den Ländern (C) hängen und werden nicht zur Umsetzung von Maßnahmen verwendet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns auch gemeinsam daran arbeiten, das Potenzial älterer Arbeitnehmer zu reaktivieren. Wir sollten nicht darauf stolz sein, wenn wir ältere Arbeitnehmer möglichst frühzeitig, schon mit 50, 51, 52 Jahren, nach Hause schicken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses enorme Potenzial sollten wir mittel- und langfristig auch für Innovationen nutzen.

Wir brauchen eine bessere Verzahnung von Forschung und Unternehmen zur schnelleren Entwicklung marktreifer Produkte; damit gäbe es auch mehr Weltmarktpatente aus Deutschland.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Walter Hoffmann (Darmstadt) (SPD):
Abschließend lassen Sie mich noch sagen: Ein wichtiger Punkt ist **Bürokratieabbau,** denn kleinere und mittlere Betriebe, die forschen und entwickeln wollen, kranken an einem Übermaß an Bürokratie. Von daher ist der Abbau von Bürokratie und Wettbewerbsbeschränkungen ein weiterer wichtiger Schwerpunkt.

Innovation ist ein langfristiger Prozess, in den wir alle (D) gesellschaftlichen Kräfte einbinden müssen. Deshalb ist es gut, dass der Bundeskanzler das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen erklärt hat. Hier sind wir alle gefordert und sollten daran mitarbeiten. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf einem immer schwieriger werdenden Weltmarkt. In diesem Sinne sollten wir das ganz aktiv und mit viel Drive unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile das Wort Frau Professor Böhmer, CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Maria Böhmer (CDU/CSU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Bundesministerin Bulmahn ist ein Paradebeispiel dafür, wie diese Bundesregierung immer wieder Ankündigungspolitik betreibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Auseinanderklaffen zwischen Reden und Handeln, Frau Bulmahn, ist eklatant. Auf die Frage, wann Sie endlich Gesetzentwürfe zum Hochschulrahmengesetz vorlegen, haben Sie geantwortet, Sie wollten erst reden. Auf die Frage, wie Sie die Mittel verteilen, haben Sie geantwortet, Sie wollten erst reden. Sie haben doch in den ganzen Jahren genug Zeit gehabt, um zu reden *und* zu

Dr. Maria Böhmer

(A) handeln! Aber Sie haben kostbare Zeit verstreichen lassen. Das holt Sie jetzt ein; denn Sie haben die Weichen über Jahre hinweg falsch gestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Wieder mal Quatsch mit Soße!)

Wir müssen auch fragen, was es mit dieser Innovationsrhetorik auf sich hat. Innovation ist kein Selbstzweck. Innovation ist auch nicht planbar; das wissen Sie genau. Trotzdem versuchen Sie immer wieder, Innovationen zu planen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Ich frage mich: Welche Innovationen meinen Sie eigentlich?

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir doch gerade gezeigt!)

Sie haben in Ihrer Rede am vergangenen Montag gesagt: Förderung nur von Forschung, die **Fortschritt** und Beschäftigung schafft. Was ist denn eigentlich Fortschritt? Wenn ich Herrn Fell höre, wird mir, ehrlich gesagt, doch etwas angst und bange.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Mir auch!)

Ich sehe, dass Sie oft klare Grenzziehungen vornehmen. Aber an bestimmten Stellen – ich nenne die Grüne Gentechnologie und das REACH-Programm im Zusammenhang mit der Chemikalienpolitik; ich könnte auch den Emissionshandel hinzufügen – liegen Innovationshemmer erster Klasse auf dem Tisch.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das wird dazu führen, dass Chemieunternehmen abwandern, dass **Arbeitsplätze** wegfallen und dass wir in unserem Land noch weniger **Wachstum** haben werden, als es jetzt der Fall ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist die rot-grüne Politik!)

Ich habe sehr wohl gehört, Herr Hoffmann, dass Sie davon sprachen, man müsse Deutschland jetzt stärken. Sie haben auch von der Automobilindustrie gesprochen. Ich halte eine ganze Menge davon, dass man das, was man klassische Bereiche nennt – ob Automobil, Chemie, Pharmazie oder Maschinenbau –, stärkt und mit neuen Bereichen verbindet. Die Verbindung von Automobilindustrie und **Digitalisierung** ist ein großer Ansatzpunkt für uns.

(Jörg Tauss [SPD]: Natürlich: Es ist kein Chip im Auto! Das gilt vielleicht für den Käfer Jahrgang 1950!)

Das wird kurzfristig zu mehr Arbeitsplätzen und mehr Wachstum in unserem Land führen. Man muss an der richtigen Stelle fördern und darf nicht nur Nebelkerzen werfen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörg Tauss [SPD]: Haben Sie einen Käfer Jahrgang 1950?)

(C) Frau Bulmahn, ich habe gerne von Ihnen gehört, dass Sie die Forschung auf dem Campus stärken wollen und vor allen Dingen dorthin zurückholen wollen. Aber Ihre Weichenstellung bewirkt genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist. Wenn Sie in Ihrer Rede vom 20. Januar verkünden, dass Sie die großen **Forschungsorganisationen** unter Ihr Dach, also in die Zuständigkeit des Bundes, übernehmen wollen, aber die Leibniz-Gesellschaft gleich zerschlagen und die Finanzierung des Hochschulbaus in die Zuständigkeit der Länder übertragen wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Herr Zöllner, Ihr Kollege aus Rheinland-Pfalz, der Sprecher der SPD-Wissenschaftsminister, hat erklärt, dass diese Verlagerung der Spitzenorganisationen zum Bund die deutsche Hochschullandschaft ins Mark treffen würde. Das stimmt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Der Deutsche Hochschulverband hat erklärt, dass das der Anfang vom Ende der Spitzenforschung an den Universitäten sei.

(Nicolette Kressl [SPD]: Wollen Sie die Kollegen aus Ihrer Fraktion fragen?)

Sie zerschlagen das, was gewachsen ist, und schwächen die Stärken, die wir haben. Das geht in die falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicolette Kressl [SPD]: Könnten Sie einmal mit Herrn Röttgen reden?)

(D)

Ich fand es eine besonders aparte Antwort von Ihnen, als Sie uns mit Ihrer neuen Idee „Brain-up“ konfrontiert haben. Die Wortschöpfung ist heute schon hinreichend kommentiert worden. Man muss aber auch einmal darüber nachdenken, welchen Verschnitt diese Idee bedeutet. Peter Glotz hat Ihnen geraten, von Ihrem **Eliteexperiment** Abstand zu nehmen, weil er es für den falschen Weg hält. Er hat sehr wohl gefordert, dass an drei Universitäten 50 Millionen Euro pro Jahr gegeben werden sollten. Das ist die Idee von Peter Glotz. Aber er hat etwas Wesentliches hinzugefügt, nämlich dass die Hochschulen, gerade wenn es um Spitzenleistungen gehen soll, aus der Fachaufsicht durch die Ministerien und dem starren Beamtenrecht entlassen werden müssten. Geld allein, noch dazu in einem Wettbewerb, der formalisiert ist, der neue Bürokratie bedeutet und neue Kommissionen schafft – die Sie ja alle so lieben –, wird nicht zu dem Ergebnis führen, das Sie sich wünschen und das wir dringend brauchen, nämlich zu einer Wissenschaftselite in unserem Land. Eine Elite zu schaffen, die nur auf einige wenige Universitäten konzentriert ist, geht völlig an der Sache vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Starten Sie doch einmal eine beamtenrechtliche Initiative! Da kommt aus Ihrer Ecke überhaupt nichts!)

Sie haben uns erklärt, dass Sie das Hochschulrahmengesetz entrümpeln wollen. Aber in den letzten Jahren haben Sie genau das Gegenteil gemacht. Sie haben die

(A) Hochschulen in die Zwangsjacke eines rechtlichen Korsetts gesteckt. Jetzt spielen Sie sich als Retterin der **Hochschulfreiheit** auf. Das finde ich unerhört.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen endlich mit Reformen Ernst machen. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Wege weist, wie man weniger **Bürokratie** und weniger rechtliche Einengung erreichen kann, und der deutlich macht, welche falschen Vorschriften abzuschaffen sind. Die FDP – Kompliment – hat ebenfalls einen Gesetzentwurf vorgelegt. Es gibt damit zwei grundlegende Initiativen zur Novellierung des HRG. Wenn Sie zu beiden Ja sagen, dann kommen wir ganz schnell – das ist auch notwendig – zu mehr Freiheit und damit zu mehr **Autonomie** für die Hochschulen sowie zu mehr **Wettbewerb.** Das sind wesentliche Voraussetzungen für Spitzenleistungen der Wissenschaft in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich sage Ihnen auch ganz klar: Sie greifen immer wieder in die Kiste alter Ideen. Sie haben beispielsweise den Hochschulen den **Juniorprofessor** verordnet, obwohl Sie es längst hätten besser wissen müssen. Der Juniorprofessor ist das, was vor Jahren einmal der Assistenzprofessor war. Dieses Experiment ist gescheitert. Denn schon damals konnten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich im Hochschulbereich qualifizieren wollten, nicht forschen, weil sie von der Lehre sozusagen aufgesogen wurden. Sie hatten keinen Tenure Track und sie standen nachher mit größten Existenzsorgen da.

(B)

Jetzt machen Sie wieder den gleichen Fehler. Sie binden Kräfte an der falschen Stelle und schaffen die Habilitation faktisch ab, anstatt den Universitäten die notwendige Freiheit zu geben. Lassen Sie die Qualifizierungen zu, die angezeigt sind, und schreiben Sie nicht immer den Ländern und den Universitäten vor, was sie zu tun haben!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Leitlinien für die Schaffung von Exzellenz und Wissenschaftselite, die es geben muss, heißen – ganz im humboldtschen Sinne –: Freiheit und Verantwortung, Einheit von Forschung und Lehre. Dazu muss man aber richtig handeln. Das heißt, wir brauchen ein schlankes Hochschulrahmengesetz ohne Verbot von Studiengebühren und eine Auswahlmöglichkeit für Studenten.

Es muss noch weitergehen. Bei dem Auswahlrecht für Studenten haben wir uns jetzt an den Vorschlägen orientiert, die von Länderseite entwickelt wurden. Wir sind uns völlig darin einig, dass die Studierenden zu 100 Prozent von den Universitäten ausgewählt werden sollten und dass die ZVS in ihrer derzeitigen Form fallen muss. Damit muss Schluss sein. Sie können sie morgen abschaffen. Tun Sie es also!

(Jörg Tauss [SPD]: Damit muss Schluss sein? Mit dem Fallen muss Schluss sein! – Gegenruf des Abg. Thomas Rachel [CDU/CSU]: Es war so ruhig hier! Jetzt redet er dazwischen!)

(C) – Mit der ZVS muss Schluss sein. Das wissen Sie ganz genau. Herr Tauss, Sie wollen das Gegenteil.

(Jörg Tauss [SPD]: Ist doch Unfug, völliger Unfug!)

Wir müssen weitergehen. Auf der Länderebene muss es schlanke Hochschulgesetze geben. Wir brauchen im Hochschulbereich einen Dreiklang der Freiheit: erstens Organisationsfreiheit der Hochschulen, die Möglichkeit zur Profilbildung und das Herunterbrechen der Kompetenzen auf die Fachbereiche.

Wir brauchen zweitens **Personalfreiheit,** nicht nur was die Auswahl der Studenten betrifft. Wir brauchen die Möglichkeit der staatsfreien Berufung der Professoren durch die Hochschulen. Die Hochschulen müssen Dienstherreneigenschaft und Arbeitgeberfunktion erhalten.

(Peter Dreßen [SPD]: Das müssen Sie dem Ministerpräsident Teufel erzählen!)

Es kann nicht sein, dass der Wissenschaftsminister immer noch derjenige ist, der letztendlich der Dienstherr ist. Hier müssen der Präsident bzw. der Rektor einer Universität in der Verantwortung stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen drittens **Finanzfreiheit.** Frau Ministerin, Sie sträuben sich immer noch gegen die Einführung von **Studiengebühren.** Ich stimme sehr der Aussage zu, dass es den Hochschulen überlassen bleiben muss, ob sie Studiengebühren einführen wollen oder nicht.

(D)

Erforderlich sind aber nicht nur Veränderungen auf der Einnahmeseite. Auf der Ausgabenseite sind globale Budgets für die Hochschulen notwendig, damit diese – entsprechend ihren Schwerpunkten – entscheiden können, wie die finanziellen Mittel für Personal- und Sachkosten eingesetzt werden sollen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Kollegin, auch Sie denken bitte an die Redezeit.

Dr. Maria Böhmer (CDU/CSU):
Ich denke an die Redezeit und möchte nur noch einen letzten Punkt, nämlich die Finanzierungsfrage, aufgreifen.

Der Bundeskanzler hat am Montag dieser Woche erklärt: Weg von Vergangenheitssubventionen, hin zu Zukunftsinvestitionen!

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr gut!)

Sie können damit Ernst machen. Es gibt derzeit eine Vergangenheitssubvention: Subventionen in Höhe von 16 Milliarden Euro fließen in die Steinkohle. Ich sage Ihnen: Schichten Sie um!

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Geben Sie 5 Milliarden davon für die Hochschulen aus! Das wäre ein **Hochschulsonderprogramm,** das sich

Dr. Maria Böhmer

(A) wirklich lohnen und das den Hochschulen helfen würde. Statt einer punktuellen Förderung von fünf Universitäten müssen wir alle Universitäten stärken, um wirklich zu Spitzenleistungen zu kommen.

Wir fordern Sie auf, von den Vergangenheitssubventionen wegzukommen. Investitionen in die Zukunft müssen gelingen. Ich bin zugleich dafür, den Vorschlag zu realisieren, –

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Kollegin!

Dr. Maria Böhmer (CDU/CSU):
– dass die Hochschule für jeden Euro an Drittmitteln mit Mitteln aus diesem Hochschulsonderprogramm belohnt wird. Dies ist eine leistungsorientierte Förderung. Es muss mit der Finanzierung sowie mit der Freiheit der Forschung vorangehen. Wir wollen den humboldtschen Gedanken wieder beleben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Ulrich Kasparick, SPD-Fraktion.

Ulrich Kasparick (SPD):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worum (B) geht es heute? Es geht um die Frage, wie wir Deutschland zukunftsfähig gestalten können. Wir dürfen nicht länger von der Substanz leben, sondern müssen in die Zukunftsbereiche investieren, von denen sich erwarten lässt, dass sie Gewähr dafür bieten, dass unsere sozialen Sicherungssysteme stabil gehalten werden können.

Wer auf die europäische Landkarte schaut und sich fragt, wo die **starken Wirtschaftsräume** sind, der sieht: Sie sind dort, wo es starke Forschungscluster gibt. In deren Zentrum sind die Universitäten. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung jetzt nach einem Erfolg versprechenden Weg sucht und vorgeschlagen hat, wie man die Zentren dieser Cluster, die **Universitäten,** stärkt.

Das macht man nicht auf dem planwirtschaftlichen Wege, wie dies Frau Schipanski annimmt. Ich widerspreche ihr da. Ich verstehe überhaupt nicht, in was für einem Land sie lebt, wenn sie von Planwirtschaft redet. Es geht vielmehr darum, diejenigen, die sich bewegen wollen, zu unterstützen.

Es gab in **Ostdeutschland** sehr verschiedene Reaktionen auf den Vorschlag, einen solchen Wettbewerb durchzuführen. Es gibt einige, die immer noch die alte Mentalität an sich haben. Sie fangen als Erstes an, zu jammern, und sagen: Wir sind zu klein; wir können uns nicht beteiligen; wir sind benachteiligt. – Dann gibt es andere, wie zum Beispiel die Universität Leipzig, die sagt: Wir sind dabei,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) wir werden uns bewerben und uns mit der außeruniversitären Forschung vernetzen, wir schauen, dass wir die Stärken der Region so einsetzen, dass wir wirklich in der Oberliga mitspielen können.

Dass das geht, zeigen eindrückliche Zahlen aus Regionen in Deutschland, die so manch einer der Kollegen hier noch nicht kennt, wobei ich die Kollegen einladen möchte, sich diese Entwicklung einmal anzusehen.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Innerhalb von zehn Jahren ist es gelungen, an allen gesamtdeutschen Diskussionen vorbei Forschungscluster in Ostdeutschland aufzubauen, die stärker sind als Wirtschaftsregionen im Westen. Ohne dass es die große Öffentlichkeit gefeiert und wahrgenommen hat, ist es im Forschungsraum Dresden durch ein zwischen Bund und Land abgestimmtes Verhalten gelungen, mit der Mikroelektronik einen Bereich aufzubauen, der Nummer eins in Europa ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Der richtige Weg ist: Ausbau von Forschung, insbesondere der außeruniversitären Forschungsinstitute durch eine zielgerichtete Ansiedlungspolitik.

Wie ist das erreicht worden? Man hat gelernt, dass man sich thematisch aufstellen muss. Das kann man exemplarisch in Dresden studieren. Ich finde es toll: Dresden bzw. die dortige Region hat es mittlerweile in einem zwischen Bund und Land gut abgestimmten Verfahren (D) geschafft, Stuttgart, was die Zahl der Fraunhofer-Institute anbetrifft, abzuhängen. Das ist gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In dieser ostdeutschen Region befinden sich neun Fraunhofer-Institute; Stuttgart schaut in die Röhre. So muss der Wettbewerb aufgestellt sein.

Ich finde es bemerkenswert: Als Porsche nach Leipzig kam, hat man die Mitarbeiter gefragt: Warum kommt ihr ausgerechnet nach Leipzig? Warum bleibt ihr nicht in Stuttgart oder geht in andere schöne Regionen, wo es ein viel günstigeres Umfeld gibt? Wissen Sie, was Wendelin Wiedeking den Journalisten geantwortet hat? Er hat gesagt: Leipzig ist eine so dynamische Region; da muss man dabei sein.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Um diese Regionen geht es. Es geht darum, diese Regionen zu stärken. Wie schafft man das? Man erreicht das durch **Wettbewerb** und nicht dadurch, dass man wie Frau Schipanski von Planwirtschaft redet. Genau das Gegenteil wollen wir auf den Weg bringen; genau das Gegenteil brauchen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen diejenigen stärken, die sich endlich bewegen wollen.

Ulrich Kasparick

Ich möchte noch etwas zu den Themen sagen, um die es geht. Es ist richtig, was heute bereits angemerkt worden ist: Deutschland hat industriepolitisch Stärken, aber Deutschland hat auch Schwächen im System. Es ist gut, wenn wir uns nicht nur europäisch, sondern weltweit vergleichen. Wir müssen sehen, bei welchen Themen wir im europäischen und internationalen Vergleich gut sind.

Um Regionen wie Halle, Leipzig oder Jena zu ermutigen, brauchen wir zündende Leitideen. Es geht nicht nur darum, Technologien nach vorn zu bringen – das sagen uns die Forscher vom Institut für Innovationsforschung, das Fraunhofer-Institut macht sehr gute Arbeiten dazu –, wir brauchen darüber hinaus sehr gute Leitideen. Eine dieser Ideen ist heute schon genannt worden: die **Bekämpfung von Krankheiten,** beispielsweise von Alzheimer bis 2010.

Ich glaube, wir brauchen darüber hinaus noch andere Ideen. Ich nenne ein Leitbild, von dem ich glaube, dass insbesondere Ostdeutschland davon profitieren kann. Wir fördern zurzeit das **Programm „Stadtumbau Ost“** mit über 3 Milliarden Euro. Das müssen wir mit dem **Themenbereich „solares Bauen“** verknüpfen. Es muss gelingen, die Arbeit der guten Forschungsinstitute wie der Fraunhofer-Institute und der Blaue-Listen-Institute mit jener der guten Universitäten bei solchen Themen zu verknüpfen. Denn wenn wir schon so viel Bundesmittel in die Hand nehmen und ein großes Stadtumbauprogramm auflegen, dann müssen wir es an moderne Bedingungen knüpfen. Dazu gehört nach meiner Auffassung zum Beispiel ein Leitbild wie die „solare Stadt“. Das kann funktionieren, so etwas ist lohnend.

Ich wünsche mir darüber hinaus sehr, dass sich die guten Kraftwerkstechniker, die es zum Beispiel in Sachsen oder in Sachsen-Anhalt gibt, an dem nächsten großen Forschungsprojekt, das wir im Energiebereich vorhaben, nämlich dem **kohlendioxidfreien Kohlekraftwerk,** beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das sind doch Modelle, die wir fördern müssen. Wir müssen heimische Rohstoffe so fördern und Projekte mit so guter Technologie ausstatten, dass sie exportfähig sind.

Worum geht es im Kern? Es geht darum, Wirtschaftsräume stark zu machen und diejenigen zu ermutigen, die sich wirklich bewegen wollen. Wir brauchen keine Bremser, die nur darüber klagen, was in der Vergangenheit nicht ging, sondern wir brauchen Menschen, die anpacken wollen und sich dem Wettbewerb stellen wollen, weil sie sich darauf freuen, sich endlich beteiligen zu können. Diese Menschen werden zeigen, dass wir mit den starken Regionen in Europa mithalten können.

Ich bin mir sicher, wir werden, wenn wir über die Auswertung dieses Wettbewerbs sprechen werden, nicht nur über die Region Dresden reden können, sondern über weitere starke ostdeutsche Regionen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage zu Tagesordungspunkt 4 a – das ist die Drucksache 15/2161 – an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 4 b.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2383 die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf der Drucksache 15/1696 mit dem Titel „Die Innovationskraft Deutschlands stärken – Zukunftschancen durch moderne Forschungsförderung eröffnen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf der Drucksache 15/1932 mit dem Titel „Aktionsplan für freie, effiziente und innovative Forschung“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch diese Beschlussempfehlung ist angenommen.

Damit kommen wir zu den Zusatzpunkten 1 a und 1 b. Interfraktionell wird die Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 15/2385 und 15/2402 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 a bis 24 d sowie die Zusatzpunkte 2 a und 2 b auf:

24 a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen **(Handelsregistergebühren-Neuordnungsgesetz – HRegGebNeuOG)**

– Drucksache 15/2251 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 28. Mai 1999 zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Montrealer Übereinkommen)**

– Drucksache 15/2285 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuss für Tourismus

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

(A)

c) Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **… Strafrechtsänderungsgesetzes – Schutz der Intimsphäre**

– Drucksache 15/1891 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

d) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts **(Kostenrechtsmodernisierungsgesetz – KostRMoG)**

– Drucksache 15/2403 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

ZP 2a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Harmonisierung des Haftungsrechts im Luftverkehr**

– Drucksache 15/2359 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuss für Tourismus

b) Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP

(B)

Wirtschaftliche und organisatorische Strukturen der Deutschen Flugsicherung dauerhaft verbessern

– Drucksache 15/2393 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Verteidigungsausschuss
Haushaltsausschuss

Es handelt sich um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren** ohne Debatte.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Darf ich dazu Ihr Einverständnis feststellen? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 a bis 25 e sowie Zusatzpunkt 3 auf. Es handelt sich um **Beschlussvorlagen,** zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 25 a:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Änderungsprotokoll vom 22. Juni 1998 zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere**

– Drucksache 15/2143 –

(C)

(Erste Beratung 82. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

– Drucksache 15/2401 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Wilhelm Priesmeier
Peter Bleser
Ulrike Höfken
Hans-Michael Goldmann

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt auf Drucksache 15/2401, den Gesetzentwurf anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Tagesordnungspunkt 25 b:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Europäischen Übereinkommen vom 6. November 1997 über die Staatsangehörigkeit**

(D)

– Drucksache 15/2145 –

(Erste Beratung 82. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

– Drucksache 15/2406 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Sebastian Edathy
Norbert Geis
Silke Stokar von Neuforn
Ernst Burgbacher

Der Innenausschuss empfiehlt auf Drucksache 15/2406, den Gesetzentwurf anzunehmen. Wir kommen zur

Zweiten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Möchte jemand dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Tagesordnungspunkt 25 c:

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

(A) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 87 zu Petitionen

– Drucksache 15/2342 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer möchte sich der Stimme enthalten? – Die Sammelübersicht 87 ist damit angenommen.

Tagesordnungspunkt 25 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 88 zu Petitionen

– Drucksache 15/2343 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Dann ist auch diese Sammelübersicht einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 25 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 89 zu Petitionen

– Drucksache 15/2344 –

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch diese Sammelübersicht angenommen, aber diesmal gegen die Stimmen der Opposition.

(B) Zusatzpunkt 3:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **… Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes zur Sicherstellung einer Übergangsregelung für die Umsatzbesteuerung von Alt-Sportanlagen**

– Drucksache 15/2132 –

(Erste Beratung 86. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

– Drucksache 15/2414 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Horst Schild
Heinz Seiffert

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/2414, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen. (C)

Ich rufe Zusatzpunkt 4 auf:

Aktuelle Stunde
auf Verlangen der Fraktion der SPD

Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Bundesminister Wolfgang Clement.

Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ereignisse um die Führung der Bundesagentur für Arbeit haben in den letzten Tagen und Wochen die Öffentlichkeit und uns alle beschäftigt. Ich möchte heute noch einmal deutlich machen, dass ich es bedaure, dass es zu dieser Zuspitzung gekommen ist, für die die Ausschreibungsverfahren bei der Bundesagentur offensichtlich der Anstoß waren.

Im Ergebnis haben sich – das wissen Sie – alle Bänke des Verwaltungsrats der Bundesagentur nicht in der Lage gesehen, dem Vorstandsvorsitzenden, Herrn Gerster, das Vertrauen auszusprechen. Darauf konnte die Bundesregierung, weil sie auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltungsrat, Vorstandsvorsitzenden und Bundesregierung angewiesen ist, aus meiner Sicht nicht anders reagieren, als das Arbeitsverhältnis mit Herrn Florian Gerster vorzeitig zu beenden. (D)

Das ist ein Vorgang gewesen, der – nicht nur bei Herrn Gerster – durchaus Bitterkeit hervorrufen und auch eine Sekunde lang zum Innehalten veranlassen kann. Ich jedenfalls möchte Herrn Gerster für seine Arbeit danken. Er ist ein exzellenter Kenner der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in Deutschland. Ihm ist es mit seinen Vorstandskollegen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesagentur gelungen, erste Furchen zu ziehen, die für die weitere Entwicklung der Beschäftigungspolitik und der konkreten Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur sehr wichtig sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Trotz allem, was sonst über Herrn Gerster und die Arbeit, die er dort getan hat, gesagt werden kann, ist festzuhalten: Das ist eine Leistung, die sich inzwischen ja auch am Arbeitsmarkt niederschlägt, zwar nicht in gewaltigen positiven Daten, aber doch in erkennbaren Zeichen, die darauf hinweisen, dass wir die Arbeitsmarktsituation nicht nur unter Kontrolle bekommen können, sondern dass wir sie in überschaubarer Zeit auch verändern bzw. verbessern können.

(Dirk Niebel [FDP]: Der Kanzler wollte sich doch am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen!)

Beispielsweise denke ich daran, dass wir heute, nach dreijähriger wirtschaftlicher Stagnation in Deutschland, keine steigenden Arbeitslosenzahlen mehr zu verzeich-

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) nen haben, sondern dass die Arbeitslosenquote einigermaßen konstant ist. Das ist natürlich nicht befriedigend. Aber gemessen an den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist dies ein Zeichen dafür, dass wir die Trendumkehr schaffen können. Auch ist es nicht zu unterschätzen, dass die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland im Dezember letzten Jahres zum ersten Mal seit langer Zeit niedriger waren als im Dezember des Vorjahres.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner)

Sicher ist es auch nicht zu unterschätzen – hier werden Sie mir vielleicht zustimmen –, dass es gelungen ist, die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland um etwa 7 Prozentpunkte zu senken. Das alles ist nicht ausreichend und nicht befriedigend. Aber die Signale sind positiv.

(Dirk Niebel [FDP]: Nicht ausreichend ist ungenügend!)

Daran haben der Vorstand mit Herrn Gerster an der Spitze und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur maßgeblichen Anteil.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Lage ist so – das habe ich Herrn Gerster gegenüber in aller Offenheit, in der wir miteinander umgegangen sind und miteinander umgehen, deutlich gemacht –, dass der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit jetzt einen neuen Vorstandsvorsitzenden vorschlagen (B) muss – so will es das Gesetz, das wir zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft gesetzt haben –, dass die Bundesregierung an diesen Vorschlag nicht gebunden ist und ihm zustimmen muss, sodass die Bundesregierung auf Grundlage des Gesetzes das Letztentscheidungsrecht hat, von dem sie selbstverständlich auch Gebrauch machen wird.

Aber ungeachtet dessen besteht heute eine Situation, die niemanden zur Hektik veranlassen muss; wohl dazu, unverzüglich und ohne Verzögerung zu arbeiten, nicht aber dazu, hektisch zu arbeiten. Der Vorstand, an dessen Spitze jetzt Herr Weise, der bisherige stellvertretende Vorstandsvorsitzende, und Herr Alt stehen, ist nicht nur handlungsfähig; vielmehr ist er an den Reformprozessen maßgeblich beteiligt und hat sie teilweise direkt gesteuert. Er hat unser volles Vertrauen, dass die Arbeit so weitergeführt wird, wie sie vom bisherigen Vorstand angelegt worden ist. Darauf kommt es an.

Weil es viele Spekulationen über Leute gibt, die Interesse an einer Veränderung im Vorstand gehabt haben könnten, sage ich ganz klar: Der Kurs der Bundesagentur und der Bundesregierung wird, bezogen auf die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, beibehalten und nicht verändert. Er ist richtig. Wir sind auf dem richtigen Weg und werden ihn ohne Abstriche, ungehindert, mit aller Konsequenz und mit hohem Tempo weitergehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Die Voraussetzungen dafür sind mit den so genannten Hartz-Gesetzen, die wir ja – teilweise im Vermittlungsverfahren – verabschiedet haben, geschaffen worden. Insbesondere meine ich die Gesetze Hartz III und IV. Hierbei geht es um zwei Themen: zum einen um den Umbau der Bundesagentur für Arbeit, zum anderen um eine neue Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere dadurch gekennzeichnet ist, dass wir die beiden Fürsorgesysteme, die es in Deutschland bisher gibt – das staatliche, die Arbeitslosenhilfe, und das kommunale, die Sozialhilfe –, zusammenführen, um daraus ein neues System der Arbeitsförderung zu machen. Das sind die beiden Hauptlinien der Reformen, an denen wir arbeiten und die jetzt realisiert werden müssen.

Der Umbau der Bundesagentur, über den wir heute insbesondere sprechen wollen, muss vor dem Hintergrund der bisherigen Strukturen der Bundesanstalt, der klassischen Arbeitsverwaltung, gesehen werden. Die klassische Arbeitsverwaltung war gekennzeichnet durch – ich nenne nur einige Stichworte – eine außerordentlich hohe Komplexität und eine außerordentlich hohe Regelungsdichte; jeder Schritt und die Verwendung jeder D-Mark bzw. jedes Euros war festgelegt. Das hat den Bewegungsspielraum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel zu sehr eingeengt und hat ihnen fast keinen Ermessensspielraum mehr gelassen. Es gab außerdem eine außerordentlich hohe Spezialisierung – das ist Ausdruck der Regulierungsdichte –, was zu mangelnder Transparenz hinsichtlich Wirkung und Wirtschaftlichkeit geführt hat. – Das hat, kurz umrissen, die klassische Arbeitsverwaltung in Deutschland gekennzeichnet, die nun von Grund auf verändert werden muss. (D)

Es hat mir gestern viel Freude bereitet, die Präsentation des zuständigen britischen Staatsministers und Chefs der dortigen Arbeitsagenturen in der Friedrich-Ebert-Stiftung zu erleben, in der das Gegenbild zu der klassischen deutschen Arbeitsverwaltung aufgezeigt wurde. Die kundenorientierte Dienstleistung in Großbritannien verfolgt einzig das Ziel – das ist deren Hauptaufgabe –, Menschen, die Rat suchen, aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit zu vermitteln. Daran hat es in Deutschland bisher gemangelt. Schuld daran sind aber nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern Schuld hat unser Perfektionismus im bürokratischen Umgang mit Problemen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in Deutschland eine Technik entwickelt, und zwar nicht nur in der Arbeitsverwaltung, die sich vor allen Dingen auf die Administration und das Finanzieren versteht. Wir haben gewaltige Behördenapparate aufgebaut, die sich immer mehr von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Arbeit am Menschen und mit den Menschen – im Fall der Bundesagentur mit der Vermittlung der Menschen in Arbeit –, zu entfernen drohen. Das ist das Problem. Dieses Problem muss nun angegangen werden.

Den gewaltigen Unterschied habe ich in Stratham, London bei einem Besuch in einem Jobcenter, Jobcentre Plus genannt, erlebt. Ich kann nur jedem empfehlen, der die Chance hat, sich ein solches einmal anzuschauen, diese auch wahrzunehmen. Man erfährt auf Anhieb den

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) Unterschied. Herr Kollege Niebel, ich lade Sie ein, dass wir gemeinsam einmal dorthin fahren.

(Dirk Niebel [FDP]: Gerne!)

Dann erleben Sie den Unterschied zwischen einer klassischen deutschen Verwaltung und einer offenen Vermittlung.

(Dirk Niebel [FDP]: Ich kann mir das sogar schon gut vorstellen! Das kommt noch hinzu!)

– Manchmal ist es besser, wenn man sich etwas vorstellen kann. Sie haben eine ausreichende Fantasie und Kreativität; das merkt man an manchem Ihrer Beiträge. Dort würden Sie aber vor Ort erleben, wie es wirklich ist.

In der Zwischenzeit ist viel geschehen. Das ist durch die Kritik an den Ausschreibungsverfahren in der Bundesagentur aus dem Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden. Tatsächlich wurde in der Bundesagentur unter Führung von Herrn Gerster zusammen mit dem Vorstand Ende des Jahres 2002 eine intensive Projektarbeit begonnen, in der wirklich alles auf den Prüfstand gestellt wurde. Das ist unter Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – 250 Führungskräfte waren in diese Projektarbeit ständig eingebunden – und der Berater geschehen.

Weil so viel über die Berater gesprochen wird, möchte ich Folgendes sagen: Dafür sind ungefähr 60 Millionen Euro aufgewendet worden. Das ist viel Geld. Aber das Ergebnis, das durch die Mitarbeit der ex-(B)ternen Berater erzielt worden ist, stellt sich so dar, dass etwa 5 500 Stellen von Mitarbeitern, die bisher in der Administration tätig waren, entfallen können. Diese Mitarbeiter können sich nun der Vermittlungsarbeit widmen.

Einen solchen Umbau von Grund auf kann man nicht mit den eigenen Mitarbeitern bewerkstelligen; das wissen Sie.

(Dirk Niebel [FDP]: Wenn Sie das schon wissen, brauchen Sie die Berater doch gar nicht mehr!)

Er wird zu einer beachtlichen Kostenreduktion führen. Das sage ich, um deutlich zu machen, dass diese Beratungsarbeit natürlich auch Ergebnisse gebracht hat, die von größter Bedeutung sind und die in erheblichem Maße zu Buche schlagen.

Es ist in manchen Debatten übersehen worden, dass die Bundesagentur im Jahr 2003 bereits erfolgreicher war, als wir es erwartet hatten. Der Bundesfinanzminister, Herr Kollege Eichel, ist beim Zuschuss für die Bundesagentur nicht an der Grenze angekommen. Wir sind vielmehr um 1,5 Milliarden Euro darunter geblieben.

Was passiert? Ich nenne nur Stichworte. Die Bundesagentur in Nürnberg wird in Zukunft eine Holding sein, die nicht mehr die Einzelprozesse steuert, sondern die grundlegende Richtung bestimmt, ansonsten aber wie eine Holding funktioniert. Deshalb wird die Stellenanzahl in Nürnberg auch von 1 100 auf 400 reduziert. Dieser Prozess ist bereits im Gange. Viele Mitarbeiterinnen (C) und Mitarbeiter, denen das vermutlich nicht leicht gefallen ist, gehen jetzt in die Arbeitsvermittlung vor Ort.

Es werden Kundenzentren der Zukunft aufgebaut. Das erste Muster eines solchen Kundenzentrums ist in Heilbronn entstanden. Zehn weitere werden zurzeit in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik aufgebaut. Diese Kundenzentren ähneln dem, was in Großbritannien – beispielsweise in diesem Jobcentre Plus in Stratham – zu besichtigen ist, bereits sehr. Das ist das Kundenzentrum der Zukunft. Hier wählen wir eine völlig andere Herangehensweise

(Abg. Gerd Andres [SPD] erinnert an die Redezeit)

– ich bin gleich fertig, Herr Kollege Andres –, als das in der Arbeitsvermittlung bisher der Fall war.

(Dirk Niebel [FDP]: Solange Sie seine Redezeit verbrauchen, können Sie ruhig weitermachen!)

– Sehen Sie, so sind wir. Wir wollen eben arbeiten. Auch der Kollege Andres will arbeiten. Damit hat er Recht.

Es werden Servicecenter und ein virtueller Arbeitsmarkt aufgebaut. An diesem virtuellen Arbeitsmarkt habe ich viel Kritik gehört. Ich stelle mir mal eine Sekunde lang vor, die Bundesagentur hätte keinen virtuellen Arbeitsmarkt aufgebaut, sondern würde weiterhin – wie bisher – mit Papier und Bleistift arbeiten. Die Reden, die Sie heute Morgen dann gehalten hätten, als wir über die IT und anderes gesprochen haben, hätte ich dann nicht hö- (D) ren wollen. Dies ist also ein richtiger und vernünftiger Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dirk Niebel [FDP]: Erzählen Sie uns das ruhig einmal umfassend!)

Das gilt sowohl für das Qualitätsmanagement als auch für das effektive Controlling.

Herr Kollege Laumann, dieser Prozess der Dezentralisierung und Dekonzentration muss stattfinden. Darüber müssen wir uns ernsthaft unterhalten. Es wird dort kein Moloch mehr vorhanden sein, wie Sie das so oft – nicht immer zu Unrecht – skizziert haben. Wir gehen in die Regionen und in die Arbeitsverwaltungen vor Ort. Das ist der richtige Weg.

Der Umbau der Bundesagentur wird 2005 abgeschlossen sein. Wir werden uns dann auch in der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes befinden. Die Bundesregierung wird in sehr überschaubarer Zeit – gestützt auf Vorschläge der Bundesagentur – einen Vorschlag für die Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaften entwickeln, die wir gemäß dem Hartz-IV-Gesetz zwischen der Bundesagentur und den Kommunen vor Ort aufbauen müssen. Sehr rasch werden wir auch das so genannte Februargesetz – so heißt es bei uns – auf den Weg bringen. Durch dieses Gesetz soll das Optionsmodell für die Kommunen geregelt werden. Nach den Vereinbarungen im Vermittlungsverfahren wollen wir dieses Gesetz möglichst bis Ende April verabschiedet haben.

Bundesminister Wolfgang Clement

(A) All dies geschieht. Ich habe eine Bitte an Sie alle: Das Thema ist insgesamt zu wichtig, als dass wir es in Personaldiskussionen und -spekulationen versinken lassen dürften. Es geht darum, die Reformen voranzutreiben. Wir werden dabei Erfolg haben. Sie haben gesehen, dass wir im Jahreswirtschaftsbericht davon ausgehen, dass es in diesem Jahr im Durchschnitt 100 000 Arbeitslose weniger geben wird und dass die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte allein aufgrund der konjunkturellen Entwicklung und der strukturellen Maßnahmen zurückgehen wird, bevor wir im Jahre 2005 eine wirkliche Trendwende am Arbeitsmarkt erzielen werden.

Das ist nicht nur unser Ziel, sondern daran wird sehr konkret gearbeitet. Ich bin davon überzeugt, dass wir dieses Ziel auch erreichen werden.

Herr Kollege Andres, ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Nächster Redner ist der Kollege Karl-Josef Laumann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl-Josef Laumann (CDU/CSU):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich hier feststellen, dass auch die CDU/CSU-Fraktion der Auffassung ist, dass (B) der Reformprozess bei der Bundesagentur für Arbeit weiterentwickelt werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Rainer Wend [SPD]: Sehr gut! – Franz Müntefering [SPD]: Auch Herr Merz, Herr Laumann?)

Wir sind sehr dafür, dass bei der Bundesagentur für Arbeit endlich weniger verwaltet und mehr vermittelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wollen wir ja alle. Wir sind auch sehr dafür, dass der Zentralismus bei der Bundesagentur für Arbeit zunehmend verschwindet und die dezentrale Entscheidungsfreiheit der örtlichen Arbeitsämter erhöht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind weiterhin dafür, dass bei der Bundesagentur für Arbeit das Unwesen der Verordnungen abnimmt und damit die Entscheidungsfreiheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zu dieser Debatte gehört ebenso, dass trotz der Arbeit und der Reformbemühungen von Herrn Gerster die momentane Situation in vielen örtlichen Arbeitsämtern noch nie von so viel Resignation und Stillstand wie zurzeit gekennzeichnet waren; auch das muss man zugeben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Ich bin nicht der Meinung, dass es richtig ist – Herr Clement hat es am Wochenende so formuliert und einige Zeitungen haben es in ihren heutigen Ausgaben aufgenommen –, um den Rücktritt von Herrn Gerster eine Mythenbildung zu betreiben: Weil er so großartige Arbeit geleistet habe, sei er von irgendwelchen Leuten, die keine Reformen wollten, geschasst worden.

(Dirk Niebel [FDP]: Genau so ist es!)

Die Wahrheit ist: Herr Gerster hat – dazu gibt es Berichte des Bundesrechnungshofes – gegen das Vergaberecht und das Haushaltsrecht verstoßen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Er hat Verträge laufen lassen und Verträge in Millionenhöhe teilweise selber verhandelt, die rechtswidrig zustande gekommen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Er hat sich im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit in seiner Darstellung von Ende November bis Anfang Januar in Widersprüche verstrickt. Wir können nicht einmal mehr ausschließen, dass im Nachhinein Dokumente der Bundesagentur für Arbeit manipuliert worden sind. Das ist die andere Seite; auch das muss man schlicht und ergreifend zur Kenntnis nehmen, Herr Niebel.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dirk Niebel [FDP]: Selbstverständlich! Das habe ich immer gemacht!)

Die Wahrheit ist, dass Herr Gerster aufgrund der Art und Weise, wie er agiert hat, und aufgrund seiner Verfeh- (D) lungen null Autorität in der Bundesagentur für Arbeit hatte. Deswegen war seine Entlassung unvermeidlich. Selbst die Vertreter der Bundesregierung haben ihm am Samstagnachmittag

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Nicht zugestimmt!)

nicht das Vertrauen ausgesprochen; denn im Verwaltungsrat sitzen mehr Vertreter der Bundesregierung, als es Ja-Stimmen für Herrn Gerster gab. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Was bleibt, ist, dass wir darüber streiten müssen, ob wir der Bundesagentur für Arbeit die richtigen Instrumente in die Hand geben. Ich nenne hier nur als ein Stichwort die PSA. Ist sie wirklich das Instrument, wie es von Hartz entwickelt wurde? Bringt es für den Arbeitsmarkt etwas? Nach unseren Informationen haben von 42 000 Leuten, die in dieser Maßnahme geparkt wurden, durch die Zeitarbeit allenfalls circa 5 400 eine Beschäftigung gefunden. Die regulären Zeitarbeitsfirmen leiden mehr unter der PSA, als die PSA dem allgemeinen Arbeitsmarkt nutzt. Das ist die Wahrheit.

Stichwort Ich-AG. Ohne Businessplan, ohne Geschäftsidee, ohne Unternehmensplanung kommt man an Staatsknete der Beitragszahler. Das führt natürlich zu Verwerfungen im Handwerk. Ich glaube, dass die Ich-AG dem Arbeitsmarkt mehr schadet als nutzt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Weil Sie es so wollen, muss die Bundesagentur etwas Falsches umsetzen, was ihre Autorität in der Arbeitsmarktpolitik nahezu vollständig untergräbt.

Ein anderes Thema ist das Vermittlungsverfahren im Dezember: Die Bundesagentur für Arbeit, die aufgrund ihrer Vielfältigkeit und ihrer Größe kaum mehr beherrschbar ist, bekommt von dieser Regierung – das war ihr Wille – zusätzlich die Zuständigkeit für 1,2 Millionen arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Oben drauf! – Dirk Niebel [FDP]: Plus Familien!)

Es ist doch Wahnsinn, dieser Agentur, die schon vorher fast nicht regierbar war, zusätzlich die Sorge für 1,2 Millionen Menschen plus Familienangehörige – wahrscheinlich reden wir über 4 Millionen Menschen – zu übertragen.

Ich lege großen Wert darauf – schließlich wollen wir nach vorne blicken, Herr Bundesminister –, dass wir in den nächsten Wochen ein Optionsgesetz machen,

(Franz Müntefering [SPD]: Sagen Sie mal was zu Herrn Merz, Herr Laumann! – Gegenruf des Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Hat er schon! – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das ist erledigt!)

mit dem die Gemeinden, die Kreise und kreisfreien Städte, die es wollen, wirklich optieren können. Sie sollen mit ihren Haushalten, die sie zu verantworten haben, dieses Risiko eingehen können. Ich biete Ihnen ausdrücklich – wenn Sie es wollen, noch vor Einbringung des Gesetzes – die Mitarbeit der CDU/CSU an. Wir haben ein großes Interesse daran, dass möglichst viele Kommunen, die es sich zutrauen und es wollen, verantwortbar optieren können.

(Dirk Niebel [FDP]: Wir auch!)

Sie haben erklärt, dass Sie daran kein Interesse haben. Damit sind Sie dafür verantwortlich, wenn die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland keinen Zentimeter vorankommt. Schließlich übertragen Sie der Agentur immer mehr Problemfälle.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wissen alle, dass sie zurzeit nicht über Strukturen verfügt, selbst mit dem arbeitsmarktnahen Publikum so umzugehen, wie es die Beitragszahler auf beiden Seiten von einer vernünftigen Agentur erwarten würden.

Wir hätten die große Chance, mit einem wirklich vernünftig gemachten Optionsmodell einen Riesenbeitrag zur Entschlackung der Bundesagentur für Arbeit zu leisten.

(Franz Müntefering [SPD]: Sagen Sie was zu Merz, Herr Laumann! – Gerd Andres [SPD]: Seehofer!)

Ich sage Ihnen zum Schluss zu den Zwischenrufen zu Merz und Seehofer: Ich persönlich bin dafür, dass wir eine Bundesagentur behalten. Wir brauchen Bundesstrukturen in der Arbeitsmarktspolitik.

(Beifall des Abg. Franz Müntefering [SPD])

Ich kann überhaupt nicht erkennen, dass die Landesarbeitsämter in Sachen Bürokratie einen Deut besser sind als die Nürnberger Bundesagentur.

(Gerd Andres [SPD]: Deshalb habt ihr die Landesarbeitsämter auch beibehalten!)

Ich sage hier ganz klar: Wir haben nicht mehr so viele Chancen, zu erreichen, dass die Bevölkerung dem Umbau dieser Bundesagentur überhaupt noch traut. Deswegen: Nutzen Sie die Chance,

(Dirk Niebel [FDP]: Die letzte!)

bei dem Optionsmodell einen klaren Schritt in Richtung auf eine kommunale Beteiligung bei der Arbeitsmarktpolitik zu machen! Das wird die Bundesagentur im arbeitsmarktnahen Bereich der Arbeitslosenversicherung stabilisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Thea Dückert, Bündnis 90/Die Grünen.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: So eine Opposition hätten wir früher gerne gehabt! – Gegenruf von der SPD: Ihr habt ja alle Angebote ausgeschlagen!)

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Laumann, Medaillen haben immer zwei Seiten. Auch Ihre Reden haben zwei Seiten.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Zwei gute Seiten!)

– Ja, die Rede hat auch eine gute Seite, nämlich wenn Sie unterstreichen, dass Sie die Reform der Arbeitsmarktpolitik und der Bundesagentur für Arbeit stringent weiterverfolgen.

Sie wissen, dass wir im Vermittlungsausschuss das Angebot unterbreitet haben, dass wir optionale Modelle für eine kommunale Beteiligung erarbeiten werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Unter großen Schmerzen!)

Es wäre gut, wenn wir eine Lösung hinkriegten, die nicht wieder im Vermittlungsausschuss landen müsste.

Was die andere Seite Ihrer Rede, Herr Laumann, betrifft, so ist Ihr Vortrag unglaubwürdig. Das ist schon durch die Zwischenrufe deutlich geworden. Die andere Seite ist doch, dass die Parole, mit der Herr Niebel und die FDP durch die Lande laufen, nämlich „Zerschlagt die BA!“,

(Dirk Niebel [FDP]: Auflösen! Nicht zerschlagen!)

Dr. Thea Dückert

von Ihren Leuten Futter bekommt, an der Spitze von Herrn Meyer, sekundiert von Herrn Merz und Herrn Seehofer.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Herr Meyer hat das nicht gesagt! Herr Seehofer wollte nur von der Gesundheitsreform ablenken!)

Wenn Sie dazu keine einheitliche Position in Ihrer eigenen Fraktion herstellen, dann bleiben die sehr freundlichen Angebote, die Sie hier vorgetragen haben, unglaubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das politische Ziel, das Sie mit der Parole „Zerschlagt die BA!“ verfolgen,

(Dirk Niebel [FDP]: Auflösen! Sie kapieren es nicht!)

ist, die notwendigen und überfälligen Reformen der Bundesagentur und der Arbeitsmarktpolitik zu torpedieren. Das wollen Sie. Das ist nicht nur populistisch und dumm, sondern das ist auch zynisch den Arbeitslosen gegenüber.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wie Sie nach dieser Rede solch eine These aufstellen können!)

Wir haben über 4 Millionen Arbeitslose, darunter viele Langzeitarbeitslose. Mit der Bundesanstalt für Arbeit haben wir eine schwerfällige Verwaltung gehabt. Wir müssen den notwendigen Reformprozess voranbringen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wie denn?)

Eines finde ich in dieser Situation wirklich pikant: Herr Niebel, der selber einmal in der Bundesanstalt für Arbeit tätig war,

(Gerd Andres [SPD]: Arbeitsvermittler!)

oder auch andere

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Rachegefühle! – Dirk Niebel [FDP]: Ich weiß wenigstens, wovon ich rede!)

sind über Jahrzehnte mit dafür verantwortlich gewesen, dass ein Tanker, eine Mammutbehörde, entstanden ist. 1973 hatte sie 32 000 Beschäftigte, heute sind es fast 100 000. Es ist eine Behörde mit Besoldungsstrukturen, bei denen Leistung keine Rolle spielt, eine Behörde, in der man den Wettbewerbsgedanken erst verankern muss.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Das ist bei allen Behörden so!)

Als wir die Bundesregierung übernommen haben,

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Da haben Sie sich übernommen!)

waren nur 10 Prozent der Beschäftigten der BA mit der Vermittlung betraut. Sie haben dazu beigetragen, dass dieser Zustand so lange erhalten geblieben ist.

(Franz Müntefering [SPD]: Beigetragen? Sie haben das alleine gemacht! – Gegenruf des Abg. Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das wüsste ich aber! Frau Engelen-Kefer ist seit 20 Jahren dabei!)

Seit zwei Jahren ist damit Schluss. Vor zwei Jahren ist ein Reformprozess eingeleitet worden. Ich will deutlich sagen: Herr Gerster hat sehr viel dazu beigetragen, dass der Reformprozess mit dieser Stringenz in Gang gesetzt wurde.

Wir sind längst dabei, dezentrale Strukturen zu schaffen. Die Zahlen liegen doch auf dem Tisch. Die Zahl der Beschäftigten in der Zentrale ist von 11 000 auf 4 000 gesunken.

Die Entlohnungssysteme werden umgestellt. Das Beamtentum an der Spitze ist schon Vergangenheit und wird Vergangenheit bleiben. Die Jobcenter werden eingerichtet. All das läuft doch bereits.

Wir haben auch – das ist sehr wichtig – das Ziel der Arbeitsmarktpolitik klar formuliert: Sie muss eine Politik der Integration sein, die sich an den Arbeitslosen orientiert. Um diese beiden Stränge geht es: den Aufbau der Dienstleistungsagentur und die Integration als Ziel der Arbeitsmarktpolitik.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das haben wir doch zusammen beschlossen! Das ist doch völlig unstreitig!)

Damit müssen wir weitermachen. Sie aber wollen uns mit der Parole „Zerschlagt die BA!“ Steine in den Weg legen.

Richtig ist, dass wir aus Fehlern – auch in diesem Prozess – lernen mussten. Es gab Fehler in der Praxis. Ich meine nicht die Vergabeverfahren, die schon angesprochen wurden. Dabei sind Fehler unterlaufen, die nicht wieder vorkommen dürfen. Ich meine vielmehr die Praxis im Umgang mit den Menschen zum Beispiel in der Weiterbildung und Qualifizierung. Die Zielrichtung hin zur Integration, zur Qualität und zur Einführung von Quoten ist richtig. Aber in der alltäglichen Praxis werden dabei Fehler gemacht. Die Lose in den Ausschreibungsverfahren sind zu groß. Die kleinen Träger, die in den Regionen nahe an den Menschen sind und im Alltagsprozess immer wieder mit Kreativität aufwarten können, haben es dabei sehr schwer.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Ändern Sie das! – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Sie können das ändern!)

Daran muss einiges geändert werden. Über diese Fragen müssen wir uns auseinander setzen, nicht über die Zielrichtung. Denn diese ist richtig.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur aktuellen Situation machen.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist doch eine Aktuelle Stunde!)

Wir haben am Freitag von der Vorsitzenden des Verwaltungsrats gehört, dass Gesetzesänderungen gewünscht

(A) werden. Ich denke, dass wir mit unserem Gesetz eine klare Arbeitsteilung – der Verwaltungsrat kontrolliert und muss wiederum umfassend informiert werden – ermöglicht haben. Das operative Geschäft aber obliegt dem Vorstand. Das muss auch weiterhin der Fall sein und kann nicht geändert werden.

Der Verwaltungsrat ist kein Sachwalter von steuerfinanzierten Leistungen; er ist vielmehr Sachwalter der Beitragszahlungen. Ich spreche das Arbeitslosengeld II an, weil am Samstag in der Pressekonferenz des Verwaltungsrats gesagt wurde, dass auch darüber diskutiert werden soll. Wir brauchen das Arbeitslosengeld II.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist überschritten.

Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich komme zum Schluss. – Damit wir mit der Reform weiterkommen, brauchen wir die klaren Zuschreibungen: Die Kontrolle obliegt dem Verwaltungsrat und das operative Geschäft dem Vorstand.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Keiner will etwas anderes!)

Diese Richtung wollen wir auch weiterhin einschlagen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(B)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Kollege Dirk Niebel, FDP-Fraktion.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Jetzt aber bei der Wahrheit bleiben, Herr Niebel! Nicht falsche Argumente benutzen!)

Dirk Niebel (FDP):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Florian Gerster ist an zwei Dingen gescheitert: an sich selbst und seinen Fehlern und an den Strukturen der Arbeitslosenindustrie in Deutschland. Jeder potenzielle Nachfolger von Florian Gerster wird es noch schwerer haben als er. Denn er hat nicht nur mit denselben Strukturen zu tun, die von dem Auswechseln des Vorstandsvorsitzenden unberührt bleiben, sondern er hat auch dessen Schicksal vor Augen. Das wird, wie auch immer der neue Vorstandsvorsitzende heißt, seine Tatkraft mit Sicherheit einschränken.

(Beifall bei der FDP)

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit hat sich in Deutschland über die Jahrzehnte in der und um die Bundesagentur für Arbeit ein Moloch von Arbeitslosenindustrie entwickelt, der es gewohnt war, mit zig Milliarden erhalten zu bleiben und dafür zu sorgen, dass die Mittel im System bleiben.

(Gerd Andres [SPD]: Das ist schlichter Unsinn! Hochgradiger Unsinn!)

(C) Ein großer Kreis von Beteiligten in der Bundesagentur für Arbeit hat zusätzlich noch andere Interessen, die zumindest durch institutionelle Verbundenheiten gekennzeichnet sind, auch wenn es sich bei den Personen um honorige Menschen handelt.

Die Bundesagentur ist in ihren jetzigen Strukturen nicht reformierbar. Deshalb wollen wir sie auflösen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegin Dückert und alle anderen, die mit ihren Äußerungen haarscharf an zynischer Demagogie vorbeischrammen: Auflösen heißt nicht zerschlagen. Auflösen ist vielmehr das Instrument – sozusagen der Omnibus –, um die Bundesagentur neu zu ordnen und von dem Ballast der Arbeitslosenindustrie und all den Protagonisten, die dazugehören, zu befreien.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Neuordnen wäre Reform! Dann machen Sie doch dabei mit! Sie wollen aber zerschlagen!)

Das Auflösen der Behörde würde bedeuten, Frau Dückert – das haben Sie beim BMA gesehen –, dass die Behörde nicht mehr existiert. Dann wäre übrigens auch der drittelparitätische Verwaltungsrat mit Frau Engelen-Kefer, dem Dinosaurier des Verbändestaates, nicht mehr vorhanden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist einer der wesentlichen Hemmschuhe der Reformvorhaben in der Bundesrepublik. (D)

Auflösen heißt auch, dass Sie die starren Grenzen des öffentlichen Dienst- und Tarifvertragrechts flexibel handhaben können.

(Franz Müntefering [SPD]: Machen Sie sich einmal Gedanken über die Auflösung der FDP!)

– Herr Müntefering, auch Sie sind einer von denen, die hart an der Grenze zur Demagogie argumentieren. Sie sind einer von den ganz harten Demagogen.

(Widerspruch bei der SPD)

Auflösen heißt, eine schlanke Versicherungsagentur zu schaffen, die die Lohnersatzleistungen organisiert und marktgerechte Vermittlungsgutscheine ausgibt statt des Kroppzeugs, das Sie eingeführt haben und das nicht funktionieren kann.

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Marktgerechte Vermittlungsgutscheine versetzen die Arbeitsuchenden in die Lage, ihre Marktmacht auszuüben und zum Vermittler ihres Vertrauens zu gehen. Das kann ein privater oder ein staatlicher Vermittler in den kommunalen Jobcentern sein, auf die ich später noch eingehen werde.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann auch ein privater sein! Das haben wir erst möglich gemacht, Herr Niebel!)

Dirk Niebel

(A) – Hören Sie zu! Dann können Sie etwas lernen. Ich komme nämlich aus der Bundesagentur für Arbeit. Ich kenne im Gegensatz zu Ihnen den Laden von innen.

Wir brauchen auf Bundesebene eine schmale Arbeitsmarktagentur.

(Gerd Andres [SPD]: Sie reden nur Unsinn! Dummes Geschwätz! Nichts kann man bei Ihnen lernen!)

– Herr Andres, von Ihnen kann ich zumindest lernen, wie destruktiv Gewerkschaftsfunktionäre sind, wenn sie vom Postsekretär zum Staatssekretär werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gerd Andres [SPD]: Ich komme nach Ihnen dran! Warten Sie ab, Herr Arbeitsvermittler!)

Wie gesagt, nichtsdestotrotz brauchen wir auf Bundesebene eine Arbeitsmarktagentur, die nicht größer sein muss als das Bundeskartellamt mit 200 bis 300 Mitarbeitern und in der das überregional Notwendige erledigt wird. Dazu gehören insbesondere Transparenz bei den gemeldeten offenen Stellen, aber auch entscheidungskompetente Ansprechpartner als Stabsstellen für die Bundesländer. Denn eines brauchen wir nicht mehr: die Landesarbeitsämter, die jetzt Regionaldirektionen heißen. Wir brauchen vor Ort, also dort, wo die Menschen und die Arbeitsplätze sind, Jobcenter – und zwar in kommunaler Trägerschaft und grundgesetzlich abgesichert in der Finanzierung –, die sich um die Betreuung der arbeitslosen Menschen kümmern.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Liebe Frau Dückert, das bedeutet Auflösen, um neu zu ordnen, und nichts anderes. Damit bekommen die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit endlich planbare Zukunftschancen sowie diejenigen, die Arbeit suchen, und diejenigen, die Arbeitskräfte suchen, endlich ein vernünftiges Betreuungsangebot. Das bedeutet Auflösen, Frau Dückert. Das ist eine riesengroße Chance für Deutschlands größte Behörde.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auf die aktuellen Ereignisse zurückkommen – dem Kind sollte man einen Namen geben – und fragen, wieso Herr Gerster eigentlich erst jetzt entlassen worden ist. Das Einzige, was rechtswidrig war und ihm vorgeworfen werden konnte, waren doch die Beraterverträge des letzten Jahres. Wieso hat man ihn nicht schon damals, sondern erst jetzt entlassen? Wieso hat der Verwaltungsrat noch im Dezember letzten Jahres das Vertrauen ausgesprochen und im Januar dieses Jahres, obwohl sich faktisch nichts geändert hat, das Vertrauen entzogen? Dahinter stecken doch Interessen.

Erstens, zum Zeitraum. Wäre Herr Gerster schon im letzten Jahr gegangen, hätte Herr Clement noch einen Nachfolger berufen können. Aber durch § 382 des SGB III gilt seit dem 1. Januar dieses Jahres ein neues Recht. Jetzt kommt der Vorschlag von Frau Engelen-Kefer. Darüber sollte man einmal nachdenken.

(C) Zweitens, zur Arbeitgeberseite. Herr Clever, der Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit ist, hat jahrelang als Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Bundesanstalt für Arbeit aufgebaut, die die Arbeitsmarktpolitik vor die Wand gefahren hat. Exakt dieser Herr Clever sollte jetzt mit demjenigen zusammenarbeiten, der sein eigenes Kind kaputtgemacht hat? – Hochinteressante Verbindungen!

Wir sollten uns über die Arbeitslosenindustrie und ihre Protagonisten in Deutschland mehr Gedanken machen; denn das reicht bis in die örtliche Arbeitsamtsebene. In vielen Bereichen geht es gar nicht mehr darum, die Menschen in Arbeit zu bringen und Arbeitsplätze zu besetzen, sondern darum, das Geld im System zu lassen, und zwar zum Wohle derjenigen, die seit Jahrzehnten vom System gut leben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Das war ein Hirngespinst, bei aller Wertschätzung!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Kollege Klaus Brandner, SPD-Fraktion.

Klaus Brandner (SPD):
Sehr geehrte Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, was wir nach 40 Jahren CDU/CSU-Herrschaft in der Bundesanstalt für Arbeit übernommen haben. Stingl, Franke, Jagoda, all diese Namen stehen für eine Behörde, die in das Verwalten verliebt war, die es vergessen hat, sich den Arbeitslosen zuzuwenden, die keine Aktivitäten entwickelt hat und die moderne Dienstleistungen ausgeschlossen hat.

(D)

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das müsst ihr von den Gewerkschaften sagen!)

Sie vergessen, dass die Arbeitslosigkeit 1998 am höchsten war und dass wir eine Behörde übernommen haben, die damals politisch gesteuert war. Wir dürfen in dieser Situation nicht außer Acht lassen, dass Sie 1998 diese Behörde genutzt haben, um fast 500 000 politische Wahlkampf-ABM zu schaffen, damit die Arbeitsmarktstatistik geschönt werden konnte. So haben Sie die Behörde missbraucht!

(Beifall bei der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Das hat leider nichts genutzt!)

– Richtig, das hat nichts genutzt. Deshalb sollte es jetzt auch nicht mehr Thema sein.

Die SPD-Fraktion weiß jedenfalls um die Bedeutung einer modernen Arbeitsmarktpolitik. Wir haben deshalb die Initiative ergriffen, den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit in eine moderne Bundesagentur für Arbeit vorzunehmen. Wir wollen aber nicht nur den Namen ändern, sondern auch dafür sorgen, dass die Kunden die Veränderungen direkt bei der Inanspruchnahme der Dienstleistungen spüren.

Klaus Brandner

(A) Der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister für Arbeitslose und Arbeitgeber ist auf gutem Weg. Der bisherige Vorstand hat – das will ich hier ausdrücklich sagen – durchaus erfolgreich gearbeitet. Wir lassen nicht zu, dass Sie das durch Ihre Debattenbeiträge kleinreden. Parteipolitik auf dem Rücken der Arbeitslosen auszutragen, das lassen wir ebenfalls nicht zu. Arbeitslose brauchen eine funktionierende Bundesagentur für Arbeit. Jugendliche erwarten, dass sie nach der Schule mithilfe der Bundesagentur in Ausbildungsplätze vermittelt werden, und Behinderte erwarten, dass sie eine vernünftige Beratung erfahren, damit sie in Arbeit vermittelt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen lassen wir auch nicht zu, dass diese Debatte auf dem Rücken der Beschäftigten der Bundesagentur geführt wird.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hat sich aber gerade so angehört!)

In der Tat hat der Aufbau der gemeinsamen Jobcenter nach dem Ergebnis im Vermittlungsausschuss eine feste rechtliche Grundlage. Der damit verbundene Prozess hat allerdings erst begonnen; das wissen wir. Wir müssen diese erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Das ist im Übrigen auch die Überzeugung von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Um es ganz deutlich zu sagen: Die Personalentscheidung hält den Reformprozess nicht auf. Wir werden den Reformprozess unabhängig von dem, was an der Spitze der BA mittlerweile passiert ist, fortsetzen. Dafür steht die Koalition.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich die Tarifvertragsparteien als neues Opfer auszugucken ist zwar politisch interessant, aber in der Sache völlig verfehlt.

(Dirk Niebel [FDP]: Ja klar! Sie gehören ja dazu!)

Noch im Vermittlungsausschuss hat gerade die CDU/CSU die Fahne der Selbstverwaltung hochgehalten und mehr Rechte für die Selbstverwaltung gefordert. Jetzt versuchen Sie, insbesondere die FDP, die Bundesagentur mit plump-populistischen Angriffen auf die Selbstverwaltung ins Gerede zu bringen.

(Dirk Niebel [FDP]: Überhaupt nicht! Dass wir das gerade gewesen sind, ist ja bemerkenswert!)

Ich bin der Meinung: Wer die Bundesagentur entscheidend mitfinanziert, nämlich die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber durch ihre Beiträge, der hat einen Anspruch darauf, an der Kontrolle und an der Aufsicht beteiligt zu sein. Das ist ein Gebot der Fairness, aber auch der Klugheit. Die Tarifvertragsparteien sind wesentliche Akteure auf dem Arbeitsmarkt. Wir sollten sie deshalb verantwortlich einbinden.

(Beifall bei der SPD)

Gerade jetzt, wo es vorwärts geht, zetteln Vertreter der FDP eine Debatte an, in der sie behaupten, diese (C) Mammutbehörde gehöre aufgelöst. Das hat nicht nur jemand von den hinteren Bänken getan, sondern auch der FDP-Vorsitzende, Guido Westerwelle.

(Dirk Niebel [FDP]: Kluger Mann!)

Er sagte: Diese Mammutbehörde gehört aufgelöst. Das zeigt im Kern nur, dass man eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit einer modernen Dienstleistungsagentur nicht will.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie haben es nicht verstanden! Sie sind doch noch der Gewerkschaftssekretär! Sie denken einfach nicht!)

Die BA ist kein Moloch, wie hier dargestellt worden ist. Von den 90 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten nur noch 1 100 in der Zentrale in Nürnberg; demnächst sind es nur noch 400. Die übrigen Mitarbeiter sind auf 181 Agenturen im ganzen Land und auf weitere 660 Geschäftsstellen verteilt; sie arbeiten also dezentral.

(Dirk Niebel [FDP]: Das war aber schon immer so!)

Die Eigenverantwortlichkeit und die Entscheidungskompetenz der dort Tätigen haben wir mit unserem Gesetz Hartz III herbeigeführt; die Aktivität kann also vor Ort organisiert werden. Wer das nicht wahrnimmt, betreibt Wirklichkeitsverweigerung.

(Dirk Niebel [FDP]: Heiterkeit bei der FDP!)

Dazu will ich auch sagen: Die CDU muss endlich einen Klärungsprozess herbeiführen. Herr Merz, nicht gerade ein Hinterbänkler, fordert die Abschaffung der BA (D) und die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung. Heute haben wir vom Kollegen Laumann gehört, dass er den Reformprozess fortgesetzt wissen will. In den Debatten hat er aber immer wieder vorgetragen: Die BA kann es nicht; wir trauen ihr die Arbeit nicht zu. Die BA ist also schlechtgeredet worden. Lieber Kollege Laumann, wir haben heute von Ihnen gehört – dem liegt ein Prozess der Einsicht zugrunde –, dass Sie zur BA stehen. Wir können uns in dieser Hinsicht sicherlich gemeinsam engagieren. Bisher haben Sie diesen Klärungsprozess aber nicht vorangetrieben; Sie haben Ihre Politik eher auf dem Rücken der Beschäftigten der BA betrieben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten.

Klaus Brandner (SPD):
Das ist aus meiner Sicht ein schändlicher Vorgang.

Die Beschäftigten haben es verdient, dass wir zu ihnen stehen. Sie sind in der Lage und bereit, den Reformprozess voranzutreiben. Wir werden mit den Beschäftigten der BA eine moderne Bundesagentur schaffen. Alle, die dabei mitmachen wollen, sind dazu herzlich eingeladen. Wir lassen es jedenfalls nicht zu, dass auf dem Rücken der Beschäftigten der BA Politik betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Kaster, CDU/CSU-Fraktion.

(Franz Müntefering [SPD]: Lasst doch den Merz jetzt mal endlich sprechen!)

Bernhard Kaster (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Vorbemerkung zum Beitrag von Herrn Brandner machen. Wir müssen aufpassen, dass wir mit dieser Debatte nicht von den wahren Problemen ablenken. Ich will auf den Punkt kommen: Wir haben in diesem Jahr im Monat Januar 400 000 Stellen weniger als noch vor zwölf Monaten. Das sind die Probleme, über die wir zu sprechen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Brandner [SPD]: Wir reden über den Umbau der BA, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Wohin soll die BA denn vermitteln, wenn ihr die Stellen alle kaputtmacht?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen – so sagt es der Kanzler – über die größte Baustelle in Deutschland. Vorweg bemerkt: Ob es sich um die größte Baustelle handelt, sei dahingestellt. Wir sehen inzwischen quer durch alle Ressorts nur noch Baustellen. Wir warten endlich auf ein erfolgreiches Richtfest.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Diese Baustellen haben übrigens alle eines gemeinsam: immer große Ankündigungen, große Theorien, aber klägliches Versagen in der Umsetzung.

(Klaus Brandner [SPD]: Wenn Sie immer alles abbrechen, können wir auch nicht aufbauen! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Kein Richtfest!)

Wenn wir über den ins Stocken geratenen Umbauprozess in der Bundesagentur sprechen, dann gehört dazu auch, ganz deutlich zu sagen, welche Fehler zum jetzigen Baustopp auf eben dieser Baustelle geführt haben; denn aus Fehlern muss jetzt gelernt werden. Sie, Herr Minister Clement, sind der Verantwortliche auf dieser Baustelle. Sie müssen daher endlich Ihrer Verantwortung gerecht werden und Ihre Aufsicht und Verantwortung gegenüber der Bundesagentur ernst nehmen.

(Lachen des Abg. Gerd Andres [SPD])

Wo war denn Ihre Verantwortung, wo war das politische Handeln bei den Problemen des Vorstandsvorsitzenden, bei den Problemen zwischen Vorstand und Verwaltungsrat, bei den Problemen zwischen Vorstand und Mitarbeiterschaft, bei den Problemen mit dem Vergaberecht und der Kritik des Bundesrechnungshofes? Da ist politisches Handeln des zuständigen Ministers erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Klaus Brandner [SPD]: Was sind das für vaterlandslose Gesellen! – Gerd Andres [SPD]: Von Tuten und Blasen keine Ahnung!)

(C)

Als Abgeordnete haben wir Ihnen konkrete kritische Fragen gestellt, die von der Bundesregierung auch beantwortet wurden. Aber das Entscheidende haben Sie versäumt, nämlich aus den eigenen Antworten auch Konsequenzen zu ziehen. Bereits seit dem 28. November – das ist schon einige Zeit her – liegen dem Minister 41 Beraterverträge mit einem Volumen von 55 Millionen Euro vor

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wie viel?)

– 55 Millionen Euro, 41 Beraterverträge – mit durchaus ersichtlichen Hinweisen auf Verstöße gegen das Vergaberecht. Zum Jahresbeginn wurde ein Vertrag über 2,5 Millionen Euro für „Beratung Arbeitslosengeld II“ bekannt. Wie lief das ab? Florian Gerster bestellte, der Minister bezahlte und der Verwaltungsrat wusste von nichts. So war die Vorgehensweise.

(Gerd Andres [SPD]: Und Sie haben keine Ahnung! Das ist der Höhepunkt!)

Das Vergaberecht, das Sie immer so abtun, ist kein überflüssiger Bürokratismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Präsident des Bundesrechnungshofes hat Recht mit seiner Kritik zur Bundesagentur, wenn er auf die drei Kernpunkte des Vergaberechts aufmerksam macht, nämlich Wettbewerb, Transparenz und Vorbeugung gegen Korruption.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Genau, das ist der Punkt!)

(D)

Grundsätzlich spricht nichts gegen notwendige Beratung. Gerade eine schlechte Regierung braucht selbstverständlich mehr gute Beratung als eine gute Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dagmar Wöhrl [CDU/CSU]: Die ist jetzt ratloser als vorher!)

Aber die Lösung kann nicht darin liegen, dass zusätzlich zur teuersten Verwaltungsspitze, die die BA je hatte, die Beraterkosten von 832 000 Euro im Jahr 2002 auf jetzt 42 Millionen Euro jährlich gestiegen sind. Wo bleibt da das Gebot der Verhältnismäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit und wo bleiben die messbaren Ergebnisse? Das versteht im Lande niemand mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aus dem größten Desaster in der Arbeitsverwaltung müssen endlich Lehren gezogen werden. Eine echte Reform der Arbeitsverwaltung ist in dem Bewusstsein zu organisieren und die Bundesagentur ist so zu führen, dass nicht der Eindruck entsteht – so war es in der Vergangenheit –, hier agiere ein Konzern bzw. ein Konzernchef, sondern es muss allen bewusst sein, dass man hier Verantwortung trägt für die Schwachen in unserer Gesellschaft, nämlich für Arbeitsuchende und Arbeitslose.

Wir brauchen Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Menschennähe. Wir müssen weg von kopflastiger Büro-

Bernhard Kaster

(A) kratie. Das Schlüsselwort heißt Dezentralisierung. Machen Sie das! Setzen Sie es endlich um!

(Klaus Brandner [SPD]: Das machen wir! Sie haben völlig Recht mit dem, was Sie sagen! Wir setzen es um!)

Die Lösung liegt in der Fläche, in der stärksten nur denkbaren Regionalisierung, in enger Verzahnung mit den Kommunen. Die Vor-Ort-Kenntnisse sind gefragt. Ich erinnere hier an unsere Vorschläge im Zusammenhang mit dem Arbeitslosengeld II.

Es muss damit Schluss sein, dass die Arbeitsverwaltung so manchen Flop des Hartz-Konzepts und eine völlig verfehlte Arbeitsmarktpolitik ausbaden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen fordere ich: Stellen Sie die Dinge bei der Diskussion nicht auf den Kopf! Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nicht vorwiegend ein Vermittlungs- und erst recht kein Statistikproblem. Denken Sie über neue Strukturen nach! Neue Strukturen können zur Auflösung von Verkrustungen führen. Beseitigen Sie Interessenkonflikte und Interessenkartelle in den Führungsgremien! Steuern Sie die Bundesagentur endlich in ein Fahrwasser, in dem sie leistungsfähig sein kann – im Interesse der Arbeitsuchenden, der Beitrags- und Steuerzahler und auch der Mitarbeiter!

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalition, seien Sie doch bitte künftig von Beginn an etwas

(B) kritischer, wenn Ihnen vom Kanzler ein bester Mann, eine Lichtgestalt oder gar ein Superminister präsentiert wird!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Brandner [SPD]: Haben Sie eine persönliche Abrechnung vor?)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Gerd Andres, SPD-Fraktion.

(Dirk Niebel [FDP]: „Ich bin Postsekretär! Wählt mich hier raus!“ – Gegenrufe von der CDU/CSU: Gewerkschaftssekretär!)

Gerd Andres (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der SPD-Fraktion haben diese Aktuelle Stunde beantragt,

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das war nicht so klug! Das war ein bisschen ein Selbsttor!)

weil wir hier im Bundestag über die Zukunft der Bundesagentur für Arbeit diskutieren wollen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Bis jetzt haben wir noch nichts gehört!)

(C) Wir sind fest davon überzeugt – das will ich zu Anfang sagen –, dass diese Bundesagentur über eine große Anzahl von hoch engagierten, hoch motivierten und hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfügt, die eine ordentliche Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dirk Niebel [FDP]: Darüber hinaus haben Sie keine Ahnung!)

Wir haben diese Aktuelle Stunde auch beantragt, weil wir der Überzeugung sind, es wäre allen, die Verantwortung für die Bundesagentur für Arbeit tragen, sehr geholfen,

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Deshalb besonders viele Beraterverträge!)

wenn die Bundesagentur nach den Diskussionen der vergangenen Wochen allmählich wieder in ein ruhiges Fahrwasser kommen würde und wenn wir der Bundesagentur ermöglichen würden, den Reformprozess, in dem sie steckt, mit Unterstützung aller, die hier sitzen, zu meistern.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Die Probleme sind an der Spitze!)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Laumann, dass Sie die öffentlichen Äußerungen von Herrn Merz und von Herrn Seehofer geradegerückt haben. Ich habe nachgelesen, dass die CDU-Vorsitzende ein Interesse daran hat, dass die Reform der Bundesagentur weitergeht. Für die Regierungskoalition und für die Regierung kann ich hier

(D) ganz offen sagen, dass wir uns von der Modernisierung des Arbeitsmarkts und der Bundesagentur nicht abhalten lassen. Wir haben diesen Prozess begonnen und wir werden diesen Prozess auch erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man muss etwas zu einigen Scharlatanen sagen, die sich öffentlich äußern und die vor dem Hintergrund des schwierigen Umbauprozesses glauben, ihre eigene Suppe kochen zu können. Dazu gehört zunächst einmal Herr Westerwelle.

(Dirk Niebel [FDP]: Guter Mann!)

Herr Westerwelle ist FDP-Vorsitzender. Herr Westerwelle hat erklärt, er halte die Bundesagentur für nicht reformierbar.

(Dirk Niebel [FDP]: Da sehen Sie einmal: Im Gegensatz zu Ihnen hat der Ahnung!)

Wir sind von Herrn Westerwelle viel heiße Luft gewöhnt. Herr Niebel, weil Sie so dazwischenschreien,

(Dirk Niebel [FDP]: Nicht lauter als Sie!)

sage ich Ihnen: Wenn sich Herr Westerwelle öffentlich äußert, sollten Sie ihn vorher informieren, vor allem in der Sache informieren.

(Dirk Niebel [FDP]: Er ist so gut informiert, wie Sie nie informiert sein werden!)

Gerd Andres

(A) Es muss ja irgendeinen Sinn haben, dass Sie hier in den Ausschüssen herumhocken. Sie müssen dafür sorgen, dass Ihr Vorsitzender nicht immer Unsinn erzählt.

Er hat beispielsweise gesagt, die Bundesagentur habe 90 000 Beschäftigte und davon seien nur 10 Prozent in der Vermittlung tätig.

(Dirk Niebel [FDP]: Circa!)

Herr Niebel, Sie wissen es besser. Sie haben in den letzten Jahren die Reformschritte mitbekommen. In der Zwischenzeit sind über 15 000 Beschäftigte mit der Vermittlung befasst.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Wir sind dabei! Wir verstärken das! Wir bauen das noch aus! Das ist auch völlig richtig. – Meine Empfehlung an Sie, Herr Niebel: Sorgen Sie dafür, dass Ihr Vorsitzender die Sache kennt, über die er redet!

(Dirk Niebel [FDP]: Ich sage Ihnen: Der kennt viel mehr Sachen, als Sie jemals lernen können!)

Das kann man übrigens so manchem Redner hier wünschen.

Dann komme ich gleich zu Herrn Niebel, der natürlich auch versucht, seine Suppe auf dem Konflikt zu kochen.

(Dirk Niebel [FDP]: Ich esse gar keine Suppe! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Der ist doch abgemagert!)

(B) Er tritt hier immer auf – die gestanzten Argumente kann man zu Dutzenden hören – und spricht von der unglaublichen Industrie, die da tätig sei.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist wahr!)

Er hat gesagt – ich will es im Originaltext zitieren –:

> In Deutschland existiert eine riesige Arbeitslosenindustrie,

(Dirk Niebel [FDP]: Richtig!)

> vor allem im Bereich der Weiterbildung.

(Dirk Niebel [FDP]: Jawohl!)

> Da balgen sich 30 000 Unternehmen um 23 Milliarden Euro jährlich. Diese Kreise hat Gerster durch seine Reformen massiv gestört.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist wahr!)

Herr Niebel, nach meinem Eindruck ist das, was Sie da machen, pharisäerhaft;

(Dirk Niebel [FDP]: Nein!)

denn Sie wissen es besser. Der Etat für Weiterbildung bei der Bundesanstalt für Arbeit betrug im letzten Jahr 5,2 Milliarden Euro.

(Dirk Niebel [FDP]: Richtig!)

Sie reden von 23 Milliarden Euro.

(C) (Dirk Niebel [FDP]: Gucken Sie mal in die Beschäftigungsgesellschaften!)

Sie haben da den gesamten Etat für die aktive Arbeitsmarktpolitik genannt. Darin sind Lohnkostenzuschüsse usw. enthalten. Lohnkostenzuschüsse bekommen übrigens die Arbeitgeber.

(Dirk Niebel [FDP]: Ja!)

– „Ja!“ rufen Sie immer. Wissen Sie was? Ich fordere Sie auf: Sagen Sie einfach einmal die Wahrheit, Herr Niebel, und führen Sie nicht nur Kampagnen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dirk Niebel [FDP]: Eine Hand wäscht die andere!)

5,2 Milliarden Euro hat die Bundesanstalt im letzten Jahr für berufliche Weiterbildung ausgegeben, davon alleine 4 Milliarden Euro für Unterhaltsgeld. Dieses Geld bekommen die Leute, die sich in der Weiterbildung befinden, für den Unterhalt. Das bedeutet faktisch, dass 1,2 Milliarden Euro übrig bleiben. Davon lebt die gigantische Weiterbildungsindustrie, die hier ins Spiel gebracht wurde.

(Dirk Niebel [FDP]: 25 Prozent Umsatzeinbußen!)

Herr Niebel, statt hier im Plenum oder woanders dumm herumzuquatschen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der FDP)

(D) empfehle ich Ihnen, bei der Wahrheit zu bleiben und sie zu sagen. Das ist viel sinnvoller. Ich bin auch überzeugt, dass Sie es als Mitglied des Fachausschusses besser wissen.

Nun sage ich Ihnen etwas zu dem dritten Argument, das da lautet, der Moloch Bundesagentur sei nicht reformierbar.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist wahr!)

Da wird dann von Beschäftigtenzahlen und Ähnlichem geredet. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir in der Zwischenzeit fünf Reformgesetze auf den Weg gebracht haben

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Besser wäre eines, das funktioniert!)

und dass die Bundesagentur für Arbeit – sie hat gegenwärtig 99 000 Beschäftigte; das entspricht etwa 89 000 Stellen – eine Organisation ist, die dringend reformiert werden muss. Das, was wir mit befristeter Beschäftigung, mit anderen Vergütungsarten, mit einer neuen Wirkungskontrolle und -steuerung machen, kann sich sehen lassen. Ich finde, die Bundesagentur hat für den kompletten öffentlichen Dienst Modellcharakter.

Ich würde mir wünschen, dass Sie, statt die Bundesagentur öffentlich madig zu machen und eine eigene Suppe zu kochen,

(Dirk Niebel [FDP]: Die hat sich selbst madig gemacht! Haben Sie das nicht gemerkt?)

Gerd Andres

(A) mithelfen und mit daran arbeiten, den schwierigen Reformprozess bei der Bundesagentur für Arbeit erfolgreich zu absolvieren. Dann täten Sie etwas Gutes für die Menschen in diesem Land und für dieses Land.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Johannes Singhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Rainer Wend [SPD]: Der sagt jetzt etwas zu Seehofer!)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Clement, Herr Staatssekretär Andres, nach dem schauerlichen Scheitern von Florian Gerster hätten wir in der von Ihnen jetzt beantragten Aktuellen Stunde zum Umbau der Bundesagentur natürlich gerne erfahren, welche konkreten Konsequenzen Sie aus diesen Vorfällen ziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber die Konturenschärfe Ihrer Ankündigungen kann man allenfalls mit in Watte gepacktem Pudding vergleichen, mit nichts anderem.

Was wir wollen, kann ich Ihnen sehr genau sagen: Wir wollen, dass die Bundesagentur in dreierlei Hinsicht reformiert wird. Sie soll schneller, sie soll schlanker und (B) sie soll sparsamer werden.

Schneller heißt vor allem: dezentrale Strukturen, Eingehen auf die Erfordernisse des örtlichen Arbeitsmarktes.

(Klaus Brandner [SPD]: Genau das ist gesetzliche Basis! Erklären Sie das einmal den Zuschauern!)

Der Arbeitsmarkt in Rostock unterscheidet sich von dem Arbeitsmarkt in Berchtesgaden beispielsweise wie Eisbären von Himbeeren.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Wer ist Eisbär und wer ist Himbeere?)

Deshalb müssen wir eine regionalspezifische Konzentrierung vornehmen und damit neue Möglichkeiten eröffnen.

Wir wollen aber auch, dass die Bundesagentur schlanker wird. Schlanker heißt nicht – das sage ich auch an dieser Stelle – Zerschlagung oder Auflösung. Wir wollen eine schlanke Struktur. Dazu gibt es viele Möglichkeiten.

(Gerd Andres [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas zu Seehofer!)

– Habe ich doch gerade getan. Haben Sie nicht aufgepasst? Ich habe das gerade gesagt. Wenn Sie nicht aufgepasst haben, brauche ich es nicht zu wiederholen. Lassen Sie es sich von Ihrem Nachbarn erzählen, Herr Andres.

(C) (Gerd Andres [SPD]: Sagen Sie etwas zu Seehofer! – Dr. Rainer Wend [SPD]: Er soll einmal etwas zu Merz sagen!)

Schlanker heißt, dass jetzt insbesondere bei den Ausführungsgesetzen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Attraktivität für die Kommunen, die Sache zu übernehmen, so erhöht werden muss, dass viele Kommunen und Kreise diese Option auch tatsächlich wahrnehmen. Es darf nicht so sein, dass ein Gesetz entsteht, das letztlich den Gebietskörperschaften aus finanziellen Gründen verbietet, diese Option zu wählen. Das ist das oberste Prinzip für die Verschlankung.

Sparsamer heißt, dass natürlich auch in der Frage der Fort- und Weiterbildung eingespart werden kann. Das gilt auch für die Struktur der Bundesagentur; beispielsweise beim Gebäudemanagement gibt es eine ganze Reihe von Einsparmöglichkeiten.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie nicht mitbekommen, dass das längst passiert?)

Außerdem hätte ich von Ihnen erwartet, Herr Minister und Herr Staatssekretär, dass Sie erklären, wie Ihr Ministerium die Rechtsaufsicht nach diesen Vorkommnissen künftig wahrnehmen will.

(Gerd Andres [SPD]: Herr Singhammer begreift es nie! Das ist alles zwecklos! Das haben wir Ihnen schon dreimal im Ausschuss erklärt!)

(D) Bei allem Respekt vor der Selbstverwaltung, die wir natürlich wollen und hochhalten, kann doch eines nicht richtig sein, nämlich die organisierte Verweigerung der Rechtsaufsicht, die Sie in den letzten Tagen und Wochen praktiziert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit haben Sie auch den Mitarbeitern in der Bundesagentur schweren Schaden zugefügt. Wenn Sie heute Krokodilstränen darüber vergießen, sollten Sie sich zunächst an die eigene Brust klopfen und zugeben: Sie haben angesichts dessen, was sich abgezeichnet hat, viel zu lange abgewartet und gehofft, dass der Fall irgendwie doch noch gut ausgeht. Aber es war von Anfang an erkennbar – spätestens nach dem Bericht des Bundesrechnungshofes –, dass die Sache nicht gut ausgehen wird.

Kommen wir zu der Praxis der Beraterverträge. Es mag durchaus gute Gründe geben, sich beraten zu lassen; dagegen ist auch nichts einzuwenden.

(Franz Müntefering [SPD]: Macht die Bayerische Staatsregierung auch!)

Aber wenn in einem Ausmaß und in einer Dichte Beraterverträge abgeschlossen werden, dass praktisch sämtliche Aufgabengebiete der Bundesagentur nicht nur einmal, sondern doppelt beraten werden,

(Gerd Andres [SPD]: Das ist doch Unsinn! Das ist doch schon wieder die Unwahrheit, was Sie behaupten!)

Johannes Singhammer

(A) dann stellt sich in der Tat die Frage, welche Effekte bei der Einsparung tatsächlich noch zu erzielen sind.

(Gerd Andres [SPD]: Mein Gott, wie Sie mit Dreck schmeißen!)

– Herr Andres, seien Sie ganz ruhig! Ich lese Ihnen einmal das vor, was Ihr eigenes Ministerium hier bekannt gegeben hat: Seit dem Amtsantritt von Herrn Gerster sind Beraterverträge in einem Volumen von 55,5 Millionen Euro vergeben worden; das Gesamtvolumen kann in diesem Jahr noch um weitere 19,5 Millionen Euro erweitert werden.

(Gerd Andres [SPD]: Das wissen wir! – Klaus Brandner [SPD]: Das legt der Aufsichtsrat fest und nicht die Bundesregierung!)

Damit sind wir bei über 75 Millionen Euro für Beratung.

Sie finden praktisch kein einziges Aufgabengebiet der Bundesagentur, in dem es nicht mindestens einmal eine Beratung gegeben hat. Ich möchte hier ein paar Beispiele nennen: Beratung und operative Unterstützung Kommunikationsmanagement, Beratung Vorstand Neuausrichtung BA, Beratung zur Umsetzung des SGB II,

(Klaus Brandner [SPD]: Jetzt müssen Sie uns erklären, warum die Arbeitgeber und die Gewerkschaften das als sinnvoll und notwendig ansehen!)

(B) Reformprojekt BA – Die Agentur, Los D (Einkaufsprozesse), Einkaufsprozesse Arbeitsmarktdienstleistungen, Auswahlverfahren von Führungskräften BA-Systemhaus, Beratungsleistung Einrichtung eines Kommunikationscenters, Projekt virtueller Arbeitsmarkt – ich erspare Ihnen den Rest.

Eines steht doch fest: Wenn die Bundesagentur schon 90 000 Mitarbeiter hat,

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: 99 000!)

dann müssen Sie sich entscheiden: entweder Sie sourcen out und kaufen in großem Stil Beratungsleistungen ein oder aber Sie lassen diese Arbeit von den hoch qualifizierten Mitarbeitern der Bundesagentur erledigen. Das von Ihnen angeführte Argument, Herr Minister Clement, dass man möglicherweise 5 500 zusätzliche Stellen gebraucht hätte, wären die Beraterverträge nicht abgeschlossen worden, und diese Stellen seien dadurch „eingespart“ worden, kann mich in keiner Weise überzeugen. Im Gegenteil: Sparsame Verwaltungsführung heißt, das vorhandene Potenzial und Personal so zu führen und einzusetzen, wie es Sinn macht. Das haben Sie nicht getan.

Deshalb sage ich Ihnen an dieser Stelle: Hören Sie auf mit den Beraterverträgen in dem jetzigen Umfang, seien Sie sparsam und machen Sie jetzt einen Schnitt! Dazu hätte ich von Ihnen hier und heute eine klare Stellungnahme erwartet. Vielleicht können uns einige weitere Redner der Koalition diese noch geben; wir warten darauf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**
Das Wort hat der Kollege Fritz Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal etwas zu den Beraterverträgen sagen. Herr Singhammer, ich glaube, dass Sie es sich da zu einfach machen, wenn Sie populistisch agieren. Sie denken, dass das Wort Berater schlecht ankommt. Also sind Sie gegen Beraterverträge.

Wenn ich mir einmal anschaue, welche Landesregierungen in den letzten Jahren Beratung selbstverständlich in Anspruch genommen haben, als es zum Beispiel um die Neuordnung der Wirtschaftsförderung ging – dazu gehört auch die Bayerische Staatsregierung –,

(Gerd Andres [SPD]: Die haben in Bayern Roland Berger genommen!)

und wenn ich mir anschaue, dass die gleichen öffentlich-rechtlichen Medien, die jetzt skandalisieren, dass Beraterverträge gemacht worden sind, bei Senderfusionen Beratung durch private Gesellschaften selbstverständlich in extenso in Anspruch genommen haben, dann kann ich nur sagen: Das ist eine große Heuchelei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es gilt ein einfacher Satz: Je länger eine große Organisation im eigenen Saft schmort, umso notwendiger ist externer Sachverstand bei der Neuorganisation.

(D) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wo trifft das mehr zu als bei der Bundesagentur für Arbeit? Dass es für sie zutrifft, ist doch wohl logisch.

Dies ist typischer Populismus. Sie reden der „Bild“-Zeitung nach dem Munde. In Wirklichkeit wissen Sie aber genau, wie notwendig Beratung ist. Wenn Bundesminister Clement oder der Chef der Bundesagentur für Arbeit keine Berater hinzugezogen hätte, dann wären Sie die Ersten gewesen, die gesagt hätten: Sachverstand aus der Wirtschaft muss her! Wir brauchen externe Beratung! – Das ist doch pure Heuchelei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Quatsch!)

Auch das gehört zum Thema Heuchelei: Wenn Sie eine Behörde mit fast 90 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jahrzehntelang in einer bestimmten Art und Weise gearbeitet haben, zu einer modernen, effektiv arbeitenden, sparsamen und kundenorientierten Dienstleistungsagentur für Arbeitslose machen wollen, dann müssen Sie gründlich vorgehen. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Ganz oben an der Spitze ist etwas schief gegangen. Wenn man diesen Fehler korrigieren will, dann muss man sagen, dass man nach der Verabschiedung der vielen Reformgesetze zu diesem Reformprozess steht, und dann muss man auch dafür eintreten, dass gerade jetzt dieser Prozess konsequent weitergeht.

Fritz Kuhn

(A)

Ich freue mich über den Grundton in der Rede von Herrn Laumann. Herr Laumann, aber Sie haben natürlich nichts zu dem gesagt, was Ihre Kollegen, zum Beispiel Herr Merz, tatsächlich wollen. Sie wenden die klassische Doppelstrategie an: Für die „Bild"-Zeitung schlagen die einen feste drauf und andere, die wie Herr Laumann etwas von Arbeitsmarktpolitik verstehen, schlagen etwas verständnisvollere Töne an. Weil Sie erklärt haben, dass Sie für die CDU/CSU-Fraktion sprechen, werden wir davon ausgehen, dass die CDU/CSU-Fraktion in Gänze die Bundesagentur für Arbeit erhalten will und dass sie ihren Umbau will.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aber doch nicht so!)

Das ist die Geschäftsgrundlage für die Auseinandersetzung in den nächsten Wochen. Nicht Westerwelle oder Merz, sondern Laumann pur ist die Grundlage für die Gespräche, die wir führen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Ich freue mich!)

Herr Laumann, mit dem, was Sie mit Blick auf die Kommunen gesagt haben, müssen wir uns ernsthaft auseinander setzen. Wir finden es richtig, dass jetzt ein gutes Gesetz gemacht wird, das es den Gemeinden ermöglicht, in diesem Bereich, wenn sie es denn wollen, tätig zu werden. Aber eine Konsequenz müssen Sie im Auge behalten: Auch für die Arbeitslosen, für die die entsprechende Gemeinde diese Aufgabe nicht übernimmt – es werden sich nämlich nicht alle Gemeinden beteiligen –, muss es gut funktionierende Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit geben. Das heißt, es darf nicht so sein, dass die guten Fälle zu den Gemeinden gehen und die anderen vernachlässigt werden. Wir haben die Aufgabe, sicherzustellen, dass überall im Land Arbeitslose besser betreut, besser vermittelt und auch besser behandelt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

(B)

Herr Niebel hat sich sicherheitshalber verdrückt; das kann ich nachvollziehen.

(Gudrun Kopp [FDP]: Er kommt gleich wieder!)

– Er kommt erst gleich wieder; die Präsidentin wird aber die Debatte nicht unterbrechen. – Ich finde, man muss einmal klären, was Herrn Niebel in den fünf Jahren, in denen er bei der Arbeitsverwaltung in Heidelberg gearbeitet hat, persönlich widerfahren ist. Er macht nämlich keine Analyse des Reformprozesses, sondern er kocht sein eigenes Süppchen. Ich habe keine Lust, dauernd von dieser Nummer belästigt zu werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wer sagt: „Bundesagentur für Arbeit jetzt auflösen", der meint natürlich ihre Zerschlagung. Um das zu erkennen, braucht man keine semantischen Turnübungen. Er fordert dies auf dem Rücken der Arbeitslosen, die die Hoffnung haben, dass sie eines Tages besser vermittelt werden. Es handelt sich um einen neoliberalen und kalten Zynismus, den die FDP hier an den Tag legt. Ich bin froh, dass sich die Haltung von Herrn Laumann davon unterscheidet.

(C)

Wir reichen die Hand, für ein gutes Gesetz. Wir müssen die beste Lösung finden. Es muss gelten, dass die Dienstleistung für die Arbeitslosen der Maßstab ist. Der ganze taktische Firlefanz wird zu nichts führen. Was wir brauchen, ist eine effektive Arbeitsverwaltung. Auf dem Weg sind wir und diesen Weg werden wir fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Gerd Andres [SPD]: Der Niebel ist wahrscheinlich beim Interview! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Herr Niebel ist beim Fernsehen! Dummes Zeug erzählen! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU], an die SPD gewandt: Fürchtet ihr euch ohne ihn? – Klaus Brandner [SPD]: Wertet den Mann nicht auf!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist Ihnen aufgefallen – vielleicht auch nicht –, dass sich die PDS im Bundestag nicht an der monatelangen Debatte beteiligt hat, die letztendlich zur Ablösung von Herrn Gerster geführt hat.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Gibt es Sie eigentlich noch? Sind Sie überhaupt noch da?)

(D)

Denn es war eine Stellvertreterdebatte, in der viele ihr Süppchen gekocht haben.

Das eigentliche Problem, die Massenarbeitslosigkeit, gerät so in der Öffentlichkeit immer mehr zur Nebensache. Sie ist aber die Hauptsache für viele persönliche Erniedrigungen und gesellschaftliche Verwerfungen. Deshalb ist hier darüber zu reden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Es kann sein, dass Abgeordnete der PDS öfter mit Arbeitslosen zu tun haben als manch andere.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Ihr seid ja auch nur zwei! Das ist klar!)

Das liegt dann allerdings am Selbstverständnis der Parteien. Jedenfalls weiß ich aus Erfahrung, was die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die so genannte Reform der Bundesagentur für Arbeit für die wirklich Betroffenen, die Arbeitslosen, bedeutet. Ihnen wird nicht geholfen. Sie werden vielmehr für eine falsche Steuer- und Arbeitsmarktpolitik in Haft genommen.

Ich möchte Ihnen das an zwei Beispielen aus meinem Bekanntenkreis illustrieren:

Erstes Beispiel. Ein Ingenieur, inzwischen langzeitarbeitslos, bekam vom Arbeitsamt ein Schreiben. Darin wurde ihm gedroht, er habe gefälligst auch Minijobs anzunehmen; ansonsten würden ihm alle Hilfen gestrichen. Er schrieb zurück: „Bitte nennen Sie mir Minijobs, die

Petra Pau

(A) ich annehmen soll!“ Er wollte solche auch sofort annehmen. Auf eine Antwort wartet er bis heute vergebens.

Zweites Beispiel. Eine Nachbarin von mir ist arbeitslos, ebenfalls seit Jahren. Durch die Agenda 2010 sinken ihre monatlichen Bezüge auf weniger als 400 Euro – zu viel zum Sterben, aber viel zu wenig zum Leben. Nun hat sie die Chance auf einen „Miniminijob“: ganze drei Stunden in der Woche. Sie meldete das pflichtgemäß dem Arbeitsamt. Das Einzige, was ihr zuteil wurde: ein Berg Formulare, damit sie am Ende der Woche diese drei Stunden beim Arbeitsamt minutiös abrechnet.

Herr Gerster war auserkoren, um all das durchzusetzen. Er sei der Beste, meinte Minister Clement bis zuletzt. Deshalb ist es müßig, über richtige oder gefällige Beraterverträge zu streiten. Gerster hat eine falsche Politik exekutiert: eine Politik, die Arbeitslose und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft. Rot-Grün nennt das Reform. Der Opposition zur Rechten geht das Ganze nicht weit genug. Die hohe Arbeitslosigkeit muss aber endlich als strukturelles und anhaltendes Problem begriffen werden. Ihr ist weder durch statistische Tricks noch durch Konjunkturgebete beizukommen. Die Aufgabe von progressiver Politik wäre es, nicht dem Markt zu gehorchen, sondern eine Richtung vorzugeben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Noch ein letztes Wort. Über Ablösesummen und Übergangsgelder wird in der Öffentlichkeit viel geredet. Da geht es um 60 Millionen Euro und mehr für außergewöhnliche Leistungen, wie gesagt wird. Man muss als Arbeits-(B)loser 60 000 Jahre alt werden, um mit Herrn Ackermann und Herrn Gerster gleichzuziehen. Wer bundesdurchschnittlich arbeitet, braucht mehr als 3 000 Jahre, um ähnlich viel zu verdienen. Das ist fürwahr außergewöhnlich, allerdings nicht die Leistung!

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Kollege Rainer Wend, SPD-Fraktion.

Dr. Rainer Wend (SPD):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Niebel, sozusagen außerhalb der Tagesordnung möchte ich Ihnen vorweg erwidern: Sie haben eben in Bezug auf den Kollegen Andres ein wenig abfällig gesagt: Vom Postsekretär zum Staatssekretär.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Gewerkschaftssekretär!)

Postsekretär ist erstens ein ordentlicher Beruf.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist wahr!)

Zweitens ist Herr Andres damals Maschinenschlosser gewesen.

(Dirk Niebel [FDP]: Und Gewerkschaftssekretär!)

(C) Drittens sind wir Sozialdemokraten nach wie vor stolz darauf, dass in unseren Reihen auch Maschinenschlosser Abgeordnete und Staatssekretäre werden können. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD – Dirk Niebel [FDP]: Man kann bloß nicht jeden zum Staatssekretär machen! Das ist das Problem!)

Wenn wir über die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit reden, sollten wir drei Dinge berücksichtigen. Das eine ist die politische Klarheit. Minister Clement hat mit aller Deutlichkeit gesagt: Falls es jemanden geben sollte, der glaubt, durch die Demontage von Florian Gerster, die es teilweise gegeben hat, und durch dessen Abberufung den Reformkurs bei der Bundesagentur rückgängig machen zu können, so hat sich dieser geirrt. Die Bundesregierung wird unbeirrt am Reformkurs festhalten. Auf unserer Seite des Hauses ist politische Klarheit geschaffen worden. Auf Ihrer Seite fehlt es an der Klarheit.

Eines muss ich noch einmal sagen: Ich höre Herrn Laumann und lese Ausführungen der Kollegin Wöhrl, darüber hinaus lese ich aber auch die Ausführungen von Herrn Merz und Herrn Seehofer. Herr Merz ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Herr Seehofer stellvertretender Parteivorsitzender. Ich habe eine Bitte: Die Parteivorsitzenden Merkel und Stoiber sollten klären, ob die Unionsparteien zur Bundesagentur und zur Reformierbarkeit der Bundesagentur stehen oder nicht. Die Klarheit darüber muss auf den Tisch.

(Beifall bei der SPD)

(D) Der zweite Aspekt – neben der politischen Klarheit – betrifft Folgendes: Wir brauchen Wirtschaftswachstum.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die beste Arbeitsmarktpolitik wird ohne Wirtschaftswachstum keinen durchgreifenden Erfolg haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Ihr stellt doch den Minister!)

Deshalb ist es richtig, die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum verbesert zu haben und weiter zu verbessern. Ich nenne dazu Stichworte: Wir hätten die Steuerreform gern etwas weiter getrieben, was aber im Bundesrat scheiterte. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ebenso ein Thema, über das wir weiter diskutieren müssen. Das Thema Innovation in Wirtschaft und Wissenschaft wird uns bewegen. Dies alles macht die Rahmenbedingungen für ein besseres Wirtschaftswachstum aus.

Ein dritter Punkt, nämlich die Senkung der Beschäftigungsschwelle, steht im Zentrum. Das heißt: Wir brauchen in Deutschland zwischen 1,7 Prozent und 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Andere Länder sind deutlich besser, sie schaffen es bei niedrigerem Wachstum.

Was können wir tun? Wir können die Beschäftigungsschwelle durch eine intelligentere und bessere Arbeitsmarktpolitik senken. Hierbei haben wir bzw. die Bundesagentur in der Vergangenheit einiges erreicht. Die

Dr. Rainer Wend

Instrumente beginnen zu greifen. Ich verstehe, wenn bei den Personal-Service-Agenturen noch nicht alles hundertprozentig funktioniert. Es gibt aber immerhin über 40 000 Beschäftigte, erste so genannte Klebeeffekte werden deutlich.

Machen Sie die Existenzgründungen nicht nieder! Wir haben über die Ich-AG ungefähr 90 000 Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausgeholt und in die Selbstständigkeit geführt. In diesem Zusammenhang müssen wir überlegen, welche Verbesserungen durch Begleitung noch möglich sind. Mentalitätsmäßig aber müssen wir erst einmal klar machen, dass der Weg aus der Arbeitslosigkeit nicht nur durch den klassischen Job in der Industrie möglich ist, sondern dass man sich darüber hinaus auch selbstständig machen kann. Das ist in den letzten Monaten in Bewegung gebracht worden und das ist eine gute Sache, die wir loben sollten.

Ich möchte daher meinen Dank an Florian Gerster richten, der bei aller Problematik der Persönlichkeit, die ich nicht verschweigen will, die neuen Instrumente mit viel Intensität und Energie angewandt hat. Ihm sei Dank dafür. Den Menschen, die in der Bundesagentur beschäftigt sind, wünsche ich Mut, diesen Weg auch in Zukunft weiterzugehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Weitergehen heißt, die Instrumente, die uns Hartz IV bringt, zu nutzen. Was soll in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden? Ich will einige Stichworte nennen. Es geht um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Es geht um Jobcenter, in denen die Bundesagentur zusammen mit den Kommunen durch Bündelung von Kompetenzen eine bessere Vermittlung erreichen will. Wir müssen hinsichtlich der Zumutbarkeit das Prinzip „Fördern und Fordern“ für Arbeitslose verbessern.

Ich fasse zusammen: Wir müssen erstens die Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum verbessern. Wir brauchen zweitens Verlässlichkeit in der Politik. Drittens müssen die Reformen auf dem Arbeitsmarkt vorankommen und für mindestens den letzten Punkt brauchen wir eine Bundesagentur, die reformiert und dadurch schlagkräftiger wird. Daran arbeiten wir.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Das Wort hat der Kollege Hans-Joachim Fuchtel, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Joachim Fuchtel (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wenn das Thema dieser Aktuellen Stunde wie die Flucht nach vorn aussieht – für uns ist das Vergabethema noch nicht abgehakt.

(Klaus Brandner [SPD]: Wir müssen nicht fliehen! Wir haben etwas vorzuzeigen, Herr Fuchtel!)

Wer in der letzten Woche in seinem Wahlkreis war, der hat erlebt, dass das Verhalten der Bundesregierung in dieser Angelegenheit der Bevölkerung schlichtweg auf den Keks geht. Es kann auch nicht sein, dass der Bürger immer weniger in der Tasche hat und in Berlin mal da, mal dort freihändig mit Millionen jongliert wird. So geht das einfach nicht weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei diesem Schlendrian, der Kumpanei und der Korruptionsgefahr hilft nur eine generell verstärkte Kontrolle durch uns als Vertreter der Steuerzahler, damit wieder Vertrauen wachsen kann und geordnete Verhältnisse entstehen können.

Die Kollegin Dückert hat vorhin in etwas hilflosem Ton gesagt:

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach mein Gott, Herr Fuchtel!)

So etwas darf nicht wieder vorkommen. – Das ist zu wenig!

Als Obmann der CDU/CSU im Rechnungsprüfungsausschuss schlage ich heute konkret vor:

Erstens. Die Regierung wird bis auf weiteres verpflichtet, dem Bundesrechnungshof sämtliche Vergaben von Gutachteraufträgen vorzulegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Der Haushaltsausschuss vereinbart mit dem Bundesrechnungshof eine Kriterienliste, nach welcher er vom Bundesrechnungshof die Vergabeentscheidungen zur Bearbeitung vorgelegt bekommen möchte.

Drittens. Das Ganze wird zunächst ein Jahr lang in der Hoffnung exerziert, dass die Regierung bis dahin den rechtmäßigen Umgang mit Vergaben eingeübt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Maßnahmen sind notwendig, weil die Bevölkerung von uns erwartet, dass hier bald wieder ein anderer Wind weht und dass wir nicht weiter nach dem Motto „Weiter so“ und dem Prinzip der Verdrängung handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist unsere klare Linie für die Zukunft. Diese Linie wird übrigens auch in einer anderen Frage vom Haushaltsausschuss verfolgt, nämlich bei der Vorlage von Entscheidungen im Bereich der Garantien und Bürgschaften, die grundsätzlich dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden. Hier müssen wir uns einfach eine Zeit lang die Mühe machen, uns die Dinge anzuschauen, bis das Durcheinander in der Regierung aufhört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Uwe Küster [SPD]: Fuchteln Sie hier doch nicht so rum!)

Für die Reform der Bundesagentur ist es erforderlich, dass alle Beteiligten unbelastet sind. Die Besetzung der

Hans-Joachim Fuchtel

(A) Position der Vorsitzenden des Verwaltungsrates mit Frau Engelen-Kefer ist eine Verneigung von Regierung und Gewerkschaften vor der personifizierten Reformunfähigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Gerd Andres [SPD]: So ein Quatsch! So ein Unsinn!)

– Hier sagt der Kollege Andres: „So ein Quatsch!“

(Klaus Brandner [SPD]: Er kennt sich aus!)

Wer die Insider gehört hat, weiß: Die haben deshalb so lange mit sich gerungen, ob sie den Gerster ablösen sollen, weil sie Angst gehabt haben, dass dieser Mann dort Platz nehmen wollte. Jetzt sitzt er hier und sagt: „So ein Quatsch!“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Uwe Küster [SPD]: Mit der langen Latte im Dunkeln!)

Bei der Regierung gilt: Die Kleinen dürfen sich nichts erlauben, die Großen alles! Als zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss habe ich seit Oktober letzten Jahres bei Staatssekretär Andres auf Klärung bezüglich der fraglichen Vergaben gedrängt. Und was hat er gemacht?

(Dirk Niebel [FDP]: Nichts!)

– Heiße Luft! Er hat gedacht, er könne die Sache aussitzen. Das ist ihm nicht gelungen.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU – Dirk Niebel [FDP]: Er wollte sich dumm halten, damit er den Journalisten nichts sagen muss! Das hat er selbst gesagt!)

Der Einschaltung des Bundesrechnungshofes hätte es eigentlich gar nicht bedurft. Das Ministerium hat genügend qualifizierte Beamte, die die Frage der Rechtmäßigkeit dieser Vergaben eigentlich von sich aus im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht hätten prüfen müssen, und zwar unverzüglich und völlig unabhängig von dem, was im Verwaltungsrat im Rahmen der Fachaufsicht durchgeführt wird. Hierin liegt Ihr Versäumnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich muss zitieren, was dieser Mann, der sich hier vor Lachen kaum auf dem Stuhl halten kann, dem es scheinbar völlig egal ist, wenn uns Hunderttausende Euro durch die Lappen gehen,

(Gerd Andres [SPD]: Nein! Das ist nicht wahr! Ich lache über Sie! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Außer Fuchteln kann Fuchtel nichts!)

am 28. November 2003 im Ausschuss gesagt hat:

> Wir kriegen die Verträge, wir kriegen die Vermerke, wir kriegen alles. Ich darf Ihnen aber sagen, ich kenne sie nicht, will sie auch gar nicht kennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So nimmt dieser Mann seine Aufgabe in der Regierung wahr! Unsere Forderung lautet: Nicht nur Gerster (C) hat zu gehen, sondern auch Andres hat auf jeden Fall wegen Unfähigkeit seinen Hut zu nehmen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dirk Niebel [FDP]: Der Fuchtel ist Klasse!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Doris Barnett, SPD-Fraktion.

(Dirk Niebel [FDP]: Man darf Herrn Andres bloß nicht mit Faktenwissen belasten! Das ist das Problem!)

Doris Barnett (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden hier nicht über die Umbesetzung der Bundesregierung, sondern über den Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister.

(Dirk Niebel [FDP]: Das andere wäre auch wichtig!)

Der Umbau der Bundesanstalt zu einem Dienstleister, nämlich zu einer Agentur, ist mittlerweile auf dem Erfolgsweg. Das haben wir gemeinsam mit den Beschäftigten trotz der Ausbremsversuche aus den Reihen der Opposition hinbekommen.

Der seinerzeitige Vermittlungsskandal – gerade einmal zwei Jahre her – hat uns allen deutlich vor Augen geführt, dass die Steuerung der Anstalt von einem falschen Weltbild geprägt war, nämlich dem, möglichst viele Vermittlungen nachzuweisen. Der Kundenbezug war egal. (D)

Das war altes Denken, das sogar im Gesetz manifestiert wurde. Damit haben wir aber schnell aufgeräumt. Wir haben der Bundesanstalt neue Instrumente gegeben und alte verändert. Wir haben sie in die Lage versetzt, dem Markt und nicht nur sich selbst zu genügen. Die neue BA ist für die Zukunft gut gerüstet. Sie hat zwei starke Säulen: Die eine ist ihre Zentralität in der Organisation und der Steuerung, die andere ihre Dezentralität durch die ortsnahe Leistungserbringung. Gerade das ist in der Diskussion darüber, wie Hartz IV umgesetzt werden soll, ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Aber das verstehen noch nicht alle.

Denn durch ihre dezentrale Leistungserbringung ist sie in einem Netz von rund 850 Dienststellen organisiert, die vor Ort präsent sind und alle örtlichen Arbeitsmärkte sowie die dort operierenden Kooperationspartner kennen. Durch ihre Zentralität ist sie in der Lage, Verfahren sehr schnell bundeseinheitlich umzusetzen und gleiche Standards zu schaffen. Insellösungen mit unterschiedlichen Angeboten, unterschiedlichem Betreuungsumfang usw., wie sie von Ihnen, der Opposition, angedacht sind, würden die Zerschlagung der BA bedeuten. Das wird es mit uns nicht geben. Auf diesem Weg reißen Sie ein weiteres Stück Sozialstaat ein.

Nicht nur die FDP, sondern auch die CDU gibt der BA keine Überlebenschance. Wie sonst ist es zu verstehen, dass Herr Schauerte gestern sagte, dass die CDU/CSU auf absehbare Zeit an einer reformierten BA fest-

Doris Barnett

(A) halten will? Was bedeutet: auf absehbare Zeit? Wann ist diese Zeit für Sie vorbei? Wenn die Städte optieren? – So verklausuliert reden die Vertreter der FDP nicht. Sie reden Klartext.

Trotz aller Unkenrufe der Totengräber ist die BA kein zentralistischer Moloch. Vielmehr ist sie heute mehr denn je ein kundenorientierter Dienstleister. 1 100 der 90 000 Mitarbeiter waren einmal in Nürnberg beschäftigt. Viele dieser Stellen sind längst nach unten verteilt worden. In der Zentrale werden nur noch 400 Stellen bleiben. Denn es geht nicht um das Verwalten, sondern um Eingliederung, Beratung, Vermittlung, Förderung und auch um Lohnersatzleistungen. Dafür müssen die Mitarbeiter der BA aber dort sein, wo auch die betroffenen Menschen sind. Genau das haben wir durch das Hartz-III-Gesetz geschafft.

Dass die Arbeitsverwaltung immer besser wird, den arbeitssuchenden Menschen also immer besser helfen kann, zeigen die Ergebnisse. So ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2003 konjunkturbedingt zwar stark angestiegen. Trotzdem hält sich die Zunahme in Grenzen, weil die getroffenen Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und greifen konnten. Die Bemühungen um Integration in den ersten Arbeitsmarkt machen sich bemerkbar. Es konnten 13,6 Prozent mehr Arbeitslose als im Vorjahr in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Es konnten 12,2 Prozent mehr Menschen als im Vorjahr durch Eigeninitiative eine Arbeit finden. Durch stärkere Inanspruchnahme von Dritten bei der Vermittlung konnten erheblich mehr Menschen mit besonderen Erschwernissen wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren. (B) Im letzten Jahr wagten 250 000 Menschen den Schritt vom Arbeitslosen zum Existenzgründer. Nicht alle werden Erfolg haben. Aber diejenigen, die durchhalten – das werden viele sein –, schaffen weitere Arbeitsplätze.

Bei der Auswahl der Maßnahmen orientieren sich die Arbeitsämter immer stärker daran, wie groß der Integrationserfolg ist. So können die Gelder besser eingesetzt werden. Im Gegensatz zur Auffassung von Herrn Niebel wird damit nicht eine Arbeitslosenindustrie ausgehalten. Was hätten Sie als Vermittler nur gemacht, wenn es keine Bildungsträger gegeben hätte? Hätten Sie den Betroffenen wenigstens die Leistungen ausbezahlt?

(Dirk Niebel [FDP]: Die Vermittler zahlen kein Geld aus! Sie vermitteln!)

Das wäre für den Vermittler zwar einfach und Zeit sparend, für den Arbeitslosen aber nicht unbedingt optimal.

Die Transformation von einer Versorgungsanstalt in eine Eingliederungsmaschine läuft. Sie läuft gut. Wir können den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur danken; denn von ihren Anstrengungen profitiert unsere ganze Gesellschaft. Dass dieser Prozess begleitet werden muss, damit Fehlentwicklungen rechtzeitig abgewendet werden können, weiß hier im Haus eigentlich jeder. Das macht die Wirtschaft so und das macht auch die BA. In ihrem 53-Milliarden-Euro-Haushalt setzt sie immerhin 0,08 Prozent für Beratung ein. Das macht sogar die Herzog-Kommission, die man vielleicht besser in (C) McKinsey-Kommission umbenennen sollte. Überlegen Sie sich Ihre Bemerkungen zu den Beraterverträgen also gut! Denn sonst schaden Sie einem Berufsstand, der hierzulande vieles mit bewegen konnte – selbst bei Ihnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Hartmut Schauerte, CDU/CSU-Fraktion.

Hartmut Schauerte (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Debatte auf mich wirken lassen und muss mich fragen, was sie eigentlich sollte. Kurz nachdem Sie die Diskussion um den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur, die sich über Wochen und Monate hingezogen hat und für Sie ausgesprochen peinlich war, mit dessen Entlassung beenden mussten, beantragen Sie diese Aktuelle Stunde und wollen eine Debatte über den Umbau der Bundesanstalt zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen führen. Wer in aller Welt hindert Sie daran, den Umbau vorzunehmen? Wo liegt das Problem? Sie haben die Mehrheit und können entscheiden.

(Klaus Brandner [SPD]: Das ist doch prima, dass Sie den Prozess unterstützen!)

Ich habe von Ihnen zu diesem Thema, das Sie selbst vorgegeben haben, nichts Neues gehört. Sie sind in dieser (D) Debatte strategisch nicht richtig aufgestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dirk Niebel [FDP]: Sie wollten die Opposition beschimpfen und nicht mehr! – Klaus Brandner [SPD]: Es geht nicht um Strategie, es geht um Ergebnisse!)

Herr Gerster war für Gerhard Schröder, der ja schon häufiger personalpolitische Fehlentscheidungen zu verantworten hatte, und für Wolfgang Clement der beste Mann für diese Aufgabe. Die Regierung hat ihn nach der Stellungnahme des Verwaltungsrates entlassen. Warum sollen wir darüber noch streiten?

(Klaus Brandner [SPD]: Sie haben es doch gefordert: sofort entlassen!)

Wir müssen zusehen, dass wir nun den besten Mann für diese unglaublich große und schwierige Aufgabe finden. Da Sie aber noch immer Loyalitätsbekundungen abgeben und beteuern, Herr Gerster sei ein guter Mann gewesen, droht uns doch, dass Sie wieder einen Mann von ähnlicher Qualität nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wollen Sie aus dem, was abgelaufen ist, keine Konsequenzen ziehen? Was soll uns diese Debatte bringen?

(Gerd Andres [SPD]: Deswegen hat Ihr Geschäftsführer auch dringliche Fragen gestellt!)

Hartmut Schauerte

(A) Bis jetzt hat sie uns erstaunlich wenig gebracht.

Sie haben Herrn Clever erwähnt, der übrigens nicht mein Freund ist. Das ist hier so vorgetragen worden.

(Klaus Brandner [SPD]: Den hat der Göhner reingeholt!)

Wollen Sie mit Frau Engelen-Kefer, der ewig freundlichen und liebenswürdigen Begleiterin der Bundesanstalt für Arbeit alter und neuer Prägung, eine Diskussion darüber anfangen, dass Sie die Befürchtung haben, der Reformprozess könne behindert werden?

(Klaus Brandner [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zu dem Verhältnis Göhner, BDA und CDU!)

Sie werfen uns von der Union vor, wir wollten den Reformprozess behindern. Das ist doch abstrus! Wir wollen Reformen schneller haben als Sie. Die FDP will die Agentur sogar abschaffen; so schnell will sie reformieren. Die CDU sagt,

(Klaus Brandner [SPD]: Teile!)

wir sollten es mit dieser Agentur versuchen – hoffentlich klappt es –, aber so schnell und so effektiv wie möglich und mit möglichst schlanken Strukturen.

(Klaus Brandner [SPD]: Sie wissen doch: Klärungsprozesse sind immer wichtig!)

Gegen wen kämpfen Sie also, wenn Sie mit Kraft in der Stimme verkünden, der Reformprozess müsse fortgesetzt werden? Die einzigen Personen, bei denen die (B) Frage berechtigt ist, ob sie den Reformprozess fortsetzen wollen, sitzen bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie hatten mit Blick auf Frau Engelen-Kefer doch die Sorge, ob man ihr den Abschuss von Herrn Gerster erlauben konnte,

(Klaus Brandner [SPD]: Clever hat ihn abgeschossen! Der „Stern“ meldet: Clever hat ihn abgeschossen!)

weil Sie glaubten, sie wolle diese Reformen nicht und deswegen auch nicht Herrn Gerster, weil er ihr zu reformerisch war.

(Dirk Niebel [FDP]: Das ist genau der Punkt! Darüber denkt noch nicht einmal jemand nach!)

Das ist die objektive Einschätzung der gesamten Öffentlichkeit. Sie müssen sich darüber klar werden.

Herr Brandner, heute war in den Tageszeitungen die Bemerkung Ihres Bundeskanzlers zu lesen, mit den Belastungen müsse nun Schluss sein. Ich vermute, bei Ihnen besteht das Problem, dass Sie glauben, mit den Reformen sei nun Schluss.

(Klaus Brandner [SPD]: Das hat er überhaupt nicht gesagt! So viele Reformen wie dieser Bundeskanzler auf den Weg gebracht hat, dafür hätten Sie Jahrzehnte gebraucht!)

(C) Das überdecken Sie hier verbal. Die heute von Ihnen anberaumte Debatte ist völlig unnötig und beweist, dass Sie sich damit selbst ermutigen wollen, weiterzumachen. Uns brauchen Sie bei diesem Thema keine Ratschläge zu geben.

(Klaus Brandner [SPD]: Da haben wir Sie aus dem Dornröschenschlaf aufgeweckt, jetzt geht es vorwärts und Sie sind immer noch nicht zufrieden!)

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, die mir darüber hinaus wichtig sind. Zum einen muss man darüber nachdenken, wie es mit der Bundesanstalt und ihren Gremien weitergehen soll, ob sie richtig besetzt sind und ob es zu viele Abhängigkeiten gibt.

(Zuruf von der SPD: Ja! Das haben wir gerade geregelt! – Gegenruf des Abg. Dirk Niebel [FDP]: Nicht wirklich!)

Gibt es genügend Transparenz? Ich will das einmal auf die Aktiengesellschaften in Deutschland übertragen. Man hört in diesem Zusammenhang die Stichworte Good Governance und Good Conduct. Cromme und Professor Braun geben vor, wie sich wer zu verhalten hat und was er bekannt zu geben hat. Im gesamten öffentlichen Bereich findet eine solche Debatte nicht statt. Ich möchte aber auch für diesen Bereich wissen, wer warum wie entscheidet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir verpflichten die Vorstände der Unternehmen, der Welt zu erklären, wie viel Geld sie verdienen. Aber das (D) Einkommen des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit ist ein Staatsgeheimnis, das nicht einmal der Verwaltungsrat kennen darf. Das sind eigenartige Verhältnisse. Es gibt eine ganze Menge zu verändern. Machen Sie mit! Seien Sie mutig!

Der zweite Punkt betrifft die Beraterverträge. Wir brauchen kluge Beratung. Aber kluge Beratung darf nicht aus strategischen Gründen eingesetzt werden oder weil man keinen Mut hat oder weil man taktisch um Ecken spielen will. Man muss sie vielmehr sparsam und effektiv einsetzen. Sie muss anhand ganz objektiver Kriterien erfolgen.

Warum bleibt es eigentlich folgenlos, wenn man Beratungsaufträge vergaberechtswidrig vergibt? Überall reden wir über die stärkere Haftung des Managements und der verantwortlichen Leute. In diesem Bereich zieht die Rechtswidrigkeit keine Folgen nach sich. Lassen Sie uns über solche Dinge nachdenken! Im Interesse der Beraterbranche müssen wir dafür sorgen, dass ein Schmuddelimage aufgrund zu vieler rechtswidriger, ungeklärter und nicht transparenter Entscheidungen, insbesondere in der Politikberatung, vermieden wird. Hier sind wir und die Beratungsbranche in der Pflicht, Wege zu finden, durch die verhindert wird, dass sich das weiter fehlentwickelt.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit deutlich überschritten.

(A)

Hartmut Schauerte (CDU/CSU):

Ich bitte um Entschuldigung. – Ich erinnere an die Bauwirtschaft. Ich möchte nicht, dass die Beraterbranche in einen negativen Ruf kommt. Lassen Sie uns sorgfältig darüber nachdenken!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Aktuellen Stunde ist der Kollege Hans-Werner Bertl, SPD-Fraktion.

(Dr. Rainer Wend [SPD]: Das ist ein würdiger Abschluss! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Wenn Sie als Redner das selbst so empfinden!)

Hans-Werner Bertl (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit bis 1998 – in Zeiten höchster Arbeitslosigkeit! – haben Sie, CDU/CSU und FDP, die damalige Bundesanstalt vor sich hindümpeln lassen und für parteipolitisch fragwürdige Ziele missbraucht. Ich erinnere hier nur an die dubiosen Wahl-ABM. Letztendlich haben eindeutig Sie den Zustand zu verantworten, der uns dazu zwingt, die Bundesanstalt im Rekordtempo zu reformieren. Das muss man hier einmal klar machen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Wir waren es, die den Umbau einer der wichtigsten sozialen Sicherungssysteme für die Arbeitnehmer in Deutschland vorgenommen und eine Reform eingeleitet haben, die aus der Anstalt eine kompetente Dienstleisterin für Arbeitgeber machen wird.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Jetzt trauen Sie sich nicht!)

Und was machen Sie? Die FDP – Kollege Westerwelle und Kollege Niebel, der eigentlich besser wissen müsste, was los ist – verbreitet die Mär von der gigantischen Mammutbehörde, die irgendwo in Nürnberg mit 90 000 Menschen auf einem Hügel sitzt, unflexibel und Spielball innerhalb mafiöser Strukturen ist.

(Dirk Niebel [FDP]: So ein Quatsch! Das haben Sie gesagt!)

– Das ist doch Ihre Position.

(Gerd Andres [SPD]: Das ist eine frühkindliche Schädigung bei Niebel!)

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU erklärt unterdessen, es müsse eine private Versicherung abgeschlossen werden. Ich frage mich: Wie soll das funktionieren, Herr Merz? Soll es eine Teilkasko- oder eine Vollkaskoversicherung sein? Soll sie mit oder ohne eine Insassenversicherung abgeschlossen werden?

Ich glaube, das, was hier passiert, muss die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die weit über 90 Prozent der Mittel für die Bundesagentur aufbringen, wach und empört machen. Sie diskreditieren und verleugnen die Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit. Ich frage mich, ob Sie sich wirklich bewusst sind, was Sie den Vertretern der Arbeitgeber, den Vertretern der Arbeitnehmer und der öffentlichen Hand unterstellen, ohne dass Sie bis heute einen Beweis hier auf den Tisch gelegt haben.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Was ist die Bundesagentur für Arbeit wirklich? Ist sie der von Ihnen geschilderte unbewegliche Moloch? – Nein! 181 lokale Arbeitsagenturen, die früheren Arbeitsämter, und 660 Geschäftsstellen verteilen sich über ganz Deutschland. Von den so oft zitierten 90 000 Mitarbeitern sind ganze 1 100 – demnächst 400 – in Nürnberg beschäftigt. Mit der von uns betriebenen Reform wollen wir diese dezentrale Struktur stärken

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Machen Sie es doch! Wer hindert Sie daran? Machen Sie voran!)

und die Mitarbeiter mit denjenigen zusammenbringen, die in den Städten und Kreisen in den letzten Jahren kompetent und engagiert gegen die Arbeitslosigkeit angegangen sind und sich um die Probleme der Menschen gekümmert haben.

(Dirk Niebel [FDP]: Warum habt ihr das denn ins Gesetz geschrieben?)

Meine Damen und Herren, das heißt: Unser Reformziel ist es, für die Menschen vor Ort Ansprechpartner an *einer* Stelle zu haben, die sich in *einer* Einrichtung um sie kümmern und dafür sorgen, dass Stunden und Tage der Ämterlauferei in diesem Land endlich der Vergangenheit angehören.

(D)

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Wer hindert Sie denn? Machen Sie es doch! – Dirk Niebel [FDP]: Machen Sie es doch!)

Wir wollen, dass die Jobcenter und Dienstleistungsagenturen kompetente und erreichbare Partner für die Unternehmen sind, die einen Job anbieten wollen, Fragen zu Arbeitserlaubnissen haben, einen schwerbehinderten Menschen einstellen wollen oder eine Ausbildungsstelle zur Verfügung stellen können. Da liegt unsere Perspektive für die neue Agentur für Arbeit: Sie soll nicht mehr Anstalt, Behörde oder Amt sein, und zwar nicht mehr in den Köpfen ihrer Mitarbeiter, aber auch nicht mehr in den Augen derer, die sie als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, als Arbeitslose oder Schüler und Schülerin aufsuchen.

Wir sind für die Reform und für Veränderungen. Mit Ihrer Forderung nach Auflösung und Abschaffung werden Sie bei uns aber auf härtesten Granit stoßen. Die Idee einer privatisierten Arbeitslosenversicherung wird von uns – ich bin sicher, auch von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern in Deutschland – als ein Angriff auf eines der wichtigsten sozialen Sicherungssysteme verstanden werden. Sie ist aber auch ein Angriff auf ein Instrument zur Gestaltung unserer regionalen Arbeitsmärkte. Wenn dieser Zusammenhang begriffen wird, dann wird klar, wie absurd Ihre Position, insbesondere die der FDP, ist.

Hans-Werner Bertl

Ich kann Ihnen nur eines raten: Unterstützen Sie unseren Reformprozess! Geben Sie – so wie wir das bei dieser schwierigen Umgestaltung machen – denen, die Verantwortung tragen, also den Mitarbeitern in den Agenturen für Arbeit, und denen, die für die Seite der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die öffentliche Hand vor Ort Verantwortung tragen, die reelle Chance, diesen Weg des Umbaus mitzugehen, und geben Sie denen, die in den Städten und Kreisen eine Entscheidung über die zukünftige Zusammenarbeit treffen müssen, die Perspektive, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit für die Menschen als kompetente Partner tätig zu werden!

Die bisherigen Auswirkungen der umgesetzten Hartz-Konzepte, die als Gesetz erst vor wenigen Wochen in Kraft getreten sind, versprechen schon heute zu einem Erfolg zu werden. Mit Ihrer vordergründigen und skandalösen Kampagne werden Sie an den Bedürfnissen der Menschen vorbeilaufen.

(Dirk Niebel [FDP]: Wir haben gar keine Kampagne gemacht!)

Wir hingegen wollen, dass mit der Bundesagentur für Arbeit ein kompetenter Partner bei der Zusammenarbeit auf kommunaler und auf Kreisebene zur Verfügung steht, der den Menschen hilft, wieder in Arbeit zu kommen, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei der Besetzung von Stellen zur Verfügung steht und der letztendlich eine Dienstleistung ermöglicht, die bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes allen Seiten gerecht wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhold Hemker, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Verbesserung der Welternährungssituation und Verwirklichung des Rechts auf Nahrung

– zu dem Antrag der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Dr. Christian Ruck, Christa Reichard (Dresden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Verantwortung für die Sicherheit der Welternährung übernehmen – Chancen der Grünen Gentechnik nutzen

– Drucksachen 15/1316, 15/1216, 15/2234 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Reinhold Hemker
Helmut Heiderich
Ulrike Höfken
Dr. Christel Happach-Kasan

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Reinhold Hemker, SPD-Fraktion.

Reinhold Hemker (SPD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, Hunger und Unterernährung sind meistens die Folge von Arbeitslosigkeit und Armut. Sie wurzeln vor allem im fehlenden Zugang zu Land, Wasser, Bildung oder Krediten. Wir stellen fest: Es ist ein Skandal, dass weltweit noch immer rund 840 Millionen Menschen nicht genug zu essen haben, obwohl eine ausreichende Versorgung aller Menschen auf der Grundlage des heutigen Produktionsumfangs von Nahrung möglich wäre.

Wir erinnern uns: Erstens. Bereits in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen aus dem Jahre 1948 wurde das **Recht auf Nahrung** festgeschrieben.

Zweitens. Schon 1961 wurde das erste Welternährungsprogramm durch die Vereinten Nationen verabschiedet. Dieses Programm konzentrierte sich im Wesentlichen auf zwei Aufgaben: einerseits auf Nahrungsmittelhilfe als Nothilfe, international „Emergency Operation“ genannt, und andererseits auf Nahrungsmittelhilfe zur Stützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Development Programme.

Drittens. 1966 wurde der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vereinbart. In Art. 11 heißt es, dass das Recht auf einen Lebensstandard mit – ich zitiere – „ausreichender Ernährung“ anerkannt wird. 1996 schließlich wurde auf dem Welternährungsgipfel ein Aktionsplan mit dem Hauptziel verabschiedet, eine Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015 zu erreichen. In einem besonderen Kapitel wurde damals das Recht auf Nahrung bekräftigt.

Seit 1999 gibt es erstmals eine klare Definition von „Recht auf Nahrung“. So heißt es unter anderem: Verwirklicht ist das Recht auf Nahrung, wenn Menschen jederzeit durch Eigenproduktion oder Kauf ausreichend Zugang zu angemessener Nahrung ohne schädliche Inhaltsstoffe haben. Die Nahrungsmittel müssen ausgewogen, gesund und der jeweiligen Kultur angemessen sein. Bei der Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen hat der Staat drei Grundverpflichtungen: Er muss den bestehenden Zugang zur Nahrung erstens respektieren, zweitens schützen und drittens gewährleisten.

Nach Schätzungen der FAO über die Anzahl der unterernährten Menschen gibt es einen alarmierenden Trend. Die Reduzierung der Zahl der Hungernden hat sich stark verlangsamt, China ausgenommen. Das gilt

Reinhold Hemker

(A) insbesondere für das subsaharische Afrika. Die Verringerung beträgt seit 1996 jährlich circa 2,5 Millionen. Wir wissen aber: Zur Erreichung des Ziels der Halbierung bis 2015 müsste die Zahl der Hungernden jährlich um 24 Millionen abnehmen. Darum hat der FAO-Gipfel 2002 der Staatengemeinschaft den Auftrag erteilt, Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu entwickeln und alle, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, daran zu beteiligen.

Dazu gehört: Erstens. Das Recht auf Nahrung muss **Teil der nationalen Gesetzgebung** werden, auch der jeweiligen Verfassung. Zweitens. Es müssen öffentliche und demokratische Gremien mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung sowie Institutionen und Rechtswege geschaffen werden, um das Recht auf Nahrung einklagbar zu machen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Bei wem denn einklagen?)

Dazu gehören auch Land- und Bodennutzungsreformen zur nachhaltigen Ernährungssicherung. In einem Richtlinienentwurf, den die Bundesregierung Ende letzten Jahres vorgelegt hat, wird das auch als zentrale Aufgabe herausgestellt.

Hinzukommen müssen Ausbildungsmaßnahmen, bessere landwirtschaftliche Dienstleistungen sowie Infrastruktur und Marktentwicklung. Ziel ist auch die Verbesserung der Produktivität unter Berücksichtigung der klimatischen und ökologischen Bedingungen. Dabei sind die Erfahrungen mit der so genannten Grünen Revolution zu berücksichtigen. Diese Maßnahmen müssen (B) bei der Gestaltung der EZ verstärkt berücksichtigt werden. Die neue Schwerpunktsetzung der Bundesregierung trägt diesem Ansatz bereits Rechnung. Darauf wird der Kollege Raabe noch näher eingehen.

Die internationalen Regelungen im Handels-, Finanz-, Agrar-, Umwelt- und Lebensmittelqualitätsbereich müssen mit dem Ziel fortentwickelt werden, dass sie einen Beitrag zur Überwindung von Armut und Unterernährung leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt unter anderem: Die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung sollte als Zielvorgabe in die Präambel des WTO-Agrarabkommens aufgenommen werden, wie dies bereits in unserem Antrag zur Verbesserung der Ernährungssituation und Verwirklichung des Rechts auf Nahrung formuliert worden ist.

Ein weiterer Punkt ist: Der **Marktzugang der Entwicklungsländer** im Agrarbereich muss substanziell verbessert werden. Auch dazu wird der Kollege Raabe noch Stellung beziehen. Den Forderungen der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit jetzt!“, der federführenden NROs FIAN, Germanwatch und dem Dachverband der Weltläden ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen.

Nahrungsmittelhilfe ist dort notwendig, wo akute Hungersnöte drohen bzw. schon eingetreten sind. Oft aber erreicht Nahrungsmittelhilfe die Bedürftigen nicht oder zur falschen Zeit oder sie belastet die einheimischen Märkte. Die Nahrungsmittelhilfe wird leider international nicht selten dazu benutzt, Überschüsse aus hoch subventioniertem Anbau – so kann man es nennen – zu entsorgen. In der letzten Ausgabe der Zeitung der Deutschen Welthungerhilfe wird darauf noch einmal ausdrücklich verwiesen. (C)

Darum nenne ich einige Prinzipien, die von den Hilfeleistern zu beachten sind: Erstens. Nach dem in dem Leitlinienentwurf genannten **Do-no-harm-Prinzip** dürfen Hilfslieferungen einheimische Bauern nicht arbeitslos machen und dürfen keine gesundheitsschädigenden Nahrungsmittel verteilt werden. Nahrungsmittel sollten wenn möglich vor Ort bzw. in der Region aufgekauft werden – auch zur Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Hilfe muss als Zuwendung und darf nicht als Darlehen gegeben werden. Das haben Sie, Frau Ministerin Künast, im letzten Jahr noch einmal ausdrücklich betont. Wichtig ist auch, dass die Hilfe im Budget des Empfängerlandes nicht als wirtschaftliche Zusammenarbeit verbucht wird.

Drittens. Nahrungsmittelhilfe muss Teil einer langfristig angelegten Entwicklungszusammenarbeit sein.

Grundlegend ist auch die Problematik der genveränderten Bestandteile in Nahrungsmitteln. **Nahrungsmittel aus genveränderten Pflanzen** haben in der Vergangenheit schon dazu geführt, dass einheimische Pflanzen verdrängt wurden. (D)

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Wo denn?)

– Das wissen Sie selbst, Kollege Carstensen. – Es geht bei dem gesamten Anliegen – das gilt für Mais, Soja und viele andere Getreidearten – eben auch darum, deutlich zu machen, dass die Grüne Gentechnik nicht der Königsweg ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie wir wissen, ist Nahrungsmittelhilfe nur ein Mittel im Kampf gegen den Hunger. Sie darf nicht die Fähigkeit der Menschen zur Selbstversorgung untergraben und sie muss immer mit einer Politik verbunden sein, die die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume zum Beispiel durch entsprechende Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit fördert.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Verbindung aller Faktoren kann die Ernährungssicherung weltweit deutlich verbessert und damit das Menschenrecht auf Nahrung seiner Verwirklichung näher gebracht werden. Ich begrüße, dass sich die Bundesregierung mit der neuen Schwerpunkt- und Programmentwicklung bereits auf dem richtigen Weg befindet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Helmut Heiderich, CDU/CSU-Fraktion.

Helmut Heiderich (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

> Der Hunger in der Welt ist zwar auch, aber bei weitem nicht nur, ein Verteilungsproblem. Die nachhaltige Sicherung der Welternährung wird ohne die effiziente Nutzung vorhandener und die konsequente Verwirklichung neuer Agrartechnologien langfristig nicht möglich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

> Dabei hat die Grüne Gentechnik das Potenzial, einen signifikanten Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Besser, so meine ich, kann man die Thematik, die wir heute debattieren, nicht zusammenfassen.

Woher stammt das Zitat? Es ist aus einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung – und die steht sicherlich nicht auf unserer Payroll. Diese Studie stammt bereits aus dem Jahr 1999, als wir technologisch noch lange nicht den heutigen Stand erreicht hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B)

Die FAO hat diese Erkenntnis im Jahr 2000 mit ihrem Statement ergänzt: **Biotechnik** bietet kraftvolle Werkzeuge für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und weiterer Bereiche.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das hat Herr Clement heute Morgen auch gesagt!)

– So ist es. – Aber Ministerin Künast scheut sich nicht, im Plenum und anderenorts die Fakten zu verdrehen, allenfalls Halbwahrheiten darzustellen

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das macht sie nie! Das stimmt überhaupt nicht!)

– ich werde es Ihnen gleich verdeutlichen – und die Bürger an einer objektiven Beurteilung dieser Technologie zu hindern. Das beste Beispiel dafür waren ihre falschen Behauptungen – Sie erinnern sich sicherlich daran – über den Goldenen Reis in der letzten Debatte zu diesem Thema, die sogar den Vater dieser Erfindung, Professor Potrykus, auf den Plan gerufen haben. Sie haben selbst nachlesen können – ich nehme an, er hat den Brief auch an Sie geschickt –, dass er die Künast-Behauptungen als „offensichtlich nicht sehr sachkundig“ qualifiziert hat und dann fortfuhr:

> Ich bin mit vielen Kollegen in Entwicklungsländern davon überzeugt, dass die Grüne Gentechnik ein unverzichtbares Potenzial zur Ernährungssicherung besitzt.

(C)

Kollege Hemker hat eben darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung des Hungers weitaus langsamer vorangeht, als man es sich vorgestellt und gewünscht hat. Genau darin liegt das Potenzial der Grünen Gentechnik – und das müssen wir nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch Kanzler Schröder hat seiner Ministerin inzwischen ins Stammbuch geschrieben, dass man in Deutschland nicht ständig über Risiken, sondern vor allem über Chancen reden solle. Da sei – so Schröder weiter – eine neue Balance nötig, Frau Künast.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Auch das hat Herr Clement heute Morgen gesagt!)

Doch wenn Schröder das wirklich ernst meinen würde, müsste er meiner Meinung nach seiner grünen Ministerin die Verantwortung für die Gentechnik schleunigst entziehen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

hat sie doch auf dem Parteitag der Grünen Ende November – das ist gerade zwei Monate her – laut Pressemeldungen öffentlich erklärt, dass der Kampf gegen die Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen und Nahrungsmittel ein wichtiges Ziel grüner Politik bleibe. Und weiter O-Ton Künast: „Für das Welthungerproblem bietet die Gentechnik keine Lösungen.“

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

(D)

Wenn man das den wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüberstellt, dann kann man sich nur wundern, was hier im deutschen Parlament und von deutscher Regierungsseite verbreitet wird.

Zwar hat man Frau Künast – das haben auch Sie zur Kenntnis genommen – inzwischen ein wenig die Fittiche gestutzt. So musste sie zum ersten Mal öffentlich eingestehen, dass die Produkte der Grünen Gentechnik keine Gefährdung für die Gesundheit der Menschen darstellen. Mit ihrem **Entwurf eines neuen Gentechnikgesetzes** versucht sie aber nun, im Kleingedruckten das durchzusetzen, was sie auf dem Grünenparteitag offiziell angekündigt hat. Sie will den Streit und die Auseinandersetzung in die Dörfer und unter die Bauern tragen, der Willkür Tür und Tor öffnen sowie die Bürokratie und die Kosten aufblähen, sodass eine Nutzung dieser Technologie in Deutschland in der Praxis unmöglich wird. Damit wird ihr Gesetzentwurf zu einer Art unbegrenzter Überseeimportgenehmigung; denn er wird letztendlich den internationalen Produzenten den Weg in die Regale des Einzelhandels und auf die Teller der Verbraucher ebnen, die Nutzung dieser Schlüsseltechnik in Deutschland aber weiter um Jahre verhindern. Am Ende wird genau das herauskommen, was Ministerin, Staatssekretär und Sie von der Koalition uns immer vorgeworfen haben: Frau Künast als Wegbereiter der großen internationalen Konzerne! Kollege Berninger muss dann seine Reden umschreiben, mich als Feindbild entlassen und sich eine neue Position suchen.

Helmut Heiderich

(A)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es darf doch nicht sein, dass ausgerechnet im Jahr der Technik derjenige, der in Deutschland die modernen Biotechnologien nutzen will, willkürlich zu Schadenersatzzahlungen herangezogen werden kann, und zwar auch dann, wenn er die gesetzlichen Vorschriften beachtet, sein berufliches Wissen anwendet

(Matthias Weisheit [SPD]: Zum Thema!)

– ich komme gleich auf Sie zurück – und die Regularien in der Praxis penibel umsetzt. Ich meine, hier warnt der Bauernverband zu Recht, nicht auf dieses dünne Eis zu gehen.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Geht es heute um Welthungerhilfe?)

– Hier geht es auch um die Welthungerhilfe. Auf diesen Punkt komme ich gleich zurück.

Mit dem Untersagen der **Nutzung der Grünen Gentechnologie** in Deutschland entziehen Sie auch der Forschung in diesem Land den Boden. Dabei war Deutschland in diesem Bereich bisher an der Spitze. Vor ungefähr zwei Stunden hat die Kabinettskollegin von Frau Künast von dieser Stelle aus gesagt: Was Forscher entdecken, muss schnell Zugang zum Markt finden. Das ist die Aufgabe deutscher Forschungspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Setzen Sie das auch im Bereich der Grünen Gentechnik um! Dann können wir das erreichen, was ich deutlich gemacht habe.

Weltweit – damit komme ich auf Ihre Frage zurück – nimmt die Anwendung der Anbauverfahren und -methoden der Grünen Gentechnik rasant zu. Die Vorteile sind nicht zu übersehen. Inzwischen – das soll mein Schlusssatz sein – sind von den weltweit knapp 7 Millionen Anwendern der Grünen Gentechnik 85 Prozent so genannte Resource-Poor-Farmers, also Kleinbauern. Ich glaube, hier liegt ein Potenzial für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Das sollten wir nutzen, anstatt seine Nutzung weiter zu verhindern.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Uwe Küster [SPD]: Laut gesprochen, nichts gesagt!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Thilo Hoppe, Bündnis 90/Die Grünen.

Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hunger ist kein Schicksal. Hunger wird gemacht. Mehr als 25 000 Menschen pro Tag – das entspricht der Einwohnerschaft einer mittleren Kleinstadt – verlieren den Kampf um das Überleben, weil sie nicht die Chance haben, sich ausreichend zu ernähren, und das in einer Welt, auf der es auch ohne Grüne Gentechnik genug Nahrung für alle gibt. Trotz aller Millenniumsziele ist die Zahl der Hungernden im letzten Jahr erstmals wieder gestiegen und liegt jetzt bei 842 Millionen. Das sind absolut alarmierende Zahlen, die zum Handeln zwingen. Unter den Menschenrechten sollte das Recht auf Nahrung eine Vorrangstellung haben; denn was nützen die bürgerlichen Rechte, wenn das Recht auf Nahrung, das Recht auf Leben und Überleben nicht gewährleistet wird? Ich bin deshalb der Bundesregierung und vor allem Renate Künast dankbar, dass sie innerhalb der FAO einen Prozess angestoßen haben, der der Implementierung des Rechts auf Nahrung dienen soll.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist momentan eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe damit beschäftigt, Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu erarbeiten. Ich war auf der konstituierenden Sitzung dieser zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe in Rom dabei und konnte einen hochinteressanten Streit mitverfolgen. Während die reichen Industrienationen auf die Hungerländer verwiesen und meinten, jene seien in erster Linie dafür verantwortlich, geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers zu ergreifen, zeigten wiederum die Hungerländer auf die Industrienationen und sagten: Nein, nicht bei uns, bei euch liegt der Schlüssel zur Lösung der Probleme.

Mein Fazit dieses Streites: Beide haben Recht und Unrecht zugleich. Der Hunger in der Welt kann nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn sowohl die Entwicklungsländer als auch die Industrienationen ihrer spezifischen Verantwortung gerecht werden. Selbstverständlich hat Hunger viel mit schlechter Regierungsführung, mit **Bad Governance,** zu tun. Simbabwe ist ein besonders krasses Beispiel dafür. Deshalb ist es gut, dass jedes Land im Rahmen der Leitlinien, die in der FAO diskutiert werden, Rechenschaft darüber ablegen soll, wie es um die Ernährungssituation innerhalb seiner eigenen Grenzen bestellt ist. Regionen und Bevölkerungsgruppen, die besonders vom Hunger betroffen sind, sollen aufgelistet werden. Dann müssen Strategien zur Lösung der Probleme entwickelt werden.

(D)

Genauso klar und deutlich muss aber auch gesagt werden, dass externe Faktoren wesentlich zum Hunger in der Welt beitragen. Unsere **Weltwirtschaftsordnung** ist alles andere als gerecht. Den Entwicklungsländern gehen allein durch den Protektionismus der Industrienationen Einnahmen verloren, die bei weitem den Betrag übersteigen, den diese Länder als Entwicklungshilfe bekommen. Die Agrarexportsubventionen zerstören Märkte in der so genannten Dritten Welt und behindern die Entwicklung in den ländlichen Regionen. Noch immer werden vielen Ländern im Süden vom Weltwährungsfonds Strukturanpassungsmaßnahmen aufgezwungen, die das Hungerproblem dort eher noch verschärfen.

Die Leitlinien zum Recht auf Nahrung dürfen sich deshalb nicht allein an die nationalen Regierungen wenden; sie müssen auch an die internationalen Organisationen wie den IWF und die WTO appellieren. Handelsliberalisierung darf nicht zum Selbstzweck werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thilo Hoppe

(A) Auch die Maßnahmen der internationalen Organisationen müssen sich daran messen lassen, ob sie der Umsetzung des Rechts auf Nahrung schaden oder dienen.

In der Diskussion um die Lösung des Hungerproblems müssen wirklich beide Ebenen – die nationale und die internationale Ebene – gleichermaßen bedacht werden. Man kann da schnell rechts oder links vom Pferd fallen: indem man entweder nur den Hungerländern die Schuld gibt oder indem man nur ein Argument gelten lässt, nämlich dass alles am System liege. Der vorliegende Antrag der Koalition fällt weder links noch rechts vom Pferd: Er benennt wirklich beide Handlungsebenen und listet alle Handlungsperspektiven auf. Und er verfällt nicht, wie der Antrag der Union, dem Wunderglauben, in der Entwicklung der Grünen Gentechnik liege einer der wichtigsten Schlüssel zur Lösung des Hungerproblems.

Wie gesagt, nicht die Mengenproduktion ist das Problem; also kann auch die Grüne Gentechnik – von allen Risiken einmal abgesehen – nicht den entscheidenden Beitrag zur Lösung des Problems leisten. Es geht hierbei in erster Linie um ein **Verteilungsproblem** und um die Gerechtigkeitsfrage. Wir brauchen Good Governance auf der nationalen und auf der internationalen Ebene.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(B) Das Wort hat die Kollegin Dr. Christel Happach-Kasan, FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hunger tut weh. Die Sicherung der Welternährung ist eine globale Aufgabe und sie wird es auch noch lange bleiben. Ohne ausreichende Ernährung gibt es für die Menschen keine Bildung, damit keine Entwicklung, keinen Wohlstand und auch keinen Frieden. Schon allein deswegen ist es auch im Interesse der Menschen der entwickelten Welt, den Menschen in den Entwicklungsländern bei der Überwindung des Hungers zu helfen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Vor dem Hintergrund der Internationalen Grünen Woche mit ihren Bildern des Überflusses im reichen Europa müssen wir uns der Verantwortung für die Sicherung der Welternährung stellen. Dabei müssen wir uns dessen bewusst sein, dass es auch in Europa Regionen mit Hunger und Mangelernährung gibt, beispielsweise den Balkan.

Diese Region zeigt ganz deutlich, dass für den Hunger nicht nur extreme Witterungen verantwortlich sind, sondern gerade auch menschliches Handeln, Machtpolitik von Diktatoren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die **Ursachen** für den Hunger auf der Welt sind bekannt: Armut und Arbeitslosigkeit, die Verantwortungslosigkeit totalitärer Regime, die ungerechte Verteilung (C) der Ressourcen an Land und Wasser, ein hohes Bevölkerungswachstum, ohne dass eine Vermehrung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen möglich wäre.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Obwohl all dies bekannt ist, müssen wir dennoch feststellen: Die Vorschläge zur Sicherung der Welternährung orientieren sich nicht nur an den Problemen der Dritten Welt, sondern vielfach an den nationalen Interessen der entwickelten Welt oder an Partikularinteressen der verschiedensten Verbände. Solange sich das nicht ändert, bleiben Aufrufe und Reden Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei der FDP)

Ein Beispiel dafür sind die **USA,** die unter dem Deckmantel der Hilfe Nahrungsmittelspenden geben, um verdeckte Exportförderungen für die eigene Landwirtschaft zu leisten. Dabei ist erwiesen, dass nur Hilfe zur Selbsthilfe die Menschen in den wenig entwickelten Ländern dabei unterstützt, ihre Ernährungsprobleme zu lösen, und daher Nahrungsmittelspenden aus der betroffenen Region kommen sollten, soweit dies nur irgend möglich ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Überproduktion bei uns hilft nicht den Hungernden in Afrika. Auch unser Wohlstand gründet sich auf die von uns geleistete Sicherung der Ernährung unserer Bevölkerung. Diesen Weg müssen wir anderen Ländern öffnen. (D) Dazu gehört aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, unser Wissen und unsere Kenntnisse diesen Ländern zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Eine weltweit anerkannte Initiative ist die Entwicklung des transgenen **Goldenen Reises.** Der Generalsekretär der FAO, Jacques Diouf, nennt ihn den bemerkenswertesten Durchbruch der Grünen Gentechnik. Patrick Moore, Mitbegründer von Greenpeace und langjähriger Direktor von Greenpeace International, stellt fest: In der Abwägung ist klar: Die realen Vorteile von genetischer Modifikation überwiegen bei weitem die hypothetischen Risiken, die von den Gegnern vorgebracht werden.

(Beifall bei der FDP)

Doch Ministerin Künast ist sich nicht zu schade, mit Falschbehauptungen gegen den Goldenen Reis ihre Fundamentalopposition gegen die Grüne Gentechnik zum Ausdruck zu bringen,

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU])

dies wiederum im nationalen Interesse der Grünen und nicht im Interesse der hungernden Menschen in den Entwicklungsländern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancun ist ein weiterer Rückschlag für die Sicherung der Welternährung. Die Globalisierungsgegner haben bei ihrer Opposition gegen die WTO-Verhandlungen weniger die Interessen der Entwicklungsländer im Auge gehabt als ihre eigenen Vorbehalte gegen die Globalisierung.

Offene Märkte sind eine entscheidende Voraussetzung für Entwicklung und mehr Wohlstand in der Welt. Die **Liberalisierung des Welthandels** ist Voraussetzung dafür, dass die Länder der Dritten Welt Exportchancen für ihre Produkte erhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schokolade macht gute Laune. 10 Kilogramm Schokolade und Schokoladenprodukte essen die Menschen in Deutschland pro Kopf und Jahr. Doch die Menschen in den Tropen, der Region, in der der Kakaobaum wächst, haben wenig davon; denn sie sind nur die Rohstofflieferanten. Die eigentliche Wertschöpfung aus der Verarbeitung der Produkte findet bei uns statt.

Das muss geändert werden. Zölle und Handelshemmnisse auf verarbeitete Agrarprodukte müssen beseitigt werden,

(Matthias Weisheit [SPD]: Revolution!)

damit die Wertschöpfung aus der Verarbeitung von Agrarprodukten dort erfolgt, wo die entsprechenden Kulturpflanzen angebaut werden.

(B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch die **EU** muss sich beim Abbau von Zöllen, Subventionen und anderen Handelshemmnissen bewegen. Die gegenwärtig diskutierten Luxemburger Beschlüsse zur Agrarreform gehen mit der Entkopplung der Beihilfen in die richtige Richtung. Die FDP sieht sich in ihrem Konzept der Kulturlandschaftsprämie durch diese Beschlüsse bestätigt.

Dabei müssen wir dafür sorgen, dass die Lasten aus den notwendigen Reformen der EU-Agrarpolitik bei uns nicht allein von den Menschen in den ländlichen Räumen getragen werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie brauchen Planungssicherheit, sie brauchen Einkommensalternativen und sie brauchen, wie die Menschen in den Entwicklungsländern, faire Wettbewerbschancen und keine von Rot-Grün diktierten zusätzlichen Reglementierungen, egal unter welchen Vorzeichen sie stehen

(Beifall bei der FDP – Reinhold Hemker [SPD]: Das tun wir doch gar nicht!)

– unterhalten Sie sich mit Ihren Kollegen von den Grünen; die können Ihnen eine Menge von Beispielen dafür zeigen –, ob Umwelt-, Tier- oder Sonst-was-Schutz, denn die Standards in Deutschland sind hoch.

Dabei wünschen wir uns auch, dass Frau Merkel für die CDU/CSU-Fraktion deutlich erklärt, was Sache ist:

(Beifall bei der FDP)

(C) das konservative Beharren auf nicht WTO-kompatiblen Agrarsubventionen, wie die Agrarier sie vertreten, oder die Liberalisierung des Welthandels, wofür die Wirtschafts- und Entwicklungspolitiker der Union eintreten. Beides zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion, geht nicht

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Thilo Hoppe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und das stellt auch das Anliegen des ansonsten wirklich guten und von uns unterstützten Antrags der CDU/CSU-Fraktion zur Sicherung der Welternährung in Frage.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Frau Kollegin, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):
Ich komme zum letzten Satz.

Allerdings lehnen wir den Antrag der Koalitionsfraktionen aus einem Grund ab: Er enthält neben vielen wichtigen Forderungen, die wir weitgehend unterstützen, auch die Forderung nach Außenschutz für Entwicklungsländer. Das lehnen wir ab.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Helmut Heiderich [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Sascha Raabe. (D)

Dr. Sascha Raabe (SPD):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hier ist schon angesprochen worden: Nicht das Recht auf Nahrung, sondern das Recht, sich zu ernähren, ist eigentlich das entscheidende Moment; denn die ärmsten Menschen wollen keine Almosen, sie wollen keine Nahrungsmittelhilfe, sondern sie wollen die Möglichkeit haben, ihre Lebensgrundlage selbstständig zu erwirtschaften.

Diesen Aspekt hat die Bundesregierung in ihrem **Aktionsprogramm 2015** berücksichtigt. Darin werden viele Faktoren genannt, die dem Ziel dienen, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, zum Beispiel beim Aufbau leistungsfähiger Wirtschaftsstrukturen, die armutsminderndes Wachstum schaffen, und beim Abbau der Verschuldung. In diesem Sinne war auch die Entschuldungsinitiative HIPC ein richtiger Weg, der weitergegangen werden muss. Die Finanzkrisen in vielen Entwicklungsländern, wie erst vor wenigen Jahren in Argentinien, zeigen uns, dass auch eine Stärkung der internationalen Finanzarchitektur für diesen Weg wichtig ist. Natürlich müssen auch soziale Grunddienste wie Bildung, Gesundheit, Familienplanung, Bekämpfung von HIV und Aids gewährleistet sein. Wir alle wissen, dass der Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung ein enger ist. Den ärmsten Menschen muss Zugang zu Trinkwasser und zur Energieversorgung gewährt werden.

Dr. Sascha Raabe

(A) Die Stärkung von Menschenrechten, von Kernarbeitsnormen, der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Demokratie und der Partizipation der ärmeren Menschen sind weitere wichtige Punkte in diesem Aktionsprogramm 2015. Das kann dazu beitragen, dass sich in den Entwicklungsländern, wie es zu Recht gefordert wurde, Good Governance durchsetzt.

Selbstverständlich geht es im Aktionsprogramm 2015 auch um die Frage, wie man das Recht, sich zu ernähren, durchsetzen kann. Da wird als ganz entscheidender Faktor genannt, dass wir vor allem faire Handelschancen für die Entwicklungsländer brauchen. Dies ist ein wesentlicher Teil des Antrags. Wir wollen ein Ende der handelsverzerrenden Agrarsubventionen und des Agrarprotektionismus der Industrieländer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Laut Weltbank benötigen wir etwa 50 Milliarden US-Dollar mehr im Jahr, um Armut weltweit wirkungsvoll bekämpfen zu können. Allein die Industrieländer geben 360 Milliarden Dollar pro Jahr aus, um ihre Landwirtschaft zu subventionieren. Das ist etwa das Sechsfache dessen, was sie für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen. Ein erfolgreicher Abschluss der **Doha-Welthandelsrunde** könnte den Entwicklungsländern nach vorsichtigen Schätzungen etwa 50 bis 100 Milliarden Dollar bringen.

(B) Wenn fast 3 Milliarden Menschen von weniger als 2 Dollar täglich leben, aber jede Kuh in Europa mit 2,5 Dollar pro Tag, in Japan sogar mit 7 Dollar pro Tag subventioniert wird, dann ist hier eine Schieflage gegeben. Gegen subventionierte Dumpingpreise haben Kleinbauern in Entwicklungsländern leider keine Chance.

(Albert Deß [CDU/CSU]: Das war jetzt konzentrierter Unsinn!)

Damit wird den Ärmsten der Armen das Recht genommen, sich selbstständig zu ernähren. Wer Ernährungssicherheit will, muss deshalb für eine gerechte Welthandelsordnung eintreten.

Wir haben in unseren Bundestagsbeschlüssen zur Doha-Welthandelsrunde im vergangenen Jahr auf diese Punkte hingewiesen. Es war die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die in Cancun mit der Baumwollinitiative mutig vorangegangen ist.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Aber Sie wissen doch, was Ihr Minister Clement und Staatssekretär Tacke in Cancun dazu gesagt haben!)

Ich finde es auch im Nachhinein peinlich, dass Sie, Herr Kollege, und Ihre Fraktion das damals aus parteitaktischen Gründen diskreditiert haben, obwohl sich selbst die EU-Kommission dieser Initiative angeschlossen hat.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch! Das wissen Sie ganz genau!)

(C) Ich möchte auch unseren Bundeskanzler Gerhard Schröder ausdrücklich loben, der bei seiner **Afrikareise,** die sehr erfolgreich war, wörtlich gesagt hat:

> Es ist keine stringente Politik, wenn die EU von offenen Märkten redet und zugleich aber Spanien und Griechenland ihre Baumwollproduktion so stark subventionieren, dass ein Exportland wie Mali keine Chance hat.

Auch Bundeswirtschaftsminister Clement hat in Davos zu Recht eine Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen über Agrarsubventionen gefordert,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sehr richtig! – Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Darum geht es ja gar nicht!)

damit es hier noch in diesem Jahr zu einer Lösung kommt und sich die Fehler von Cancun nicht wiederholen.

Natürlich ist es wichtig, dass sich auch die **USA** bewegen. Schließlich liegen hier beim Beispiel Baumwolle die Subventionen viel höher als in Europa.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das ist Unsinn!)

(D) Sie betragen 3,9 Milliarden Dollar, während das gesamte Hilfsbudget für Afrika lediglich ein Drittel, nämlich 1,3 Milliarden Dollar, ausmacht. Deshalb stimmt es hoffnungsvoll, dass der US-Handelsbeauftragte Zoellick in seinem jüngsten Brief an alle WTO-Mitglieder trotz der US-Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr eine Reduzierung der Baumwollsubventionen und ein definitives Ende aller Agrarexportsubventionen fordert, damit das Jahr 2004 kein verlorenes Jahr für die WTO-Runde wird. Dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der deutschen Wirtschaft und Exportindustrie.

Ministerin Renate Künast hat es durch ihre sehr erfolgreichen Bemühungen in Europa im letzten Jahr geschafft, dass langsam die Subventionierung von der Produktion entkoppelt wird. Das wird in Zukunft ein **nachhaltiges Landwirtschaftsmodell** ermöglichen.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Ein Drittel Einnahmeverlust für die Bauern!)

Diese Schritte müssen fortgesetzt werden. Schon jetzt aber müssen die EU und die USA ein klares Zeichen in Form einer Frist für das definitive Ende der Exportsubventionen und aller handelsverzerrenden sonstigen internen Stützungen setzen.

An dieser Stelle wird uns auch gentechnisch verändertes Saatgut nicht helfen. Wenn wir glauben, damit die Probleme im ländlichen Raum lösen zu können, ist außer auf die Chance, die darin steckt, auch darauf hinzuweisen, dass die Lizenzgebühren natürlich zu einem Problem für Bauern in Entwicklungsländern werden können. Ich bin der Ministerin Künast dankbar, dass sie hier immer wieder die Risiken anspricht und die Rahmenbedingungen so setzt, dass Gentechnik und Entwicklungspolitik zusammenpassen.

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, enden möchte ich mit einem afrikanischen Sprichwort: Menschen mit leeren Bäuchen wachen auf mit Herzen voller Hass. Wir können also den Kampf gegen den Terrorismus nur gewinnen, wenn wir Hunger und Armut besiegen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Albert Deß.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Deß (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen postuliert zwar das hehre Ziel, die Welternährungssituation zu verbessern, wird aber den Realitäten und Erfordernissen nicht gerecht – und das weder in der Analyse der Ursachen für den Hunger in vielen Entwicklungsländern noch bei den Vorschlägen zu seiner Bekämpfung. Wer wie Rot-Grün bereits bei der Diagnose der Ursachen versagt, kann auch bei der Therapie eines der größten Übel der Menschheit, nämlich Hunger und Unterernährung, nichts leisten.

(B) Was hier heute, leider in einer Koalition zwischen SPD, Grünen und FDP, zum Welthandel gesagt wurde, kann ich so nicht stehen lassen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Bei einem Produkt ist der Welthandel vollkommen liberalisiert, nämlich bei **Kaffee.** Ich bin der Vorsitzende der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe und kenne die Situation der Kaffeebauern in Brasilien sehr gut. Bevor der Kaffeemarkt liberalisiert wurde, als es also noch feste Handelskontingente gab, war die Situation der kleinen Kaffeebauern in Brasilien wesentlich besser als heute in einem liberalisierten Markt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Gleiche werden wir wohl auch bei **Zucker** erleben. Die so genannten AKP-Staaten dürfen zurzeit 1,3 Millionen Tonnen Zucker zu unseren hohen europäischen Zuckerpreisen in die EU liefern. Verbunden ist damit bei ihnen eine hohe Wertschöpfung. Wenn die Zuckermarktordnung, wie vorgesehen, kaputtgemacht wird, dann dürfen diese Staaten zwar statt 1,3 Millionen Tonnen 7 oder 8 Millionen Tonnen nach Europa liefern; aber sie werden für 8 Millionen Tonnen brutto nicht mehr Geld erhalten als bisher für die 1,3 Millionen Tonnen.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Haben Sie darüber auch einmal in Brasilien gesprochen?)

Wie soll denn so eine höhere Wertschöpfung in den Entwicklungsländern möglich werden?

Ich bin ja nicht strikt gegen den weiteren Abbau von Handelsverzerrungen, aber ich möchte mit dem Märchen aufräumen, dass durch eine Liberalisierung der Agrarmärkte die armen Bauern in den Entwicklungsländern reicher werden. Reicher werden dort die Reichen, während die Armen noch ärmer werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das hat mit sozialdemokratischer und grüner Politik nichts mehr zu tun. Bei der FDP verstehe ich das; sie kümmert sich schließlich mehr um die Reichen als um die Armen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Albert!)

– Das ist leider eine Tatsache.

Aber das Schönreden und Verkleistern der Wirklichkeit sind wir bei Rot-Grün leider auch auf anderen Politikfeldern gewohnt, zum Beispiel bei der Bekämpfung des innenpolitischen Grundübels der Massenarbeitslosigkeit. Auch hier wird nur geredet und es passiert nichts.

(Dr. Sascha Raabe [SPD]: Bleiben Sie mal beim Thema! – Lachen bei der CDU/CSU)

– Das ist mir schon klar, dass Sie unbequeme Dinge nicht angesprochen haben wollen; aber ich lasse mir nicht verbieten, das anzusprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Sascha Raabe [SPD]: Reden wir hier über Deutschland oder die Welternährung?)

Eine der **Hauptursachen** für den **Hunger,** insbesondere in Afrika mit über 40 Millionen unterernährten Menschen, sind Kriege, Bürgerkriege und politische Fehlentscheidungen korrupter und diktatorischer Regime. Selbst eine UNO-Organisation wie das Welternährungsprogramm, das sich als internationale Institution diplomatischer Zurückhaltung befleißigen muss, stellt diese Hauptursachen deutlicher dar als Rot-Grün in seinem Antrag, in dem sie mit keinem Wort erwähnt werden. (D)

Besonders tragisch ist – ein Kollege hat es Gott sei Dank angesprochen – die Unterernährung in **Simbabwe,** das aufgrund der Vertreibung hoch effizienter Farmer durch die Regierung von einem Agrarüberschussland und Agrarexportland zu einem Importland und Empfänger von Nahrungsmittelhilfe geworden ist. Simbabwe, das frühere Rhodesien, war lange Zeit die Kornkammer des mittleren Afrikas. Der Sozialist Mugabe hat es geschafft, aus diesem Land eine Hungerregion zu machen. Darin liegen die Ursachen für die schwierigen Verhältnisse in den Entwicklungsländern.

Der Koalitionsantrag konzentriert sich auf die Forderung, das so genannte Recht auf Nahrung national und international zu verankern. Aber mit dem so genannten Recht auf Nahrung verhält es sich genauso wie mit dem von linken Ideologen ständig geforderten Recht auf Arbeit: Wo die materiellen Voraussetzungen für die Durchsetzung fehlen, ist die Proklamation solcher Rechte Schwindel und Volksverdummung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es sind schlichtweg zu Papier gebrachte Luftblasen. Damit kann man das Welternährungsproblem nicht lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Deß

(A) Grundvoraussetzung der Hungerbekämpfung in den Entwicklungsländern ist eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es wiederum verschiedene Mittel, unter anderem die Nutzung der **Grünen Gentechnik.** Deswegen hat die CDU/CSU-Fraktion in ihrem Antrag vom 24. Juni 2003 auf die enormen Chancen hingewiesen, die durch den Einsatz der modernen Biotechnologie für die Sicherung der Welternährung und die Bekämpfung des Welthungers bestehen.

Frau Künast, ich habe Ihnen in meiner letzten Rede zur Gentechnik den Vorwurf gemacht – das steht ja auch im Protokoll –, dass Sie hier die Unwahrheit gesagt haben, was das Thema Goldener Reis und Konzerne anbelangt. Die Wissenschaftler haben sich sehr deutlich dazu geäußert – Frau Reichard wird das noch ansprechen –, dass sie bereit sind, den Ländern ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Hier läge doch eine Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition: Ihr wollt Eliteuniversitäten schaffen. Schafft eine Eliteuniversität im Bereich Biotechnologie und stellt die Forschungsergebnisse, die dort erzielt werden, den Entwicklungsländern kostenlos zur Verfügung. Das wäre eine Form effektiver Entwicklungshilfe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In dieser Richtung muss gearbeitet werden und nicht in einer ideologischen Richtung, bei der für die Entwicklungsländer nichts herauskommt.

Unser Antrag geht in die richtige Richtung. Wenn die (B) FDP ihn nicht unterstützt, weil er zu wenige liberale Aspekte enthält, dann könnte ja die Regierungskoalition diesen Antrag unterstützen. Ich darf Sie dazu auffordern.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Frau Bundesministerin Renate Künast.

Renate Künast, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schade, wie die Diskussion hier läuft. Wenn ich die beiden Redebeiträge vonseiten der CDU/CSU betrachte und schaue, an welcher Stelle sie zusammenpassen, dann stelle ich fest: Sie wollen den europäischen Markt weiter abschotten und weiterhin Exportsubventionen zahlen. Da Ihnen das aber im Hinblick auf die Diskussion um internationale Gerechtigkeit und angesichts der Tatsache, dass 800 Millionen Menschen hungern, zu peinlich ist, suchen Sie einen Trick und bieten diesen Menschen die **Grüne Gentechnik** an.

(Albert Deß [CDU/CSU]: Ich habe entsprechende Vorschläge gemacht! In der kurzen Redezeit konnte ich nicht alle darstellen!)

Einmal abgesehen davon, dass das eigentlich unter Ihrem Niveau ist: Schlimmer ist noch, dass Sie, Herr Deß, (C) herablassend meinen, das Recht auf Nahrung, das UN-Organisationen und viele andere fordern –

(Albert Deß [CDU/CSU]: Das reicht nicht aus, Frau Künast!)

viele Länder handeln entsprechend und können erste Erfolge aufweisen –, sei eine Volksverdummung. Wie soll man mit Ihnen diskutieren, wenn Sie mit solchen Tricks und mit doppeltem Boden arbeiten? Das fällt mir wirklich schwer.

Ich hoffe, dass wir an dieser Stelle zu einer ernsthaften und seriösen Debatte zurückkommen können. Vielleicht können wir später die Debatte im Rahmen der Novellierung des Gentechnikgesetzes endlich einmal unideologisch und seriös führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen! Da machen Sie den Bock zum Gärtner!)

– Nach Ihren Reden habe ich alles Recht der Welt, Sie darauf hinzuweisen: Auch Sie müssen sich mit der WTO auseinander setzen. Man kann nicht – ganz christlich – internationale Gerechtigkeit fordern, aber mit Zehen und Klauen, allen voran die CSU, dieses handelsverzerrende Agrarsystem der EU, das wir jetzt mühsam reformieren, verteidigen. Sie können nicht beides gleichzeitig tun. Sie müssen sich schon zu einem Weg bekennen und springen.

(D) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Albert Deß [CDU/CSU]: Es gibt doch einen dritten Weg!)

Wir wissen, dass trotz der Maßnahmen, die sich die FAO und andere Organisationen vorgenommen haben, die Zahl der Hungernden größer wird. Die Zahlen wären noch schlimmer, wenn es nicht eine wesentliche Verbesserung der Ernährungssituation in China geben würde. Für alle anderen Regionen gilt: Kein Wandel in Sicht.

Deshalb geht es darum, dass wir alle Werkzeuge, die es gibt, nutzen. Wir müssen zunächst einmal anerkennen, dass es ein **Recht auf ausreichende und gesunde Nahrung** überall auf der Welt gibt. Das kann nur heißen, dass wir uns darum bemühen, alle Regionen aus der Armutsfalle zu holen. Wir wissen von der FAO: Wenn wir es schaffen würden, das Kalorienangebot für die Menschen in diesen Hungerregionen um 500 Kalorien pro Kopf und Tag zu erhöhen, dann würde infolgedessen das reale Pro-Kopf-Einkommen in diesen Regionen um 0,5 Prozent pro Jahr – die Auswirkung potenziert sich nämlich – steigen.

(Albert Deß [CDU/CSU]: Wenn es in Deutschland 20 Prozent abwärts geht, gleichen wir uns irgendwann an!)

Wir brauchen also wirtschaftliches Wachstum nicht nur für einige Menschen, sondern für alle Menschen. Sie müssen Zugang zu Arbeit und Produktion haben, und zwar im Wesentlichen im ländlichen Raum.

Bundesministerin Renate Künast

Wir wissen eines ganz klar: **Ernährungssicherheit** muss absolute Priorität haben. Das heißt als Erstes, dass wir Kleinbauern unterstützen und fördern müssen. Wir müssen ferner die Frauen als wichtige Zielgruppe sehen,

(Albert Deß [CDU/CSU]: Einverstanden!)

weil sie in den vorhandenen Strukturen diejenigen sind, die für die Ernährung der Familien sorgen. Wir brauchen also eine Entwicklungszusammenarbeit, die ihr Augenmerk genau auf diese Dinge richtet. Es kann nicht sein – der neueste OECD-Bericht weist uns darauf hin –, dass wir zwar mehr Geld für Entwicklungshilfe, aber weniger für den ländlichen Raum und für die Agrarproduktion ausgeben.

(Helmut Heiderich [CDU/CSU]: Wie in Deutschland!)

Wir haben angefangen, konkrete bilaterale Projekte der FAO in **Afghanistan** und in **Westafrika** zu unterstützen. Bei diesen Projekten geht es um eine nachhaltige Produktionssteigerung im Ernährungsbereich. Wir wissen doch haargenau, dass wir es mit einer Vielzahl ganz spezifischer Probleme zu tun haben, die erst einmal überhaupt nicht mit dem Gentechnikproblem zusammenhängen. Schauen wir uns das HIV-Problem in Afrika an. Dort fallen ganze Generationen aus. Deshalb brauchen wir neue Strategien, um Menschen zu fördern, die das Land bestellen können.

(Reinhold Hemker [SPD]: So ist es!)

Schauen wir uns ganz aktuelle Probleme an. In Afghanistan und in Pakistan zittern die Frauen, die Kleintiere halten, weil die Vogelgrippe ihre Kleintierbestände, die sie zur Ernährung brauchen, am Ende dahinraffen könnte. Das zeigt, dass wir konkrete Projekte und günstige Rahmenbedingungen brauchen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören faire Handelsbedingungen im Rahmen der WTO. Damit bin ich wieder bei Ihrem kleinen Taschenspielertrick. Sie wollen sich um Konsequenzen drücken. Sie bleiben bei der Abschottung und fangen mit der Grünen Gentechnik an.

Wir sagen eines ganz klar: Der **Agrarbereich** muss bei den WTO-Gesprächen vor allen anderen Interessen oberste Priorität haben. Wir brauchen Fortschritt bei den Reformen, die wir in Europa begonnen haben. Wir haben dies letztes Jahr in Luxemburg entschieden. Das Kabinett hat diese Woche beschlossen, wie das in nationales Recht umgesetzt wird. Wir haben im kommenden April Entscheidungen im Bereich Baumwolle zu treffen; auch der Bereich Zucker wird geregelt.

Wir sagen ganz klar: Alle Formen der Exportförderung müssen auslaufen. Deshalb wollen wir uns konstruktiv daran beteiligen, auf WTO-Ebene konkrete Daten dazu zu finden. Wir brauchen zudem den Marktzugang für beide Ländergruppen: für die ärmsten Länder und die Schwellenländer.

An dieser Stelle muss ich klar feststellen: Auch Dinge, die uns lieb geworden sind – das Zuckerproblem wurde bereits angesprochen –, müssen auf den Prüfstand. Das heißt allerdings natürlich ebenso, dass wir unseren Landwirten neue Möglichkeiten eröffnen.

Nur mit einem **Paket an Maßnahmen** kann man den Welthunger bekämpfen: mit einem fairen WTO-Abkommen, mit einem verankerten Recht auf Nahrung, mit einer Überarbeitung der Nahrungsmittelhilfekonvention und mit einer hohen Sensibilität bei der Entwicklungszusammenarbeit im ländlichen Raum. Nur dann schaffen wir es, dass auf dieser Welt jede Frau, jeder Mann und jedes Kind eine faire Chance hat.

Ich hoffe, dass Sie uns darin unterstützen. Es kann aber nicht sein, dass wir in einer Art Beglückungsterrorismus andere mit unseren Dingen beglücken, Herr Deß. Es geht vielmehr darum, im ländlichen Raum Selbstversorgung und Selbstbestimmung zu verankern, das heißt, Außenschutz und interne Stützung in diesen Ländern aufzubauen. Insofern sollten auch wir im Norden uns beschränken. Denn nur so schaffen wir mehr Gerechtigkeit und eine Reduzierung des Welthungers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Christa Reichard.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christa Reichard (Dresden) (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was nutzt uns ein Recht auf Nahrung, wenn wir nicht alle Möglichkeiten – und wirklich alle, Frau Ministerin – zu dessen Umsetzung ausschöpfen? Auf die Chancen der **Grünen Gentechnik** haben Sie gerade nicht verwiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sind zum Handeln gezwungen. Wir tragen Mitverantwortung. Es ist ziemlich banal, zu sagen, dass die landwirtschaftlich nutzbare Fläche nicht wächst. Also muss die Flächenproduktivität steigen. Experten sehen gerade in der Grünen Gentechnik eine Möglichkeit und eine Chance für eine höhere Flächenproduktivität, und zwar sowohl für die groß- als auch die kleinflächige Produktion.

Die Vorteile der Genpflanzen bestehen nicht nur in höheren Erträgen und einer verbesserten Erntequalität, sondern auch in ernährungsphysiologisch verbesserten Eigenschaften und in einer Entlastung der Umwelt. Selbstverständlich müssen auch mögliche Risiken, zum Beispiel die für die biologische Vielfalt, untersucht werden; da bin ich ganz Ihrer Meinung, meine Damen und Herren von der Koalition. Aber wie sollen mögliche Risiken untersucht werden, wenn Sie sich gegen jede Möglichkeit des Versuchsanbaus sträuben und sich weigern, wissenschaftliche Erkenntnisse, die Ihre Befürchtungen widerlegen, zur Kenntnis zu nehmen? Ich erinnere nur an den fadenscheinig begründeten Stopp eines Vorhabens in der Bundesanstalt für Züchtungsforschung in Pillnitz und Quedlinburg; darüber werden wir aber morgen an dieser Stelle genauer sprechen können.

Führende Experten der Weltnaturschutzorganisation erwarten übrigens durch die Grüne Gentechnik eine **Produktivitätssteigerung** im Ackerbau, die eine

Christa Reichard (Dresden)

(A) weitere Umwandlung von Naturflächen in landwirtschaftliche Monokulturen verhindern kann. Das heißt, Grüne Gentechnik kann sogar einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias Weisheit [SPD]: Wunderwaffe für alles!)

Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind ein wichtiger Baustein in einer Vielzahl von Maßnahmen, die nötig sind, um Hunger und Mangelernährung zu bekämpfen. Es bringt nichts, die Grüne Gentechnik zu verteufeln. Tragen Sie endlich zu einer konstruktiven Auseinandersetzung bei und sprechen Sie nicht davon, dass sie vielleicht irgendwann einmal kommt!

Ein beliebtes Argument der Kritiker ist, dass es sich bei der Grünen Gentechnik um ein Instrument der Großindustrie handelt, mit dem bewusst Abhängigkeiten geschaffen werden sollen.

Dazu möchte ich eines sagen: Niemand wird gezwungen, genveränderte Pflanzen anzubauen. Wenn Anwender damit unzufrieden sind, so können sie jederzeit auf traditionelles Saatgut zurückgreifen.

Wer eine Technologie an sich immer wieder mit einem möglichen Missbrauch, mit bestimmten Formen des Handels, des Zugangs oder der Patentierung gleichsetzt, der erinnert mich ganz fatal an die Maschinenstürmer und ihren erfolglosen Kampf.

(B) (Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wie mit der Massentierhaltung! Die ist auch so richtig sicher!)

Ein anderes und beliebtes Instrument der Kritiker sind Falschaussagen. In diesem Zusammenhang, Frau Künast, hätte ich eigentlich eine Klarstellung von Ihnen erwartet. Ihre öffentlichen Aussagen zum Goldenen Reis in der Sitzung vom 23. Oktober waren falsch und sollten auch öffentlich zurückgenommen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf das Schreiben von Professor Potrykus haben meine Kollegen Heiderich und Deß bereits hingewiesen. Herr Potrykus weist in seinem Schreiben unter anderem darauf hin, dass die Samen kostenlos an die Subsistenzbauern abgegeben werden, dass kein bestimmtes Herbizid gebraucht wird, dass Patente in diesem humanitären Projekt keine Rolle spielen und ein negativer Einfluss auf die Artenvielfalt ausgeschlossen werden kann. Denn all dies haben Sie behauptet. Bitte nehmen Sie es daher zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich hoffe, dass das von Herrn Professor Potrykus erbetene Gespräch mit Ihnen inzwischen stattgefunden hat und daraus ein Erkenntniszuwachs gewonnen werden konnte.

Selbst der Vatikan betont inzwischen ausdrücklich die Chancen der Grünen Gentechnik für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. In Verantwortung für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung, das Sie in allen Ihren

(C) Reden angesprochen haben: Stimmen Sie unserem Antrag zu, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nee!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Ich schließe damit die Aussprache.[1)]

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf Drucksache 15/2234. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 15/1316 mit dem Titel „Verbesserung der Welternährungssituation und Verwirklichung des Rechts auf Nahrung“ in der Ausschussfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition angenommen.

Unter Nr. 2 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1216 mit dem Titel „Verantwortung für die Sicherheit der Welternährung übernehmen – Chancen der Grünen Gentechnik nutzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen worden.

(D) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Günter Baumann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht **(Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 3. SED-UnBerG)**

– Drucksache 15/932 –

(Erste Beratung 49. Sitzung)

Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Rainer Funke, Joachim Günther (Plauen), Horst Friedrich (Bayreuth), weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht **(Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 3. SED-UnBerG)**

– Drucksache 15/1235 –

(Erste Beratung 56. Sitzung)

a) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung (13. Ausschuss)

– Drucksache 15/2412 –

---

1) Die Rede der Abgeordneten Petra Pau (fraktionslos wird zu Protokoll gegeben (Anlage 2)

(A)

Berichterstattung:
Abgeordneter Markus Kurth

b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 15/2413 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Steffen Kampeter
Walter Schöler
Anja Hajduk
Dr. Günter Rexrodt

Es liegt ein Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Pau und Dr. Gesine Lötzsch vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Arnold Vaatz.

Arnold Vaatz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie alle können sich noch an die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni vor knapp einem Dreivierteljahr hier in diesem Parlament erinnern. Damals hat der Herr **Bundespräsident** erklärt:

> 50 Jahre danach müssen die Opfer Anerkennung erfahren …, die in der DDR Unrecht erlitten haben. Manches geschieht dafür; dennoch begegne ich immer wieder Opfern des DDR-Regimes, die nicht bekommen haben, worauf sie … billigerweise einen Anspruch haben sollten.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr **Bundesratspräsident** hat mit Blick auf den gleichen Personenkreis hinzugefügt:

> Sie, sofern sie heute noch leben, als Opfer von Unterdrückung und Willkür mit einer Ehrenpension zu ehren, sollte … für uns ein lösbares Problem und eine gemeinsame Verpflichtung sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es haben sich aber nicht nur diese beiden führenden Repräsentanten unseres Staates zum Handlungsbedarf erklärt, sondern es sind zum Beispiel auch einige Stimmen aus der SPD-Fraktion nie verstummt. Hier möchte ich zum Beispiel den Kollegen **Hilsberg** hervorheben, der sich mehrfach zu diesem Thema geäußert hat.

Eine **Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen** in Ostdeutschland hat eine

> nachhaltige Verbesserung der Lage der politisch Verfolgten des DDR-Systems und der sowjetischen Besatzungszeit gefordert und dabei konkret verlangt, eine monatliche Pauschalsumme als Ausgleichsleistung für erlittenes Unrecht – Haft – abhängig von der Haftdauer und eine Erhöhung der Entschädigungssumme pro Haftmonat.

(C)

Das steht in Ihrem Antrag.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das haben wir doch im Dezember gemacht! Vier Wochen später haben wir es umgesetzt!)

– Frau Stokar, wir stellen nun heute fest, dass all das nichts als Lippenbekenntnisse und Sprechblasen gewesen sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wieder einmal hat in Deutschland die Politik das Gegenteil dessen getan, was sie – mit dem Bundespräsidenten angefangen – vollmundig angekündigt hat:

Erstens haben Sie keinen eigenen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Richtig!)

Zweitens haben Sie unseren Gesetzentwurf abgelehnt, weil er von der Opposition kommt.

Drittens – das ist ganz neu – haben Sie gestern auch die von Ihnen selbst angekündigte Alternative als Täuschungsmanöver entlarvt.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das verstehe ich nicht!)

– Ich erkläre Ihnen gleich, warum.

Der Herr Kollege Hacker – ich sehe ihn gar nicht; hat er heute Hausverbot von Ihnen bekommen?

(D)

(Klaus Haupt [FDP]: Das hätte mich nicht gewundert! – Peter Dreßen [SPD]: Er hat einen wichtigen Termin!)

– gut – hat noch in der ersten Lesung dieses Gesetzes versichert, Sie wollten darauf achten,

(Peter Dreßen [SPD]: Der regiert schließlich! Der muss arbeiten!)

dass der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um zu verhindern, dass SED-Opfer in die Sozialhilfe abrutschen.

Selbst darüber hätten wir ohne Probleme reden können. Es gibt ganz sicher Möglichkeiten, es auf diese Weise zu lösen. Was wir aber jetzt lesen können, haut dem Fass den Boden aus. Jetzt lesen wir in einem **Bericht des Bundesinnenministeriums** vom 13. Januar 2004, die Stiftung weise eine Deckungslücke von 3,9 Millionen Euro auf und solle darüber hinaus bis Ende 2005 auslaufen. Das ist Inhalt dieses Berichts.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Zur Begründung heißt es, die notwendigen Änderungen im Bereich der SED-Unrechtsbereinigung seien abgeschlossen. Darüber hinausgehende Bestrebungen seien aus grundsätzlichen Erwägungen und fiskalischen Gründen abzulehnen.

Das ist nun das genaue Gegenteil dessen, was die führenden Repräsentanten dieses Staates vor einem

Arnold Vaatz

(A) Dreivierteljahr hier an dieser Stelle unter dem Beifall des ganzen Hauses festgestellt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann verstehen, wenn die Menschen in diesem Land und besonders die Betroffenen der SED-Diktatur, die dieser Debatte heute von der Tribüne aus folgen, von diesem Bundestag immer weniger halten und uns Politikern immer weniger glauben. Das Schlimmste ist nicht, dass Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, mit Ihrem Verhalten die Spitzenrepräsentanten unseres Staates brüskieren. Die Botschaft des heutigen Tages wird sein: Die **Demokratie** verrät ihre Mütter und Väter. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will dabei durchaus einräumen, dass das Ganze zuerst eine Fehlleistung von uns in unserer Regierungszeit gewesen ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber Sie sind doch mit dem Argument angetreten,

(Gudrun Schaich-Walch [SPD]: Sie haben uns leere Kassen hinterlassen!)

dass Sie alle unsere – von Ihnen behaupteten – Fehler richtig stellen und korrigieren wollten.

(Peter Dreßen [SPD]: Haben wir doch!)

Es entschuldigt Sie überhaupt nicht gegenüber den Opfern,

(B) (Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben die Beträge verdoppelt, die Sie gegeben haben!)

wenn Sie aus dem Verweis auf die schon von uns unterlassene Zuwendung das Recht ableiten, diese Zuwendung ebenfalls unterlassen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich will Ihnen bloß sagen: Ein Fehler, den man das zweite Mal macht, wiegt doppelt. Das müssen Sie sich hier in aller Deutlichkeit sagen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will Ihnen auch noch sagen, dass Ihr Verhalten in fataler Weise mit der Kälte und der Ablehnung korrespondiert, mit der schon im Jahre 1989 einige heute führende Sozialdemokraten auf die Revolution in der damaligen DDR reagiert haben,

(Karsten Schönfeld [SPD]: Sie erzählen einen Unfug! Das ist eine Unverschämtheit!)

in der die SED-Opfer durch die Geschichte rehabilitiert und in ihrem Einsatz bestätigt wurden. Das ist damals Ihre Reaktion gewesen. Lesen Sie die Aussagen nach, mit denen Herr Lafontaine und Herr Schröder auf die damaligen Ereignisse in Ostdeutschland reagiert haben. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, schicke ich sie Ihnen gerne in Ihr Büro. Denn heute ist nicht der richtige Tag, um Ihnen all das expressis verbis zu sagen.

(C) Meine Damen und Herren, mit der heutigen Entscheidung bringt der Gesetzgeber unseres demokratischen Staates im Grunde Folgendes zum Ausdruck: Es war ein großer Fehler, sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Die Demokratie selbst erkennt den **Einsatz für Demokratie** nicht an. Sie vollbringt zwar für alle Benachteiligten in unserer Gesellschaft große Solidarleistungen, nicht aber für den durch die Diktatur verletzten Demokraten. Es waren ihrer zu wenige, was offenbar die schwerste Sünde ist, die man in der Demokratie begehen kann. Denn dann hat man keine Lobby und man ist zu gering an Zahl, um wahlrelevant zu sein. Das ist die wirkliche **Botschaft des heutigen Tages.**

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Bundesrepublik Deutschland sagt weiter: Die Ansprüche, die jemand im Einsatz für seine eigene Karriere in der DDR aufgebaut hat, erfüllen wir. Das, was jemand im Einsatz für Freiheit und Demokratie verloren hat, geben wir ihm nicht einmal symbolisch zurück. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit einer solchen Haltung, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, verraten Sie genau die Werte, auf denen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung beruht. Das ist der eigentliche Schaden, den Sie heute anrichten werden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In der ersten Lesung hatte der Kollege Hacker den Vorwurf erhoben, in unserem Gesetzentwurf wollten wir die Lage der SED-Opfer zulasten der **Opfer des Faschismus** verbessern. Davon kann nicht einmal andeutungsweise die Rede sein. Denn Sie selbst wissen ganz genau, dass wir niemals auch nur andeutungsweise die VN-Renten in Ostdeutschland in Frage gestellt haben. Auch wissen Sie, dass im Bundesentschädigungsgesetz seinerzeit ein weitaus größerer Begünstigtenkreis angesprochen wurde, als wir es in unserem Gesetzentwurf tun, und dass die Höhe der Entschädigungen – übertragen auf die Preise von heute – in etwa den Regelungen des Bundesentschädigungsgesetzes entspricht. Wer etwas anderes behauptet, tut dies wider besseres Wissen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das waren Entschädigungen, aber keine Ehrenpensionen!)

– Herr Kollege Ströbele, auch dies sind kein Ehrenpensionen. Wir haben ausdrücklich erklärt, dass wir von **Opferpensionen** sprechen wollen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben das Wort verändert!)

weil dadurch die Schäden ausgeglichen werden sollen, die den Menschen zugefügt worden sind.

(A)

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem ist es etwas anderes als Entschädigungen! Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen!)

Nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Fraktion wird heute auch für den Gesetzentwurf der FDP stimmen, obwohl er sich – sowohl was die Kosten als auch seine Systematik betrifft – von unserem Gesetzentwurf etwas unterscheidet. Damit wollen wir aber eines demonstrieren: Die Unterschiede zwischen den beiden Gesetzentwürfen der Opposition betrachten wir gegenüber der übergreifenden Notwendigkeit, in dieser Frage aktiv zu werden und den Opfern zu helfen, als geringfügig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Karsten Schönfeld [SPD]: Im Ausschuss gestern haben Sie das noch ganz anders gesehen! Jetzt müssen Sie sich aber mal entscheiden! Im Gesundheitsausschuss haben Sie noch dagegen gestimmt!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, nun denken Sie sicher, dieses Thema sei mit Ihrer heutigen Ablehnung, die Sie vorbereiten, vom Tisch. Ich sage Ihnen: Sie täuschen sich. Auch wenn heute ein schwarzer Tag der jüngeren deutschen Parlamentsgeschichte werden wird,

(B)

(Karsten Schönfeld [SPD]: Durch Ihre Rede, ja!)

wird meine Fraktion die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur so lange weiter unterstützen, wie es noch einen einzigen anspruchsberechtigten Betroffenen in diesem Land gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Gisela Hilbrecht [SPD]: Seit 1998! – Peter Dreßen [SPD]: Das ist doch eine Frechheit, was Sie hier erzählen!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie schon in der heutigen Debatte keinen einzigen ostdeutschen Abgeordneten zu Wort kommen lassen, seien Sie wenigstens so gut, sich von diesen Abgeordneten den Brief auszuleihen, den der thüringische Sozialminister Zeh an alle ostdeutschen Abgeordneten geschrieben hat, und führen Sie sich seinen Inhalt zu Gemüte. Denn aus diesem Brief geht hervor, dass Sie dieses Thema nicht loswerden und dass die Vertreter der ostdeutschen Länder, die von unserer Partei regiert werden, dieses Thema in den **Bundesrat** einbringen werden. Wir werden uns damit also wieder zu befassen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Dreßen.

(C)

Peter Dreßen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist sich der politischen und moralischen Verantwortung bewusst, die sie gegenüber den Opfern der SED-Diktatur, also gegenüber den Menschen, die sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben, trägt.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Deswegen wollen Sie die Stiftung zumachen!)

Wir haben großen Respekt vor der Leistung dieser Menschen. Ich möchte Ihnen aufzeigen – die Rede von Herrn Vaatz macht das notwendig –, welche Gesetze hinsichtlich Rehabilitierung und Entschädigung bisher im Deutschen Bundestag verabschiedet wurden.

Schon die frei gewählte **Volkskammer** hatte 1990 ein **Rehabilitierungsgesetz** beraten und verabschiedet. Darin ging es um die strafrechtliche, berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. In den Einigungsvertrag wurden nur Teile dieses Gesetzes übernommen. In einem Entschließungsantrag wurde der gesamtdeutsche Gesetzgeber aufgefordert, diesen Bereich abschließend zu regeln.

Die damalige, von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung hat das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz auf den Weg gebracht, das jedoch von den **Opferverbänden** und von der damaligen Opposition heftig kritisiert wurde. Die **Kritik** bezog sich auf die Differenzierung der Entschädigung nach dem Wohnsitz in Ost oder West: Wer in den neuen Ländern wohnte, bekam 550 DM für jeden angefangenen Kalendermonat Haftzeit, wer im Westen wohnte nur 300 DM je Monat Haftzeit. Für Angehörige von Hingerichteten, von in politischer Haft oder an der innerdeutschen Grenze Umgekommen fehlte eine Entschädigungsregelung. Auch für die Gruppe der Zwangsausgesiedelten fehlte eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung vollkommen. Haftbedingte Gesundheitsschäden wurden nicht angemessen bewertet. – Das waren damals die Hauptkritikpunkte der Opferverbände. Konkrete Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion, die in parlamentarischen Initiativen mündeten und eine deutliche Verbesserung zum Inhalt hatten, wurden damals von der Koalition aus CDU/CSU und FDP abgelehnt.

(D)

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So war das!)

Das **Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz,** das die rot-grüne Koalition auf den Weg gebracht hat, beseitigte die Fehler des ersten Gesetzes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wie Sie, Herr Vaatz, eine solche Rede halten können, wundert mich also sehr. – Es beinhaltete eine einheitliche Haftentschädigung von 600 DM je angefangenem Haftmonat unabhängig vom Wohnsitz und soziale Ausgleichsleistungen von nächsten Angehörigen von Hingerichteten und von während des Freiheitsentzugs oder an der innerdeutschen Grenze Umgekommenen. Die Mittel

Peter Dreßen

(A) für die Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge wurde von 300 000 DM auf 1,5 Millionen DM pro Jahr erhöht.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Warum wollen Sie die jetzt zumachen?)

Zugleich hatte Bundeskanzler Schröder in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder die Forderung aufgestellt, dass Gutachten, in denen Gesundheitsschäden, die aus politischer Haft resultieren, nicht attestiert wurden, überprüft werden. Wir haben also die Wahlversprechen, die wir 1998 gemacht haben, umgesetzt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Opfer vom Makel persönlicher Diskriminierung durch Rehabilitierung befreit. Durch Kapitalentschädigung, Unterstützungsleistungen, Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung haben wir eine soziale Ausgleichsleistung gewährt.

Eine **Opferpension,** wie sie die Union in Art. 1 ihres Gesetzentwurfes vorgeschlagen hat, kann im Rahmen der Rehabilitierungsgesetze nicht geregelt werden; nehmen Sie das zur Kenntnis. Dies ist deshalb ausgeschlossen, weil die bundesdeutsche Entschädigungsgesetzgebung für Verfolgte unter der NS-Gewaltherrschaft keine rentenrechtlichen Anwartschaften, sondern Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz vorsieht. Eine zusätzliche Pauschalentschädigung für die SED-Opfer in Form der Gewährung einer Opferpension würde zu einer Bevorzugung dieser Opfergruppe gegenüber den NS-Verfolgten führen und ist im Sinne der Gleichbehandlung sachlich nicht zu rechtfertigen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Und was wollen Sie tun?)

Aktuell will die rot-grüne Koalition mit einer Gesetzesinitiative auf Drucksache 15/1975 wieder für Verbesserungen sorgen. Die **Fristen für Anträge** nach dem strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wären 2003 ausgelaufen. Diese Fristen wurden bis zum 31. Dezember 2007 verlängert.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Was nutzt denn das? Ihr macht die Stiftung doch zu!)

Damit haben wir für die Betroffenen den Zeitraum verlängert, Ansprüche auf Rehabilitierung und Gewährung von sozialen Ausgleichsleistungen geltend machen zu können. Darum geht es, Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus wurden im **Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** die Ausgleichsleistungen für die wegen der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR beruflich benachteiligten Opfergruppen, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, angehoben.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Das haben wir aber gemeinsam gemacht!)

Dass wir hiermit den richtigen Weg beschreiten,

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Das haben wir gemeinsam gemacht!)

(C) zeigt auch die Tatsache, dass dieser Gesetzentwurf von allen Fraktionen in diesem Hause unterstützt wurde.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Ja, natürlich!)

Im Übrigen setzen wir unsere Bemühungen intensiv fort, dass die **Stiftung** für ehemalige politische Häftlinge finanziell so ausgestaltet wird, dass politischen Opfern des SED-Regimes wirksam geholfen werden kann. Das, was Sie hier gesagt haben, stimmt also nicht. Auch für uns ist dieses Thema nicht vom Tisch.

Ich habe eingangs erwähnt, dass ich großen Respekt vor den Menschen habe, die Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Dann hättet ihr mal einen aus dem Osten reden lassen sollen! – Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Nein, Herr Vaatz, ich gestatte sie nicht. – In zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen wurde immer wieder erwähnt, dass Menschen, die für die Stasi gearbeitet haben, heute oftmals eine höhere Rente erhalten als sie selbst. Dieser Vorwurf trifft und tut einem weh. Ich darf aber daran erinnern, dass die ursprünglich vorgesehenen Abzüge in der Rentenversicherung für Stasi-Mitarbeiter von deutschen **Verfassungsrichtern** und nicht von diesem Hause gekippt wurden.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Das stimmt!)

(D)

Schon bei der Formulierung des Gesetzgebungsvorhabens haben wir darauf hingewiesen, dass man das Strafrecht nicht mit dem Rentenrecht koppeln kann. Ich erinnere mich noch sehr gut an Rudolf Dreßler, der dies mehrmals hier im Parlament vorgetragen hat.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das hat auch niemand bestritten!)

Aufgrund von Gerichtsentscheidungen mussten wir also die ursprüngliche Regelung ändern. Dies ist uns – insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Ländern – nicht leicht gefallen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Sie hätten doch etwas tun können!)

Ein demokratischer Rechtsstaat zeichnet sich eben dadurch aus, dass er die Entscheidungen des Verfassungsgerichts umsetzt, auch wenn es ihm, wie in diesem Fall, schwer fällt.

In ihrem Antrag geht die Union davon aus, dass jährlich Kosten in Höhe von circa 409 Millionen Euro – mit abnehmender Tendenz – entstehen werden. Selbst wenn diese Zahlen stimmen sollten, fehlte jeglicher Hinweis darauf, woher dieses Geld eigentlich kommen soll.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das ist bei dieser Regierung natürlich nicht einfach! Das ist ein regierungsimmanentes Problem!)

Peter Dreßen

(A) Jeden Tag höre ich, dass die Union Steuern senken will. Nach dem letzten Spitzengespräch der Union belief sich die Wasserstandsmeldung auf 10 Milliarden Euro pro Jahr. Gleichzeitig erlebe ich, wie die Union bei den Haushaltsberatungen zusätzliche Ausgaben im Verteidigungshaushalt, in der Familienpolitik, in der Innenpolitik und in fast jedem anderen Ressort in Höhe von mehreren zig Milliarden Euro fordert. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie betreiben hier keine seriöse Politik, sondern reinen Populismus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollten Sie jemals das verwirklichen müssen, was Sie in der Oppositionszeit versprechen, dann wird dies den Bankrott dieses Staates bedeuten.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Damit haben Sie ja Erfahrung!)

Abschließend möchte ich doch noch die Frage stellen, warum Sie die **Opferrente,** die Sie fordern und die Ihnen ja offensichtlich so wichtig ist, mit dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz oder zumindest danach – bis 1998 –, als Sie noch die Möglichkeiten dazu hatten, nicht umgesetzt haben. Herr Vaatz, auch diese Frage haben Sie trotz Ihrer gewaltigen Rede nicht beantwortet.

(Karsten Schönfeld [SPD]: Das war doch keine gewaltige Rede!)

Die Antwort ist einfach: Sie hatten damals das Geld nicht und Sie wollten es auch nicht.

(B) (Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hatten nicht die Mehrheit dafür!)

Damit wird deutlich, wie effekthaschend Sie mit Ihrem Gesetzentwurf sind. Herr Vaatz, das sollten Sie sich einmal dick ins Stammbuch schreiben: Das besonders Verwerfliche daran ist, dass dies auf dem Rücken älterer Menschen geschieht, vor deren menschlicher Leistung das ganze Haus den höchsten Respekt hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Klaus Haupt.

Klaus Haupt (FDP):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hat die Initiative der CDU/CSU, einen Gesetzentwurf für die Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur vorzulegen, ausdrücklich begrüßt.

Dass wir einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet haben, hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Wir wollen den Betroffenen schnell und unbürokratisch helfen und wir wollen eine Debatte, ob und inwieweit die Haftdauer das entscheidende Kriterium für das erlittene Unrecht sein kann, vermeiden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) In der grundsätzlichen Zielvorstellung sind wir uns aber einig: SED-Opfer sind bislang nicht ausreichend für das von ihnen erlittene Unrecht entschädigt worden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

Ich bedaure, dass sich die SPD nach anderen Signalen in der vergangenen Sitzungswoche, die zur Vertagung des Themas auf heute führten, doch nicht zu einer **interfraktionellen Initiative** durchringen konnte. Wir waren gesprächsbereit. Ich bedaure außerordentlich, dass in der bisherigen Debatte versucht worden ist, NS-Opfer gegen SED-Opfer auszuspielen. Das ist unwürdig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schließlich halte ich es für sehr unerfreulich, dass tatsächlich der Versuch gemacht wurde, die vorliegenden Anträge parteipolitisch zu diffamieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu kann ich nur sagen: Der soziale und wirtschaftliche Rahmen der NS-Opferentschädigung unterscheidet sich erheblich – das dürfte auch in der SPD bekannt sein – von den heutigen Rahmenbedingungen der DDR-Vergangenheitsbewältigung. Seitdem die liberalkonservative Koalition den Einstieg in die SED-Opferentschädigung gestaltet hat, hat es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil – Sie haben bereits darauf hingewiesen – gegeben, das die **Täterrenten** de facto deutlich besser stellt als die der Opfer. (D)

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: So ist das!)

Die Gerechtigkeitslücke zwischen Tätern und Opfern hat sich zuungunsten der Opfer weiter vergrößert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben uns in Anerkenntnis dieser Entwicklung dazu entschlossen, eine pauschalisierte Entschädigung vorzuschlagen. Eine **pauschale Opferpension** in Höhe von 500 Euro führt dazu, dass zusammen mit der jedem Verfolgten der SED-Diktatur zustehenden Grundsicherungsrente ein Rentenniveau von 1 100 Euro erreicht wird. Das entspricht zwar noch nicht ganz dem Durchschnittsrentenniveau im Westen, aber liegt immerhin etwas über dem Ostrentenniveau. Zugleich beschränken wir den Kreis der Berechtigten auf die tatsächlichen Rentenbezieher. Schließlich schlagen wir vor, gesundheitliche Schäden ehemaliger Häftlinge per gesetzlicher Vermutung als Haftfolgen anzuerkennen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Eine Regel mit Augenmaß!)

Die Pauschalisierung erscheint uns fairer als das Zugrundelegen eines hypothetischen Einkommens; denn – darin sind wir uns einig – kein Verwaltungsorgan kann

Klaus Haupt

(A) wirklich beurteilen, wie ein Leben ohne Verfolgung verlaufen wäre.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Das ist leider wahr!)

Außerdem ermöglicht die Pauschalisierung ein unbürokratisches Verfahren. Die Verwaltungspraxis hat bisher leider viele Defizite gezeigt, die sich für die Opfer des SED-Unrechts als belastend ausgewirkt haben.

Dem DDR-Regime sind Menschen zum Opfer gefallen, die erhebliche Nachteile in Kauf nehmen mussten: von beruflichen Benachteiligungen bis hin zu Haft und Verfolgung. Deshalb ist es nach Auffassung der FDP eine Verpflichtung der gesamten Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass die Opfer der SED-Diktatur wenigstens als Rentner im Schnitt nicht schlechter als die Durchschnittsrentner im Osten dastehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Bevorzugung der Täter durch die heutigen Rentenberechnungsverfahren würde damit zwar nicht beseitigt, aber erheblich vermindert.

Die FDP wird ausdrücklich jede Initiative mit dieser Zielrichtung unterstützen. Deshalb votieren wir heute nicht nur für unseren eigenen Antrag, sondern auch für den der CDU/CSU, um deutlich zu machen: Die Bereinigung des SED-Unrechts ist eine gemeinsame Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und für alle Parteien.

Danke.

(B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Silke Stokar.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Wieder keine aus dem Osten! – Peter Dreßen [SPD]: Das ist doch ein gesamtdeutsches Problem!)

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon merkwürdig – das ist nicht mein Verständnis von Politik –, dass ich aus Ihren Reihen, während ich zum Pult gehe, den Zwischenruf höre: Wieder keine aus dem Osten!

(Klaus Haupt [FDP]: Das ist doch bedenklich!)

15 Jahre nach dem Mauerfall zeigt dies, dass bei Ihnen die Wiedervereinigung im Kopf, im Gefühl und auch im Herzen noch nicht vollzogen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie waren doch immer gegen die Wiedervereinigung!)

Ich befasse mich seit 1989 sehr intensiv mit dem Thema der Bewältigung des SED-Unrechts.

(C)

(Klaus Haupt [FDP]: Sind Sie ostpolitische Expertin?)

Ich finde es richtig, dass wir die Entscheidung getroffen haben, dies nicht als Spezialproblem der **Ostabgeordneten** anzusehen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Wo sind denn die Ostabgeordneten bei Ihnen?)

Vielmehr ist dies ein Thema unserer Fraktion und unserer Partei. Deswegen heißen wir Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben die Vereinigung seit 1989 vollzogen.

Ich fände es im Übrigen fairer, wenn Sie hier vorne nicht so herumbrüllten. Denn wir reden heute über das schwere Schicksal von Menschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sollten nicht in einem Brüllton, sondern in einer angemessenen Tonlage darüber reden.

Ich möchte etwas zu dem Antrag der Bundesdelegiertenkonferenz sagen, der im November in Dresden beschlossen worden ist. Ich habe im Dezember mit Herrn Hacker von der SPD ernsthafte Verhandlungen geführt und auch mit Teilen der CDU/CSU und der FDP verhandelt. Von fünf geforderten Punkten wurden vier umgesetzt. Das ist ein ermutigendes und gutes Ergebnis. Ich lasse mir dieses Ergebnis von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D)

Ich finde das unfair.

Ich verstehe nicht, welches Verständnis Sie von Ihrer Funktion und Rolle als Abgeordnete haben. Ich finde es nicht richtig, wie hier mit einem Bericht umgegangen wird, den wir interfraktionell vom Innenministerium angefordert haben. Ich möchte mich ausdrücklich für diesen Bericht bedanken und ihn loben. Ich habe diesen Bericht gelesen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Mit den Schlussfolgerungen? Unglaublich!)

– Ich komme gleich zu den Schlussfolgerungen. – Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU und von der FDP, diesen Bericht wirklich durchgearbeitet hätten,

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Habe ich!)

dann würden Sie aufhören, einige Lügen und Falschdarstellungen zu verbreiten.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Nein, kein bisschen Lüge! Sagen Sie die Wahrheit!)

Ich fange mit einer Falschdarstellung an, weil meine Redezeit nicht ausreichen wird. Es war 1990 eine bewusste Entscheidung von Herrn Schäuble – es war kein Versehen –, im **Einigungsvertrag** das in Westdeutschland gewachsene **HHG-Entschädigungsrecht** auch auf die neuen Bundesländer zu übertragen. Dies ist damals

Silke Stokar von Neuforn

(A) vernünftig begründet worden. Das war eine politische Entscheidung. Ich halte diese nach wie vor für richtig. Ich halte es auch für richtig, dass Rot-Grün den Weg der Entschädigung über die Stiftung und die Ausweitung der Stiftung weitergegangen ist.

Was ist die Funktion eines Berichts? Hier ist ein sehr guter, inhaltlich spannender Bericht geliefert worden. In diesen Bericht sind Schlussfolgerungen aufgenommen worden, die auf den Aussagen des Bundesrechnungshofs und anderer basieren. Auf der ersten Seite des Berichts steht, dass er eine Grundlage für die weiteren Diskussionen in den Fraktionen ist. In meiner Fraktion ist die Diskussion im Dezember abgeschlossen gewesen.

Es wird mit der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen kein **Abwicklungsgesetz** zum Jahr 2005 geben.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Hört! Hört! Sehr gut!)

Wie man bei Rot-Grün so schön sagt: Basta! Das Thema ist damit gegessen. Ich möchte Ihnen den Wind aus den Segeln nehmen. Die HHG-Stiftung wird zum Jahre 2005 nicht abgewickelt.

(Beifall des Abg. Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU])

Wir haben im Dezember beschlossen, die Antragsfristen zu verlängern. Wir haben beschlossen, die Stiftungsmittel zu erhöhen. Ich habe die Anregung im Bericht gelesen und zur Kenntnis genommen. Ich bin souverän genug, zu sagen: Wir, das Parlament, haben die Stiftungen geschaffen und wir, das Parlament, werden darüber (B) entscheiden, wie lange diese Stiftungen bestehen. Ansonsten ist der Bericht eine Handreichung aus dem Innenministerium, die ich gerne in die Überlegungen einbeziehe.

Meine Redezeit ist leider fast abgelaufen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Gott sei Dank!)

Ich möchte noch zu einem Punkt und dem Änderungsantrag der FDP etwas sagen. Ich glaube, dass wir nur weiterkommen, wenn wir die Punkte, bei denen es möglich ist, interfraktionell weiter behandeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist und bleibt mein Angebot. Das war eine gute Tradition in diesem Parlament.

Ich möchte Ihnen auch sagen, was die Länder machen können. Ich bin mir nicht sicher, ob wir bei der Frage der **Begutachtung von Gesundheitsschäden** wirklich weiterkommen, indem wir die Beweislast gesetzlich umkehren. Ich fordere Thüringen auf, mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich fordere Sachsen auf, mit gutem Beispiel voranzugehen. Für die Begutachtung von Gesundheitsschäden sind die Ämter in den Ländern zuständig. Niemand auf Bundesebene hält sie davon ab, damit menschlich, großzügig und angemessen umzugehen. Wenn Sie mit dem Bundesrat zusammenarbeiten wollen, dann legen Sie bitte schön einen Antrag oder eine Resolution vor. Fordern Sie die Länder auf, den betagten Leuten in- (C) sofern entgegenzukommen und ihre Gesundheitsschäden anzuerkennen! Das ist eine konkrete Maßnahme, die Sie umsetzen können.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Maria Michalk.

Maria Michalk (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Juni vergangenen Jahres den Entwurf zum Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vorgelegt. In den Tagen davor und vor allem während der Beratungen hat sich immer wieder die Frage gestellt: Müssen und können wir noch etwas gutmachen? Zu meinem Wahlkreis gehört auch Bautzen. Aber nicht nur deshalb beantworte ich diese Frage immer wieder mit Ja.

Wir müssen die Einzelschicksale betrachten. Ich will uns in dieser etwas emotionalen Debatte die bohrenden Stasiverhöre, Knastnächte mit vorschriftsmäßig unter der Decke liegenden Händen, das ewig brennende Licht, die Einteilung, wer wann essen oder seine Notdurft verrichten kann, die ständigen Ängste und die Verpflichtung, danach Stillschweigen über das Geschehene zu bewahren, den Rausschmiss aus einer Schule oder das nicht zugelassene Studium in Erinnerung rufen.

(D) All das und viele weitere Diskriminierungen können wir nicht eins zu eins wieder gutmachen. Aber wir können heute den Opfern Respekt erweisen. Wir können ihnen heute eine Extrarente zubilligen, damit ihre Rente nicht länger so viel geringer ist als die ihrer Peiniger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir alle in diesem Hohen Hause sind uns doch darin einig, dass wir das vereinte Deutschland haben, weil das DDR-Regime zusammengebrochen ist, weil es Menschen gab, die sich diesem Regime entgegengestellt haben. Das war – das will ich an dieser Stelle betonen – keine Selbstverständlichkeit. Deshalb bedarf es politischer Signale, die unterstreichen, dass Widerstand in einer Diktatur und das Eintreten für Freiheit und Demokratie zentrale Werte sind, von denen heute unsere gesamte Gesellschaft profitiert.

Die bisherigen einmaligen Haftentschädigungen sind – auch in ihrem Prozess der ständigen Vervollkommnung, den Sie beschrieben haben, Herr Dreßen – richtig und wichtig. Wir wissen aber, dass sie keinen ausreichenden Ausgleich darstellen. Darin stimmen wir überein.

Die meisten Verfolgten sind nach der Entlassung aus dem Gefängnis trotz vieler Bemühungen nicht mehr oder nur unter erschwerten und zusätzlichen Anstrengungen beruflich nach oben gekommen. Menschen, die sich dem SED-Regime untergeordnet haben, hatten einen beruflichen Entwicklungsvorsprung, der von vielen Opfern der Diktatur auch nach der friedlichen Revolution nicht

Maria Michalk

(A) aufgeholt werden konnte. Deshalb haben wir den Aspekt der **beruflichen Rehabilitierung** in unseren Antrag aufgenommen.

Viele beziehen heute eine sehr niedrige Rente oder leben sogar von Sozialhilfe. Das ist umso mehr eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, als nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Mitgliedern von Zusatz- bzw. Sonderversorgungssystemen erhöhte Renten und sehr hohe Nachzahlungen gewährt werden mussten, auch wenn wir die dafür erforderlichen Mittel nicht eingeplant hatten.

Die Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes ist – das will ich noch einmal unterstreichen – bis heute ein Prozess, der durch immer wieder neu bekannt gewordene bzw. geschaffene Tatsachen in eine Schieflage geraten ist. Vieles, was wir heute wissen, war uns nicht bekannt, als wir den Einigungsvertrag verhandelt und die entsprechenden Gesetze verabschiedet haben.

In diesem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass wir als CDU/CSU-Fraktion mit der Pensionsforderung bereits 2001 an der rot-grünen Mehrheit gescheitert sind.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber vor 1998 hätten Sie es machen können!)

Natürlich haben dabei auch fiskalische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt. Aber wie wir heute wissen – erst recht aus dem erwähnten Bericht –, ist auch die von der (B) Koalition favorisierte Stiftungslösung nicht zum Nulltarif zu haben. Unser jetziger Gesetzentwurf enthält deshalb niedrigere Sätze, die ich für die Öffentlichkeit noch einmal nennen möchte.

Eine monatlich zahlbare **Opferpension** ist in folgenden Fällen zu leisten: bei einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung von einem bis zu zwei Jahren 150 Euro monatlich, bei einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, bei einer bescheinigten Verfolgungszeit oder einer bescheinigten verfolgungsbedingten Unterbrechung der Ausbildung von zwei bis zu fünf Jahren 300 Euro monatlich, von fünf bis zu neun Jahren 400 Euro monatlich und ab neun Jahren 500 Euro monatlich. Weiterhin soll die Summe bei der strafrechtlichen Rehabilitierung von jetzt 306,78 Euro auf 500 Euro je Haftmonat erhöht werden, weil die bisherige Regelung nach unserer Auffassung den besonderen Verhältnissen der politischen Haft in der DDR nicht Rechnung trägt.

Antragsberechtigt sind ungefähr noch 150 000 Personen, wovon 55 Prozent einer Verfolgungszeit von bis zu zwei Jahren ausgesetzt gewesen sind. Den Steuerzahler würde die Schließung der bestehenden Gerechtigkeitslücke, die ich eben beschrieben habe, jährlich etwa mit 180 Millionen Euro belasten, aufgeteilt auf Bund und Länder in einem Verhältnis von 60 zu 40. Durch die Erhöhung der Entschädigung bei der strafrechtlichen Rehabilitierung entstehen Kosten in Höhe von 409 Millionen Euro.

(C) Das sind natürlich enorme Summen. Aber ich möchte auf eines hinweisen: Anlässlich der zweiten und der dritten Lesung der Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften – die so genannte Fristverlängerung, von der heute schon die Rede war –, die von der Regierungskoalition sowie von CDU/CSU und FDP eingebracht wurden, hat Kollege Hacker, der, wie es heute scheint, eine Schlüsselfigur ist, in einer Pressemitteilung erklärt:

> Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften initiiert, dem sich die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP vernünftigerweise angeschlossen haben.

Ich betone, dass wir hier gestalterisch und zugunsten der Opfer zusammengearbeitet haben. Ich wünschte aber, wir könnten dieses Mal feststellen: Die Regierungskoalition hat sich unserem Entwurf eines Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vernünftigerweise angeschlossen, zumal Bündnis 90/Die Grünen auf dem Parteitag im November 2003 in Dresden einen wesentlich weitreichenderen Antrag beschlossen und uns damit gute Signale gegeben hat, was sich in sehr vernünftigen Gesprächen niedergeschlagen hat. Leider konnten sich die Kollegen der Fraktion der SPD gegenüber ihrer Fraktionsführung offensichtlich nicht durchsetzen.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Peinlich! Herr Scheffler, Sie sind der Einzige!)

Ich bin zutiefst betrübt, dass uns eine einvernehmliche Lösung zugunsten der benachteiligten Opfer nicht (D) gelungen ist. Es bleibt die Frage: Haben wir alle gemeinsam alles unternommen, damit sich niemand erneut missachtet fühlt? Da wir, die CDU/CSU-Fraktion, diese Frage nicht mit Ja beantworten können – Sie haben uns die Zustimmung verwehrt –, ist dies nicht die Stunde eines erfolgreichen Parlaments. Dies bleibt also eine ständige Aufgabe. Wir werden hier nicht locker lassen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnes.

Franz Thönnes, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Geschichte Deutschlands gab es zwei langjährige Diktaturen, denen eine Vielzahl von Menschen auch im Innern zum Opfer gefallen ist. Besonders leiden mussten diejenigen, die sich für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde eingesetzt und Widerstand, ob nun im Großen oder im Kleinen, geleistet haben. Es waren diejenigen, die wegen ihrer Rasse, ihres Glaubens oder ihres politischen Bekenntnisses verfolgt, inhaftiert, misshandelt oder gar getötet wurden. Deswegen werden wir uns immer wieder vor dem Hintergrund unserer Geschichte mit dem Nationalsozialismus und der SED-Dik-

Parl. Staatssekretär Franz Thönnes

tatur befassen müssen. Immer wieder wird sich die Frage nach einem gerechten Umgang mit den Opfern stellen.

Zur verantwortlichen Beantwortung dieser Frage gehört aber auch die Ehrlichkeit, dass es wohl kaum eine alles abdeckende Wiedergutmachung oder Gerechtigkeit geben kann. Viele von uns erhalten immer wieder Briefe von Betroffenen der SED-Diktatur, denen unermessliches Leid und Demütigungen widerfahren sind. Viele von ihnen leiden noch heute unter den hieraus resultierenden gesundheitlichen Folgen. Je mehr man nach Lösungen für einen Ausgleich sucht, desto klarer wird, dass man das Geschehene in Geld wird nie umfassend entschädigen können. Damit sind dem Ausgleich, auch um mögliches neues Unrecht zu verhindern, Grenzen gesetzt.

Es gilt deshalb, das zu behandelnde Thema mit Ernst und Sorgfalt zu diskutieren, Erreichtes deutlich zu machen und angesichts der Rahmenbedingungen keine falschen Hoffnungen zu wecken. Seit der Wiedervereinigung haben wir, das geeinte Deutschland, neben der gigantischen und geschichtlich einmaligen Aufgabe, gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse herzustellen, die große Verantwortung, die Opfer des SED-Regimes für erlittenes Unrecht zu entschädigen und zu rehabilitieren.

1992 und 1994 hat die damalige CDU/CSU-geführte Bundesregierung ihre SED-Unrechtsbereinigungsgesetze in das Parlament eingebracht. Wir alle wissen jedoch: Von den Opferverbänden, aber auch in der Öffentlichkeit wurde wegen des zögerlichen Vorgehens, wegen erheblicher Regelungsmängel und wegen der Schieflage im Vergleich zu den vermögensrechtlichen Rückgaberegelungen viel Kritik geäußert. Herr Kollege Dreßen hat das hier angeführt.

Hinzuzufügen ist, dass es eine die Opfergruppen spaltende Entschädigungsregelung gegeben hat. Es wurde nicht berücksichtigt, inwiefern gleiches Haftschicksal sozusagen entschädigt werden kann. Die Kritik an der Nichtaufnahme von Zwangsausgesiedelten in das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz war ebenfalls gerechtfertigt. Das gilt auch für alle Regelungen, durch die die Haftentschädigung in Ost und West unterschiedlich behandelt wurden.

Sie haben damals die Anträge der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen in diesem Bereich abgelehnt. Auch das muss erwähnt werden, wenn wir heute offen und ehrlich über die Frage der so genannten Opferpensionen sprechen wollen. Dazu gehört aber auch, die durch die Regierung unter Bundeskanzler Schröder seit dem Regierungswechsel beschlossenen Verbesserungen zu erwähnen. In der Debatte wurde darauf hingewiesen.

Es muss ergänzt werden, dass neben der Erhöhung der Mittel für die **Stiftung für ehemalige politische Häftlinge** die Verlängerung der Antragsfristen beschlossen wurde. Zudem wurden die Ausgleichsleistungen für die wegen politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR beruflich benachteiligte Opfergruppe im beruflichen Rehabilitierungsrecht angehoben, und zwar mit Blick auf diejenigen, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden.

Vorhin wurde auf einen Bericht des Bundesministeriums des Inneren eingegangen und daraus zitiert. Der Klarheit halber möchte ich ein Zitat hinzufügen – Herr Vaatz, die folgende Passage auf Seite 39 bezieht sich auf Ihre Beschreibung des Defizits –:

> Eine Vermögensaufstockung ist geboten, um der Stiftung die abschließende Erfüllung ihrer Aufgaben bis zum Jahre 2005 zu ermöglichen. Dabei sollten aus dem Stiftungsvermögen zunächst die Personal- und Sachkosten bis 2005 abgedeckt und im Übrigen Mittel zur Gewährung von Unterstützungsleistungen entnommen werden.

Es heißt weiter:

> Die Finanzierung der Abwicklung aus dem Bundeshaushalt würde für das Haushaltsjahr 2005 nochmals Sonderzuweisungen an beide Stiftungen erfordern, die aufgrund entsprechender Kostenschätzungen im Zusammenhang mit der Einbringung des Abwicklungsgesetzentwurfs anzustellen und im Haushaltsansatz zu berücksichtigen wären. Ferner müsste auf dieser Grundlage auch der Fehlbedarf in 2004 durch zusätzliche Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden.

Dies wird im zuständigen Ausschuss beraten werden müssen.

Ich möchte noch etwas hinzufügen, damit nicht der Eindruck entsteht, als hätte diese Bundesregierung sozusagen beschlossen, die Stiftungen aufzulösen.

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Genau das steht drin! – Gegenruf der Abg. Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn! Das ist doch eine Ente!)

– Ganz ruhig. Reagieren Sie doch nicht so nervös, Herr Kollege!

(Erika Lotz [SPD]: Der ist die ganze Zeit schon so nervös!)

Hören Sie ganz einfach zu.

7. Oktober 1992, Drucksache 12/3212: In der Begründung zum Regierungsentwurf des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes wurde im Übrigen von einer Leistungsgewährung etwa bis zum Jahre 2005 ausgegangen. Hiervon ging dementsprechend auch die Stellungnahme des Haushaltsausschusses zur Finanzierbarkeit dieses Teils der Leistungsgewährung nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz aus. 1992 – Sie kennen die damaligen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag. Die Mehrheit war auf der rechten Seite dieses Hauses.

Der Bundesrechnungshof hat dann noch einmal nachgelegt, aber ich bin Frau Stokar von Neuforn sehr dankbar für ihren Hinweis, dass das hier in diesem Parlament entschieden werden muss. Ich denke, das Parlament wird auch entscheiden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Genau das!)

Parl. Staatssekretär Franz Thönnes

(A) Das sollten wir alle schlichtweg im Hinterkopf haben, wenn es jetzt um die beiden Gesetzentwürfe geht. Ich halte sie für sehr problematisch, weil durch die Zahlung einer pauschalen Leistung für politisch Verfolgte ganz unterschiedliche und unterschiedlich schwere Schicksale vollkommen undifferenziert abgegolten werden könnten. Es ist unbestritten, dass es in der Vergangenheit Probleme bei der **Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden** gegeben hat. Aber wenn jetzt von der FDP der Vorschlag gemacht wird, Vermutungstatbestände für eine pauschale Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden einzuführen, muss man sagen: Die Rechtsvermutung impliziert auch schlichtweg die Widerlegbarkeit.

Angesichts der Tatsache, dass die Fälle, um die es hier geht, von den Landesverwaltungen bereits zweimal überprüft worden sind, wird es in dem einen oder anderen Fall wahrscheinlich sehr leicht fallen, bei einer Rechtsvermutung auch nachzuweisen, dass bei einer dritten Prüfung anders entschieden werden könnte. Hier werden bei den Betroffenen Hoffnungen geweckt, die letztendlich nicht erfüllt werden können.

Die vorgeschlagene Regelung würde im Übrigen auch keine Erleichterung für diejenigen bringen, die weniger als sechs Monate inhaftiert waren; denn sie beinhaltet keine Regelung für diejenigen, die weniger als fünf Monate in Haft waren, die im Untersuchungsgefängnis waren und vielleicht sogar noch mehr gepeinigt wurden, oder für diejenigen, die kurz inhaftiert waren, aber anschließend unter massivem Druck und unter Zersetzungsmaßnahmen und Aktivitäten der Stasi gelitten haben. Dieser Vorschlag erfasst also einerseits gar nicht (B) alle möglichen Fälle und schert andererseits Einzelschicksale in Wirklichkeit über einen Kamm.

Auf die Frage, woher das Geld kommen soll – weit über 100 Millionen Euro; 150 bis 500 Euro monatlich –, lassen Ihre beiden Entwürfe die Antwort offen.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Das habe ich doch gesagt!)

Pauschalentschädigungen, wie sie im Gesetzentwurf in Form einer sogenannten Opferpension vorgeschlagen werden, können in den Rehabilitierungsgesetzen nicht geregelt werden. Das ist auch deshalb ausgeschlossen, weil die bundesdeutsche Entschädigungsgesetzgebung für die Verfolgung von Menschen unter der Nazigewaltherrschaft keine rentenrechtlichen Anwartschaften, sondern Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz vorsieht. Es ist kein Ausspielen beider Gruppen. Aber weil wir das Recht im Auge behalten, müssen wir schlichtweg zu dem Ergebnis kommen: Eine zusätzliche Pauschalentschädigung für SED-Opfer würde zu einer Bevorzugung dieser Opfergruppe gegenüber NS-Verfolgten führen. Auch da gilt es, die Maßstäbe der Gerechtigkeit im Auge zu behalten.

Bei der Gesetzgebung für die SED-Opfer haben die Aspekte Inflationsrate und gestiegene Leistungsfähigkeit des Staates zu einer Festsetzung der Kapitalentschädigung in Höhe von 600 DM für jeden angefangenen Haftmonat geführt. Damit ist viel getan worden, um ein Stück Ausgleich für das erfahrene Leid und die Pein der Opfer zu schaffen.

(C) Die Menschen in der ehemaligen DDR, die für Freiheit und Demokratie gekämpft haben und dafür verfolgt wurden, verdienen unseren vollsten Respekt. Sie haben Anspruch auf eine gerechte Entschädigung. Den entsprechenden gesetzlichen Rahmen haben wir in den letzten Jahren geschaffen. Auch deshalb steht die Bundesregierung den vorliegenden Gesetzentwürfen ablehnend gegenüber. Anstatt nicht einlösbare Versprechungen zu machen, ziehen wir es vor, die gegebenen weitreichenden Möglichkeiten offensiv auszuschöpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Offensiv, aber die Stiftungen schließen! Ganz schwach! Aber er rudert langsam zurück!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU zur Bereinigung von SED-Unrecht. Es liegt ein Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Pau und Dr. Gesine Lötzsch vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag auf Drucksache 15/2433? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist abgelehnt worden mit den Stimmen des ganzen Hauses gegen die Stimme der Abgeordneten Pau.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung empfiehlt auf Drucksache 15/2412, den Gesetzentwurf der CDU/CSU abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – (D) Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP bei einer Enthaltung abgelehnt worden. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Bereinigung von SED-Unrecht. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung empfiehlt auf Drucksache 15/2412, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition abgelehnt worden. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 a bis 7 e auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Lebensmittelüberwachung effizienter gestalten

– Drucksache 15/2339 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A)

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
Haushaltsausschuss

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ursula Heinen, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gerda Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Wirksamere und breitere Lebensmittelüberwachung und -kontrolle in Deutschland

– Drucksache 15/2386 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung
Haushaltsausschuss

c) Beratung des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung

Technikfolgenabschätzung

hier: TA-Projekt – „Potenziale zur Erhöhung der Nahrungsmittelqualität – Entwicklungstendenzen bei Nahrungsmittelangebot und -nachfrage und ihre Folgen“

– Drucksache 15/1673 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

(B)

d) Beratung des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung

Technikfolgenabschätzung

hier: TA-Projekt – „Potenziale zum Ausbau der regionalen Nahrungsmittelversorgung – Entwicklungstendenzen bei Nahrungsmittelangebot und -nachfrage und ihre Folgen“

– Drucksache 15/1674 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

e) Beratung des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss) gemäß § 56 a der Geschäftsordnung

Technikfolgenabschätzung

hier: TA-Projekt – „Potenziale für eine verbesserte Verbraucherinformation – Entwicklungstendenzen bei Nahrungsmittelangebot und -nachfrage und ihre Folgen“

– Drucksache 15/1675 –

(C)

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm.

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin froh darüber, dass wir heute im Bundestag über das so wichtige Thema Lebensmittelsicherheit diskutieren können. Lebensmittelsicherheit geht uns alle an. Wir müssen uns auf die Qualität unserer Lebensmittel verlassen können. Wir haben in Deutschland gute Standards in der Lebensmittelsicherheit erreicht. Allerdings hapert es bei der Umsetzung dieser guten Standards noch erheblich. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht.

Warum müssen wir jetzt etwas tun? Gerade in den letzten Wochen und Monaten ist die Öffentlichkeit immer wieder von Berichten über Lebensmittelskandale aufgeschreckt worden. Ich nenne nur einige Beispiele: Acrylamid, Nitrofuran, Dioxin und jetzt schon wieder BSE. Die Zeitungen haben über Lücken im BSE-Kontrollsystem berichtet.

Was ist hier in den letzten Wochen gelaufen? Wir alle haben den **BSE-Skandal** Ende 1999 und vor allem die zunächst ungeahnten Ausmaße dieses Skandals noch sehr gut vor Augen. Der BSE-Skandal hat zu einer tiefen Verunsicherung in der Bevölkerung, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, geführt. Das Vertrauen konnte langsam wieder zurückgewonnen werden. Der Rindfleischmarkt hat sich langsam wieder erholt.

(D)

(Ursula Heinen [CDU/CSU]: Deshalb habt ihr doch nicht den Antrag eingebracht?)

Jetzt hat uns das Thema BSE erneut eingeholt. Die öffentliche BSE-Debatte wurde durch unseren Kollegen von der FDP, Herrn Goldmann, zusätzlich angeheizt.

(Zuruf von der FDP: Guter Mann!)

Sie, Herr Goldmann, haben für eine billige Schlagzeile in der „Bild“-Zeitung zusätzlich Ängste in der Bevölkerung geschürt,

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pfui!)

Ängste, die unbegründet sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben der Ministerin Künast in der „Bild“-Zeitung vom 12. Januar 2004 Schlampereien unterstellt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Unglaubliche Schlamperei!)

Hat es Schlampereien gegeben?

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Gabriele Hiller-Ohm

(A) – Ja, Herr Goldmann, es hat Schlampereien gegeben.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Richtig!)

Aber nicht Ministerin Künast hat geschlampt, sondern die Betriebe, die nicht getestet haben, haben geschlampt, Herr Kollege Goldmann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist: Die Ministerin hat die ihr vorliegenden Informationen über Kontrolllücken unverzüglich an die Länder weitergegeben, die für die BSE-Kontrolle zuständig sind.

Ich will eines ganz klar sagen: Wir sind für eine lückenlose Aufdeckung der Kontrollpannen. Wir werden alles dafür tun, die schwarzen Schafe dahin zu stellen, wohin sie gehören, nämlich an den Pranger.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ja!)

Wir sind dafür, dass kriminelle Handlungen verfolgt und auch schwer geahndet werden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Jawohl!)

Sie, Herr Goldmann von der FDP-Fraktion,

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ich bin auch dafür!)

versuchen, den Eindruck zu vermitteln, Deutschland sei mit einer Bananenrepublik vergleichbar, in der kriminelle Machenschaften das Geschehen bestimmen und die Regierung wegschauen würde.

(B)

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das glaubst du doch selbst nicht!)

Das entspricht aber nicht der Realität, in der wir hier in Deutschland leben. Das wissen Sie, Herr Goldmann, auch ganz genau.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich weiß er das! Panikmache ist das!)

Wie sieht es bei uns in Deutschland aus, meine Damen und Herren? Die rot-grüne Bundesregierung hat die Lebensmittelüberwachung einen ganz entscheidenden Schritt nach vorne gebracht. Sie hat Versäumnisse der Vorgängerregierung erfolgreich abgearbeitet.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Wo denn?)

Das Bundeslandwirtschaftsministerium wurde grundlegend umgebaut.

(Lachen des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Wir haben heute das Bundesinstitut für Risikobewertung und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Diese Aufteilung ist notwendig, denn damit haben wir die Trennung von Risikomanagement und Risikobewertung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland vollzogen. Die Grundlagen für eine gute Lebensmittelüberwachung in Deutschland sind geschaffen. Wir haben die richtigen Gesetze und auch die Institutionen zur Umsetzung dessen, was in den Gesetzen steht. Auch bezüglich BSE, Herr Kollege Goldmann, haben wir ein vorbildliches **Kontrollsystem** aufgebaut. Dieses Kontrollsystem wird jetzt um ein elektronisches Warnsystem erweitert, damit die aufgetretenen Kontrolllücken endgültig geschlossen werden können. (C)

Wir haben also gute Standards in Deutschland. Trotzdem kommt es immer wieder zu Problemen. Warum ist das so, meine Damen und Herren? Die Durchführung und der **Vollzug der Lebensmittelkontrolle** liegen nicht in Händen des Bundes. Durchführung und Vollzug der Lebensmittelkontrolle gehören in den Verantwortungsbereich der Länder. Die Länder tragen hierfür Verantwortung. Diese Verteilung der Zuständigkeiten ist an sich nicht schlecht. Es tun sich hier jedoch schwer wiegende Schwachstellen auf: Es fehlt ein länderübergreifendes Gesamtkonzept, es fehlen eine Vereinheitlichung der Kontrollen und eine Vernetzung, um bundesweit auf Ergebnisse zugreifen zu können.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aha!)

Es fehlt eine Vernetzung zwischen den regionalen Prüfstellen. Diese Schwachstellen, meine Damen und Herren, dürfen wir uns nicht länger leisten.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Da haben Sie hundertprozentig Recht!)

Wir fordern deshalb erstens bundeseinheitliche Regelungen. Wir brauchen ein **Gesamtkonzept,** um die Überwachungspraxis in den Ländern effektiver und vor allen Dingen auch kostengünstiger zu gestalten. Gerade in Zeiten knapper Ressourcen müssen wir unsere Kräfte bündeln. (D)

Zweitens fordern wir regelmäßige und auch vorsorgende Kontrollen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Gibt es doch schon lange!)

Die Betriebe, die überwacht werden müssen, müssen auch überwacht werden, und zwar in den Abständen, die notwendig sind. Das ist in Deutschland leider noch nicht überall der Fall und hier müssen wir Verbesserungen vornehmen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Ist schon längst vereinbart!)

Drittens fordern wir ein zeitnahes Vorliegen der Ergebnisse. Viele Prüflaboratorien sind nicht in der Lage, die erforderlichen Untersuchungsaufgaben jederzeit in vollem Umfang wahrzunehmen. Probenuntersuchungen und die Erstellung von Gutachten dauern oft zu lange. Das können wir uns nicht leisten. Wir dürfen nicht so viel Zeit verstreichen lassen, bis das Problem im wahrsten Sinne des Wortes gegessen ist.

Viertens fordern wir die Einrichtung und Vernetzung von Qualitätsmanagementsystemen. Wir brauchen diese ganz dringend, um die nötige Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher herzustellen. Der Staat muss nicht alles machen, auch die Produzenten sind gefordert. Mit dem **QS-Siegel** hat sich die Lebensmittelindustrie zu Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Do-

Gabriele Hiller-Ohm

(A) kumentation der gesamten Nahrungsmittelkette verpflichtet. Dies ist ein richtiger und auch ganz wichtiger Schritt, um die Lebensmittelsicherheit in Deutschland weiter nach vorne zu bringen.

Doch auch hier gibt es Verbesserungspotenziale. Ich nenne ein Beispiel: Wie kann es sein, dass etwa in Hamburg 90 Prozent der Rinder, die nicht auf BSE getestet wurden, aus QS-zertifizierten Schlachthöfen stammen? Das, meine Damen und Herren, darf eigentlich nicht sein. Dieser Widerspruch muss dringend aufgeklärt werden.

(Beifall des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beim **Qualitätsmanagement** müssen wir Schwachstellen überwinden. Das ist ganz wichtig, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Wir wollen eine effizientere Lebensmittelüberwachung in Deutschland. Deshalb brauchen wir ganz dringend die Umsetzung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittelrechtlicher und weinrechtlicher Vorschriften. Die Bundesregierung hat diese Verwaltungsvorschrift auf den Weg gebracht. Wir brauchen sie ganz dringend, vor allen Dingen deshalb, weil uns die EU bereits im Nacken sitzt. Die Europäische Kommission hat gerade in der letzten Zeit immer wieder die (B) mangelnde Kommunikation zwischen Bundes- und Länderebene in Deutschland bemängelt. Wir brauchen deshalb ganz dringend eine **nationale Koordinierungsstelle.** Für diese Aufgabe wäre das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zuständig; es ist dafür ideal geeignet.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU-Fraktion, haben sich ebenfalls mit dem Thema Lebensmittelsicherheit befasst und einen Antrag vorgelegt. Mit der Überschrift Ihres Antrages stimmen wir überein. Sie wollen eine wirksamere und breitere Lebensmittelüberwachung und -kontrolle in Deutschland. Das wollen auch wir.

(Zuruf von der CDU/CSU: Können wir abstimmen?)

Wie aber stellen Sie sich das vor? Sie fordern, der Bund solle die verbesserte Lebensmittelüberwachung bezahlen. Da sagen wir: Stopp! Lebensmittelkontrolle ist Ländersache. Wir sehen sehr wohl das Problem der schwierigen Finanzausstattung der Länder und vor allem der schwierigen Finanzausstattung der Kommunen. Wir haben deshalb mit viel Kraft eine weit reichende Gemeindefinanzreform auf den Weg gebracht.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Auf den Weg, ja!)

Wir haben das getan, um den Gemeinden und Städten wieder auf die Beine zu helfen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU-Fraktion, hatten die Chance, (C) mit uns gemeinsam die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden zu verbessern.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Ihr habt uns ja nicht gelassen!)

Sie haben diese Chance vertan.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben durch Ihre Blockadepolitik die Städte und Gemeinden um mehrere Hundert Millionen Euro gebracht. Sich jetzt hier hinzustellen und am Haushalt vorbei Geld für Länderaufgaben einzufordern ist unseriös. Es ist mehr als scheinheilig und ein ganz klarer Beweis Ihrer Unglaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU)

– Ja, da murmeln Sie mal nur!

Aber regen Sie sich ab; Sie haben die Gelegenheit, Ihre Seriosität noch einmal unter Beweis zu stellen. Dann können Sie sich bewähren. Es wird nämlich im Bundesrat in Kürze zum Schwur kommen. Dort müssen Sie der Verwaltungsvorschrift des Bundes Ihre Zustimmung geben. Ich bin sehr gespannt, ob Ihre Kolleginnen und Kollegen dort Ernst machen und ihre Hand für die Verwaltungsvorschrift des Bundes und damit für mehr Lebensmittelsicherheit in Deutschland heben werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Ursula Heinen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ursula Heinen (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gar keine Frage: Die Lebensmittelkontrolle ist eines der entscheidenden Instrumente eines effizienten, umfassenden, wirksamen **Verbraucherschutzes.** Ich glaube, darüber gibt es in diesem Hause überhaupt keinen Streit. Ich bin erleichtert, dass wir es jetzt, nach fast zweijähriger Diskussion, geschafft haben, das Thema Lebensmittelüberwachung auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages zu setzen.

Schon als wir in der letzten Legislaturperiode den ersten Entwurf des Verbraucherinformationsgesetzes debattiert haben, haben wir gesagt, dass erst die Lebensmittelüberwachung in Deutschland richtig funktionieren muss, bevor wir uns das Verbraucherinformationsgesetz vornehmen können; denn wenn wir die Verbraucher nicht seriös über Ergebnisse informieren können, ist jede Information nichts wert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kern unseres **Kontrollsystems** ist die Arbeit der Kontrolleure vor Ort; was sie machen, hilft wirklich weiter. Bei Ihrer Rede, Frau Hiller-Ohm, hatte ich den Eindruck, dass Sie sich mit dem Thema überhaupt nicht

Ursula Heinen

befasst haben. Sie meinen, das Gesetz sei ein reines BSE-Verhinderungsgesetz. Aber es geht hier nicht allein um BSE.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich nenne Ihnen einmal die entsprechenden Zahlen aus meiner Heimatstadt **Köln:** In Köln gibt es 15 städtische Kontrolleure, die tagtäglich unterwegs sind. Diese 15 Kontrolleure müssen 12 200 Betriebe überwachen. Hinzu kommt die Ahndung von Verstößen gegen die Kennzeichnungspflicht, etwa das Haltbarkeitsdatum oder Inhaltsstoffe betreffend. Dass die Arbeit notwendig ist, belegen die Statistiken. Sie sprachen eben die Statistiken hinsichtlich BSE an. Da gab es gerade einmal 300 Fälle, in denen die Angaben nicht genau gestimmt haben. Allein in Köln, Frau Hiller-Ohm, gab es im Jahr 2002 403 Strafverfahren, 754 Bußgeldverfahren, 65 Betriebsschließungen und 566 Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht. Die Kosten der Lebensmittelüberwachung für die Stadt Köln lagen bei knapp 6 Millionen Euro. Das ist die Dimension, über die wir hier sprechen. Wenn Sie – wie eben geschehen – lapidar sagen, mit der Gemeindefinanzreform helfen wir den Kommunen, dann kann ich nur sagen: Schauen Sie sich diese Zahlen aus Köln an! Sie werden dann sehen, dass das, was Sie auf den Weg gebracht haben, um eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zu erreichen, bei weitem nicht ausreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht.

Weil mit der staatlichen Kontrolle – auch das haben die Zahlen gerade gezeigt – kaum alle in Verkehr gebrachten Waren untersucht werden können, muss dieses System durch private Eigenkontrollen und Meldepflichten abgerundet werden. Anders ist eine vernünftige Arbeit nicht möglich.

Wir müssen aber auch ehrlich sein. Schlagzeilen über den einen oder anderen Lebensmittelskandal rücken die Lebensmittelüberwachung insgesamt in ein negatives Licht. Das ist aber ein falscher Eindruck; denn insgesamt funktioniert sie ganz gut. Wir unterhalten uns hier darüber, wie Verbesserungen in dem einen oder anderen Bereich erreicht werden können, vor allen Dingen was das zügige Abwickeln der Lebensmittelkontrollen angeht.

Der Bund hat auf die Lebensmittelkrisen der vergangenen Jahre nicht immer angemessen reagiert. Das hatte meistens institutionelle Gründe. Es ist deshalb zum einen erforderlich, die **Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern** wesentlich besser und präziser zu regeln, als es heute der Fall ist. Zum anderen müssen in der Tat – darin stimmen wir alle überein – die Verfahren zur Lebensmittelkontrolle der einzelnen Länder angeglichen und untereinander entsprechend abgestimmt werden. Insofern begrüßen wir – das ist gar keine Frage –, dass die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittel- und weinrechtlicher Vorschriften – das ist eine nur schwer verständliche Überschrift –

(Matthias Weisheit [SPD]: Das ist richtig!)

endlich auf den Weg gebracht wird. Mit ihr haben wir eine Chance, das Auseinanderdriften der einzelnen Länder in diesem Bereich zu verhindern und sie zusammenzubringen. Wir brauchen einheitliche Verfahren, die ein gleichmäßig hohes Niveau gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Allerdings ist nicht alles gut, was gut gemeint ist. Einigen Punkten im Antrag der Koalitionsfraktionen können wir deshalb nicht zustimmen. Sie wollen einen starren zweijährigen **Kontrollrhythmus** festlegen und bundesweite Überwachungsprogramme auflegen bzw. den Ländern die Pflicht zur Erarbeitung von bestimmten Überwachungsprogrammen auferlegen. Das wird der Sache nicht zwangsläufig nutzen. Wir brauchen eher eine bedarfsgerechte Flexibilität, die gerade bei der störanfälligen und vielen Schwankungen unterworfenen Lebensmittelüberwachung erforderlich ist. Wenn wir in Richtung eines starren Rasters gehen, bekommen wir noch mehr Bürokratie und Papier. Letztendlich wird das der Kontrolle und der Überwachung nicht nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

Zudem wird den Besonderheiten der Länderstrukturen in der Verwaltung nicht Rechnung getragen. Hier sind offenere Regelungen erforderlich, die auch die unterschiedlichen Strukturen in den einzelnen Bundesländern berücksichtigen. Wir können den Ländern nicht auferlegen, ihre **Verwaltungsstrukturen** komplett über den Haufen zu werfen. Man sollte schon zusehen, dass man im Rahmen der Verwaltungsvorschrift den Ländern noch einen eigenen Spielraum gibt.

Hinzu kommt, dass die Bund-Länder-Koordination erheblich verbessert werden muss. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit ist schon angesprochen worden. Die Koordinierungsfunktion, obgleich im Gesetz vorgesehen, ist überhaupt noch nicht richtig ausgeprägt. Es gibt Doppelzuständigkeiten zwischen dem Bundesamt, dem Bundesinstitut für Risikobewertung und den Ländern. Sie sind unnötig und überflüssig. Wir könnten wesentlich besser arbeiten, wenn wir die Personalstrukturen anders nutzen und diese Doppelzuständigkeiten verhindern würden.

Schließlich brauchen wir – auch dieses Thema ist schon angesprochen worden – ein besseres **Finanzierungskonzept** für den Bund und die Länder. Wir drücken den Ländern immer mehr Aufgaben auf. Man denke nur daran, dass ab April auch das Vorhandensein gentechnisch veränderter Bestandteile bzw. solcher Zutaten kontrollierbar sein muss. Damit wird den Ländern bzw. den Kommunen wieder eine neue Aufgabe übertragen, ohne dass sie eine bessere Finanzausstattung erhalten.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Kosten für die Bundesregierung null! Erzählen, was das kostet, kann sie auch nicht!)

Lediglich das Land Niedersachsen ist vorbildlich. Denn es unterstützt seine Kommunen bei der Lebensmit-

Ursula Heinen

(A) telüberwachung und -kontrolle. Dort gibt es pro Jahr und Einwohner 3 Euro zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle.

(Zuruf von der SPD: Seit wann?)

Dies ist sicher ein sehr guter Schritt.

Last not least: Denken Sie in den weiteren Beratungen darüber nach, sich unseren Vorschlägen anzuschließen! Wir haben demnächst im Ausschuss noch Zeit dazu. Wir haben insgesamt die Chance, zu einer besseren Lebensmittelüberwachung und auch zu Verhandlungen über ein Verbraucherinformationsgesetz – ich habe das eingangs angesprochen – zu kommen.

Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Matthias Berninger.

Matthias Berninger, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:
Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von Walt Whitman stammt das Zitat: „Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt.“ Die amtliche Lebensmittelüberwachung in Deutschland ist eine der ganz wesentlichen Einrichtungen, die dazu da sind, diesen Krisen zuvorzukommen.

(B) Wir müssen von dieser Stelle aus eines klar sagen: Die Verantwortung dafür, dass sichere Lebensmittel über den Ladentresen gehen und dass Rückstände in Lebensmitteln vermieden werden, hat weder die Bundesregierung noch eine Landesregierung noch ein kommunaler Lebensmittelkontrolleur zum Beispiel in Köln. Die Verantwortung dafür hat die **Lebensmittelwirtschaft** in Deutschland. Wir brauchen die Lebensmittelkontrolle, um der Lebensmittelwirtschaft insgesamt, den Produzenten und dem Handel, auf die Finger zu schauen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Wo hat sie ihr Problem? Bei den Riesen oder bei den ganz Kleinen?)

Nur wenn wir eine funktionierende Lebensmittelkontrolle haben, wird die Wirtschaft ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Aber die haben wir doch schon jetzt!)

Denn die Erfahrung aus den vergangenen Jahren zeigt: Überall dort, wo nicht kontrolliert wird, ist, wenn man genau hinsieht, die **Zahl der Verstöße** besonders hoch. Es ist nur allzu menschlich, dass sich dort, wo keine amtliche Lebensmittelkontrolle zu erwarten ist, schwarze Schafe ausbreiten und es zu vermehrten Verstößen kommt. Einer der wichtigen Gründe, weswegen wir mehr Lebensmittelkontrolle brauchen, ist, dass nur so die Rede vom **vorsorgenden Verbraucherschutz** mit Leben gefüllt wird.

(C) Vor diesem Hintergrund bin ich sehr dankbar, dass man sich in den beiden heute zur Debatte stehenden Anträgen in dieser Frage einig ist. Mehr Ressourcen und mehr Personal in der Lebensmittelüberwachung zu schaffen ist Konsens in diesem Parlament. Ich finde, das sollte man bei allem Streit zunächst einmal festhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Darüber hinaus ist diese Bundestagsdebatte außerordentlich hilfreich. Denn die Gespräche mit dem Bundesrat, die wir seit einiger Zeit führen, sind nicht nur freudvoll. Die Frage, wann die Allgemeine Verwaltungsvorschrift, um die es hier geht, im Bundesrat behandelt werden soll, ist zum Beispiel schon der erste Streitpunkt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Mehrheit der Länder nicht dem Antrag zugestimmt hat, die Behandlung dieses Themas auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Ich glaube, dass die öffentliche Diskussion über dieses Thema deshalb besonders wichtig ist, weil nur so Bewegung in die Sache kommt.

Hedda von Wedel hat, vom Bundeskanzler beauftragt, eine **Schwachstellenanalyse** im Bereich der Lebensmittelkontrolle in Deutschland erarbeitet und uns vorgelegt. Sie hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass wir auf Bundesebene erhebliche Verbesserungen beim Risikomanagement und bei den Verbraucherbehörden in Gang setzen müssen. Ich kann nun, ungefähr zweieinhalb Jahre nach Vorlage dieser Schwachstellenanalyse, sehr klar sagen, dass es der Bundesregierung gelungen ist, mehr Personal und mehr Ressourcen bereitzustellen und (D) die von Frau von Wedel vor allem gewünschten effizienteren Strukturen auf den Weg zu bringen. Wenn es, Frau Heinen, noch an der einen oder anderen Stelle in der Koordination hakt, dann bitte ich um Verständnis: Wir mussten den Verbraucherschutz als Lehre aus der BSE-Krise komplett neu aufbauen.

Entscheidend ist, dass wir im Deutschen Bundestag quer über alle Fraktionen nahezu jedes Jahr in den Haushaltsberatungen die dafür notwendigen finanziellen Mittel und Ressourcen bewilligt bekommen haben. Auch dafür allen Fraktionen einen besonderen Dank!

Frau von Wedel hat auch gesagt: Bund und Länder sowie die Länder untereinander müssen besser zusammenarbeiten. Die wissenschaftlichen Testmethoden bei der Lebensmittelüberwachung sind zwischen den einzelnen Ländern nicht koordiniert. Das eine Bundesland weiß nicht, was das andere Bundesland überprüft. Die so genannten Hot Spots, die Problembereiche, sind fast gut gehütete Staatsgeheimnisse in jedem einzelnen Bundesland. Das kann in einem Land, das die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse über die Verfassung sicherstellen möchte, nicht der richtige Weg sein. Deswegen ist es Ziel der Bundesregierung, mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift genau in diesem Punkt Fortschritte zu erzielen. Bund und Länder müssen besser zusammenarbeiten und die Länder müssen sich untereinander in die Karten gucken lassen.

Warum das so schwer ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Frau Heinen hat die Probleme in Köln beschrieben.

Parl. Staatssekretär Matthias Berninger

(A) Addiert man die vielen Kölns in Deutschland, kommt man zu dem Ergebnis, dass in ganz Deutschland in Sachen Investitionen und Personalkosten nahezu 100 Millionen Euro fehlen. Diese Zahl basiert auf Daten, die die Länder im Rahmen der Beratung des Bundesrates bekannt gegeben haben und die in einer Drucksache schlummern. Das zeigt das Problem, vor dem wir gemeinsam stehen.

Die CDU/CSU sagt in ihrem Antrag, der Bund solle das mal eben finanzieren. Das kann doch nicht die Lösung sein; denn die Verfassung gibt uns überhaupt keine Möglichkeiten, die Lebensmittelkontrolle zu finanzieren. Das Grundgesetz sagt: Das ist originäre Aufgabe der Länder. Wir haben nicht, wie im Bereich des Strahlenschutzes, die Möglichkeit, im Auftragsverwaltungsverfahren die Kosten zu übernehmen. Wir können gerne im Rahmen der Föderalismuskommission darüber reden, dem Bund mehr Kompetenzen für Verbraucherschutz zu geben; das ist auch eine Forderung des Bundesverbraucherschutzministeriums. Nichtsdestotrotz werden die Länder in diesem Bereich investieren müssen.

Das wird drei Vorteile für die Verbraucher haben. Erstens: Die Lebensmittel sind sicherer. Zweitens: Die Unternehmen investieren dann aus Angst vor diesen Kontrollen mehr in die Lebensmittelsicherheit. Drittens: Lebensmittelkrisen wie etwa im Falle von Paprika mit zu hohen Rückständen, im Falle von BSE oder im Falle von Futtermittelverseuchung werden zwar am Anfang auftreten, in der Folgezeit aber nicht mehr. Der wichtigste Vorteil ist aber: Deutschland kommt endlich in Europa an, wenn wir die Reform durchsetzen. Bisher ist es so, dass

(B) alle Berichte, die wir nach Brüssel geben, voll von Peinlichkeiten sind. Wie anders kann man es nennen, wenn wir zum Beispiel für einige Länder konstatieren müssen, dass dort nicht einmal ein Drittel aller Betriebe jährlich routinemäßig kontrolliert wird? Insofern ist die Regelung, dass bestimmte Kontrollen nur alle zwei Jahre stattfinden sollen, schon ein Zugeständnis an die Realität in Deutschland.

Man muss nicht länger darüber reden, sondern muss handeln und finanzielle Ressourcen zugunsten des Verbraucherschutzes in den Ländern bereitstellen, so wie es der Bund gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Es spricht jetzt der Abgeordnete Michael Goldmann.

Hans-Michael Goldmann (FDP):
Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicherlich in einem Punkt fraktionsübergreifend einig: Effiziente Lebensmittelüberwachung und gute Lebensmittelkontrolle sind die Grundlage für sichere, qualitativ **hochwertige Lebensmittel.** Dazu sagen wir als FDP natürlich Ja.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme aber natürlich auch zu dem Punkt, der hier angesprochen worden ist und der das Klima zwischen

(C) uns deutlich verschlechtert hat. Frau Hiller-Ohm, Sie haben gesagt, wir hätten ein vorbildliches **Kontrollsystem** aufgebaut. Es ist erstaunlich, dass Sie im selben Zusammenhang, unmittelbar daran anschließend, Vorschläge machen, wie man dieses Kontrollsystem deutlich verbessern kann.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Sie haben die Idee der Task Force genannt. Sie haben die Idee der direkten Abgleiche genannt.

(Gustav Herzog [SPD]: Das Bessere ist der Feind des Guten!)

Das sind übrigens Ideen, die nicht aus dem Künast-Ministerium kommen, sondern aus dem Freistaat Bayern. Der Freistaat Bayern hat diese Vorschläge schon vor längerer Zeit gemacht. Ich bin sehr froh darüber, dass jetzt entsprechende Regelungen auf den Weg gebracht werden.

Sie, Herr Berninger, haben gesagt, Krisen meistere man am besten, wenn man ihnen zuvorkommt. Genau das hätten Sie tun müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Krise bezüglich der Abgleiche von **BSE-Tests** ist dem Haus seit 2003 bekannt. Der Umgang mit der BSE-Problematik ist auch nicht erst jetzt von mir kritisiert worden, sondern ist schon in einem Bericht des Bundesrechnungshofes kritisiert worden. Was haben Sie zu dem Zeitpunkt, als bekannt wurde, dass es die Probleme gibt – nicht nur der Landkreis Emsland über das Land Niedersachsen, auch andere haben darüber informiert –, gemacht, um Ihrem Grundsatz, den Sie sich ja immer auf

(D) die Fahne schreiben, nämlich **vorsorgenden Verbraucherschutz** zu betreiben, gerecht zu werden? Sie haben die Stellen, die nötig sind, um die BSE-Problematik zu verhindern bzw. auszuschalten, gekürzt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genau das sagt der **Bericht des Bundesrechnungshofes.** Er betont ausdrücklich: Im Zusammenhang mit BSE und Fleischhygiene gab es erhebliche Unterlassungen.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Berninger, ich wiederhole Ihre Aussage, die ich hoch interessant finde, noch einmal: Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt.

In der Ausschusssitzung am 14. Januar 2004 haben Sie die gesamte Verantwortung auf die Länder abgeschoben. Ich habe Sie damals gefragt: Warum haben Sie eigentlich nicht von dem Recht auf Erlass einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Gebrauch gemacht? Damals sind Sie die Antwort darauf schuldig geblieben.

(Beifall bei der FDP)

Heute, noch nicht einmal 14 Tage später, liegt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift, die in diesem Bereich Verbesserungen bringt, auf dem Tisch.

Herr Berninger, es bleibt dabei: Ihr Haus hat in der Frage der Bekämpfung von BSE die Fahne unheimlich

Hans-Michael Goldmann

(A) hoch gezogen, hat aber in der Frage der Bewältigung der BSE-Problematik wie auch anderer Problematiken in meinen Augen, um es politisch zu sagen, unglaublich – das heißt: es ist nicht zu glauben – geschlampt. Das ist unser Vorwurf, der auch bestehen bleibt.

(Beifall bei der FDP – Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Unglaublich!)

– Frau Hiller-Ohm, lesen Sie es nach. Wenn Sie eines der von mir genannten Fakten widerlegen können, können wir gerne so in eine Sachdiskussion einsteigen, wie wir jetzt natürlich in die Sachdiskussion darüber einsteigen,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist alles großer Quatsch!)

ob das, was Sie hier auf den Weg bringen, wirklich dem Rechnung trägt, was Sie vorhin angesprochen haben.

Ich empfehle Ihnen: Schauen Sie schlicht und einfach einmal in schon lange bestehende Vereinbarungen. Es gibt schon jede Menge Vereinbarungen zur Lebensmittelkontrolle und zur Lebensmittelsicherheit. Wenn sie Ihnen fehlen, gebe ich Ihnen gerne die Vereinbarung, die zum Beispiel der Freistaat Bayern und das Land Thüringen unterschrieben haben. Dort sind tägliche bis monatliche Kontrollen oder auch Kontrollen vier Mal im Jahr vorgesehen.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Das brauchen wir nicht zu bekommen!)

Die Grundlagen dafür gibt es sehr wohl.

(B) Wenn der Bund den Ländern nicht auch ein Stück bei der Ausstattung mit entsprechendem Personal für die Lebensmittelkontrollen hilft, wenn Sie nicht bereit sind, auch private Anbieter mit einzubeziehen, werden wir auch hier ein Problem bekommen.

Mein Vorwurf bleibt: Bei der BSE-Aufklärung und der BSE-Bekämpfung ist schlampig gearbeitet worden. Ich habe in diesem Punkt nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Eine Kurzintervention des Abgeordneten Berninger.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Der ist von der Regierung und kann doch sowieso immer reden! Warum macht er es so?)

– Weil das sein Abgeordnetenrecht ist. Herr Kollege, ich muss Sie als alten Hasen doch nicht über Parlamentarierrechte aufklären.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie können ihn als künftigen Ministerpräsidenten ansprechen!)

Bitte.

Matthias Berninger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Der Abgeordnete Goldmann hat in seiner Rede wieder einmal verschiedene Themen durcheinander geworfen, weswegen ich vonseiten der Bundesregierung hier eines klarstellen möchte: (C)

Erstens. Wir sind seit längerem mit dem Bundesrat über diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift im Gespräch. Der hier erweckte Eindruck, diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift sei eine Reaktion auf die jüngsten Vorkommnisse, auf die Unregelmäßigkeiten bei BSE-Tests, entbehrt jeglicher Grundlage, wie ein Blick auf die einzelnen Fristen und Daten der Diskussion zeigt. Im Übrigen ist es so, dass – wie ich schon gesagt habe – diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift ein elementarer Bestandteil der Umsetzung der Vorschläge von Frau von Wedel ist, auf die sich alle verständigen konnten, als BSE noch ein großes Thema war.

Zweitens. Der Abgeordnete Goldmann erweckt wieder den Eindruck, es hätte grobe Unregelmäßigkeiten und Schlampereien gegeben. Er hat in der Ausschusssitzung sogar einzelne Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro von Renate Künast dieser Unregelmäßigkeiten bezichtigt. Es konnte im Ausschuss zweifelsfrei nachgewiesen werden, dass die Vorwürfe haltlos waren. Die FDP stand damit im Ausschuss auch alleine. Da der Abgeordnete Goldmann nicht Manns genug ist, sich dafür zu entschuldigen, muss ich hier deutlich sagen, dass ich es bedaure, dass er diese Vorwürfe weiterhin aufrechterhält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Drittens ist es so, dass für die Probleme im Bereich der BSE-Tests im Rahmen der Rinderdatenbank die Länder originär zuständig sind. Die Bundesregierung hat im Ausschuss erklärt, dass sie Hinweise auf einzelne Unregelmäßigkeiten bei einer Gesamtzahl von 2,5 Millionen BSE-Tests im Jahr bekommen und an die jeweils zuständigen Länder weitergegeben hat. Sie hat aber erst verspätet davon Kunde bekommen, dass die Länder insgesamt einen Abgleich gemacht haben. Erst als einzelne Bundesländer beim Bund nachgefragt haben, haben wir festgestellt, dass es hier systematische Unregelmäßigkeiten und Probleme gibt. Unmittelbar nachdem wir davon Kenntnis hatten, haben wir die Öffentlichkeit darüber informiert. Auch hier ist der Vorwurf der Schlamperei absolut haltlos und nützt in der Debatte überhaupt nichts. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bei 2,5 Millionen BSE-Tests haben wir einige Hundert Unregelmäßigkeiten zu konstatieren. Das als große Schlamperei darzustellen unterläuft meiner Meinung nach die Errungenschaften, die wir, Bund und Länder gemeinsam, mit den neuen Vorsorgemaßnahmen im BSE-Bereich erreicht haben. Es handelt sich um den durchsichtigen Versuch, ein Detailproblem, für das auch noch die Länder zuständig sind, Frau Bundesministerin Künast vorzuwerfen. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(A)

Hans-Michael Goldmann (FDP):

Herr Berninger, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mich als Kollegen ansprechen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Ja; denn im Moment agiert er ja nicht als Regierungsvertreter, sondern als Abgeordneter, der meint, seine Ministerin ein bisschen in Schutz nehmen zu müssen.

(Zuruf von der SPD: Äußern Sie sich jetzt oder nicht?)

Herr Berninger, der Fall ist ganz simpel. Jeder, der von dem **HIT-System** Ahnung hat – ich gehe davon aus, dass Sie davon Ahnung haben –, und jeder, der vom Abgleich von BSE-Test- und Schlachtdaten Ahnung hat, wusste, dass hier ein besonderes Problem besteht. Trotz der Klasse, die dieses System ansonsten hat, wussten das alle, die damit zu tun hatten. Dabei handelt es sich, nebenbei gesagt, nicht um Ihre Erfindung. Im Prinzip ist dieses System von Bauern entwickelt worden, um in diesem Bereich für mehr Sicherheit zu sorgen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

Alle, die von diesem System Kenntnis hatten, wussten, dass es Probleme gab, dass es bei der Eingabe von Ohrmarkendaten beispielsweise zu Zahlendrehern gekommen ist. Auch wussten sie, dass das eine oder andere Tier verschwindet. Lassen Sie uns nicht darüber streiten, wie viele Tiere es waren. Aber das Problem von **Schwarzschlachtungen** ist keine Erfindung in einem bestimmten Jahr. Es hat sie immer gegeben und jeder weiß, dass es in diesem Zusammenhang Probleme gibt.

(B)

Herr Berninger, auch Sie haben das gewusst; denn das war Gegenstand von Erörterungen auf Landesebene. So haben zum Beispiel Vertreter des Landkreises Emsland in einem Schreiben darauf aufmerksam gemacht, dass bei diesem System die Gefahr besteht, dass sich kriminelle Energie entfaltet. Genau dies hat Ihr Staatssekretärskollege in einer Pressemitteilung bestätigt.

Darin hieß es, dass es Fälle krimineller Energie auszumerzen gibt. Also hat er doch gewusst, dass es in diesem Bereich Probleme gibt. Darauf haben Sie nicht zeitgerecht reagiert.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nun wirklich totaler Quatsch!)

Das BSE-System ist zum 1. Januar 2003 eingeführt worden. Aber Sie haben die Chancen dieses Systems nicht energisch genug genutzt. Sie haben nicht darauf hingewirkt, dass es zu schnelleren Abgleichen kommt. Nicht Sie, sondern die Verantwortlichen des Freistaates Bayern haben diese Idee entwickelt. Herr Berninger – Sie brauchen gar nicht abzuwinken –, gegen Ende des Jahres 2003 haben Sie erst noch einen anderen Sachverhalt geklärt, nämlich die Frage, wann ein Tier 24 Monate alt ist.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Auch Ihnen war bekannt, dass auf europäischer Ebene folgende Regelung gilt: 24 Monate plus ein Tag. Aber in der Bundesrepublik Deutschland ist immer auf eine Weise verfahren worden, dass man nie genau wusste, wann 24 Monate abgelaufen waren. Sie kannten das Problem und haben erst Ende Dezember letzten Jahres darauf reagiert.

(C)

Ebenso sind Frau von Wedels Anmerkungen zu Verbesserungen keine Erfindungen des Jahres 2004. Sie reichen lange zurück. In der Ausschusssitzung habe ich sie ganz konkret gefragt, ob sie von diesen Problemen gewusst hat; sie muss davon gewusst haben. Sie selbst haben gerade bestätigt, dass Sie schon lange an dem Problem arbeiten, die Lebensmittelkontrolle effizienter zu gestalten. Also haben Sie um die Schwächen dieses Systems gewusst. Deswegen erhebe ich nach wie vor den Vorwurf, dass Sie in dieser Sache nicht auf den Punkt hin gearbeitet haben. Ich sage es Ihnen ganz simpel: Es war für mich nicht zu glauben, dass Sie in dieser Frage so schlampig vorgegangen sind.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Uda Heller, CDU/CSU-Fraktion.

Uda Carmen Freia Heller (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Sprichwort sagt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In diesem Sinne wollen wir eine wirksame Lebensmittelüberwachung und -kontrolle. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass die Behörden ihn sowohl bei Produkten aus dem eigenen Land wie auch bei Importen vor gesundheitlichen Risiken und Gefahren schützen und aufklären. Eine **Einfuhrkontrolle** bei letzteren Produkten ist deshalb sinnvoll und angebracht. Bei grenzüberschreitenden Märkten – auch im Lebensmittelbereich – ist das ein schwieriges Unterfangen, wie wir alle wissen. Die gerade zu Ende gegangene Grüne Woche hat uns allen wieder die wunderbare Vielfalt, aber auch die Komplexität des Angebotes vor Augen geführt.

(D)

Staatliche Lebensmittelüberwachung und -kontrolle kann aber nur gemeinsam mit verbindlicher Eigenkontrolle der Unternehmen, entsprechenden Meldepflichten der Erzeuger und Produzenten sowie der Eigenverantwortung der Verbraucher einen effizienten Verbraucherschutz garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So begrüßenswert der Föderalismus als solcher ist, so hinderlich ist er in der Frage des vorbeugenden Verbraucherschutzes: Unterschiedliche Zuständigkeiten, unterschiedliche Regelungen, unterschiedliche Prüfzyklen und unterschiedliche Ausstattungen der jeweiligen Prüfinstitutionen führen natürlich auch zu unterschiedlichen Bewertungen und enormen Reibungsverlusten und Abstimmungsschwierigkeiten, wie wir sie ja in der Vergangenheit auch öfters erlebt haben.

Deshalb kann und muss die Lösung für einen effizienten vorbeugenden Verbraucherschutz eine **koordinierte und abgestimmte Lebensmittelüberwachung und -kontrolle**

Uda Carmen Freia Heller

(A) sein, die die Pflichten klar regelt, nämlich was wann und wie gemacht werden soll. Dies muss bundeseinheitlich geschehen, denn es darf nicht sein, dass die Menschen in dem einen Bundesland durch andere Prüfmethoden und -zyklen einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind als in einem anderen Bundesland.

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dass wir uns in diesem Hohen Hause über den dringenden Regelungsbedarf in dieser Sache in weiten Teilen einig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Bund muss Regelungen vorgeben, die bundeseinheitlich gelten und einen flächendeckenden Verbraucherschutz garantieren. Die Lebensmittelkontrollen müssen sowohl personell als auch sachlich besser ausgestattet werden, damit sie den umfangreicher werdenden Aufgaben auch gerecht werden können. Dazu zählt natürlich auch eine verbesserte Aus- und Weiterbildung aller Mitarbeiter, die in diesem Bereich tätig sind.

Damit sie präventiv wirken können, müssen die Prüfzyklen engmaschig sein; dies setzt eine entsprechende Kontrolldichte voraus. Beim Verbraucherschutz darf nicht am falschen Ende gespart werden.

Bei aller Sympathie für Privatisierung – bei der Lebensmittelüberwachung muss die Autorität des Staates sichergestellt sein. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat Sachsen-Anhalt zum Beispiel die Durchführung der BSE-Tests nach wie vor einem eigenen Testlabor unterstellt, während andere Bundesländer diese (B) Aufgabe an private abgegeben haben, ohne deren Kontrolle sicherzustellen. Die damit verbundenen Unsicherheiten sind uns allen noch gegenwärtig. Das darf nicht wieder vorkommen!

Mit dem **Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit** haben wir nun eine Institution geschaffen, die grundsätzlich für eine solche Koordinierungsaufgabe zuständig sein soll. In der konkreten Ausgestaltung besteht unseres Erachtens aber noch dringender Handlungsbedarf. Einheitliche Verwaltungsvorschriften, wie sie in dem Entwurf der Bundesregierung ansatzweise vorliegen, sollten die Zuständigkeiten und Verfahrenswege klar festlegen, wobei die Bundesregierung die Kosten und die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen der Länder berücksichtigen sollte.

Wenn zum Beispiel die Kommunen die personelle Last der Lebensmittelüberwachung zu tragen haben, wird es ihnen bei ihrer katastrophalen finanziellen Lage und steigender Aufgabenfülle und Bürokratie nicht möglich sein, mehr Personal zur Verfügung zu stellen; auf dieses Problem hat Frau Heinen vorhin schon sehr richtig hingewiesen.

(Peter H. Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Das ist auch vernünftig!)

In meinem Landkreis etwa müssen zurzeit drei Personen circa 800 Einrichtungen kontrollieren; auf die Fläche gerechnet ist das natürlich eine große Zahl. Die vom Land (C) festgelegte Häufigkeit der Kontrollen in diesem Bereich ist da wirklich nur schwer einzuhalten.

Eine sinnvolle Einsparmöglichkeit wäre nach meiner Ansicht das gemeinsame Betreiben von Untersuchungslabors durch mehrere Länder. Für die Realisierung, gibt es schon Ansätze zwischen einzelnen Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was jedoch nicht geschehen darf, ist, dass wir Bundesregelungen schaffen, mit denen wir den Ländern nicht nur Pflichten auferlegen, sondern ihnen auch noch die Rechnung dafür präsentieren. Hier bin ich anderer Meinung. Sicherlich müssen wir uns über dieses Thema noch unterhalten.

Wenn die einzelnen Länder darüber hinaus Handlungsbedarf bei der Überwachung sehen, dann seien ihnen entsprechende Maßnahmen anheim gestellt. Hier darf der Bund sie nicht einengen.

Ich denke, wenn wir die heute angesprochenen Aufgaben hier im Hause gemeinsam vom Tisch bekommen, dann haben wir zumindest eine Basis dafür geschaffen, die künftigen Herausforderungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit konsequent in den Griff zu bekommen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen auf den Drucksachen 15/2339 und 15/2386 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Weiterhin ist vereinbart, die Vorlagen auf den Drucksachen 15/1673, 15/1674 und 15/1675 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Christoph Hartmann (Homburg), Ulrike Flach, Cornelia Pieper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Akkreditierte Masterabschlüsse von Fachhochschulen und Universitäten im öffentlichen Dienst gleichstellen

– Drucksache 15/1710 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

(A)

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Eckpunkte für einen Wissenschaftstarifvertrag

– Drucksache 15/1716 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Damit greifen wir die Zwischenfragen des Kollegen Tauss von heute Morgen auf und machen sie, wie es sich gehört, zu einem ordentlichen Tagesordnungspunkt, was hoffentlich nicht nur bei ihm große Befriedigung auslöst.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Er ist ja gar nicht da!)

– Zumindest dieser Hinweis wird ihn in den Plenarsaal zurücktreiben.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Das ist zu befürchten!)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die FDP sechs Minuten erhalten soll. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch.

Ich eröffne hiermit die Aussprache und erteile zunächst der Kollegin Ulrike Flach, FDP-Fraktion, das Wort.

(B)

Ulrike Flach (FDP):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben Recht: Wir haben heute Morgen sehr ausführlich über Innovationen gesprochen. Ich habe darauf verwiesen, dass uns nicht Sprechblasen – apropos, Herr Tauss –, sondern nur handfeste Reformvorschläge weiterhelfen.

(Jörg Tauss [SPD]: Apropos, Frau Flach, da bin ich einig mit Ihnen!)

Innovation darf keine Worthülse bleiben, sondern muss sich in konkreten Handlungen und nachprüfbaren Taten ausdrücken. Mit unseren beiden Anträgen geben wir Ihnen heute eine sehr gute Gelegenheit dazu. Die Forderungen in unseren beiden Anträgen sind im Grundsatz – da bin ich mir sehr sicher – nicht einmal streitig. Es geht heute wirklich nur darum, ob Sie den Mut haben, der Innovationsrhetorik der vergangenen Wochen endlich auch einmal innovative Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Thomas Rachel [CDU/CSU] – Jörg Tauss [SPD]: Na, na!)

Wir alle wissen, dass das bestehende Tarif- und Beamtenrecht keine ausreichenden **Leistungsanreize** bietet, um wissenschaftliche Spitzenleistungen angemessen zu honorieren. Das gilt für Forschungseinrichtungen genauso wie für Hochschulen. Die im Haushalt des BMBF vorgesehene Möglichkeit, übertarifliche Zulagen für Wissenschaftler der HGF und der FhG in Höhe von maximal 5 Prozent zu zahlen, ist nun wirklich eine Krückenlösung. Ich glaube, darin sind wir alle uns einig. Hochleistungsforschung werden wir damit nicht bekommen.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein Land wie Nordrhein-Westfalen kann an besonders förderungswürdige Mitarbeiter Zulagen in Höhe von gerade einmal 300 Euro vergeben. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass das eine Lachnummer und ganz bestimmt kein Anreiz für die besten Köpfe dieser Welt ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen einen wirklichen Tarifvertrag für die Sparte Wissenschaft mit Öffnungsmöglichkeiten für betriebliche Regelungen an Instituten und Hochschulen. Dabei kann es nicht nur – darauf lege ich ausdrücklich Wert – um Professoren gehen, sondern es muss alle am Forschungsprozess wissenschaftlich und technisch beteiligten Mitarbeiter umfassen. Es muss eine flexible, moderne und entbürokratisierte Vergütung sein. Wissenschaft soll Grenzen überschreiten. Sie muss kreativ, ideenreich und fantasievoll sein. Das passt nach Meinung der FDP nicht mit einem starren Beamten- und Angestelltentarifvertragsrecht, mit Reisekostenverordnungen und dreifachen Durchschlägen zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Vor vier Jahren hat die Expertenkommission „Reform des Hochschuldienstrechts“ ihre Empfehlungen vorgelegt. Vier Jahre lang fordern wir jetzt die Umsetzung. Aber trotz hochheiliger Versprechungen Ihrerseits und ziemlich großartig angelegter Koalitionsverträge zwischen Rot und Grün hat sich nichts bewegt.

(D)

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist falsch!)

– Lieber Herr Tauss, Sie und Ihre Ministerin sind ganz offensichtlich in die Mühlen Ihres eigenen Innenministers und natürlich in die der Innen- und Finanzminister der Länder geraten:

(Jörg Tauss [SPD]: Letzteres ist wahr!)

statt zügiger Innovation zähflüssige BAT-Debatten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir aber wollen nicht, dass der **Wissenschaftstarifvertrag** bis zu einer allgemeinen Reform des Beamten- und Angestelltentarifvertragsrechtes verschoben wird, von der wirklich niemand weiß, wann sie kommt. Wissenschaft ist eine Sparte mit besonderen Anforderungen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder voranzutreiben und nicht passiver Zuschauer zu bleiben.

In vielen Forschungszentren – das wissen wir alle – steht ein Generationenwechsel an. Das ist die Chance, neue Formen der Vergütung durchzusetzen. Wenn Sie diese nicht nutzen, wird sich das ganze Gerede von Innovation sehr schnell als Placebo entlarven. Denken Sie also bitte nicht daran, wie Sie mediengerecht Begriffe besetzen, sondern daran wie Deutschlands Forschung möglichst bald wieder Spitzenplätze besetzen kann.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ulrike Flach

(A) Ein weiterer Prüfstein für Innovationskraft ist die **Gleichstellung von Masterabschlüssen** von Universitäten und Fachhochschulen im öffentlichen Dienst. Master ist Master.

(Beifall bei der FDP)

Das war die Intention, mit der der Deutsche Bundestag die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge beschlossen hat. Es kann unserer Meinung nach nicht angehen, dass für den Master, der von der Fachhochschule kommt, ein besonderes Akkreditierungsverfahren für den Zugang zum höheren Dienst nachgeschaltet wird.

(Jörg Tauss [SPD]: Schon wieder bei den FDP-Ländern!)

Wenn ein Masterstudiengang an einer Fachhochschule zugelassen wurde, dann sind seine Absolventen berechtigt, sich für den höheren Dienst zu bewerben. Dazu braucht es kein zusätzliches Verfahren. Das bedeutet auch keine zusätzlichen Belastungen, wie unsere Finanzminister über alle Parteigrenzen hinweg immer wieder behaupten. Dies wird die öffentlichen Kassen nicht treffen. Durch diese Abschlüsse stehen mehr Menschen zur Verfügung. Das ist nicht schlecht, sondern gut für den Staat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zugangserschwernisse sind Innovationsbremsen für die neuen Studienabschlüsse, die wir im Hinblick auf mehr Internationalität des deutschen Hochschulwesens (B) eingeführt haben. Liebe Kollegen von SPD und Grünen, wenn Sie wirklich Innovation wollen, dann lösen Sie die Bremsen und lassen den Wissenschaftszug endlich Fahrt aufnehmen. Wir brauchen junge Wissenschaftler, die in diesen Zug einsteigen und etwas leisten wollen. Dafür verlangen sie aber eine entsprechende Anerkennung. Im Jahr der Technik und der Innovationen darf es nicht mit der Bimmelbahn vorangehen, sondern wir müssen uns mit Schallgeschwindigkeit fortbewegen.

(Beifall bei der FDP – Cornelia Pieper [FDP]: Mit dem Transrapid!)

Mit der Zustimmung zu unseren liberalen Anträgen können Sie heute hierzu einen Beitrag leisten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat der Kollege Hans-Peter Kemper, SPD-Fraktion.

Hans-Peter Kemper (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, dies ist nicht meine erste Rede im Bundestag, aber wenn ich es richtig in Erinnerung habe, dann ist dies meine erste Rede unter Ihrer Regentschaft. Vielleicht wirkt sich das günstig auf meine Redezeit aus.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Da würde ich mir nicht so große Hoffnung machen!)

(C) **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**
Die ersten zehn Sekunden sind für diese Dankadresse leider schon verbraucht.

Hans-Peter Kemper (SPD):
Diese habe ich der Einleitung geopfert.

Frau Flach, ich stimme Ihnen in dem zu, was Sie hier gesagt haben. Ihre Taten sehen allerdings ein bisschen anders aus. Natürlich brauchen wir den **Wettbewerb um die besten Köpfe.** Natürlich müssen wir die besten Leute in die Bundesrepublik holen. Natürlich müssen wir den jungen Leuten die Möglichkeit geben, hier zu studieren und Wissen zu erwerben.

Dazu haben Sie zwei Anträge eingebracht. Lassen Sie mich darauf eingehen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass in Ihren beiden Anträgen eine gehörige Portion Populismus mitschwingt.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein! Warum bei uns und nicht bei Ihnen?)

– Doch. Wir haben die Bachelor- und Masterstudiengänge 1998 zunächst probeweise eingeführt und 2002 ins Regelangebot übernommen. Das basiert auf einer klaren Vereinbarung zwischen IMK und KMK. Sie kennen den Inhalt dieser Vereinbarung genau. Die Masterabschlüsse ermöglichen den Zugang zum höheren und gehobenen Dienst. Dazu bedarf es eines Akkreditierungsverfahrens. Das ist richtig. Mit der **Reform der Professorenbesoldung** in der letzten Legislaturperiode haben wir eine Menge an Flexibilität in dieses System gebracht. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: Nur nicht genutzt!)

Wir haben flexible, leistungsbezogene Bezahlungssysteme eingerichtet. Vieles von dem, was Sie jetzt fordern, steht in diesem Gesetz. Aber wenn mich mein Gedächtnis nicht ganz im Stich lässt, war es die FDP, die damals sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum gegen diese Änderung der Professorenbesoldung gestimmt hat. Sie haben also gegen das gestimmt, was Sie heute vehement fordern.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber aus völlig anderen Gründen!)

Ich kann Ihnen den Vorwurf des Populismus nicht ersparen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Gesetz sind variable Gehaltsbestandteile, insbesondere für besondere Leistungen in Forschung und Innovation, für Professoren an Fachhochschulen und anderen Einrichtungen vorgesehen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Kemper, jetzt besteht die Chance, die zehn Sekunden über eine Zwischenfrage der Kollegin Flach wieder einzuspielen.

Hans-Peter Kemper (SPD):
Sehr gerne.

(A)

Ulrike Flach (FDP):

Herr Kemper, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass wir im Grunde genommen auf demselben Weg sind. Insofern möchte ich Ihnen einfach nur die freundliche Frage stellen, ob Sie sich wirklich nicht erinnern, warum wir abgelehnt haben. Wir haben abgelehnt, weil nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wurde und das Ganze damit ein Witz war.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Thomas Rachel [CDU/CSU])

Ich bitte darum, ehrlich mit den historischen Tatsachen umzugehen.

Hans-Peter Kemper (SPD):

Mir sind die Ablehnungsgründe noch sehr gut bekannt. Die Ablehnungsgründe der FDP gleichen sich sehr oft. Es wird gesagt, es sei nicht genügend Geld im Topf, oder es wird gesagt, die Maßnahmen gingen nicht weit genug. Im Prinzip haben Sie diese Gesamtreform damals sowohl im Ausschuss als auch im Plenum abgelehnt.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Punkt, der mit Ihrer Frage im Zusammenhang steht. Schauen Sie sich einmal die Länder an, in denen Sie mitregieren. Sie wissen genau wie ich, dass es zu einem erheblichen Teil in der Kompetenz der Länder liegt, ob diese Dinge umgesetzt werden oder nicht. Welche Länder haben bisher die Reform, die wir beschlossen haben, umgesetzt? Welche Länder haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?

(B)

(Jörg Tauss [SPD]: Blockiert haben sie!)

Die Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen haben sich bewegt. Aber in den Ländern Baden-Württemberg und Hamburg, in denen Sie mitregieren, hat sich bisher nicht allzu viel bewegt.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Sie hätten Frau Schipanski zuhören sollen!)

Sie sollten die Chance nutzen, das, was Sie hier im Deutschen Bundestag fordern, in den Ländern, in denen unter anderem Sie das Sagen haben, umzusetzen. Das wäre eine ehrliche Geschichte. Damit würden Sie uns überzeugen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muss das gesamte System der Bezahlung variabler und leistungsorientierter werden. Das ist gar keine Frage. Wir müssen uns die Frage stellen, ob die alten Zöpfe Lebensaltersstufen und Bewährungsaufstieg noch ihre Berechtigung haben. Wir müssen das **Tarifrecht** ändern. Das ist überhaupt nicht strittig. Diese Punkte sind im Übrigen Gegenstand der Koalitionsverhandlungen gewesen. Sie sind nicht strittig und werden umgesetzt.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber wann?)

Wir sind dabei, das gesamte Tarifrecht zu reformieren und diese Punkte umzusetzen, unter anderem auch die, die Sie fordern. Deshalb wäre es wenig sinnvoll, jetzt einen kleinen Bereich herauszunehmen und in dem Sonderbereich der Hochschulen und Fachhochschulen vorab Regelungen zu treffen.

(C)

(Ulrike Flach [FDP]: Aber außer Ihnen sieht das jeder so in Deutschland!)

Ich empfehle Ihnen: Lassen Sie uns gemeinsam abwarten. Ich bin guter Hoffnung, dass wir eine Veränderung des BAT bis zum Sommer, spätestens jedoch bis zum Herbst erreichen. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, diese Dinge in einer großen Reform des BAT umzusetzen. Da sind wir völlig einer Meinung. Wir sind da auf einem guten Weg und sollten auf diesem auch vorangehen.

Die angesprochene Vereinbarung der IMK und KMK beinhaltet nun einmal dieses Akkreditierungsverfahren. Ihre Anträge sind der Versuch, das zu unterlaufen.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein!)

Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, eine Vereinbarung, die Mitte des Jahres 2002 getroffen worden ist, jetzt zu unterlaufen.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Es geht nicht um Unterlaufen! Es geht um Modernisierung, Fortentwicklung!)

Das ist eine mühsame Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gewesen, die akzeptiert worden ist. Wir sollten zunächst einmal die Wirkungen abwarten und nicht nach anderthalb Jahren das Gesetz nachbessern. Wir sollten Gesetze, die wir selbst auf den Weg gebracht haben, nicht verändern, nachbessern oder gar verschlechtern, bevor wir ihre Wirkungen ausgelotet haben.

(D)

(Ulrike Flach [FDP]: Die Wirkungen sind klar!)

Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Wir streben in jedem Fall eine Regelung an, die von Bund und Ländern gleichermaßen akzeptiert und getragen wird. Bei einer einseitigen Veränderung gäbe es ohne Frage **Probleme zwischen der Bundes- und der Landesebene.** Es gäbe Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Versetzung und – wegen der unterschiedlichen Einordnung – große Motivationsprobleme unter den Beamten.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber die sind jetzt noch größer, lieber Herr Kemper!)

Von daher ist es sinnvoll, eine Regelung im Gleichklang mit den Ländern anzustreben. Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß und bringen Sie die Regelung in den Ländern, in denen Sie daran mitwirken können, auf eine vernünftige Grundlage!

Wir haben eine Regelung vorgesehen, die neben einem festen Grundgehalt starke leistungsbezogene Elemente beinhaltet. Das ist der richtige Weg, den wir auch weiterhin beschreiten wollen. Ich kann Sie nur ermuntern, mitzumachen. Machen Sie das aber nicht mit Anträgen, wie Sie es bisher getan haben, sondern im Rahmen eines Gesamtkonzepts.

Hans-Peter Kemper

(A) Sie können sich nicht einfach die Punkte herausgreifen, die Ihnen genehm sind. Es geht auch nicht an, dass Sie sich auf Landesebene nicht bewegen, aber hier gegen unseren Gesetzentwurf stimmen und dann noch so tun, als seien Sie die Retter des öffentlichen Dienstes und der Studenten.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Unsere Länder bewegen sich schon, Herr Kemper! Keine Angst!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Kemper, ich hätte Ihnen glatt eine weitere Verlängerung der Redezeit durch eine Zwischenfrage des Kollegen Tauss ermöglicht. Aber Sie waren von den Zwischenrufen der Kollegin Flach so fasziniert, dass Sie diesen gut gemeinten Versuch offenkundig nicht einmal bemerkt haben. Wir nehmen das auf Wiedervorlage und versuchen es beim nächsten Mal erneut.

Hans-Peter Kemper (SPD):
Herr Präsident, ich habe das ständige Leuchten der Lampe mit der Aufschrift „Präsident“ als Mahnung verstanden, aufzuhören. Ich habe das fehlgedeutet.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Nicht immer ist das Aufblinken der „Präsidenten-Lampe“ eine Mahnung. Manchmal ist es auch der Hinweis darauf, dass eine Zwischenfrage gewünscht wird.

(B) Nun erteile ich dem Kollegen Thomas Rachel, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Thomas Rachel (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einführung der Universitätsabschlüsse Bachelor und Master ist ein Verdienst des ehemaligen christdemokratischen Wissenschaftsministers Jürgen Rüttgers. Er nahm damit eine wichtige Weichenstellung zugunsten der Internationalisierung der deutschen Hochschulen vor. Im Sinne des Bologna-Prozesses sind Bachelor- und Masterstudiengänge mittlerweile weitgehend flächendeckend in Deutschland eingeführt.

Gleichwohl gibt es aus der Sicht der Fachhochschulen Schwierigkeiten. Während die Masterabschlüsse an den Unis regelmäßig dem höheren Dienst zugeordnet werden, werden die Masterabschlüsse an Fachhochschulen regelmäßig dem gehobenen Dienst zugeordnet. Nur ausnahmsweise kann ein FH-Abschluss dem höheren Dienst zugeordnet werden, wenn ein gesondertes **Akkreditierungsverfahren** durchlaufen wurde, in dem festgestellt wird, dass ein FH-Masterabschluss einem Uniabschluss gleichwertig sei. Diese zusätzliche Hürde wird von den Fachhochschulen im Interesse ihrer Absolventen kritisiert.

Das Verfahren soll erst im Jahre 2007 überprüft werden. Ich denke, diese Regelung kann zweifellos nicht befriedigen. Sie steht letztlich auch in einem Widerspruch zur Gleichbehandlung von Fachhochschulen und Universitäten im Hochschulrahmengesetz.

(C) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist auch äußerst unglaubwürdig, wenn der bildungspolitische Sprecher der SPD, Tauss, dem Hochschullehrerbund die Gleichbehandlung ankündigt, während die Vertreter von SPD und Grünen im Petitionsausschuss des Bundestags dies jedoch in den konkreten Fällen ablehnen. Das ist keine stringente Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit der Ankündigung von **Eliteuniversitäten** hat Bildungsministerin Bulmahn zwar die Schlagzeilen gefüllt, aber in Wirklichkeit mit Nebelkerzen von den tatsächlich notwendigen Strukturreformen in der deutschen Hochschullandschaft abgelenkt. Das Problem von Frau Bulmahn ist, dass sie kein inhaltliches Strukturreformkonzept hat.

Spitzenuniversitäten entstehen nicht allein durch mehr Geld und schon gar nicht durch Regierungsdekret, sondern nur durch umfassende Strukturreformen. Dazu war die Ministerin bislang nicht fähig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Herr Kollege Rachel, der Kollege Tauss möchte Ihnen jetzt den Zeitvorteil einräumen, der dem Kollegen Kemper vorenthalten geblieben ist.

Thomas Rachel (CDU/CSU):
Das ist mir eine besondere Freude.

(D)

Jörg Tauss (SPD):
Diese Freude teile ich natürlich, lieber Kollege Rachel. – Würden Sie freundlicherweise – um jeder Form von Legendenbildung vorzubeugen – meiner Tatsachenfeststellung zustimmen, dass das, was Sie hier kritisieren, im Wesentlichen auf Forderungen der Länder beruht? Können Sie sich so wie ich vorstellen, dass wir das Evaluierungsverfahren schneller durchführen als bis zum Jahr 2007? Wissen Sie, dass wir, die Bundespolitiker, über eine schnellere Umsetzung glücklich gewesen wären und dass es die Länder waren – ich glaube, dies geschah parteiübergreifend –, die um diesen langen Zeitraum gebeten haben? Können Sie sich vorstellen, dass wir gemeinsam den für das Verfahren vorhergesehenen Zeitraum bis 2007 möglicherweise verkürzen?

Thomas Rachel (CDU/CSU):
Ich bin generell der Meinung, dass wir, das Parlament, in Sachfragen über Fraktionsgrenzen hinaus zusammenarbeiten sollten. Ich halte überhaupt nichts davon, dauernd einen parteipolitischen Schlagabtausch zu führen.

(Jörg Tauss [SPD]: Okay!)

Deswegen möchte ich Folgendes ausdrücklich bestätigen: Es gibt gemeinsame bildungspolitische Anliegen, die die Bildungspolitiker aller Fraktionen auch in diesem Hause gemeinsam vertreten sollten. Allerdings wünsche ich mir, dass – wie in diesem Fall geschehen – SPD und Grüne im Petitionsausschuss nicht das genaue Gegenteil

Thomas Rachel

(A) von dem entscheiden, was man dem Hochschullehrerbund in bildungspolitischer Hinsicht versprochen hat. Das ist widersprüchlich.

Zurück zum eigentlichen Thema, zu den Strukturreformen. Wir brauchen endlich eine Autonomie der Hochschulen, eine leistungsgerechtere Bezahlung der Lehrenden, ein Recht der Hochschulen, die Studierenden auszuwählen, und die Rücknahme des Studiengebührenverbots. Sicherlich gehört zu den Reformen aber auch ein **flexibles Vergütungs- und Entlohnungssystem** für die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen in Deutschland. Das jetzige BAT-System ist ohne Zweifel für die guten Wissenschaftler in Deutschland nicht attraktiv.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses BAT-Korsett muss abgeschafft werden, damit unsere Wissenschaftseinrichtungen in Konkurrenz mit den ausländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen treten können. Das bestehende tarifliche Regelwerk bietet keine ausreichenden Leistungsanreize, um zum Beispiel hervorragende Leistungen oder erfolgreiche Drittmitteleinwerbungen zu honorieren. Der Braindrain aus Deutschland wird immer stärker. Schon die Expertenkommission „Reform des Hochschuldienstrechts“ hat im April 2000 einen neuen Wissenschaftstarifvertrag gefordert. Im rot-grünen **Koalitionsvertrag** vom Oktober 2002 heißt es:

> Mit einem Wissenschaftstarifvertrag für Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir den besonderen Bedingungen in Wissenschaft und Forschung Rechnung tragen und Mobilitätshemmnisse zwischen Wissenschaft und Wirtschaft abbauen.

(B)

So weit die Ankündigung. Die Realität ist aber: Die von Rot-Grün groß angekündigte Reform des Besoldungssystems für alle wissenschaftlich Tätigen findet nicht statt. Außer Spesen nichts gewesen! Das ist die Realität der deutschen Bildungslandschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Woran liegt es? Ganz einfach, Bildungsministerin Bulmahn kann sich gegen Innenminister Schily nicht durchsetzen. Das Problem kennen wir ja; denn Frau Bulmahn hat sich bereits bei der Grünen Gentechnik nicht gegen ihre grüne Ministerkollegin Künast durchsetzen können. Wenn das so weitergeht, verschläft Rot-Grün auch in diesem wichtigen Bereich längst überfällige Reformen, die den Hochschulen größere **Autonomie** und einen **Anreiz für unternehmerisches Denken** geben sollen. Anstatt selbst aktiv zu werden, wartet die Bildungsministerin – sie wohnt der heutigen Debatte leider nicht bei – auf die Entscheidungen des Bundesinnenministers und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Das ist keine politische Führung und zeugt von Konzept- und Ideenlosigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So wird die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Wissenschaftsstandorts nicht gefördert, sondern torpediert.

(C)

(Jörg Tauss [SPD]: Herr Rachel ist wieder aufgeblasen bis zur Kuppel! Das ist ja nicht zu fassen!)

Anstatt sich als Ministerin für Bildung und Forschung in diese Themen einzumischen, kümmert sich Frau Bulmahn um Themen wie die Schulpolitik, für die sie überhaupt keine Kompetenz hat. Ich fordere sie auf, sich endlich um Ihre ureigenen Aufgaben als Wissenschaftsministerin zu kümmern. Dazu gehört unzweifelhaft auch die Verbesserung der Beschäftigungs- und der Besoldungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist eine ganz klare Sache. Hier ist der Bund gefordert. Schließlich geht es um die großen Forschungseinrichtungen, an denen der Bund die Mehrheit der Anteile hat.

Die größte Schwäche des Wissenschaftsstandorts Deutschland ist die politische Schwäche der zuständigen Bildungsministerin. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nach der lückenhaften und in Teilen verfehlten Reform der Professorenbesoldung muss auf der Baustelle „neue tarifliche Bedingungen für die Wissenschaft“ endlich mit dem Bau begonnen werden. Hier ist der Bund in der Pflicht.

(Jörg Tauss [SPD]: Was?)

(D)

Frau Ministerin Bulmahn, ergreifen Sie die Initiative! Tun Sie etwas entsprechend Ihrem Amtseid und Ihrer Dienstpflicht als Ministerin! Die zur Verfügung stehende Zeit ist sehr knapp bemessen. Derzeit findet in den Wissenschaftseinrichtungen ein Generationenwechsel statt. Dieser eröffnet **Spielräume für eine Veränderung der Arbeitsbedingungen,** die wir jetzt nutzen müssen. Frau Bulmahn, andernfalls bleibt dank Ihrer rot-grünen Politik „Deutschland. Das von morgen.“ in Wirklichkeit „Deutschland. Das von gestern.“ – Genau das hat der Wissenschaftsstandort Deutschland nicht verdient.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile der Kollegin Grietje Bettin, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zum Antrag der FDP bezüglich der Gleichstellung akkreditierter Masterabschlüsse im öffentlichen Dienst: Die grundsätzliche Gleichwertigkeit von Fachhochschulen und Universitäten ist verfassungsrechtlich und in § 1 HRG verankert. Diese Gleichwertigkeit findet sich leider – auch zu unserem Bedauern – nicht in allen notwendigen Bereichen wieder. Der vorliegende Antrag greift einen – aber leider nur einen – dieser Bereiche heraus: die Unterschiede innerhalb der laufbahnrechtlichen Zuordnung von Masterabschlüssen.

Grietje Bettin

(A) Wenn das **Laufbahnrecht** die Universitätsabsolventen dem höheren Dienst, die Fachhochschulabsolventen hingegen dem gehobenen Dienst zuordnet – Herr Kollege Rachel hat es bereits angesprochen –, dann ist das logischerweise eine Ungleichbehandlung der Hochschulabsolventen. Sieht man sich das Studium an Fachhochschulen genauer an, dann erscheint eine solche Ungleichbehandlung als absolut nicht verständlich. Aus meiner Sicht entspricht das Fachhochschulstudium mit seiner Praxisorientierung gerade den Leistungsanforderungen der Laufbahn des höheren Dienstes. Ich sage hier ganz klar: Aus grüner Sicht darf es bei der Zulassung zum höheren Dienst keine Vorauslese durch verschieden bewertete Masterabschlüsse geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wie Sie richtig bemerken, haben die Innenminister und die Kultusminister die Ungleichbewertung von Fachhochschulen in ihren Vereinbarungen erneut hervorgehoben. Diese Vereinbarungen müssen aufgehoben werden.

(Jörg Tauss [SPD]: Gegen den Wunsch der Kultusminister!)

Es gilt jedoch, noch einige Schritte weiter zu gehen. Es gibt bereits vonseiten der Wissenschaft veröffentlichte Gesetzentwürfe, die einer flächendeckenden **Gleichstellung von Fachhochschulen,** wie wir sie begrüßen, Rechnung tragen. Alle politisch erforderlichen Schritte sind darin ganz konkret aufgezählt.

(B) Leider wurde es in der Ära Kohl – damit auch von der FDP – versäumt, den Hochschulcharakter von Fachhochschulen in allen Bereichen konsequent anzuerkennen. Indem der vorliegende Antrag nur eine Problematik herausgreift, reiht er sich jedoch in das übliche Verfahren häppchenweiser Änderungen ein.

(Ulrike Flach [FDP]: Üblich ist das nicht!)

In den letzten Tagen war viel von Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im Bildungssektor die Rede. Durch die Gleichwertigkeit von Fachhochschulen und Universitäten kann ein solcher **Wettbewerb** aus meiner Sicht auf nationaler und internationaler Ebene gefördert werden. Frau Ministerin Bulmahn hat diese Woche eine stärkere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft angemahnt. Dafür sind Fachhochschulen doch geradezu prädestiniert.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber die sind nicht Teil des Wettbewerbs!)

Jedoch wird bei dem Wort „Elite“ immer nur an Universitäten gedacht. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es mit der Umsetzung der Gleichwertigkeit von Fachhochschulen nicht weit her ist.

(Jörg Tauss [SPD]: Bei der Forschung ist das wieder anders!)

Wie Sie alle wissen, werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bislang nach dem BAT bezahlt. Dies hat sich aus grüner Sicht nicht bewährt. Wir brauchen einen eigenen, flexiblen Tarif für Angestellte in

(C) wissenschaftlichen Einrichtungen. Hier muss und soll die begonnene Reform mit der **Einführung der W-Besoldung** vollendet werden. Wir können es uns nicht leisten, dass hoch begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler ins Ausland gehen, weil dort die Arbeitsbedingungen attraktiver sind. Wir brauchen flexible und leistungsorientierte Arbeitsbedingungen für Forschende und Lehrende. Dies wird auch im zweiten vorliegenden Antrag berücksichtigt.

Die eigentlich entscheidenden Fragen stellen sich jedoch in Bezug auf die Umsetzung und Durchsetzung eines solchen Wissenschaftstarifvertrags. Herangehensweisen für die Umsetzung Ihrer Vorschläge kann ich aus Ihrem Antrag leider nicht ersehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ebenso wenig kann ich ersehen, wie Sie sich die an dieser Stelle – übrigens auch in Bezug auf die Masterabschlüsse – notwendige Kommunikation mit den Ländern vorstellen. Aber nicht nur die Länder müssen bei dieser Debatte mit einbezogen werden, auch die Gewerkschaften und ganz besonders die Hochschulen selbst. Wir wollen, dass die Hochschulen eine entscheidende Rolle bei den tariflichen Absprachen übernehmen.

Wie Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir den Vorschlägen Ihrer Anträge sehr aufgeschlossen gegenüber. Bei der Konkretisierung, gerade auch auf Länderebene, werden wir Sie an Ihre Worte hier erinnern. Ich hoffe, dass wir gemeinsam im Interesse der Wissenschaft in unserem Land hier sehr bald zu Änderungen kommen werden. (D)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat das Wort die Kollegin Marion Seib, CDU/CSU-Fraktion.

(Werner Lensing [CDU/CSU]: Jetzt kommt der Höhepunkt!)

Marion Seib (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Forschungseinrichtungen in Deutschland stehen mit vergleichbaren Einrichtungen im Ausland im Wettbewerb um die besten Wissenschaftler. Um in diesem Wettstreit bestehen zu können, ist es für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen absolut notwendig, attraktive Beschäftigungsbedingungen zu bieten und hoch qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: So ist es!)

Trotz – verunglückter – Reform der Professorenbesoldung steht bislang kein ausreichendes und flexibles Vergütungs- und Entlohnungssystem zur Verfügung,

(Jörg Tauss [SPD]: Bayern!)

Marion Seib

(A) das unsere Forschungseinrichtungen in die Lage versetzt, erfolgreich in **Konkurrenz** mit ausländischen Forschungseinrichtungen, aber auch mit der Wirtschaft treten zu können. Es ergeben sich zunehmend gravierende Probleme bei der Gewinnung und dem Halten von hoch qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Technikern, aber auch von professionellen Mitarbeitern im Wissensmanagement.

Hochschule und Wissenschaft müssen strategisch handeln, um die ihnen gesetzten Ziele zu erreichen. Doch die geltenden Bestimmungen des Arbeits- und Tarifrechts bieten dafür nicht die richtigen Instrumente. Hochschulen und Wissenschaft müssen auch wirtschaftlich handeln. Doch auch hierzu geben die geltenden Regelungen zur Beschäftigung von Mitarbeitern kaum Hilfestellung.

Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen fordern bereits seit Jahren einen Wissenschaftstarifvertrag, der den besonderen Bedingungen Rechnung trägt und die Realitäten des hoch dynamischen Arbeitsmarktes für Wissenschaftler berücksichtigt.

(Jörg Tauss [SPD]: Und was sagt Bayern dazu?)

Ziel einer eigenständigen tariflichen Regelung muss es natürlich sein, erstens die **Stärkung der Autonomie und Eigenverantwortlichkeit** von Wissenschaftseinrichtungen und zweitens die **Attraktivität der Arbeit** im Wissenschaftsbereich zu sichern. Drittens müssen wir die Wettbewerbsstrukturen der Wissenschaft sachgerecht weiterentwickeln und viertens die Leistungsfähigkeit der (B) Wissenschaftseinrichtungen steigern und deren Wirtschaftlichkeit verbessern.

Was brauchen wir konkret?

(Jörg Tauss [SPD]: Einen Antrag aus Bayern!)

Erstens: eine stärkere Leistungsorientierung. Die traditionellen Laufbahnschranken müssen für Aufstiege durchlässiger gemacht werden. Zweitens muss die Eingruppierung von Tätigkeiten umfassend vereinfacht werden. Sie sollte primär aufgabenbezogen sein und nicht nach formalen Qualifikationen erfolgen. Drittens muss das System der Entgeltbestimmung entschieden vereinfacht werden. Es muss eine attraktive und konkurrenzfähige Vergütung ermöglichen. Viertens brauchen wir die Einführung von Regelungen, die eine Ertragspartizipation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an eingeworbenen Drittmitteln ermöglichen. Fünftens brauchen wir die Abschaffung der Bewährungs- und Zeitaufstiege.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: Richtig!)

Sechstens brauchen wir eine Reduzierung der Lebensaltersstufen und vor allem die Umwidmung in Berufserfahrungsstufen.

Außerdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir eine Verbesserung der Möglichkeiten, Beschäftigungsverhältnisse zu beenden, insbesondere auch durch Einführung von **Abfindungszahlungen.** Außerdem brauchen wir verbesserte Möglichkeiten zur **Veränderung von Aufgabengebieten** durch Umsetzung oder (C) Abordnung sowie verbesserte Möglichkeiten zur **Befristung von Beschäftigungsverhältnissen.** Heute ist eine unbefristete Beschäftigung praktisch mit der Unkündbarkeit verbunden und Wissenschaftseinrichtungen stellen wissenschaftliche Mitarbeiter unter diesen Bedingungen nur sehr zurückhaltend ein.

(Thomas Rachel [CDU/CSU]: So ist es!)

Ebenso problematisch ist das Signal an die Nachwuchskräfte. Soweit es nicht gelingt, innerhalb von zwölf Jahren eine Professur zu erreichen, kann die Entscheidung für eine wissenschaftliche Karriere in eine berufliche Sackgasse führen. Diese Situation lässt sich nicht länger verantworten. Daran ändert auch die Juniorprofessur nichts.

Allerdings stellten 2001 die Vertreter des Bundes, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber fest, aufgrund unterschiedlicher Ausgangssituationen im Bereich der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sei ein flächendeckender Ansatz für eine **tarifliche Sonderregelung** in einem ersten Schritt eben nicht zu bewältigen.

Bei den letzten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst wurde auf Initiative der Arbeitgeber eine Prozessvereinbarung zur Neugestaltung bis zum 31. Januar 2005 abgeschlossen. Dabei hat man sich auf eine zweistufige Vorgehensweise verständigt: Zunächst soll diskutiert werden, welche Veränderungen im allgemeinen Teil des BAT erfolgen sollen, und danach soll der Änderungsbedarf bei spartenspezifischen Regelungen ausgelotet werden. Solange die Beratungen über die Än- (D) derungen im allgemeinen Teil nicht abgeschlossen sind, ist es wenig aussichtsreich, erneut in Verhandlungen über einen Wissenschaftstarifvertrag einzutreten. Wenn die Beratung über diese Änderungen im Sommer abgeschlossen sein sollte, wie Sie verkündet haben, könnten wir erneut einen Vorstoß unternehmen, aber nur unter Beachtung der Autonomie der Tarifparteien.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Ute Berg, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ute Berg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Es ist Aufgabe der Regierung, den Menschen Mut zu machen“, so Katherina Reiche heute Morgen in ihrer Rede. Genau das tut diese Regierung. Wir als Regierungsfraktion unterstützen sie dabei.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte daher heute betonen: Wir sind auf einem guten Weg. Nach notwendigen Strukturveränderungen der sozialen Sicherungssysteme wendet sich die Bundesregierung nun verstärkt einem wichtigen anderen Be-

Ute Berg

(A) standteil der Agenda 2010 zu, dem Bereich Innovationen in Bildung und Forschung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Debatte um eine gezielte Förderung der Spitzenforschung ist in vollem Gang. Ich bin natürlich hocherfreut darüber, dass die Bundesregierung dieses Thema, das maßgeblich über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidet, ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Nun kann man aber – wir alle wissen das – Spitzenleistung nicht staatlich verordnen. Sie wird durch Leistungsanreize und Wettbewerb erreicht bzw. unterstützt. Dem tragen wir Rechnung. Wir werden die Autonomie der Hochschulen stärken – das ist auch ihre Forderung –, und gezielt Leistungsorientierung und Anreize geben, damit noch mehr Spitzenleistungen erzielt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber auch in der Vergangenheit waren wir nicht untätig. So haben wir bereits Anfang des Jahres 2002 eine stärkere **Flexibilisierung der Professorenbesoldung** gesetzlich verankert und damit eine attraktive und konkurrenzfähige Entlohnung in Form von Grundgehalt und Leistungszulage eingeführt.

Diese Entwicklung muss nun bei der **Vergütung des Tarifpersonals an Hochschulen** fortgesetzt werden. Frau Schipanski hat diesbezüglich wiederholt und vollmundig eine Initiative aus Thüringen angekündigt,

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

(B) auf die wir leider immer noch warten.

(Beifall bei der SPD – Nicolette Kressl [SPD]: Heute Morgen hat sie nichts mehr davon gesagt!)

Wie Sie alle wissen, laufen zurzeit Verhandlungen zwischen Experten des Bundesinnen- und des Bundesfinanzministeriums, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, der kommunalen Arbeitgeberverbände und von Verdi mit dem Ziel, den BAT zu flexibilisieren und zu modernisieren. Parallel dazu beschäftigt sich der Wissenschaftsrat mit der Frage der tariflichen Regelungen im Wissenschaftsbereich. Ende der Woche werden die Empfehlungen dieses Expertengremiums veröffentlicht.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wird auch Zeit!)

Außerdem gibt es Kontakte zwischen dem Wissenschaftsrat und den Tarifpartnern. Wir sind zuversichtlich, dass man hier zu guten, tragfähigen Vorschlägen kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aus unserer Sicht jedenfalls sind tarifliche Regelungen für mehr **Leistungsorientierung** nötig,

(Jörg Tauss [SPD]: Genau!)

aber auch – in dieser Frage sind wir uns sicherlich einig – der Abbau von bürokratischen Hemmnissen für Nebentätigkeiten, um die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren und Ausgründungen aus der Hochschule zu erleichtern.

(C) Eine Tatsache darf man in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen – darauf ist schon mehrfach hingewiesen worden; ich nenne das noch einmal –: Die Umsetzung der bereits beschlossenen Flexibilisierung der Professorenbesoldung geht nur sehr schleppend voran.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gerade mal drei Länder – Rheinland-Pfalz, Bremen und Niedersachsen – haben die **Dienstrechtsreform für Professoren** bis heute umgesetzt.

(Jörg Tauss [SPD]: In Niedersachsen noch die SPD! – Gegenruf der Abg. Ulrike Flach [FDP]: Das liegt nur an den Liberalen, Herr Tauss!)

Nur zur Erinnerung: Das Gesetz ist, wie gesagt, schon seit zwei Jahren in Kraft. Uns allen wäre wirklich sehr geholfen, Frau Flach, wenn Sie Ihre Parteifreundinnen und -freunde in den Ländern von Ihren eigenen Ideen überzeugen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Ich glaube, bei Ihnen sind es ein paar mehr!)

Dasselbe gilt für Ihren Vorschlag, den **Masterabschluss an Fachhochschulen** generell für den Zugang zum höheren Dienst zuzulassen. Sie wollen die Vereinbarung der Kultusminister- und der Innenministerkonferenz mit dem eingängigen Titel „Zugang zu den Laufbahnen des öffentlichen Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen" aus der Welt schaffen. In dieser Vereinbarung steht – Herr Rachel hat es schon ausführlich dargestellt –, dass diejenigen, die einen Masterabschluss an einer Fachhochschule gemacht haben, dem höheren Dienst zugeordnet werden können, aber vorher ein gesondertes Prüfungsverfahren durchlaufen müssen. Auch hier ist es so, dass die Vereinbarung auch von den Ländern, in denen Sie mitregieren, unterzeichnet wurde. (D)

(Jörg Tauss [SPD]: Gefordert sogar!)

Ich schlage also vor, dass Sie erst einmal Ihre eigenen Leute mit ins Boot nehmen und von Ihrem Kurs überzeugen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Haben Sie das denn bei Ihren Leuten auch einmal probiert?)

Es nützt nämlich nichts, wenn Sie von der Brücke „volle Kraft voraus" rufen, während die Mannschaft den Anker nicht lichtet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erwähnte **Vereinbarung der Kultusminister- und der Innenministerkonferenz** trägt in der Tat die unverkennbare Handschrift eines Kompromisses. Sie ist lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aus bildungspolitischer Sicht hätten wir uns schon damals weitere Schritte gewünscht,

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Ute Berg

(A) um Ernst zu machen mit der politisch gewollten Gleichwertigkeit der Fachhochschulen.

Durch den Bologna-Prozess und die damit verbundene rasante Verbreitung der Bachelor- und Master-Studiengänge hat in den letzten Monaten eine dynamische Entwicklung stattgefunden, der auch die Politik Rechnung tragen muss. Die Vereinbarungen der Innen- und der Kultusminister der Länder sind gerade auch vor diesem Hintergrund nicht der Weisheit letzter Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Sie können aber nicht, wie es sich die FDP vorstellt, einfach mit einem Handstreich weggefegt oder vom Bund ignoriert werden.

Aus bildungspolitischer Sicht betone ich abschließend aber ganz klar: Auf eine sorgfältige Evaluation der Vereinbarungen können und dürfen wir nicht mehr lange warten. Sie sollte zügig durchgeführt werden, damit wir dann zu Entscheidungen kommen können, die sicherlich im Sinne aller Bildungspolitiker sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/1710 und 15/1716 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, (B) wobei die Vorlagen federführend im Innenausschuss beraten werden sollen. Sind Sie damit einverstanden? – Mit Ausnahme des Kollegen Tauss, der seinen Widerspruch allerdings nur in Form eines Zwischenrufs artikulierte und nicht förmlich anmelden möchte, stelle ich das Einverständnis des Hauses fest. Damit sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP

Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln

– Drucksachen 15/2167, 15/2411 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Johannes Pflug
Dr. Klaus Rose
Dr. Ludger Volmer
Dr. Rainer Stinner

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Kollege Johannes Pflug für die SPD-Fraktion.

(C) **Johannes Pflug** (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion begrüßt es sehr, dass es gelungen ist, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu Korea einzubringen. Das erhöht unsere Möglichkeiten, auf parlamentarischer Ebene einen Beitrag zur Vertiefung der deutsch-koreanischen Beziehungen zu leisten. Es erhöht auch die Möglichkeiten, zur Annäherung der beiden Koreas beizutragen.

Die Parlamentarier Süd- und Nordkoreas haben schon vor zwei Jahren anlässlich des Besuchs der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe in Süd- und Nordkorea ihr Interesse an gemeinsamen Gesprächen und Kontakten bekundet. Wir sollten, Herr Kollege Koschyk, bei unserem Besuch, der hoffentlich noch in diesem Jahr stattfindet, unsere Einladung nach Deutschland erneuern und betonen, dass wir als Gastgeber und Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es ist wichtig, gerade die bisherige Isolation der nordkoreanischen Repräsentanten zu mindern und für sie Möglichkeiten zu schaffen, sich mit der Welt außerhalb Nordkoreas vertraut zu machen. Dabei geht es nicht um Vermittlung zwischen Nord und Süd, auch nicht um die Regelung der Nuklear- und Sicherheitsfragen. Darum kümmern sich andere Staaten. Hier sollten wir uns und auch die Möglichkeiten der Europäischen Union nicht überschätzen. Es handelt sich dabei auch eher um Fragen der Exekutive als der Legislative. (D) Aber deutsche Parlamentarier können zur Verbesserung des politischen Klimas beitragen und Bedingungen für einen offeneren Dialog schaffen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Hartmut Koschyk [CDU/CSU])

Die frühere **Teilung Deutschlands** und unsere politischen Entscheidungen zur Überwindung der Folgen dieser Teilung sind in Korea aufmerksam verfolgt worden, nicht als Modell, das importiert werden könnte, sondern als Ermutigung, dass ein Land – wenn auch unter anderen Bedingungen – mit einer Entspannungspolitik positive Erfahrungen hat machen können.

Die Bedingungen für eine **Entspannungspolitik,** die in Südkorea eine Zeit lang unter dem Begriff „Sonnenscheinpolitik“ Unterstützung fand, sind in der Tat sehr viel anders, als sie es in Deutschland waren. Die Spaltung reicht sehr viel tiefer; die Isolierung beider Länder war und ist nach wie vor viel umfassender als zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Die Auswirkungen erleben wir noch heute immer wieder. Der Fall des Professors Song Du-Yul ist ein Beispiel dafür. Ohne den konkreten Sachverhalt der Anklage gegen Professor Song Du-Yul von dieser Stelle aus bewerten zu wollen und zu können, bin ich der Meinung, dass Gesetze aus der eisigsten Zeit des Kalten Krieges überprüft und aufgehoben werden sollten. Wir werden den Prozess weiterhin sehr aufmerksam beobachten und unterstützen die Bundesregierung dabei, auf eine schnelle Lösung hinzuwir-

Johannes Pflug

(A) ken, wie sie es auch bisher getan hat; denn schließlich ist Professor Song Du-Yul deutscher Staatsbürger.

Aber es gibt den unübersehbaren Willen, den heutigen Zustand zu ändern. Wo immer wir als Deutsche etwas dazu beitragen können – durch unsere Erfahrungen und durch unsere politische Praxis –, sollten wir es tun. Nordkorea ist ein schwieriger Partner in der Region, aber auch darüber hinaus. Nordkorea macht immer wieder von sich reden: als Lieferant von Raketen und Waffentechnologien, als Staat mit nuklearen Ambitionen.

Wir unterstützen die internationalen Bemühungen zur **Beendigung der nordkoreanischen Atomwaffenprogramme** und fordern Nordkorea auf, sich dem Regime des Nichtverbreitungsvertrages wieder anzuschließen

(Beifall im ganzen Hause)

und sich dem Kontrollregime der IAEO wieder zu unterstellen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass eine amerikanische Delegation die Gelegenheit hatte, die nuklearen Anlagen in Yongbyon zu besichtigen. Wir legen aber zugleich Wert darauf, dass Nordkorea sich wieder der internationalen Kontrolle unterstellt.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir halten es zugleich für richtig, zu versuchen, Nordkorea auch politisch international einzubinden und seine Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen mit dem Ziel, nordkoreanischen Politikern zu verdeutlichen, dass sie auch für ihre **Sicherheitsbedürfnisse** durch internationale Kooperation mehr gewinnen können als durch (B) Rüstungsprogramme und nukleare Drohoptionen. Wir sind sicher, dass dies auch im Interesse Südkoreas liegt.

In diesem Geiste lässt sich sicherlich auch die diplomatische Schlacht um die Herausgabe einer japanischen Briefmarke über die Insel Dokdo – wie sie auf Koreanisch heißt – oder Takeshima – wie sie auf Japanisch heißt – sehr schnell beenden. Der Streit um die Staatszugehörigkeit dieses Felsstückes ist keinen Konflikt wert.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vor zwei Monaten, am 26. November letzten Jahres, haben wir den 120. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Korea begangen. Beide Länder unterzeichneten damals in Chemulpo den ersten Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag. Dieser Jahrestag war der Anlass für unseren fraktionsübergreifenden Antrag. Es ist wichtig, mit dieser Debatte deutlich zu machen, dass Deutschland schon sehr lange freundschaftliche Beziehungen zu Korea unterhält und dass daran auch die Spaltung des Landes nichts grundlegend geändert hat.

Deutschland bemüht sich heute darum, den Annäherungsprozess zwischen Nord- und Südkorea zu fördern. Das **Goethe-Institut** in Seoul leistet hierzu wichtige Arbeit. Es ist das einzige Institut, das auch in Nordkorea Projekte durchführt und von Pjöngjang zur Kooperation ermuntert wird. Wichtig ist: Es handelt sich hierbei um (C) echte Kooperation und ist keine Alibiteilnahme einiger weniger Personen an bestimmten Programmen.

Natürlich darf man sich über das Ausmaß und das Tempo der Annäherung keine Illusionen machen. Auch in Seoul ist die anfängliche Euphorie über den Sonnenscheinprozess einer nüchternen Betrachtungsweise gewichen. Aber entscheidend ist, dass die Einsicht wächst, dass es keine Alternative zur beiderseitigen Verständigung gibt. Wo immer wir als Deutsche oder Europäer eine Gelegenheit haben, diese Einsicht zu fördern, sollten wir sie nutzen.

Schönen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort hat nun der Kollege Hartmut Koschyk, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hartmut Koschyk (CDU/CSU):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heute zu verabschiedenden interfraktionellen Antrag unterstreicht der Deutsche Bundestag erneut, welch hohen Stellenwert er den deutsch-koreanischen Beziehungen einräumt. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatten wir durch einen interfraktionellen Antrag mit dem Titel „Frieden, Stabilität und Einheit auf der koreanischen Halbinsel“ unsere uneingeschränkte Unterstützung der so genannten Sonnenscheinpolitik des damaligen südkoreanischen Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträgers (D) Kim Dae Jung zum Ausdruck gebracht.

In dem heute zu verabschiedenden Antrag sprechen wir uns dafür aus, die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortzuentwickeln. Anlass für diesen Antrag – der Herr Kollege Pflug hat es bereits erwähnt – ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 120 Jahren durch den am 26. November 1883 unterzeichneten ersten Handels-, Freundschafts- und Schifffahrtsvertrag. Aus den anfänglichen Handelsbeziehungen hat sich bis heute ein alle Bereiche der Staatenzusammenarbeit umfassendes Beziehungsgeflecht entwickelt, das erfreulicherweise auch zu einer Vertiefung der menschlichen Beziehungen führte.

Wenn man sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Korea in den letzten 120 Jahren ansieht, wird man feststellen, dass sie in den verschiedenen Phasen unterschiedlich intensiv waren. Sie waren aber immer gänzlich frei von Spannungen. Die Teilung Deutschlands und Europas, aber auch die **Teilung Koreas** nach dem Zweiten Weltkrieg, die durch den Koreakrieg zementiert wurde, bewirkten, dass die Beziehungen beider Staaten in Deutschland zu den beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel immer in den internationalen Ost-West-Beziehungen eingebettet waren, dass sie aber auch dadurch ihre Grenzen fanden.

Heute verfügt das wiedervereinigte Deutschland sowohl über diplomatische und freundschaftliche Beziehungen zur Republik Korea als auch seit März 2001 über

Hartmut Koschyk

diplomatische Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea. Die deutsche Politik lässt sich sicher so beschreiben: Deutschland begleitet, eingedenk seiner eigenen Teilung und deren Überwindung, den innerkoreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme. Weil Deutschland und Europa ihre Teilung 1989/90 friedlich überwinden konnten, unterstützen sie alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir erkennen, dass dieser aktive Beitrag Deutschlands und Europas für Frieden, Stabilität und Demokratie auf der koreanischen Halbinsel international erwünscht wird. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union die gegenwärtigen **Sechsergespräche,** die durch die Volksrepublik China angestoßen wurden, mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. In diesen Gesprächen suchen die beiden koreanischen Staaten, China, die USA, Japan und die Russische Föderation nach einer Lösung der Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel. Dieser Prozess wird von Deutschland sehr intensiv unterstützt und begleitet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

In dem heute zu verabschiedenden Antrag spricht sich der Deutsche Bundestag dafür aus, dass die Bundesregierung den Teilnehmern dieser Sechsparteiengespräche die guten Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa vermittelt. Wir meinen, dass zur Überwindung der gegenwärtigen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel auch Deutschland und die Europäische Union einen Prozess unterstützen sollen, der eben nicht nur eindimensional auf die Lösung des Nuklearproblems abzielt, sondern auch vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Energiethemen, innergesellschaftlichen Wandel, die Lage der Menschenrechte und einen breiten Dialog darüber sowie einen Interessenausgleich zwischen Nordkorea und den benachbarten Staaten umfasst.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir meinen, dass Deutschland und die Europäische Union das regionale Bemühen um Sicherheit in Nordostasien dahin gehend unterstützen können, dass die Demokratische Volksrepublik Korea ihre Nuklearwaffenambitionen aufgibt, internationale Kontrollen wieder zulässt, dafür aber auch mittel- bis langfristig international eingebunden wird, Sicherheitsgarantien erhält und effektive Hilfsmaßnahmen zur Energieversorgung, zur Verbesserung der humanitären Lage der Bevölkerung und zur wirtschaftlichen Entwicklung bekommt, die dann langfristig auch in eine politische Öffnung des Landes münden.

Ich meine, dass ein stärkeres deutsches und europäisches Engagement in dieser Richtung auch in der Region begrüßt und gewünscht wird. Dabei ist zum Beispiel denkbar, dass sich bei einem erfolgreichen Verlauf aus den Sechsparteiengesprächen eine Art Nordostasien-KSZE entwickelt, in der Deutschland und die Europäische Union eine wesentlich aktivere Rolle als gegenwärtig spielen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist kein Zweifel: Das Fundament eines stärkeren deutschen Engagements auf der koreanischen Halbinsel bilden die hervorragenden Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Korea. Wir können in allen Bereichen, vor allem aber was unsere **Wirtschaftsbeziehungen** anbelangt, eine erfreuliche Entwicklung feststellen. Deutsche Unternehmen haben in Korea mehr als 5 Milliarden Euro vor allem in den Produktionssektor investiert. Aber auch koreanische Unternehmen haben zunehmend den Weg nach Deutschland und – dafür sind wir besonders dankbar – gerade in die neuen Bundesländer gefunden. Unser bilateraler Handel ist mit 10 Milliarden Euro hoch und fast ausgeglichen. Wir sollten all denen danken, die zu diesen sehr erfolgreichen Wirtschaftsbeziehungen beigetragen haben. Ich nenne stellvertretend die Deutsch-Koreanische Handelskammer in Seoul, aber auch den Deutsch-Koreanischen Wirtschaftskreis in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es geht jedoch auch um die menschliche und die kulturelle Dimension unserer Beziehungen. In den 60er-Jahren prägten koreanische Bergleute und Krankenschwestern positiv das Bild Koreas in der damaligen Bundesrepublik Deutschland. Heute sind es zahlreiche in Deutschland tätige koreanische Unternehmen mit ihren Mitarbeitern, aber auch Tausende koreanische Studenten. Im Hinblick auf die Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea leisten die Bürger Nordkoreas, die in der ehemaligen DDR eine berufliche Aus- und Weiterbildung absolviert haben, einen wichtigen menschlichen Anknüpfungspunkt.

Wir können feststellen, dass beiden koreanischen Staaten ein sehr großes Interesse an deutscher Sprache und Kultur gemeinsam ist, ein Interesse, dem leider von deutscher Seite im Hinblick auf die **koreanische Sprache und Kultur** nicht in gleichem Umfang entsprochen wird.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Leider!)

Gleichwohl gibt es bedeutsame kulturelle Brückenbauer in unseren Beziehungen. Der deutsche Koreanist Andre Eckardt, der in Deutschland wirkende Schriftsteller Mirok Li, aber auch der aus Nordkorea stammende Musiker und spätere deutsche Staatsbürger Isang Yun seien genannt. Gegenwärtig können wir in Berlin eine Ausstellung der sehr jungen koreanischen Künstlerin und Baselitz-Schülerin Soo-Kyoung Seo mit dem sehr schönen Titel „Meine deutschen Träume“ sehen, in der in hervorragender Art und Weise eine koreanisch-deutsche Kultursymbiose dokumentiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das Goethe-Institut mit seiner hervorragenden Arbeit in Süd- und Nordkorea, der Deutsche Akademische Aus-

Hartmut Koschyk

(A) tauschdienst, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, politische Stiftungen, aber auch die deutsch-koreanischen Gesellschaften haben eine breite Basis kulturell-wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den beiden koreanischen Staaten geschaffen. Sie ergänzen so als dritte Säule in hervorragender Weise die deutsche Außenpolitik, wobei wir unseren Diplomaten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den deutschen diplomatischen Vertretungen in Seoul und Pjöngjang große Anerkennung für ihre hervorragende Arbeit zollen sollten.

(Beifall im ganzen Hause)

Für das Bild Deutschlands vor allem in Nordkorea ist jedoch der Einsatz unserer **humanitären Hilfsorganisationen** entscheidend. Wir konnten bei mehreren Delegationsreisen der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe, aber auch durch Reisen einzelner Kollegen spüren, welchen entscheidenden Beitrag die Deutsche Welthungerhilfe und das Deutsche Rote Kreuz gemeinsam mit internationalen humanitären Organisationen in hervorragender Weise zur Verbesserung der Versorgungslage der Menschen in Nordkorea geleistet haben, was wir sehr anerkennen und wofür wir herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das Jahr 2005 wird ein besonderes Jahr in unseren Beziehungen sein. Die Republik Korea wird Länderschwerpunkt der Frankfurter Buchmesse und der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin sein. Es bleibt zu wünschen, (B) dass sich daraus wichtige Impulse für die Beziehungen Deutschlands zu beiden koreanischen Staaten entwickeln. Dank einer hervorragenden Initiative der Botschaft der Republik Korea hier in Berlin wurde von südkoreanischer Seite das Jahr 2005 zum „Korea-Jahr“ deklariert, was durch zahlreiche Veranstaltungen über Korea und die deutsch-koreanischen Beziehungen zum Ausdruck kommen wird.

Wir sind sehr dankbar für das im Jahr 2002 unter Schirmherrschaft beider Staatsoberhäupter ins Leben gerufene Deutsch-Koreanische Forum, das seit seinem Bestehen wichtige Impulse in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Umweltpolitik sowie Kultur und Bildung gesetzt hat.

In dem heute zu verabschiedenden Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, auch geeignete Maßnahmen für einen **deutsch-koreanischen Jugendaustausch** unter Einbeziehung beider koreanischer Staaten zu entwickeln. Wir unterstreichen – darauf hat Herr Pflug hingewiesen – erneut unsere Bereitschaft, einmal in Berlin ein Treffen mit Parlamentariern aus Nord- und Südkorea durchzuführen, um auch als Deutscher Bundestag einen Beitrag zur weiteren Vertrauensbildung und Annäherung auf der koreanischen Halbinsel zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nicht nur wir beschäftigen uns heute durch diesen Antrag mit Vergangenheit und Zukunft der deutsch-koreanischen Beziehungen. (C) Es ist sehr erfreulich, dass bereits im Dezember die Nationalversammlung der Republik Korea, ebenfalls mit großer Mehrheit, einen Parlamentsantrag mit dem Titel „Anlässlich des 120-jährigen Bestehens der koreanisch-deutschen Beziehungen die freundschaftliche Kooperation zwischen beiden Staaten ausbauen“ angenommen hat und dass sich die Nationalversammlung der Republik Korea ihrerseits für eine Intensivierung unserer Beziehungen ausgesprochen hat.

In diesem Sinne setzen wir hier in großer politischer Einigkeit ein gutes Signal, nämlich dass unsere Beziehungen zu beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel weiter intensiviert werden können. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem interfraktionellen Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Ludger Volmer, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Ludger Volmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich den Ausführungen des Kollegen Pflug und des Kollegen Koschyk vollständig zustimmen kann, insbesondere was unsere Beziehungen zu Südkorea und unsere Haltung zum zwischenkoreanischen Annäherungsprozess angeht, möchte ich das Augenmerk auf die Sicherheitsprobleme richten, die es im Zusammenhang mit (D) Nordkorea gibt.

Die Bundesregierung – und zusammen mit ihr fast alle anderen Staaten der Europäischen Union – hat vor einigen Jahren die diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea aufgenommen. Dieser Schritt war wichtig, um Nordkorea überhaupt wieder in internationale Gesprächs- und Verhandlungsprozesse einzubeziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir waren damals der Auffassung, dass der richtige Ansatz gegenüber Nordkorea nicht derjenige ist, dieses Land immer weiter in die Isolation zu treiben, sondern derjenige, dieses Land trotz aller Dialogprobleme im Sinne einer integrativen Außenpolitik in die internationale Staatengemeinschaft hineinzuholen.

Zum Glück konnten wir damals an die südkoreanischen Ambitionen anknüpfen, über die „Sonnenscheinpolitik“ die Annäherung zwischen den beiden koreanischen Staaten zu betreiben. Diesen Prozess haben wir mit sehr viel Hoffnung und Engagement begleitet.

Leider hat sich seitdem auf der nordkoreanischen Seite ein Problem erneut zugespitzt, das wir eigentlich für überwunden geglaubt haben, nämlich die Frage der **atomaren Rüstung.** Auch dieses Thema sollten wir, so meine ich, im Sinne einer integrativen Außenpolitik behandeln.

(Lothar Mark [SPD]: Sehr richtig!)

Dr. Ludger Volmer

(A) Wir sollten uns die Frage stellen, wie wir Nordkorea dazu bewegen können, auf nukleare Optionen zu verzichten und nicht als Gefährder des Weltfriedens aufzutreten.

Die Appelle an Nordkorea, das internationale Kontrollregime zu akzeptieren, sind völlig richtig. Ich kann mich dem nur anschließen. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob wir Nordkorea den Weg dorthin erleichtern können.

Erinnern wir uns an die innere Lage Nordkoreas. Nordkorea war jahrzehntelang von Subventionen aus dem Ostblock abhängig. Es hing am Tropf Moskaus und hat anders als andere Drittweltstaaten 1989/1990 den richtigen Zeitpunkt verpasst, um sich vom kommunistischen Staat zu einem reformorientierten und demokratisch orientierten Staat zu entwickeln. Das ist zwar bedauerlich, aber Faktum.

Das Ergebnis dieser verpassten Chance ist, dass die Bevölkerung Nordkoreas heute hungert. Nordkorea glaubt zwar aufgrund seiner Juche-Ideologie, einen autochthonen Prozess, abgekoppelt von der Weltwirtschaft, organisieren zu können. Aber im Ergebnis wird das Volk strukturell verhungern. Eine unserer ersten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen war, die **humanitäre Hilfe** zu intensivieren. Der Preis, den wir von Nordkorea verlangten, war gering. Wir wollten, dass sich unsere humanitären Helfer frei bewegen können und auch Journalisten Zugang haben, sodass wir mehr Informationen bekommen können. Die Informationslage (B) hat sich seitdem verbessert, die reale Lage im Lande nicht.

Ich befürchte, dass die atomare Option gar nicht in erster Linie dazu gedacht ist, sich über militärisches Imponiergehabe in der Region einen besonderen Status zu verschaffen, sondern dass es sich dabei um eine Exportoption handelt, mit der Devisen erwirtschaftet und damit die notwendigsten Dinge eingekauft werden können, die zum Überleben in diesem Lande notwendig sind.

Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, Nordkorea den Weg in eine integrierte Weltwirtschaft zu ebnen, Nordkorea zu motivieren, die Grenzen zu öffnen und von dieser kruden und antiquierten Ideologie der Selbstbehauptung Abschied zu nehmen, und im Zuge der Wiederaufnahme in die internationale Staatengemeinschaft und der Einbeziehung in den internationalen Handel dazu zu bewegen, auf die atomaren Optionen zu verzichten.

Ich möchte deshalb ausdrücklich begrüßen, dass unser transatlantischer Partner, die Vereinigten Staaten, den Gesprächsfaden zu Nordkorea wieder aufgenommen hat, vielleicht auch motiviert durch die guten Erfahrungen, die wir gemacht haben, als wir mit dem Iran oder Libyen, Staaten, die in der Vergangenheit ebenfalls Besorgnis auslösten, einen Verhandlungsweg gefunden haben. Das ist besser, als wenn man versucht,

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Hat auch geholfen!)

(C) – ja, Herr Pflüger, das sage ich ja –, sie über Druck in die Ecke zu treiben und zum Einlenken zu bewegen.

In diesem Kontext kann Deutschland eine Rolle spielen, denn beide Koreas schauen mit sehr viel Interesse auf den **deutschen Weg zur Wiedervereinigung.** Wir wissen – wenn man beide Situationen vergleicht –, dass die Situation Koreas ungleich schwieriger ist. Deshalb halten wir uns mit klugen Ratschlägen zurück, sind aber immer bereit, mit beiden Seiten zu reden, wenn unser Rat gefragt ist.

Auch ich kann hier nur betonen: Wir begrüßen, dass Korea das Schwerpunktland der Asien-Pazifik-Wochen im nächsten Jahr sein wird. Wir freuen uns auf eine vertiefte Diskussion über diese beiden Länder, die uns kulturell so viel zu bieten haben und von denen wir hoffen, dass sie zueinander finden, um eine ähnlich gemeinsame Zukunft zu haben, wie wir das heute im wiedervereinigten Deutschland erleben.

Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Harald Leibrecht, FDP-Fraktion.

Harald Leibrecht (FDP):
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der FDP-Bundestagsfraktion freuen uns ganz besonders, dass sich der Deutsche Bundestag endlich mit der koreanischen Halbinsel befasst. Korea gehört zu den schwierigsten und brennendsten Krisenherden auf der Welt; und das nicht nur wegen des Atomwaffenprogramms Nordkoreas. (D)

Die Befassung mit diesem Thema geht auf einen Antrag der FDP-Fraktion zurück, den wir schon im Februar letzten Jahres in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Damals haben wir eine internationale Sicherheitsinitiative für Nordostasien gefordert, um über einen multilateralen Zugang Auswege aus der verfahrenen Situation dort zu finden.

Inzwischen findet ein Dialog im Rahmen der so genannten Sechsergespräche statt. An den Verhandlungen ist die **EU** nicht beteiligt. Daher möchte ich an dieser Stelle unser Plädoyer für eine stärkere Beteiligung der Europäischen Union am Entspannungsprozess in Korea wiederholen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben darauf hingewiesen, dass in Europa mit dem KSZE-Prozess ein Modell entwickelt wurde, wie ein Kalter Krieg überwunden werden kann. Wir freuen uns, dass sich dieser Ansatz in unserem interfraktionellen Antrag wiederfindet.

Die koreanische Halbinsel ist, wie einst Deutschland, geteilt. Wenn ich aber heute höre, dass junge Koreaner nach Deutschland kommen, um den Prozess der deut-

Harald Leibrecht

(A) schen **Wiedervereinigung** zu studieren, dann stimmt mich das sehr zuversichtlich. Dies zeigt, dass Deutschland aufgrund geschichtlicher Parallelen Wege für eine Wiedervereinigung beider koreanischer Staaten aufzeigen kann.

So ging der deutschen Wiedervereinigung auch ein intensiver Kulturaustausch und dadurch eine zwischenmenschliche Annäherung voraus. Diesen Ansatz unterstützen deutsche Organisationen auf der koreanischen Halbinsel. Auch Sie, Herr Koschyk, haben das ja gerade angesprochen. Dabei handelt es sich beispielsweise um das Goethe-Institut, aber auch um die politischen Stiftungen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung war eine der ersten, die in Nordkorea aktiv wurden. Die deutschen Botschaften in Seoul oder Pjöngjang sind tagtäglich um eine Annäherung beider Staaten bemüht. Die Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel die Welthungerhilfe, versorgen Hunderttausende von Menschen in Nordkorea mit Lebensmitteln.

Trotzdem müssen wir heute eine Tickermeldung zur Kenntnis nehmen, die uns mit großer Sorge belastet. Darin wird auf die Verschlechterung der **Ernährungslage in Nordkorea** hingewiesen, weil schlichtweg die Spenden ausbleiben. Hier muss an die westliche Welt appelliert werden, ihren Selbstverpflichtungen nachzukommen und das Welternährungsprogramm am Leben zu halten, dem im Moment schlichtweg die Nahrungsmittel ausgehen.

Meine Damen und Herren, im August letzten Jahres stellten die Koreaner die internationale Studentenolympiade „Universiade" unter das Motto „Dream for Unity".

(B) Was mir sehr gut gefallen hat, war, dass die deutsche Delegation auf eine Tafel geschrieben hat: „Unity is possible". Dieses Ziel müssen wir weiterverfolgen und Nord- und Südkorea auch weiterhin Unterstützung zukommen lassen. Dann wird auch dort endlich eine Vereinigung im demokratischen Sinne möglich sein.

Besten Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 15/2411 zu dem interfraktionellen Antrag mit dem Titel „Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln". Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/2167 in der Ausschussfassung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Peter Hintze, Peter Altmaier, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Strukturveränderungen der Bundeszollverwaltung sowie Auswirkungen der Beitritte

(C) **Polens und Tschechiens zur Europäischen Union 2004**

– Drucksachen 15/1379, 15/1623 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Kollegin Veronika Bellmann, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Veronika Bellmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Osterweiterung der Europäischen Union stellt für die deutsche Zollverwaltung eine ihrer größten Herausforderungen dar, und dies, nachdem bereits im Zuge der Wiedervereinigung ein enormer Umstrukturierungsprozess vollzogen wurde bzw. vollzogen werden sollte. Denn dieser Prozess ist leider noch nicht vollkommen abgeschlossen. Manchmal hat man den Eindruck, dass das Wort „Reform" an dieser Stelle nicht zutreffend ist.

Die Reformbemühungen des Bundesfinanzministeriums innerhalb der Zollverwaltung waren an mancher Stelle wenig zukunftsweisend und nicht auf Dauer tragfähig. Jetzt hat das Bundesfinanzministerium zur Sozialverträglichkeit, zu Berufsperspektiven und zur heimatnahen Verwendung Zusagen gegeben. Es dient nicht der Glaubwürdigkeit der Verwaltung, wenn die zugesagte

(D) Überführung des einfaches Zolldienstes in den mittleren Dienst noch nicht vorangekommen ist. Hier ist die Aufforderung der Union an die Bundesregierung, diese Aufgabe endlich zu lösen.

Der **Aufgabenbereich der Zollverwaltung** hat sich vor allem in den letzten 20 Jahren, insbesondere durch das Schengener Abkommen – die Binnengrenzen der Europäischen Union werden verschwinden – stark verändert. Der große Unterschied zur Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte ist aber, dass wir für unsere Zöllner keine Folgeaufgaben mehr haben, jedenfalls nicht im klassischen Sinne. Hinzu kommt, dass ein Großteil der circa 6 000 von der Osterweiterung der Europäischen Union betroffenen Zöllner in strukturschwachen Regionen an der Ostgrenze Deutschlands beschäftigt ist. Bis zu zwei Drittel von ihnen werden voraussichtlich ihre jetzige Arbeitsstelle verlieren. Eine beträchtliche Zahl derer, die keine ortsnahe Anschlussverwendung finden können, wird damit diesen Regionen verloren gehen. Entsprechende Ausgleichsmaßnahmen werden von der Bundesregierung allerdings nicht in Betracht gezogen, wie in der Antwort zu Punkt 11 unserer Großen Anfrage zu lesen ist. Die Bundesregierung hat zwar keine Erhebungen – so sagt sie –, aber sie geht davon aus, dass keine nennenswerte Auswirkung auf die Kaufkraft der betroffenen Regionen eintreten werde. – Man sieht daran auch, welche Wertigkeit der Osten für die Bundesregierung hat.

Doch die Bundesregierung schafft auch – durch ihre ureigene Form der Arbeitsbeschaffung – neue Aufgaben

Veronika Bellmann

(A) für den Zoll: Zum Beispiel wird die weitere Erhöhung der Tabaksteuer für erheblichen Kontrollbedarf sorgen, denn insbesondere zum Schmuggel werden besondere Anreize entstehen. Die Filterfunktion der Zigarette bleibt, die Filterfunktion des Grenzübertritts aber entfällt. Diesem Problem kann nicht durch unmittelbare und statische zöllnerische Grenzkontrollen begegnet werden.

Die Gewerkschaft der Polizei, der Bundesgrenzschutz, der Zoll, selbst der Generalstaatsanwalt sagen dazu, dass die Neuordnung des **Zollfahndungsdienstes** die bisher erfolgreich praktizierte zeit- und ortsnahe Zusammenarbeit weitgehend zunichte machen würde. Das zeigt sich am Umfang sichergestellter Schmuggelware – da gibt es eine Halbierung –, aber auch an der Halbierung der Anzahl von Straf- und Bußgeldverfahren. All das führt zu einem Verlust von Zoll- und Steuermitteln.

(Beifall der Abg. Ilse Falk [CDU/CSU])

Die Gewerkschaft der Polizei sagt weiter: Was tut Bundesminister Eichel? Er schwächt die Zollverwaltung. – 2 300 Stellen sind anvisiert – so war der Großen Anfrage zu entnehmen –, gut 400 seien bisher unbesetzt, das Ist liegt bei 1 293. Und das bei der Veränderung und den vielfältigen Aufgaben! Wir brauchen also eine größere Kontrolldichte an den Grenzen. Die Arbeitsgruppe „Ost“, die im Bundesfinanzministerium dazu gebildet wurde, hat vorgeschlagen, 15 **mobile Kontrollgruppen** zu bilden. Wir regen an, diese Zahl auf 21 zu erhöhen; das entspricht in etwa der bisherigen Anzahl der Zollkommissariate. Lieber dem Bedarf entsprechend anfangen und später gegebenenfalls reduzieren, als schon mit

(B) zu geringer Zahl anfangen und feststellen, dass man den Aufgaben nicht gerecht werden kann.

Auch die vollständige Übernahme der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung und die dadurch notwendige Integration der bisher bei der Bundesanstalt für Arbeit Beschäftigten bedeuten eine große Herausforderung für die Zollverwaltung. Statt Putzfrauenverfolgung brauchen wir eine spezielle Verfolgung der organisierten Kriminalität.

Eine möglichst heimatnahe, sozialverträgliche **Anschlussverwendung** muss angestrebt werden. Sollte letztlich aus Gründen der Funktionsfähigkeit keine Anschlussverwendung im eigenen Bezirk möglich sein, bedarf es deutlicher Mobilitätsanreize. Hier könnte man nach dem Beispiel des Umzuges der Regierung von Bonn nach Berlin vorgehen: wöchentliche Heimfahrten, finanzielle Unterstützung beim Wohnortwechsel – all das, was dem Staatssekretär zugestanden hat oder für ihn Recht und billig war, sollte auch für den kleinen Zollsekretär gelten, der garantiert nicht so gut betucht ist wie ein Staatssekretär.

Zurück zu den Arbeitsplätzen im Osten. Es gibt den unmittelbaren Kaufkraftverlust in Ostdeutschland durch eine Versetzung der Beschäftigten der Zollverwaltung. Darüber hinaus sind weitere Arbeitsplätze durch den Wegfall der bisherigen EU-Ostgrenze gefährdet. So werden nach dem 1. Mai 2004 bis zu 400 Grenzspeditionsmitarbeiter ohne Anstellung sein. Das Bundesamt für Güterverkehr hat in Erwartung des neuen – technisch leider sehr unvollkommenen – Mautsystems Hunderte neuer Mitarbeiter eingestellt, ohne dabei die bei den Grenzspediteuren frei werdenden Arbeitskräfte zu berücksichtigen. (C)

Auch die Bundesagentur für Arbeit hat ihre besondere Fürsorge für die aufgrund politischer Strukturveränderungen freigesetzten Arbeitskräfte bisher nicht erkennen lassen. Man kann hier nur feststellen: Das ist bei den Turbulenzen und der Egomanie in den Führungsgremien kein Wunder. Bei den Mitarbeitern der Zolldienstleister handelt es sich vorwiegend um Quereinsteiger. Für diese Zöllner brauchen wir also eine Fortbildung, um ihre Marktchancen deutlich zu erhöhen. Insofern ist die Bundesagentur für Arbeit hier sehr gefragt.

Das würde die Menschen genauso fit für die Zukunft machen, wie es auch die Zollverwaltung werden muss; denn es wird nicht nur der Wegfall der Außengrenze, sondern auch der technische Fortschritt auf uns zukommen. Das heißt, die Steuererklärung wird in Zukunft überwiegend online an die Finanzbehörde geschickt werden. Auch das wird dazu führen, dass die Zollverwaltung nicht mehr in gleichem Maße wie vorher direkt vor Ort sein muss.

Diese **Möglichkeiten der neuen Technologien** zielen bei der Warenabfertigung nicht mehr auf die klassische Einheit von Anmeldung und Abfertigung. Vielmehr wird die Erhebung der Einfuhrabgaben und Verbrauchsteuern schon bald EDV-gestützt, papierlos und ohne Nähe zur Ware erfolgen. Solche Tätigkeiten können prinzipiell auch zentral erledigt werden. Eine in der Fläche notwendige Präsenz von Finanzbehörden als Steuererhebungs- und -verwaltungsbehörden ist aus diesen Gründen nicht mehr erforderlich. (D)

Im Gegensatz dazu wird der Bereich der Zollverwaltung, der die Maßnahmen der fiskalischen und polizeilichen Überwachung, Kontrolle und Verfolgung von Zuwiderhandlungen gewährleistet, aufgrund der Notwendigkeit der körperlichen Nähe zur Ware, zum Herstellerbetrieb, zur Tat oder zum Täter in der Fläche immer präsent sein müssen. Betriebsüberwachung, Schmuggelbekämpfung, Strafverfolgung und Gefahrenabwehr sind Aufgaben, die sich nicht von einem zentralen Ort aus erledigen lassen. Dem Umstand, dass verschiedene Behördenteile des Zolls in bestimmten Fällen vor Ort präsent sein müssen, wird die heutige Struktur der Zollverwaltung nicht gerecht. Keine der bisher angedachten Strukturmaßnahmen lässt solche Überlegungen erkennen.

Selbst die Gewerkschaft der Polizei stimmt uns zu und fordert eine **zukunftsweisende Struktur** für die Kollegen in der Zollverwaltung. Der Zoll soll im Vollzug eben nicht nur eine Bundesfinanzverwaltung, sondern quasi eine Bundesfinanzpolizei sein. Genau darin liegt die Zukunft. Wir brauchen also weitere tragfähige Konzepte für die Zukunft der Zollverwaltung. Die Union wird sich konsequent und konstruktiv an dem Entwurf einer neuen Struktur der Zollverwaltung und des Vollzugs beteiligen.

Veronika Bellmann

(A) Ich komme zum Schluss: Dabei werden wir uns an den Erfordernissen, die uns die Praktiker vor Ort schildern, und nicht an den fiskalischen Begründungen der Ministerien orientieren; denn wie sagt man so schön: Nicht jeder, der aus dem Rahmen fällt – das kommt bei den Ministerien der Bundesregierung ja häufig vor –, war vorher über die Sache auch im Bilde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich erteile der Parlamentarischen Staatssekretärin Barbara Hendricks das Wort.

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:
Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war doch glatt der irrigen Annahme, man könnte über ein solches Thema auch ohne irgendwelche polemischen Spitzen reden. Da habe ich mich getäuscht.

Dass die einführenden Worte der Kollegin Bellmann nicht ohne solche polemischen Spitzen auskamen, fand ich vor allen Dingen vor dem Hintergrund dessen verwunderlich, was die Bundesfinanzverwaltung schon getan hat und weiterhin in die Wege leitet, um genau die Probleme zu minimieren, die zulasten der Bediensteten der Zollverwaltung zwangsläufig entstehen werden, wenn im Mai die Grenzen zu unseren östlichen Nachbarn geöffnet werden. Ich glaube, manchmal wäre es (B) ganz gut, einfach einmal vorurteilsfrei zu schauen, was schon geschehen ist und zur Kenntnis zu nehmen, was in manchen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, die nicht an die bald zur EU und zum Binnenmarkt gehörenden neuen Mitgliedsländer im Osten grenzen, geschehen ist.

Die Anträge auf Vergütung der Mineralölsteuer, die so genannte Agrardieselvergütung, werden zum Beispiel zentral in den Hauptzollbezirken Cottbus und Löbau und nicht mehr in Karlsruhe, Koblenz, Köln und Hannover bearbeitet. Sollte im Interesse der Zöllner, die es im Bundesgebiet insgesamt gibt, nicht auch das einmal positiv gewürdigt werden? Ein bisschen weniger Polemik wäre wirklich angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Bundesfinanzminister Hans Eichel hatte Mitte 1999 entschieden, die Strukturen der Bundesfinanzverwaltung, insbesondere die der Zollverwaltung, zu modernisieren. Strukturanpassungen in der Zollverwaltung sind besonders mit Blick auf die **Osterweiterung der Europäischen Union** zum 1. Mai 2004 geboten. Wir werden das Konzept zur umfassenden Neustrukturierung der Zollverwaltung, welches wir schon damals beschlossen haben, schrittweise realisieren und haben damit natürlich schon angefangen.

Bis zur EU-Osterweiterung werden wir die folgenden Straffungsmaßnahmen im Wesentlichen vollziehen: Die Zahl der Hauptzollämter wurde bereits von 83 auf 54 (C) verringert – auch dies ein Ausweis von modernem Staat und schlanker Verwaltung. Die Zahl der Zollfahndungsämter wurde auf acht und deren Außenstellen auf 24 reduziert. Die Zahl der Zollämter wird von 388 auf 277 abgeschmolzen. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit genießt hohe Priorität und wird durch verstärkten Personaleinsatz intensiviert. Dabei geht es, Frau Kollegin Bellmann, nicht um die Jagd auf illegal beschäftigte Putzfrauen, sondern um die Bekämpfung der gewerblichen illegalen Beschäftigung.

Der Grenzaufsichtsdienst an den Grenzen zu Polen und Tschechien wird schrittweise umgebaut. Die für Intensivkontrollen zuständigen Sondergrenzaufsichtsstellen werden verstärkt. Die Mobilen Kontrollgruppen für Kontrollen im Hinterland werden auf- und ausgebaut, also auch personell verstärkt. Jede Mobile Kontrollgruppe wird mit doppelt so viel Personal wie bisher ausgestattet, nämlich 36 statt bisher 18 Stellen umfassen. Auch dies soll man bitte beachten.

Die **Straffungsmaßnahmen** auf der Ebene der Hauptzollämter und Zollfahndungsämter sind schon zum 1. Januar 2002 umgesetzt worden. Nach der EU-Osterweiterung kommt es bei der Aufgabenwahrnehmung natürlich zu erheblichen Veränderungen. Die übertragenen grenzpolizeilichen Aufgaben werden im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern nicht mehr durch die Zollverwaltung, sondern durch den Bundesgrenzschutz wahrgenommen. Zudem entfallen alle grenzbezogenen zollrechtlichen Warenkontrollen, da nach dem Gemeinschaftsrecht an allen EU-Binnengrenzen grundsätzlich freier Warenverkehr herrscht. (D)

Die Osterweiterung der Europäischen Union wird aufgrund dieser Aufgabenminderungen in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Bayern zu weit reichenden strukturellen Veränderungen im Bereich der Zollverwaltung führen. Im Grenzabfertigungs- und im Grenzaufsichtsdienst an den Grenzen zu Polen und Tschechien wird Personal in einer Größenordnung von 3 900 Arbeitskräften freigesetzt, und zwar wegen EU-rechtlich gebotener Aufgabenreduzierung. Diese Beschäftigten sind, soweit sie bei den fortbestehenden grenznahen Dienststellen nicht weiter eingesetzt werden können, für andere Aufgaben der Zollverwaltung, zum Beispiel für die verstärkte Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und auch des Zigarettenschmuggels, vorgesehen.

Eine Arbeitsgruppe im Bundesfinanzministerium hat sich im ersten Halbjahr 2003 eingehend mit den **personalwirtschaftlichen Auswirkungen** der EU-Osterweiterung befasst und eine Reihe von Vorschlägen zur Aufgabenverlagerung bzw. für eine intensivierte Wahrnehmung bestimmter Zollaufgaben wie zum Beispiel bei den Mobilen Kontrollgruppen in den Grenzbereichen zu Polen und Tschechien entwickelt, die eine sozialverträgliche Weiterbeschäftigung der unter sozialen Aspekten besonders betroffenen Beschäftigten gewährleisten.

Insgesamt ist es uns gelungen, für rund 2 570 Beschäftigte der Zollverwaltung eine heimatnahe Verwendung vorzusehen. Für rund 1 000 Beschäftigte kommen überregionale Verwendungen in Betracht. Für sie gilt

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

(A) selbstverständlich, Frau Kollegin Bellmann, das Umzugskostenrecht des Bundes: Wenn sie denn wirklich umziehen müssen, was nicht sicher ist, werden sie entsprechend dem geltenden Umzugskostenrecht des Bundes, welches auch bei der Verlagerung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin Anwendung gefunden hat, entschädigt und in ihren Kosten entlastet. Auch da war Polemik nicht notwendig, Frau Kollegin Bellmann; darauf will ich noch einmal deutlich hinweisen.

Aus den absehbaren weit reichenden Aufgabenveränderungen müssen zwangsläufig die notwendigen aufbauorganisatorischen Konsequenzen gezogen werden, um eine **effiziente Struktur** der Zollverwaltung auch künftig sicherstellen zu können. Es ist vorgesehen, zehn große Grenzzollämter an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze bis auf weiteres als Binnenzollämter mit einem Personaleinsatz von insgesamt zunächst rund 500 Arbeitskräften fortzuführen. Die Planungen der deutschen Zollverwaltung sehen vor, die zukünftigen Binnenzollämter durch ein umfangreiches Serviceangebot für die Wirtschaftsbeteiligten besonders attraktiv zu machen. Mit dem modernen elektronischen Abfertigungsverfahren ATLAS wurde übrigens neuerdings erstmals die Möglichkeit einer vollständigen elektronischen Kommunikation zwischen Wirtschaft und Zollverwaltung geschaffen.

Der vorgestellte Umstrukturierungsprozess schafft eine leistungsfähige Zollverwaltung, die den neuen Herausforderungen in einem zusammenwachsenden Europa voll gewachsen und effizient aufgebaut ist. Er ist übrigens selbstverständlich, Frau Kollegin Bellmann, auch (B) mit denjenigen, die vor Ort tätig sind, abgestimmt worden, und zwar über die Gremien örtlicher Personalrat, Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat. Auch ich persönlich bin vor Ort gewesen. Die Bediensteten, zum Beispiel die in Löbau, haben sich bei mir, stellvertretend für den Bundesfinanzminister, dafür bedankt, dass wir an den bisherigen Ostgrenzen unsere Aufgaben weiter wahrnehmen. Ich glaube nicht, dass die CDU uns dabei helfen muss, alles neu anzufangen. Aber vielleicht haben Sie das auch gar nicht so gemeint.

(Beifall bei der SPD – Veronika Bellmann [CDU/CSU]: So oft habe ich meinen Namen noch nie gehört!)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat der Kollege Professor Pinkwart, FDP-Fraktion.

Dr. Andreas Pinkwart (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ist positiv hervorzuheben, dass offensichtlich alle Bemühungen unternommen werden – das ist eben ausgeführt worden –, für eine sozialverträgliche Umstrukturierung zu sorgen. Darauf legen wir ausdrücklich Wert, genauso wie darauf, dass dabei die spezifischen Strukturprobleme der neuen Bundesländer und der veränderte Kontrollbedarf im Zuge der EU-Osterweiterung Berücksichtigung finden. Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Zollbeamten, die sich auf diesen (C) Strukturwandel in der den Beamten eigenen Weise fair, staatsbezogen und verantwortlich eingelassen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gleichwohl möchte ich hier auf zwei Probleme aufmerksam machen, die mit der Zollverwaltung zu tun haben. Das eine Problem, das wir aktuell zu diskutieren haben, ist die Übertragung der Zuständigkeit für die **Bekämpfung der Schwarzarbeit** von der Bundesagentur für Arbeit auf die Zollverwaltung. Man liest zumindest in der Tagespresse, dass das noch nicht optimal erfolgt, um das sehr freundlich, Frau Staatssekretärin, zu formulieren. Ich wäre dankbar, wenn die Bundesregierung zu diesen aktuellen Berichten vielleicht einmal im Finanzausschuss oder an anderer Stelle Stellung nehmen könnte.

Es gibt einen zweiten, viel grundsätzlicheren Aspekt im Zusammenhang mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Wir haben das wiederholt im Finanzausschuss diskutiert, einmal auch im Kontext der Tabaksteuererhöhung. Wir müssen feststellen: Das Phänomen Schwarzarbeit hat wachsende Tendenz und sicherlich können Zollbeamte oder andere Beamte eingesetzt werden, um diese zu bekämpfen. Aber ist das wirklich die Lösung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit? Das ist es nicht.

Hier verweisen wir auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP aus dem vergangenen Jahr. Es ist immer gut, wenn man sich auf die Bundesregierung beziehen kann. Denn sie antwortet auf die Frage, (D) welches denn die **Ursachen für die Schattenwirtschaft** seien, wie folgt:

> Als maßgebliche Determinanten des Umfangs der Schattenwirtschaft werden in einschlägigen Abhandlungen zum Thema die Steuer- und Abgabenbelastung, die Regulierungsdichte, das Niveau der Lohnersatzleistungen … angeführt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind die eigentlichen Probleme. Solange wir die nicht angehen, können wir noch so viel kontrollieren. Wir werden nicht die notwendigen Wachstumskräfte entfachen, die wir gerade für die neuen Bundesländer brauchen, damit es dort zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen kommt. Deswegen wollen wir alles tun, was hier, auch in der Zollverwaltung, notwendig ist, um einen sozialverträglichen Umstrukturierungsprozess zu begleiten. Aber bitte – diese Bitte richte ich an die Bundesregierung, aber auch an die Oppositionsfraktionen – lassen Sie uns alles tun, damit die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Wirtschaft für die notwendigen Arbeitsplätze in diesem Land sorgen kann. Dann müssen wir uns auch nicht immer wieder neue Aufgaben für den öffentlichen Dienst erarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun die Kollegin Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Die bevorstehenden Strukturveränderungen in der Bundeszollverwaltung stehen in direktem Zusammenhang mit dem Beitritt von Polen und Tschechien zur EU. Der europäische Binnenmarkt wird sich zum 1. Mai 2004, wie wir alle wissen, um insgesamt zehn Länder vergrößern. Wir begrüßen diesen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozess sehr.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Als Ergebnis dieses Integrationsprozesses werden zum 30. April 2004 wesentliche Aufgaben der Zollämter entfallen, vor allem an unseren Grenzen zu Polen und Tschechien; die Frau Staatssekretärin hat bereits darauf hingewiesen. Denn innerhalb der Europäischen Union gibt es bekanntlich keine Zölle, sodass sich die Zollaußengrenzen der Europäischen Union in Richtung Ukraine verschieben.

Es ist völlig logisch – das sage ich auch an die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion gewandt –, dass es infolgedessen zu umfangreichen Veränderungen in den Strukturen der Bundeszollverwaltung kommen muss. Auf der einen Seite fallen Aufgaben ersatzlos weg; auf der anderen Seite kommen neue Aufgaben hinzu.

(B)

Insgesamt 4 310 Beschäftigte in der Zollverwaltung sind von den Veränderungen betroffen. Für die meisten Zollbeamten und -beamtinnen ist eine so genannte **heimatnahe Verwendung** vorgesehen, die mit neuen Aufgaben verbunden ist. 2 570 Beschäftigte finden in den jeweiligen Regionen eine neue Aufgabe, rund 1 000 Beschäftigte sind für eine überregionale Verwendung vorgesehen. Hierfür liegt ein gemeinsam mit der Verwaltung ausgearbeitetes sehr langfristiges Konzept vor, mit dem die durch den Beitritt entstehende Situation auch sozialverträglich vorbereitet wurde.

Wichtig für die Umsetzung der Strukturreform sind die neuen Aufgaben, die auf die Beamtinnen und Beamten zukommen. Ich möchte nur zwei Aufgabenbereiche herausgreifen: die so genannten Mobilen Kontrollgruppen und die Bekämpfung der organisierten gewerblichen Schwarzarbeit.

Das Personal in den **Mobilen Kontrollgruppen** bekommt eine gute Ausbildung, die effiziente Arbeitsergebnisse gewährleisten soll. Denn dort wird man stärker mit der Problematik des Schmuggels konfrontiert werden. Schätzungen zufolge wird beispielsweise der durch den Schwarzmarkt im Zigarettenhandel entstehende Schaden im Jahr 2005 1,4 Milliarden Euro betragen. Die Zollfahndung setzt Mobile Kontrollgruppen hinter den Grenzen ein, deren Zahl sie von derzeit 43 auf 48 erhöhen wird. Diese Erhöhung ist angemessen und sinnvoll. Hierbei wird auf die Beschäftigten zurückgegriffen, die bislang an den Grenzen eingesetzt waren. Auch das ist sinnvoll und es ermöglicht eine ortsnahe Verwendung, die die jeweilige Lebenssituation der Beschäftigten in der Zollverwaltung berücksichtigt.

(C)

Ich möchte einmal deutlich machen, welche Arbeit von den Beschäftigten geleistet wird. Ein Container mit 10 Millionen Zigaretten, die auf den Schwarzmarkt gebracht werden, bringt den Schwarzhändlern einen Gewinn von ungefähr einer halben Million Euro, weil sie Steuern in Höhe von 1 Million Euro einsparen. Wenn man diese Zahlen hochrechnet, kommen Gewinnvolumina im Bereich von 1 Milliarde bis 2 Milliarden Euro zusammen. Insofern ist die Arbeit der Mobilen Kontrollgruppen sehr wichtig.

Auch bei der Bekämpfung der gewerbsmäßigen **Schwarzarbeit** besteht großer Handlungsbedarf, vor allem im Sinne fairer Wettbewerbsbedingungen auf dem Bau und im Handel. Wir haben gestern im Finanzausschuss erfahren, dass der internationale Umsatzsteuerbetrug – beispielsweise durch Karussellgeschäfte – auf nationaler Ebene allein im Umsatzsteuerbereich zu Steuerausfällen in Höhe von schätzungsweise 16 Milliarden bis 18 Milliarden Euro führt. Die durch nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge in der Bauwirtschaft entstehenden Verluste sind in dieser Summe noch nicht berücksichtigt.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Aber das ist nicht vom Zoll zu lösen!)

(D)

Deswegen ist es wichtig, dass die Beschäftigten des Zolls und der Bundesagentur für Arbeit ihren Beitrag bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit leisten, damit wir der organisierten Wirtschaftskriminalität verstärkt entgegentreten können.

Letzte Bemerkung: Die Personalaufstockungen unter dem neu strukturierten Dach „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ an 113 Standorten in der Bundesrepublik unter der Regie der Oberfinanzdirektion Köln – die dortigen Beschäftigten sind sehr qualifiziert ausgebildet, die Zusammenarbeit ist überaus modern – werden einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass wir der organisierten Schwarzarbeit insgesamt mit größerem Erfolg entgegentreten können. Deswegen sind die Verlagerungen und die neuen Schwerpunktsetzungen durchaus zukunftsgerichtet, sorgen für mehr Steuereinnahmen und Wettbewerb und richten sich auch gegen wirtschaftspolitische Verzerrungen im Zusammenhang mit der Osterweiterung.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Georg Fahrenschon, CDU/CSU.

(A)

Georg Fahrenschon (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unwidersprochen: In exakt 92 Tagen haben wir es mit einer der größten Umstrukturierungen bundesstaatlicher Organisationseinheiten zu tun. Die Frau Staatssekretärin hat die Zahlen, die die Hauptzollämter, die Zollämter und die Zollfahndungsämter angehen, schon genannt. Ich möchte ein anderes Beispiel wählen, um den Umfang der Veränderung darzustellen. Von den bislang 1 500 Kilometern, die Deutschlands Drittlandsgrenzen umfassten, bleiben im Grunde nur noch die 407 Kilometer Drittlandsgrenze zur Schweiz übrig. Alles andere fällt weg. Damit sind im Grunde alle unsere Zöllnerinnen und Zöllner betroffen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle an die Schweizer Grenze!)

– Das ist keine Lösung, Herr Ströbele. Ich möchte herausarbeiten, was die Union mit ihrer Großen Anfrage erreichen will und wo das Problem liegt.

Es handelt sich um ein ernsthaftes Problem. Wir wollen mit unserer Großen Anfrage endlich Klarheit darüber erreichen, was mit den betroffenen zwei Dritteln unserer Angestellten sowie Beamtinnen und Beamten in diesem Bereich geschehen wird. Noch auf der großen Tagung der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft am 4./5. Dezember 2003 war dies nicht klar. Es gab 36 **offene Fragen,** angefangen bei der Frage, welche Einsatzmöglichkeiten der einfache Dienst bei den Mobilen Kontrollgruppen hat, über die Fragen, wann die zugesagten Kräfte von der Ostgrenze eigentlich an ihren neuen Standorten zu erwarten sind, wie der Sprechfunk funktioniert, wann der Digitalfunk beim Zoll eingeführt wird, bis hin zu den Fragen, was mit den Binnendienstleistungen nach der EU-Osterweiterung geschehen soll und wie sich die dafür zuständigen Dienststellen entwickeln werden. Frau Staatssekretärin, der Aufgabenbereich Agrardieselvergütung ist zwar im Konzept aufgeführt. Aber am 1. Mai dieses Jahres wird man in diesem Bereich noch nicht arbeitsfähig sein. Es ist außerdem nicht klar, wie mit den Arbeitern, also den einfachen Angestellten, verfahren werden soll, die zum Beispiel zur Bundesvermögensverwaltung abgeordnet sind. Was geschieht mit den Beschäftigten an den Standorten, an denen der Bund noch nicht einmal im Besitz der notwendigen Liegenschaften ist? Es gibt also Fälle, in denen noch nicht einmal Büros vorhanden sind, damit der Zoll seine Arbeit aufnehmen kann.

(B)

Angesichts dessen ist es nicht in Ordnung, uns Polemik vorzuwerfen. Sie wollen nur verschleiern, dass wir mit unserer Großen Anfrage den Menschen, die wir angestellt haben und die für uns arbeiten, klar machen wollen, was auf sie zukommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nur eine Petitesse – man kann sich natürlich auch im Detail verlieren –: Auch die Zukunft der Zollboten ist nicht geklärt. Das muss ebenfalls gesagt werden.

(C)

Liebe Frau Staatssekretärin, unser Vorwurf ist nachvollziehbar, was besonders bei der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 24 unserer Großen Anfrage deutlich wird. Wir haben die Bundesregierung gefragt, ob es ein Personalkonzept für die Umstellung gibt. Von 6 000 Zöllnerinnen und Zöllnern sind rund zwei Drittel – laut Antwort der Bundesregierung 4 300 – betroffen. Angesichts dessen ist es doch notwendig, der Umstellung ein **Personalkonzept** zugrunde zu legen, aus dem hervorgeht, was ab dem 1. Mai dieses Jahres mit den betroffenen Beschäftigten geschieht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Laut der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 24 unserer Großen Anfrage – lesen Sie das ruhig nach – gibt es kein Personalkonzept.

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: Das ist ja wie bei Struck!)

Die Standorte und die Stellen sind zwar in etwa ausgewiesen, aber wann mit der Arbeit an den einzelnen Standorten begonnen werden soll, können Sie heute noch nicht sagen.

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, wir wollen doch, dass der Zoll ordentlich arbeitet. Ich versuche – gestehen Sie mir das als jungem Abgeordneten zu –, mir der Tatsache bewusst zu sein, dass wir hier in gewissem Sinne auch als Arbeitgeber auftreten. Das ist zwar in erster Linie Ihr Job, aber wir, die Mitglieder des Bundestages, haben auch eine gewisse Personalverantwortung. Wir wissen, dass der Zoll es mit organisierter Kriminalität, mit Schmuggel und wirklichem Bandentum zu tun hat. Daher ist klarzustellen, dass dort eine wichtige Aufgabe erfüllt wird. Wenn wir von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zolls verlangen, dass sie ordentlich arbeiten, dann müssen wir ihnen **Planungssicherheit** geben. Wir müssen sie motivieren, statt sie nicht zu informieren. Wir müssen auf Vertrauen statt auf Verunsicherung setzen.

(D)

(Elke Wülfing [CDU/CSU]: So ist das!)

Die Informationspolitik des Finanzministeriums als Dienstherr ist zu kritisieren. Der bisherige Zustand hat dazu geführt, dass der Vorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft es im Dezember in Dortmund auf den Punkt gebracht hat, als er Hans Eichel ins Stammbuch geschrieben hat:

> Noch funktioniert das deutsche Zollwesen. Herr Minister Eichel, sorgen Sie dafür, dass es so bleibt.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Lydia Westrich, SPD-Fraktion.

(A)

Lydia Westrich (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu Herrn Fahrenschon bin ich der CDU/CSU für diese Große Anfrage außerordentlich dankbar,

(Georg Fahrenschon [CDU/CSU]: Das bin ich auch! Sie können davon ausgehen, dass ich ihr dankbar bin!)

weil sie dokumentiert, wie verantwortlich die rot-grüne Bundesregierung sowohl mit den Interessen der Beschäftigten als auch der betroffenen Regionen umgegangen ist.

Wir alle sind uns einig, dass der Anlass dieser Großen Anfrage ein sehr freudiges Ereignis ist. Erst vor zwei Tagen hat hier die Sonderveranstaltung des Deutschen Bundestages aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus stattgefunden. Gerade diese bedrückende Erinnerung muss uns die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft, den Beitritt von Ländern wie Tschechien und Polen wie ein Wunder erscheinen lassen. Jetzt debattieren wir die praktischen Auswirkungen der Entwicklung von Feind zu Freund, von Bewachung von Grenzen bis zur – sicherlich auch für Sie, Kollegin Bellmann – wünschenswerten Unsichtbarkeit dieser Mauern.

Das letzte Jahrzehnt war wirklich eine **Herausforderung für die Zollverwaltung.** Wir haben das im Finanzausschuss viele Jahre lang verfolgt. Da ich an der französischen Grenze wohne, kann ich mich noch an viele Gespräche und Eingaben aus der Zeit der Öffnung des Binnenmarktes erinnern. Wir Politiker haben damals freudestrahlend Grenzschranken durchgesägt; aber die Zöllner haben zur gleichen Zeit ihre Koffer gepackt, um nach Frankfurt (Oder), Chemnitz oder Forst, also mehr als 800 Kilometer von ihrem bisherigen Einsatzort entfernt, zu fahren.

(B)

Jetzt sägen wir dort an den Grenzpfählen. Die Konsequenzen für die Zollverwaltung werden in der Antwort der Bundesregierung beschrieben. Deshalb ist es – nicht nur heute – angebracht, den Menschen, die diese Verwaltung bilden und tragen, wirklich unseren Respekt auszudrücken. Herr Pinkwart, Sie haben deutlich gesagt: Die Flexibilität, die diese Verwaltung an den Tag gelegt hat, können sich andere Behörden und Unternehmen nur zum Vorbild nehmen.

Die Aufgaben, die dieser Verwaltung im Laufe der Jahre zugeflossen sind, haben sie in hohem Maße verändert: von der Bekämpfung des international organisierten Zigarettenschmuggels, Kontrollen an den Baustellen, Bearbeitung von Agrardieselvergütungsanträgen bis hin zu der jetzt beim Zoll konzentrierten wichtigen Aufgabe der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Alles, was neu ist, erfordert von den Beschäftigten die Bereitschaft zu Um-, Fort- und Weiterbildung und insgesamt ein hohes Engagement jedes Einzelnen.

Auf das, was sie bei der **Neustrukturierung und Modernisierung** ihrer Behörde bisher geleistet haben, können alle Beschäftigten wirklich stolz sein.

(C)

(Beifall der Abg. Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt dort viele hoch qualifizierte Spezialisten. Die Möglichkeiten zum prüfungsfreien Aufstieg eröffnen vielen Mitarbeitern neue Chancen. Ob dieser Aufstieg so funktioniert, wie er funktionieren soll, das können wir noch überprüfen. Die entsprechenden Aufstiegschancen sind jedenfalls vorhanden. Meine Damen und Herren von der Opposition, aus den Beratungen im Finanzausschuss wissen Sie genau, wie sorgfältig das Finanzministerium diesen Umbau vorbereitet und begleitet hat.

Wir alle, die Mitglieder des Finanzausschusses, haben in vielen Sitzungen in den letzten Jahren darauf gedrungen und geachtet, dass alle erdenklichen sozialverträglichen Maßnahmen ergriffen werden. Zumindest wir Abgeordnete der Koalitionsfraktionen haben im Laufe der letzten Jahre wiederholt Gespräche mit den Personalräten, den Verbänden und Gewerkschaften geführt.

Insgesamt ist die Riesenleistung der Umstrukturierung des Zolls nur durch die Mitarbeit der Zöllnerinnen und Zöllner geschultert worden. Es sieht nicht so aus, Frau Bellmann, als ob die Beschäftigten bei der jetzt notwendigen Umstrukturierung an der Ostgrenze die Mitarbeit verweigern, obwohl es schmerzhafte Einschnitte in das berufliche und persönliche Leben Tausender Beschäftigter geben wird.

Wenn wir uns die Antworten auf die Große Anfrage genauer ansehen, stellen wir fest, dass die jetzige Umstrukturierung mehr Chancen als Härten – es gibt sicher auch solche – aufweist, angefangen vom Bleiberecht für Beschäftigte des einfachen Dienstes über die vereinfachten Aufstiegsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen bis hin zu hoch qualifizierten Arbeitsplätzen, die gerade jungen motivierten Mitarbeitern beste Chancen in den wirtschaftlich schwachen Regionen bieten.

(D)

Beim Ministerium hat – im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Fahrenschon, gesagt haben – die Arbeitsgruppe „Arbeit für den Osten“ zusammen mit den Beschäftigten ein **Konzept** entwickelt, das grundsätzlich eine Weiterbeschäftigung in der Zollverwaltung sicherstellt.

(Georg Fahrenschon [CDU/CSU]: Es kommt darauf an, was Sie unter „grundsätzlich“ verstehen! Es geht jetzt um Konkretes! Wir haben noch 92 Tage!)

Rund zwei Drittel der Beschäftigten werden in der Region weiterbeschäftigt, sie werden dort bleiben können. Sie werden sich, wie ihre Kollegen in den anderen Bundesländern auch, natürlich verstärkt den neuen Aufgaben des Zolls widmen müssen, wie zum Beispiel den Mobilen Kontrollgruppen. Wir haben Aufgaben von Behörden aus anderen Regionen Deutschlands dorthin verlegt und andere Länder mussten das schlucken.

Die sorgfältige und sehr transparente Planung des Finanzministeriums ist wirklich zu loben. In anderen Bereichen haben wir ganz anderes erleben müssen.

Wir, Herr Pinkwart und sicher auch Herr Fahrenschon, Frau Scheel sowieso, werden im Finanzausschuss diese neuen Strukturveränderungen im Zoll

Lydia Westrich

(A) sorgfältig begleiten. Ich bin der Überzeugung, dass die Zollverwaltung so, wie sie ist, eine interessante Zukunft mit neuen, für uns alle wichtigen Aufgaben vor sich hat. Ich bin sicher, dass sie diese Aufgaben meistern wird.

Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Ich schließe die Aussprache und rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP

Eine politische Lösung für den Westsaharakonflikt voranbringen – Baker-Plan unterstützen

– Drucksache 15/2391 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst der Kollegin Jelena Hoffmann, SPD-Fraktion.

Jelena Hoffmann (Chemnitz) (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute gemeinsam den Antrag zur politischen Lösung des Westsaharakonflikts und unterstützen damit den so genannten Baker-Plan. Mit der UNO zusammen treten alle Fraktionen im Bundestag für (B) eine gerechte und dauerhafte Lösung des Konfliktes zwischen Marokko und den Sahraouis ein.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

Für mich ist es aber auch ein etwas trauriges Wiedersehen. Ich habe schon einmal zu diesem Thema im Bundestag gesprochen, und zwar im Jahre 1996, damals noch in Bonn. Ich glaube, das war sogar meine erste Rede im Bundestag.

Damals haben wir auch über einen gemeinsamen Antrag abgestimmt und die Bundesregierung gebeten, alles zu tun, um Frieden zwischen den Konfliktparteien zu erreichen. Ich stand damals unter dem Eindruck einer Reise in die Region des Konfliktes. Bei dieser Reise hatte ich die Gelegenheit, das Wüstenvolk der Sahraouis kennen zu lernen. Ich hatte starke Hoffnungen, dass die damaligen Pläne schnell Realität werden.

Diese Hoffnungen haben sich leider noch nicht erfüllt. Es ist zwar gelungen, eine Eskalation des Konfliktes mithilfe der UNO-Mission zu vermeiden, aber eine richtige Lösung ist immer noch nicht gefunden worden und alle internationalen Bemühungen sind gescheitert.

Nun liegt ein neuer Friedensplan vor, der Plan des Sonderbeauftragten Baker, den wir unterstützen wollen. Er gibt beiden Seiten die Möglichkeit, das Problem gemeinsam zu lösen.

Ich denke, dass sich meine Kolleginnen und Kollegen, die jetzt hier sitzen, mit der **Geschichte** des Konfliktes etwas vertraut gemacht haben, weil, wie so oft, gerade in der Geschichte, in der Besetzung der Westsahara durch die Spanier im Jahre 1884, die Wurzeln dieser Auseinandersetzung liegen. (C)

In den 50er- und 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts erlangten Marokko, Mauretanien und Algerien ihre Unabhängigkeit und Spanien gab seine Kolonie in der Westsahara im Jahr 1974 auf. Der damalige marokkanische König beanspruchte aber das Gebiet und entsandte Truppen in die Westsahara. So ist es zum Krieg mit der Befreiungsfront Frente POLISARIO gekommen.

Es folgten viele Jahre des Krieges. Erst 1988 wurde zwischen Marokko und der POLISARIO ein Waffenstillstand vereinbart. Seit 1991 hilft die UNO-Mission MINURSO, diesen Frieden zu halten. Seine Souveränitätsansprüche hat das marokkanische Königreich jedoch nie aufgegeben. Ein Verlust der Sahara würde in den Augen der Marokkaner die Einheit aus König, Gott und Vaterland gefährden sowie die Legitimität des Königs und des politischen Systems infrage stellen.

Dieser Konflikt zog weitere Probleme nach sich. Damals haben etwa 70 000 Menschen die Region verlassen. Sie leben seit 1975 in der Wüste im Südwesten Algeriens, in **Lager** aufgeteilt, entsprechend ihren früheren Städten in der Westsahara. Im Sommer leben die Familien in Zelten und im Winter in ganz kleinen Lehmhäuschen, solange diese nicht durch Regen zerstört werden. Man schätzt die Zahl der Sahraouis heute auf etwa 155 000.

Zum Überleben sind diese Menschen vollständig auf Hilfe von außen angewiesen. Es fehlen Lebensmittel, (D) Medikamente und auch einfache medizinische Geräte. Das Trinkwasser ist immer knapp. Ungefähr 30 Prozent der Kinder sind unterernährt.

Ich habe die Lager im Jahre 1996 mit eigenen Augen gesehen. Ich habe gesehen, wie dürftig die Lebensbedingungen dort sind. Doch war es erstaunlich, wie freundlich die Menschen uns aus den Zelten entgegengekommen sind und mit welcher Geduld sie das Zeltleben ertragen haben.

Die Bundesregierung hat im Jahre 2002 mithilfe von deutschen NGOs Hilfsprojekte im Umfang von 355 000 Euro finanziert. Im letzten Jahr waren es 500 000 Euro. Aber für diese Menschen in den Zelten muss eine endgültige und stabile Lösung gefunden werden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wie in jedem Krieg gab es im POLISARIO-Krieg **Gefangene** auf beiden Seiten. Von marokkanischer Seite wurden die letzten Häftlinge schon 1996 freigelassen. Hilfe kam dabei von der deutschen Seite. Nach Angaben des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hält die Frente POLISARIO noch 613 Kriegsgefangene fest. Mehrere Hundert davon sind schon seit über 20 Jahren in Gefangenschaft. Es kam auch zu Freilassungen. 300 Gefangene konnten ihre Gefängnisse im November vergan-

Jelena Hoffmann (Chemnitz)

(A) genen Jahres verlassen. Doch über 600 Gefangene warten noch auf ihre Freiheit.

Über die Zukunft der Westsahara sollte schon einmal in einem Referendum entschieden werden, das für Juli 2000 geplant war. Dafür sollte ausgezählt werden, wie viele Menschen dem Volk der Sahraouis überhaupt angehören. Aufgrund von großen Schwierigkeiten bei der Feststellung der Teilnahmeberechtigten kamen die Vorbereitungen aber zum Stillstand. So blieb dem Generalsekretär der UNO nichts anderes übrig, als in seinem Bericht vom 19. Februar 2002 das Scheitern des Referendums zu erklären.

Nun wird mit dem **Baker-Plan II** der Versuch unternommen, den Konflikt endgültig zu lösen. Baker schlägt vor, der Sahara eine weitgehende Autonomie unter marokkanischer Souveränität zuzugestehen. Diese Autonomie soll in mehreren Schritten verwirklicht werden. Im ersten Schritt sollen, wenn das Abkommen unterschrieben wird, alle Verhafteten und Kriegsgefangenen freigelassen werden. Drei Monate später sollen die Streitkräfte auf beiden Seiten reduziert werden.

Ein Jahr nachdem das Abkommen unterschrieben worden ist, sollen ein Parlament und ein Oberhaupt der Exekutive gewählt werden. Sie sollen für das territoriale Budget, die Steuereinnahmen und die Polizei zuständig sein. Der marokkanische König – das ist sehr wichtig – bleibt der Souverän, weisungsbefugt in den Außenbeziehungen, in Verteidigungsfragen und bei der Kontrolle der Waffen.

(B) Vier oder fünf Jahre nach der Unterschrift wird ein Referendum durchgeführt, in dem die Wahlberechtigten über drei Optionen abstimmen können. Sie können darüber abstimmen, ob die Westsahara einen Autonomiestatus innerhalb Marokkos erhält, ob ihre Unabhängigkeit oder die volle Integration in das marokkanische Staatsgebilde angestrebt werden soll.

Mit der **Resolution 1495** hat sich der Sicherheitsrat schon im letzten Jahr für die Unterstützung des Baker-Plans ausgesprochen. Jetzt müssen internationale Anstrengungen auf diplomatischer Ebene zur Unterstützung des Baker-Plans unternommen werden, damit die Region die Aussicht auf eine langfristig tragende Lösung erhält. Aus heutiger Sicht gibt es nämlich zu dem Baker-Vorschlag keine Alternative. Jetzt müssen sich alle Beteiligten mit der UNO und unseren europäischen Partnern an einen Tisch setzen und mit der Umsetzung beginnen.

Von den Konfliktparteien haben bisher die Frente POLISARIO sowie die Beobachterländer Mauretanien und Algerien zugestimmt. Marokko tut sich bis jetzt schwer. Deshalb muss es auch und vor allem zu intensiven Verhandlungen mit der marokkanischen Seite kommen. Für die Dauer der Verhandlungen muss für stabilen Frieden gesorgt werden, das heißt, dass die MINURSO-Mission verlängert werden muss. Ich hoffe, dass das in dieser Woche im Sicherheitsrat geschieht.

Wenn mit der Umsetzung begonnen wird und unsere Hilfe angefragt wird, sollten wir uns nicht verweigern und innerhalb unserer Möglichkeiten Hilfe leisten, zum (C) Beispiel indem wir Militärbeobachter und Polizisten zur Verfügung stellen. Wenn sich die Konfliktparteien geeinigt haben, muss auch ein Rückführungsprogramm für die Flüchtlinge auf den Weg gebracht werden, und die POLISARIO muss sich so schnell wie möglich bereit erklären, die Gefangenen freizulassen.

Ich weiß, dass sich nicht jeder von uns an Ort und Stelle von dem Westsaharakonflikt ein Bild machen konnte. Doch wer die Augen der Kinder, die in Zelten geboren sind und dort aufwachsen, gesehen hat, weiß, dass es zum Baker-Plan keine friedliche Alternative gibt. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sprechen Sie mit Vertretern der POLISARIO in Deutschland, sprechen Sie aber auch und vor allem mit der marokkanischen und algerischen Seite. Unser Ziel ist es, die UNO nach allen Kräften zu unterstützen. Ich bin überzeugt, dass unser gemeinsamer Antrag diesem Ziel voll und ganz dient.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Siegfried Helias.

Siegfried Helias (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Hoffmann hat ausreichend die Geschichte und die Umstände des Westsaharakonflikts geschildert und sie ist auch sehr eindringlich auf die Situation der Menschen in dieser Region eingegangen. (D) Deswegen kann ich mich im Wesentlichen auf ergänzende Anmerkungen beschränken.

Gleich zu Beginn, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Lob und Tadel verteilen. Ein Lob geht an die Bundesregierung, weil sie es im Jahr 2000 den Konfliktparteien ermöglichte, in Berlin unter Schirmherrschaft der UN zusammenzutreffen und hier an neutraler Stelle zu verhandeln.

Zu loben ist auch, dass sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Opposition auf einen **Allparteienantrag** zum Thema Westsahara verständigt haben. Damit ist allerdings gleichzeitig mein Tadel verbunden; denn das, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, hätten wir auch schon früher haben können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der heutige Antrag stimmt im Kern mit dem von der FDP vor Jahresfrist eingebrachten Antrag zur Lösung des Westsaharakonflikts überein.

(Zuruf von der FDP: Wir sind immer früher dran!)

Die CDU/CSU hatte die Liberalen damals auch aus dem Grund unterstützt, weil Deutschland den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat hatte und eine gemeinsame Resolution des deutschen Parlaments zum damaligen Zeitpunkt ein noch größeres Gewicht gehabt hätte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Siegfried Helias

(A) Trotzdem begrüße ich es für meine Fraktion, dass wir heute einen gemeinsamen Nenner gefunden haben, auch wenn wir festhalten müssen, dass wir bei unserem Vorhaben, den Menschen in der Westsahara und im übrigen Marokko ein eindeutiges Signal zu geben, ein Jahr verloren haben. Es geht aber nicht nur darum, ein Signal zu geben; es geht auch darum, einen schier endlosen Verhandlungsmarathon zu einem guten Abschluss zu bringen.

Seit 1991 schweigen in der umstrittenen Region die Waffen. Wir alle wollen, dass dies auch weiterhin so bleibt. Immerhin kämpfen die Bewohner der Westsahara seit 13 Jahren mit friedlichen Mitteln um ihre Selbstbestimmung. Es ist Zeit, dass die Menschen dafür auch die Friedensdividende erhalten. Hier meine ich vor allen Dingen das **Recht auf Selbstbestimmung.**

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen liegt vor allem im Interesse der noch immer in der Gewalt der Befreiungsbewegung POLISARIO befindlichen marokkanischen Kriegsgefangenen und der sahraouischen Flüchtlinge in den Lagern im algerischen Tindouf. Darauf wird mein Kollege Hermann Gröhe nachher in seinem Redebeitrag noch gesondert eingehen.

Kein Zweifel: Die Lösung der Westsaharaproblematik dient in erster Linie den Menschen in dem genannten Gebiet. Außerdem müssen wir aber alle Aktivitäten in dieser Frage im Zusammenhang mit der Friedenspolitik im angrenzenden **Mittelmeerraum** sehen. Die CDU/CSU unterstützt auch deshalb die internationalen Vermittlungsbemühungen für die Westsahara nachdrücklich.

(B) Wir erhoffen uns ähnliche Ergebnisse wie in anderen Krisengebieten der Region. Ich denke da insbesondere an die Erfahrungen auf dem Balkan und an die derzeitige Entwicklung in Zypern. Die internationalen Bemühungen haben speziell im Nordteil der Insel Zypern einen neuen Prozess in Gang gesetzt.

Bei den eingangs erwähnten Verhandlungen in Berlin wurde erstmals ein dritter Weg ins Spiel gebracht, der auf eine Autonomie der Westsahara unter marokkanischer Oberhoheit hinauslaufen könnte. An eine solche **Kompromisslösung** versuchen die Vereinten Nationen anzuknüpfen, zumal das Mandat der Friedensmission MINURSO vom UN-Sicherheitsrat immer wieder verlängert werden musste. Die Kollegin Hoffmann hat die Resolution 1513 vom 28. Oktober 2003 angesprochen. Sie sieht einen Einsatz der Blauhelme bis zum 31. Januar 2004, also bis übermorgen, vor. Allerdings hat UN-Generalsekretär Kofi Annan eine Verlängerung des Mandats bis Ende April in Aussicht gestellt. Er will damit Marokko eine weitere Verhandlungsfrist einräumen.

Die Tatsache, dass die Vereinten Nationen einen so renommierten Diplomaten wie den ehemaligen US-Außenminister **James Baker** zum Sonderbeauftragten für die Westsahara ernannt haben, zeigt, welch hohen Stellenwert die Staatengemeinschaft der Lösung des Konflikts beimisst. Seit 1997 verhandelt James Baker sowohl mit der POLISARIO als auch mit der Regierung in Rabat. Der von ihm entwickelte Stufenplan scheint aus unserer Sicht ein gangbarer Weg zu sein. Deswegen wird er von meiner Fraktion unterstützt. Wir unterstützen, dass die Westsahara in einer Interimsperiode unter marokkanischer Oberhoheit bleibt, aber eine begrenzte innenpolitische Autonomie erhält. Wir begrüßen, dass Marokko in diesem Zeitraum vorrangig die Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik inne hat. Wir begrüßen ebenfalls, dass nach einer Übergangsfrist von längstens fünf Jahren eine Volksabstimmung über den endgültigen Status der Westsahara unter Aufsicht der Vereinten Nationen stattfinden soll. (C)

Die Zeichen für eine Einigung auf der Grundlage des Baker-Plans sind nach allgemeiner Einschätzung günstiger als im Allgemeinen angenommen. Die POLISARIO hat dem Plan bereits zugestimmt. Auch die Regierung in Rabat signalisiert ein gewisses Entgegenkommen, wenngleich sie in ihrem jüngsten Gegenvorschlag noch auf einem dauerhaften Autonomiestatus beharrt. Die Möglichkeit einer Einigung mit der POLISARIO scheint auch in der marokkanischen Innenpolitik immer mehr an Bedeutung zu gewinnen. So hat Marokko mit Ali Lmrabet einen der schärfsten Kritiker der Westsaharapolitik vorzeitig aus der Haft entlassen.

Beiden Parteien, Marokko und den Sahraouis, könnte eine Beilegung des Westsaharakonfliktes auf der Grundlage des Baker-Plans neue Perspektiven eröffnen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die rund 200 000 Flüchtlinge, die unter menschenunwürdigen Bedingungen in algerischen Lagern leben. Das Gleiche gilt für die mehr als 500 marokkanischen Kriegsgefangenen, die sich immer noch in der Gewalt der POLISARIO befinden.

Mit Lob und Tadel habe ich begonnen; mit einem **Dank** möchte ich schließen. Wir sollten all denen unseren Dank aussprechen, die auch von deutscher Seite dazu beigetragen haben, dass über 500 marokkanische Kriegsgefangene aus den Gefängnissen freigelassen wurden und nach Hause heimkehren konnten. Dies war ein Erfolg zäher Verhandlungen. Darum setzen wir auch weiterhin auf die Kraft der Gespräche und der Diplomatie, um mit Geduld und Umsicht eine politische Lösung für die Westsahara zu finden. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Christian Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ihr Lob nehme ich gerne entgegen, Herr Kollege Helias. Ihre Kritik kann ich allerdings nicht akzeptieren. Im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Sie waren nicht dabei – waren wir von Anfang an mit Vertretern der FDP-Fraktion im Gespräch und haben Neuformulierungen des Antrags immer wieder abgestimmt. Das hatte sachliche Gründe.

(Siegfried Helias [CDU/CSU]: Natürlich!)

– Natürlich hatte das sachliche Gründe. Deutschland hatte zu der Zeit den Vorsitz im Weltsicherheitsrat, als

Hans-Christian Ströbele

(A) der **Baker-Plan** geboren war und angenommen werden sollte. Wir wollten die entsprechenden Gespräche abwarten, um entscheiden zu können, wie wir die Entwicklung unterstützen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem der Baker-Plan jetzt auf dem Tisch liegt, nachdem die Sahraouis, die POLISARIO und auch die UNO den Plan akzeptiert haben und Marokko signalisiert hat, dass es trotz einiger kritischer Punkte dem Grunde nach ähnlich denkt, ist es jetzt tatsächlich an der Zeit, der UNO und auch der Bundesregierung einen zusätzlichen Anstoß zu geben, möglichst viel zu tun, damit dieser Plan umgesetzt und Wirklichkeit werden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Auch ich war – es ist noch nicht allzu lange her, es war im letzten Jahr – in der Westsahara, Frau Kollegin Hoffmann, und habe dort die gegenwärtige Situation erlebt. Die Westsahara ist heute durch unendlich lange Mauern, Wälle und durch Stacheldraht in mehrere Teile geteilt. Um von einem Teil in den anderen zu kommen, kann man nicht durch irgendein Tor gehen, sondern man muss Tausende von Kilometern über Algerien oder über andere Nachbarstaaten zurücklegen und dann über den Atlantik oder über Marokko in den anderen Teil fahren. Das sind Zustände, die uns Deutschen aus unserer eigenen Vergangenheit nicht ganz unbekannt sind. Diese Situation ist für die Menschen, die dort wohnen, unerträglich.

(B) Unerträglich ist vor allen Dingen das Schicksal der über 150 000 **Flüchtlinge,** die noch in Lagern in Teilen Algeriens, also noch nicht einmal in der Westsahara, leben, die praktisch am Tropf der internationalen Gemeinschaft hängen und überhaupt keine Perspektive haben. Dieser Konfliktherd ist für die Menschen, die Region dort und auch für die Welt insgesamt völlig unerträglich. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dieses Schicksal zu ändern.

Ich gehöre zu denjenigen, die sich sehr früh in ihrem politischen Leben mit der POLISARIO – seinerzeit hat sie noch einen bewaffneten Kampf gegen Marokko geführt – solidarisiert haben. Der Kampf ist damals eingestellt worden, weil die **UNO** die Resolution 690 beschlossen hatte, mit der der Westsahara garantiert worden ist, im Februar 1992 ein Referendum durchzuführen, in dem über das Schicksal des Landes entschieden werden sollte. Die Sahraouis warten jetzt zwölf Jahre auf die Umsetzung dieses Beschlusses des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen. Es gab in der Folgezeit eine ganze Reihe weiterer Entschließungen und Beschlüsse. Sie sind also immer wieder vertröstet worden. Ich kann nur sagen: Ich bewundere ihre Langmut.

Es darf aber nicht sein, dass UNO-Resolutionen, wenn sie nicht eingehalten werden, in einem Teil der Welt zu Sanktionen führen und man gar den Bruch von UNO-Resolutionen als Grund nimmt, um einen Krieg zu führen, und dass man im Hinblick auf die Westsahara über Jahrzehnte in Kauf nimmt, dass wichtige UNO-Resolutionen einfach nicht beachtet werden.

(C) (Beifall des Abg. Markus Löning [FDP])

Das macht UNO-Resolutionen weltweit unglaubwürdig. Wir müssen alles dafür tun, dass dieser Zustand beendet wird.

Deshalb ist die neue UNO-Resolution, die wir jetzt unterstützen, die hoffentlich auch von Marokko akzeptiert wird und die den Baker-Plan beinhaltet, der richtige Weg, um aus diesem unerträglichen Zustand herauszukommen, damit die Vereinten Nationen zu stärken, die Region zu beruhigen und dort Sicherheit sowie Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Wir alle wissen, dass es in dieser Region Bodenschätze gibt, dass es möglicherweise vor der Küste oder auch im Land selber Erdölvorkommen gibt. Das heißt, das Land hätte eine sehr gute Chance, sich auch ökonomisch gut zu entwickeln. Wir müssen vor allen Dingen für die dort betroffenen und seit über 20 Jahren leidenden Menschen etwas tun.

Deshalb halte ich den **Antrag,** den wir Gott sei Dank gemeinsam auf den Weg bringen, für einen richtigen Ansatz, indem wir die Bundesregierung zusätzlich motivieren, ihr Mandat im UNO-Sicherheitsrat zu nutzen, um den Baker-Plan mit allen Mitteln zu fördern. Das heißt natürlich auch, unsere nächsten Nachbarn, beispielsweise Frankreich und andere EU-Partner, anzuhalten, diesen Plan ebenfalls zu unterstützen. Ansonsten klappt eine positive Entwicklung wieder nicht.

(D) Ich hoffe im Interesse der Bevölkerung dort, dass wir dieses Mal mehr Erfolg haben und dem sahraouischen Volk nicht wieder nur Versprechungen geben, von denen wir in zehn oder zwölf Jahren wieder sagen, dass sie nicht eingehalten worden sind. Es kann nicht sein, dass man einen bewaffneten Kampf führen muss, um unseren UNO-Resolutionen zur Wirksamkeit zu verhelfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ulrich Heinrich.

Ulrich Heinrich (FDP):
Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, es ist eine gute Meldung, dass sich die Fraktionen zusammengefunden und einen gemeinsamen Antrag formuliert haben. Aber ich gebe dem Sprecher der CDU/CSU, Herrn Helias, ganz besonders Recht. Wenn Sie den Inhalt des Antrages, der heute vorliegt, mit dem vergleichen, den Sie vor einem Jahr abgelehnt haben, dann werden Sie feststellen, dass überhaupt kein Grund besteht, warum man ein Jahr lang hat warten müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ein bisschen mehr Substanz, Herr Ströbele, sollten Sie dem hinzufügen. Es ist in der Tat ein verlorenes Jahr. Aber ich will jetzt nicht weinerlich sein. Wir sollten jetzt vielmehr vorangehen

(Siegfried Helias [CDU/CSU]: Aber anmerken darf man es!)

Ulrich Heinrich

(A) und die Chancen und die Möglichkeiten nutzen, die der zweite Baker-Plan bietet.

Frau Hoffmann hat bereits lobenswerterweise auf die **Geschichte** Bezug genommen. Diesen gesamten Prozess kann man nur richtig verstehen, wenn man die Geschichte kennt und weiß, dass dies ursprünglich französisches und dann spanisches Hoheitsgebiet war und dass sich die Spanier 1975 zurückgezogen haben. Bereits 1975 ist eine Entscheidung des Haager Gerichtshofes gefällt worden, wonach eindeutig zugunsten der Selbstbestimmung des Westsaharagebietes geurteilt wurde. Es ist jetzt 27 Jahre her, dass diese Grundsätze vom Haager Gerichtshof postuliert worden sind, und wir sind immer noch nicht sehr viel weitergekommen.

1981 hat König Hassan II. die UN-Forderung, den völkerrechtlichen Status des Gebietes durch ein **Referendum** festzulegen, angenommen. In der Zwischenzeit haben wir leider Gottes sehr viele negative Entwicklungen hinnehmen müssen.

1997 wurde das erste **Baker-Abkommen** verabschiedet, in dem es darum ging, den Teilabzug marokkanischer Truppen sicherzustellen, Gefangene auszutauschen und Flüchtlinge rückzuführen. Die Konfliktparteien konnten sich aber leider Gottes nicht einigen.

So ging es immer weiter, bis dann letztendlich im Jahr 2000 Kofi Annan das für dasselbe Jahr geplante Referendum mehr oder weniger auf unbestimmte Zeit verschoben hat.

In der Zwischenzeit hat sich etwas Entspannung ergeben. Die POLISARIO hat einige hundert **Flüchtlinge bzw. Kriegsgefangene** entlassen. Nach Angaben des (B) Roten Kreuzes sind aber nach wie vor auf beiden Seiten insgesamt fast noch 2 000 Menschen in Gefangenschaft. Dazu kommen noch die 150 000 Flüchtlinge, die in Camps auf algerischer Seite leben. Es ist bereits deutlich geworden, deshalb kann ich mich kurz fassen: Die Verhältnisse, die dort herrschen, sind absolut menschenunwürdig und nicht akzeptabel. Die Aufgabe, diese Menschen in ihre Heimat zurückzuführen, verlangt unser volles Engagement.

(Beifall im ganzen Hause)

Seit 2003 liegt der neue Baker-Plan vor. In seiner **Resolution 1495** fordert der UN-Sicherheitsrat die Konfliktparteien auf, diesem Plan zuzustimmen. Wiederum ist es Marokko, das allergrößte Bedenken hat. Die POLISARIO, Algerien und Mauretanien haben dem Plan im Wesentlichen zugestimmt. Es scheint so, als seien die Marokkaner ohne zusätzlichen Druck von außen nicht bereit, einzulenken. Sie sind nicht bereit, die Ungewissheit über die Entwicklung der Zukunft, die in diesem Stufenplan liegt, heute zu akzeptieren. Wer dazu nicht bereit ist, hat von uns natürlich keine Lobeshymne zu erwarten, sondern muss von uns getadelt werden und muss aufgefordert werden, eine andere Sicht der Dinge einzunehmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte darauf hinweisen: Es gibt derzeit in Afrika zwölf bewaffnete Auseinandersetzungen und Kriege. (C) Muss dem noch eine weitere bewaffnete Auseinandersetzung hinzugefügt werden, um dann endlich noch einmal die Völkergemeinschaft auf den Plan zu rufen und Druck auszuüben? Ich meine, es ist allerhöchste Zeit, dass die **Verantwortung der Europäischen Union** deutlicher zum Vorschein kommt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es reicht nicht aus, in einem Verfassungsentwurf die Zuständigkeit für die Europäische Union niederzuschreiben und die Außen- sowie die Sicherheitspolitik zu wichtigen Bereichen unserer gemeinsamen Politik zu erklären. Wir müssen immer wieder feststellen, dass der Druck auf die Länder, um die es hier geht – teilweise wurden sie schon angesprochen –, nicht erfolgt. Aus Rücksichtnahme auf Länderinteressen und durch Nichteinmischung wird hier das Menschenrecht zu Grabe getragen. Das ist nicht in Ordnung und kann nicht in Ordnung sein. Hier muss Europa eine stärkere Sprache sprechen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es sind jetzt wirklich die Europäer am Zug. Es geht nun nicht darum, dass wir einen afrikanischen Staat auffordern müssen, einzulenken.

Für uns als deutsches Parlament – das möchte ich hier ganz klar und deutlich sagen – ist natürlich die **Bundesregierung** der wichtigste Ansprechpartner. Es ist auch endlich der Antrag an die Bundesregierung gerichtet (D) worden, Druck zu machen und diesen Druck voll und ganz auf die Waagschale zu bringen, damit wir vorankommen. Es ist nicht zu verantworten, dass dieser Prozess noch weitere 25 oder 30 Jahre dauert.

Lassen Sie mich meine Rede mit einem kurzen Satz abschließen. Wir kennen die **grüne Bewegung der Marokkaner**.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das hört sich nicht nach einem kurzen Satz an.

Ulrich Heinrich (FDP):
Das ist ein Satz. –

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Eine Seite!)

Diese Bewegung hat zum Ziel, die dortige Bevölkerung zu unterwandern. Wenn diese Strategie Erfolg hat, kann man absehen, dass irgendwann ein Referendum nicht mehr die Interessen der Saharauis widerspiegelt und damit nicht mehr dem eigentlichen Zwecke dient.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir mit diesem gemeinsamen Antrag ein Stück weit vorankommen und ein Stück gute Politik machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Mit diesem von allen Fraktionen dieses Hauses getragenen Antrag leisten wir gemeinsam einen Beitrag dazu, den Westsaharakonflikt dem Vergessen zu entreißen. Wir drängen auf eine politische Lösung. Das ist auch deshalb erforderlich, weil dieser seit Jahrzehnten anhaltende Konflikt auch nach dem Waffenstillstand von 1991 noch immer die Ursache für zahlreiche **Menschenrechtsverletzungen** und die humanitäre Notlage Tausender **Flüchtlinge** ist.

So berichtet Amnesty International, dass in Marokko noch immer zahlreiche Menschenrechtsverteidiger, die als Befürworter der Unabhängigkeit der Westsahara gelten, schikaniert und eingeschüchtert werden.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gefängnis!)

Auch wenn 1999 der begrüßenswerte Prozess der Entschädigung von Opfern des so genannten Verschwindenlassens und von Opfern willkürlicher Festnahmen begonnen hat, würden die marokkanischen Behörden noch immer nicht das Verschwinden von mehreren Hundert Menschen aus der Westsahara aufklären, die bis in die 90er-Jahre hinein Opfer der Methode des Verschwindenlassens wurden.

Gerade weil es in Marokko in anderen Bereichen der Menschenrechte so beachtliche Fortschritte gibt – ich nenne nur das vor wenigen Tagen verabschiedete Gesetz zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern –,

(B)

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Das ist ein bedeutender Fortschritt!)

ist es erforderlich, dass die Menschenrechtsverletzungen, die mit dem Westsaharakonflikt in Zusammenhang stehen, beendet, aufgeklärt und strafrechtlich verfolgt werden.

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Die Forderung unseres gemeinsamen Antrages, dass die Bundesregierung an Marokko appellieren soll, mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zusammenzuarbeiten, um das Schicksal der seit Beginn des Krieges **vermissten Personen** aufzuklären, ist daher besonders wichtig. Auch hierbei darf die Straflosigkeit der für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen nicht hingenommen werden.

Jedoch sind in diesem Konflikt nicht nur Marokko Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen. Auch in den Flüchtlingslagern, die unter der Kontrolle der **POLISARIO** stehen, werden das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungs- und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die für die Menschenrechtsverletzungen in diesen Lagern Verantwortlichen bleiben straffrei und werden auch nicht an die algerischen Behörden überstellt, damit sie dort vor Gericht gestellt werden können. Die anhaltende Inhaftierung von über 600 marokkanischen Gefangenen durch die POLISARIO verstößt klar gegen internationales humanitäres Völkerrecht. Nach Art. 118 der III. Genfer Konvention müssen alle Kriegsgefangenen „ohne Verzug“ nach Ende der Kampfhandlungen freigelassen werden.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die meisten Gefangenen sind jedoch seit mehr als 20 Jahren in Gefangenschaft. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat sich wiederholt besorgt über den **Gesundheitszustand** dieser Gefangenen geäußert. Bisher können diese Gefangenen nur durch den vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz organisierten Nachrichtenaustausch mit ihren Familien kommunizieren.

Dagegen hat sich die Situation der Flüchtlinge in den **algerischen Flüchtlingscamps** insoweit geringfügig verbessert, als sie seit dem 12. Januar dieses Jahres immerhin die Möglichkeit haben, kostenfreie Telefongespräche mit ihren Angehörigen in der Westsahara zu führen. Das ist ein Projekt, das der UNHCR im Zusammenhang mit den laufenden vertrauensbildenden Maßnahmen ermöglicht hat.

Trotzdem muss die Lage der über 150 000 Flüchtlinge aus der Westsahara in den algerischen Flüchtlingscamps weiterhin Anlass zur Sorge sein. Die Flüchtlinge leiden an chronischer Unterernährung, an Knappheit von Hilfsgütern, wie es der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinem Bericht vom 19. Januar 2004 erneut festgestellt hat. Gerade aus diesem Grund ist die Aufforderung an die Bundesregierung, einen Appell an die Geberkonferenz für das World Food Program zu richten, sowie auf ECHO einzuwirken, für eine hinreichende Unterstützung hinsichtlich der Ernährungslage dieser Flüchtlinge zu sorgen, besonders wichtig.

(D)

Angesichts dieser humanitären Notlage und der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Westsaharakonflikt ist es in der Tat geboten, auf eine politische Lösung dieses Konflikts zu drängen. Der Baker-Plan, der hier schon ausführlich dargestellt wurde, bietet hierfür eine Chance. Die Bundesregierung, die diesen Plan unterstützt, muss auch darauf drängen, alle europäischen Partner dazu zu bewegen, diesen Referendums- und Friedensprozess zu unterstützen.

Eine solche politische Lösung des Westsaharakonflikts ist nicht nur eine Voraussetzung dafür, die Zusammenarbeit der Westsaharastaaten untereinander zu verbessern. Eine politische Lösung dieses Konflikts würde auch die Möglichkeiten verstärken, im Rahmen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, also im Rahmen des so genannten **Barcelona-Prozesses,** zu deutlichen Fortschritten zu kommen. Gerade die Maghreb-Staaten erhielten so eine deutlich verbesserte Entwicklungsperspektive. Daher ist es klug, dass wir heute gemeinsam diese Initiative starten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(A)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Danke schön. Damit schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den interfraktionellen Antrag auf Drucksache 15/2391 mit dem Titel „Eine politische Lösung für den Westsaharakonflikt voranbringen – Baker-Plan unterstützen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Claudia Nolte, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Wolfgang Bötsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Den Weg zur Einheit und Demokratisierung in Moldau unterstützen

– Drucksache 15/1987 –

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Claudia Nolte.

(B)

Claudia Nolte (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, zu Beginn – sicherlich auch in Ihrem Namen – erst einmal den Botschafter, Herrn **Corman,** in unserer Debatte zu begrüßen.

(Beifall)

Es kommt ja häufiger vor, dass wir im Bundestag Anträge behandeln, die sich mit der Situation in anderen Ländern – egal wie groß und wie weit entfernt sie sind – befassen. Insofern überrascht es nicht, dass wir dies auch heute tun. Allerdings ist es ein Novum, dass wir diesmal über einen außenpolitischen Antrag zur Republik Moldau sprechen. Das überrascht schon. Schließlich ist das Land, das zwischen der Ukraine und Rumänien liegt, in Europa und es hat eine ganze Menge Probleme, die uns nicht kalt lassen dürfen. Als Länderbeauftragte des Deutschen Bundestages für die Republik Moldau konnte ich mich im letzten Jahr sehr intensiv mit den Gegebenheiten in Moldau vertraut machen. Es ist in der Tat so, dass die dortige Situation besorgniserregend ist. Deswegen finde ich es auch wichtig, dass wir uns heute damit befassen.

Die Republik Moldau existierte in ihren heutigen Grenzen erstmals 1941, als sie als Teil der Sowjetunion zur **Sozialistischen Sowjetrepublik Moldau** wurde. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde diese Republik unabhängig. Aber sie trat ein sehr schweres Erbe an. Man merkte sehr deutlich, dass es auf beiden Seiten des Dnjestr unterschiedliche Traditionen gab. **Transnistrien** auf der einen Seite ist historisch anders verwurzelt als das vor allen Dingen rumänisch geprägte **Moldau** auf der anderen Seite.

(C)

Zu sowjetischer Zeit war Moldau aufgrund der dortigen Landwirtschaft vor allen Dingen der Garten der Sowjetunion, während im transnistrischen Teil vor allem die Stahl- und Rüstungsindustrie angesiedelt wurde, die dort bis heute eine wesentliche Bedeutung hat. 1991 brach zwischen diesen beiden Teilen ein blutiger Konflikt aus. Man schätzt, dass er zwischen 800 und 900 Tote zur Folge hatte. Dabei erhielt die transnistrische Seite Unterstützung von den sowjetischen und später von den russischen Truppen, die Teil der 14. Armee der Sowjetunion waren und dort stationiert waren. Im Übrigen sind sie dort immer noch mit Munition in erheblichem Umfang stationiert.

Das 1992 abgeschlossene **Waffenstillstandsabkommen** zwischen dem damaligen Moldauer Staatspräsidenten Snegur und dem damaligen russischen Präsidenten Jelzin führte dazu, dass Soldaten aus Russland, Moldau und Transnistrien die Dnjestr-Grenze schützten und dies bis heute tun. Das ist auch der Grund, warum wir von einem „frozen conflict“ sprechen. Niemand kann garantieren, dass es nicht wieder zu neuen Auseinandersetzungen kommt.

Seit diesem Konflikt 1991 haben die in Moldau demokratisch gewählten, legitimierten und international anerkannten Regierungen praktisch keinen Einfluss auf den transnistrischen Teil.

(D)

Das selbst ernannte Regime in diesem Teil ist nach allem, was wir erleben und hören, in höchstem Maße autoritär und korrupt. Das Hauptproblem ist die wachsende **organisierte Kriminalität,** vor allem die Schmuggelgeschäfte mit allem, was man so schmuggeln kann – mit Waffen, mit Drogen und, was ich besonders verachtenswert finde, mit Frauen. In beiden Teilen des Landes ist die Bevölkerung bitterarm: Wenn man nach den ILO-Standards misst, liegt die Arbeitslosigkeit in Moldau bei etwa 30 Prozent; viele leben von **Subsistenzwirtschaft.** Der durchschnittliche Monatslohn von umgerechnet 25 Euro reicht kaum zum Leben, vor allen Dingen die Rentner sind betroffen. Man schätzt, dass etwa zwei Drittel aller Moldauer mit weniger als 2 Dollar am Tag auskommen müssen, also in bitterster Armut leben müssen. Infolge der sich verschlechternden Lebensbedingungen sinkt die Lebenserwartung nahezu aller sozialen Gruppen in Moldau. Die berechenbaren Sozialfaktoren, die von der UNDP im Human-Development-Index dargestellt werden, machen die desolate Lage in Moldau eigentlich deutlich. Von den 173 ausgewerteten Staaten rangiert Moldau im Jahr 2002 auf Platz 105 und hat damit in Europa den hintersten Platz.

Aber auch die politische Situation in der Republik Moldau muss uns zu denken geben. Im demokratischen Moldau, also in dem Teil Moldaus, in dem demokratische Wahlen stattfinden, gab es zwischen 1991 und 2001 eigentlich eine positive Entwicklung: **Politische Freiheiten** wurden gewährt, es gab Pluralismus und eine Parteiendemokratie, die sich stetig verbesserten. Das

Claudia Nolte

(A) Problem war, dass die Regierungen es nicht schafften, mit den großen Herausforderungen der Transformation fertig zu werden, das heißt, die wirtschaftliche Situation, die soziale Lage für die Menschen dort zu verbessern. Das führte dazu, dass das Vertrauen in die Politik, in die Parteien, in das System schwankt, sodass wir im Ergebnis bei den Wahlen 2001 erleben konnten, dass eine **kommunistische Regierung** mit einer recht stattlichen Mehrheit gewählt worden ist.

Obwohl sich jetzt in Transnistrien und Moldau zwei kommunistische Regierungen gegenüberstehen, bekämpfen sie sich auf öffentlichen Schauplätzen, wie es eben nur möglich ist. Seit der Übernahme der Herrschaft 2001 stellt die kommunistische Partei in Moldau mit Herrn Woronin den Präsidenten. Dieser hat in den letzten zwei Jahren viele, wenn nicht fast alle wichtigen Posten mit Gefolgsleuten besetzt. Die Opposition wird zunehmend bedrängt, politische Freiheiten und demokratische Spielregeln werden immer wieder missachtet. Rechte für die Opposition im Parlament gibt es de facto nicht. Manchmal fragt man sich: Ist die Anwesenheit der Opposition im Parlament denn überhaupt noch nötig, wenn sie für Abstimmungen nicht mehr erforderlich ist? Leider agiert auch die Opposition nicht immer glücklich und auch nicht immer geschlossen, was sich in der letzten Zeit aber etwas zu ändern scheint.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon 2007 wird die Republik Moldau eventuell – durch den Beitritt von Rumänien – an der **Außengrenze der Europäischen Union** liegen. Meines Erachtens ist es nicht schwer zu erkennen, welche Probleme sich für die EU und auch für

(B) uns ergeben, wenn wir einen Staat als Nachbarn haben, der zu verfallen droht. Schon heute gehen Schätzungen davon aus, dass von den 4,3 Millionen Moldauern etwa 800 000 außerhalb Moldaus leben und arbeiten. Da es historisch viele **Verbindungen mit Rumänien** gibt, haben viele Moldauer auch rumänische Pässe, sodass zu befürchten ist, dass die Migration aus diesem Land, auch in die EU, entsprechend größer wird. Das ist nicht nur ein Problem für uns, sondern auch ein Problem für das Land selbst, denn wenn die Elite dort weggeht – die jungen Leute; diejenigen, die gebildet sind –, dann wird dieses Land den wirtschaftlichen Aufschwung nicht schaffen können. Schätzungen zufolge sind nämlich schon heute etwa 30 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre alt.

Was muss getan werden und was können wir tun? – Das ist ja nicht immer dasselbe. Ich denke, es ist vor allem nötig, die wirtschaftliche Situation zu verbessern und damit die Lebensbedingungen der Menschen dort zu verbessern. Aber das wird uns nur gelingen – deswegen ist das Folgende das Entscheidende –, wenn wir den Transnistrien-Konflikt gelöst bekommen. Um eine **Wiedervereinigung** zu ermöglichen und die Demokratisierung zu unterstützen, sind sowohl die OSZE als auch der Europarat seit vielen Jahren aktiv. Die OSZE-Mission in Moldau besteht seit elf Jahren und leistet sehr gute Arbeit. Gerade die niederländische Präsidentschaft, die im letzten Jahr zu Ende gegangen ist, hat große Anstrengungen unternommen, um beide Seiten ins Gespräch zu bringen. Ein Ergebnis war, dass beide Seiten eine Kom-

(C) mission zur Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung eingesetzt haben, auch wenn man nicht wirklich vom Erfolg dieser Arbeit sprechen kann. Das deutet aber darauf hin, wie viele Bemühungen unternommen worden sind.

Ich persönlich glaube, dass wir eine Lösung dieses Konflikts nur unter Einschluss von Russland erreichen werden. Wir brauchen die Unterstützung Russlands und vor allen Dingen auch seinen Willen, dieses Problem zu lösen. Hierin steckt eine Ambivalenz. Wir alle wissen, Moldau ist in hohem Maße von Russland abhängig – insbesondere im Bereich der Energielieferungen – und mit ihm wirtschaftlich verflochten. Im transnistrischen Teil gibt es inzwischen viele russische Firmen. Das heißt, **Russland** hat Einfluss auf beide Seiten. Es könnte diese beiden Seiten zusammenführen.

Ich habe aber in wachsendem Maße den Eindruck, dass die Russen nur dann wirklich für eine Lösung sind, wenn diese ihnen einen dauerhaften Einfluss in diesem Land ermöglicht. Das kann wiederum nicht im Sinne dieses Landes sein. Man muss es sich einmal anschauen: Trotz Zusagen hat Russland bis heute seine Armee nicht abgezogen und seine Munition nicht entfernt. Der Putin-Vertraute und stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Dimitri Kosak, hat ohne die Einbindung der OSZE, der EU, der USA und des Europarates Parallelverhandlungen für eine gemeinsame Verfassung geführt. Dementsprechend sah auch das Konzept aus. Auch die jüngsten Versuche, Moldau für die Gasschulden Transnistriens in die Pflicht zu nehmen, zeigen in diese Richtung. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch ganz genau, dass die Mehrheit der Bevölkerung zumindest im

(D) moldauischen Teil nicht für eine Anbindung an Russland zu gewinnen sein wird. Ich halte es für unabdingbar, dass Russland die Unabhängigkeit und Integrität von Moldau voll respektiert.

(Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Herr Staatsminister, meines Erachtens ist es eben auch an uns, zu versuchen, Russland auf diese Dinge hinzuweisen und anzusprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen Russland in die Pflicht nehmen. Russland muss seinen Beitrag zur Konfliktlösung leisten, ohne die Republik Moldau in dauerhafte Abhängigkeit zu bringen. Moldau ist keine innere Angelegenheit Russlands, wie es in anderen Fällen gerne ins Felde geführt wird. Ich denke, das muss ein Thema sein, wenn der Bundeskanzler oder der Außenminister auf ihre Kollegen treffen. Welchen Wert haben Freundschaften, wenn man nicht auch kritische Worte miteinander sprechen kann?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Zumal das in Richtung Amerika immer gut geht!)

Deutschland hat sehr wohl wichtige Beiträge geleistet: Bereits im Dezember 1991 haben wir Moldau diplomatisch anerkannt. Seit 1992 haben wir offizielle Beziehungen. Wir waren die ersten Westeuropäer und lange Zeit auch die Einzigen mit einer voll funktionierenden

Claudia Nolte

(A) Botschaft in Chisinau. Inzwischen arbeitet sie unglaublich professionell und gut und hat sich im Land eine große Reputation erworben. Außerdem hat Deutschland interveniert, nachdem die Kommunisten die Partei der Christdemokraten willkürlich suspendiert hatten.

Ich finde aber, wir könnten insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der humanitären und wirtschaftlichen Situation mehr tun. Obwohl Moldau das ärmste Land in Europa ist, erhält es die wenigsten **internationalen Hilfsgelder.** In der Zeit von 1991 bis 2003 – das sind zwölf Jahre – bekam Moldau Hilfsgelder der EU in Höhe von gerade einmal 66 Euro pro Kopf. Die Bundesregierung hatte sogar geplant, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in diesem Jahr ganz zu streichen. Nur aufgrund von Interventionen ist dies nicht geschehen. Ich denke, dass die wirtschaftliche Hilfe für Moldau Sinn macht.

Allerdings – hier besteht eines der Probleme – muss Moldau selbst zur Kooperation bereit sein.

(Marianne Tritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Das hat die Regierung dort lange nicht unter Beweis gestellt. Ich denke hier an die Verbesserung der Investitions- und Rechtsbedingungen im Land und vor allen Dingen auch an die Grundsatzfrage, die Moldau beantworten muss: Wohin will Moldau gehören? Will es eine **Anbindung** an Russland? Will es eine Anbindung an Europa? Wir haben von dieser Regierung keine klare Politik erlebt. Sie muss sich entscheiden und darf nicht wie (B) derzeit je nach politischer Großwetterlage hin- und herwanken.

Ich sage aber auch ehrlich: Die EU hat auch nicht allzu viel dazu beigetragen, den Moldauern diese Entscheidung einfacher zu machen.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Allerdings!)

Sie ist kaum präsent. Die Oppositionsfraktionen fordern schon lange einen **EU-Repräsentanten** vor Ort. Wo sind die Vertretungen der anderen europäischen Staaten? Gerade weil wir in Deutschland auf diesem Gebiet einiges getan haben, sollten wir auch andere Partner in der EU um Mitwirkung bitten und für einen EU-Repräsentanten vor Ort werben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Derzeit werden von der EU-Kommission auf der Grundlage des Nachbarschaftskonzepts die Aktionspläne für die einzelnen Länder ausgearbeitet. Wenn es einen konkreten und substanziellen **Aktionsplan** gibt, dann ist das für die Republik Moldau sehr hilfreich. Ich wünsche mir, dass sich die Bundesregierung dort einbringt, gerade aufgrund der guten Erfahrungen mit unserer Botschaft vor Ort. Für die Ausschussberatungen wünsche ich mir, dass wir uns auf einen gemeinsamen Antrag verständigen können, damit wir die Bundesregierung mit einem Mandat für ihre Aktivitäten ausstatten können.

(C) Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Kollege Gert Weisskirchen.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Nolte, die Schärfe in Ihrer Schlusspassage war, wie Sie selber genau wissen, nicht angebracht, soweit sie sich an die Bundesregierung richtete. Die Bundesrepublik Deutschland war das erste Land

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Das habe ich schon gesagt!)

– eben –, das eine **Botschaft** in Moldau aufgebaut hat. Sie ist lange Zeit auch das letzte Land geblieben. Allein von daher leitet sich schon ab, dass sich die Bundesrepublik Deutschland – das wird auch in Moldau so gesehen – nicht im Geringsten verstecken muss.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Auch das habe ich anerkannt, Herr Kollege!)

– Sie haben es nur angedeutet. Deswegen will ich dies ganz deutlich hervorheben. Die Bundesrepublik hat dort ein Zeichen gesetzt. Sie hat deutlich gemacht, dass wir alles daransetzen werden, dass Moldau eben nicht im Schatten der Europäischen Union verschwindet.

Für uns ist wichtig, dass Moldau eine Chance bekommt. Allerdings – darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – liegt die Chance in Moldau selbst. Die Repu- (D) blik Moldau muss selbst versuchen, sich zu europäisieren. Sie hat dazu die Chance. Der **Aktionsplan** wird in diesen Tagen in Brüssel gemeinsam mit den Kollegen aus der Regierung in Chisinau erarbeitet. Sie werden so lange miteinander debattieren, bis sie einen ganz konkreten Plan erstellt haben werden. Wenn der vorgegebene Zeitplan eingehalten wird, dann bedeutet das, dass der Aktionsplan bereits im Juni dieses Jahres verabschiedet werden wird.

Das ist ein gutes Zeichen für dieses kleine Land. Es ist allerdings größer als Slowenien, das jetzt Mitglied der Europäischen Union wird. Es hat mehr Einwohner als Estland, das ebenfalls bald Mitglied wird.

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Sie müssen sich eben darum kümmern!)

Die 4,5 Millionen Einwohner Moldaus warten darauf, dass wir mit ihnen gemeinsam eine Perspektive erarbeiten. Wer das Land zwischen Pruth und Dnjestr einmal besucht hat, der wird erkennen – Sie haben es erwähnt, das darf man hier lobend hervorheben –, wie schön diese Landschaft ist. Derjenige, der den **Rot- oder Weißwein** liebt, wird erkennen – ich kenne mich damit ein bisschen aus –, dass dieser Wein von wunderbarer Qualität ist.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Vor allem der Kognak!)

Er ist leider bei uns noch nicht so bekannt, wie es ihm eigentlich zustünde.

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

(A)

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Sie ist eher für Kognak!)

– Davon verstehe ich wiederum nichts. Sie kennen sich da bestimmt besser aus als ich.

Ganz ernsthaft. Was ich sagen will, ist: Dies ist ein schönes Land. Es verdient unsere Zuneigung. Es ist ein Land – Sie haben es erwähnt, Frau Nolte –, in dem viele arme Menschen leben, die aber gleichzeitig reich an Freundlichkeit, Offenheit und Zuneigung gegenüber Deutschland sind. Wer einmal in diesem Land war und seine Menschen kennen gelernt hat, wird es nicht mehr vergessen. Es kommt in der Tat darauf an, dass wir eine kluge und rationale Politik entwickeln. Ich glaube, dass die Europäische Union mit dem **Nachbarschaftskonzept** auf einem vernünftigen Weg ist. Ich weiß, dass dies in der Republik Moldau zunächst nicht konstruktiv aufgenommen worden ist. Dort ist man – das ist völlig verständlich – davon ausgegangen, dass man wie eine Reihe anderer Länder eine direkte Mitgliedschaftsperspektive für die Europäische Union erhalten wird. Wären wir dort Politiker, wie sollten wir eine andere als jene Position beziehen? Das ist völlig verständlich.

Ich glaube, dass sich die Verantwortlichen in der Republik Moldau umschauen sollten, wie etwa Kroatien gegenwärtig mit der Mitgliedschaftsperspektive umgeht. Kroatien hat bisher keine feste Perspektive, anders als Slowenien, das nördlich an Kroatien grenzt. Dennoch, wer einmal in Kroatien gewesen ist, der wird erkannt haben, dass unabhängig davon, wer jetzt regiert – vorher war das die Sozialdemokratie, jetzt sind es Ihre Parteifreunde –, die unterschiedlichen Gruppen in diesem Land bereit sind, die europäische Perspektive ernst zu nehmen. Sie fragen gar nicht lange, was Brüssel dazu beiträgt, dass Kroatien Mitglied der Europäischen Union wird. Diese Gruppen sehen vielmehr, dass der **Weg nach Brüssel** bei ihnen selber anfängt.

(B)

Sie haben sich vor einer Woche an der dreitägigen Veranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft, deren Präsident unser Kollege Gernot Erler ist, beteiligt. Dort wurde gesagt: Der Weg nach Brüssel beginnt nicht in Brüssel, sondern er beginnt in Chisinau. Der richtige Ansatz ist, sich selbst zu modernisieren und sich selbst zu reformieren, ohne darauf zu warten, bis man von Brüssel als Partner, der eine Chance auf den Beitritt hat, betrachtet wird. Wenn man sich selbst modernisiert, reformiert und europäisiert, dann wird man zwangsläufig eine Perspektive haben. Wenn Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union sein werden, dann wird sich die Antwort auf die Frage nach dem Beitritt aus dem Reformprozess heraus fast von alleine ergeben. Dann hat Moldau eine wirkliche Perspektive, auch Mitglied der Europäischen Union zu werden. Selbstanstrengung ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Republik Moldau ist ein Land, das seine Blicke jetzt auf uns richtet. Ich bin dankbar dafür, dass die Bundesregierung diesen einen Disput, den es zwischen dem BMZ und dem Auswärtigen Amt gegeben hat – Sie haben ihn erwähnt –, geklärt hat. Es ist jetzt dafür gesorgt, dass die Finanzmittel wieder in einer Weise fließen können, dass das, was Moldau selber tun kann, wirklich vorangebracht wird. Das muss mit dem sinnvollen Konzept und dem Aktionsplan der Europäischen Union verknüpft werden.

(C)

Frau Nolte, Sie haben die Zahlen ein wenig dramatisiert. Es waren seit 1991 – da sollten wir fair sein – insgesamt 240 Millionen Euro,

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Von der EU!)

die von der Europäischen Union für das Land bereitgestellt worden sind. Das ist schon eine ganze Menge. Wir sind durchaus bereit, unser Engagement aufrechtzuerhalten.

Sie haben in einem weiteren Punkt Recht. Schauen Sie sich einmal die **politische Landschaft** in Moldau an. Sie, Frau Nolte, kennen sie sehr gut. Es gibt nicht nur Woronin und seine kommunistische Partei, die sehr bürokratisch und zum Teil nicht sehr reformfreundlich ist, sondern es gibt auch – das muss man leider erwähnen – innerhalb der demokratischen Opposition Blockaden. Der frühere Ministerpräsident Braghis, ein sehr kluger und vernünftiger Mann, versucht jetzt, eine neue Entwicklung im Land in Gang zu setzen. Wir hoffen alle gemeinsam, dass die demokratischen Gruppen und Parteien in diesem Land eine Chance haben, sich gut zu entwickeln.

(D)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist dort und hilft dabei, zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen. Ich möchte Sie von der CDU/CSU und die Kollegen von der FDP bitten: Sorgen Sie auch dafür, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung und andere politische Stiftungen dort arbeiten.

Gerade weil dieses Land darauf wartet, dass man ihm hilft, und weil die jungen politischen Kräfte und Gruppierungen versuchen, die demokratischen Institutionen zu festigen und zu stärken, sollten wir ihnen eine helfende Hand reichen. Sie werden in der Lage sein, dafür zu sorgen, dass aus diesem wunderbaren Land, dem Obst- und Weingarten Moldau, ein vernünftiger Partner für uns alle wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass das gelingt. Wir sollten unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mit folgender Bemerkung schließen: Der Fluß Pruth, der die Grenze zwischen Rumänien und Moldau bildet, entspringt am Howerla, dem höchsten Berg der Ukraine. In dieser wunderbaren Region ist **Rose Ausländer** geboren, die in sehr schönen lyrischen Bildern ihre Kindheit beschrieben hat und dem Leser nahe bringt, wie sie versucht hat, mit der Beschreibung dieser versunkenen Welt ihre eigenen Emotionen und ihre Hoffnung auf eine gute Zukunft zu verbinden. Leider zerbrachen diese Bilder, als der Krieg mit deutschen Uniformen ihre Heimat überfiel. Ich möchte die wunderbaren Zeilen zitieren:

> Sie kamen mit giftblauem Feuer, versengten unsere Kleider und Haut.

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

(A) Sie beendet ihr Gedicht mit den Worten:

Wir waren die Scheiterhaufen unserer Zeit.

Rose Ausländer, die aus dieser Region stammt, war eine jüdische Lyrikerin, die Bessarabien und Moldau sehr gut gekannt hat. Wer ihre Zeilen liest, wird wissen: Diese Region gehört zu Europa. Ich denke, wir alle sollten uns verpflichten, diesem schönen Land eine Chance zu geben. Moldau ist nicht vergessen.

(Beifall im ganzen Hause – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Seid ihr denn nun für den Antrag? – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wir überweisen ihn und machen es gemeinsam!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Rainer Stinner.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben gerade eine Stunde der Harmonie, in der wir uns in vielen Fragen inhaltlich einig sind. Das begrüße ich und das eint uns auch. Dennoch müssen wir auch in dieser Debatte einzelne Details genauer betrachten.

Die Situation Moldaus als ärmstes Land Europas ist bereits beschrieben worden. Die Situation ist ohne jeden Zweifel kritisch. Ein Großteil der Bevölkerung hat rumänische Pässe und daher ab 2007 Zugang zur Europäischen Union. All das sind Fakten, mit denen wir fertig werden müssen.

(B)

Moldau steht zurzeit am **Scheideweg** zwischen der Orientierung nach **Russland oder Europa.** Die Entscheidung, welcher Weg eingeschlagen wird, muss – Sie haben völlig Recht, Herr Weisskirchen – in Moldau getroffen werden. In der Tat erhalten wir aus dieser Region bisher unklare Signale. Aber wir müssen uns selbst fragen, was wir tun können und tun sollten.

Wir müssen uns fragen, inwiefern es in unserem Interesse liegt, dass wir in dieser Region aktiv werden. Ohne jeden Zweifel haben Deutschland und Europa ein vitales Interesse daran, dass Moldau an diesem Scheideweg nicht von Europa wegrückt, sondern – wie Sie es so schön ausgedrückt haben, Herr Weisskirchen – zu einem Teil Europas wird.

Es gibt seit einigen Monaten eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie, in der wir expressis verbis vereinbart haben, dass wir Europäer dafür sorgen wollen, dass um das Kerneuropa herum ein Kordon von Staaten entsteht, die demokratisch und gesellschaftlich stabil sind und auch in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse und Sicherheitsinteresse demokratische Strukturen aufweisen. Darin besteht – darin sind wir uns hoffentlich einig – unser Interesse. Aber wir müssen uns in diesem Zusammenhang fragen, was die Bundesrepublik konkret macht. Das ist – in dieser Einschätzung ist die Meinung in diesem Hause sicherlich geteilt – leider bisher relativ wenig.

(C) Wir leisten wirtschaftliche und technische **Hilfe.** Das ist keine Frage; die Zahlen sind bekannt. Aber ein Volumen von circa 8 Millionen bis zum Jahr 2000 ist nicht gerade viel. Eine politische Heranführung an Europa findet jedenfalls mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung bisher nicht statt. Auch im Rahmen des von der Bundesregierung so hoch gelobten Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist das Land Moldau links liegen gelassen worden. Im Jahre 2002 sind im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumpaktes 170 Projekte vom Auswärtigen Amt finanziert worden. Auf die Republik Moldau entfielen null. Das ist ja nun kein Ausdruck von großer Hinwendung zu diesem Staat. Deshalb stelle ich die Frage: Haben wir Moldau vergessen? Sie werden sicherlich antworten, dass das nicht der Fall sei. Aber was tun wir aktiv dafür, um es an Europa heranzuführen?

Moldau ist ein weiteres Beispiel der facettenreichen, negativen Deutschland-Russland-Politik, Herr Weisskirchen.

(Beifall bei der FDP)

Denn Faktum ist, dass sich Russland in Moldau auf eine Art und Weise benimmt, die für uns nicht akzeptabel ist. Russland hat 1999 auf der OSZE-Konferenz in Istanbul versprochen, bis Ende 2002 seine Truppen und Waffen abzuziehen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

(D)

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Eine Verlängerung ist bis 2003 gewährt worden. Aber bisher ist nichts geschehen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Wir pochen darauf!)

Daher müssen wir die Bundesregierung drängen, diese Dinge auch in Gesprächen mit Russland anzusprechen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Das geschieht!)

– Wir hoffen das sehr. Aber das hat bisher jedenfalls nicht zu Folgen geführt. Auch das ist Faktum, Herr Weisskirchen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Herr Kollege, achten Sie bitte darauf, dass Sie Ihre Redezeit bereits überschritten haben. Auch Ihr Kollege hat schon vorher sehr viel überzogen.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Wir, die Europäer und insbesondere die Deutschen, haben ein Eigeninteresse, gemäß dem wir handeln sollten. In diesem Sinne ist der Antrag der Union, den wir unterstützen, ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Marianne Tritz.

Marianne Tritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU/CSU fordert ein Konzept zur Unterstützung Moldaus auf dem Weg in die Demokratie. Dabei gibt es bereits eine Vielzahl von Abkommen und Vereinbarungen, die jetzt von der Regierung Moldaus umgesetzt werden müssen.

In der Republik Moldau ist beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen eine Reihe von Rückschritten zu verzeichnen. Die Schaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens geht nicht voran. Bei der Durchführung freier und demokratischer Wahlen sind schwere Defizite festzustellen. Es gibt unter anderem die Probleme des Schmuggels und des Menschenhandels sowie den ungelösten Transnistrienkonflikt.

Die Lage ist folgende: Seit Jahren bemühen sich die OSZE, die EU und der Europarat, die rechtsstaatlichen, die politischen, die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Strukturen in Moldau zu stärken. Die moldauische Regierung ist mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zahlreiche **Verpflichtungen** eingegangen. Dazu gehören die Einrichtung eines runden Tisches, die Verbesserung der Mediengesetze, eine Justizreform und ein anderer Umgang mit der Opposition. Das Kooperationsprogramm mit dem Europarat in den Bereichen Menschenrechte, Demokratieförderung, Rechtsstaatlichkeit und Erziehungswesen wird in ein Programm mit der EU-Kommission überführt. Entsprechende Reformen im Innen- und Justizbereich der Republik Moldau werden von der Bundesregierung unterstützt.

(B)

Weiterhin hat man sich im Transnistrienkonflikt auf einen Beobachterstatus der EU in der bilateralen Verfassungskommission geeinigt. Die Europäische Union hat das Nachbarschaftskonzept vorgestellt. In Verbindung mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates werden differenzierte Aktionspläne auch für die Republik Moldau entwickelt. Ausführliche Vorschläge der Kommission zu den Bereichen Justiz und Inneres, Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, Investitionsförderung und gemeinsame Sicherheit sind vorgelegt worden. Die Bundesregierung wird sich an der Ausgestaltung der Aktionspläne aktiv beteiligen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das **Kooperationsabkommen zwischen der EU und Moldau** soll die Rahmenbedingungen schaffen, damit Moldau in Zukunft am europäischen Binnenmarkt teilnehmen kann. Zusätzlich enthält es Vereinbarungen zur Kooperation in der Industrie, beim Handel, in der Wissenschaft und in der Verwaltung. Es ist eine Reihe von bilateralen Institutionen auf Minister-, Parlaments- und Beamtenebene eingesetzt worden. Im Februar dieses Jahres wird auf der Tagesordnung des EU-Moldau-Kooperationsrates die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Geldwäsche und des Menschenhandels stehen. Deutschland macht in Gesprächen mit Russland die Transnistrienfrage immer wieder zum Thema und drängt auch auf Umsetzung der Verpflichtung Russlands, seine Truppen abzuziehen. Weiterhin setzt sich die Bundesregierung in der EU-Kommission für die Einrichtung einer EU-Delegation in Chisinau ein.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Seit 1993 wurden im Rahmen **der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau mehr als 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Aus den Restmitteln der Jahre 1999 und 2000 in Höhe von 4,6 Millionen Euro wird vom BMZ ein Programm zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur finanziert. Zusätzlich fördert das BMZ eine moldauische NGO, die den Frauen und Mädchen, die im Ausland zur Prostitution gezwungen wurden, durch Ausbildung und Existenzgründungsdarlehen neue Perspektiven eröffnet.

Die Konferenz der Südosteuropa-Gesellschaft, die die Möglichkeiten einer weiteren Annäherung Moldaus an die EU beleuchtet hat, zeigt, dass Moldau nach wie vor im Fokus der EU ist. Alle Maßnahmen zielen darauf ab, Moldau stärker an die EU heranzuführen – wir teilen den in Ihrem Antrag geäußerten Wunsch – und zu stabilisieren. Gleichwohl gibt es aufgrund der zahlreichen Defizite in Moldau momentan keine Beitrittsperspektive.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, lassen Sie uns das Thema Moldau in den Ausschüssen sehr sorgfältig beraten. Wir prüfen dann gemeinsam die vorhandenen Konzepte und den Stand der Umsetzung. Wir müssen uns aber auch darüber im Klaren sein, dass alle Hilfestellungen, die die OSZE, die EU, der Europarat und auch die Bundesrepublik Deutschland der Republik Moldau zukommen lassen, nur dann greifen können, wenn der Wille zur Veränderung bei den politisch Verantwortlichen in Moldau vorhanden ist. Diesbezüglich kommen manchmal erhebliche Zweifel auf.

(D)

Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1987 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze**

– Drucksache 15/2350 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

(A) Die Kolleginnen Ober, Brüning, Selg und Caspers-Merk sowie der Kollege Parr haben gebeten, ihre Reden zu Protokoll geben zu dürfen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann verfahren wir so.[1)]

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 15/2350 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 14 a und 14 b:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Klaus Brähmig, Ernst Hinsken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Sicherheit im Busverkehr

– Drucksachen 15/1528, 15/2023 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Heinz Paula

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Gero Storjohann, Gerhard Wächter, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Mehr Sicherheit an unbeschrankten Bahnübergängen

(B) – Drucksache 15/1984 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Wie ich sehe, gibt es dazu keinen Widerspruch. Dann ist auch so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Heinz Paula.

Heinz Paula (SPD):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wieder erschrecken uns Meldungen über Unfälle mit Reisebussen. Angesichts der Häufung dieser Unfälle stellt man sich zu Recht die Frage: Wie sicher sind Reisebusse? Nebenbei bemerkt: Sie gehören zu den sichersten Verkehrsmitteln, die es gibt. Vor allen Dingen muss gefragt werden: Was muss getan werden, um das Busfahren noch sicherer zu machen?

Das Bundesamt für Güterverkehr hat seine Überwachungen deutlich intensiviert. Allein im ersten Halbjahr 2003 wurden durch den Kontrolldienst des Bundesamtes 4 600 Busse überprüft. Davon wurden 488 beanstandet. Das entspricht einer Quote von 10,6 Prozent. Wir können feststellen: Unsere Bundesregierung handelt. Ein

(C) großes Dankeschön geht an Staatssekretärin Gleicke für all die Bemühungen, von denen uns im Verkehrsausschuss immer wieder berichtet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Renate Blank [CDU/CSU]: Habt ihr die Beweihräucherung nötig?)

Zum Beispiel wurde im Oktober letzten Jahres eine Reihe von Maßnahmen, wie – ich möchte nur einige nennen – die Verschärfung von Sanktionen, wenn Busfahrer oder Busunternehmer gegen wesentliche technische Vorschriften verstoßen, härtere Strafen bei Geschwindigkeitsüberschreitungen usw., vorgestellt.

Die Bund-Länder-Initiative „Reisebussicherheit“ wird weitergeführt. Einig sind wir uns ebenfalls, dass es schon einen umfassenden rechtlichen Rahmen gibt, auch europaweit, wie zum Beispiel einheitliche Lenk- und Ruhezeiten, Gurtausrüstungspflicht der Reisebusse, Gurtanlegepflicht usw.

Minister Stolpe hat bereits im Mai vergangenen Jahres mit den wichtigsten einschlägigen Verbänden wie dem BDO und dem VDA Gespräche mit dem Ziel geführt, zur Erhöhung der Bussicherheit beizutragen. Auch bei allen Verbänden besteht Übereinstimmung, dass der geltende gesetzliche Rahmen bereits ausreicht.

Kolleginnen und Kollegen, allerdings nützen die bestehenden Vorschriften sehr wenig, wenn sie nicht wirksam kontrolliert werden.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Wohl wahr!)

(D) Die Durchführung von **Buskontrollen** ist verfassungsrechtlich schwerpunktmäßig Aufgabe der Länder. Daneben ist auch das Bundesamt für Güterverkehr für Kontrollen zuständig. Allerdings – jetzt kommt der wesentliche Punkt und ich bitte gerade die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU um große Aufmerksamkeit – kann nur kontrolliert werden, wenn die Länder auch das Recht einräumen, Reisebusse zur Kontrolle anzuhalten.

Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, da fragt man sich natürlich zuerst: Was macht unser Haupttransitland, was macht Bayern in diesem Fall? Wie wir wissen, wird das Anhalterecht verweigert. Als neu gewählter Abgeordneter schreibt man natürlich postwendend dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Brief und bittet, er möge sich in dieser Frage bewegen. Und, siehe da, man bekommt nach einigen Monaten eine sehr interessante Antwort.

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Herr Huber, schreibt am 15. Januar – ich darf zitieren –,

> … dass aus fachlicher Sicht eine isolierte Kontrollmöglichkeit des Bundesamtes für Güterverkehr nicht angezeigt ist.

Weiter:

> Die Synergieeffekte gemeinsamer Kontrollen würden verloren gehen, weil bei der zwangsläufig begrenzten Kapazität des Bundesamtes bei einer stärkeren Anzahl von Einzelkontrollen Gemein-

[1)] Anlage 3

Heinz Paula

(A)

schaftsaktionen nicht mehr im bisherigen Umfang möglich wären.

(Renate Blank [CDU/CSU]: Die SPD wird ja schon im Bund nicht wahrgenommen! Wieso soll sie denn in Bayern wahrgenommen werden?)

Jetzt stellt sich wirklich die Frage: Wieso ist denn Bayern unbedingt gegen weitere zusätzliche Kontrollen? Vor allen Dingen fragt man sich, Kolleginnen und Kollegen: Wie wollen Sie denn den Punkt Ihres Antrages realisieren, wonach mit mehr Kontrollen die schwarzen Schafe tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden sollen?

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr richtig!)

Irgendwie müssen Sie uns schon erklären, wie das Ganze funktionieren soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Mir san mir! Den Antrag müsst ihr schon unterstützen!)

Neben verschärften Kontrollen setzen wir natürlich auch auf **präventive Maßnahmen** und **Qualitätsförderung,** und zwar – das ist entscheidend – in enger Zusammenarbeit mit den Busunternehmen. Dabei geht es um die Einführung eines obligatorischen Fahrsicherheitstrainings für Busfahrer, um ein Gütesiegel für Verkehrssicherheit und um eine anerkannte Qualitätszertifizierung von Busunternehmen. Mit diesem Maßnahmenbündel aus gesetzlichen Verschärfungen, verstärkten Kontrollen und Aufbau eines Qualitätsmanagements sind wir zweifelsohne auf dem richtigen Weg.

(B)

Zu Ihrem Antrag ganz kurz, Kolleginnen und Kollegen: In Anbetracht dessen, was bisher bereits in vorbildlicher Weise auf den Weg gebracht worden ist, kann er eigentlich nur abgelehnt werden. Ich möchte aber trotzdem noch einmal zur Verdeutlichung, gerade an Sie gerichtet, die wesentlichen Punkte zusammenfassen: Verstärkung und Koordinierung der Kontrollen des Bundesamtes für Güterverkehr auf europäischer Ebene. Wie Sie wissen, ist Deutschland seit dem 5. April 2001 durch das Bundesamt für Güterverkehr Teilnehmer des Euro-Controle-Route-Abkommens. Insoweit ist Ihrer Forderung bereits voll Genüge getan. Darüber hinaus ist laut EU-Beschluss festgelegt, dass alle relevanten Neufahrzeuge mit digitalen Fahrtenschreibern ausgerüstet werden müssen. Das obligatorische Busfahrertraining für Berufskraftfahrer ist ebenfalls seit dem 1. August 2001 neu geregelt.

Wenn wir es jetzt noch schaffen – mit Ihrer Unterstützung, Kolleginnen und Kollegen gerade von der CSU –, auch Bayern zu überzeugen, sodass in Zukunft verstärkt Buskontrollen durchgeführt werden können, ist eines festzustellen: Wir sind auf dem absolut richtigen Weg. Von daher gesehen bitte ich um Verständnis, wenn ich sage: Dieser Antrag kann nur abgelehnt werden.

(C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Dieser Antrag spricht für sich!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Volkmar Vogel.

Volkmar Uwe Vogel (CDU/CSU):
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Paula, es ist sicherlich richtig, dass eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden sind. Aber die Ereignisse in den letzten Wochen zeigen, dass diese Maßnahmen noch nicht ausreichen und dass man über die Problematik auch nicht oft genug reden kann. Es ist auch schade, dass hier im Parlament zu so später Stunde darüber geredet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Bus ist dank hoher Sicherheitsstandards und vieler verantwortungsbewusster Busfahrer immer noch das sicherste Verkehrsmittel, noch vor Bahn und Flugzeug. Doch damit können wir uns angesichts der Nachrichten von Busunglücken aus Europa nicht zufrieden geben.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist wahr!)

Diese Unglücke – darin sind wir uns einig – bringen viel menschliches Leid. Jede Möglichkeit, die hilft, auch nur ein Menschenleben zu retten, verdient unsere besondere Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

(D)

Ganz verhindern können wir Unglücke natürlich nicht. Ich sage das auch aus einem aktuellen Anlass. Erst am vergangenen Wochenende kam es in meiner Heimat bei Bad Klosterlausnitz, nicht einmal 10 Kilometer von meinem Heimatort entfernt, zu einem schrecklichen Busunglück mit drei Toten und über 40 Verletzten. Touristen aus Dänemark waren auf dem Weg zum Skiurlaub nach Österreich, als eine norwegische Busfahrerin die Kontrolle über das Fahrzeug verlor. Liebe Kollegen, ich möchte an dieser Stelle den Einsatzkräften vor Ort nochmals für ihre schnelle und professionelle Hilfe danken. Sie haben noch mehr menschliches Leid verhindert. Gleichzeitig möchte ich den Angehörigen der Opfer unser tiefes Mitgefühl aussprechen und den Verletzten alles Gute für ihre Genesung wünschen.

Dieser letzte Busunfall zeigt uns auf erschreckende Weise nicht nur die europäische Dimension des Problems, sondern auch die Grenzen unserer Möglichkeiten recht deutlich. Der Unfall in Bad Klosterlausnitz ist wahrscheinlich auf menschliches Versagen zurückzuführen. Aber wir müssen auch bedenken: Die Arbeitsbedingungen für die Busfahrer werden immer komplizierter. Deutschland ist ein Transitland. Das heißt, wir werden im Hinblick auf die EU-Osterweiterung mit einem weiteren Anstieg des Verkehrsaufkommens rechnen müssen.

Wir diskutieren in diesen Tagen im Verkehrsausschuss den Bundesverkehrswegeplan. Wir treffen unsere Entscheidungen nach Verkehrsaufkommen, nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis und nach blanken Zahlen. Der

Volkmar Uwe Vogel

(A) Faktor Sicherheit kommt zu kurz. Dabei müssen wir aber gerade den **Sicherheitsaspekt** viel stärker als Kriterium in unsere Entscheidungen einfließen lassen, wenn es beispielsweise um Umgehungsstraßen oder um Bahnübergänge – auch das ist heute Thema der Debatte – geht. Es geht schließlich um die Sicherheit auf unseren Straßen und damit um die Sicherheit der Menschen.

Ich sagte es bereits: Der Bus gehört zu den sichersten Verkehrsmitteln. Zudem ist Busreisen eine umweltfreundliche und kostengünstige Ergänzung zum Individualverkehr. In Deutschland wurden im vergangenen Jahr über 100 Millionen Fahrgäste mit Bussen befördert. Doch gerade wegen der ungewöhnlichen Häufung von Unfällen in der letzten Zeit dürfen wir bei der Sicherheit nicht zurückstecken. Hierbei sollten wir auch auf eine europäische Harmonisierung achten. Unabhängig von allen Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind, muss sich die Bundesregierung mit den bestehenden Defiziten auseinander setzen und – der Meinung sind wir jedenfalls – spätestens bis zum Jahresende ein entsprechendes Verkehrskonzept vorlegen. Hier darf es keinerlei Tabus geben; denn es geht um die Sicherheit auf unseren Straßen und das ist das höchste Gut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als Sofortmaßnahmen fordern wir in unserem Antrag von Verkehrsminister Stolpe nochmals nachdrücklich: Die **Kontrollen** durch das Bundesamt für Güterverkehr müssen im Zusammenwirken mit den Polizeien der Länder verstärkt werden. Wenn die Polizei in Bayern in der Lage ist, diese Kontrollen effektiv durchzuführen – das kann ich auch für unsere Polizei in Thüringen sagen –,

(B) dann können das die Polizeien machen und dann ist der Einsatz des Bundesamts für Güterverkehr nicht unbedingt erforderlich. Wichtig ist dabei: Das aufgedeckte Fehlverhalten darf nicht nur dem Kraftfahrt-Bundesamt gemeldet werden, sondern muss auch der für die Zulassung des Unternehmens zuständigen Behörde vor Ort gemeldet werden. Nur dadurch kann man die schwarzen Schafe schnell erkennen und aussortieren.

Zusätzlich müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auf den wichtigsten Urlaubsstrecken die bestehenden **Kontrollsysteme** verstärken, weil gerade auch **im europäischen Ausland** schlimme Unfälle passiert sind und eines klar ist: Ungefähr ein Viertel aller Busunfälle beruht auf der Überschreitung der **Lenkzeiten.**

Zugleich – auch darauf muss man noch einmal hinweisen und dieses mit Nachdruck einfordern – ist europaweit die Verpflichtung zum Einbau eines **digitalen Fahrtenschreibers** durchzusetzen, um so die Manipulationsmöglichkeiten an den Fahrtenschreibern zu minimieren. Ganz verhindern wird man sie wahrscheinlich nicht können.

Schließlich fordern wir ein obligatorisches **Fahrsicherheitstraining** für die Busfahrer, damit gerade typische Gefahrensituationen in der Praxis geübt werden können und so auch eigenes Fehlverhalten abgestellt werden kann.

Neben diesen Maßnahmen, die sofort Wirkung zeigen, sollten wir auch die **Entwicklung technischer Möglichkeiten** zur Erhöhung der aktiven Sicherheit an (C) Fahrzeugen vorantreiben und den gesetzlichen Rahmen dazu schaffen. Wir unterstützen die im Zuge der europäischen Harmonisierung vorgesehene Einführung von aktiven elektronischen Warnsystemen in Bussen, die etwa den Sekundenschlaf anzeigen oder beim ungewollten Wechsel der Fahrspur ein Warnsignal abgeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Zeit ist um. Ich komme deswegen zum Schluss: Wir sind der Auffassung, das Thema Sicherheit im Busverkehr eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen. Darin sind wir uns einig. Es geht hier ja letztendlich um die Sicherheit auf unseren Straßen und Autobahnen und damit um Menschenleben. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Blanker Aktionismus!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Peter Hettlich das Wort und gratuliere ihm im Namen des ganzen Hauses zu seinem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Peter Hettlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich, dass es mir gelungen ist, (D) meinen Geburtstag auf den heutigen Tag zu schieben, und bedanke mich für die Gratulationen, die ich von vielen Leuten in schriftlicher oder in mündlicher Form bekommen habe. Ich werde diesen Geburtstag also so schnell nicht vergessen.

Das Jahr 2003 war für die deutschen Busunternehmen kein gutes Jahr. Man könnte sogar von einem sehr bitteren Jahr sprechen, denn die Bemühungen der Akteure um mehr Sicherheit im Busverkehr erlitten mehrere herbe Rückschläge. Nach wie vor ist der Bus ein sicheres Verkehrsmittel. Aber wir dürfen unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass sich die Situation im vergangenen Jahr offensichtlich deutlich verschlechtert hat. Dabei darf uns die allseits bekannte Statistik nicht beruhigen, die für die **Bussicherheit** einen Wert von nur 0,16 getöteten Insassen pro Milliarden Personenkilometer für das Jahr 2002 ausweist. Damit wäre der Bus nach wie vor das sicherste Verkehrsmittel deutlich vor der Bahn, dem Flugverkehr und dem motorisierten Individualverkehr.

In diese Berechnung gehen allerdings nur die Busunfälle in Deutschland ein. Wir müssen unser Augenmerk aber leider auch auf die **Unfälle** richten, an denen deutsche Busunternehmen **im Ausland** beteiligt waren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nochmals an die schrecklichen Unfälle von Lyon mit 28 Toten, von Siofok mit 33 Toten oder an den Unfall am 20. Dezember letzten Jahres an der belgisch-französischen Grenze mit elf Toten.

Peter Hettlich

(A) Nach unseren Recherchen waren 2003 bei zwölf Unfällen insgesamt 80 getötete Deutsche europaweit zu beklagen; diese Unfälle müssen wir deutschen Busunternehmen zuordnen. Sie entfallen beinahe ausschließlich auf den Gelegenheitsverkehr, das heißt den **Fernreiseverkehr.** Im Linienverkehr kommt es dagegen nur selten zu Unfällen mit Todesfolgen, sodass hier für 2003 eigentlich eine Null oder maximal eine Eins anzusetzen wäre.

Wenn wir jetzt berücksichtigen, dass auf den Gelegenheitsverkehr circa 10 Prozent der beförderten Personen entfallen, jedoch 28 Prozent der Personenkilometer, und wir die Zahl der getöteten Insassen diesen beiden Gruppen, Linien- und Gelegenheitsverkehr, zuordnen, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Für den Linienverkehr ergibt sich jetzt nämlich ein Wert von 0,02 getöteten Insassen je Milliarden Personenkilometer, für den Gelegenheitsverkehr, also den Fernverkehr, dagegen von 3,5 bis 4,0 getöteten Insassen je Milliarden Personenkilometer. Durch die Berücksichtigung der europaweiten Zahlen ergibt sich für den Busverkehr sogar ein Gesamtwert von größer als Eins. Damit ergibt sich eine völlig andere **Rangfolge.** Zunächst kommt der Linienverkehr per Bus mit 0,02 getöteten Insassen je Milliarden Personenkilometern, dann die Bahn mit 0,56, dann der Busverkehr insgesamt mit 1,08, dann der Flugverkehr und dann der Gelegenheitsverkehr, also der Busfernverkehr, mit 3,77. Der Wert für den motorisierten Individualverkehr liegt nach wie vor bei 7,3.

(B) Wir können also feststellen, dass der Bus nach wie vor ein sicheres Transportmittel ist. Wir können an dieser Berechnung aber auch erkennen, dass es Handlungsbedarf gibt. Wir müssen handeln, wenn wir nicht wollen, dass das Vertrauen der Kunden in dieses Verkehrsmittel nachhaltig erschüttert wird.

Daher hat die Politik zu Recht bereits eine Vielzahl von **Maßnahmen** eingeleitet, von denen ich nur die wesentlichsten nennen möchte: Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzern; scharfe und nochmals verschärfte Sanktionen bei Verstößen gegen Geschwindigkeitsvorschriften; europaweit einheitliche Lenk- und Ruhezeiten; Gurtausrüstungspflicht; Gurtanlegepflicht; Neuregelung der Berufskraftfahrerausbildung; Durchführung intensiver Kontrollen – 400 Prozent über dem europäischen Durchschnitt – in enger Zusammenarbeit mit den Ländern und dem BAG. Insofern halte ich den Antrag der CDU/CSU für überzogen, was die Verschärfung und Ausweitung der Kontrollen angeht. Ich kann nicht sehen, dass dieser Antrag zielführend ist. Darüber hinaus wird dieses Jahr – hoffentlich im August – für Neufahrzeuge der digitale Fahrtenschreiber eingeführt. Alle diese Maßnahmen werden sicher dazu führen, dass die Sicherheit im Busverkehr verstärkt wird.

Auch die Omnibusunternehmen und ihre Verbände sowie die Omnibushersteller sind sich ihrer Verantwortung bewusst und arbeiten aktiv an einer Verbesserung der Sicherheit im Busverkehr mit, unter anderem durch konzertiertes Vorgehen gegen schwarze Schafe in ihren eigenen Reihen, durch erweitertes Sicherheitstraining für Omnibusfahrer und durch die Einführung aktiver und

(C) passiver Sicherheitspakete in der Fahrzeugtechnik, zum Beispiel Antiblockiersystem, elektronisches Bremssystem, elektronischer Bremsassistent oder das elektronische Stabilitätsprogramm.

Diese Maßnahmen haben ein Ziel: Wir müssen alles tun, damit der **Schwachpunkt** in diesem Transportsystem, nämlich der **Mensch**, durch flankierende Maßnahmen weiter gestärkt und unterstützt wird. Eine breit angelegte Fahrerschule, wie dies bdo und RDA favorisieren, kann hier sicherlich einen Lösungsbeitrag liefern.

Andererseits halte ich es auch für sehr wichtig – der Kollege Vogel hat bereits darauf hingewiesen –, dass wir durch die beschleunigte Entwicklung und Einführung von **technischen Innovationen** wie zum Beispiel dem Spurassistenten oder dem intelligenten Tempomat den Busfahrern effektive Unterstützungsinstrumente an die Hand geben. Auch wenn diese Neuerungen nicht zum Nulltarif zu bekommen sind, die Sicherheit der Passagiere muss weiterhin oberste Priorität genießen. Daher sind auch die Verbände ausdrücklich aufgefordert, hier in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

Ich wünsche mir und uns allen, dass das Jahr 2004 ein positives Jahr für die Busbranche wird, dass sie das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen kann und dass uns – Iris Gleicke möge es mir verzeihen – Unterrichtungen über schwere Unfälle in unserem Ausschuss erspart bleiben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Horst Friedrich.

Horst Friedrich (Bayreuth) (FDP):
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ironisch gesagt worden: Das Thema Verkehrssicherheit zu telegener Zeit im fast vollen Plenum des Deutschen Bundestages. Dabei sind die Probleme sicherlich ernst zu nehmen, gerade im Busbereich. Der Unfall an der belgischen Grenze ist schon angesprochen worden. Der Busunternehmer kommt aus der Fränkischen Schweiz, aus der Nähe meines Wahlkreises. Der Unfall hat deutlich gemacht, dass das ständige Rufen nach neuen technischen Vorschriften, die gewissermaßen reflexhafte Reaktion auf einen Unfall, mit der Forderung, weitere technische Geräte einzubauen, erkennbar nicht ausreicht; denn offensichtlich war der **Faktor Mensch,** derjenige, der das Fahrzeug bedient, in den meisten Fällen die Schwachstelle.

Deshalb muss überlegt werden: Muss man die Kontrollen nicht vielleicht doch noch verschärfen? Aus meiner Sicht ist und bleibt eines der großen Probleme des GüKG, das am 1. Juli 1998 in Kraft getreten ist, dass die **Kontrollrechte des Bundesamtes für Güterverkehr** im Bereich Bus nicht so ausreichend zur Verfügung stehen, wie sie vom Bundestag zunächst vorgesehen waren, und zwar aufgrund einer aus meiner Sicht nicht mehr nachvollziehbaren Begründung der Länder. Diese ist

(A) schon gar nicht mehr nachvollziehbar, wenn man weiß, dass das Bundesamt für Güterverkehr knapp 900 Mitarbeiter zusätzlich bekommt, die eigentlich die Maut kontrollieren sollten, was sie nun – durch die kurzfristige Verzögerung der Maut – aber nicht können, und die deshalb für andere Aufgaben zur Verfügung stehen, denn sie werden ja bezahlt. Deswegen, sehr verehrte Frau Staatssekretärin, wäre es aus liberaler Sicht, sicherlich angemessener, der Herr Verkehrsminister würde sich nicht um ein neues Qualitätssiegel für Busse kümmern, sondern mit den Ländern reden, um vielleicht bei diesem Thema weiterzukommen.

Herr Kollege Paula, bei aller Akzeptanz: Ihr Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten löst das Problem sicherlich nicht. Da muss man schon mehr Hintergrund bieten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Auch wenn es der Ludwig Stiegler schreibt, wird es nicht besser!)

Aufgrund Ihrer Haltung im Ausschuss und vor dem Hintergrund dessen, was Sie gesagt haben, wundert es mich, dass Sie den Antrag ablehnen.

Diese Position trifft sicherlich auch für den Antrag mit dem Titel „Mehr Sicherheit an unbeschrankten Bahnübergängen“ zu, in dem **reflektierende Hinweisschilder an unbeschrankten Bahnübergängen** gefordert werden und über den wir später im Ausschuss debattieren werden. Man muss hinsichtlich der Unfälle an unbeschrankten Bahnübergängen zur Kenntnis nehmen, (B) dass der eine oder andere Autofahrer bzw. die eine oder andere Autofahrerin der Meinung ist, dass ihm bzw. ihr nichts passieren kann, wenn der Zug noch nicht da ist. Bei mir in der Region hat es in letzter Zeit sogar Unfälle an Bahnübergängen mit Halbschranken gegeben. Es gibt offensichtlich Todesmutige, die meinen, dass man noch zwischen den geschlossenen Halbschranken hindurchfahren kann.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist unglaublich!)

Sie wundern sich dann, dass sie auf dem Gleiskörper auf den Zug treffen.

Es gibt in Niederbayern einen Versuch auf freiwilliger Basis, bei dem die Bahnübergänge mit reflektierenden Andreaskreuzen ausgestattet worden sind. Siehe da: In den Landkreisen ist die Zahl der Unfälle an unbeschrankten Bahnübergängen drastisch zurückgegangen. Deswegen freue ich mich auf die Beratung und die relativ gute Behandlung dieses Themas im Ausschuss in der Hoffnung, dass Rot-Grün diesmal nicht Nein sagt.

Ansonsten glaube ich, dass wir das Thema Verkehrssicherheit noch des Öfteren in diesem Hause debattieren werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das ist auch notwendig!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: (C)
Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Heidi Wright.

Heidi Wright (SPD):
Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Friedrich hat schon vom ersten Antrag der CDU/CSU mit dem Titel „Sicherheit im Busverkehr“ zum zweiten Antrag mit dem Titel „Mehr Sicherheit an unbeschrankten Bahnübergängen“ übergeleitet.

Hintergrund des Antrages mit dem Titel „Mehr Sicherheit an unbeschrankten Bahnübergängen“, der heute eingebracht und dann im Fachausschuss beraten wird, sind tragische **Unfälle an unbeschrankten Bahnübergängen.** Etwas zum Trost: Die Zahl der Unfälle an Bahnübergängen in Deutschland ist insgesamt rückläufig. Dies ist uns Ansporn, die Zahl noch weiter zu senken.

Zu den Tatsachen. Nur rund 12 000 der bundesweit mehr als 26 000 Bahnübergänge sind mit Schranken und Signallichtern ausgestattet. Die Mehrzahl – das sind 14 000 – ist unbeschrankt.

Vorrangiges Ziel der Verkehrspolitik der rot-grünen Koalition und jeder Verkehrspolitik – das haben wir heute schon oft gehört – muss die **Erhöhung der Verkehrssicherheit** und damit der Schutz der Verkehrsteilnehmer sein. Aus diesem Grund begrüße ich die Intention des Antrages, wenngleich er einseitig ist und nicht dem aktuellen Stand entspricht.

Es hat mich erstaunt, dass keine Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen mit Blinklicht bzw. Lichtzeichen ohne Halbschranken gemacht wurden. (D) Eine Statistik der Deutschen Bahn AG aus dem Jahre 2002 belegt, dass an **Bahnübergängen mit Lichtzeichen ohne Halbschranken** die Unfallhäufigkeit pro Bahnübergang viermal so hoch ist wie an nicht technisch gesicherten Bahnübergängen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Glaube keine Zahl der Bahn, wenn du sie nicht selber überprüft hast!)

Das ist etwas schwierig zu begreifen. Aber diese Beobachtung hat die Bahn gemacht. Man kann das nachlesen. Ich werde Ihnen die entsprechende Unterlage im Ausschuss zeigen.

An oberster Stelle des Maßnahmenkataloges müssten daher technische Maßnahmen wie die **Nachrüstung mit Voll- oder Halbschranken** stehen. Ich weiß, das ist die teuerste Anlage. Dennoch müsste diese Nachrüstung unser Ziel sein, insbesondere bei Bahnübergängen, die häufig von Schul- und Linienbussen oder Touristenbussen überquert werden.

Ich begrüße auch die von der Bundesregierung vorgeschlagene Maßnahme, die straßenbauliche Situation in den Zufahrtsbereichen von Bahnübergängen insgesamt zu verbessern. Das ist sicherlich richtig.

Ein Satz zu der Maßnahme, auf die Sie am meisten fokussieren, nämlich zu dem **Andreaskreuz auf gelber Hintergrundtafel.** Vorliegende Ergebnisse eines Pilot-

Heidi Wright

(A) versuches zeigen – anders als es der Kollege Friedrich dargestellt hat –, dass Verbesserungen im Fahrverhalten infolge der hohen Auffälligkeit der gelb-fluoreszierenden Hintergrundtafel wegen der sich dann einstellenden Gewöhnung nur von kurzer Dauer sind.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Woher wollen Sie das wissen?)

Gerade die Ergebnisse in Bayern zeigen – die entsprechenden Zahlen werden wir im Ausschuss beraten –, dass diese Maßnahme eben nicht zielführend ist.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das Gegenteil haben sie vor Ort bewiesen!)

Weiter greife ich aus dem Maßnahmenkatalog des Antrages die **Kombination von Andreaskreuz und Stoppschild** auf. Dazu eine Hintergrundinformation: Eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Bahn lässt vermuten, dass wahrscheinlich mehr als 20 Prozent der Befragten die Bedeutung des Andreaskreuzes als Wartepflichtgebot nicht kennen.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Dann sollten sie die Führerscheinprüfung noch einmal machen!)

– Das ist ein richtiger Vorschlag. – Trotz der laufenden Informations- und Aufklärungskampagne müssen dauerhaft wirksame Maßnahmen zu einer Verdeutlichung der **Wartepflicht an Bahnübergängen** ergriffen werden. Naheliegend ist in der Tat, ein Verkehrsschild wie (B) das Stoppschild in Betracht zu ziehen, da dessen Bedeutung allen Verkehrsteilnehmern bekannt sein dürfte. Der zuständige Bund-Länder-Fachausschuss prüft zurzeit gemeinsam mit dem Eisenbahn-Bundesamt und der Deutschen Bahn AG, ob die Umsetzung dieser Maßnahme einen zusätzlichen Sicherheitsgewinn erwarten lässt.

Hier sind wir meines Erachtens an einem kritischen Punkt: Es gibt zu viele Zuständigkeiten. Es reden zu viele mit. Es gibt zu viele Ebenen. Es gibt zu viele Meinungen und es passiert über Jahrzehnte zu wenig. Sie kennen den einfachen Spruch: Gefahr erkannt, Gefahr gebannt. Bei kompetenz- und länderübergreifenden Regelungen scheint dies nicht zuzutreffen. Alles dreht sich viele Male, ohne dass wirklich etwas zum Schutz der Verkehrsbeteiligten und zur Verkehrssicherheit geschieht. Dies führt zu einem Fazit mit tragischen Folgen: Man war nicht untätig; aber es ist nichts passiert, bis etwas passiert.

Ich erkenne die Intention Ihres Antrages und freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Es gibt viel zu tun; dies wurde mir von vielen Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion signalisiert. Ihr Antrag ist etwas einseitig. Wir werden ihn miteinander beraten, uns die Zahlen noch einmal genauer ansehen, Herr Friedrich, und zu einem guten Ende kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Als letztem Redner erteile ich jetzt dem Abgeordneten Gero Storjohann das Wort.

Gero Storjohann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute über einen Antrag meiner Fraktion, in dem wir fordern, dass es endlich zu mehr **Verkehrssicherheit an unbeschrankten Bahnübergängen** kommt. Es gibt viel zu tun. Es wäre schön, wenn ein gemeinsames Signal dieses Parlaments an die Verantwortlichen gehen würde. Damit würden wir viel mehr erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es handelt sich bei unbeschrankten Bahnübergängen um gefährliche Todesfallen. Das hat auch ein gewisser Herr Werner Kuhlmann aus Verl vor sechs Jahren erfahren müssen. Er hat nämlich persönlich beobachtet, wie ein Güterzug an einem unbeschrankten Bahnübergang ein Auto rammte und wie dabei ein junges Mädchen direkt vor seinen Augen starb. Dieses schlimme Erlebnis hat ihn auf die Idee gebracht, uns Politikern eine neue Schilderkombination anzudienen, um an unbeschrankten Bahnübergängen eine Verbesserung herbeizuführen, die nicht besonders viel Geld kostet.

Sie wissen, wie viele unbeschrankte Bahnübergänge es in Deutschland gibt und wie viele Unfälle dort passieren; die Zahlen gehen aus unserem Antrag hervor.

Ich möchte auf einen **Versuch** in meiner schleswig-holsteinischen Heimat eingehen. Im Bereich Eutin (D) wurde ein Versuch mit einer besonderen Schilderkombination an unbeschrankten Bahnübergängen unternommen, und zwar rechtswidrig, wie sich im Nachhinein herausstellte. Diese Schilderkombination wurde dann abgebaut. Kurze Zeit später stellten sich wieder Unfälle ein. Insofern widerspreche ich ausdrücklich der Behauptung, durch neue Schilderkombinationen könne eventuell ein Gewöhnungseffekt hervorgerufen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das ist der Unterschied zwischen Theorie und Praxis! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Jede Woche Schilder wechseln!)

Kollege Friedrich hat auf Versuche in Bayern mit einem gelb leuchtenden Schild unter dem Andreaskreuz hingewiesen. Auch hier gab es nur positive Rückmeldungen. Deswegen lautet unser Appell an die Mehrheitsfraktionen, sich gemeinsam für eine **neue Schilderkombination** einzusetzen.

Natürlich wäre es sinnvoller, in Technik mit Halbschranken oder Vollschranken zu investieren. Diese Maßnahmen kosten aber in der Regel 300 000 Euro. Sie können sich leicht ausrechnen, wie weit wir bei 12 000 unbeschrankten Bahnübergängen mit dem Geld kommen würden, das zur Verfügung steht. Deswegen sollten wir nicht nur reden. Wir brauchen endlich Erfolge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gero Storjohann

(A) Auch aus dem **Ausland** gibt es positive Erfahrungen zu vermelden. Leuchtende Verkehrsschilder werden bereits in den Niederlanden, in Belgien, in Österreich, in Italien, in Spanien und in Großbritannien verwendet – und das erfolgreich. Deswegen noch einmal der Appell an uns: Wir müssen jetzt handeln. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

Ich fordere Sie deshalb auf: Stimmen Sie unserem Antrag in den Beratungen zu. Es dient nicht nur der Verkehrssicherheit, es dient unserem gemeinsamen Erlebnis, dass wir etwas für die Verkehrssicherheit getan haben.

Ich bin noch nicht lange im Parlament, aber angesichts der Busunfälle und der Unfälle an unbeschrankten Bahnübergängen, die ich in dieser Zeit schon erlebt habe, bin ich immer stärker der Auffassung, dass wir handeln müssen. Ich habe Ihnen auch ein Beispiel dafür mitgebracht, wie ein entsprechendes Schild aussehen kann.

(Abg. Volkmar Uwe Vogel [CDU/CSU] hält ein Schild mit der Aufschrift „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“ hoch – Beifall bei der CDU/CSU – Heiterkeit bei der SPD)

Da sieht man sogar in einem großen Parlament, in dem gerade nicht viele Abgeordnete sitzen, wer die entsprechende Kraft hat.

Ich wünsche uns gute Beratungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:
Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen auf Drucksache 15/2023 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Sicherheit im Busverkehr“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/1528 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der gesamten Opposition angenommen.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1984 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU-Erweiterung**

– Drucksache 15/2378 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

(C) Die Abgeordneten Krüger-Leißner, Hofbauer, Schulz (Berlin) und Winterstein haben darum gebeten, ihre Reden zu Protokoll geben zu dürfen. Sind Sie damit einverstanden? – Dann verfahren wir so.[1)]

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 15/2378 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Investitionszulagengesetzes 2005 (InvZulG 2005)**

– Drucksache 15/2249 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Haushaltsausschuss
gemäß § 96 GO

Nach interfraktioneller Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks.

(D)

Dr. Barbara Hendricks, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:
Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Osten Deutschlands hat in den 13 Jahren seit der deutschen Vereinigung ein umfassender Modernisierungsprozess stattgefunden. Trotz aller Anstrengungen, die ganz Deutschland unternommen hat, reicht diese Basis für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot leider noch nicht aus.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Die Zahl der Erwerbstätigen hat abgenommen. Die Bevölkerungszahl in den neuen Ländern ist seit Mitte der 90er-Jahre geringer geworden. Die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Arbeitslosigkeit und Abwanderung von jungen und gut qualifizierten Arbeitsuchenden sind Ursachen vieler ostdeutscher Probleme. Trotz beachtlicher Anpassungsfortschritte besteht noch immer ein Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen Deutschlands. Zu den **Defizitbereichen der ostdeutschen Wirtschaft** gehören die zu schwache Investitionsdynamik und – trotz einer ermutigenden Entwicklung – die immer noch zu schmale industrielle Basis.

Deswegen bleibt die **Fortsetzung der Investitionsförderung** in den neuen Ländern ein zentraler Baustein

[1)] Anlage 4

Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks

der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Investitionen sind die Triebfeder jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Die Gemeinschaftsaufgabe der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Investitionszulage bilden dabei die Eckpfeiler. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen: Die Zulagenförderung hat vielfältige Investitionsanreize für die Ansiedlung und das Wachstum von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes in den neuen Bundesländern geschaffen. Die Chancen der geförderten Regionen im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen konnten gestärkt und bestehende Standortnachteile abgebaut werden.

Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, dass das Ende 2004 auslaufende Investitionszulagengesetz von 1999 einer gleichwertigen Anschlussregelung bedarf. Sie begrüßt deshalb die Bundesratsinitiative für ein Investitionszulagengesetz 2005 ausdrücklich. Die Bundesregierung hat das Gesetzesvorhaben von Anfang an unterstützt. Die Weichenstellung hierfür haben der Bundeskanzler und die Regierungschefs der alten und neuen Länder bereits im Sommer 2003 vorgenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wichtig ist, dass wir frühzeitig **Planungssicherheit** für die Investoren schaffen. Deswegen ist es notwendig, dass wir rechtzeitig vor Auslaufen der geltenden Zulagenförderung über die Nachfolgeregelung entscheiden.

Durch das Investitionszulagengesetz 2005 sollen in den Jahren 2005 und 2006 getätigte Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen in den neuen Ländern und Berlin weiterhin gefördert werden. Mit diesem Gesetz und der damit verbundenen Verlängerung der Investitionszulage um weitere zwei Jahre schöpfen wir die, uns mit den EU-Beihilferegelungen gegebenen Möglichkeiten voll aus und leisten einen deutlichen Beitrag, den wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands weiter voranzutreiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat jetzt der Kollege Manfred Kolbe von der CDU/CSU-Fraktion.

Manfred Kolbe (CDU/CSU):
Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Investitionszulagengesetz 1999 läuft zum Ende dieses Jahres aus. Der heute eingebrachte Gesetzentwurf schafft eine Nachfolgeregelung für die Jahre 2005 und 2006. Meine Fraktion begrüßt das ausdrücklich, denn – ich zitiere den einstimmig beschlossenen Gesetzentwurf des Bundesrates –: Die Förderung von betrieblichen Investitionen in den neuen Ländern durch eine Investitionszulage ist nach wie vor geboten.“

Sie ist nach wie vor geboten, weil die wirtschaftliche Entwicklung im Osten trotz unbestrittener Fortschritte in den letzten 13 Jahren im Ganzen seit 1998 doch eher enttäuschend verlief. Seit 1998 stagniert das Wirtschaftswachstum im Osten. Die Wachstumsraten sind geringer als im Westen. Die Zahl der Erwerbstätigen geht seit 1998 konstant zurück, und zwar von 5,49 Millionen 1998 auf nur noch 5,740 Millionen im Jahr 2002. Die Arbeitslosenquote war in den letzten fünf Jahren mit 17 bis 18 Prozent zweieinhalbmal so hoch wie im Westen, wo sie bei 7 bis 8 Prozent liegt. Deutschland wächst also nicht zusammen. Das ist der traurige Befund, den wir alle konstatieren müssen. Die Schere geht in den letzten fünf bis sechs Jahren vielmehr wieder auseinander.

Frau Hendricks, darüber, ob das zufällig oder nicht zufällig mit Ihrem Regierungsantritt zusammenfällt, kann man lange streiten. Einen Vorwurf kann man Ihnen aber nicht ersparen: Sie haben dieser negativen Entwicklung seit 1998 nicht entschieden genug gegengesteuert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Möglichkeit hätten Sie gehabt.

Besondere Sorge muss uns die seit 1998 wieder stark zunehmende **Abwanderung** machen, die wir alle im Deutschen Bundestag meines Erachtens viel zu wenig thematisieren. Der Osten droht auszubluten, weil Arbeits- und Ausbildungsplätze fehlen. Seit 1991 haben im Saldo über 700 000 Menschen die östlichen Bundesländer verlassen. Es gehen – seit 1998 in steigendem Umfang – insbesondere Jüngere, Frauen und gut Ausgebildete. Dies muss uns allen Sorgen machen.

Wie ist dieser Entwicklung nun zu begegnen? Wie können wir dem Aufbau Ost neue Impulse verleihen? Neben einem weiteren Ausbau der Infrastruktur und der Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen müssen wir insbesondere die **direkte Investitionsförderung** beibehalten, möglicherweise sogar revitalisieren.

In diesem Zusammenhang müssen in den nächsten Monaten wichtige Entscheidungen gefällt werden, weil das Investitionszulagengesetz 1999 Ende dieses Jahres ausläuft, weil die Mittelausstattung der Investitionszuschüsse nach der GA Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur degressiv ist und weil mit der EU-Osterweiterung Ungewissheit über die zukünftige Zielgebietszuordnung der östlichen Bundesländer besteht. Es steht eine Reihe fundamentaler Entscheidungen an, die in unterschiedlichen Gremien und auf unterschiedlichen Ebenen getroffen werden müssen, damit der Aufbau Ost wieder in Gang kommt.

Die direkte Investitionsförderung hat in den letzten Jahren durchaus beachtliche **Wachstumsimpulse** gesetzt. Nach Untersuchungen der Universität Münster hat allein die Investitionszulage seit 2000 Investitionen in Höhe von rund 13 Milliarden Euro angestoßen und damit rund 170 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Von Anfang 2000 bis Ende 2002 wurden im Rahmen der GA Investitionszuschüsse in Höhe von über 7,3 Milliarden Euro bewilligt. Damit wurde ein Investitionsvolumen von über 26 Milliarden Euro angestoßen.

Daher sprechen sich die Verfasser des heute vorliegenden Gesetzentwurfs, den wir alle begrüßen, für eine

Manfred Kolbe

(A) Fortführung der Investitionsförderung aus. Ich zitiere aus der Begründung:

> Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern und der nach wie vor bestehende Niveauunterschied der Wirtschaftskraft im Vergleich zu den alten Ländern lassen einen Verzicht auf die ergänzenden Hilfen zur Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen und zur Förderung von Unternehmensgründungen nicht sinnvoll erscheinen.

Es ist gut, dass der Bundesrat dies einstimmig beschlossen hat;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

denn immer noch bestehen Standortnachteile durch Erreichbarkeitsdefizite, eine schwächere Eigenkapitalausstattung und eine um 30 Prozent geringere Arbeitsproduktivität.

Abschließend komme ich auf den **Entwurf eines Investitionszulagengesetzes 2005,** über den wir in den kommenden Wochen und Monaten beraten werden, im Einzelnen zu sprechen. Dieser Entwurf führt im Bereich der betrieblichen Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen die Ende 2004 auslaufende Förderung durch das Investitionszulagengesetz 1999 bis Ende 2006 fort.

Begünstigte Investitionen sind wie bisher die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, (B) die mindestens fünf Jahre zum Anlagevermögen eines Betriebes oder einer Betriebsstätte im Fördergebiet gehören. Aufgrund von Vorgaben der EU fällt die Förderung für Ersatzinvestitionen sowie für Investitionen des Handwerks und des innerstädtischen Handels weg und es gilt ein neuer, eingeschränkter Begriff für kleine und mittlere Unternehmen.

Die Investitionszulage beträgt wie bisher 12,5 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. 25 Prozent bei kleinen und mittleren Unternehmen. In so genannten Randgebieten, also zum Beispiel in Grenzregionen, kommen noch 2,5 Prozent hinzu. Die Investitionszulage ist wie bisher nach Ablauf des Wirtschafts- oder Kalenderjahres festzusetzen.

Anhand vieler Umfragen können wir konstatieren, dass die Wirtschaft die Investitionszulage schätzt, weil sie **Rechtssicherheit** gibt. Auf die Investitionszulage besteht ein Rechtsanspruch. Diese Planungssicherheit ist für Investition in der Wirtschaft wichtig,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

auch wenn seitens der Wirtschaft mitunter die lange Zeitspanne zwischen Investition und Auszahlung der Investitionszulage beklagt wird. Der Grund hierfür liegt im Steuersystem; denn die Investitionszulage kann erst nach Ablauf des Veranlagungszeitraums beansprucht werden.

Die europarechtlichen Vorgaben, die ich schon erwähnt habe, führen in etwa zu einer Halbierung des bisherigen Fördervolumens von 1,174 Millionen Euro auf (C) das neue Fördervolumen von 601,3 Millionen Euro in den Jahren 2005 und 2006. Durch diese Straffung werden bisher mitunter vorkommende Mitnahmeeffekte oder Fehlallokationen vermieden.

Lassen Sie uns über diesen Gesetzentwurf, der, wie gesagt, vom Bundesrat einstimmig beschlossen worden ist, auch im Deutschen Bundestag zügig beraten und ihn verabschieden, damit wir im Osten Deutschlands weitere Investitionen anstoßen. Denn die brauchen wir im Interesse aller.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig möchte ihre Rede zu Protokoll geben, was wir mit Ihrer Zustimmung akzeptieren.[1)]

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr bedauerlich!)

Deswegen hat jetzt der Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Herr Professor Dr. Karl-Heinz Paqué, das Wort.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Karl-Heinz Paqué, Minister (Sachsen-Anhalt):

(D) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt der Entwurf eines Investitionszulagengesetzes 2005 vor. Es ist mehrfach gesagt worden, dass es sich hierbei um eine **Anschlussregelung** für das Investitionszulagengesetz 1999 handelt, das Ende dieses Jahres ausläuft. Dieser Entwurf ist das Ergebnis einer Arbeitsgruppe, die auf Bundesebene eingerichtet wurde. Damit stellt er insbesondere einen Konsens zwischen den alten und den neuen Ländern dar. Er ist ja auch einstimmig vom Bundesrat beschlossen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Inhaltlich – da kann ich mich ganz kurz fassen – unterscheidet sich dieser Entwurf vom geltenden Recht dadurch, dass einerseits europarechtliche Änderungen berücksichtigt wurden, dass andererseits Ersatzinvestitionen nicht mehr gefordert werden und dass schließlich die Förderung des Mietwohnbereichs nicht mehr enthalten ist, was ja bei der Wohnungssituation in Ostdeutschland nachvollziehbar ist. Im Ergebnis wird unter der Beibehaltung der derzeit geltenden Fördersätze die Investitionszulage für das verarbeitende Gewerbe bis Ende 2006 fortgeführt. Förderfähig sind hierbei auch die bis Ende 2006 angefallenen Anzahlungen und Teilherstellungskosten für diejenigen Wirtschaftsgüter, die nicht bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt werden konnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Entwurf ist mehr als ein vernünftiger Kompromiss

---

1) Anlage 5

Dr. Karl-Heinz Paqué, Minister (Sachsen-Anhalt)

(A) über Länder- und Parteigrenzen hinweg: Er ist ein **Beitrag zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands,**

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

dies in einer Zeit, in der zu Recht jede Form einer staatlichen Förderung einer strengen Prüfung unterzogen werden muss. In unserem derzeitigen System der Besteuerung ist die Investitionszulage für das verarbeitende Gewerbe und für produktionsnahe Dienstleistungen in Ostdeutschland allerdings weiterhin an einem sehr wichtigen Platz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die ökonomische Logik spricht für die Fortführung der Investitionszulage. Es ist gesagt worden: Der Produktivitätsrückstand in den mittel- und ostdeutschen Ländern beträgt gegenüber dem Westen noch immer 30 Prozent; die Produktivitätsschere hat sich in den letzten Jahren nicht weiter geschlossen. Die Arbeitslosenquoten sind immer noch sehr hoch und wir leiden leider weiterhin unter einer starken Abwanderung junger und gut qualifizierter Menschen.

Volkswirtschaftliche Analysen dieses Rückstands kommen immer wieder zu einem ganz eindeutigen Ergebnis: Das Hauptproblem liegt in der noch immer viel zu schwachen industriellen Basis.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) Es gibt zu wenige hoch qualifizierte Arbeitsplätze, es gibt noch immer zu wenig Innovations- und Exportkraft und es gibt zu wenig moderne Dienstleistungen. Gerade moderne, produktionsbezogene Dienstleistungen entstehen erst in der Verzahnung mit dem verarbeitenden Gewerbe. Jeder, der einmal die gesunden urbanen Zentren in Westdeutschland besucht und die wirtschaftliche Verflechtung mit den erst entstehenden moderneren Zentren des Ostens verglichen hat, der weiß, dass da noch ein gewaltiger Unterschied besteht. Es ist genau die Investitionszulage, die uns hilft, diesen Rückstand wenigstens ein Stück weit auszugleichen.

(Beifall bei der FDP)

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Investitionszulage ein außerordentlich wirksames Instrument ist; dies ist auch gutachtlich bestätigt worden. Es ist deshalb ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg Mittel- und Ostdeutschlands, wenn wir die Investitionszulage zwei weitere Jahre gewähren; dies gilt umso mehr, je früher die Entscheidung dafür fällt. Meine Damen und Herren, es wurde gesagt: Investoren brauchen klare Signale, sie brauchen **verlässliche Rahmenbedingungen.**

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Planungssicherheit!)

– Planungssicherheit, ganz richtig.

Deshalb müssen wir frühzeitig durch zügige Beratungen in den Ausschüssen – darum möchte ich Sie bitten – ein verlässliches Signal setzen, damit wir für den Aufbau Ost einen weiteren wichtigen Schritt tun können.

(C) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen in Mittel- und Ostdeutschland immer mehr dichte wirtschaftliche Ballungszentren schaffen. Nur so wird es uns gelingen, die jungen Menschen und die qualifizierten Facharbeiter in der Region zu halten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch wenn es hier nur um eine Perspektive von zwei Jahren geht, haben wir mit dieser Verlängerung einen wichtigen Schritt in Richtung der deutschen Einheit im wirtschaftlichen Bereich vor uns. Diese hat sich als schwerer erwiesen, als wir alle lange Zeit dachten.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie!)

Jetzt haben wir die Chance, noch ein weiteres Stück darauf zuzugehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Simone Violka von der SPD-Fraktion.

Simone Violka (SPD):

(D) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich näher auf das Investitionszulagengesetz eingehe, möchte ich es nicht versäumen, an dieser Stelle all den Menschen zu danken, die tatkräftig mitgeholfen haben und immer noch mithelfen, die neuen Länder nach vorn zu bringen.

(Beifall im ganzen Hause)

Hiermit meine ich ausdrücklich alle, egal, ob im Osten oder Westen.

Dennoch ist die gegenwärtige Lage nicht befriedigend. Wir haben nach wie vor Defizite in der Kapital- und Infrastrukturausstattung, die zusammen mit der schwachen weltwirtschaftlichen Wachstumsdynamik den **Aufholprozess in den neuen Ländern** hemmen. Daher ist es unumgänglich, dass der Aufholprozess unterstützt wird, damit er weitergeht. Das haben wir übrigens auch schon in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Darin haben wir festgestellt, dass Investitionen für die weitere Verbesserung und Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur unerlässlich sind und wir deshalb die Investitionsförderung in Ostdeutschland auf hohem Niveau beibehalten.

Da die Geltungsdauer des Investitionszulagengesetzes von 1999 Ende 2004 ausläuft, ist eine Nachfolgeregelung notwendig. Darüber besteht Konsens zwischen den Bundesländern, der Bundesregierung und ich denke auch dem Parlament. Zumindest für die rot-grüne Koalition kann ich das hier zusichern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Simone Violka

(A) Wir unterstützen die weitere Förderung von Erstinvestitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen ausdrücklich.

(Werner Kuhn [Zingst] [CDU/CSU]: Auch die Bestandssicherung und der -ausbau sind genauso wichtig!)

Es ist wichtig, dass diese weitere Förderung auf der Basis eines **EU-konformen Konzeptes** erstellt wurde. Das gibt nicht nur denjenigen, die diese Förderung in Anspruch nehmen, sondern auch für unsere Arbeit Rechtssicherheit. Ich bin froh, dass bereits im Vorfeld im ganzen Hause ein gewisser Konsens bei diesem Thema vorhanden war.

Herr Kolbe hat vorhin gesagt, dass die Bundesregierung seit 1998 nicht genug getan hat. Dazu muss ich Ihnen leider sagen, dass die CDU/CSU-Fraktion im Jahre 2000 – das ist ja noch nicht so lange her – die Änderung des Investitionszulagengesetzes abgelehnt hat. Die FDP hat zugestimmt, die CDU/CSU hat dagegen gestimmt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Werner Kuhn [Zingst] [CDU/CSU]: Da haben Sie etwas durcheinander gebracht!)

– Nein, Sie können das gerne nachlesen. Im Wirtschaftsausschuss haben sich einige Ihrer Kollegen enthalten und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten haben sie komplett dagegen gestimmt.

(B)

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Historische Kenntnisse sind ab und zu mal ganz interessant! – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kuhn, das können Sie sich auch ruhig von einer Frau mal sagen lassen!)

Auch Ihre Zustimmungsfreudigkeit zum notwendigen Stadtumbauprogramm, das eindeutig ein hervorragendes Instrument zur Gestaltung der Infrastruktur in den neuen Ländern ist, war nicht unbedingt ausgeprägt. Vielleicht, weil Sie in den neuen Ländern einmal nachgefragt haben, was man dort von diesen Programmen hält, haben Sie sich zum Glück mittlerweile offensichtlich eines Besseren belehren lassen. Wenn das so ist, dann ist das gut so; denn das Investitionszulagengesetz hat sich bisher als sehr gutes und wirksames Instrument zum weiteren wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands erwiesen.

Viele haben den **Standortvorteil,** den dieses Gesetz mit sich bringt, für sich bereits entdeckt. Es gibt genügend Beispiele für gelungene Umsetzungen. Dabei sind es nicht nur die großen und bekannten Namen, die sich durch einen Unternehmensstandort bei uns in den neuen Ländern zu ihrer Mitverantwortung für den wirtschaftlichen Aufschwung bekennen, sondern es sind auch die vielen Männer und Frauen, deren unternehmerischer Mut so wichtig für den Wirtschaftsstandort neue Länder ist. Darauf wollen und können wir auch in Zukunft nicht verzichten. Ein Beitrag der Politik, dabei unterstützend tätig zu sein, ist es, die Investitionsförderung auf hohem Niveau fortzusetzen und das Investitionszulagengesetz fortzuschreiben.

(C)

Ich möchte an dieser Stelle dafür werben, dass sich auch zukünftig weitere Unternehmen bewusst für den Standort Ostdeutschland entscheiden. Wer seine Produkte deutschlandweit verkaufen will, der muss seinen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen deutschlandweit in die Lage versetzt werden, sich diese leisten zu können. Das können sie aber nur, wenn sie einen Arbeitsplatz und persönliche Perspektiven haben.

Es gibt in den neuen Ländern nach wie vor viele motivierte Menschen aller Altersgruppen, die gern bereit sind, dazu ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen sie und ihr Engagement durch regionale Förderung, um Standortnachteile weiter auszugleichen und die Chancen der Regionen im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen nachhaltig zu verbessern. Es gibt in Ostdeutschland Anzeichen dafür, dass dies auch gelingt.

Vor kurzem konnten wir in Stollberg eine hervorragende Unternehmensansiedlung begrüßen. Ich denke, dass einige Standorte wie Leipzig auch in den umliegenden Regionen dafür sorgen werden, dass sich viele Industrieunternehmen ansiedeln werden und sich auch kleine Betriebe aus Ostdeutschland stabilisieren können, um damit ihren Beitrag zur Wirtschaftlichkeit in den neuen Ländern zu erbringen und den Standort der neuen Länder weiter zu verbessern.

(D)

Daher ist es unerlässlich, die Investitionsförderung über das Jahr 2004 hinaus sicherzustellen. Wir Parlamentarier können dies durch eine zügige Beratung weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Dr. Michael Luther von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollten Sie Ihre Rede nicht auch zu Protokoll geben?)

Dr. Michael Luther (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch zu später Stunde sollte man die Gelegenheit nutzen, miteinander zu reden. Es lohnt sich, über das Investitionszulagengesetz ein paar Sätze zu verlieren.

Wir sind uns darüber einig: Die Zulage ist für die neuen Bundesländer und Unternehmensansiedlungen wichtig. Deshalb bin ich froh, dass in dieser Debatte alle signalisieren, dass dieses Instrument fortgeführt werden soll.

Dr. Michael Luther

(A)

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie Recht!)

Nicht nur das Investitionszulagengesetz muss fortgeschrieben werden. Wir brauchen auch weiterhin die **Gemeinschaftsaufgabe Ost,** was ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen will.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Instrumente sind für den Aufholprozess sehr wichtig. Sie sind aber auch – darauf will ich kurz eingehen – vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung wichtig.

Staatssekretär Tilo Braune aus dem Wirtschaftsministerium hat am Montag dieser Woche in einem Artikel der „FAZ“ sehr richtig erkennen lassen, wie die Situation in den neuen Bundesländern ist. Er hat festgestellt, dass wir das Instrument der Investitionszulage brauchen. Er hat richtig analysiert, dass die Schere zwischen Ost und West weiter auseinander geht. Gleichzeitig hat er aber unterstellt, dies läge daran, dass nach 1990 zu wenig für den Aufholprozess gemacht worden sei. Dieser letzte Punkt seiner Analyse ist falsch. Ich habe das Gefühl: Seitdem der Aufbau Ost zur Chefsache geworden ist – ich kann mich an das Jahr 1998 sehr gut erinnern –, leidet der Aufbau Ost Not.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Warum ist die Investitionszulage so wichtig? Ich will drei Gründe aufzeigen, um es noch einmal zu verdeutlichen.

(B)

Erstens. Es hat sich gezeigt, dass dies ein wirksames Instrument ist. Ich komme aus Sachsen. In Dresden hat sich jüngst das Chipwerk AMD angesiedelt. Ein anderes Beispiel ist BMW in Leipzig. Diese Aufzählung könnte man für andere Bundesländer fortsetzen. Ich denke, darin sind wir alle einer Meinung.

Zweitens. Ich möchte auf einen Umstand hinweisen: Vor nicht allzu langer Zeit wurde der **Solidarpakt II** vereinbart. Beim Solidarpakt II, der erst 2005 in Kraft treten soll, wurde festgestellt, dass ein dringender Nachholbedarf besteht und dafür Investitionsmittel bereitgestellt werden müssen. Der darin enthaltene Korb II beinhaltet unter anderem die Gemeinschaftsaufgabe und die Investitionszulage. Das Volumen soll ungefähr 10 Milliarden DM jährlich umfassen.

(Werner Kuhn [Zingst] [CDU/CSU]: Nein, Euro!)

– Damals wurden diese Vereinbarungen auf D-Mark-Basis getroffen. In Euro umgerechnet, sind es circa 5 Milliarden Euro. Das bedeutet: Wenn man die Investitionszulage kürzen und die Gemeinschaftsaufgabe Ost zurückführen würde, könnte man das gesteckte Ziel nicht erreichen. Dann würde man den Pakt, den man miteinander vereinbart hat, verletzen.

Drittens – das ist der letzte Punkt –: die europäische **Osterweiterung.** Am 1. Mai 2004 kommt eine Reihe von Ländern in die Europäische Union. Dann greifen dort die Instrumentarien der Europäischen Union. Das heißt, die Gebiete an den Grenzen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und natürlich auch von Bayern sind Höchstfördergebiete. Auch bei uns sollte es nach dem, was die EU-Kommission, hier Herr Banier, vorhat, ein Hochfördergebiet geben.

(C)

Wir dürfen aber nicht signalisieren, wir brauchten die Investitionszulage nicht mehr, sie könne wegfallen. Wir dürfen auch nicht signalisieren, dass die Mittel für die GA Ost eingeschränkt werden. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite einen hohen Förderrahmen fordern, damit wir Investitionen fördern können, auf der anderen Seite aber kein Geld zur Verfügung stellen; denn wir würden damit das Signal aussenden, dass wir die Förderung nicht mehr brauchen.

Aus diesem Grunde ist der vorliegende Gesetzentwurf, der vom Bundesrat eingebracht und mit der Bundesregierung abgestimmt worden ist, ein sehr wichtiges Signal. Damit zeigen wir, dass wir hinter dem Aufbau Ost stehen, dass wir nach wie vor eine Menge Mittel und die dazugehörige Förderkulisse brauchen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Bundesregierung noch einmal auffordern, sich dafür einzusetzen, dass wir nicht durch einen statistischen Effekt aus dem Ziel-1-Gebiet herausfallen, sondern entsprechend den gemachten Vorschlägen weiterhin einen hohen Förderrahmen erhalten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Ich schließe die Aussprache.

(D)

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 15/2249 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kretschmer, Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Konzeption zur Struktur und zur Finanzierung eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur jetzt vorlegen

– Drucksache 15/2162 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss

Es ist vereinbart, dass wir die Redebeiträge zu Protokoll nehmen. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Es handelt sich um die Beiträge der Kollegen Andrea Wicklein von der SPD, Michael Kretschmer und Werner Kuhn von der CDU/CSU, Peter Hettlich

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) vom Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Pieper von der FDP und der Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke für die Bundesregierung.[1)]

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/2162 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Die Federführung soll abweichend von der Tagesordnung beim Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen liegen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen. (C)

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 30. Januar 2004, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21.22 Uhr)

1) Anlage 6

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Andreae, Kerstin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	29.01.2004
Bindig, Rudolf	SPD	29.01.2004*
Bonde, Alexander	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	29.01.2004
Büttner (Ingolstadt), Hans	SPD	29.01.2004
Caesar, Cajus	CDU/CSU	29.01.2004
Deittert, Hubert	CDU/CSU	29.01.2004*
Göppel, Josef	CDU/CSU	29.01.2004
Götz, Peter	CDU/CSU	29.01.2004
Hartnagel, Anke	SPD	29.01.2004
Hermenau, Antje	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	29.01.2004
Höfer, Gerd	SPD	29.01.2004*
Hörster, Joachim	CDU/CSU	29.01.2004*
Jäger, Renate	SPD	29.01.2004*
Jonas, Klaus Werner	SPD	29.01.2004*
Lehder, Christine	SPD	29.01.2004
Letzgus, Peter	CDU/CSU	29.01.2004*
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine	FDP	29.01.2004*
Lintner, Eduard	CDU/CSU	29.01.2004*
Mayer, Conny (Baiersbronn)	CDU/CSU	29.01.2004
Müller (Köln), Kerstin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	29.01.2004
Raidel, Hans	CDU/CSU	29.01.2004**
Rauber, Helmut	CDU/CSU	29.01.2004*
Rehbock-Zureich, Karin	SPD	29.01.2004
Riester, Walter	SPD	29.01.2004*
Röspel, René	SPD	29.01.2004
Roth (Augsburg), Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	29.01.2004
Rübenkönig, Gerhard	SPD	29.01.2004
Sauer, Thomas	SPD	29.01.2004
Scharping, Rudolf	SPD	29.01.2004
Dr. Scheer, Hermann	SPD	29.01.2004*
Schmidbauer, Bernd	CDU/CSU	29.01.2004
Dr. Stadler, Max	FDP	29.01.2004
Dr. Wissing, Volker	FDP	29.01.2004
Dr. Wodarg, Wolfgang	SPD	29.01.2004*

(B) (D)

* für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

** für die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung der NATO

Anlage 2

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung der Anträge:

– **Verbesserung der Welternährung und Verwirklichung des Rechts auf Nahrung**

– **Verantwortung für die Sicherheit der Welternährung übernehmen – Chancen der Grünen Gentechnik nutzen**

(Tagesordnungspunkt 5)

Petra Pau *(fraktionslos):* Bei mir hinterlassen die vorliegenden Anträge und Reden den faden Beigeschmack einer Alibi-Veranstaltung, inszeniert zur Beruhigung des schlechten Gewissens – in Anbetracht hunderttausendfachen Hungers und unzähliger Verhungerter, die keine Statistik erfasst.

Auch ist der Debattenbegriff „Welternährung“ ein Abstraktum. Er dient mehr der Verschleierung als Erhellung. Das zu lösende Problem ist doch nicht die Welternährung. Die ist – statistisch gesehen – bereits heute gesichert. Nahrungsmittel werden ausreichend produziert. Und trotzdem verhungern Menschen.

(A) Die eigentliche Frage ist also eine ganz konkrete, die nach dem deutschen und EU-Beitrag zur Überwindung des Hungers, dieser Geisel vieler Entwicklungsländer.

Weder der zur Annahme empfohlene Koalitionsantrag noch der CDU/CSU-Antrag geben darauf ausreichend Antwort. Der Antrag der Koalition belässt es dabei, festzustellen, dass die Zahl der Hungernden jährlich um durchschnittlich 2,5 Millionen abgenommen habe anstatt um 24 Millionen, die notwendig wären, um bis 2015 die vom Welternährungsgipfel 1996 beschlossene Halbierung der Zahl der in dieser Welt hungernden Menschen zu erreichen. Hier macht die Koalition einen Punkt. Es gibt keine Wertung geschweige denn eine Schlussfolgerung. Dabei ergibt sich aus diesen Zahlen, dass das Halbierungsziel erst 2060 – also mit 45 Jahren Verspätung – erreicht würde.

Der Antrag der CDU/CSU beruhigt damit, dass – ich zitiere – „sich die Versorgung der Menschen in den letzten Jahrzehnten enorm verbessert hat“. Mit dieser Formulierung wird einfach ausgeblendet, dass die Zahl der Hungernden seit Mitte der 90er-Jahre wieder angestiegen ist. Dies besagt der Bericht zu Hunger und Unterernährung 2003 der FAO. Darin steht wörtlich: „Die Bekämpfung des Hungers hat … einen Rückschlag erlitten.“

Besonders schlimm finde ich den Missbrauch dieses ernsten Themas durch die CDU/CSU. Ihr Antrag ist ein reiner Pro-Gentechnik-Antrag im Interesse der Kapitalverwertungsinteressen der Industrie. Er geht glatt an den Bedürfnissen und Bedingungen der Entwicklungsländer (B) vorbei. Außer dem „Wundermittel“ Gentechnik wird darin nichts zur Überwindung von Hunger und Unterernährung angeboten. Damit schließe ich nicht aus, dass die Grüne Gentechnik – sollten sich heutige Bedenken als gegenstandslos erweisen – früher oder später ein Mittel zur Steigerung der Agrarproduktion sein kann.

Fakt ist, dass Deutschland, die EU, USA und andere Industrienationen durch ihre Politik der Agrarsubventionen, des erschwerten Marktzugangs für landwirtschaftliche Produkte, der Waffenlieferungen, des Abbaus landwirtschaftlicher Entwicklungshilfe, des Verfalls von Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Exportprodukte der Länder der Dritten Welt zur weltweiten Ausbreitung von Hunger und zu den bisher unzureichenden Ergebnissen bei der Bekämpfung des Hungers beitragen.

Die Lösung der Ernährungsfrage ist deshalb untrennbar mit dem Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verbunden.

Für die PDS hat die Sicherung der Ernährung und der Erhalt ländlicher Wirtschaftskraft Vorrang vor handelspolitischen Interessen. Sie vertritt deshalb folgende Positionen:

Erstens. Die Exportsubventionen, die Millionen von Landwirten in den Ländern des Südens in den Ruin treiben, müssen abgeschafft werden. Anstatt die Entwicklungsländer mit europäischen Agrarprodukten zu Dumpingpreisen zu überschütten, muss die EU diesen Ländern helfen, gesunde Binnenmärkte aufzubauen und regionale Wirtschaftskreisläufe herauszubilden.

(C) Zweitens. Importe agrarischer Billig-Rohstoffe, die zu Lasten der Nahrungsproduktion in den Entwicklungsländern erzeugt werden, sind zu drosseln und durch Eigenprodukte zu ersetzen, Eiweißfutter, Edelhölzer.

Drittens. Erforderlich ist eine differenzierte Sonder- und Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer. Unsere Unterstützung hat deshalb die auch in Cancun erhobene Forderung auf Einrichtung einer „Development-Box“ im WTO-Regelwerk. Ohne Außenschutz sind keine Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe und die Sicherung der Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln möglich.

Viertens. Deutschland sollte das von der FAO vorgeschlagene Anti-Hungerprogramm kräftig unterstützen. Mit Nahrungsmittelnothilfe für die Ärmsten, sowie Investitionen in Landwirtschaft, natürliche Ressourcen, Infrastruktur und Ausbildung könnten die Lebensbedingungen von Millionen armer Menschen in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt entscheidend verbessert und Hunger verringert werden. Das setzt voraus, dass Deutschland endlich seiner Verpflichtung bei der Entwicklungshilfe voll nachkommt. Immerhin haben die EU-Mitgliedstaaten zugesagt, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für die Finanzierung von Entwicklungshilfe bereitzustellen. Aber elf von 15 Mitgliedstaaten haben dieses Versprechen nicht erfüllt. Darunter ist nach wie vor auch Deutschland.

Es reicht also nicht, im Bundestag Betroffenheit zu zelebrieren und anschließend den Tagesordnungspunkt abzuhaken. Die Koalition sollte handeln und nicht bloß (D) reden.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze (Tagesordnungspunkt 13)

Dr. Erika Ober *(SPD):* Das AiP wurde Mitte der 80er-Jahre eingeführt, um in Zeiten hoher Studierendenzahlen im Fach Humanmedizin die praktische Qualifikation junger Ärzte und Ärztinnen zu verbessern. Das Manko an praktischer Erfahrung während des Studiums sollte durch die dem dritten Examen nachgelagerte praktische Ausbildung ausgeglichen werden.

Mit der Änderung der Approbationsordnung im Frühjahr 2003 hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates die ärztliche Ausbildung reformiert und klinischen Unterricht stärker in die medizinische Ausbildung einbezogen. Daraus ist zu folgern: Da die praktische Ausbildung junger Ärzte sich verbessert hat, geht es im nächsten Schritt darum, die Arbeitssituation insofern zu verbessern, dass gleicher Qualifikationsstand auch gleiche Verantwortung nach sich zieht. Der uns vorliegende Gesetzentwurf dient diesem Ziel: Die „Arzt-im-Praktikum“-Phase soll zum 1. Oktober 2004 entfallen.

(A)

Ärztinnen und Ärzte, die nach diesem Stichtag ihr Medizinstudium mit dem dritten Staatsexamen beenden, gehen nicht mehr in die AiP-Phase. Diejenigen, die nach diesem Stichtag noch einen AiP-Vertrag erfüllen, sollen aber die gleiche Vergütung wie künftige Assistenzärzte erhalten. Das ist vernünftig, weil auf diese Weise vermieden wird, dass denjenigen finanzielle Nachteile entstehen, die zufällig einen Prüfungstermin kurz vor und nicht nach dem Stichtag zugewiesen bekommen. Der Entwurf der Bundesregierung setzt auch die EU-Richtlinie, 2001/19/EG, zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise um und passt Gesetze und Verordnungen an die Neuerungen an. Er verbessert somit die Rechtsstellung von nicht deutschen Staatsangehörigen, die hierzulande tätig werden wollen. Außerdem wird ein zweimonatiger Zeitraum für die Prüfungsvorbereitung geschaffen, in dem keine praktische Arbeit geleistet werden soll. Das verbessert die Situation der Studierenden vor einer abzuleistenden Prüfung.

Dieser Entwurf trägt notwendig gewordenen Anpassungen und der Humanisierung der Arbeitszeiten Rechnung. Er modernisiert die ärztliche Ausbildung und stellt eine bundesweit einheitliche Grundqualifikation sicher. Der Arztberuf wird attraktiver, auch weil ärztliche Tätigkeiten in dieser Phase der Weiterbildung angemessen bezahlt werden. Die Abschaffung des AiP sorgt dafür, dass voll ausgebildete und mehrfach staatlich examinierte Ärzte und Ärztinnen nun auch angemessen entlohnt werden. Dies ist eine Forderung, die schon lange gestellt wird und der mit diesem Gesetzentwurf nun nachgekommen wird.

(B)

Die Differenz der Bezahlung von AIP und Assistenzärzten liegt bei 29 000 Euro pro Kopf im Jahr. Bei anzunehmenden 10 000 Studienabschlüssen ergibt sich ein Finanzbedarf von 300 Millionen Euro innerhalb eines Jahres. Circa 3 Millionen Euro, also 1 Prozent, davon kommen auf den Bundeshaushalt zu. Sie resultieren aus der Ausbildung von circa 200 Ärzten und Ärztinnen in der Bundeswehr. Die anderen durch die Abschaffung des AiP anfallenden Kosten werden durch das GKV-Modernisierungsgesetz mit Änderungen zur Bundespflegesatzverordnung und des Krankenhausentgeltgesetzes aufgefangen. Nach dem Stichtag 1. Oktober 2004 wird es eine Übergangsphase geben. Die finanzielle Gleichgestelltheit von AiP und Assistenzärzten geht dann bis zum Auslaufen der letzten AiP-Verträge mit unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Bedingungen für beide Gruppen einher.

Assistenzärzte sind vollapprobiert. AiP erhalten eine Teilapprobation. Das bedeutet in der Praxis, dass sie im Gegensatz zu Assistenzärzten anderen Haftungsregeln unterliegen. Sie müssen stets unter Anleitung arbeiten. Die Verantwortung für ihr Handeln übernimmt ihr vollapprobierter Anleiter.

Es gibt Ideen zur Behebung dieser unterschiedlichen Stellung von Ärzten und Ärztinnen, die grundsätzlich über die gleiche Qualifikation verfügen. Zur Diskussion steht beispielsweise eine Optionslösung während der Übergangsphase. Sie ermöglicht es Ärzten und Ärztinnen mit AiP-Verträgen nach dem 1. Oktober, einen Antrag auf Erteilung einer Vollapprobation zu stellen. Damit wäre nicht nur die finanzielle, sondern auch die rechtliche Gleichstellung von AiP möglich. Ob allerdings eine solche Möglichkeit rechtlich umsetzbar ist, muss noch geprüft werden.

(C)

Dennoch – es ist sinnvoll, den Ärzten und Ärztinnen wegen unterschiedlicher haftungsrechtlich relevanter Verantwortung von jungen Ärzten und Ärztinnen während der Übergangsphase zu erlauben, sich um eine Vollapprobation zu bemühen. Damit würde vermieden, dass Ärzte und Ärztinnen mit gleichem praktischen wie theoretischem Ausbildungsstand nicht unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Bedingungen unterliegen.

Monika Brüning *(CDU/CSU):* Das Gesetz zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze, das wir heute in erster Lesung beraten, dient an erster Stelle der Abschaffung der so genannten Arzt-im-Praktikum-Phase. Dies ist sinnvoll und auch notwendig! Aber die Veränderung muss mit Augenmaß durchgeführt werden. Darauf werden CDU/CSU im Ausschuss dringen. Die Abschaffung darf vor allem nicht zulasten derjenigen gehen, die sich dann noch in der AiP-Phase befinden.

Als diese zweijährige Praxisphase mit dem Vierten Gesetz zur Änderung der Bundesärzteordnung in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre eingeführt wurde, gab es dafür gute Gründe. Damals war man sich einig, dass das Studium die angehenden Ärzte nicht ausreichend auf die praktische Tätigkeit vorbereitet. Ärztevertreter und Krankenkassen hielten eine Verbesserung der praktischen Ausbildung für unbedingt erforderlich. Angesichts der hohen Studierendenzahlen erschien eine Veränderung des Studiums allein als nicht ausreichend. Das AiP erschien allen damals als gute Lösung. Die Medizinstudenten sollten im Anschluss an das Studium praktische Erfahrungen unter der Aufsicht erfahrener Ärzte sammeln. Erst danach wurde ihnen die Approbation erteilt, mit der sie den ärztlichen Beruf uneingeschränkt ausüben dürfen.

(D)

1997 hat Horst Seehofer als damaliger Gesundheitsminister dem Bundesrat eine neue Approbationsordnung für Ärzte vorgelegt. Damals hat die SPD den Entwurf im Bundesrat blockiert. Nun hat Gesundheitsministerin Schmidt diesen Entwurf wieder zum Leben erweckt und ohne wesentliche Änderungen übernommen. Wir freuen uns ja, dass die SPD die Qualität der Arbeiten von Herrn Seehofer zu schätzen weiß. Allerdings sind sechs lange Jahre vergangen, in denen diese wichtige Änderung blockiert wurde. Das bedeutet – bei einer Studiendauer von knapp sechs Jahren –, dass eine ganze Studiengeneration von der neuen Approbationsordnung hätte profitieren können. Es ist wirklich bedauerlich, dass die neue Regelung erst jetzt umgesetzt wird. Aber besser spät als nie!

Nach den jahrelangen Widerständen ist die neue Approbationsordnung nun seit dem Wintersemester 2003/2004 in Kraft und ermöglicht die Abschaffung der AiP-Phase. Denn ein integrierendes Studium und ein stärkerer Praxisbezug machen die 18-monatige Praktikumsphase überflüssig. Junge Mediziner sollten am Ende

(A) ihres Studiums in der Lage sein, im ärztlichen Alltag zu bestehen. Die neue Approbationsordnung schafft unter anderem Erleichterungen für die Prüfungsvorbereitungen, indem eine zweimonatige Vorbereitungsphase eingeführt wird.

Bei der Einführung des AiP rechnete man mit einer Ärzteschwemme. Heute, im Jahr 2004, ist das Gegenteil der Fall. Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! Insbesondere in der ambulanten Versorgung in den östlichen Bundesländern ist ein Ärztemangel zu befürchten. Aufgrund der Altersstruktur dort ist mit einem verstärkten Ausscheiden von Hausärzten zu rechnen. Lokale Versorgungsengpässe drohen. Das darf nicht sein. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Alle Patienten haben Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, egal wo sie wohnen.

Wie kann dies gelingen? Die Antwort liegt auf der Hand: Der Arztberuf muss wieder attraktiver werden, damit junge Menschen sich für das Studium und die Arzttätigkeit entscheiden. Gerade zu Beginn der Berufstätigkeit muss die Attraktivität gesteigert werden. Eine Abwanderung junger Ärzte in andere Berufszweige verstärkt den Ärztemangel und muss verhindert werden.

Die Abschaffung des AiP ist ein wichtiger Schritt. Denn die Bedingungen waren für die jungen AiPler vielfach ungenügend. Sie haben die Aufgaben eines Assistenzarztes wahrgenommen, ohne entsprechend eigenverantwortlich zu sein. Hinzu kam die schlechte Bezahlung und die extrem hohe Arbeitsbelastung. Ich kenne die Worte von Betroffenen: „Wenn ich gewusst hätte, was (B) nach dem Studium auf mich zukommt, hätte ich nicht Medizin studiert.“ Dass junge Menschen, die mit viel Enthusiasmus ins Studium gestartet sind, sich so demotiviert fühlen, müssen wir mit den richtigen Entscheidungen verhindern.

Die vorliegenden Änderungen reichen aber nicht aus. Was also tun? Studienbedingungen, Vergütung, Arbeitszeiten und Berufsperspektiven sind die Stellschrauben, an denen wir drehen können, um die Attraktivität des Arztberufes zu erhöhen.

Die Gesundheitsreform, die wir im vergangenen Jahr verabschiedet haben, bietet jungen Ärzten neue Berufschancen. Durch die Neuregelungen zur Integrierten Versorgung werden nämlich zunehmend neue Versorgungsformen entstehen – wie etwa Gesundheitszentren an Krankenhäusern. Solche Zentren sind für junge Ärzte und Ärztinnen sowohl ökonomisch als auch von der Gestaltung der Arbeitszeiten her sicherlich attraktiv.

Wie wir wissen, liegt etwa bei den Arbeitszeiten einiges im Argen. Hier ist seit dem vergangenen Herbst vieles im Umbruch. Das Urteil des EuGH, wonach Bereitschaftsdienste als Arbeitszeiten zu werten sind, stellt die Krankenhäuser vor große finanzielle Herausforderungen. Eigentlich müssten aufgrund der EuGH-Entscheidung in Deutschland nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft 41 000 neue Klinikärzte eingestellt werden, was Personalmehrkosten in Höhe von 1,75 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten würde. Vielen Kliniken fehlt jedoch hierfür das Geld. Außerdem gibt es derzeit (C) gar nicht genügend Arbeit suchende Ärzte, um so viele Stellen zu besetzen. Denn lediglich 6 300 Ärzte, davon 1 700 Fachärzte, sind auf der Suche.

Dass nun die zuständige Europäische Kommissarin angekündigt hat, möglicherweise den Mitgliedstaaten zu überlassen, wie sie Bereitschaftsdienste bewerten, sorgt vollends für Verwirrung. Zwar gilt seit Anfang des Jahres mit einer Übergangsfrist bis 2006 das revidierte Arbeitszeitgesetz, wonach Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit einzustufen sind. Aber trotzdem müssen viele Krankenhausärzte weiterhin mehr als 48 Stunden pro Woche ohne Zeitausgleich arbeiten. Dies wäre nach dem Gesetz eigentlich nicht mehr möglich. Solche Arbeitszeiten tragen sicherlich nicht zur Attraktivität des Arztberufes bei. Hier brauchen wir bald Klarheit.

Auch die möglichen finanziellen Auswirkungen der jüngsten Entscheidung des Bundessozialgerichtes, dass Bereitschaftsdienst geringer vergütet werden kann als normale Arbeitszeit, müssen wir einbeziehen. Keinen dieser Punkte dürfen wir aus dem Blick verlieren, wenn wir über das Gesetz zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze beraten.

Lassen Sie mich hier auf ein wichtiges Detail bei der Abschaffung des AiP zu sprechen kommen: die Frage der Übergangsfrist. Zum jetzigen Zeitpunkt ist in Art. 7 des Entwurfs eine Stichtagsregelung vorgesehen. Das heißt, ab dem 1. Oktober 2004 soll es keine AiPler mehr geben. Studenten, die vorher ihr Studium beenden, müssen das AiP ableisten. Diejenigen, die es danach abschließen, erhalten ohne AiP die Vollapprobation als Ärztin oder Arzt. (D)

Das führt zu der absurden Situation, dass beispielsweise die Berliner Ärztekammer Jungärzten empfiehlt, mit der Aufnahme der praktischen Tätigkeit bis zum Oktober zu warten. Die Wahl ist schwierig: entweder jemand tritt jetzt in die praktische Phase ein und muss befürchten, noch die vollen 18 Monate des AiP bei schlechter Bezahlung abzuleisten – aber er hat in dieser Zeit immerhin eine Stelle – oder wartet bis Oktober, um als vollwertiger Assistenzarzt eingestellt zu werden, mit dem Risiko, dass er keine Stelle findet, weil die Krankenhäuser aufgrund knapper Mittel in vielen Orten weniger Stellen anbieten.

Zu verlangen, dass Studentinnen und Studenten, die beispielsweise noch am 30. September 2004 ihre Prüfungen ablegen, noch eine 18-monatige AiP-Phase ableisten, während die anderen sofort ihre vollberufliche Tätigkeit aufnehmen können, benachteiligt diese Personen. Nach Berechnungen des Hartmann-Bundes liegen die finanziellen Nachteile im Vergleich zu einem Assistenzarzt mit der Vergütungsgruppe BAT II a bei gleichen persönlichen Verhältnissen bei knapp 40 000 Euro! Das Ministerium geht bei einer Einstellung aller Ärzte im Praktikum als Assistenzärzte von nur 29 000 Euro aus. Ausgehend von circa 10 000 Anfängern für die AiP-Phase bzw. die Assistenzarzttätigkeit liegen die Mehrkosten nach Angaben des Ministeriums bei rund 300 Millionen Euro pro Jahr. Die Finanzierung dieser Kosten soll durch die finanziellen Festlegungen des GKV-Modernisierungsgesetzes erfolgen.

(A)

Nach Aussage der Regierung soll sichergestellt werden, dass ab dem Stichtag auch die im AiP befindlichen Ärzte die gleiche Vergütung erhalten können wie künftige Assistenzärzte. Es ist hier von einer Möglichkeit die Rede. Über die Ausgestaltung im Sinne aller Beteiligten ebenso wie über die von der Regierung erwähnten Alternativen werden wir im Ausschuss reden müssen.

Ebenfalls klären müssen wir das Nebeneinander von erfahrenen AiPlern und in der Praxis noch unerfahrenen vollapprobierten Ärzten in der Übergangszeit. Denn es kann passieren, dass ein AiPler, der schon zehn Monate arbeitet, plötzlich Ärzten gegenüber weisungsgebunden wäre, die frisch von der Uni kommen und keine praktische Erfahrung haben. Dabei war doch gerade der Sinn des Gesetzes, dass junge Ärzte Praxiserfahrung erwerben sollten, bevor sie selbst größere Verantwortung übernehmen.

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass eine Regelung im Sinne der Betroffenen gefunden wird. Dafür werden wir uns im Ausschuss einsetzen.

Petra Selg *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Nach wie vor erfreut sich das Medizinstudium in Deutschland großer Beliebtheit. Regelmäßig gibt es mehr Bewerber als Studienplätze. Trotzdem berichten immer mehr Krankenhäuser von Problemen, ihren Nachwuchs zu rekrutieren. Immer häufiger wird vor einem bevorstehenden Ärztemangel in Deutschland gewarnt. Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch: Zwar gibt es genug Studienanfänger. Aber immer weniger Studenten beenden ihr Medizinstudium oder sie entscheiden sich nach dem Ende ihres Studiums gegen die klassische ärztliche Tätigkeit am Patienten im Krankenhaus und für gut bezahlte Positionen in der Pharmaindustrie, in Unternehmensberatungen etc.

(B)

Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung beseitigen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf: die AiP-Phase. Derzeit müssen alle Absolventen des Medizinstudiums, die sich für die ärztliche Tätigkeit im Krankenhaus entscheiden, im Anschluss an ihr Studium eineinhalb Jahre als Arzt im Praktikum, arbeiten. Grund dafür ist, dass sie nach ihrem Studium zunächst einmal praktische Erfahrung sammeln sollen, bevor sie als vollwertige Ärzte eingesetzt werden. In der Theorie heißt das: Die angehenden Ärztinnen arbeiten unter Aufsicht, ohne selbst in größerem Umfang Verantwortung tragen zu müssen. So sollen sie von erfahreneren Kolleginnen allmählich an die praktische Arbeit im Krankenhaus herangeführt werden.

Die Praxis sieht jedoch anders aus. Ich habe über 20 Jahre als Krankenschwester im Krankenhaus gearbeitet. In der Realität sind die AiPler mit ihren Sorgen und Nöten häufig allein gelassen. Sie werden ins kalte Wasser geworfen. Ihre tägliche Arbeit unterscheidet sich praktisch nicht von der eines Assistenzarztes. Oft müssen sie selbstständig ohne Anleitung arbeiten. Entsprechend hoch sind die Anforderungen und der Druck. Gleichzeitig ist jedoch die Bezahlung miserabel. Außerdem sind die AiPler in der krankenhausinternen Hackordnung ganz unten. Kein Wunder also, dass immer mehr junge Ärztinnen die Arbeit im Krankenhaus scheuen.

(C)

Mit der in diesem Gesetz vorgesehenen Abschaffung des AiP machen wir die klassische ärztliche Tätigkeit im Krankenhaus für Absolventen wieder attraktiver. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass junge Ärztinnen als Billigarbeitskräfte ausgebeutet werden. Das gilt umso mehr, da im Frühjahr 2003 die Approbationsordnung geändert wurde. Die universitäre Ausbildung wurde dadurch deutlich praxisnäher gestaltet. Deshalb werden Absolventen künftig im Krankenhaus sofort als Assistenzärzte eingestellt. Die für die Gegenfinanzierung notwendigen rund 300 Millionen Euro haben wir bereits im Rahmen der Gesundheitsreform bereitgestellt, sodass die Krankenhäuser nicht zusätzlich belastet werden.

Uns Grünen war wichtig, dass diese Neuregelung schnell greift. Stichtag ist jetzt der l. Oktober 2004. Noch schneller ging es nicht. Damit sendet die Bundesregierung ein klares Signal an junge Menschen, die den Arztberuf ergreifen wollen. Ich bin überzeugt, dass sich angesichts dieser Entwicklung wieder mehr Absolventen für den Dienst am Patienten im Krankenhaus entscheiden werden.

Mit diesem Gesetzentwurf geht Rot-Grün somit zum einen die Frage der Nachwuchsgewinnung in unserem eigenen Land an. Zum anderen machen wir es aber auch Ärztinnen aus anderen EU-Ländern leichter, in Deutschland zu arbeiten. Durch die im Gesetzentwurf angelegte Umsetzung der EU-Richtlinie zur Harmonisierung der ärztlichen Berufe verbessern wir die Rechtsstellung von nichtdeutschen Staatsangehörigen, die in Deutschland ärztlich tätig werden wollen. Damit reagieren wir auf die absehbare demographische Entwicklung in unserem Land und das Problem, dass immer weniger junge Menschen für den ärztlichen Nachwuchs zur Verfügung stehen werden.

(D)

Dennoch ist klar, dass die Abschaffung des AiP nur ein Baustein in einer Gesamtstrategie zur Attraktivitätssteigerung des Arztberufs ist; denn nur, wenn die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus insgesamt attraktiv sind, werden Ärztinnen auch dauerhaft dort bleiben wollen. Mit anderen Worten: Es geht nicht nur um die Berufsanfänger, es geht auch um die Ärztinnen, die über viele Jahre im Krankenhaus arbeiten wollen.

Mit dem im Dezember beschlossenen Arbeitszeitgesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils zum Bereitschaftsdienst haben wir in dieser Hinsicht viel erreicht. Künftig werden Ärztinnen humanere Arbeitszeiten haben. Dienste bis zur vollständigen physischen und psychischen Erschöpfung gehören dann hoffentlich der Vergangenheit an. Gleichzeitig machen wir es Ärztinnen und natürlich auch Ärzten leichter, sich neben ihrem Beruf auch für eine Familie zu entscheiden.

In einem weiteren Schritt wird es darauf ankommen, die ärztliche Tätigkeit zu entbürokratisieren. Immer wieder wird die hohe Belastung der Krankenhausärztinnen mit bürokratischen Tätigkeiten beklagt. Es heißt, dass zu wenig Zeit für die Arbeit mit den Patientinnen bliebe – und damit für das, was den Arztberuf ausmachen

(A) sollte. Hier sind wir gemeinsam mit den Krankenhäusern gefragt, Lösungen zu entwickeln. Wir können es uns nicht länger leisten, ärztliche Kompetenz durch unnötigen bürokratischen Aufwand zu binden; denn dann bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und die Motivation der Ärztinnen sinkt. Allerdings fehlen bisher konkrete Vorschläge seitens der Betroffenen, wo diesbezüglich politische Eingriffe erforderlich sind.

Insgesamt gesehen sind wir also auf einem guten Weg, für Ärztinnen deutliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erreichen. Der vorliegende Gesetzentwurf wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sich in Zukunft in Deutschland genügend junge Menschen für die Arbeit mit den Patientinnen entscheiden.

Detlef Parr *(FDP):* Der Arzt im Praktikum wird abgeschafft! Das ist lange geplant und von uns allen gewollt. Hierzu möchte ich jedoch gerne aus dem Begründungsteil des vorliegenden Gesetzentwurfs etwas zitieren, was ich bemerkenswert fand:

> Aufgrund des prognostizierten Zuwachses von Studierenden, die ihr Studium nicht abschließen oder nicht in die kurative Tätigkeit gehen, war infolge des in bestimmten Regionen zu erwartenden Ärztemangels ein möglichst schneller Wegfall der „AiP“-Phase vorzusehen, um die Attraktivität der kurativen ärztlichen Berufsausübung gerade zu Beginn, der praktischen ärztlichen Tätigkeit zu verbessern.

(B) Es freut mich zu hören, dass auch die Bundesregierung endlich eingesehen hat, dass wir auf einen Ärztemangel in der kurativen Versorgung zulaufen und die Ursache hierfür in den schwierigen Arbeitsbedingungen der Ärzte liegen. Bis heute wurde das Ihrerseits konsequent ignoriert.

Sicherlich ist die Abschaffung des AiPs ein wichtiger erster Schritt. Darüber herrscht Einigkeit, und wir haben es daher hier und heute mit einem Gesetzentwurf zu tun, der erfreulicherweise recht unstrittig ist. Mit der prinzipiellen Zustimmung meiner Partei dürfen Sie jedenfalls rechnen.

Ob einzelne Regelungen wie beispielsweise die der Übergangsbestimmungen noch verbesserungsfähig sind, werden die voraussichtliche Anhörung sowie die Diskussion im Ausschuss sicherlich noch klären. Auch erlaube ich mir den Zweifel, dass die im GKV-Modernisierungsgesetz GMG, gefundene Regelung, die Mehrkosten aufzufangen, den Krankenhäusern tatsächlich eine finanzielle Erleichterung bringen wird. Das wird ebenfalls noch zu prüfen sein. Denn auf keinen Fall darf passieren, dass Krankenhäuser zwei bis drei AiP-Stellen auf eine Assistenzarztstelle zusammenzuziehen. Damit wäre weder den Ärzten noch den Patienten geholfen.

Der Arzt im Praktikum war für die jungen angehenden Ärzte ein wahrlich unerfreulicher Zustand. Schlechte Bezahlung, Überstunden über Überstunden und meist schon ein Arbeiten in höchster Verantwortung. Von der Arbeit unter Aufsicht und Anleitung durch einen erfahrenen Arzt war wenig zu hören. So sind wir uns einig, dass ein Instrument, das vor allem mit dem Stigma (C) der Ausbeutung der Ärzte versehen ist, bald ausgedient hat. Hoffen wir, dass so die Abwanderung dieser jungen Ärzte ins Ausland, wo sie bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen vorfinden können, durch dieses Gesetz eingedämmt werden kann. Denn wertvolle, qualifiziert ausgebildete Ärzte gehen dem deutschen Gesundheitswesen seit Jahren zum Teil dauerhaft verloren. Doch ich bezweifle, dass diese Maßnahme ausreichen wird, um dem Ärztemangel in Deutschland Herr zu werden. Die lebenslange Perspektive fehlt den Ärzten!

Wie sieht es mit der Weiterbildung der Ärzte zukünftig aus? Werden Krankenhäuser nach Umstellung auf die diagnosebezogenen Fallpauschalen noch genauso bereit sein, Ärzte weiterzubilden wie heute? Weiterbildung kostet Geld. Und einfacher ist es für ein Krankenhaus allemal, auf ausgebildete Fachärzte zurückzugreifen. Dies müssen wir sorgfältig beobachten, um die jungen Ärzte nicht gleich in die nächste Falle zu jagen.

Was für Chancen haben die Ärzte nach ihrer Weiterbildung? Unter den schwierigen Arbeitsbedingungen im Krankenhaus bleiben? Oder den Weg in die Niederlassung suchen? Auch dieser wird den Ärzten seit Jahren immer unattraktiver gemacht. Budgetbedingungen, Nullrunden, Verdrängung des freiberuflich niedergelassenen Arztes. Ganz zu schweigen das tiefe Mißtrauen, das die Bundesregierung mit der letzten Gesundheitsreform gegenüber der Arbeit und den Leistungen der deutschen Ärzteschaft demonstriert hat: Wirtschaftlichkeitsprüfungen, umfangreiche Verordnungskontrollen, Regressandrohungen, Fortbildungskontrollen, der Korruptionsbeauftragte. (D)

Die Abschaffung des AiPs alleine hilft nicht, den Arztberuf wieder attraktiver zu machen. Dem drohenden Ärztemangel muss sicherlich noch stärker entgegengewirkt werden. Als weiteren Schritt empfehlen wir Ihnen, sich auch gemeinsam mit uns an das andere Ende des ärztlichen Lebenslaufs zu begeben und sich unserem Antrag zur Aufhebung der Altersgrenze für die Vertragsgrenze anzuschließen. Denn der Versorgungsengpass im ambulanten, niedergelassenen Bereich besonders in den neuen Bundesländern ist schon längst da. Wenn man sich die Altersstruktur gerade der Hausärzte anschaut, dann wird man feststellen, dass immer mehr Ärzte Praxen aus Altersgründen verlassen müssen, für die es keine Nachfolger gibt. Sicherlich muss die Lösung in der Frage liegen, wie wir junge Ärzte in diese Gebiete locken, doch dem 68-jährigen Arzt, der noch willens und motiviert ist, seine Patienten zu versorgen und zu behandeln, sollten wir wieder die Chance dazu geben.

Lassen wir dies heute als einen ersten Schritt sehen, die Ärzte zurück in ihren Beruf zu holen, aber bitte nicht als den letzten.

Marion Caspers-Merk, *Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:* Mehr Qualität im Gesundheitswesen lautet das Ziel, das wir uns gesetzt haben. Dazu gehört auch, dass die Bedingungen für Ärztinnen und Ärzte verbessert

(A) werden und dass hohe Verantwortung und hohe Arbeitsbelastung honoriert werden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir die Abschaffung des „Arztes im Praktikum“, kurz AiP, auf den Weg bringen. Dies ist ein Anreiz für alle jungen Mediziner, den Beruf, für den sie sich mit dem Medizinstudium entschieden haben, auch wirklich auszuüben. Denn der AiP – und vor allem die vergleichsweise schlechte Bezahlung in dieser Zeit – war einer der Gründe dafür, dass immer mehr junge Ärztinnen und Ärzte nach Alternativen zum Arztberuf gesucht haben. Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschlossen, mit der Abschaffung des Arztes im Praktikum nicht länger zu warten, sondern den erstmöglichen Zeitpunkt für die Abschaffung zu wählen, nämlich den 1. Oktober 2004. Mit diesem Schritt tragen wir dem Strukturwandel von der Ärzteschwemme zum Ärztemangel Rechnung, der sich insbesondere in den Krankenhäusern abzeichnet.

Mit der auf mehr Praxisnähe ausgerichteten Reform der ärztlichen Ausbildung haben wir eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Arzt im Praktikum entfallen kann. Für eine schnellstmögliche Abschaffung des AiP spricht auch die Tatsache, dass aufgrund von Rechtsänderungen im Sozialgesetzbuch V junge Ärztinnen und Ärzte nur dann zugelassen werden, wenn sie eine Weiterbildung nachweisen können. Dies gibt den Patientinnen und Patienten die Sicherheit, dass nur Ärztinnen und Ärzte mit einer mehrjährigen praktischen Erfahrung sich niederlassen können.

(B) Was bedeutet nun die Neuregelung für die jungen Mediziner konkret? Alle jungen Mediziner, die ihr Studium nach dem Stichtag 1. Oktober 2004 abschließen, müssen den Arzt im Praktikum nicht mehr ableisten. Damit werden sie nach Abschluss des Studiums ihre Berufslaufbahn als Assistenzarzt und mit der entsprechenden Bezahlung beginnen können.

Wir werden alles dafür tun, um die Situation für die Ärzte im Praktikum in der Übergangszeit zu verbessern. Diejenigen, die ihren Arzt im Praktikum noch ganz oder teilweise ableisten müssen, erhalten ab dem 1. Oktober 2004 die höhere Assistenzarztvergütung. Eine Verschiebung des Abschlussexamens macht durch diese finanzielle Gleichstellung keinen Sinn.

Noch ein kurzes Wort zur Finanzierung: Der Finanzbedarf für die Abschaffung des Arztes im Praktikum wird mit jährlich 300 Millionen Euro anzusetzen sein. Trotz schwieriger Finanzsituation und massiver Einsparungen im gesamten Gesundheitsbereich ist es uns gelungen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zukünftig können junge Ärztinnen und Ärzte direkt nach ihrer Ausbildung an der Universität als approbierte Ärzte mit der Weiterbildung zum Facharzt beginnen. Dadurch werden der Arztberuf und der Arbeitsplatz Krankenhaus wieder attraktiver.

Junge, gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte wieder für die Patientenversorgung zu gewinnen – das ist das Ziel dieses Gesetzentwurfes.

(C)

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU-Erweiterung (Tagesordnungspunkt 15)

Angelika Krüger-Leißner *(SPD):* Der heute vorliegende Entwurf eines Gesetzes über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU-Osterweiterung ist die Umsetzung einer wichtigen Regelung des Beitrittsvertrages. Daher gehe ich davon aus, dass dieses Gesetz im Großen und Ganzen unstrittig sein dürfte.

Fast alle Mitglieder dieses Hauses sind Anhänger der europäischen Idee, und das über die Parteigrenzen hinweg. Wir alle wissen, dass Europa nicht an der Oder endet. Auch die EU darf dort nicht enden, wenn wir den europäischen Gedanken umsetzen wollen.

Ich will an dieser Stelle nicht viele Worte über die Ideale der europäischen Einigung und die sicherheitspolitische Relevanz der Osterweiterung verlieren. Wie gesagt: Es herrscht Einigkeit im Deutschen Bundestag darüber, dass eine größere EU den Bestand des Friedens in Europa sichern hilft.

Wirtschaftspolitisch wird Deutschland vor allem profitieren. Qualifikation und Infrastruktur sind deutsche Wettbewerbsvorteile, die für einen offenen Markt sprechen. Auch in diesem Bereich spricht also mehr für eine Osterweiterung als dagegen.

(D) Die Osterweiterung ist für beide Seiten wichtig. Die Beitrittsländer und Deutschland können die Märkte nutzen und davon profitieren. Das Gleiche gilt mittel- und langfristig auch für die soziale Absicherung. Der Beitritt zur EU wird dazu führen, dass die Standards in den entsprechenden Ländern gehoben werden.

Etwas schwieriger verhält sich dies im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Hier gibt es viele Ängste und Sorgen. Bei den Bürgern der Beitrittsländer wie bei uns. Aber diese Sorgen gab es früher auch. Beispielsweise bei der Aufnahme Spaniens und Portugals. Das befürchtete Lohndumping und der Sozialabbau haben nicht stattgefunden.

In der EU herrscht Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Von dieser Situation hat Deutschland ebenfalls profitieren können. Gerade unsere Gesetzeslage verhindert immer noch den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte. An dem Wettbewerb um die besten Köpfe nimmt Deutschland praktisch nicht teil.

Dennoch ist die Situation im Falle der meisten Beitrittsländer eine andere als bei den aktuellen Mitgliedstaaten der EU. Zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten bestehen seit Anfang der 90er-Jahre starke Migrationsbeziehungen. Schon allein wegen seiner geographischen Lage kann davon ausgegangen werden, dass Deutschland Hauptzielland der Einwohner der Beitrittsstaaten sein wird. Insbesondere Polen und Ungarn werden voraussichtlich die Länder mit den höchsten Zuzugszahlen nach Deutschland sein.

(A) Angesichts der immer noch hohen Lohndifferenzen ist es also geboten, die Übergangsregelung, die die EU vorgesehen hat, zu nutzen. Auch um den mittel- und osteuropäischen Ländern die Möglichkeit zu geben, ihre Sozialsysteme und Arbeitssicherung an die Standards der EU weiter anzupassen.

Nicht alle Beitrittsländer werden – was Deutschland betrifft – davon betroffen sein. Zypern und Malta erhalten von Beginn an volle Freizügigkeit. Schon aufgrund der geringen Einwohnerzahl dieser beiden Länder wäre die Nutzung der Übergangsregelung hier absolut kontraproduktiv.

Für die anderen acht Beitrittsstaaten wollen wir die Übergangsregelung hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit nutzen. In groben Zügen bedeutet dies, dass wir in den nächsten sieben Jahren die Möglichkeit haben, die Freizügigkeit einzuschränken. Allerdings nicht in dem bisherigen Maße.

Die Staatsbürger aus den Beitrittsländern müssen auf jeden Fall Vorrang vor nicht EU-Ausländern haben, wenn es um die Erteilung einer Arbeitserlaubnis geht. Zudem beinhaltet die Übergangsregelung die Pflicht, Bürgern dieser Staaten eine Arbeitsgenehmigung zu erteilen, wenn sie für einen ununterbrochenen Zeitraum von zwölf Monaten zum deutschen Arbeitsmarkt Zugang hatten. Familienangehörigen muss ebenfalls eine Zulassung erteilt werden.

Hinzu kommt die Möglichkeit der Dienstleistungsfreiheit. Die Bürger der Beitrittsstaaten werden zukünftig die Möglichkeit haben, entsprechende Unternehmen (B) in Deutschland zu gründen. Hier ist eine sektorale Übergangsregelung für die Baubranche angedacht.

Die Regelung muss nach zwei und nach fünf Jahren nochmals überprüft werden. Nach sieben Jahren erhalten die Mitglieder der Beitrittsländer die volle Freizügigkeit wie andere EU-Bürger auch.

Ich meine: Wir müssen diese Übergangsregelung nutzen. Denn es ist dringend erforderlich, dass der wirtschaftliche und soziale Aufholprozess in den Beitrittsländern weiter voranschreitet, bevor die volle Freizügigkeit ermöglicht wird.

Es sieht zurzeit so aus, dass die Lohnentwicklung in den betroffenen Staaten schneller voranschreitet als bei uns. Aber: Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass 2011 die Löhne und Gehälter auch in Deutschland höher sein werden. Daher gilt es besonders für die Regionen Deutschlands, die im Grenzgebiet liegen, auf diese Situation vorbereitet zu sein.

Die zu erwartende Lohnentwicklung und die demographische Entwicklung sprechen dafür, dass die Situation 2011 weniger dramatisch ausfallen wird, als sie es jetzt bei voller Freizügigkeit täte. So hat das ifo-Institut im Auftrag des Sächsischen Wirtschaftsministeriums errechnet, dass das Arbeitskräfteangebot im Freistaat bis zum Ende dieser Dekade um 250 000 Personen zurückgehen wird.

Das Potenzial an Zuströmen aus Mittel- und Osteuropa liegt weit unter diesem Wert. Maximal (C) 85 000 Zuwanderer und 30 000 Einpendler sind hier zu erwarten. Quantitativ kann also auch dieser Zustrom den Rückgang an Arbeitskräften nicht ausgleichen. Und wir sprechen hier von einer Grenzregion, die von der Freizügigkeit am ehesten betroffen wäre.

Sicherlich werden die verschiedenen Sektoren unterschiedlich betroffen sein. Und es werden Anstrengungen unternommen werden müssen, das Arbeitskräftepotenzial besonders in den Grenzregionen weiter zu qualifizieren, um eine Verdrängung inländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern.

Dennoch empfiehlt das ifo-Institut eine frühzeitige Öffnung des Arbeitsmarktes, um das Nachwuchsproblem zu lösen, das die demographische Entwicklung mit sich bringt.

Hier kommen wir zum Kern des Problems. Wir brauchen in Deutschland dringend und zwingend Regelungen zur Zuwanderung. Die EU-Osterweiterung klärt diese Problematik keinesfalls.

Ich weiß, dass es momentan sehr populär ist, gegen Zuwanderung zu sein. Die aktuelle wirtschaftliche Situation mit weiterhin vielen Arbeitslosen scheint jegliche Form der Arbeitsmigration zu verbieten. Aber auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wissen nur zu gut, dass das nicht richtig ist.

Im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ – die qualifiziertesten Arbeitskräfte für unsere Unternehmen – haben wir in Deutschland ein deutliches strukturelles Problem, das in der heutigen Gesetzgebung begründet ist. (D)

Wir haben keine Möglichkeit, die Menschen, die unser Wirtschaftssystem auf dem Arbeitsmarkt fordert, auszusuchen. Wir haben keine Möglichkeit, Einwanderung in unser Land zu begrenzen und zu steuern.

Das ist umso bedauerlicher, als mit dem Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung ein entsprechendes Gesetz vorliegt. Ein Gesetz, das Sie, insbesondere was die Arbeitsmigration betrifft, im Bundesrat blockieren.

Das tun sie, obwohl sie von allen Seiten aufs Schärfste für Ihre populistische Politik in dieser Sache gerügt werden: Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen und Wirtschaftswissenschaftler erwarten, dass wir uns auch und gerade in diesem Punkt einigen.

Denn die heutige Gesetzeslage führt zu einem hohen Zuzug an gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Spitzenkräfte haben hingegen große Schwierigkeiten, Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu finden.

Das wird unseren Erfordernissen aber in keiner Weise gerecht. Was sie veranstalten, ist wirklich der reine Populismus auf Kosten der deutschen Wirtschaft und letztlich auch auf Kosten der inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Denn wenn man die demographische Entwicklung betrachtet, dann muss man zu dem Schluss kommen, dass unsere Sozialsysteme ohne weitere Zuwanderung nicht mehr lange funktionsfähig sein können.

(A) Hinzu kommt ein weiteres Problem: Sie tun ja geradezu so, als ob die deutschen Unternehmen eine Regelung, wie wir sie beispielsweise mit dem Punktesystem vorgeschlagen haben, als Methode zum Lohndumping nutzen wollten. Das ist aber bei der von uns vorgeschlagenen Regelung gar nicht möglich und auch von der Wirtschaft nicht gewollt.

Es geht nicht um ungebremste, sondern eben um gebremste und kontrollierte Zuwanderung. Und was für ein Standortvorteil soll es bitte sein, wenn Unternehmen zur Abwanderung gezwungen werden, weil sie die nötigen Arbeitskräfte auf dem deutschen Markt nicht mehr finden können? Das wäre in der Tat ein verheerendes Signal für den Standort Deutschland.

Ich war erfreut zu hören, dass nicht nur die FDP diese Politik ablehnt. Auch aus ihren eigenen Reihen mehren sich die Stimmen, das Punktesystem zu unterstützen. Gerade erst hat der Hamburger Noch-Bürgermeister Ole von Beust die CDU aufgefordert, einer Zuwanderung, wie sie der Regierungsentwurf vorsieht, zuzustimmen. Dem sollten Sie als CDU im Deutschen Bundestag folgen.

Heute mag es noch populär sein, das Gesetz zu blockieren und Ängste zu schüren. Aber schon in wenigen Jahren, wenn der Druck durch die demographische Entwicklung immer größer wird, werden auch die Rufe nach einer Regelung der Arbeitsmigration immer größer werden.

Auch die CDU sollte in diesem Zusammenhang be- (B) greifen, dass es keinen Sinn macht, Gesetze nur für kurzfristige Zeiträume zu schaffen. Nachhaltiges Denken ist gefragt.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Osterweiterung spricht für Fortschritte beim Zuwanderungsgesetz: die Integration.

Sie alle wissen, dass wir bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland große Probleme haben. Gerade bei den Menschen aus Ost- und Mitteleuropa zeigt sich dies sehr deutlich. Durch die Aussiedler der vergangenen Jahrzehnte ist uns das klar vor Augen geführt worden. Die späteren Generationen, die oft gar kein Deutsch mehr sprechen, hatten große Probleme sich hier einzuleben.

Integrationsmaßnahmen gab es einfach viel zu wenige. Die hohe Kriminalitätsrate gerade bei dieser Gruppe spricht hier Bände.

Jetzt werden wieder Menschen aus diesen Regionen kommen. Wenn wir deren Potenzial nutzen wollen, ohne Abgrenzung und Ausländerfeindlichkeit zu schaffen, brauchen wir mehr vernünftige Integrationsmaßnahmen, wie sie in unserem Gesetz vorgeschlagen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich gehe davon aus, dass die Umsetzung der Richtlinien mit Ihrer Unterstützung erfolgen wird. Wir brauchen dieses größere Europa, um Zusammenarbeit, Zukunft und Frieden zu sichern. Und wir brauchen die Übergangsfrist, damit die Beitrittsländer weitere Fortschritte im Sozial- und Arbeitsmarktbereich machen können. Vor der Osterweiterung braucht keiner Angst zu haben. (C)

Aber ich fordere sie auf, auch die weiteren Folgen zu beachten, die sich hieraus ergeben.

Dazu gehören Integration und Steuerung der Zuwanderung. Geben Sie sich einen Ruck, und unterstützen Sie diejenigen in Ihren Reihen, die die Zeichen der Zeit bei diesem Thema erkannt haben.

Klaus Hofbauer *(CDU/CSU):* Die Erweiterung Europas wird in nur mehr 93 Tagen in Kraft treten. Mit dem Beitritt von zehn weiteren Ländern erfolgt ein gewaltiger Schritt, die Einigung Europas zu vollenden. Es steht fest: Damit sind Chancen und Risiken verbunden. Wir müssen auch auf die vielfachen Ängste der Menschen – ob berechtigt oder unberechtigt – reagieren und sie ernst nehmen. Es ist meine – und sicherlich auch unsere – feste Überzeugung, dass mittel- und langfristig die Chancen überwiegen. Es gibt keine Alternative, in Europa Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern. Größtes Problem bei der jetzigen Erweiterung ist der erhebliche Lohnunterschied und das Wohlstandsgefälle zwischen den Beitrittsländern und Deutschland. Selbst bei einem Lohngefälle von l : 3 wird es insgesamt bei uns – vor allem in den Grenzregionen – zu Verwerfungen kommen.

Im Interesse unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist deshalb die im Rahmen der Beitrittsverhandlungen vereinbarte Übergangszeit notwendig. Es ist festgelegt, dass Übergangsregelungen von bis zu sieben Jahren für die Herstellung des uneingeschränkten Rechts auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer getroffen werden. (D) Mit dem Gesetzentwurf über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der Erweiterung muss dies nun rechtlich abgesichert werden. Solche Fristen dürfen nicht dazu führen, dass ein Zusammenführen der Arbeitsmärkte behindert oder sogar blockiert wird. Die jetzt vereinbarten Übergangsfristen müssen genutzt werden, das Zusammenführen der Arbeitsmärkte zu gestalten. Wir sollten auch offen mit dieser Frage umgehen.

Die Übergangsregelungen sind für längstens sieben Jahre möglich. Schon nach zwei Jahren könnte beantragt werden, diese Regelung nicht mehr fortzuführen. Wir alle kennen den Druck aus Tschechien und Polen, aber auch aus der Wirtschaft, die solche Regelungen nicht wünschen oder darin Behinderungen sehen. Da nur wenige Länder solche Fristen haben, müssen die Auswirkungen insgesamt in Europa genau beobachtet und gewürdigt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trägt den vorliegenden Entwurf des Gesetzes über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU-Erweiterung mit. Es ist notwendig, im weiteren Verlauf der Beratungen noch verschiedene Fragen zu klären.

In dieser Woche hat die AG Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter der Leitung der Kollegin Dagmar Wöhrl und des Kollegen Karl-Josef Laumann mittelständische Unternehmen in den Grenzregionen besucht. Wir haben eindrucksvoll erfahren, welche Chancen und Risiken die mittelständischen

(A) Unternehmer bzw. das Handwerk konkret sehen. Einer der Unternehmer stellte klar fest, dass er für seine Branche durch die Osterweiterung keine Chance sieht. Ein anderer hat sich schon voll auf diese Situation eingestellt. Der Unternehmer hat seinen Betrieb nur wenige 100 Meter von der tschechischen Grenze entfernt. Durch die vorbildliche Initiative der ARGE 28 unserer Grenzlandkammern hat er im Nachbarland Tschechien Marktforschung betrieben und Kooperationspartner in Tschechien gesucht. Er sieht für seine Produkte im Nachbarland einen Absatzmarkt. Seine Bemühungen könnten unterstützt werden, wenn er einen tschechischen Arbeitnehmer beschäftigen dürfte. Dieser würde die Sprachbarriere reduzieren, kennt den Markt in Tschechien usw. Diesem zukunftsorientierten Unternehmen kann mit diesem Gesetzentwurf nicht geholfen werden. Da ein Schreiner aus Prag oder Pilsen weder Grenzgänger oder Saisonarbeiter ist, fällt er unter die Regelungen der Werkvertragskontingente. Nach meiner Auffassung blockiert das deutsche Arbeitsmarktrecht die Vorbereitungsbemühungen eines Mittelständlers, die Chancen der Osterweiterung zu nutzen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird seit Anfang der 90er-Jahre durch die Grenzgängerregelung bereits praktiziert. Unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhält ein tschechischer Arbeitnehmer aus der Grenzregion die Möglichkeit, bei uns zu arbeiten. Dazu braucht er eine Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis.

(B) Nun sieht der neue Gesetzesentwurf vor, dass ein Arbeitnehmer, der mindestens zwölf Monate ununterbrochen im Bundesgebiet gearbeitet hat, eine Arbeitserlaubnis auf Dauer erhält. Es ist zu klären, ob die Grenzgänger dann eine unbeschränkte Arbeitsgenehmigung für das gesamte Bundesgebiet erhalten. Bisher hatten diese Personen in der Regel eine befristete Arbeitserlaubnis, die auf den Grenzlandkreis oder ein bestimmtes Unternehmen beschränkt war. Daraus folgend stellt sich die Frage, ob der Familiennachzug mit dem unbeschränkten Arbeitsmarktzugang auch für Grenzgänger gilt.

Nicht zuletzt ist auf einen weiteren wesentlichen Punkt hinzuweisen: Bisher wurden Arbeitserlaubnisse in der Regel befristet erteilt. Die Arbeitsämter hatten damit die Möglichkeit, in bestimmten Zeitabschnitten die Vereinbarkeit mit dem deutschen Arbeitsmarkt zu prüfen. Diese Kompetenz der Arbeitsverwaltungen entfällt mit der unbefristeten Erteilung nach zwölf Monaten. Welche Auswirkungen dies auf die regionalen Arbeitsmärkte hat, muss in den Monaten nach dem Beitritt genau beobachtet werden.

Mit der Grenzgängerregelung haben wir mehr als ein Jahrzehnt praktische Erfahrung. Es wäre sinnvoll und wünschenswert, wenn uns die Bundesregierung darüber berichten könnte, wie sich die Grenzgängerregelung in der Praxis ausgewirkt hat, welche Erfolge erzielt wurden, was an der Umsetzung dieser Regelung verbessert werden kann und ob vielleicht eine Ausweitung möglich ist.

Zusammenfassend darf ich für die CDU/CSU-Fraktion feststellen:

(C) Erstens. Aufgrund der beschriebenen Tatsachen wird die Übergangsregelung begrüßt. Dem Gesetzestext kann nach der Beratung zugestimmt werden.

Zweitens. Es ist eine aktive Gestaltung des Übergangsprozesses notwendig, um die Arbeitsmärkte zusammenzuführen. Dazu soll die Bundesregierung entsprechende Vorschläge unterbreiten. Wir bitten, die aufgeworfenen Fragen im Rahmen des weiteren Beratungsverfahrens zu beantworten. Nutzen wir auch dieses Gesetz als Chance, die Osterweiterung zu gestalten.

Werner Schulz *(Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Zum 1. Mai 2004 werden zehn weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitreten. Mit dem Beitrittsvertrag wurde festgelegt, dass das Recht von Arbeitnehmern auf Freizügigkeit innerhalb der Union für die Beitrittsstaaten mit Ausnahme von Zypern und Malta für einen Übergangszeitraum eingeschränkt werden kann. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf macht die Bundesregierung von dieser Klausel Gebrauch. In den ersten beiden Jahren nach dem Beitritt wird Deutschland aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen Mitgliedstaaten beschränken. Inwieweit nach diesem Zeitraum weitere Beschränkungen vorgenommen werden, wird in Abhängigkeit von der Entwicklung des Arbeitsmarktes entschieden werden.

(D) Der freie Personenverkehr ist eine der durch das Gemeinschaftsrecht garantierten Grundfreiheiten. Es ist vielleicht das wichtigste Recht des Einzelnen in der Union. Dieses Recht besitzen nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch andere Personengruppen wie etwa Studenten oder Rentner, im Grunde genommen alle EU-Bürger. Gerade weil es um eines der wesentlichsten Grundrechte geht, ist jegliche Einschränkung oder Beschränkung mit großer Sensibilität vorzunehmen. Dies gilt auch für die genannten Übergangsbestimmungen.

Im Vertrag ist deshalb auch festgelegt, dass die EU-Kommission zwei Jahre nach dem Beitritt, also im Jahre 2006, einen Bericht ausarbeiten wird, auf dessen Grundlage der Rat eine Überprüfung der bestehenden Übergangsregelungen vornimmt. Bis dahin wird auch in Deutschland zu entscheiden sein, ob für weitere drei Jahre Beschränkungen beibehalten werden sollen.

Die Übergangsregelungen sind kompliziert, was sicher auch daran lag, dass man sie möglichst flexibel gestalten wollte. Das hat aber auch zur Folge, dass es für Arbeitnehmer aus den Beitrittsstaaten ziemlich schwierig wird, die Übersicht über die jeweilige Rechtslage zu behalten, weil jeder einzelne der derzeitigen Mitgliedstaaten jeweils eigene Regelungsmöglichkeiten hat. Und: Die Einschränkung der Freizügigkeit betrifft nur Arbeitnehmer. Sie gilt nicht für Selbstständige, Studenten, Rentner oder Touristen. So können Selbstständige aus den Beitrittsländern schon ab Mai dieses Jahres in Deutschland einen Betrieb eröffnen. Auch aus diesen Gründen plädiere ich dafür, möglichst zügig auf diese Übergangsregelungen zu verzichten.

(A) Lassen Sie mich zum Schluss noch auf eines hinweisen. Die Erweiterung der Europäischen Union ist auch ein Signal an die mittel- und osteuropäischen Länder, dass die künstliche Grenze des Kalten Krieges endgültig überwunden ist. Die Erweiterung stabilisiert die enormen wirtschaftlichen und politischen Anpassungsprozesse der Beitrittsstaaten, die sie teilweise unter erheblichen Belastungen ihrer Bürger durchgeführt haben. Freiheit und Freizügigkeit waren dafür Triebfedern. Gerade auch deshalb dürfen wir die Hoffnungen der Menschen nicht enttäuschen. Die Gemeinschaft wird erst dann zu einer Gemeinschaft aller, wenn die Rechte und Pflichten für alle gleich sind.

Dr. Claudia Winterstein *(FDP):* Prinzipiell haben EU-Bürger in der Europäischen Union die freie Wahl beim Ort des Arbeitsplatzes. Aber die alten Mitgliedstaaten können die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen Beitrittsländern für zwei, nach Überprüfung für fünf, insgesamt für maximal sieben Jahre begrenzen. Das bedeutet, dass Bürger aus diesen Staaten in jedem Fall eine Arbeitserlaubnis brauchen, die ihnen auch verwehrt werden kann.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die Bundesregierung diese Möglichkeit nutzen. Die Beitrittsverträge mit den neuen Mitgliedstaaten erlauben allen bisherigen Mitgliedstaaten eine solche Beschränkung durch Anwendung nationalen Rechts. Interessant ist aber, dass längst nicht alle alten Mitgliedstaaten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. In Großbritannien und Irland (B) beispielsweise wird die Freizügigkeit für Arbeitnehmer sofort gelten, andere Mitgliedstaaten diskutieren die Frage noch. Festgelegt auf eine zweijährige Schließung des Arbeitsmarktes haben sich nur Deutschland, Österreich, Frankreich und Finnland.

Für diejenigen Staaten, die ihren Arbeitsmarkt öffnen, enthalten die Verträge eine Sicherheitsklausel, dass sie die Beschränkung wieder einführen können, wenn es zu ernsthaften Störungen des Arbeitsmarktes kommt. Man sieht also: Es geht auch anders.

Die FDP hat sich immer, ob als Regierungspartei oder in der Opposition, für den Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn eingesetzt. Die Osterweiterung bietet Chancen für Deutschland. Es ist Aufgabe der Politik, die vorhandenen Ängste in der Bevölkerung aufzugreifen. Natürlich wird es wird zu Strukturveränderungen kommen, und die sind auch mit Risiken verbunden.

Es wäre aber nicht richtig, die Ängste noch zu schüren. Ich verweise auf die Erfahrungen mit der Süderweiterung der EU in den 80er-Jahren. Nach dem Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals wurde der deutsche Arbeitsmarkt nicht überschwemmt. Im Gegenteil, heute leben und arbeiten mehr Deutsche in Spanien als Spanier in Deutschland.

Wichtig ist, dass wir bei jeder Art von Übergangsfristen unbedingt darauf achten, dass solche Regelungen flexibel genug gehandhabt werden und dass sie so schnell wie möglich auslaufen. Deshalb will ich hier schon ein- (C) mal deutlich machen: Sieben Jahre sind auf jeden Fall zu lang!

Übergangsregelungen haben ihre Probleme. So sind sie zum Beispiel alles andere als ein Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, im Gegenteil. Außerdem gilt die Beschränkung auf Gegenseitigkeit. Alle Einschränkungen, die wir den Beitrittsländern auferlegen, treffen umgekehrt auch uns selbst. Und es ist auch eine offene Frage, ob nicht die vorhandenen Umgehungsmöglichkeiten die gewollte Beschränkung letztlich ad absurdum führen.

Der entscheidende Punkt ist: Eine Übergangsfrist setzt voraus, dass der Aufschub auch wirklich genutzt wird, um Reformen durchzusetzen, damit der Arbeitsmarkt in Deutschland flexibler auf die veränderten Wettbewerbsverhältnisse reagieren kann. Sonst stecken wir letztendlich nur den Kopf in den Sand.

Auf eines müssen wir bei dem Gesetzentwurf hier im Parlament auf jeden Fall hinwirken: Deutsche Unternehmen dürfen von diesen Einschränkungen nicht unnötig behindert werden. In der Anwendung der Erlaubnisregelung brauchen wir Flexibilität. Es muss also auch Ausnahmen geben. Zum Beispiel müssen Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, die Möglichkeit zum grenzüberschreitenden Arbeitnehmeraustausch haben, also ihre ausländischen Arbeitskräfte eine Zeit lang auch in Deutschland arbeiten lassen können. Ich glaube auch, dass wir für die Bereiche Haushalt und Pflege Ausnahmen brauchen, in denen in Deutschland Arbeitskräftemangel herrscht.

(D) Wenn die Bundesregierung schon nicht den Mut hat, auf Übergangsregelungen zu verzichten, dann müssen sie zumindest flexibel und von kurzer Dauer sein. Angststarre statt Flexibilität bringt Deutschland nicht weiter.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Entwurfs eines Investitionszulagengesetzes 2005 (Tagesordnungspunkt 16)

Franziska Eichstädt-Bohlig *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Mit dem Investitionszulagengesetz 1999 werden bis Ende 2004 in den ostdeutschen Ländern in besonderer Weise gefördert: erstens die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Gebäuden und Ausrüstungen von Betrieben und zweitens Modernisierungsmaßnahmen und teilweise Neubauten von Mietwohnungen.

Das neue Investitionszulagengesetz klammert den Mietwohnungsbau völlig aus und konzentriert im Gewerbebereich die Investitionszulagen auf Erstinvestitionen von Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und von produktionsnahen Dienstleistungen. Die Fördersätze sind differenziert nach der Lage der Betriebsstätten. Förderfähig sind 12,5 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten der begünstigten Investition der großen Betriebe – 15 Prozent im Förderrandgebiet – und 25 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen – 27 Prozent

(A) im Förderrandgebiet, 20 Prozent in der Arbeitsmarktregion Berlin. Außerdem werden Betriebsneubauten mit 12,5 Prozent – 15 Prozent im Förderrandgebiet – gefördert.

Prinzipiell geht es bei dem Gesetz um eine Fortführung der Investitionszulage um zwei Jahre, bis Ende 2006. Danach findet keine Förderung statt, das heißt, entweder müssen Investitionen in den Jahren 2005 und 2006 vollständig abgewickelt werden, um förderfähig zu sein, oder es können nur Teilherstellungskosten geltend gemacht werden.

Ich unterstütze die Fortsetzung der gewerblichen Investitionszulage für zwei weitere Jahre. Allerdings werde ich mich dafür einsetzen, dass sich die Förderung der Gebäudeinvestitionen nicht nur auf Neubau bezieht, sondern auch auf die Nutzbarmachung der vielen leer stehenden, teilweise denkmalwerten Bestandsgebäude im Osten. Die Förderung von Eigentumswohnungen im Rahmen der Betriebsförderung halte ich nicht für notwendig.

Längerfristig halte ich für die betriebliche Investitionszulage Folgendes für notwendig: Nicht mehr Ostdeutschland, sondern Regionen mit mehr als 15 Prozent Arbeitslosigkeit sollten besonders gefördert werden, egal ob Ost oder West. Investitionszulage und die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur sollten zu einem Instrument der direkten Förderung zusammengeführt werden. Die Zulage oder direkte Förderung muss stärker mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verknüpft werden. Sie muss mit der künf-
(B) tigen, ab 2007 wirksamen Strukturfondsförderung der EU harmonieren.

Lassen Sie mich aber noch etwas zur Investitionszulage für Modernisierungsmaßnahmen bei Mietwohnungen in Ostdeutschland sagen. Diese sind mit dem Stadtumbauprogramm ab 2002 für die Altbausanierung und die Denkmalsanierung in Kern-, Sanierungs- und Erhaltungsgebieten auf 22 Prozent für Baukosten bis zu 1 200 Euro/m² erhöht worden. Derzeit lassen das Finanz- und das Bauministerium gemeinsam eine Wirkungsanalyse über die Effekte der baubezogenen Investitionszulage erstellen. Die Ergebnisse werden im April vorliegen. Ich sehe die Abkoppelung der rein gewerblichen) Zulage von der baulichen mit großer Sorge. Als Haushälterin weiß ich auch, dass wir jeden Euro umdrehen müssen. Im Interesse der Stärkung der Innenstädte halte ich das Instrument aber auch in den nächsten Jahren für sehr wichtig. Die bauliche Investitionszulage ist wesentlich sinnvoller als die Eigenheimzulage in der Form, wie sie im Dezember im Vermittlungsausschuss beschlossen wurde.

Die Eigenheimzulage stellt jetzt zwar Bestand und Neubau gleich. Sie enthält als Bestandsförderung aber keine Investitionsbindung. Gefördert wird auch der reine Bestandserwerb, und das an jedem beliebigen Standort.

Ich meine, hier müssen wir wieder ran. Es kann nicht das letzte Wort in Sachen Eigenheimzulage gesprochen worden sein. Die Bauinvestitionsförderung muss konzentriert werden auf die Eigenheimbildung in Innenstäd-

(C) ten und die ökologisch und energetisch optimierte Erneuerung der Altbaubestände – in Ost und in West. Dafür müssen wir die Diskussion um die bauliche Investitionszulage in den nächsten Wochen nutzen.

Anlage 6

Zu Protokoll gegebene Reden

Zur Beratung des Antrags: Konzeption zur Struktur und zur Finanzierung eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur jetzt vorlegen (Tagesordnungspunkt 17)

Andrea Wicklein *(SPD):* Der Aufbau eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur liegt in unser aller Interesse. Ihr Antrag zeigt mir, dass wir inhaltlich nicht weit auseinander liegen. Ich denke, wir sind uns darin einig, dass wir mit dem geplanten Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur eine Brücke schlagen wollen zwischen Ostdeutschland und den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Wir wollen die gemeinsamen Interessen und Kräfte bündeln und so zu einer vertieften Integration beitragen. Wir wollen eine stärkere kulturelle Zusammenarbeit pflegen und uns für ein besseres gegenseitiges Verständnis einsetzen.

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung vom 16. Oktober 2002 verpflichtet, den europäischen Einigungsprozess weiter voranzutreiben und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union in den Mittelpunkt unserer Europapolitik zu stellen. Für Deutschland (D) bieten sich durch den Erweiterungsprozess große Chancen. Uns geht es vor allem darum, die politische und wirtschaftliche Teilung Europas auf Dauer zu überwinden und stabile Rahmenbedingungen für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Solidarität zu schaffen.

Insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer wird die Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 tief greifende Veränderungen mit sich bringen. Die neuen Bundesländer werden aus ihrer europäischen Randlage in das Zentrum des großen europäischen Binnenmarktes rücken. Daraus erwachsen enorme Chancen für deren wirtschaftliche Entwicklung. Diese Chance müssen wir ergreifen, damit sich die Entwicklungsrückstände Ostdeutschlands weiter verringern und eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in Gang kommt. Und das ist auch im Interesse ganz Deutschlands.

Ostdeutschland hat das Potenzial, sich zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsregion in Europa zu entwickeln. Diese Potenziale müssen wir konsequent nutzen und ausbauen. Nach der EU-Osterweiterung wird sich unser EU-Binnenmarkt nicht nur um 110 Millionen neue Konsumenten erweitern, wir werden vor allem auch kulturell dazugewinnen. Doch die Integration der neuen EU-Mitgliedsländer ist kein Automatismus. Wir sind aufgefordert, den interkulturellen Dialog der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmer und der Wissenschaftler tatkräftig zu fördern. Und sicherlich müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass Vorurteile abgebaut werden.

(A)

Deutschland ist schon heute einer der wichtigsten Partner der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer, ob in wirtschaftlicher oder in kultureller Sicht. Und gerade die ostdeutschen Bundesländer werden durch ihre geographische Nähe in besonderem Maße von der Erweiterung profitieren, wenn wir diese auch als Chance begreifen.

Um die Entwicklung Ostdeutschlands hin zu einer europäischen Verbindungsregion in besonderem Maße zu unterstützen, haben wir im Koalitionsvertrag den Aufbau eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur mit Sitz in einem der neuen Bundesländer vereinbart. Diese Entscheidung nehmen wir sehr ernst; denn wir wollen die bereits bestehenden Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft in einer solchen Einrichtung bündeln und damit „Ostdeutschland" mit seiner besonderen Mittel- und Osteuropakompetenz stärken. Ich finde, die Entscheidung für den Sitz des Osteuropazentrums in den neuen Bundesländern ist ein wichtiges Signal.

Bereits heute gibt es zahlreiche Kooperationen zwischen Kammern und Verbänden, Gebietskörperschaften und Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen beiderseits von Oder und Neiße. Doch erst mit dem Osteuropazentrum als Kommunikations-, Informations- und Koordinationsplattform können die vorhandenen Aktivitäten aufgegriffen, ausgebaut und weiter verstärkt werden. Das Osteuropazentrum soll eine Anlaufstelle für all diejenigen sein, die Informationen brauchen, ein Ort der Begegnung und des kulturellen Austauschs. Wir wollen mit dem Osteuropazentrum vor allem Kooperationsformen und Netzwerke gezielt fördern und dazu mit den bereits bestehenden Einrichtungen eng kooperieren.

(B)

Gerade für die kleine und mittelständische Wirtschaft in Ostdeutschland ist die Kooperation mit Wissenschaft und Forschung auch in Richtung Osteuropa von existenzieller Notwendigkeit, um ihre Innovationsfähigkeit zu erhöhen. Es ist daher auch eine wichtige Aufgabe des Osteuropazentrums, solche Netzwerke und Initiativen zu unterstützen.

Nun zum Sachstand: Vier ostdeutsche Bundesländer haben ihr Interesse als Sitzland für das Osteuropazentrum bekundet und umfangreiche konzeptionelle Vorstellungen eingereicht. Im Rennen sind noch die beiden Standorte Leipzig – Sachsen – und Frankfurt/Oder, Brandenburg. Beide Bewerbungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Anbindung an die bestehenden Hochschulstrukturen gegeben ist. Leipzig kann bereits auf eine große Anzahl an Kooperationspartnern zurückgreifen. Das Sitzland Sachsen grenzt zudem sowohl an Polen als auch an Tschechien. Und Leipzig als Messestadt hat bereits umfangreiche wirtschaftliche und kulturelle Erfahrungen mit Partnern aus Mittel- und Osteuropa. Aber auch Frankfurt/Oder hat ein sehr überzeugendes und schlüssiges Konzept vorgelegt, in dem auf zahlreiche Partner und viel Kooperationserfahrung mit den mittel- und osteuropäischen Staaten verwiesen wird, insbesondere auf die historischen Beziehungen in das polnische Nachbarland hinein.

(C)

Es handelt sich also aus meiner Sicht um wirklich ausgezeichnete und kreative Konzeptionen. Und wir sollten großen Wert darauf legen, dass die Verhandlungen mit den Bewerberländern ernsthaft und fair geführt werden. Es ist wichtig, sorgfältig das Für und Wider gegeneinander abzuwägen. Dieses offene Verfahren findet im Übrigen auch die ausdrückliche Unterstützung meiner Fraktion, zumal es sich um sehr unterschiedliche Konzeptionen handelt. Es ist nachvollziehbar und richtig, diese Entscheidung nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Das Ziel muss eine tragfähige und dauerhafte Lösung sein. Das sage ich auch angesichts der umfangreichen Finanzierung des Osteuropazentrums. Schließlich müssen für den Aufbau und die Arbeit des Osteuropazentrums auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, vom Bund und dem Sitzland.

Doch gleichzeitig möchte ich an dieser Stelle auch mit Nachdruck deutlich machen, dass der Prozess jetzt zügig zum Abschluss gebracht werden muss. Die Zeit drängt, denn der Termin der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 steht unmittelbar vor der Tür. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das Osteuropazentrum seine wichtige Arbeit bald aufnehmen kann. Dabei sind wir auf dem richtigen Weg. Intensive Gespräche zwischen dem Bund und den Bewerberländern haben stattgefunden, die konzeptionelle Arbeit ist getan. Jetzt muss das dafür erforderliche Geld bereitgestellt werden, um die Koalitionsvereinbarung mit Leben zu erfüllen.

(D)

Wo Menschen grenzüberschreitend zusammenarbeiten, da findet Begegnung statt, da werden Berührungsängste abgebaut und da wird letztlich die Teilung Europas in Ost und West überwunden. Wenn es dem Osteuropazentrum gelingt, beispielsweise die Zusammenarbeit der ostdeutschen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen zu unterstützen, wenn es gelingt, junge Forscherinnen und Forscher aus Mittel- und Osteuropa zusammenzubringen, dann wird von diesem Zentrum ein wichtiger Impuls insbesondere für die ostdeutsche Entwicklung ausgehen.

Die Osterweiterung der Europäischen Union steht für die Überwindung der Teilung Europas. Den Ostdeutschen kommt aufgrund ihrer besonderen Erfahrungen bei diesem Prozess eine Schlüsselstellung zu. Jetzt kommt es darauf an, die aus dem Prozess der europäischen Integration erwachsenden Chancen aktiv wahrzunehmen und sich den neuen Herausforderungen zu stellen.

Michael Kretschmer *(CDU/CSU):* Mit großer Begeisterung habe ich seinerzeit die Idee zur Gründung eines „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur" in Ihrem Koalitionsvertrag gelesen. Die Initiative von Minister Stolpe habe ich damals als ganz hervorragenden Ansatz für ein konkretes Projekt verstanden, mit dem wir uns auf die Erweiterung der Europäischen Union vorbereiten und unseren Nachbarn zeigen, wie wichtig uns die Verbindung mit ihnen ist. Ich war der Meinung, dass der Bundesverkehrsminister schon aufgrund seiner

(A) Herkunft erkannt hat: Dieser Prozess wird kein Spaziergang. Und so sehr wir uns über den Beitritt unserer Nachbarn auch freuen, wir müssen uns noch stärker vorbereiten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von deutscher Seite intensivieren.

Seit einem Jahr verfolgen wir Ihre Arbeit an diesem Thema. Vier Städte hatten sich als Standort für das geplante Zentrum beim Bundesverkehrsministerium beworben. Neben Berlin und Greifswald haben Frankfurt/Oder sowie Leipzig gute Ideen und überzeugende Konzepte eingereicht.

Doch unsere Neugier und Begeisterung sind längst gewichen, Ernüchterung ist eingekehrt. Berlin und Greifswald sind bei einem Bewertungsverfahren ausgeschieden – wieso, ist nicht nur den beiden Bewerbern unbekannt.

So bedenklich, wie sich das ganze Verfahren seit beinahe einem Jahr hinzieht, war bereits die Ausschreibung, wenn man die überhaupt so nennen kann. Denn eine offizielle Ausschreibung hat es nie gegeben. Am 9. Januar 2003 erklärte der ehemalige Staatssekretär Gerd Harms in der „Lausitzer Rundschau“, er erarbeite und koordiniere im Auftrag des Landes Brandenburg ein Konzept für ein „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“. Erst nachdem auch andere Bundesländer Interesse an der Ansiedlung eines solchen Zentrums geäußert und sich dafür beworben hatten, wurden die vier Landesregierungen, aus denen zwischenzeitlich Interessenbekundungen vorlagen, im März aufgefordert, Konzepte einzureichen.

(B)

Doch statt klare Vorgaben zu machen, las sich die Aufforderung ungefähr so: Sagt mir mal, was so ein Zentrum machen könnte, was das kosten würde und wie viel ihr als Bundesland dazuzugeben bereit seid. Wir schauen dann mal, was sich dann daraus machen lässt. – Das ist nicht unbedingt ein übliches Verfahren und vor allem keines, das Vertrauen schafft.

Außer Willensbekundungen ist in der Zwischenzeit nicht viel passiert. „Die inhaltliche Aufgabenstellung des Osteuropazentrums und seine Organisationsstruktur bedingen einander. Die Bundesregierung befindet sich hierzu noch in der Abstimmungs- und Planungsphase, sodass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen getroffen werden können. Eine Entscheidung über den Standort wird erst zum Abschluss der Überlegungen getroffen werden“. Das war die Antwort von Frau Staatssekretärin Mertens aus dem Bundesverkehrsministerium am 12. Februar 2003.

Drei Monate später, im Mai, schrieb uns Frau Staatssekretärin Gleicke, das Zentrum solle in Kooperation mit Einrichtungen der Wirtschaft, kulturellen Vereinigungen und nicht zuletzt wissenschaftlichen Institutionen zur Stärkung der Beziehungen Deutschlands mit den mittelosteuropäischen Staaten beitragen. „Die Aufgabe des Zentrums liegt primär also in der Vernetzung und Vermittlung bestehender Aktivitäten an Dritte, ohne diese Aktivitäten zu doppeln oder dazu in Konkurrenz zu treten.“

(C) Am 20. August 2003 hieß es dann in einer Pressemitteilung von Staatssekretär Braune: „Die vorbereitenden Arbeiten der Bundesregierung zur Errichtung eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur sind bereits weit vorangeschritten.“ Ziel sei es, durch den Aufbau dieses Zentrums die Entwicklung Ostdeutschlands zu einer europäischen Verbindungsregion zu unterstützen. Die Bundesregierung wolle die endgültige Entscheidung über einen Standort noch im Herbst 2003 treffen.

Und Ende September, diesmal schrieb wieder Frau Staatssekretärin Gleicke: „Mit Blick auf die anstehende Osterweiterung der Europäischen Union hat die Bundesregierung beschlossen, ein Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur einzurichten. Dieses soll als Schnittstelle fungieren und als solche die Information, Koordination und Kommunikation übernehmen und ausbauen. Das Zentrum soll als Netzwerk in den Themenfeldern Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft Motor und Dienstleister zugleich sein.“

Die Vorstellungen der Bundesregierung sind seit Februar 2003 kein bisschen konkreter geworden. Es geht um „Vernetzung“, hören wir, um eine Verbindungsregion Ost. Was sich aber genau hinter den Begriffen verbirgt, welche konkreten Aufgaben dieses Osteuropazentrum übernehmen soll, wie es sich von bereits bestehenden Einrichtungen unterscheidet, das ist ganz offenbar dem Stolpe-Ministerium selbst nicht klar.

So ist dann wohl auch zu erklären, warum eine Standortentscheidung für Herbst 2003 zwar angekündigt, aber nicht eingehalten worden ist. Und so erklärt sich auch, warum eine Gründung zwar geplant, aber kein Titel im Haushalt 2004 dafür vorgesehen ist. (D)

Die Bundesregierung hat kein Konzept und diesen Mangel versteckt sie auch noch schlecht. Es wird staatstragend angekündigt, „die Bundesregierung will“, „die Bundesregierung macht“. Aber was sie denn genau will, wie sie es macht und von welchem Geld sie es bezahlt, ist ihr eben ganz und gar nicht klar. Klar ist hingegen, dass die Bundesregierung die Osteuropaforschung sträflich vernachlässigt hat. Statt mit Blick auf die Osterweiterung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, hat die Bundesregierung seit 1998 die Ausgaben kontinuierlich zurückgefahren: Flossen 1998 noch 11 Millionen Euro in die Osteuropaforschung, waren es 2002 hingegen nur noch 7 Millionen Euro. Eine Vernetzung der vielen Akteure, die in Deutschland um die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa bemüht sind, ist ihr bis heute nicht gelungen. Hinter dem, was die Bundesregierung vorbereitend auf die Osterweiterung hätte tun müssen, ist sie weit zurückgeblieben. Daran ändert auch der Wille nichts, ein „Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur“ zu errichten. Bereits der Planungsbeginn erfolgte zu einem sehr späten Zeitpunkt. Doch in den vergangenen Monaten ist immer mehr die Frage zu stellen, wie ernst es der Bundesregierung und Herrn Minister Stolpe mit dem Osteuropazentrum ist.

Aus meiner Sicht darf es vor allem angesichts der leeren Kassen keine Doppelung mit bestehenden Einrichtungen geben. Das Leistungsspektrum in diesem Bereich ist reichhaltig. Es gibt thematisch nur wenige Lücken.

Das Problem ist vielmehr das von der Regierung über Jahre hinweg reduzierte Budget an Projektmitteln. Über 1 000 Menschen arbeiten in der Osteuropaforschung. Kammern und Verbände, kommerzielle Wirtschaftsberatungen und gemeinnützige Vereine organisieren einen beispiellosen Informationsaustausch. Die bestehenden Einrichtungen müssen in neue Konzepte eingebunden werden, weil sich die Institute nicht gegenseitig Konkurrenz machen, sondern sich ergänzen und Lücken schließen sollen.

Aus meiner Sicht ist deshalb im Hinblick auf die Neugründung des „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur“ vor allem eine Aufstockung der Projektmittel erforderlich. Die oft zitierte mangelnde Vernetzung der verschiedenen Institutionen wird meines Erachtens übertrieben. Allerdings existiert bis heute nicht eine einzige wissenschaftlich fundierte Bedarfsanalyse zu so einem Zentrum!

Die Notwendigkeit vorausgesetzt, macht eine Koordinationsstelle ohne Projektmittel aus meiner Sicht keinen Sinn. Ihre Überlegungen, so ein Zentrum mit einem Jahresbudget von 1,5 Millionen Euro zu führen, wovon 1,2 Millionen allein für Personal- und Verwaltungsausgaben gebunden und lediglich 300 000 Euro für freie Projektmittel veranschlagt sind, kann doch nicht Ihr Ernst sein! Damit konstruieren Sie allerhöchstens ein Callcenter, das nun wirklich niemand braucht.

Eine Relation „1 Million für Personal und 4 Millionen Euro für Projekte“ wäre dagegen ein substanzieller Beitrag für die EU-Erweiterung und die Osteuropaforschung in Deutschland.

Und es gibt in der Tat noch einige lohnende Aufgaben, deren sich eine solche Einrichtung annehmen könnte. So gibt es beispielsweise erheblichen Bedarf an Lexika, an Handbüchern, Atlanten und Enzyklopädien in der Osteuropaforschung. Ein Osteuropazentrum könnte die Forschung und Publizierung anregen, koordinieren und mit Projektmitteln finanzieren. Denkbar ist auch ein Verzeichnis der kulturellen Leuchttürme in Ost- und Mitteleuropa. Für die neuen Bundesländer gibt so etwas schon, ein Blaubuch, das nicht nur die kulturelle Bedeutung etwa der Wörlitzer Gärten belegt, sondern auch Auskunft gibt über ihren Zustand und etwaigen Finanzbedarf.

Ein Novum wäre beispielsweise auch die Initiierung eines europäischen Geschichtslexikons, in dem tatsächlich in den verschiedenen Sprachen zu ein- und demselbem Sachverhalt identische Beschreibungen und Einschätzungen vermerkt sind. Ein solches gemeinsames Lexikon wäre nicht nur eine lohnende Aufgabe für ein Osteuropazentrum. Es wäre auch ein Symbol für das neue Europa, das solche verbindenden Elemente dringend braucht.

Werner Kuhn *(Zingst) (CDU/CSU):* Mit der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union bietet sich eine weitere Chance, die Teilung Europas zu überwinden und gleichzeitig schrittweise das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West zu verringern. Doch die Erweiterung birgt auch Ängste und Risiken für Deutschland in sich. Das ist keine revolutionäre Erkenntnis, das ist eine Tatsache.

Deutschland ist bereits jetzt innerhalb der EU der wichtigste Handelspartner für die Beitrittsländer. Zwischen 1994 und 2001 nahm die Wareneinfuhr um 178 Prozent zu, die Warenausfuhr um 171 Prozent. Haupthandelspartner sind Polen, Tschechien und Ungarn. Das heißt, dass sich ungeachtet der weltweiten Wirtschaftsflaute die wirtschaftlichen Beziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern äußerst dynamisch entwickeln. Somit hat hinsichtlich der Im- und Exporte der Beitritt längst stattgefunden.

Problematisch ist das allerdings für viele ostdeutsche Firmen. Sie befinden sich zwar in räumlicher Nähe zu den Beitrittsländern, werden aber bereits jetzt aufgrund ihres generellen Wettbewerbsrückstandes von der Konkurrenz aus den Altbundesländern abgedrängt. Zudem wird vielen Mittelständlern angesichts des verschärften Wettbewerbs mit einem gewaltigen Lohngefälle sowie veränderten Absatz-, Beschaffungs- und Arbeitsmärkten angst und bange. Gerade in den ostdeutschen Gegenden wächst die Furcht vor der Billiglohnkonkurrenz aus Mittel- und Osteuropa. So macht beispielsweise das polnische Durchschnittseinkommen nur etwa ein Drittel der ostdeutschen Löhne und Gehälter aus.

Um solche Fehlentwicklungen und Schwächen insbesondere für unsere ostdeutschen Bundesländer abzufedern oder abzubauen, bedarf es vor allem einer zielgenauen und konsequenten Förderung von grenzüberschreitenden Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene sowie der Unterstützung entsprechender Institutionen und gemeinsamer Lernprozesse. Denn unsere ostdeutschen Regionen – betroffen sind besonders die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen – sollen sich zu einer leistungsfähigen europäischen Verbindungsregion entwickeln.

Dazu ist eine wissenschaftliche, qualitativ hochwertige Beratung und Unterstützung notwendig. Dies ist nur durch eine Institution möglich, die selbst wissenschaftlich arbeitet. Ziel muss sein, bestimmte grenzüberschreitende Handlungsfelder so konsequent zu koordinieren, dass eine gemeinsame Dienstleistungsgesellschaft – für Unternehmen und Kultureinrichtungen – erreicht wird.

Handlungsfelder könnten sein: die Stärkung und Erweiterung vorhandener deutschosteuropäischer Unternehmensnetzwerke, der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen deutschen und osteuropäischen Messestandorten, die Entwicklung touristischer Themenrouten und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Akteuren auf dem Tourismussektor, ein Standortmarketing und eine gemeinsame Vermarktung von Großvorhaben mit überregionaler Bedeutung, Hochschulkooperationen und die Verknüpfung kultureller Angebote. Zudem könnte durch die Förderung der Zusammenarbeit regionaler Akteure die Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Grenzregionen gestärkt werden.

Um den Unternehmen und Kultureinrichtungen den aktuellen wissenschaftlichen Stand und eine qualifizierte, hochwertige Beratung anbieten zu können, ist das

(A) Vorhalten eigener wissenschaftlicher Kompetenz unausweichlich. Daher ist es ausgesprochen zu begrüßen, dass es künftig nach dem Willen der Bundesregierung ein die vielfältige Osteuropaforschung in Deutschland koordinierendes Osteuropainstitut für Wirtschaft und Kultur geben soll.

Doch der Wille allein reicht nicht. Es fehlt an Umsetzung. Inzwischen muss man an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens wohl zweifeln, schaut man auf das halbherzige und inkonsequente Vorgehen der Bundesregierung.

Bis heute gibt es keine Standortentscheidung. Greifswald, Berlin, Frankfurt/Oder und Leipzig hatten sich beworben. Frankfurt und Leipzig kämen offenbar in die engere Wahl, hieß es in einer Mitteilung des Dresdner Wirtschaftsministeriums aus dem letzten Jahr.

Das Profil eines solchen Zentrums ist nicht klar.

Finanzielle Mittel für ein Osteuropazentrum fehlen im Bundeshaushalt 2004.

Das ist bedauerlich. Damit hat die Bundesregierung bereits jetzt ihre Chance vertan, die vielen um Zusammenarbeit mit Osteuropa bemühten Akteure zu vernetzen, um auf diese Weise einen entscheidenden Beitrag zur Vorbereitung Deutschlands sowie der Beitrittsländer auf den Prozess der Osterweiterung zu leisten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, zu erklären, welche Aufgaben sie für eine nachhaltige Entwicklung der Osterweiterung als wesentlich erachtet und welchen Beitrag das zu gründende Osteuropazentrum leisten soll. (B) Weiterhin soll die Bundesregierung darlegen, wie dieses Institut in das bestehende Netzwerk der Osteuropaforschung einbezogen werden und welches Alleinstellungsmerkmal es haben soll. Schließlich fordern wir, für eine solide Finanzierung zu sorgen.

Dazu gehört auch, der in Deutschland etablierten Osteuropaforschung endlich den nötigen Respekt entgegenzubringen. Doch auch hier – wie in allen anderen Forschungsbereichen – zeichnen sich Auswirkungen der finanziellen Kürzungen ab. Stellen werden gestrichen oder nicht mehr besetzt, und Instituten droht die Schließung.

Damit missachtet die Bundesregierung nicht nur die wissenschaftliche Leistung ihrer Akteure. Viel verheerender ist, dass sie mit ihrer Vorgehensweise den Aufbau von Kooperationsbeziehungen, von Netzwerken und führenden Positionen im jeweiligen Fachgebiet gefährdet oder gar nicht erst zulässt.

In weniger als 100 Tagen ist die EU-Osterweiterung praktische Realität. Bringen wir das längst beschlossene Osteuropazentrum doch bis dahin zumindest endlich auf den Weg! Wir sollten keine Zeit mehr verlieren.

Peter Hettlich *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Zunächst möchte ich eine Erweiterung des Namens „Osteuropazentrum“ vorschlagen: Ich erinnere daran, dass sich einige der Beitrittsstaaten, die ab dem 1. Mai 2004 zum Europa der 25 gehören werden, wie zum Beispiel Polen oder die Tschechische Republik, immer der Mitte Europas zugehörig gefühlt haben und dies hatte sich auch (C) während der Jahre 1945 bis 1989 nicht geändert. Daher halte ich die Verwendung der Bezeichnung „Mittelosteuropazentrum“ für angemessener und historisch korrekter.

Wir reden also heute über die geplante Einrichtung eines Mittelosteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur, das gemäß des Koalitionsvertrages in dieser Wahlperiode eingerichtet werden sollte. Im vergangenen Jahr traf sich hierzu mehrfach eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Koalitionsfraktionen, um eine Konzeption zu erarbeiten, die im September 2003 in ein gemeinsames Papier mündete.

Ich gebe zu, dass ich heute glücklicher wäre, wenn wir die Einrichtung des Mittelosteuropazentrums bereits in diesem Jahr feiern könnten, zumal wir am 1. Mai 2004 die neuen Mitgliedsstaaten in der EU begrüßen werden. Zu meinem Bedauern ließ sich jedoch eine finanzielle Absicherung im Haushalt 2004 nicht realisieren. Es scheint bis heute offensichtlich ein schwieriges Problem darzustellen, das „Mittelosteuropazentrum“ einem eindeutigen Haushaltstitel zuordnen zu können.

So wandert es schon seit einiger Zeit als „ungeliebtes Kind“ zwischen den Ressorts hin und her. Für mich gehört es als Querschnittsaufgabe weder zum Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit noch zum Bundesministerium für Bildung und Forschung, sondern in den Verantwortungsbereich des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, wo auch die Unterabteilung „Aufbau Ost“ angesiedelt ist.

Auch die CDU/CSU war sich offensichtlich noch (D) nicht einig, denn noch vorletzte Woche erklärte sie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung als federführend. Jetzt ist das „Mittelosteuropazentrum“ wieder beim Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen angekommen und hier soll es nach meiner Ansicht auch bleiben.

Die EU-Osterweiterung stellt eine große Herausforderung für unser Land und die neuen Bundesländer dar. Denn ab dem 1. Mai 2004 sind wir schlagartig nicht mehr Grenzregion, sondern eine entscheidende Verbindungsregion zu bedeutenden Wirtschafts- und Kulturregionen. Dies wird zu erheblichen strukturellen Änderungen führen, denen wir uns stellen müssen und werden.

Ich betrachte die EU-Osterweiterung als eine Chance für die neuen Bundesländer, ihre vorhandenen langjährigen Kompetenzen und Kontakte zu aktivieren und auszubauen und diese Vorteile in großem Umfang für sich zu nutzen. Und um diesen Prozess der Kooperationen und der Entwicklung von Netzwerken zu begleiten und zu unterstützen, soll das „Mittelosteuropazentrum“ etabliert werden.

Das Zentrum soll in Zusammarbeit mit ökologisch verantwortungsbewusst handelnden Einrichtungen der Wirtschaft, mit kulturellen Vereinigungen und wissenschaftlichen Institutionen zur Stärkung der deutschen Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas beitragen. Damit wollen wir die Wissenschaftslandschaft Ostdeutschland mit ihren Kompetenzen stärken und der

(A) regionalen und lokalen Wirtschaft den Zugang zu den Märkten des Erweiterungsraumes erleichtern.

Anderseits soll es auch den Beitrittsstaaten als eine Anlaufstelle dienen, in der die ostdeutschen Erfahrungen mit den europäischen Strukturen und Kompetenzen erfahren und weitergegeben werden können. Wir wollen, dass das „Mittelosteuropazentrum" die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum fördert und in dessen Fortentwicklung begleitet. Dabei soll es Aktivitäten und Informationen bestehender Institute und wissenschaftlicher Einrichtungen bündeln und als Anlauf- und Austauschstelle allen Interessierten offen stehen.

Dass an der Einrichtung eines „Mittelosteuropazentrums" großes Interesse besteht, zeigen die kompetenten Bewerbungen der Standorte Greifswald, Frankfurt/Oder, Berlin oder Leipzig. Die Überlegungen und Vorschläge sind von hoher Qualität und fließen mit in unsere Konzeption ein, wie es zu einem attraktiven Anlauf- und Knotenpunkt entwickelt werden kann.

Auch wenn es noch keine Entscheidungen bezüglich eines Standortes gibt, so möchte ich an dieser Stelle meinem Wunsch Ausdruck verleihen, dass die besondere Kompetenz und die besonderen Verdienste der Stadt Frankfurt/Oder bei der Verwirklichung europäischer Ideale Berücksichtigung finden mögen. In dieser Stadt ist nicht erst seit heute konkret erlebbar, wie eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem „alten" Europa und dem „neuen" Europa der 25 aussehen kann.

(B) Darauf freue ich mich und daher werde ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen dafür einsetzen, dass das Kind „Mittelosteuropazentrum" einerseits geliebt und andererseits im Haushalt 2005 seinen festen Platz finden wird.

Cornelia Pieper *(FDP):* Die FDP stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Wir unterstützen ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung, ein Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur aufzubauen und in einem der neuen Bundesländer anzusiedeln.

Leider ist es jedoch nur die Absicht, die unterstützenswert ist, nicht aber die Umsetzung. Das bisherige Vorgehen der Bundesregierung in dieser Sache ist beispielhaft für die Ankündigungspolitik von Rot-Grün. Erst werden die großen – und manchmal ja auch richtigen und vernünftigen Ziele – verkündet und dann geschieht nichts. Oder die Verantwortlichkeit wird erst einmal an eine andere Stelle delegiert – in diesem Falle auf besonders unverständliche, ja fast schon kuriose Weise: Wer sich um das Osteuropazentrum bewerben wollte, musste selber sagen, welche Aufgaben es erfüllen solle, wie es zu finanzieren sei und welche Struktur es haben könne. Mittlerweile liegen vier Bewerbungen vor und die Bundesregierung ist – entgegen Ihrer Ankündung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU von Mai 2003 – nicht einmal in der Lage, das Verfahren weiter zu betreuen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ich frage mich: Ist es überhaupt richtig gewesen, Herrn Bundesminister Manfred Stolpe zum Herrn des (C) Verfahrens zu machen? Oder hatte der Bundeskanzler sich von vornherein darauf verlassen, dass auch dieses Vorhaben im sprichwörtlichen Sinn „in den märkischen Sand" gesetzt werden sollte?

Aus meiner Sicht ist es jedoch an der Zeit, dass die Bundesregierung Antworten auf die im vorliegenden Antrag formulierten Fragen gibt und vor allem diese dann auch als Leitlinien ihres Handelns versteht. Es ist unverantwortlich gegenüber allen, die in der Osteuropaforschung tätig sind, und auch gegenüber allen, die von den Fragestellungen unmittelbar betroffen sind, in dieser Frage keine Stellung zu beziehen.

Wie stellt sich die Bundesregierung die Finanzierung vor? Warum sind in den Haushaltsplan 2004 keine Mittel eingestellt? Soll das Osteuropazentrum vollständig vom Bund getragen werden oder gibt es weitere Träger? Soll sich das Sitzland mit an der Finanzierung beteiligen? Dies alles sind Fragen, die eigentlich schon in einer Ausschreibung – die es niemals gab – hätten geklärt werden müssen. Ich hatte das schon im Bildungs- und Forschungsausschuss kritisiert.

Die FDP fordert, dass – nachdem wir heute über das Osteuropazentrum im Parlament sprechen – diese Fragen erneut im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung auf die Tagesordnung gesetzt werden, spätestens dann, wenn die Antworten der Bundesregierung vorliegen. Aber auch schon zuvor sollte der Ausschuss durch den Staatssekretär, Kollegen Matschie, über die aufgeworfenen Fragen unterrichtet werden. Was ist denn der aktuelle Stand des Auswahlverfahrens? Ist es richtig, dass zwei der Bewerber aufgefordert worden sind, ihre Konzepte zu überarbeiten? Wer trifft die Entscheidung, welches das bessere ist? Ich empfinde es als ungeheuerlich, wie intransparent und fern ab jeder parlamentarischen Mitgestaltung die angekündigte Errichtung des Osteuropazentrums vor sich geht. (D)

Der Osteuropaforschung kommt mit der EU-Osterweiterung eine große Bedeutung zu. Deutschland und insbesondere die ostdeutschen Bundesländer nehmen hierbei eine besondere Brückenfunktion ein, mit der wir verantwortungsvoll umgehen müssen. Wir hoffen, dass wir demnächst inhaltlich darüber diskutieren können, welchen Beitrag ein Osteuropazentrum für Wissenschaft und Kultur bei dieser wichtigen Aufgabe leisten kann. Es ist unerlässlich, dass dieser Prozess mit höchstmöglicher Klarheit und Transparenz vor sich geht.

Iris Gleicke, *Parl. Staatssekretärin beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:* Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag vom Herbst 2002 die Bundesregierung mit dem Aufbau eines „Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur" beauftragt. Diese Aufgabe wurde federführend beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer angesiedelt.

Wir sind uns der Bedeutung dieser Aufgabe bewusst. Die Bundesregierung misst der Zusammenarbeit mit den

(A) Staaten Mittel- und Osteuropas einen besonderen Stellenwert bei. Mit der Überwindung der Teilung Europas hat Deutschland eine geostrategische Position als mitteleuropäisches Brückenland wiedergewonnen. Die Integration der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten in die Europäische Union wird von der Bundesregierung nicht nur begrüßt, sondern aktiv begleitet. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass die EU-Osterweiterung eine große Herausforderung insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer darstellt. Ostdeutschland hat die Chance, sich zu einer europäischen Verbindungsregion fortzuentwickeln. Diesen Prozess hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren durch erhebliche Investitionen in die Wirtschaftsförderung und beim Infrastrukturausbau intensiv befördert.

Ein Osteuropazentrum für Wirtschaft und Kultur soll gemeinsam mit wissenschaftlichen Institutionen, Einrichtungen der Wirtschaft und kulturellen Vereinigungen zur Stärkung der deutschen Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas beitragen.

Mit der Gründung des Zentrums soll der Netzwerkgedanke zur Verknüpfung und Weiterentwicklung vorhandener Aktivitäten aufgegriffen und unter den Stichwörtern Information, Kommunikation und Kooperation umgesetzt werden. Die Aufgabenstellung setzt sich demzufolge aus der Vernetzung und Vermittlung bestehender Aktivitäten an Dritte zusammen, ohne diese Aktivitäten zu doppeln und in Konkurrenz zu treten. Das Osteuropazentrum soll als eigenständige Einrichtung etabliert werden. Die Finanzierung ist zwischen Bund, Land und (B) Sitzort anteilig zu vereinbaren.

Im Sinne der Information soll das Zentrum im Rahmen des auszuprägenden Netzwerkes über alle Informationen hinsichtlich der Kontakte zwischen Deutschland und den MOE-Staaten verfügen beziehungsweise diese vermitteln. Dazu bedarf es einer technischen Ausstattung, die den Zugriff auf alle relevanten Datenbanken ermöglicht und die Bereitschaft von deren Trägern, mit dem Zentrum zusammenzuarbeiten. Denkbar sind auch vom Osteuropazentrum initiierte und koordinierte Informationskampagnen beispielsweise zu den wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Folgen der EU-Osterweiterung.

Der Kommunikationsgedanke greift die Idee auf, das Osteuropazentrum als Zentrum der Begegnung zu etablieren, um die im Bereich Mittel- und Osteuropa Tätigen aus dem In- und Ausland zusammenführen. Die Begegnung schließt Gedankenaustausch, Meinungsbildung, Projektarbeit sowie Politik- und Unternehmensberatung in Form von Kolloquien, Seminaren, Workshops, Hearings, Podiumsdiskussionen, wissenschaftlichen Arbeiten, Gutachten und Studien ein.

Schließlich soll das Osteuropazentrum durch Kooperation Schnittstelle für Geschäftsanbahnungen und Kulturaustausch sein. Dazu stellt es einen Kontaktraum für diejenigen dar, die einen oder mehrere Partner für Zusammenarbeiten im wirtschaftlichen oder kulturellen Bereich suchen.

(C) Gestatten Sie mir, Sie über den Stand des Verfahrens zu informieren. Bereits Ende 2002 wurde in meinem Ministerium eine Definition des Anforderungsprofils an ein zukünftiges Osteuropazentrum gestellt. Zugleich gingen aufgrund der Festlegung im Koalitionsvertrag Initiativbewerbungen des Freistaates Sachsen sowie der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ein. Daraufhin wurden die Staatskanzleien dieser Länder gebeten, ihre Vorstellungen bis Mitte April zu präzisieren. Als Kriterien wurden die Aufgabenstellung des Zentrums, seine Einordnung in den Kontext bestehender nationaler Institutionen im Bereich der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, die Verknüpfung mit wissenschaftlichen Einrichtungen innerhalb und außerhalb des Landes, Aufbau und Struktur des Zentrums und Finanzierung, insbesondere Angaben zum Leistungsanteil des Bundeslandes und des Sitzortes genannt.

Ende April 2003 hat das BMVBW eine interministerielle Arbeitsgruppe aus Bundeskanzleramt, Bundesbeauftragtem für Kultur und Medien, Auswärtigem Amt, Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Beratung der Länder-Präsentationen eingeladen. Eine klare Präferenz wurde dabei noch nicht erkennbar. Daraufhin hat das BMVBW die Staatskanzleien Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie die Senatskanzlei Berlin um Nachbesserung ihrer Konzepte gebeten. Zu diesen Vorschlägen wurden ausgewählte Experten um Stellungnahme gebeten. Diese waren die Leitungen der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde DGO, der Südosteuropa- (D) gesellschaft SOG, des Herder-Instituts Marburg, des Ost-West-Wissenschaftszentrums Kassel, des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner, des DIHK, des Bundesamts für Bauwesen und Raumplanung, des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, der Bundesagentur für Außenwirtschaft und des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft. Durch Einbeziehung der genannten Institutionen haben wir deren Integration in Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sichergestellt.

Das Ergebnis des 10-köpfigen Expertenkreises war eine Priorisierung der Standorte Frankfurt/Oder und Leipzig. Eine zwischenzeitlich erfolgte interne Meinungsbildung meines Hauses bestätigte die Priorisierung dieser beiden Standorte, ein Ergebnis, das in einer weiteren Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe weitergegeben wurde.

In einem Round-Table-Gespräch Anfang September 2003 wurde dieses Ergebnis mit den genannten Experten vertieft. Daraufhin wurden die Staatskanzleien Brandenburgs und Sachsens gebeten, Verhandlungspartner auf Arbeitsebene zu benennen. Zeitgleich wurde Berlin und Mecklenburg-Vorpommern das Ergebnis der Vorauswahl bekannt gegeben. In einer ersten getrennten Verhandlungsrunde mit den Vertretern Brandenburgs und Sachsens wurden Konzept und Struktur des Zentrums erörtert, in einer weiteren Runde stand die Finanzierung im Mittelpunkt.

(A) Beide Länder wurden abermals zu einer schriftlichen Präzisierung ihrer Vorstellungen aufgefordert. Hierzu ist eventuell eine weitere Runde mit dem Expertenkreis geplant. Das Ergebnis der Entscheidung wird dann veröffentlicht. In einem nächsten Schritt erfolgt die Berufung eines Gründungsbeauftragten.

Das neue Zentrum wird in die bestehende Wissenslandschaft eingebunden. Mit Blick auf die Vielzahl und thematische Breite der im Bereich Osteuropa tätigen Einrichtungen soll das Osteuropazentrum nicht als konkurrierende wissenschaftliche Einrichtung aufgestellt werden. Vorhandene Kompetenzen bestehender Institute sind für die Zusammenarbeit zu nutzen. Das Osteuropazentrum ist explizit keine Forschungseinrichtung und soll auch nicht zu einem „Blaue-Liste-Institut“ ausgebaut werden.

Es soll an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft die Chancen der EU-Osterweiterung für (Ost-)Deutschland aufspüren, Netzwerke mit bestehenden Einrichtungen bilden und wirtschaftliche und kulturelle Möglichkeiten der Kooperation ausloten. Es soll praktisch den Prozess der EU-Osterweiterung konstruktiv begleiten, das bestehende Wissen und die vorhandenen Kontakte bündeln und für die alltägliche Arbeit der Praktiker aufbereiten. Es soll quasi als Serviceeinrichtung für alle interessierten Ansprechpartner bereitstehen.

(B) Vorhandene Einrichtungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich bilden wichtige Partner und ergänzen mit ihren Arbeiten den angestrebten Aufgabenbereich des Osteuropazentrums. Sie bereichern die Arbeit des Zentrums und sollen im Rahmen des Netzwerkes intensiv eingebunden werden.

Anlage 7

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die dringlichen Fragen des Abgeordneten **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2384, Fragen 1 und 2):

> Ist Florian Gerster nach Meinung der Bundesregierung Opfer einer Kampagne gegen ihn geworden, und wenn ja, welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung daraus?
>
> Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Rolle der Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit und stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Dr. Ursula Engelen-Kefer?

Zur dringlichen Frage 1:

Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit hat in seiner Sitzung vom 24. Januar 2004 festgestellt, dass sein Vertrauensverhältnis zum Vorsitzenden des Vorstands, Florian Gerster, gestört ist. Die Bundesregierung nimmt zu dem Meinungsbildungsprozess des Verwaltungsrates nicht Stellung.

(C) Zur dringlichen Frage 2:

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass Frau Dr. Engelen-Kefer ihre Aufgabe engagiert wahrnimmt und über ein hohes Maß an Sachkunde in arbeitsmarktpolitischen Fragen verfügt.

Anlage 8

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerald Thalheim auf die Fragen der Abgeordneten **Ursula Heinen** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 1 und 2):

> Stimmen die Äußerungen im Artikel des „TAGESSPIEGEL“ vom Dienstag, dem 20. Januar 2004 mit dem Titel „Wirtschaft soll für dicke Kinder zahlen“, nach dem die Bundesregierung die Einrichtung eines Fonds für dicke Kinder plant?
>
> Wenn ja, wer soll in diesen Fonds einzahlen, und wer soll über die Verwendung von Mitteln entscheiden?

Zu Frage 1:

Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen ist ein zunehmendes Problem in unserem Land. Inzwischen ist jedes 5. Kind und jeder 3. Jugendliche übergewichtig, 7 bis 8 Prozent der Kinder sind sogar stark übergewichtig. Die WHO spricht in diesem Zusammenhang bereits von einer Epidemie.

(D) Richtig ist, dass es Gespräche mit der Lebensmittelwirtschaft und einer Vielzahl von Verbänden aus anderen Bereichen zur Bekämpfung des Übergewichts bei Kindern gibt. Sollte die Lebensmittelwirtschaft bereit sein, einen freiwilligen Fonds einzurichten, um Ernährungsaufklärung zu unterstützen, ist dies eine von vielen denkbaren gemeinsamen Aktionen.

Zu Frage 2:

In den Gesprächen mit Wirtschaft und Verbänden wurden noch keine Entscheidungen gefällt.

Anlage 9

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Simone Probst auf die Frage der Abgeordneten **Tanja Gönner** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 3):

> Welche quantitativen Angaben liegen der Bundesregierung zum Export von werthaltigen Plastikabfällen nach China vor, und wie werden hier Kontrollen durchgeführt, ob eine ordnungsgemäße Verwertung im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes dieser Abfälle in China vollzogen wird?

Bei den in Rede stehenden Kunststoffabfällen handelt es sich um ungefährliche Abfälle, die entsprechend den Regelungen des Basler Übereinkommens der Vereinten Nationen und der Entscheidung des Rates der OECD C(2001)107/FINAL in der europäischen Abfallverbringungsverordnung im Anhang E (Grüne Liste) aufgeführt sind. Sie unterliegen damit grundsätzlich keinen besonderen abfallrechtlichen Einschränkungen,

(A) Überwachungen oder Kontrollen; die Pflicht zur Durchführung eines Notifizierungsverfahrens wie für Abfälle zur Beseitigung oder gefährliche Abfälle zur Verwertung besteht deshalb nicht. Alle Abfallexporte werden im Rahmen der allgemeinen abfallrechtlichen Überwachung stichprobenartig von den zuständigen Behörden der Länder und des Bundes kontrolliert. Darüber hinaus ist nach chinesischem Recht eine so genannte Pre-Inspektion erforderlich, die von einer in Bremen ansässigen Firma im Auftrag Chinas vor Abgang der Lieferung durchgeführt werden muss.

Für nicht grün-gelistete Abfälle, also gefährliche und andere notifizierungspflichtige Abfälle, besteht gemäß Art. 16 der EG-Abfallverbringungsverordnung seit Januar 1998 ein Exportverbot in Nicht-OECD-Staaten; der Export solcher Abfälle nach China ist mithin verboten.

Die Bestimmungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfällgesetzes gelten für die Entsorgung von Abfällen in China nicht; für den Export gilt die EU-Abfallverbringungsverordnung. Für gebrauchte Verkaufsverpackungen, die zur Verwertung exportiert werden, gelten die selben hohen Anforderungen an die Verwertung und den Nachweis der Verwertung, einschließlich der stofflichen Verwertung, wie für Verpackungen, die in Deutschland verwertet werden. Unter anderem verlangen die für den Vollzug der Verpackungsverordnung zuständigen Länder den Nachweis der Eignung der Verwertungsanlage.

(B) Da grün-gelistete Abfälle nicht der abfallrechtlichen Überwachung unterliegen, kann zur Quantifizierung der Exportmengen nach China nur auf die Zollstatistik zurückgegriffen werden. Danach wurden im Jahr 2002 insgesamt 51 422,5 Tonnen im Wert von 9 637 000 Euro nach China exportiert PET-Abfälle sind dem Zoll-Code 3915 90 XX zuzuordnen; für sie ergibt sich für 2002 eine Exportmenge nach China von 1 700,3 Tonnen im Wert von 655 000 Euro. Für das Jahr 2003 liegen noch keine Zahlen vor, deshalb sind über die aktuellen Entwicklungen der Exporte keine statistischen Aussagen möglich.

Anlage 10

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Klaus Scharioth auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 6 und 7):

> Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um bei einer Geiselnahme von deutschen Staatsbürgern im Ausland die Betroffenen selbst angemessen an den entstehenden Folgekosten zu beteiligen?
>
> Beabsichtigt die Bundesregierung, zum Beispiel im Rahmen einer Pflichtversicherung, deutsche Staatsbürger bei Auslandsreisen gegen Folgekosten terroristischer Aktivitäten abzusichern?

Zu Frage 6:

Nach dem Konsulargesetz und dem Auslandskostengesetz ist jeder, dem im Ausland in einer Notlage Hilfe (C) geleistet worden ist, grundsätzlich zur Rückzahlung der entstandenen Kosten verpflichtet. Auch eine Geiselnahme kann eine solche Notlage darstellen.

Zu Frage 7:

Eine Pflichtversicherung gegen terroristische Risiken im Ausland würde strengen rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen Anforderungen unterliegen. Diese sind aus Sicht der Bundesregierung nicht erfüllt.

Im Übrigen werden am Markt bereits Versicherungsprodukte angeboten, die einen erheblichen Teil der als Folge terroristischer Gewalt auf den Einzelnen zukommenden Kosten, wie zum Beispiel Kosten für medizinische Behandlung und den Rücktransport, abdecken. Es muss jedem Einzelnen überlassen bleiben, ob er sich gegen diese Kosten versichert oder – wenn er dies nicht tut – gegebenenfalls selbst für sie aufkommen muss.

Anlage 11

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Alfred Hartenbach auf die Fragen des Abgeordneten **Hartwig Fischer** (Göttingen) (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 8 und 9):

> (D) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob es sich bei den Exponaten der Ausstellung „Körperwelten“ von Gunther von Hagens unter anderem um Leichenteile von Hingerichteten aus der Volksrepublik China handelt (vergleiche „DER SPIEGEL“ vom 19. Januar 2004)?
>
> Sieht die Bundesregierung ausfüllungsbedürftige Regelungslücken im Strafgesetzbuch hinsichtlich des Schutzes von Leichenteilen?

Zu Frage 8:

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse über die Herkunft der in der Ausstellung „Körperwelten“ gezeigten Leichen beziehungsweise Leichenteile nicht vor. Auch die deutsche Botschaft in Peking hat hierzu keine Erkenntnisse.

Zu Frage 9:

Nein, derartige Regelungslücken sehe ich nicht. Einem menschenunwürdigen nicht mehr tragbaren Umgang mit dem Körper eines verstorbenen Menschen begegnet bereits das geltende Recht. In erster Linie ist hier § 168 des Strafgesetzbuches (Störung der Totenruhe) zu nennen. Die Strafe ist Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Außerdem ist auf § 189 des Strafgesetzbuches hinzuweisen, der die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Schutzgut dieser Vorschrift sind das allgemeine Pietätempfinden und der über den Tod hinaus andauernde Achtungsanspruch eines jeden Menschen. Für eine Absenkung der Strafbarkeitsschwelle besteht keine Veranlassung.

(A)

Anlage 12

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Fragen des Abgeordneten **Matthäus Strebl** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 10 und 11):

Trifft es zu, dass, wie mehrere Zeitungen am 30. Dezember 2003 berichtet haben, die Bundesregierung plant, die Pflegestufen 1 und 2 bei stationärer Versorgung folgendermaßen zu kürzen: Pflegestufe 1 von bisher 1 023 Euro auf 500 Euro und Pflegestufe 2 von bisher 1 279 Euro auf 1 000 Euro?

Ist es weiterhin richtig, dass die Bundesregierung gleichzeitig die Pflegestufe 3 in diesem Bereich von 1 432 Euro auf 1 500 Euro anheben wird?

Die Harmonisierung der Sachleistungsbeträge für häusliche und stationäre Pflege ist Teil der Überlegungen der Regierungskoalition für ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Die meisten Pflegebedürftigen wünschen, so lange wie möglich zu Hause versorgt und betreut zu werden. Um dies zu erreichen, sind Maßnahmen zur weiteren Stärkung der häuslichen Pflege erforderlich. Die Überlegungen der Bundesregierung, welche Veränderungen in der Pflegeversicherung notwendig und angemessen sind, sind bisher nicht abgeschlossen. Daher entbehren alle Spekulationen, die über Veränderungen in den Zahlbeträgen für die Pflegestufen 1 bis 3 angestellt werden, einer realen Entscheidungsgrundlage.

(B)

Anlage 13

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Frage der Abgeordneten **Hannelore Roedel** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 12):

Trifft es zu, dass im Rahmen der Gesundheitsreform durch die Gleichstellung der Sozialhilfeempfänger mit den gesetzlich Krankenversicherten rund 17 000 Sozialhilfeempfänger im Januar eine Chipkarte für ihre Krankenbehandlung erhalten müssen und diese im Rahmen der Ersetzung der Sozialhilfe durch das Arbeitslosengeld II Anfang 2005 durch die Sozialämter wieder eingezogen werden müssen, und wenn ja, wie hoch ist der finanzielle Mehraufwand, der den öffentlichen Kassen hierdurch entsteht?

§ 264 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) in der Fassung des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) sieht vor, dass die Krankenkassen die Krankenbehandlung für den dort näher beschriebenen Personenkreis übernehmen. Die Betroffenen erhalten eine Krankenversichertenkarte, die sicherstellt, dass sie die gleichen Leistungen in Anspruch nehmen können, wie die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, ohne dass sie selbst Mitglied werden. Um die Übernahme der Krankenbehandlung ab 1. Januar 2004 sicherzustellen, war die Ausgabe entsprechender Krankenversichertenkarten erforderlich. Soweit ab Januar 2005 ein Teil des von § 264 SGB V betroffenen Personenkreises durch den Bezug von Arbeitslosengeld II Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung wird und hierdurch eine Änderung der Statusbezeichnung auf der Krankenversichertenkarte erforderlich wird, müssen die Beteiligten (Spitzenverbände der Krankenkassen und Spitzenorganisationen der Sozialhilfeträger) praktikable Lösungswege zum Austausch der Karten entwickeln. Schätzungen über den möglichen Verwaltungsmehraufwand aufgrund einer gegebenenfalls erforderlichen Umstellung der Krankenversichertenkarten zum Januar 2005 sind derzeit nicht möglich.

(C)

Anlage 14

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Fragen der Abgeordneten **Gesine Lötzsch** (fraktionslos) (Drucksache 15/2379, Fragen 13 und 14):

Wie viele Krankenkassen haben im Jahre 2004 ihre Beitragssätze um welche Prozentsätze gesenkt?

Wie viele Krankenkassen haben im Jahre 2004 ihre Beitragssätze um welche Prozentsätze erhöht?

Die Beitragssätze der Krankenkassen für den Monat Januar 2004 aus der amtlichen Statistik liegen erst Anfang Februar vor. Aus anderen öffentlichen Quellen ergeben sich die folgenden, vorläufigen Tendenzen: Zur Jahreswende 2003/2004 haben die größten, bundesweit geöffneten Kassen Beitragssatzsenkungen durchgeführt oder beschlossen. Bis zum Frühjahr werden die Beitragssätze bei fast allen Ersatzkassen niedriger liegen als im vergangenen Jahr. Gleiches gilt für die Bundesknappschaft. Bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen sind im Wesentlichen aktuell stabile Beitragssätze auf dem Niveau des Jahres 2003 zu verzeichnen. Es liegen zwei Beitragssatzsenkungsbeschlüsse zum 1. Januar und zum 1. April 2004 von (einer mittleren und einer großen) Ortskrankenkassen vor. Bei den Betriebskrankenkassen ist die Lage sehr heterogen. Insgesamt haben zum 1. Januar 2004 Kassen mit rund 7 bis 9 Millionen Mitgliedern (bzw. 9 bis 11 Millionen Versicherten) ihre Beitragssätze gesenkt. Zum 1. April/1. Mai sind bei weiteren Kassen mit etwa 9 bis 11 Millionen Mitgliedern (bzw. 13 bis 14 Millionen Versicherten) Beitragssatzsenkungen vorgesehen. Nahezu alle mitgliederstarken Krankenkassen haben öffentlich angekündigt, Beitragssatzsenkungen im weiteren Jahresverlauf durchzuführen bzw. zu prüfen. Die zuständigen Aufsichtsbehörden haben zugesagt, die entsprechenden Vereinbarungen zur Kontrolle der Umsetzung der im GKV-Modernisierungsgesetz vorgesehenen Einsparvolumina mit Nachdruck zu beachten.

(D)

Anlage 15

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk auf die Frage der Abgeordneten **Petra Pau** (fraktionslos) (Drucksache 15/2379, Frage 15):

Wie viele Einzelpersonen und Verbände haben nach Kenntnis der Bundesregierung bisher aus welchen Gründen

(A)

im Hinblick auf das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung die Gerichte angerufen?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen darüber vor, ob und gegebenenfalls wie viele Einzelpersonen und Verbände Gerichte angerufen haben. Statistische Erhebungen hierüber gibt es nicht.

Anlage 16

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Iris Gleicke auf die Fragen der Abgeordneten **Renate Blank** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 16 und 17):

Wie bewertet die Bundesregierung aktuelle Berichte im „FOCUS" vom 12. Januar 2004 sowie in der „Süddeutschen Zeitung" vom 10. Januar 2004, dass bereits begonnene Schieneninfrastrukturprojekte eingestellt bzw. geschoben werden sollen, und um welche konkreten Projekte handelt es sich hierbei?

Wie geht die Bundesregierung mit der Tatsache um, dass bei der Bahnreform 1994 die Auflösung der Holdinggesellschaften sowie die Bildung völlig voneinander getrennter Aktiengesellschaften für Fahrweg, Personennahverkehr, Personenfernverkehr und Güterverkehr als zu prüfende Option vorbehalten worden ist?

Zu Frage 16:

Aussagen zu den verfügbaren Bundesmitteln für Schienenwegeinvestitionen im Jahr 2004 sind erst mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes möglich. Im Bereich der Bedarfsplanvorhaben ist eine Priorisierung hinsichtlich deren Realisierung vorzunehmen. Diese zwischen der Deutschen Bahn AG und Bund abzustimmende Priorisierung ist bisher noch nicht abgeschlossen.

(B)

Zu Frage 17:

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, von der möglichen Option einer Holdingauflösung nach § 2 Deutsche Bahn Gründungsgesetz Gebrauch zu machen. Sie wird die Ergebnisse der von der Task Force „Zukunft der Schiene" durchgeführten Prüfung umsetzen.

Anlage 17

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Iris Gleicke auf die Fragen der Abgeordneten **Gitta Connemann** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 18 und 19):

Aus welchen Gründen wurde die Vergabe des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens „Qualitätsoffensive im öffentlichen Personenverkehr – Verbraucherschutz und Kundenrechte stärken", das das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen auf der Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9671) ausgeschrieben und bereits vergeben hatte, zurückgezogen?

Wie gedenkt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9671), der eine Bestandsaufnahme unter anderem mit dem Ziel einer Verbesserung der haftungsrechtlichen Situation von Fahrgästen gegenüber Verkehrsunternehmen bei mangelhafter Leistung fordert, umzusetzen?

(C)

Zu Frage 18:

Diskussionen im politischen Raum haben gezeigt, dass allein die Unterstellung einer möglichen Abhängigkeit des Auftragnehmers zu dem Arbeitgeber die Ergebnisse des Gutachtens diskreditieren bzw. infrage stellen können. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen konnte diese Bedenken, auch um die fachliche Reputation des Auftragnehmers zu wahren und die Ergebnisse des Gutachtens nicht zu gefährden, nicht ignorieren. Es musste davon ausgegangen werden, dass es auch bei weiteren Arbeitsschritten zu Diskussionen kommt, die dem mit dem Gutachten verfolgten Zweck abträglich sind. Vor diesem Hintergrund war kaum noch vermittelbar, dass das Gutachten im Wesentlichen als Faktensammlung lediglich eine Entscheidungshilfe des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sein soll und die notwendigen Schlussfolgerungen in dem Bericht der Bundesregierung zu treffen sind.

Zu Frage 19:

Wegen des in der Antwort zur ersten Frage dargelegten Zusammenhangs wird das Forschungsvorhaben neu ausgeschrieben. Das Forschungsvorhaben wird durch einen Beirat begleitet werden. Auf Grundlage der Forschungsergebnisse wird die Bestandsaufnahme mit dem Ziel eines einheitlichen Verbraucherrechts im öffentlichen Personenverkehr erarbeitet werden.

(D)

Anlage 18

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Iris Gleicke auf die Frage des Abgeordneten **Ernst Hinsken** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 20):

Beabsichtigt die Bundesregierung – ähnlich wie in der Schweiz – eine Liste zu veröffentlichen, in der die Airlines bekannt gemacht werden, die häufiger oder durch besonders grobe Sicherheitsmängel aufgefallen sind, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat bisher – wie die meisten EU-Staaten auch – keine Listen veröffentlicht, in der Luftfahrtunternehmen bekannt gemacht werden, die häufiger oder durch besonders grobe Sicherheitsmängel aufgefallen sind. Die Veröffentlichung einer entsprechenden Liste verbessert nach Meinung der Bundesregierung nicht die Sicherheit im Luftverkehr und ist kein geeigneter Weg, die Öffentlichkeit über die Zuverlässigkeit von Luftfahrtunternehmen zu informieren. Sie birgt die Gefahr von Missverständnissen oder Fehlinterpretationen.

Auf EU-Ebene steht die Verabschiedung einer Richtlinie über die verbindliche Einführung technischer Kontrollen an ausländischen Flugzeugen kurz vor dem Abschluss. In diesem Zusammenhang ist auch eine Regelung über Veröffentlichungsmodalitäten und -inhalte zu Fragen der Luftverkehrssicherheit ausländischer Luft-

(A) fahrtunternehmen vorgesehen, wobei ein Ausgleich sowohl der Interessen der Öffentlichkeit als auch der betroffenen Luftfahrtunternehmen angestrebt werden soll.

Darüber hinaus ist der Bundesregierung nicht bekannt, dass die Schweiz Listen mit auffälligen Luftfahrtunternehmen veröffentlicht. Die im Zusammenhang mit dem Unfall des Luftfahrtunternehmens „Flash Air“ von der Schweiz im Nachhinein veröffentlichten Untersuchungsberichte bezogen sich auf einen Einzelfall, der ein Jahr zurücklag.

Anlage 19

Antwort

der Parl. Staatssekretärin Iris Gleicke auf die Frage des Abgeordneten **Hans Michelbach** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 21):

> Wann gedenkt die Bundesregierung nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, Az. 4 A 11.02 vom 15. Januar 2004, wonach der Bau der Bundesautobahn A 73 (Suhl–Lichtenfels) im Abschnitt Ebersdorf bei Coburg bis Lichtenfels freigegeben wurde, den Bau des vorbenannten Autobahnabschnitts zu beginnen, und sind hierfür ausreichende Finanzmittel vorhanden?

Über konkrete Baudispositionen kann erst nach In-Kraft-Treten des Haushaltsgesetzes 2004 und in Abstimmung mit dem Land Bayern entschieden werden.

(B) **Anlage 20**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christoph Matschie auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Christoph Bergner** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 22 und 23):

> Welche Position vertrat die Bundesregierung auf dem Treffen der Vertreter der großen EU-Länder am 8. Januar 2004, zu der der britische Wissenschaftsminister Lord David Sainsbury seine Amtskolleginnen und Kollegen sowie Wissenschaftler auf dem Gebiet der Neutronenforschung eingeladen hatte, um über das Projekt einer Europäischen Neutronenspallationsquelle (ESS, European Spallation Source) zu beraten?
>
> Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass sich mit Sitz in Grenoble eine Folgeeinrichtung des „ESS-Council“ gründet, um den Bau einer Europäischen Neutronenspallationsquelle vorzubereiten?

Zu Frage 22:

Der britische Forschungsrat CCLRC (Council for the Central Laboratory of thc Research Councils) hatte im Auftrag von Lord Sainsbury für den 8. Januar 2004 zu einem internationalen Forum über Zukunftspläne für künftige Neutronenquellen in Europa eingeladen, Vertreter der Regierungen bzw. Forschungsräte aus Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland nahmen an dieser Sitzung teil. Der Stand der Projekte zum Bau von Spallations-Neutronenquellen in den USA und in Japan sowie zum Ausbau der Spallations-Neutronenquelle ISIS in Großbritannien wurde ausführlich von den jeweiligen Projektleitern dargelegt. Außerdem berichteten die Regierungsvertreter über die Situation in ihren (C) Ländern.

Von den deutschen Vertretern wurde die Situation der Neutronenquellen in Deutschland geschildert. Die Entscheidung der Bundesregierung vom Februar 2003 zu neuen Großgeräten, zu denen eine Europäische Spallations-Neutronenquelle nicht gehört, wurde erläutert. Grundlage dieser Entscheidung waren die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 2002, in denen er die KSS nicht zur Förderung empfohlen hatte.

Zu Frage 23:

Die ESS-Organisation hat sich im Jahre 2003 aufgelöst. Der Vorsitzende hat eine Initiative ergriffen, um eine neue Organisation zu bilden, die Next European Spallation Source Initiative (N-ESS-I). Er hat vorgeschlagen, das Büro dieser Organisation am Institut Laue-Langevin (ILL) in Grenoble einzurichten. Der Bundesregierung ist diese Initiative bekannt. Es ist nicht bekannt, welche Einrichtungen konkret hinter dieser Initiative stehen und die Organisation finanzieren werden. Es ist in jedem Fall sicherzustellen, dass die Verantwortlichkeiten des ILL und der Initiative N-ESS-I klar abgegrenzt sind.

Anlage 21

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christoph Matschie auf die Fragen des Abgeordneten **Michael Kretzschmer** (CDU/ (D) CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 24 und 25):

> Welche finanziellen Auswirkungen haben die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Neuordnungen im Bereich Hochschulbau und Finanzierung der Forschungsorganisationen für den Bund und die einzelnen Bundesländer?
>
> Wie wird der Ausschluss von grundfinanzierten Einrichtungen aus der Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – BMBF – (zusätzliche Projektförderung des BMBF an institutionell geförderten Forschungseinrichtungen) im Vergleich der verschiedenen Forschungsorganisationen umgesetzt (vergleiche Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Dr. Wolf-Dieter Dudenhausen, vom 6. November 2003 an den Präsidenten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Prof. Dr.-Ing. E. h. Hans-Olaf Henkel)?

Zu Frage 24:

In der Antwort vom 4. Juni 2003 auf Ihre damalige gleich lautende Frage hat der Parlamentarische Staatssekretär Herr Christoph Matschie bereits ausgeführt, dass die einzelnen von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung im Bereich von Bildung und Forschung im Zusammenhang mit allen zur Föderalismusreform vorgesehenen Maßnahmen gesehen werden müssen. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass in der vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat im Oktober 2003 eingesetzten gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung eine Gesamtlösung der Aufgaben- und Finanzierungskompetenzen erreicht wird, die den Interessen sowohl des Bundes als auch der

(A) Länder Rechnung trägt. Insofern lassen sich beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen die finanziellen Auswirkungen für den Bund einerseits und die Länder andererseits nicht bestimmen.

Zu Frage 25:

In dem von Ihnen genannten Schreiben von Herrn Staatssekretär Dr. Dudenhausen werden institutionell geförderte Forschungseinrichtungen nicht von einer Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ausgeschlossen. Hier wird vielmehr klargestellt, dass zusätzliche Projektförderung an Helmholtz-Zentren, die Max-Planck-Gesellschaft und Blaue-Liste-Einrichtungen weiterhin nur in besonders definierten Einzelfällen gewährt wird. Um klare Leitlinien für die Bewilligungspraxis zu schaffen, wurde im Einzelnen definiert, wann eine BMBF-Projektförderung an diese Einrichtungen begründet sein kann. Danach kann grundsätzlich Projektförderung an die genannten institutionell geförderten Forschungseinrichtungcn in folgenden Fällen bewilligt werden: Verbundprojekte mit Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zur Erschließung der Ressourcen der Forschungseinrichtungen, wenn sie eine erhebliche Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland haben; Beteiligung an Programmthemen in Forschungsfeldern mit hoher Aktualität und Priorität; in den Bereichen der Innovations- und Gründungsförderung.

Die Projektförderung bei der Fraunhofer-Gesellschaft wird als Teil des dortigen Finanzierungsmix im bisherigen Umfang weitergeführt.

(B)

Anlage 22

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christoph Matschie auf die Fragen des Abgeordneten **Werner Lensing** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 26 und 27):

> Wie ist der derzeitige Stand der Planungen der Bundesregierung zur Einführung einer so genannten Ausbildungsplatzabgabe?
>
> Wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der derzeitigen Sachlage den personellen Aufwand bzw. die Kosten für die Verwaltung einer derartigen Ausbildungsplatzabgabe ein?

Zu Frage 26:

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Franz Müntefering und Krista Sager, haben mit Schreiben vom 19. Dezember 2003 die Bundesministerin für Bildung und Forschung gebeten, eine Formulierungshilfe für ein Gesetz über eine Ausbildungsplatzabgabe zu erstellen, das sich an mit diesem Schreiben übersandten Eckpunkten orientieren soll. Ein ähnlich lautendes Schreiben mit der Bitte um Unterstützung ging mit gleichem Datum an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Der Entwurf einer Formulierungshilfe wird zurzeit im BMBF erarbeitet. Die Bearbeitung ist angesichts der damit verbundenen rechtlichen Probleme jedoch noch in einem frühen Stadium. Im weiteren Verfahren wird innerhalb der Bundesregierung das Abstimmungsverfahren eingeleitet, um eine Klärung noch offener Rechts- und Sachfragen zu erreichen. (C)

Zu Frage 27:

Zu den in der Frage angesprochenen Themen Verwaltungsaufwand und Kosten kann derzeit noch keine Angabe erfolgen, da die Erarbeitung der zur Umsetzung der Eckpunkte der Koalitionsfraktionen erforderlichen materiellen und verfahrensmäßigen Regelungen noch nicht abgeschlossen ist. Da die Bundesregierung lediglich eine Formulierungshilfe erarbeitet, kann die Frage im Übrigen erst abschließend beantwortet werden, wenn der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vorliegt.

Anlage 23

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage des Abgeordneten **Johannes Singhammer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 28):

> Beabsichtigt die Bundesregierung in größerem Umfang bundeseigene Wohnungen zu veräußern, und wenn ja, kann sie ausschließen, dass es zu Verkäufen von bundeseigenen Wohnanlagen, Teilstücken von bundeseigenen Wohnanlagen oder auch einzelnen bundeseigenen Wohnungen im Bereich der Landeshauptstadt München kommen wird?

(D) Die Bundesvermögensverwaltung wird die Veräußerung von bundeseigenen Mietwohnungen – auch in der Landeshauptstadt München – fortsetzen.

Den Interessen der Mieter trägt die Bundesregierung durch folgendes Verfahren Rechnung: Eigentumsbildung für die Mieter hat in geeigneten Fällen Vorrang. Dies gilt insbesondere für den Verkauf von Einfamilienhäusern, aber auch für geeignete Mehrfamilienhäuser. Den Mieterinteressen wird durch die mieterschützenden Regelungen des sozialen Mietrechts Rechnung getragen. Darüber hinaus werden mit dem Käufer einzelfallabhängige Übergangsregelungen zum Schutz der Mieter vereinbart. Sie können einen zusätzlichen Kündigungsschutz sowie einen Schutz vor Luxusmodernisierungen beeinhalten.

Anlage 24

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage des Abgeordneten **Johannes Singhammer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 29):

> Was hat die Bundesregierung veranlasst, im Februar 1999 die Verwaltungsvorschrift aus der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung Abschnitt VV 1032, wonach sich die Mieten in bundeseigenen Wohnungen an der unteren Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete zu orientieren haben, aufzuheben?

Die angesprochene Verwaltungsvorschrift sah eine Heranführung der Mieten der bundeseigenen Wohnun-

(A) gen bis zur unteren Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete vor. Diese Grenze wurde mit dem Erlass des Bundesministeriums der Finanzen vom 26. Februar 1999 aus folgenden Gründen aufgehoben: Der weitaus größte Teil der Bundesbediensteten muss sich, da der Bestand von bundeseigenen oder von Bundesdarlehenswohnungen nicht ausreicht, auf dem freien Wohnungsmarkt mit zum Teil erheblich teurerem Wohnraum versorgen. Für mit Bundesdarlehen geförderte Wohnungsfürsorgewohnungen wurden mittlerweile überwiegend höhere Mieten verlangt als für Bundesmietwohnungen. Mit dem Übergang zur ortsüblichen Vergleichsmiete wurde im Übrigen eine schon von der früheren Bundesregierung getroffene Entscheidung umgesetzt. Der Bundesrechnungshof sowie der Rechnungsprüfungsausschuss des Haushaltsauschusses des Deutschen Bundestages haben diese Entscheidung begrüßt.

Anlage 25

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage der Abgeordneten **Hannelore Roedel** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 30):

Wird die Bundesregierung die Verwaltungsvorschrift aus der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung Abschnitt VV 1032 für Ballungsräume mit extrem hohem Mietniveau vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Mietpreissteigerungen wie zum Beispiel in München wieder in Kraft setzen, oder welche anderen Maßnahmen plant (B) die Bundesregierung zur Entlastung der betroffenen Mieter?

Eine gesonderte Verwaltungsvorschrift des Bundes für die Durchführung von Mietbildung und Mietanhebung im Bestand der bundeseigenen Wohnungen in Ballungsräumen gibt es nicht Der angesprochene Abschnitt VV 1032 der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung hat allgemeine Gültigkeit für die Verwaltung aller Mietwohnungen des Bundes. Die Bundesregierung plant keine Maßnahmen zur Entlastung der Mieter, deren derzeitige Grundmiete des ortsübliche Niveau durch die aktuelle Mietanhebung erreicht oder noch nicht erreicht hat.

Anlage 26

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 31 und 32):

Welches Spendenaufkommen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung durch den Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ bis zum 31. Dezember 2003 erzielt, und mit welchem Spendenaufkommen wird im Jahr 2004 noch durch den Verkauf der Zuschlagsmarke gerechnet?

Welche Institutionen werden in welcher Höhe Finanzmittel aus den erwarteten Zuschlagserlösen aus dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am (C) 17. Juni 1953“ nach Kenntnis der Bundesregierung empfangen?

Zu Frage 31:

Bis zum 31. Dezember 2003 wurde durch den Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ ein Spendenaufkommen in Höhe von 918 175,55 Euro erzielt. Für das Jahr 2004 sind keine nennenswerten Einnahmen zu erwarten, da der Großteil der Zuschlagsmarke bereits verkauft ist.

Zu Frage 32:

Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit dem Bundespräsidialamt entschieden, dass die Zuschlagserlöse aus dem Verkauf der Sonderbriefmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ für die Beratung und Unterstützung von Opfern der SED-Diktatur eingesetzt werden sollen. Die Mittel werden daher der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als zweckgebundene Spende zugewiesen, damit diese sie – zum kleineren Teil – für ihr Programm zur Förderung der Opferberatung einsetzt, zum größeren Teil mit dem Zweck der Beratung und Unterstützung von Diktaturopfern an entsprechende Vereine weiterreicht. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird rund 65 Prozent der Mittel an den Dachverband „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) weiterreichen mit der Maßgabe, diese Mittel insbesondere über die entsprechenden der UOKG angehörenden Vereine für die Beratung und Unterstützung von Opfern der SED-Diktatur einsetzen zu lassen. Die Weitervergabe an die einzelnen Vereine von Diktaturopfern (D) obliegt dann der UOKG.

Anlage 27

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 33 und 34):

Welche Institutionen haben nach Kenntnis der Bundesregierung beantragt, Zuwendungen aus den Zuschlagserlösen des Verkaufs der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ zu erhalten, und nach welchen Kriterien hat bzw. wird die Bundesregierung über die Verwendung der Zuschlagerlöse entscheiden?

Welche Institutionen bzw. Personen waren außerhalb der Bundesregierung an der Beratung über den Empfängerkreis und die Verwendung der erwarteten Zuschlagserlöse aus dem Verkauf der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ beteiligt?

Zu Frage 33:

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben folgende Institutionen Zuwendungen aus den Zuschlagserlösen des Verkaufs der Zuschlagsmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ beantragt: Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS), Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa e. V. (HELP).

(A) Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit dem Bundespräsidialamt entschieden, dass die Zuschlagserlöse aus dem Verkauf der Sonderbriefmarke „50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ für die Beratung und Unterstützung von Opfern der SED-Diktatur eingesetzt werden sollen. Die Mittel werden daher der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als zweckgebundene Spende zugewiesen, damit diese sie – zum kleineren Teil – für ihr Programm zur Förderung der Opferberatung einsetzt, zum größeren Teil mit dem Zweck der Beratung und Unterstützung von Diktaturopfern an entsprechende Vereine weiterreicht. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird rund 65 Prozent der Mittel an den Dachverband „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG) weiterreichen mit der Maßgabe, diese Mittel insbesondere über die entsprechenden der UOKG angehörenden Vereine für die Beratung und Unterstützung von Opfern der SED-Diktatur einsetzen zu lassen. Die Weitervergabe an die einzelnen Vereine von Diktaturopfern obliegt dann der UOKG.

Zu Frage 34:

Außerhalb der Bundesregierung war an der Beratung über die Vergabe der Mittel das Bundespräsidialamt beteiligt, das sich für die Herausgabe dieser Sonderbriefmarke als Zuschlagsmarke besonders eingesetzt hat. Daneben wurde die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beratend herangezogen.

(B)

Anlage 28

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Dietrich Austermann** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 35 und 36):

> Trifft es zu, dass Finanzdienstleister nach der neuen Vergabeordnung über die Erhebung der Gebühren nach dem Finanzdienstleistungsauffsichtsgesetz vom 17. Dezember 2003 eine jährliche Gebühr praktisch unabhängig von der Größe eines Betriebes und des Umsatzes leisten müssen?
>
> Wenn ja, wie rechtfertigt sich die Gebührensteigerung innerhalb von 1,5 Jahren?

Zu Frage 35:

Die nicht durch Gebühren oder gesonderte Erstattung gedeckten Kosten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) werden gemäß § 16 Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAG) in Verbindung mit § 5 ff. der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAGKostV) auf die Aufsichtspflichtigen der drei Aufsichtsbereiche Versicherungswesen, Kredit- und Finanzdienstleistungswesen sowie Wertpapierhandel umgelegt. Für den Bereich Kredit- und Finanzdienstleistungswesen erfolgt die Umlage auf das einzelne Institut grundsätzlich nach dem Verhältnis zwischen seiner Bilanzsumme und der Summe aller Bilanzsummen (§ 8 Abs. l Nr. l FinDAGKostV). Gleichzeitig werden Mindestbeträge erhoben, die sicherstellen (C) sollen, dass sowohl der Verursachergerechtigkeit als auch der Leistungsfähigkeit der Institute Rechnung getragen wird. Die Mindestumlage der Finanzdienstleistungsinstitute richtet sich zunächst nach der Art ihrer Erlaubnis (3 500 Euro, 2 500 Euro bzw. 1 300 Euro gemäß § 6 Abs. 4 FinDAGKostV). Dieser Betrag wird bei sehr kleinen Unternehmen mit einer Bilanzsumme unter 100 000 Euro auf die Hälfte reduziert (§ 6 Abs. 4 Buchstabe e FinDAGKostV). Ab einer Bilanzsumme von 750 000 Euro erhöhen sich diese Beiträge in Abhängigkeit von der Höhe der Bilanzsumme des Finanzdienstleistungsinstitutes (§ 6 Abs. 5 FinDAGKostV).

Dieses Regelungssystem wurde nach Anhörung der Verbände und des Verwaltungsrates der BaFin bereits mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 4. Juli 2003 (BGBl. I S. 1105) eingeführt. Mit der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 17. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2745) wurden die Regelungen zwecks Vermeidung von Härten bei kleinen Finanzdienstleistern dahin gehend modifiziert, dass die Halbierung der Mindestbeiträge bei einer Bilanzsumme unter 100 000 Euro neu und weitere gestaffelte Mindestbeträge in Abhängigkeit von der Bilanzsumme eingeführt wurden. Die neuen Zwischenstufen greifen jetzt bei Bilanzsummen in Höhe von 750 000 Euro bzw. 1 Million Euro. (D)

Die BaFin hat die Vorauszahlungsbeträge für die Umlage des Haushaltsjahres 2004 erstmals auf dieser Grundlage angefordert. Hierbei wurden auf 205 von 701 Finanzdienstleistungsinstituten die niedrigsten Mindestbeiträge angewendet. Die Beiträge sind somit abhängig von der Größe des Unternehmens.

Zu Frage 36:

Wie bereits ausgeführt, ist die Umlage der Finanzdienstleistungsinstitute abhängig von der Größe des Unternehmens, weil diese an deren Bilanzsumme anknüpft. Unbeschadet dessen möchte ich Folgendes anmerken: Vor der Neuregelung wurden die Kosten im Aufsichtsbereich Kredit- und Finanzdienstleistungswesen im Verhältnis 91 zu 9 Prozent auf die Kredit- und die Finanzdienstleistungsinstitute aufgeteilt. Der Mindestbetrag belief sich auf 250 Euro. Diese in der Verordnung vorgegebene Kostenaufteilung zwischen Finanzdienstleistungs- und Kreditinstituten wurde unter anderem aufgegeben, da sie sich weder für die größeren Finanzdienstleistungsinstitute noch bei kleineren Finanzdienstleistungsinstituten im Hinblick auf den verursachten Aufsichtsaufwand als angemessen erwiesen hatte.

Durch die jetzige Anpassung der Mindestbeiträge soll gewährleistet werden, dass die Finanzdienstleistungsinstitute möglichst ihren Anteil an den ihnen zuzuschreibenden Aufsichtskosten tragen.

(A) **Anlage 29**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage des Abgeordneten **Hans Michelbach** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 37):

Gedenkt die Bundesregierung in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf für eine große Steuerreform mit radikaler Steuervereinfachung vorzulegen?

Nein.

Anlage 30

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Frage des Abgeordneten **Ernst Hinsken** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 38):

Lehnt die Bundesregierung weiterhin die Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die von starken Umsatzeinbrüchen betroffene deutsche Gastronomie ab, obwohl die Europäische Kommission empfohlen hat, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einzuräumen, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie anwenden zu können, andere Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Frankreich, dies vehement befürworten und im Hinblick auf die EU-Osterweiterung eine weitere Verschärfung der Wettbewerbssituation zu erwarten ist, und wenn ja, warum?

Ja. Die Bundesregierung sieht sich in ihrer Haltung durch den Bericht der Europäischen Kommission zu (B) dem Experiment „Ermäßigter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen“ bestätigt, aus dem sich eindeutig ergibt, dass durch die Einführung ermäßigter Umsatzsteuersätze weder positive Effekte im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze noch auf die Eindämmung der Schwarzarbeit erzielt werden können. Vielmehr wird deutlich, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz eine Steuersubvention ist. Die Bundesregierung lehnt deshalb die Einführung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurationsumsätze auch weiterhin ab. Bei Einführung des ermäßigten Steuersatzes in diesem Bereich ergäbe sich im Übrigen ein Steuerausfall in Höhe von 1,9 Milliarden Euro, der haushaltsmäßig nicht zu verkraften wäre.

Das Umsatzsteuerrecht ist innerhalb der EU insbesondere durch die Regelungen der 6. EG-Richtlinie weitestgehend harmonisiert. Umsätze im Gaststättengewerbe (Abgabe von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle) unterliegen EU-weit nach den derzeit geltenden Regelungen grundsätzlich dem allgemeinen Umsatzsteuersatz. Allerdings können einige Mitgliedstaaten – nicht aber Deutschland – und einige der zum 1. Mai 2004 der EU beitretenden zukünftigen Mitgliedstaaten übergangsweise für die Umsätze im Gaststättengewerbe einen ermäßigten Umsatzsteuersatz anwenden.

Die Bundesregierung sieht – ebenso wie die ehemalige Regierung aus CDU/CSU und FDP – durch die unterschiedlichen Umsatzsteuersätze innerhalb der EU keine Wettbewerbsnachteile zulasten der einheimischen Gastronomiewirtschaft.

(C) **Anlage 31**

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Karl Diller auf die Fragen des Abgeordneten **Albert Rupprecht** (Weiden) (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 39 und 40):

Mit welcher Argumentation vertritt die Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission ihre Position, die EU-Erweiterung stringent vorantreiben zu wollen und zugleich das EU-Ausgabenvolumen auf 1 Prozent der Wirtschaftsleistungen (BNE) zu beschränken?

Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts des mehrfachen Verfehlens der EU-Stabililtätskriterien hintereinander und angesichts der diesbezüglich wiederholten Fehleinschätzungen, nun für die Folgejahre Einschätzungen fundierter treffen zu können?

Zu Frage 39:

Die Bundesregierung sieht bei den Verhandlungen über den künftigen Finanzrahmen der erweiterten Union ab 2007 die Notwendigkeit, eine Kohärenz zwischen den finanzpolitischen Spielräumen auf nationaler Ebene und einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik auf Gemeinschaftsebene herzustellen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt erfordert von den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene weitreichende Konsolidierungsrnaßnahmen und ist mit erheblichen Einschnitten verbunden.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der Bundesregierung unabdingbar, dass der künftige Finanzrahmen der Union nicht vom Konsolidierungsprozess in den Mitgliedstaaten ausgenommen werden kann. Vielmehr (D) muss sich das künftige Ausgabevolumen der EU verstärkt an der Leistungsfähigkeit ihrer Mitgliedstaaten ausrichten.

Mit einem Finanzrahmen von nicht mehr als l Prozent der Wirtschaftsleistung der erweiterten Union (Bruttonationaleinkommen – BNE) stehen aus Sicht der Bundesregierung ausreichend Finanzmittel für eine zukunftsfähige neue Politikausrichtung in der Union zur Verfügung.

Die Begrenzung auf 1 Prozent der Wirtschaftsleistung bedeutet nämlich kein Einfrieren des Finanzvolumens, sondern einen Anstieg gegenüber einem EU-Haushalt von heute rund 100 Milliarden Euro auf rund 150 Milliarden Euro im Jahr 2013. Künftige EU-Haushalte nehmen damit in vollem Urnfang am wirtschaftlichen Wachstum der erweiterten Union teil.

Selbst bei einer Begrenzung auf l Prozent des EU-BNE würden die deutschen Abführungen an den EU-Haushalt von derzeit rund 22 Milliarden Euro auf rund 33 Milliarden Euro im Jahr 2013 steigen. Dies verdeutlicht die Bereitschaft der Bundesregierung, ihren Beitrag zu einer zukunfts- und wachstumsorientierten Union zu leisten.

Zu Frage 40:

Den Projektionen für die Entwicklung der Referenzwerte nach dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt liegt die jeweils aktuelle Projektion der

(A) Bundesregierung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugrunde.

Die Schätzung der Bundesregierung ist im Kontext mit den Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrates und internationaler Organisationen zu sehen. Die Projektionen liegen im Allgemeinen nahe beieinander und unterstellen eine ähnliche konjunkturelle Entwicklung.

Für die jüngste Vergangenheit gilt dabei generell: Die Abweichungen bei der Schätzung des realen Bruttoinlandsprodukts waren relativ gering. Für die Haushaltsaufstellung ist aber die Entwicklung des nominalen Inlandsprodukts wichtiger. Alle Prognostiker haben dabei die Stabilität der Preise unterschätzt, also die Inflation überschätzt. Die Bundesregierung bewegt sich mit ihren Projektionen üblicherweise innerhalb des Prognosespektrums der anderen Institutionen. Die größten Abweichungen zwischen Schätz- und Ist-Ergebnis zeigen sich vor allem in Rezessionsjahren. Hier zeigt sich, dass alle Institutionen Rezessionen und anhaltende Stagnationsphasen im Allgemeinen nicht oder nicht in vollem Ausmaß vorhersehen. Insofern stehen auch die Projektionen zur Entwicklung des Maastricht-Defizits immer unter Konjunkturvorbehalt. Die gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung liefert auch die entscheidende Basis für die Projektionen des Arbeitskreises Steuerschätzungen. Damit sind – neben der Bundesregierung – alle wesentlichen Institutionen vertreten, die fachlich fundierte Vorhersagen zur Entwicklung des Steueraufkommens erstellen können: Vertreter aller führenden Wirtschafts- (B) forschungsmstitute, des Sachverständigenrates, der Bundesbank, aller Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände. Die im Konsens der Mitglieder erzielten Ergebnisse beeinflussen die Schätzung zum Maastricht-Defizit wesentlich; die Schätzung erfolgt somit auf einer abgestimmten und fundierten Basis.

Die Bundesregierung wird ihre Projektionen auch in Zukunft auf fachlich fundierte Voraussagen über die konjunkturelle Entwicklung stützen.

Anlage 32

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die Fragen des Abgeordneten **Georg Girisch** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 41 und 42):

Wie ist die Haltung der Bundesregierung dazu, die nördliche Oberpfalz (Stadt Weiden, Landkreise Neustadt/WN und Tirschenreuth) als eine „Innovationsregion“ zu benennen, nachdem die Bayerische Staatsregierung (zum Beispiel in den Oberpfälzer Nachrichten vom 19. Januar 2004) öffentlich angekündigt hat, die Bewerbung dieses Gebietes als Modellregion gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen?

Nach welchen Kriterien soll die Festlegung der „Innovationsregionen“ erfolgen, und welches Gewicht hat in diesem Zusammenhang die Zusicherung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder vom Dezember 2000 in Weiden, ein Grenzgürtelprogramm für die bayerischen Gebiete entlang der EU-Erweiterungsgrenze aufzulegen?

(C) Zu Frage 41:

Die Bundesregierung begrüßt generell die Bereitschaft von Regionen, sich als Innovationsregion zu bewerben. Das gilt auch für die nördliche Oberfalz.

Zu Frage 42:

Die Kriterien für die Teilnahme werden derzeit erarbeitet. Sie werden mit der Aufforderung zur Teilnahme veröffentlicht werden. Das Projekt „Innovationsregionen“ ist von anderen Programmen gesondert zu beachten, insbesondere auch von den ergriffenen Maßnahmen zur regionalpolitischen Flankierung der EU-Osterweiterung.

Anlage 33

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die Frage des Abgeordneten **Uwe Schummer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Frage 43):

Gedenkt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Beziehungen zu China auszuweiten, und welchen Stellenwert haben dabei die grundlegenden Menschenrechte wie das Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit?

Deutschland und China verbinden lange und traditionsreiche Wirtschaftsbeziehungen. Dabei genießt die deutsche Wirtschaft in China einen besonders guten Ruf als kompetenter Partner in wichtigen Technologie-, Umwelt- und Infrastrukturbereichen. Die dynamische (D) Entwicklung des deutschen Exports in den letzten Jahren mit zweistelligen Steigerungsraten (zum Beispiel 2002 mit + 19,6 Prozent, 1. Halbjahr 2003 mit + 29,9 Prozent) hat dazu geführt, dass China unser größter Handelspartner im asiatisch-pazifischen Raum noch vor Japan geworden ist. Andererseits ist Deutschland mit Abstand Chinas wichtigster Handelspartner in Europa und im Technologie- und Investitionsgüterbereich zugleich eine strategische Alternative zu Chinas Haupthandelspartnern Japan und USA. Die Bundesregierung gedenkt, die deutsche Wirtschaft bei ihren Aktivitäten auf dem dynamischen und stark wachsenden chinesischen Markt weiter und verstärkt zu unterstützen. Dabei geht die Bundesregierung von der Prämisse aus, dass weltweiter Handel und grenzüberschreitende Investitionen zu den wichtigsten Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland gehören. Unsere strategischen Überlegungen konzentrieren sich dabei auf folgende Prioritäten: Erhaltung und Ausbau des ersten Ranges Deutschlands als europäischer Wirtschaftspartner Chinas; Verbesserung der Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmensaktivitäten in China; Förderung marktwirtschaftlicher Reformen in China; Unterstützung der Tendenzen zu wirtschaftlicher Integration in Ostasien. Auf diesem Hintergrund verfolgt die Bundesregierung – kurz-, mittel- und langfristig – fünf Ziele. 1. Wir wollen in China neue Partner finden und dadurch unsere Wirtschaftsbeziehungen auf eine breitere Grundlage stellen. Deshalb messen wir der Entstehung eines wettbewerbsfähigen Privatsektors große Bedeutung bei. 2. Deutsche

(A) Unternehmen sind bereit, an der nach dem WTO-Beitritt Chinas notwendigen Modernisierung der chinesischen Industrie mitzuwirken. 3. Die deutsche Wirtschaft ist daran interessiert, in China am Aufbau eines leistungsfähigen Dienstleistungswesens teilzunehmen, insbesondere in den Bereichen Handel, Banken, Versicherungen, Telekommunikation, Logistik. 4. Die deutsche Wirtschaft ist ein kompetenter Partner für die Entwicklung der Infrastruktur, des Umweltschutzes und kommunaler Versorgungsleistungen. 5. Ein bedeutendes Potenzial für die Entwicklung unserer bilateralen Wirtschaftsbeziehungen eröffnen moderne Hochtechnologien. Diese Strategie und Ziele der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen sind durch die Reise des Bundeskanzlers nach China vom Dezember 2003 bestätigt worden.

Die Achtung der Menschenrechte in der VR China ist für die Bundesregierung in ihren Beziehungen zu China von großer Bedeutung. Sie misst der Ächtung der Kinderarbeit sowie der Abschaffung der Administrativhaft hohen Stellenwert bei. Eine Form dieser Administrativhaft – „Umerziehung durch Arbeit" – sieht explizit vor, dass politische Dissidenten als „antisozialistische" und „parteifeindliche" Elemente bis zu vier Jahre in ein Arbeitslager geschickt werden können, ohne dass ein Gericht die Vorwürfe geprüft hat, Die andauernd schwierige Lage der Menschenrechte in der VR China ist Gegenstand genauer Beobachtung der Bundesregierung. Trotz feststellbarer Fortschritte werden die Menschenrechte nicht hinreichend beachtet. Hier setzt die Bundesregierung mit ihrem Menschenrechtsdialog im bilateralen und ebenso im EU-Rahmen an. (B) Auch der 1999 initiierte Rechtsstaatsdialog trägt dazu bei, rechtsstaatliche Strukturen zu stärken und damit Defizite im Bereich der Menschenrechte abzubauen. Darüber hinaus nutzt die Bundesregierung alle Foren, um ihre Menschenrechts-Positionen chinesischen Gesprächspartnern gegenüber deutlich zu machen.

Kinderarbeit ist in der VR China seit dem Jahr 1991 offiziell verboten. Ab dem 1. Dezember 2002 wurden in einem Erlass des chinesischen Staatsrates die Tatbestände sowie das Strafmaß bei Verstößen gegen das Kinderarbeitsverbot deutlicher beschrieben und verschärft. Im Jahre 2003 erließ der Oberste Volksgerichtshof die für nachgeordnete Justizbehörden bindenden neuen juristischen Auslegungen des Tatbestandes von „gefährlicher Kinderarbeit". Arbeitgeber, die Jugendliche unter 16 Jahren für schwere körperliche Arbeit oder Tätigkeiten heranziehen, werden künftig mit bis zu sieben Jahren Gefängnis bestraft. Die VR China hat die ILO-Konvention 138, die das Mindestalter von 16 Jahren vorschreibt, und die ILO-Konvention 182, die die schlimmsten Formen der Kinderarbeit verbietet, ratifiziert. Der Erfolg der Umsetzung hängt allerdings von den Arbeitsbehörden und deren Kontrollen zur Einhaltung der Bestimmungen ab. Die Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren ist in China verboten, jedoch ist es in ländlichen Provinzen zulässig, Kinder ab dem Alter von 13 Jahren legal zu beschäftigen, wenn für diese keine Möglichkeit des Schulbesuches gegeben ist.

(C)

Anlage 34

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die Fragen des Abgeordneten **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 44 und 45):

> Welche Auswirkungen der EU-Osterweiterung sieht die Bundesregierung auf die Chancen deutscher Busunternehmen, insbesondere des Mittelstandes, bei öffentlichen Ausschreibungen auf europäischer Ebene?
>
> In welchem Umfang werden nach Auffassung der Bundesregierung deutsche Busunternehmen nach der EU-Osterweiterung durch die Tätigkeit von Busunternehmen aus den EU-Beitrittsländern in Deutschland vom Markt verdrängt werden?

Zu Frage 44:

Die EU-Osterweiterung ist für die gesamte deutsche Wirtschaft mit Chancen und Risiken verbunden. Chancen ergeben sich für Busunternehmen insbesondere des Mittelstandes durch den ungehinderten Zugang zu den Märkten der erweiterten Gemeinschaft. Ab 1. Mai 2004 werden die Unternehmen noch stärker als bisher, zum Beispiel nach der Dienstleistungsrichtlinie, die keine Übergangsfristen kennt, sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen können, so wie dies bislang auch schon in den bisherigen Mitgliedstaaten der Fall war. Dass die deutsche Wirtschaft ihre Vorteile auf diesen neuen Märkten zu nutzen weiß, zeigt das stetige Exportwachstum im Handel mit den MOEL. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Wachstum in den Beitrittsländern sich im Zuge der Angleichung der Lebensbedingungen stärker entwickeln und sich dadurch auch im Verkehrssektor zusätzliche Nachfrage ergeben wird, die allen Betrieben zugute kommen (D) kann. In der Übergangsphase bestehen die Risiken insbesondere in dem Lohnkostengefälle zwischen den derzeitigen mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern. Hier kommt es insbesondere für die mittelständische Wirtschaft darauf an, ihre Kostenvorteile und ihre Flexibilität gegenüber Großunternehmen zur Geltung zu bringen. Eine Kooperation mit Betrieben aus den Beitrittsländern kann insbesondere bei öffentlichen Ausschreibungen helfen, die auf den jeweiligen Seiten bestehenden Vorteile (Kosten, Marktkenntnis, Managementkompetenz, Kapitalsausstattung etcetera) zu einem wettbewerbsfähigen Gesamtpaket zusammenzuführen.

Zu Frage 45:

Die EU-Osterweiterung eröffnet den Betrieben der Beitrittsländer die gleichen Chancen in Deutschland wie den oben angeführten Chancen deutscher Unternehmen in den Beitrittsländern. Konkurrenz wird den deutschen Busunternehmen in den Bereichen erwachsen, in denen ein Marktzugang rechtlich und faktisch möglich ist. Dies ist insbesondere beim Gelegenheitsverkehr und bei der Erbringung von Subunternehmerleistungen im öffentlichen Nahverkehr der Fall. Die Bundesregierung ist aber nicht der Auffassung, dass mit der EU-Osterweiterung eine Verdrängung der deutschen Busunternehmen einhergehen muss. Es kommt darauf an, dass die deutschen Unternehmen die durch die EU-Osterweiterung sich bietenden Chancen nutzen. Auf die Antwort zu Frage 44 wird im Übrigen verwiesen.

(A)

Anlage 35

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die Frage der Abgeordneten **Petra Pau** (fraktionslos) (Drucksache 15/2379, Frage 46):

> Welche Projekte im Ausland sind der Bundesregierung bekannt, für die die Westdeutsche Landesbank (WestLB) eine Hermes-Bürgschaft beantragt hat, und inwieweit unterstützen diese Projekte die Grundsätze und Interessen der Bundesrepublik Deutschland?

Die WestLB – wie andere Banken auch – stellt als exportfinanzierende Bank bei vielen Projekten bzw. Geschäften Anträge auf die Übernahme einer Exportkreditgarantie. Aus Gründen des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen können keine Angaben über die laufenden Deckungsanträge der WestLB gemacht werden. Die Bundesregierung übernimmt Exportkreditgarantien nur, wenn neben der risikomäßigen Vertretbarkeit auch die Förderungswürdigkeit eines Exportgeschäfts gegeben ist. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Zudem wird ein Projekt entsprechend der „Leitlinien für die Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten bei der Vergabe von Exportkreditgarantien“ geprüft.

Anlage 36

Antwort

(B)

des Parl. Staatssekretärs Gerd Andres auf die Fragen des Abgeordneten **Hartmut Schauerte** (CDU/CSU) (Drucksache 15/2379, Fragen 47 und 48):

> Trifft es zu, dass der Virtuelle Arbeitsmarkt (VAM) technische Probleme hat, die den Betrieb und die im Dezember 2003 der Öffentlichkeit vorgestellten Funktionalitäten massiv beeinträchtigen (vergleiche DIE WELT vom 23. Januar 2004, Handelsblatt vom 21. Januar 2004), und trifft es zu, dass die Vermittlungsergebnisse des VAM schlechter sind, als bei dem von der Bundesagentur für Arbeit geförderten System Wimmi?
>
> Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Vergabe von externen Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem VAM vor, und gibt es hier Auffälligkeiten?

(C)

Zu Frage 47:

Die Zugriffszahlen auf den Virtuellen Arbeitsmarkt (VAM) waren in den ersten drei Tagen seit seiner Einführung am 1. Dezember 2003 sehr hoch. Bis zu einer Million Nutzer griffen in der Anfangszeit parallel auf die Seiten arbeitsagentur.de zu. Aufgrund der hohen Zugriffszahlen kam es in den ersten Tagen in der Tat zu Verzögerungen. Inzwischen hat sich die Nachfrage stabilisiert. In den letzten fünf Wochen lag die Systemverfügbarkeit laut Auskunft der Bundesagentur für Arbeit (BA) zwischen 99 und 100 Prozent. Ein Vergleich der Vermittlungsergebnisse zwischen dem VAM und dem „System Wimmi“ kann nicht gezogen werden. Beim VAM handelt es sich um eine Datenbank, in der alle der BA gemeldeten Stellen und Bewerberangebote originär gespeichert sind und in die Interessierte ihre Bewerber- und Stellenangebote frei eingeben und verwalten können. Ein so genanntes Matchingsystem ermöglicht einen Abgleich von vorhandenen Stellenangeboten und potenziellen Bewerbern; über ein internes Mailsystem kann die direkte Kontaktaufnahme erfolgen. Bei dem „System Wimmi“ handelt es sich dagegen um einen Job-Roboter, der Stellenausschreibungen im Internet sucht und dann auf die Homepage des Anbieters verweist. Der Job-Roboter Wimmi wurde von der BA zwar erprobt, jedoch nicht weiter eingesetzt, weil sie sich für die Einführung eines technisch überlegenen und zugleich kostengünstigeren anderen Job-Roboter entschieden hat, der ebenfalls ab dem 1. Dezember 2003 in Ergänzung des VAM flächendeckend eingeführt wurde. Grundsätzlich ist die Messung von Vermittlungsergebnissen weder bei einer Selbstbedienungsplattform wie dem VAM noch bei einem Job-Roboter wie „Wimmi“ möglich.

(D)

Zu Frage 48:

Die Erkenntnisse der Bundesregierung über die Vergabe von externen Beratungsleistungen im Zusammenhang mit dem VAM beruhen auf Stellungnahmen der BA. Die BA handelt bei der Vergabe von diesen Beratungsleistungen als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts eigenverantwortlich. Im Übrigen prüft der BRH seit Augsut 2003 das Projekt VAM umfänglich. Ergebnisse dieser Prüfung liegen nach Auskunft der BA derzeit noch nicht vor.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-7980